Badische Landesbibliothek Karlsruhe

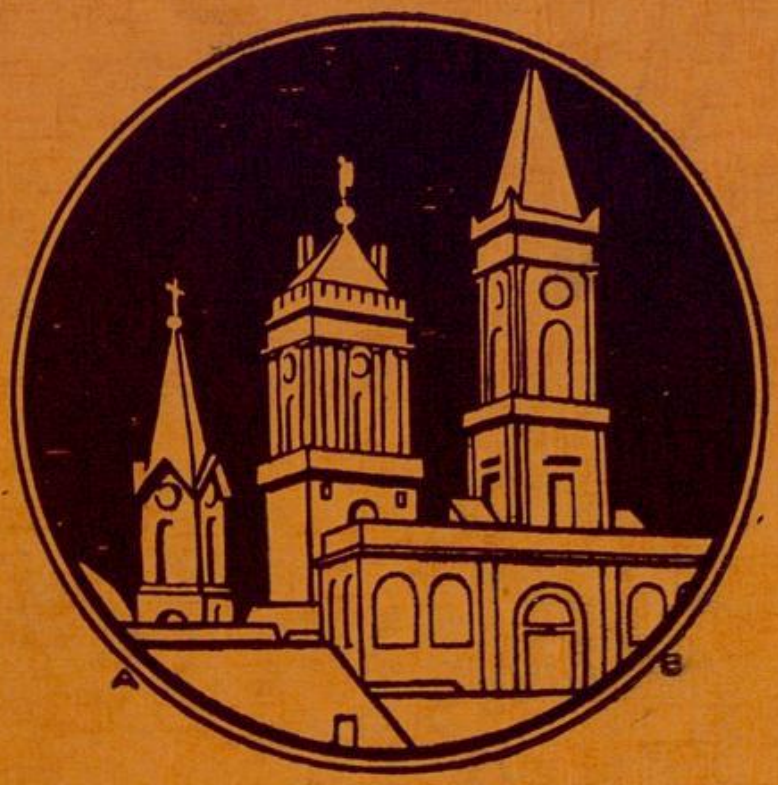
Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Verwaltungs- und Rechenschafts-Bericht

(1934) Jahrgang

urn:nbn:de:bsz:31-221148

Visual Library



Landeshauptstadt Karlsruhe

Verwaltungs- und Rechenschafts-Bericht

1934

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Verwaltungs- und Rechenschafts-Bericht

der

Landeshauptstadt Karlsruhe

für das

Wirtschaftsjahr 1934

(1. April 1934 bis 31. März 1935).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Inhaltsangabe.

Seite

Vorwort 5

Statistisches 7

A. Laufende Wirtschaft:

I. Allgemeine Verwaltung:

1. Hauptverwaltung 17
2. Teilnahme an der Erfüllung staatlicher und öffentlicher Aufgaben:
   - A. Standesamt 28
   - B. Statistisches Amt 29
   - C. Gerichtsstelle 31
   - D. Gebäudeversicherungsstelle . . . 32
   - E. Ortsgericht 32
   - F. Staatliches Grundbuchamt . . . 32
   - G. Amtliche Schätzung von Liegenschaften 33
   - H. Innungswesen 33
3. Allgemeine Förderung der Wirtschaft (Industrie, Handel, Landwirtschaft, Verkehr):
   - A. Förderung von Industrie und Handel 34
   - B. Zuchtviehhaltung 35
   - C. Luftfahrtwesen 35
   - D. Sonstiges 36
4. Ehrungen, Feste, Feierlichkeiten, Besuche und Tagungen 37
5. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben 38

II. Polizeiwesen:

- A. Ordnungspolizei 40
- C. Baupolizei 40
- D. Feldpolizei 41

III. Bauwesen:

1. Hochbauamt 42
2. Stadterweiterung 46
3. Tiefbauamt 50
4. Vermessung und Vermarkung . . . 54
5. Straßen, Wege, Brücken 57
6. Einrichtungen der öffentlichen Straßen und Plätze:
   - A. Öffentliche Uhren 63
   - B. Sonstiges 63
7. Wasserbau und Wasserwehr 63

IV. Schulwesen:

1. Volksschulen 65
2. Höhere Lehranstalten 69
3. Gewerbeschulen 71
4. Handelsschulen mit Höheren Handelsschulen 73
5. Sonstiges Schulwesen und besondere Leistungen 74

V. Kunst, Wissenschaft, Kirchen:

- A. Kunst, Wissenschaft, Sammlungen . 77
- B. Volksbücherei und Lesehalle . . . 79

VI. Wohlfahrtswesen:

1. Fürsorgeamt 81
2. Altersheim 94
3. Jugendamt 95
4. Kinder- und Säuglingsheim . . . 97
5. Sonstiges Wohlfahrtswesen 99
6. Krankenhaus 101
7. Erholungsheim Baden-Baden . . . 105
8. Badeanstalten 106
9. Sonstige Gesundheitspflege:
   - A. Untersuchung von Lebensmitteln . 110
   - B. Stadtschularztstelle 110
   - C. Schulzahnklinik 112
   - D. Tuberkuloseberatungsstelle . . . 112
   - E. Gesundheitsbehörde 114
   - F. Bekämpfung anderer ansteckender Krankheiten 114
   - G. Desinfektionsanstalt 115
   - H. Krankentransportwesen 115
   - J. Schnakenbekämpfung 115
   - K. Sonstiges 116
10. Leibesübungen, Sport, Jugendpflege 116
11. Förderung des Wohnungsbaues . . 117
12. Kleingärten 123

VII. Öffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten:

1. Entwässerung und Bedürfnisanstalten 123
2. Straßenreinigung 126
3. Müllabfuhr 127
4. Grubenentleerung 128
5. Fuhrpark 129
6. Feuerlöschwesen:
   - A. Berufsfeuerwehr 132
   - B. Freiwillige Feuerwehr 135
   - C. Feuermelde- und Alarmeinrichtung 136
7. Bestattungswesen und Friedhöfe . . 136
8. Stadtgarten 138
9. Öffentliche Anlagen 140
10. Waagen 141
11. Wasenmeisterei 142

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Seite

VIII. Selbständige Betriebe und Unternehmungen:
1. Wasserwerk 142
2. Gaswerk 147
3. Elektrizitätswerk 157
4. Straßenbahn und Kleinbahn:
A. Straßenbahn 166
B. Kleinbahn 171
5. Rheinhafen 172
6. Schlacht- und Viehhof 179
7. Märkte und Messen:
A. Märkte 187
B. Messen 188

IX. Finanzwesen:
1. Verwaltung des Kapitalvermögens . 189
2. Verwaltung des allgemeinen Grundvermögens:
A. Privatwirtschaftlich verwendete Gebäude 190
B. Festhalle 191
C. Konzerthaus 191
D. Ausstellungshalle 192
E. Grundstücksverwaltung 193
F. Verwaltung des Industriegeländes (mit Industriebauten) und der Lagerplätze 194
G. Stadtwald 195
3. Schuldenverwaltung 196
4. Steuern:
A. Anteile an Reichs- und Landessteuern und Zuschläge zu solchen . 198
B. Gemeindesteuern 200
C. Sonstige Einnahmen 202
5. Überschüsse oder Fehlbeträge der Vorjahre, sowie besondere Anfälle und Leistungen der Finanzverwaltung . . 203
6. Rücklage für unvorhergesehene Ausgaben 204

Seite

B. Verrechnungshaushalte:
1. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung und Beihilfen 205
2. Gartenamt 205
3. Stadtgärtnerei 206
4. Allgemeine Bürobedarfsstelle 206
5. Lohnverrechnung der Hochbauamtsarbeiter . 207
6. Materialverrechnung des Tiefbauamts . . 207
6 a. Bauhöfe des Tiefbauamts 208
7. Haustelefon- und Signaleinrichtung . . . 209
8. Fernsprechkosten Rathauszentrale 209
9. Installationsbetrieb des Gaswerks . . . 210
10. Installationsbetrieb des Elektrizitätswerks 210
11. Materialverrechnung des Bahnamts . . . 210
12. Dienstkleiderbeschaffung 211

C. Rechnungsabschluß der Stadthauptkasse:
1. Rückstandsrechnung 213
2. Wirtschaftsrechnung 214
3. Verrechnungshaushalte 220
4. Vorschußrechnung 220
5. Vermögensrechnung 221
6. Zusammenstellung 224

D. Sonderhaushalte:
1. Fondskasse 225
2. Rebgut Istein 227
3. Schenkungenkasse 229

E. Gesamtvermögen und Schulden 231

F. Nachweisungen:
1. Die außerordentlichen Unternehmungen . 235
2. Aufnahme und Verwendung von Anlehensmitteln 242

G. Sparkasse 244

Vorwort.

Während das Wirtschaftsjahr 1933 ganz im Zeichen der nationalsozialistischen Machtergreifung und des politischen Umbruchs stand, in dem die großen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Umwälzungen eingeleitet worden sind, hat man im Wirtschaftsjahr 1934 den im Vorjahr beschrittenen Weg in einheitlicher Linie weiterverfolgt. Die Auswirkungen der Umgestaltung auf allen Gebieten des täglichen Lebens machen sich im Berichtsjahr deutlich erkennbar. Die Bestrebungen der Reichsregierung auf Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fanden im ganzen Reich nachdrücklichste Unterstützung, und auch die Landeshauptstadt Karlsruhe hat ihren Anteil zu diesen Maßnahmen geliefert. Die im Vorjahr begonnenen Arbeiten wurden fortgesetzt und teilweise zu Ende geführt, neue Aufgaben in Angriff genommen. Das dumpfe Bild untätiger Resignation, die Unfähigkeit früherer Regierungen, durch positive Maßnahmen die Ungunst der Verhältnisse zu meistern, hat einer emsigen Betriebsamkeit durch die Tatkraft neuer Männer weichen müssen. Schon die äußere Erscheinung bestätigt den Wandel. Bei Maxau schreitet der Rheinbrückenbau seiner Vollendung entgegen. Die Dämme, die nordwestlich von Mühlburg beginnen, und die zahlreichen Unterführungen sind bereits fertiggestellt, der verbreiterte Stichkanal und das Ölbecken konnten ihre Vollendung erfahren, zahlreiche Entwässerungs- und Erdarbeiten im Bereiche der Rheinniederung, besonders die Sanierung der Fritschlach, dienen der Erweiterung des Nahrungsspielraums des Deutschen Volkes. Die Bautätigkeit hat wieder eingesetzt, neue Straßen und Kanäle schließen die neu erstandenen Wohngebiete auf. Die Leistungen der städtischen Werke setzen die im Jahre 1933 wieder begonnene Aufwärtsentwicklung fort, der Rheinhafen hat eine noch nie dagewesene Umschlagsziffer erreicht, der Verkehrsrückgang der Straßenbahn ist zum Stillstand gekommen, der Fleischverbrauch der Bevölkerung gestiegen.

Die Zahl der Fürsorgeempfänger fand im Berichtsjahr eine Verminderung um 15 (1933: 14,6) v. H. Seit ihrem Höchststand im Februar 1933 hat sie sich um 28 v. H. verringert. Bei den Wohlfahrtserwerbslosen ließ sich erneut ein Zurückgehen um 50,2 (1933: 39,1) v. H. ermitteln, während gegenüber ihrer Höchstzahl sogar eine Senkung um 70 v. H. eingetreten ist. Es ist selbstredend, daß diese Ziffern auf den Zuschußbedarf des Fürsorgeamts trotz starker Kürzung der Reichswohlfahrtshilfe nicht ohne Einfluß geblieben sind.

Eine Hauptvoraussetzung der Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse sind geordnete öffentliche Finanzen. Auch in dieser Beziehung können im Berichtsjahr für die hiesige Stadt erfreuliche Erfolge mitgeteilt werden. Erstmals seit Jahren ist es gelungen, allerdings unter Inanspruchnahme von 343 627 *RM*, die für Rücklagen bestimmt waren, den laufenden Haushalt einschließlich eines Fehlbetrags von 418 894 *RM* aus dem Jahre 1932 auszugleichen. Gegenüber dem Haushaltsplan, bei dem trotz einer Rücklieferung aus dem Erneuerungsfonds von 969 550 *RM* ein Fehlbetrag von 225 790 *RM* vorgesehen war, bedeutet das Ergebnis eine Verbesserung von 851 713 *RM*. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Karlsruhe mit die niedersten Gemeindesteuersätze aller größeren badischen Städte hat. Der Schuldenstand der Stadt zeigt eine fortschreitende Entlastung. Seit der Machtübernahme ist ein Rückgang der Kapitalschulden um 4 768 250 *RM*, davon im Wirtschaftsjahr 1934 um 2 229 721 *RM*, trotz Neuaufnahme zur Durchführung der Arbeitsbeschaffungsprogramme, eingetreten. Die gleichzeitige Verminderung im Reinvermögen hat in einer vorsichtigeren Vermögensbewertung ihre Ursache.

An der Entspannung der Finanzlage ist neben der äußersten Sparsamkeit, mit der die Verwaltung seit dem Jahre 1933 geführt wird, die Besserung der Steuereingänge mitbeteiligt, die insbesondere bei den Überweisungen aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer und der Grunderwerbsteuer zu verzeichnen ist. Neben den erhöhten Steuereingängen läßt auch das weitere Anwachsen der Spareinlagen bei der Städtischen Sparkasse um 1 188 500 *RM* die Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, aber auch den gesunden Sparsinn der Karlsruher Bevölkerung erkennen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Doch sind leider nicht nur erfreuliche Tatsachen von der badischen Landeshauptstadt zu berichten. Die Auswertung der Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933 gestattet interessante Feststellungen. Wie in allen übrigen Großstädten und im gesamten deutschen Volk ist auch beim Altersaufbau der Karlsruher Bevölkerung eine äußerst große Kinderarmut zu ermitteln. Weiterhin hat sich der Frauenüberschuß in Karlsruhe seit dem Jahre 1925 erneut um 2468 erhöht, obwohl er im Reich eine Verminderung erfahren hat. Das Jahr 1934 zeigt im Gegensatz zu dem Durchschnitt der Großstädte einen gegenüber dem Vorjahr um das dreifache erhöhten Wanderungsverlust, der darin, wie die Zunahme des Frauenüberschusses, seine Ursache haben dürfte, daß erwerbslos gewordene Facharbeiter in Bezirke mit industrieller Aufwärtsentwicklung abgewandert sind. Das Zurückbleiben der Geburten- und Heiratsziffern je 1000 Einwohner hinter dem Durchschnitt der deutschen Großstädte im Jahre 1934, aber die größere Zahl von Todesfällen läßt ebenfalls darauf schließen, daß die Genesung der Wirtschaft in Karlsruhe nicht jenen Grad erreicht hat wie in anderen Großstädten, was, trotz aller beachtlicher Erfolge, auch durch die geringere Verminderung der Wohlfahrtserwerbslosen und Fürsorgeempfänger in Karlsruhe als im Reich bestätigt wird. Besonders ungünstig ist die Entwicklung in hiesiger Stadt bei Industrie und Handwerk. Gegenüber der letzten Vorkriegszeit ist hier eine Abnahme der Beschäftigten von 43,6 v. H. festzustellen, die für die industriellen Betriebe allein noch viel stärker wäre, wenn Industrie und Handwerk getrennt ausgezählt würden. Daß die einst blühende Karlsruher Industrie einen derartigen Niedergang genommen hat, ist in erster Linie eine Folge der Grenzziehung durch den Versailler Vertrag, der Entmilitarisierung der neutralen Zone und einer in der Nachkriegszeit betriebenen falschen Lohnpolitik. Auch auf diesem Gebiete die Schäden der Vergangenheit zu heilen, wird eine Hauptaufgabe der Stadtverwaltung sein.

Der Verwaltungsbericht wird seinen Lesern in diesem Jahre zum ersten Mal in neuer Form dargeboten. Es erschien zweckmäßig, die ziffernmäßige und textliche Berichterstattung, wie sie bisher im Rechenschafts- und Verwaltungsbericht getrennt niedergelegt wurde, zur erhöhten Übersichtlichkeit miteinander zu verknüpfen und den nackten Ziffern unmittelbar die textlichen Erläuterungen anzuschließen. Daher war es notwendig, die Reihenfolge des Berichts genau dem Schema des Haushaltsplans anzupassen und zur Steigerung der Übersichtlichkeit Darstellungen über die Rechnungsergebnisse usw. anzuschließen. Die Angabe des Rechnungsergebnisses des Vorjahres soll die Verfolgung der Entwicklung gestatten. Die erstmalige Ausstattung des Berichts mit Bildern dient dem Zweck, auch durch anschauliche Wiedergabe den Leser von der Arbeit der Stadtverwaltung zu unterrichten.

Mit dem Wirtschaftsjahre 1928 hat die Stadtverwaltung begonnen, Verwaltungsberichte herauszugeben. Sie traten an Stelle der früheren Chronik, die jedoch in der Hauptsache auf die kulturellen Ereignisse zugeschnitten war. Auch über dieses Gebiet sind an den dazu geeigneten Stellen die wesentlichen Vorkommnisse behandelt.

Die verspätete Herausgabe des Berichts hat in der Hauptsache in der Umstellung der Berichterstattung und der damit zusammenhängenden Mehrarbeit ihre Ursache. Die erhöhte Übersichtlichkeit möge jedoch diesen Nachteil überwiegen.

Karlsruhe, im Februar 1936.

Der Oberbürgermeister:

Jäger.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Statistisches.

Stadtgebiet.

Im Wirtschaftsjahr 1934 fand die Gemarkung der Landeshauptstadt Karlsruhe keine Veränderung. Sie umfaßte am 31. Dezember 1934, wie im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, 6505 ha 43 a 97 qm, die sich auf folgende Gruppen verteilten:

Überbaute Grundstücke	681 ha 38 a 17 qm,
Hausgärten, Park- und Gartenanlagen	289 ha 2 a 76 qm,
Gartenland	88 ha 11 a 87 qm,
Ackerland	1467 ha 35 a 44 qm,
Wiesen, Grasland, Grasraine	437 ha 45 a 42 qm,
Weidfeld	15 ha 16 a 78 qm,
Bauplätze	249 ha 33 a 14 qm,
Fischweier und Teiche	3 a 88 qm,
Kies- und Sandgruben	4 ha 30 a 38 qm,
Waldungen	2178 ha 41 a 22 qm,
ertraglose Flächen	103 ha 2 a 64 qm,
öffentliche Plätze, Straßen, Wege, Eisenbahnen, Friedhöfe	807 ha 39 a 16 qm,
Seen, Flüsse, Bäche mit ertraglosem Vorland	184 ha 43 a 11 qm.

Bevölkerungsstand.

Die Wohnbevölkerung der Landeshauptstadt Karlsruhe betrug nach der allgemeinen Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933 154 902 (1925: 145 694; 1910: 134 313) Personen, die wie folgt auf die einzelnen Stadtgebiete entfielen:

Stadtteil	Einwohnerzahl							
	1933				1925		1910	
	männlich	weiblich	zusammen	v. H.	zusammen	v. H.	zusammen	v. H.
Innere Oststadt	6 645	7 301	13 946	9,00	15 181	10,42	16 256	12,10
Innere Weststadt	7 967	10 716	18 683	12,06	19 812	13,60	19 373	14,42
Alter Hardtwaldstadtteil u. Schloßbezirk	1 552	2 037	3 589	2,32	3 929	2,70	3 102	2,31
Äußere Oststadt	8 608	9 237	17 845	11,52	18 124	12,44	17 035	12,68
Südstadt	10 251	11 705	21 956	14,17	23 080	15,84	24 306	18,10
			76 019	*49,07*	*80 126*	*55,00*	*80 072*	*59,61*
Stadtgartenviertel	1 218	1 617	2 835	1,83	1 237	0,85	652	0,49
Südweststadt	12 249	15 027	27 276	17,60	26 341	18,08	23 977	17,85
Neuer Hardtwaldstadtteil	1 855	2 181	4 036	2,61	3 919	2,69	4 110	3,06
Mühlburg	7 359	8 546	15 905	10,27	15 806	10,85	11 304	8,42
			50 052	*32,31*	*47 303*	*32,47*	*40 043*	*29,82*
Beiertheim (mit Dammerstock und Weiherfeld)	3 205	3 555	6 760	4,36	3 631	2,49	2 675	1,99
Rintheim	1 131	1 190	2 321	1,50	2 225	1,52	2 246	1,67
Rüppurr (ohne Dammerstock)	2 817	3 225	6 042	3,90	4 597	3,16	2 819	2,10
Grünwinkel (mit Albsiedlung)	2 117	2 200	4 317	2,79	2 524	1,73	2 004	1,49
Daxlanden	3 138	3 333	6 471	4,18	5 288	3,63	4 454	3,32
Bulach (mit Stadtrandsiedlung)	1 424	1 496	2 920	1,89	—	—	—	—
			28 831	*18,62*	*18 265*	*12,53*	*14 198*	*10,57*
Gesamtstadt	71 536	83 366	154 902	100,00	145 694	100,00	134 313	100,00

Der Vergleich mit den Zahlen von 1925 und 1910 zeigt, daß seit 1910 eine fortschreitende Auflockerung in der Wohndichte der stark bevölkerten Stadtteile, nämlich der inneren Oststadt, der inneren Weststadt und insbesondere der Südstadt eingetreten ist, während die äußeren Stadtteile, hauptsächlich die Vororte, steigende Bewohnerzahlen aufzuweisen haben. Was nun den Rückgang der Bewoh-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nerzahlen in den früher am dichtestbevölkerten Altstadtteilen anbetrifft, so ist aber keineswegs ein Abbruch von Wohnvierteln oder ein Leerstehen von Wohnungen der Grund für diese Erscheinung; die Ursache liegt vielmehr in der bedauerlichen Tatsache der zunehmenden Kinderarmut der städtischen Familien. Im Jahre 1910 zählte die Stadt Karlsruhe bei 134313 Einwohnern 29670 Haushaltungen, im Jahre 1925 bei 145694 Einwohnern 38306 Haushaltungen und im Jahre 1933 bei einer Einwohnerzahl von 154902 Personen 44822 Haushaltungen. Es entfielen somit im Jahre 1910 auf eine Karlsruher Haushaltung 4,53 Köpfe, im Jahre 1925 noch 3,80 Köpfe, im Jahre 1933 dagegen nur noch 3,46 Köpfe. Der Wegfall der früheren starken Karlsruher Garnison in der Nachkriegszeit machte sich insbesondere bei dem neuen Hardtwaldstadtteil bemerkbar, der trotz zunehmender Überbauung gegenüber 1910 wie die alten Stadtbezirke einen Bewohnerrückgang zu verzeichnen hat. Was die Zunahme in den äußeren Stadtteilen anbelangt, so spiegelt sich in dieser die Bautätigkeit wieder. Stadtgartenviertel, Südweststadt, Mühlburg und sämtliche Dororte mit Ausnahme von Rintheim zeigen gegenüber 1910 eine beachtliche Zunahme ihrer Bewohner, nur in Rintheim ist deren Zahl annähernd gleichgeblieben, was in der weniger starken Bautätigkeit der letzten Jahre in diesem Stadtteil im Vergleich zu den übrigen Dororten begründet ist. Beiertheim verdankt das Wachstum seiner Einwohner von 2675 im Jahre 1910 auf 6760 im Jahre 1933 in erster Linie dem neuentstandenen Weiherfeld und der Dammerstocksiedlung, Rüppurr seine gegenüber Beiertheim nur schwach zurückbleibende Entwicklung dem Ausbau der Gartenstadt und der Neuerschließung vorzüglicher Wohngebiete in schönster Lage der Stadt. In Grünwinkel ist die aufsteigende Entwicklung neben dem Ausbau der Gartenstadt durch die neuerstellte Albsiedlung hervorgerufen, während in Daxlanden, als dem früher größten Dorort, die allerdings relativ zurückbleibende Zunahme in der Hauptsache in der privaten Bautätigkeit zu suchen ist.

Im Jahre 1910 wohnten noch 80072 Personen = 59,61 v. H. der Gesamteinwohner in den älteren Stadtteilen, nämlich der inneren Oststadt, der inneren Weststadt, dem alten Hardtwaldstadtteil, der äußeren Oststadt und der Südstadt, 40043 Personen = 29,82 v. H. entfielen auf die neueren Stadtbezirke, das Stadtgartenviertel, die Südweststadt, den neuen Hardtwaldstadtteil und Mühlburg, 14198 Personen = 10,57 v. H. waren in den Dororten ansässig. Bis zum Jahre 1925 hielt sich die absolute Zahl der Bewohner in den älteren Stadtgebieten, und zwar trotz Rückgangs der durchschnittlichen Haushaltsstärke von 4,53 auf 3,80 Personen, wohl infolge der herrschenden Wohnungsnot, der relative Anteil sank aber bereits auf 55,00 v. H. Die stärkste absolute Zunahme von 1910 bis 1925 kam den neueren Stadtteilen (ohne Dororte) zugute, sie betrug 7260 Personen und erhöhte den Anteil dieser Wohngebiete von 29,82 v. H. auf 32,47 v. H. der gesamten Einwohnerschaft. Die Dororte konnten von 1910 bis 1925 ihre Bewohner um 4067 erhöhen; in ihnen waren statt 10,57 v. H. der Gesamtbevölkerung im Jahre 1910 12,53 v. H. im Jahre 1925 ansässig.

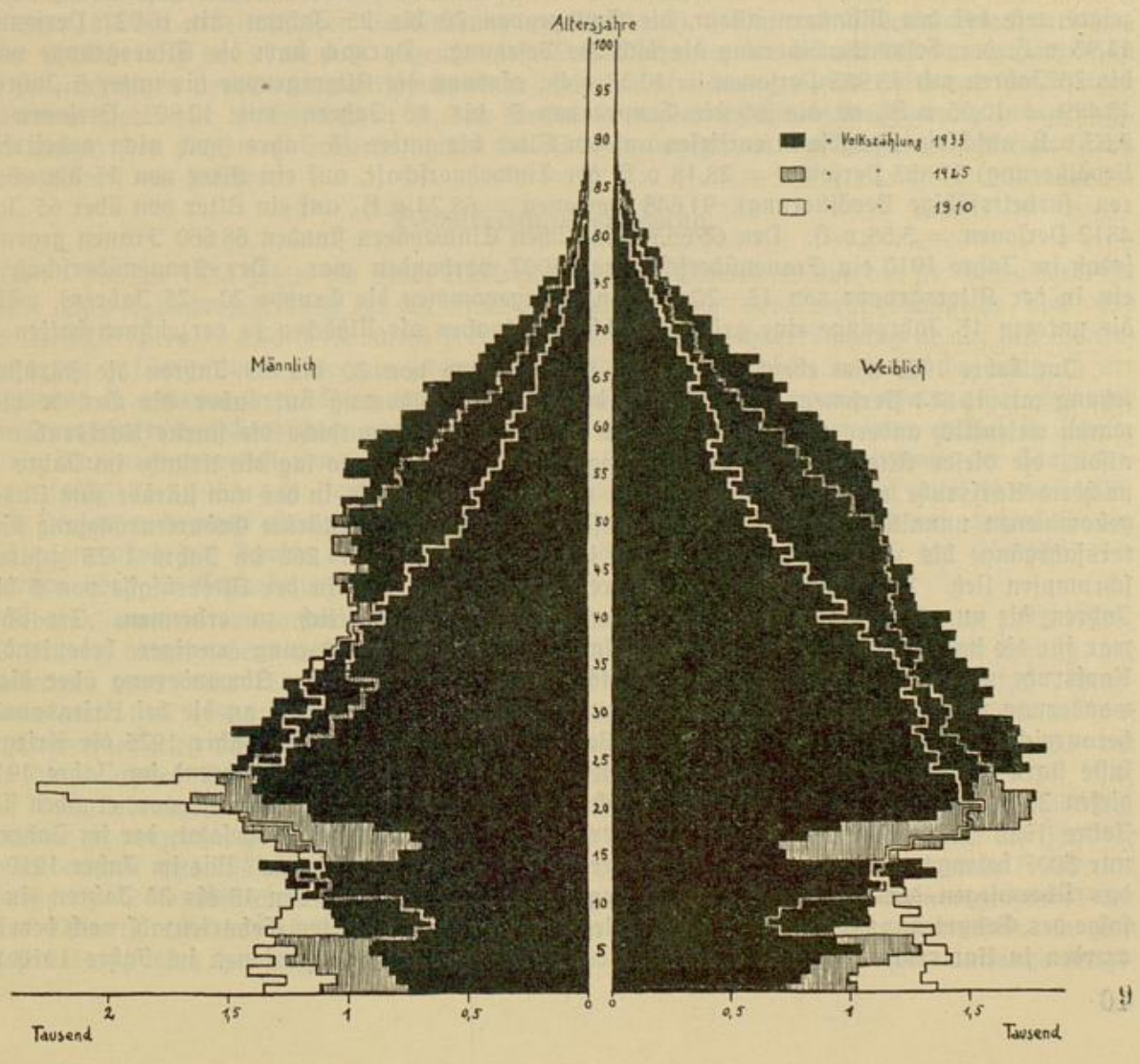
Die Zählung des Jahres 1933 brachte für die alten Stadtteile einen Bewohnerrückgang um 4107 auf 76019 = 49,07 v. H. der gesamten Einwohner, während die Bewohnerzahl in den neueren Stadtgebieten um weitere 2749 auf 50052 Personen stieg. Der Anteil dieser Stadtteile verminderte sich ebenfalls, und zwar auf 32,31 v. H. der Wohnbevölkerung. Stark dagegen zeigte sich das Wachstum der Dororte, deren Bewohner um 10566 auf 28831 = 18,62 v. H. der Gesamtbevölkerung zunahmen.

In der Zeit von 1910 bis 1925 vermehrte sich die Einwohnerzahl der Stadt Karlsruhe um 11381 = 8,47 v. H. Die alten Stadtteile blieben von dieser Aufwärtsentwicklung ausgenommen, der Zuwachs kam ausschließlich den neueren Stadtgebieten und den Dororten zugut, deren Anwohner sich um 18,13 v. H. bezw. 28,64 v. H. steigerten. Die folgenden acht Jahre brachten den alten Stadtteilen sogar einen Verlust von 5,13 v. H., während die neueren Stadtteile eine Zunahme von 5,81 v. H., die Dororte sogar von 57,85 v. H. zu verzeichnen hatten. Das Zentrum der Stadt bildet sich immer mehr und mehr zu einem reinen Geschäftsviertel aus, das als Wohngegend in den Hintergrund tritt. Abgesehen von der weniger erfreulichen Tatsache, daß der Rückgang der Bewohnerzahl der Altstadtgebiete in erster Linie die Folge einer geringeren Kinderzahl in den einzelnen Haushaltungen ist, kann die Auflockerung in den bisher dichtbevölkerten Stadtgebieten und die Bewohnerzunahme in den gesünderen neueren Stadtteilen, und besonders in den Dororten, aus sozial- und bevölkerungspolitischen Gründen nur begrüßt werden. Diese Entwicklung dürfte auch mit der Zeit zu einer natürlichen Lösung der brennenden Frage der Altstadtsanierung führen.

Auch im Altersaufbau der Karlsruher Bevölkerung sind gegenüber den Jahren 1925 und 1910, wie im gesamten Reich und den übrigen Großstädten, beachtliche Verschiebungen eingetreten. Es wurden gezählt am:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Altersklassen	16. Juni 1933				16. Juni 1925				1. Dezember 1910			
	männlich	weiblich	zusammen	v. H.	männlich	weiblich	zusammen	v. H.	männlich	weiblich	zusammen	v. H.
Bis unter 5 Jahren	4 158	4 245	8 403	5,43	5 769	5 499	11 268	7,73	6 732	6 767	13 499	10,05
5 bis „ 10 „	5 156	5 117	10 273	6,63	4 183	4 094	8 277	5,68	6 462	6 341	12 803	9,53
10 „ „ 15 „	5 863	5 650	11 513	7,43	5 695	5 695	11 390	7,82	5 823	5 728	11 551	8,60
bis unter 15 Jahren	*15 177*	*15 012*	*30 189*	*19,49*	*15 647*	*15 288*	*30 935*	*21,23*	*19 017*	*18 836*	*37 853*	*28,18*
15 bis unter 20 Jahren	4 638	5 246	9 879	6,39	7 091	8 074	15 165	10,41	6 664	7 279	13 943	10,38
20 „ „ 25 „	7 089	8 045	15 134	9,77	7 523	8 151	15 674	10,76	8 955	7 072	16 027	11,93
25 „ „ 30 „	6 998	8 435	15 433	9,96	5 579	7 144	12 723	8,73	6 145	6 488	12 633	9,42
30 „ „ 35 „	6 119	7 772	13 891	8,97	4 766	6 508	11 274	7,74	5 810	6 183	11 993	8,93
35 „ „ 40 „	4 940	7 099	12 039	7,77	4 886	6 062	10 948	7,51	4 930	5 239	10 169	7,57
40 „ „ 45 „	4 796	6 308	11 104	7,17	4 967	5 818	10 785	7,40	3 998	4 418	8 416	6,27
45 „ „ 50 „	4 877	5 759	10 636	6,87	5 202	5 693	10 895	7,48	3 014	3 355	6 369	4,74
50 „ „ 55 „	4 901	5 589	10 490	6,77	4 324	4 614	8 938	6,13	2 325	2 714	5 039	3,75
55 „ „ 60 „	4 557	4 942	9 499	6,13	3 283	3 618	6 901	4,74	1 715	2 145	3 860	2,87
60 „ „ 65 „	3 391	3 721	7 112	4,59	2 217	2 572	4 789	3,29	1 298	1 901	3 199	2,38
Von 15 bis unter 65 Jahren	*52 301*	*62 916*	*115 217*	*74,39*	*49 838*	*58 254*	*108 092*	*74,19*	*44 854*	*46 794*	*91 648*	*68,24*
65 bis unter 70 Jahren	2 106	2 543	4 649	3,00	1 357	1 760	3 117	2,14	921	1 464	2 385	1,78
70 „ „ 75 „	1 153	1 561	2 714	1,75	761	1 150	1 911	1,31	500	882	1 382	1,03
75 „ „ 80 „	506	828	1 334	0,86	385	721	1 106	0,76	265	439	704	0,52
80 „ „ 85 „	230	388	618	0,40	147	272	419	0,29	69	176	245	0,18
85 „ „ 90 „	53	103	156	0,10	28	74	102	0,07	24	57	81	0,06
90 „ „ 95 „	8	14	22	0,01	3	9	12	0,01	3	12	15	0,01
95 „ „ 100 „	2	1	3	0,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Von 65 bis unter 100 Jahren	*4 058*	*5 438*	*9 496*	*6,12*	*2 681*	*3 986*	*6 667*	*4,58*	*1 782*	*3 030*	*4 812*	*3,58*
zusammen:	71 536	83 366	154 902	100,00	68 166	77 528	145 694	100,00	65 653	68 660	134 313	100,00



Das Bild des Altersaufbaus der Bevölkerung im Deutschen Reiche glich im Jahre 1910 einer regelmäßigen Pyramide, bei der die untersten Jahrgänge die dichteste Besetzung aufwiesen und in regelmäßiger Folge bis zu der Spitze hin abnahmen, wobei man jedoch auch noch den Geburtenausfall des Krieges von 1870/71 durch eine beiderseitige kleine Einbuchtung deutlich erkennen konnte. Für eine Großstadt war auch schon in der Vorkriegszeit dieser Altersaufbau der Bevölkerung nicht gegeben. Wie das Schaubild zeigt, hatten in Karlsruhe bereits im Jahre 1910 nicht die untersten Geburtsjahrgänge, sondern die Jahrgänge um 20 herum, sowohl bei der männlichen als auch bei der weiblichen Bevölkerung die größte Stärke. Die Ursache hierfür ist keine einheitliche. Zunächst begann auch schon in der Vorkriegszeit der Geburtenrückgang in den Städten einzusetzen, der gegenüber dem Reich eine verminderte Zahl der Kinder zur Folge hatte. Außerdem ist bekannt, daß in den Jahren, in denen die deutschen Großstädte ihr stärkstes Wachstum aufzuweisen haben, dieses nur zum geringsten Teil auf den eigenen Geburtenüberschuß zurückzuführen ist, zum überwiegenden Teil dagegen auf die Zuwanderung aus dem Lande. Diejenigen Personen, die in der Hauptsache die Zuwandernden ausmachten, waren Jugendliche und Erwachsene, die in das Erwerbsleben eintretend, in der Großstadt Verdienst suchten und alsdann auch dort seßhaft wurden. Hinzu kommt noch, daß bei der Stadt Karlsruhe früher eine starke Garnison gehalten wurde, die Leute aus dem ganzen Lande heranzog und infolgedessen zu einer starken Anhäufung der männlichen Altersklassen von 19 bis 23 Jahren führte. Wenn auch die Besetzung der entsprechenden Jahrgänge bei der weiblichen Bevölkerung nicht eine gleichstarke sein konnte, so waren doch auch hier die Jahrgänge von 16 bis 20 Jahren am dichtesten vertreten. Diese Erscheinung war vermutlich hervorgerufen durch die starke Zuwanderung jugendlicher Hausgehilfinnen aus ländlichen Gebieten, für die bei der früheren sozialen Schichtung der Karlsruher Bevölkerung eine starke Nachfrage bestand. So kam es, daß von den zu je fünf Jahrgängen zusammengefaßten Altersgruppen der Karlsruher Bevölkerung im Jahre 1910 bei der männlichen Einwohnerschaft die Altersgruppe von 20 bis 25 Jahren mit 8955 Personen, bei dem weiblichen Teil die Altersgruppe von 15 bis 20 Jahren mit 7279 Personen am stärksten besetzt waren. Für Männer und Frauen zusammengenommen zeigte, wie bei den Männern allein, die Gruppe von 20 bis 25 Jahren mit 16027 Personen = 11,93 v. H. der Gesamtbevölkerung die dichteste Besetzung. Darnach kam die Altersgruppe von 15 bis 20 Jahren mit 13943 Personen = 10,38 v. H., alsdann die Altersgruppe bis unter 5 Jahre mit 13499 = 10,05 v. H., an die sich die Gruppe von 5 bis 10 Jahren mit 12803 Personen oder 9,53 v. H. anschloß. Insgesamt entfielen auf ein Alter bis unter 15 Jahre (noch nicht arbeitsfähige Bevölkerung) 37853 Personen = 28,18 v. H. der Einwohnerschaft, auf ein Alter von 15 bis 65 Jahren (arbeitsfähige Bevölkerung) 91648 Personen = 68,24 v. H., auf ein Alter von über 65 Jahren 4812 Personen = 3,58 v. H. Den 65653 männlichen Einwohnern standen 68660 Frauen gegenüber, sodaß im Jahre 1910 ein Frauenüberschuß von 3007 vorhanden war. Der Frauenüberschuß setzte ein in der Altersgruppe von 15—20 Jahren (ausgenommen die Gruppe 20—25 Jahren), während die unteren 15 Jahrgänge eine größere Zahl von Knaben als Mädchen zu verzeichnen hatten.

Im Jahre 1925 wies ebenfalls noch die Altersgruppe von 20 bis 25 Jahren die stärkste Besetzung mit 15674 Personen = 10,76 v. H. der Gesamtbevölkerung auf, aber die Gründe hierfür waren wesentlich andere geworden. War es früher in der Hauptsache die starke Karlsruher Garnison, die dieser Altersgruppe die überwiegende Besetzung gab, so lag die Ursache im Jahre 1925, nachdem Karlsruhe vollständig von Militär entblößt worden war, in der nun stärker zum Ausdruck gekommenen unnatürlichen Alterszusammensetzung, wobei der verstärkte Geburtenrückgang die Altersjahrgänge bis zu 5 Jahren von 13499 im Jahre 1910 auf 11268 im Jahre 1925 zusammenschrumpfen ließ. Der Geburtenausfall während des Krieges war in der Altersklasse von 5 bis 10 Jahren, die nur 8277 gegen 12803 im Jahre 1910 aufwies, deutlich zu erkennen. Im übrigen war für die starke Besetzung der mittleren Jahrgänge die Zuwanderung weniger bedeutend, da Karlsruhe vom Jahre 1915 an bis 1921 ständig ein Überwiegen der Abwanderung über die Zuwanderung zu verzeichnen hatte, und die Einwohnerzahl von 1925 kaum an die bei Kriegsausbruch heranreichte. Auf Seiten der männlichen Bevölkerung machten sich im Jahre 1925 die Kriegsverluste stark bemerkbar in den Altersgruppen von 25 bis 50 Jahren. Während im Jahre 1910 in diesen 25 Jahrgängen nur ein Frauenüberschuß von 1786 Personen vorhanden war, ergaben sich im Jahre 1925 5825 mehr Frauen als Männer. Der Frauenüberschuß insgesamt, der im Jahre 1910 nur 3007 betragen hatte, war bis zum Jahre 1925 auf 9362 angestiegen. Wie im Jahre 1910 setzte das Überwiegen der weiblichen Bevölkerung bei der Altersgruppe von 15 bis 20 Jahren ein. Infolge des Geburtenausfalls während des Kriegs und der verminderten Geburtenzahl nach dem Krieg wurden in Karlsruhe im Jahre 1925 nur noch 30935 gegen 37853 Personen im Jahre 1910 unter

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

15 Jahren (noch nicht arbeitsfähige Bevölkerung) = 21,23 (1910: 28,18) v. H. der Gesamtbevölkerung gezählt. Die arbeitsfähige Bevölkerung von 15 bis 65 Jahren nahm um 16 444 Personen auf 108 092 (1910: 91 648) zu und umfaßte 74,19 (1910: 68,24) v. H. der Gesamtbevölkerung. Noch stärker war das relative Wachstum bei den Personen über 65 Jahren, deren Zahl sich um 1855 auf 6667 (1910: 4812) = 4,58 (1910: 3,58) v. H. der Gesamtbevölkerung erhöhte.

Der Altersaufbau der Karlsruher Bevölkerung im Jahre 1933 zeigt wieder, wie bereits 1925 zu erkennen, die drohende Vergreisung unseres Volkes. Die Altersgruppe bis unter 5 Jahren, die bei einer natürlichen Alterszusammensetzung der Bevölkerung die höchsten Ziffern aufweisen sollte, ist nur mit 8403 Personen besetzt und kommt ihrer Stärke nach hinter der Altersgruppe von 55 bis 60 Jahren; die ihr zustehende erste Stelle der Rangordnung mußte sie somit mit der 12. vertauschen. Nur noch 5,43 v. H. der Gesamtbevölkerung entfielen auf Kinder bis zu 5 Jahren, während die am dichtest bevölkerte Gruppe der im Alter von 25 bis 30 Jahren stehenden Personen 15 433 = 9,96 v. H. der Gesamtbevölkerung zählte. Der Geburtenausfall während des Krieges verteilte sich auf die Altersklassen von 14 bis 19 Jahren. Die Kriegsverluste sind bei der männlichen Bevölkerung in den Altersklassen von 34 bis 55 Jahren noch deutlich zu erkennen. Der Frauenüberschuß vom Jahre 1925 mit 9362 Frauen hat sich weiterhin auf 11 830 erhöht. Die Ursache für diese Erscheinung kann nur auf der Männerseite, und zwar in deren verstärktem Abwandern infolge der ungünstigen Wirtschaftslage, gesucht werden. Die für das ganze Reichsgebiet festgestellte Abnahme des Frauenüberschusses besteht daher für Karlsruhe nicht. Auf 1000 Männer entfielen in hiesiger Stadt im Jahre 1910 1046 Frauen, im Jahre 1925 1137 Frauen und im Jahre 1933 1165 Frauen, während im Durchschnitt der Großstädte auf 1000 Männer nur 1114 Frauen und im Durchschnitt des Reichs nur 1058 Frauen kamen. Die Altersgruppen bis 15 Jahren zählten im Jahre 1933 30 189 (1910: 37 853) Personen = 19,49 (1910: 28,18) v. H. der Gesamtbevölkerung. Die arbeitsfähige Bevölkerung von 15 bis 65 Jahren umfaßte 115 217 (1910: 91 648) Personen = 74,39 (1910: 68,24) v. H. der Gesamtbevölkerung, über 65 Jahre alt waren 9496 (1910: 4812) Einwohner = 6,12 (1910: 3,58) v. H. Gegenüber 1910 hat sich somit die Zahl der unter 15 Jahre alten um 20,25 v. H. vermindert, die der arbeitsfähigen Bevölkerung um 25,72 v. H. erhöht und die der nicht mehr arbeitsfähigen Bevölkerung um 97,94 v. H. zugenommen. Das Wachstum der arbeitsfähigen und der nicht mehr arbeitsfähigen Bevölkerung entspricht einer gleichen Entwicklung wie im Reich und den übrigen Großstädten, wobei zur berücksichtigen ist, daß der Anteil der berufsfähigen Bevölkerung in den Großstädten größer, der nicht mehr erwerbsfähigen Bevölkerung dagegen in den Großstädten kleiner ist als im Durchschnitt des Reiches.

Bevölkerungsbewegung.

Am 1. Januar 1934 zählte die Stadt Karlsruhe 155 050 Einwohner und am 31. Dezember 1934 154 120. Das Kalenderjahr 1934 hat der Stadt Karlsruhe eine Bevölkerungsabnahme von 930 (1933: 236) Personen = 0,60 (1933: 0,15) v. H. gebracht. Der Einwohnerrückgang ist auf den Wanderungsverlust zurückzuführen, der nun schon seit dem Jahre 1930 anhält und im Gegensatz zu der Entwicklung in anderen Großstädten im Jahre 1934 fast eine Verdreifachung erfahren hat, während er im Durchschnitt der Großstädte annähernd gleichblieb. Auf 1000 Einwohner entfiel in Karlsruhe ein Wanderungsverlust von 8,9 (1933: 3,3; 1932: 2,4) Personen, im Durchschnitt der Großstädte von 4,1 (1933: 3,8; 1932: 4,0) Personen. Zugezogen sind im Kalenderjahr 1934 zwar 16 664 (1933: 15 758) Personen, dagegen aber 18 047 (1933: 16 136) weggezogen. Dem Wanderungsverlust von 1383 Personen steht ein Gewinn in der natürlichen Bevölkerungsbewegung (d. i. im Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen) von 453 (1933: 142) Personen gegenüber.

Geboren wurden von ortsansässigen Müttern im Kalenderjahr 1934 in Karlsruhe 2115 (1933: 1759) Kinder, davon lebend geboren 2059 (1933: 1703). Gestorben sind ohne Einbeziehung der Auswärtigen 1606 (1933: 1561) Personen. Auf 1000 Einwohner entfielen 13,3 (1933: 11,0) Lebendgeborene und 10,4 (1933: 10,1) Gestorbene. Die Zahl der einheimischen Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner stieg im Jahre 1934 um 2,3 (1933: um 0,6), die Sterblichkeit um 0,3 (1933: um 0,1). Die deutschen Großstädte insgesamt hatten 1934 auf 1000 Einwohner 14,5 (1933: 10,9; 1932: 10,9) Lebendgeborene ortsansässiger Mütter und 10,3 (1933: 10,5; 1932: 10,0) ortsansässige Gestorbene zu verzeichnen. Gegenüber der Gesamtheit der 52 deutschen Großstädte war die Zahl der Lebendgeborenen ortsansässiger Mütter in Karlsruhe um 1,2 je 1000 Einwohner kleiner (1933: um 0,1 größer) und die Gestorbenenziffer der Ortsansässigen um 0,1 je 1000 Einwohner größer (1933: um 0,4 kleiner). An der günstigen Entwicklung der Geburten- und Gestorbenenzahlen in den deutschen Großstädten hat daher Karlsruhe im Jahre 1934 nur in bescheidenem Umfange teilge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nommen, indem es seine Geburtenzahl um 20,9 v. H. gegen 33,0 v. H. im Durchschnitt der übrigen Städte steigern konnte, während bei einem Rückgang der Sterblichkeit im Durchschnitt von 1,9 v. H. diese in Karlsruhe eine Erhöhung um 3 v. H. erfuhr. Auch die Säuglingssterblichkeit, d. s. die Sterbefälle der Kinder bis zu 1 Jahr, vermehrte sich im Berichtsjahr. Sie umfaßte ohne Ortsfremde 147 (1933: 124) Kinder oder von je 100 Lebendgeborenen 7,8 (1933: 7,5). Unter den Lebendgeborenen ohne Ortsfremde befanden sich 259 uneheliche Kinder, unter den Gestorbenen unter 1 Jahr 22. Der gesamte Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner betrug 2,9 (1933: 0,9).

Die wichtigsten Todesursachen der Wohnbevölkerung im Kalenderjahr 1934 waren Krebs einschließlich bösartiger Neubildungen in 290 Fällen = 18,06 (1933: 223 = 14,29) v. H. aller Todesfälle, Tuberkulose in 108 Fällen = 6,72 (1933: 130 = 8,33) v. H., darunter Lungen-Tuberkulose in 86 Fällen = 5,35 (1933: 106 = 6,79) v. H. Die Lungenentzündung forderte 90 Opfer = 5,6 (1933: 102 = 6,53) v. H. sämtlicher Verstorbener, während an Grippe 6 Personen = 0,37 (1933: 30 = 1,92) v. H. starben. Durch organische und sonstige Herzkrankheiten (ohne Herzschlag, Herzschwäche usw.) fanden 172 Personen = 10,71 (1933: 175 = 11,21 v. H.) den Tod, durch Gehirnschlag 120 = 7,47 (1933: 119 = 7,62) v. H., durch Arterienverkalkung 141 = 8,78 (1933: 100 = 6,41) v. H. und durch Altersschwäche 73 = 4,55 (1933: 81 = 5,19) v. H. An angeborener Lebensschwäche starben 83 Kinder = 5,17 (1933: 78 = 5) v. H. aller Verstorbenen; die Diphtherie forderte 10 Opfer = 0,62 (1933: 11 = 0,7) v. H., 40 Personen = 2,49 (1933: 40 = 2,56) v. H. schieden freiwillig aus dem Leben, tödlich verunglückten 34 = 2,12 (1933: 31 = 1,99) v. H., davon 14 (1933: 18) bei Verkehrsunfällen. Die übrigen Todesursachen, deren Anteil im einzelnen unter 5 v. H. aller blieb, umfassen 439 = 27,34 (1933: 441 = 28,25) v. H. aller Fälle, u. a. spinale Kinderlähmung 6, Genickstarre 2, Hirnhautentzündung 13, Herzschlag, Herzschwäche usw. 22 und Blinddarmentzündung 22 Fälle.

Vor den Karlsruher Standesämtern wurden im Kalenderjahr 1934 1822 (1933: 1352) Ehen geschlossen. Auf 1000 Einwohner entfielen 11,8 (1933: 8,7) Eheschließungen. Während in den Jahren 1930 bis 1932 die Zahl der Eheschließungen jährlich zurückging, ist seit 1933 ein stetes Ansteigen zu verzeichnen. Das Jahr 1934 weist mehr Eheschließungen auf als jedes der Jahre seit 1922. Die Monate Januar bis März 1934 übertreffen die gleichen Monate 1933 fast um das Doppelte; keiner der übrigen Monate steht hinter dem entsprechenden des Vorjahres zurück. Der Höhepunkt wurde im September mit 228 Eheschließungen erreicht. Aber trotz dieser Aufwärtsbewegung der Eheschließungen hinkt auch in der Zahl der Eheschließungen Karlsruhe hinter den übrigen Großstädten zurück. Wie bereits erwähnt, entfielen in Karlsruhe im Jahre 1934 auf 1000 Einwohner 11,8 (1933: 8,7; 1932: 7,4) Eheschließungen, im Durchschnitt der Großstädte dagegen wurden 12,6 (1933: 10,7; 1932: 8,6) gezählt. Obwohl die Steigerung in Karlsruhe seit 1932 eine stärkere, nämlich um 58 v. H. gegenüber nur 44 v. H. für sämtliche Großstädte zusammen ist, war es infolge des Tiefstandes der Zahl für das Jahr 1932 nicht möglich, den fehlenden Vorsprung einzuholen, doch ihn wenigstens zu verkleinern.

Sozialer Aufbau.

Die Karlsruher Bevölkerung weist folgende Gliederung nach Wirtschaftsabteilungen auf:

Wirtschaftsabteilungen	16. Juni 1933						16. Juni 1925				12. Juni 1907			
	Erwerbspersonen		davon Erwerbslose		Berufszugehörige		Erwerbspersonen		Berufszugehörige		Erwerbspersonen		Berufszugehörige	
	absolut	in v. H.	absolut	in v. H. der Erwerbspersonen	absolut	in v. H.	absolut	in v. H.	absolut	in v. H.	absolut	in v. H.	absolut	in v. H.
Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei	1 197	1,68	200	16,71	2 002	1,29	1 277	1,87	1 945	1,34	1 129	2,07	2 044	1,71
Industrie u. Handwerk	27 886	39,25	9 439	33,85	51 724	33,39	28 245	41,33	52 816	36,25	24 041	44,16	52 219	43,62
Handel und Verkehr	24 829	34,95	3 722	14,99	48 012	31,00	23 332	34,14	47 658	32,71	13 504	24,81	29 052	24,26
Oeffentl. Dienste u. private Dienstleistungen	12 463	17,54	1 016	8,15	24 325	15,70	10 199	14,92	20 314	13,94	9 405	17,27	16 238	13,56
Häusliche Dienste	4 672	6,58	562	12,03	4 802	3,10	5 293	7,74	5 655	3,88	6 364	11,69	6 800	5,68
zus. Erwerbstätige	71 047	100,00	14 939	21,03	130 865	84,48	68 346	100,00	128 388	88,12	54 443	100,00	106 353	88,83
Ohne Beruf und Berufsangabe	15 910	—	—	—	24 037	15,52	11 623	—	17 306	11,88	9 682	—	13 373	11,17
	86 957	—	—	—	154 902	100,00	79 969	—	145 694	100,00	64 125	—	119 726	100,00

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Vergleich mit den früheren Zählungen zeigt, daß in Karlsruhe 1907 45,47 v. H. der Gesamtbevölkerung Erwerbspersonen waren, 1925 46,91 v. H., 1933 45,87 v. H. In den Jahren seit 1907 hat der Anteil der Erwerbspersonen an der gesamten Einwohnerschaft keine nennenswerte Veränderung erfahren, obwohl der Bevölkerungsaufbau ein anderer geworden ist. Der Zunahme der arbeitsfähigen Bevölkerung steht andererseits die Steigerung der nicht mehr arbeitsfähigen Bevölkerung gegenüber; hinzu kommt, daß auch von der dem Alter nach arbeitsfähigen Bevölkerung ein Teil wegen der schlechten Arbeitsverhältnisse, wegen Kriegsleiden usw. vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist.

Für das ganze Reichsgebiet machte der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1907 45,7 v. H., im Jahre 1925 51,3 v. H. und im Jahre 1933 49,5 v. H. aus. Er ist 1933 am höchsten mit 52,1 v. H. in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern wegen der großen Zahl der mithelfenden Ehefrauen in der Landwirtschaft, am geringsten mit 44,0 v. H. in den Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohnern. In den Großstädten mit über 100 000 Einwohnern beträgt der Anteil der Erwerbspersonen 48,3 v. H.; für Karlsruhe mit nur 45,9 v. H. ist er geringer als im Durchschnitt der Großstädte, außerdem ist die Entwicklung für Karlsruhe seit 1907 keine der im Reich entsprechende. Die Ursache für diese Erscheinung ist aber keineswegs, wie der Altersaufbau der Karlsruher Bevölkerung zeigt, in einem höheren Anteil der Kinder zu suchen. Vielmehr ist sie mit der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung der Landeshauptstadt in Zusammenhang zu bringen, da, wie die Statistik zu erkennen gibt, Großstädte mit aufstrebender Richtung einen hohen Anteil von Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung zu verzeichnen haben. Entsprechend dem geringeren Anteil von Erwerbspersonen ist derjenige der Angehörigen ohne Hauptberuf mit 43,9 v. H. höher als im Durchschnitt der Großstädte (41,5 v. H.) und im Durchschnitt des Reichs (41,6 v. H.). Auch mit der Zahl der weiblichen Berufstätigen kann die anteilsmäßige Gestaltung der Erwerbspersonen nicht in Verbindung gebracht werden, da deren Beteiligung für Karlsruhe mit 32,8 v. H. über dem der Großstädte zusammen mit 32,3 v. H. liegt.

Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hat sich der Anteil der Erwerbspersonen in Karlsruhe in der Zeit von 1907 bis 1933, wie bereits erwähnt, kaum verschoben. Bringt man jedoch im Jahre 1933 an den Erwerbspersonen die Erwerbslosen in Abzug, so verbleiben als hauptberuflich Erwerbstätige nur 56 108 gegen 54 443 im Jahre 1907. Die absolute Zahl der in Wirklichkeit in Arbeit Stehenden hat sich trotz einer Einwohnerzunahme um 29,38 v. H. nur um 3,06 v. H. erhöht. Von 71 047 Erwerbspersonen waren am 16. Juni 1933 14 939 = 21,03 v. H. ohne Arbeit. Im Durchschnitt des Reiches waren 18,1 v. H. der Erwerbspersonen, im Durchschnitt der Städte von über 100 000 Einwohnern sogar 28,1 v. H. Erwerbslose. Infolge der geringen Industrialisierung von Karlsruhe konnte die Arbeitslosigkeit nicht auf jene Spitze wie in den reinen Industriestädten klettern, da erfahrungsgemäß die dichtbesiedelten Industriegebiete von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen werden. Aber auch in Karlsruhe waren 33,85 v. H. Arbeitslose bei den Erwerbspersonen von Industrie und Handwerk zu ermitteln. Daß trotzdem die Gesamtentwicklung für Karlsruhe ungünstiger war wie für das gesamte Reichsgebiet beweist die Veränderung der Zahl der in Arbeit Stehenden 1933 im Verhältnis zu 1907 unter Berücksichtigung der Vermehrung der gesamten Bevölkerung. In Karlsruhe nahmen, wie oben bereits angegeben, die Bevölkerung um 29,38 v. H., die in Arbeit befindlichen Personen um 3,06 v. H. zu. Im Deutschen Reich betrug die Bevölkerungszunahme im gleichen Zeitraum 18,59 v. H., die der tatsächlich in einem Arbeitsverhältnis Stehenden 5,10 v. H. Insbesondere der Niedergang der Karlsruher Industrie wird ersichtlich, wenn man den Rückgang der Zahl der tatsächlich Beschäftigten mit jenem im Reich vergleicht. In Karlsruhe standen im Jahre 1933 23,27 v. H. Personen weniger in der Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk in Arbeit als 1907, im Reich dagegen nur 10,10 v. H.

Einschließlich der Erwerbslosen ging der Anteil der Abteilung Industrie und Handwerk, der auch heute noch stärksten Gruppe, von 44,16 v. H. der Erwerbspersonen von 1907 auf 39,25 v. H. 1933 zurück, während Handel und Verkehr ihren Anteil an den Erwerbspersonen von 24,81 v. H. auf 34,95 v. H. steigern konnten. Die Gruppe Öffentliche Dienste und private Dienstleistungen hat sich trotz des Wegfalls des Heeres (1907: 4339 Mann) anteilsmäßig annähernd behauptet, dagegen sind die Erwerbspersonen in der Gruppe Häusliche Dienste von 11,69 v. H. auf 6,58 v. H. der gesamten Erwerbspersonen zurückgegangen. Die Gruppe ohne Beruf und Berufsangabe hat sich wesentlich erhöht; sie macht im Jahre 1933 18,30 v. H. gegen 15,10 im Jahre 1907 an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen aus.

Betrachtet man die Berufszugehörigen der einzelnen Wirtschaftsabteilungen, so zeigt sich eine der Bewegung der Erwerbspersonen entsprechende Entwicklung, nur tritt hier der Verlust der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gruppe Industrie und Handwerk mit einem Anteil von 43,62 v. H. der Gesamtbevölkerung im Jahre 1907 auf 33,39 v. H. im Jahre 1933 noch stärker in Erscheinung. Bei der Gruppe Öffentliche Dienste und private Dienstleistungen konnte sich der Anteil der Berufszugehörigen stärker als der der Erwerbspersonen erhöhen. Dem großen Verlust der Gruppe Häusliche Dienste an den Erwerbspersonen steht ein gleichstarker an den Berufszugehörigen gegenüber, entsprechend dem Steigen der Berufslosen hat sich auch deren Anteil an den Berufszugehörigen gehoben.

Im Vergleich mit dem Durchschnitt der Großstädte hat der Anteil der Erwerbspersonen in Industrie und Handwerk in Karlsruhe stärker abgenommen, nämlich von 44,2 v. H. im Jahre 1907 auf 39,2 v. H. im Jahre 1933 gegen 52,1 v. H. bei dem Durchschnitt der Großstädte 1907 auf 48,2 v. H. 1933. Die Zunahme bei Handel und Verkehr ist dagegen in Karlsruhe größer als im Durchschnitt der Großstädte. Der Anteil dieser Abteilung betrug im Jahre 1907 bei letzteren 25,7 v. H., 1933 31,4 v. H., in Karlsruhe dagegen 1907 24,8 v. H., 1933 34,9 v. H.

Die soziale Stellung der hauptberuflich Erwerbstätigen gibt folgende Gliederung:

	16. Juni 1933				16. Juni 1925			
	Erwerbstätige		Berufszugehörige		Erwerbstätige		Berufszugehörige	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
Selbständige	9 469	13,33	20 884	15,96	10 282	15,04	25 035	19,50
Mithelfende Familien	1 753	2,47	1 878	1,43	1 757	2,57	1 773	1,38
Beamte	9 396	13,22	24 297	18,57	26 552	38,85	51 107	39,81
Angestellte	18 975	26,71	29 653	22,66				
Arbeiter	26 969	37,96	49 557	37,87	24 741	36,20	45 263	35,25
Hausangestellte	4 485	6,31	4 596	3,51	5 014	7,34	5 210	4,06
	71 047	100,00	130 865	100,00	68 346	100,00	128 388	100,00

In der sozialen Schichtung der hauptberuflich Erwerbstätigen zeigen sich gegenüber 1925 keine wesentlichen Verschiebungen. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen (einschließlich Erwerbsloser) hat um 3,95 v. H. zugenommen, die der gesamten Einwohnerschaft dagegen um 6,32 v. H. Nach wie vor stellt die Arbeiterschaft mit 37,96 v. H. der Erwerbstätigen und 37,87 v. H. der Berufszugehörigen die stärkste Schicht dar, obwohl ihr Anteil gegenüber dem Durchschnitt der Großstädte mit 50,4 v H. in Karlsruhe beträchtlich zurückbleibt. An zweiter Stelle kommen die Angestellten mit 26,71 v. H. der Erwerbstätigen gegen 22,9 v. H. im Durchschnitt der Großstädte, alsdann folgen die Selbständigen mit 13,33 v. H. gegen 12,1 v. H. im Durchschnitt der Großstädte. Deren Anteil ist in hiesiger Stadt gegenüber 1925 von 15,04 v. H. auf 13,33 v. H. zurückgegangen, was in dem Zusammenbruch vieler selbständiger Existenzen durch die Wirtschaftskrise seine Ursache haben dürfte. Mit nur ganz geringem Unterschied gegenüber der vorgehenden Schicht schließen sich die Beamten an, die erstmals, wie die Angestellten, gesondert ausgezählt sind, und auf die 13,22 v. H. gegen 6,60 v. H. im Durchschnitt der Großstädte entfallen. Die Abnahme der Zahl der Hausangestellten ist ebenfalls als Erscheinung der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu werten. Gegenüber 7,34 v. H. im Jahre 1925 machen sie nur noch 6,31 v. H. der Erwerbstätigen aus. Ihr Anteil liegt immerhin noch über dem des Durchschnitts der Großstädte mit 5,2 v. H.

Von besonderer Kennzeichnung für eine Stadt ist neben der Schichtung und Gliederung ihrer Bevölkerung die Zahl der in ihr befindlichen gewerblichen Niederlassungen und der in diesen beschäftigten Personen, da ja, wie allgemein bekannt, die Industrialisierung und Kommerzialisierung der Städte deren soziale Struktur bedingte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In Karlsruhe wurden gezählt am:

	16. Juni 1933				16. Juni 1925*)				12. Juni 1907*)	
	Gesamtzahl der gewerbl. Niederlassung.	Beschäft. Person. (einschl. Betr.-Leiter)	Leistung der vorhandenen Wind-, Wasser-, Wärmekraftmaschin. PS	Leistung der vorhandenen Elektromotoren PS	Gesamtzahl der gewerbl. Niederlassung.	Beschäft. Person. (einschl. Betr.-Leiter)	Leistung der vorhandenen Wind-, Wasser-, Wärmekraftmaschin PS	Leistung der vorhandenen Elektromotoren PS	Gesamtzahl der gewerbl. Niederlassung.	Beschäft. Person. (einschl. Betr.-Leiter)
Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht	31	162	11	53	50	212	4	4	54	379
Industrie und Handwerk	4 209	23 128	43 358	32 708	4 042	37 664	29 005	27 530	4 250	32 869
Handel und Verkehr	4 211	27 440	1 324	15 008	3 855	26 457	395	8 460	3 026	10 537
Gewerbe überhaupt	8 481	50 730	44 693	47 769	7 947	64 333	29 404	35 994	7 330	43 785

*) Die Ziffern für 1925 und 1907 nach der deutschen Reichsstatistik, Band 417, II a und Band 217, I. sind nach dem Erhebungsmodus für 1933 berichtigt.

Die Gesamtzahl der gewerblichen Betriebe zeigt seit 1907 in Karlsruhe ununterbrochen eine steigende Richtung. Nicht so einheitlich verläuft die Entwicklung, wenn man die einzelnen Gewerbegruppen und die in ihnen beschäftigten Personen betrachtet. Ununterbrochen rückläufig ist die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten in der nichtlandwirtschaftlichen Gärtnerei und Tierzucht, denen allerdings im gesamten Gewerbe nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Bei einer Abnahme um 208 Industrie- und Handwerksbetriebe in der Zeit von 1907 bis 1925 = 4,89 v. H. erfuhr die Zahl der in Industrie und Handwerk Beschäftigten eine Zunahme um 4795 = 14,59 v. H. Zum Ausdruck kommt in dieser Erscheinung die verstärkte Konzentrationsbewegung in der Industrie und das Anwachsen der Großbetriebe. Bei Handel und Verkehr nahm in der Zeitspanne von 1907 bis 1925 die Zahl der Niederlassungen um 829 = 27,40 v. H., die der Beschäftigten um 15 920 = 151,09 v. H. zu. So erhöhte sich in den 18 Jahren von 1907 bis 1925 die Zahl der gesamten gewerblichen Betriebsniederlassungen um 617 = 8,42 v. H., die Zahl der beschäftigten Personen um 20 548 = 46,93 v. H.

War so die Entwicklung eine aufwärtsstrebende bis zum Jahre 1925, so trat in den folgenden Jahren ein schwerer Rückschlag ein, der insbesondere Industrie und Handwerk traf. Trotz einer Steigerung der Betriebe um 167 = 4,13 v. H. ging die Zahl der Beschäftigten um 14 536 = 38,59 v. H. zurück. Die vermehrte Betriebszahl bei stark gesunkener Beschäftigtenziffer läßt die umgekehrte Entwicklung wie im Zeitraum 1907 bis 1925 erkennen. Die Freisetzung von Arbeitskräften in den Großbetrieben zwang viele brotlos Gewordene zu einer selbständigen Existenzgründung, die es in einer günstigeren Zeit vorgezogen hatten, als Arbeitnehmer ihren Verdienst zu suchen. Bei der Gruppe Handel und Verkehr wuchs die Zahl der Niederlassungen weiter an und zwar um 386 = 10,01 v. H., die der Beschäftigten um 983 = 3,72 v. H. Die Ziffern dieser Gruppe zeigen, daß Handel und Verkehr nicht derart von der Wirtschaftskrise betroffen wurden, wie die Industrie und das Handwerk. Die vermehrte Betriebszahl ist jedoch auch hier in einer Selbständigmachung früherer Angestellten zu suchen.

Der auffallende Rückgang in der Beschäftigtenziffer von Industrie und Handwerk verdient besondere Betrachtung. Von 1907 bis 1933 verminderte sich die Zahl der in Industrie und Handwerk Beschäftigten um 9741 = 29,64 v. H., während die Abnahme im ganzen Reichsgebiet nur 17,6 v. H. beträgt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß 1907 für Karlsruhe durchaus nicht den Höchststand in der Entwicklung der Vorkriegszeit bedeutet, sondern daß der wirtschaftliche Aufschwung ununterbrochen bis zum Ausbruch des Weltkriegs in Karlsruhe zunahm. Anstelle von 32 869 Beschäftigten in Industrie und Handwerk im Jahre 1907 ist für Mitte 1914 eine Zahl von 41 000 anzunehmen. Der Verlust an Beschäftigten in Industrie und Handwerk vom Ausbruch des Weltkriegs bis zum Jahre 1933 beträgt somit 43,6 v. H. Er wäre für die industriellen Betriebe allein noch größer, würde man diese von den handwerklichen scheiden. Von den einzelnen Gewerbezweigen, die in der Zeit von 1907 bis 1933 besonders stark zurückgegangen sind, sind zu nennen: Die Industrie der Steine und Erden mit 50 v. H., die Eisen- und Stahlgewinnung, Me-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

tallhütten und Metallhebzeugwerke, die Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren um 62 v.H., der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau um 52 v.H., die Leder- und Linoleumindustrie um 88 v.H., das Holz- und Schnitzstoffgewerbe um 35 v.H.

Die Ursachen für diese bedauerliche Erscheinung sind nicht einheitlicher Art. Wie die badische Industrie überhaupt, war auch die Karlsruher Industrie, insbesondere die Metallindustrie, in der Vorkriegszeit exportorientiert. Der Wegfall der Ausfuhrmöglichkeit nach verschiedenen ausländischen Staaten, wie z.B. nach Rußland, das in der Vorkriegszeit ein Hauptabnehmer der Karlsruher Nähmaschinenfabriken war, mußte die in Karlsruhe ansässige Industrie hart treffen. Hinzu kommt das Zerreißen des Oberrheinischen Wirtschaftsgebietes, das aus Baden, der Pfalz und Elsaß-Lothringen bestand, durch die Wegnahme von Elsaß-Lothringen und die jahrelange Besetzung des linken Rheinufers, wodurch der absatzorientierten Karlsruher Industrie ihr Hinterland genommen wurde. Die Grenzlandlage verhinderte trotz des frachtmäßig vorteilhaften, natürlichen Wasserwegs und der günstigen Lage in der oberrheinischen Tiefebene die Ansiedlung neuer Industriezweige. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten durch den Einfluß der Grenze und eine falsche gewerkschaftliche Lohntarifpolitik taten das ihre, die Konkurrenzfähigkeit der in Karlsruhe verbliebenen Industrie zu erschweren.

So führten verschiedene, unverschuldete Umstände zu einem schweren Rückschlag in der industriellen Entwicklung der Landeshauptstadt Karlsruhe. Dessen ungeachtet hat aber die Stadtverwaltung des Dritten Reichs bewiesen, daß sie das Verlorene wieder zu gewinnen sucht. Ein Zeugnis dafür bietet die Erweiterung des Rheinhafen-Stichkanals und der Bau des Ölbeckens, deren befruchtende Wirkungen auf das Karlsruher Wirtschaftsleben bereits erkennbar sind. Auch die Steuerwerte des Betriebsvermögens und Gewerbeertrags lassen seit 1934 eine aufsteigende Richtung erkennen.

und einem Veräußerungspreis von 6 769 761 (1933: 5 802 386) RM im Grundbuch ein. Grundstücksbelastungen fanden statt: Hypothekeneinträge 821 (1933: 517) mit einem Betrag von 4 692 015 (1933: 3 725 746) RM, Grundschuldeinträge 352 (1933: 202) mit einem Betrag von 2 478 552 (1933: 2 466 080) RM. Löschungen wurden vorgenommen: 589 (1933: 702) Hypotheken im Betrage von 4 560 513 (1933: 5 452 753) RM und 162 (1933: 111) Grundschulden im Betrage von 6 632 942 (1933: 2 095 270) RM.

Die fortdauernden sachlichen Ausgaben für das Grundbuchamt sind nach gesetzlicher Regelung durch die Gemeinden zu tragen. Sie bewegten sich im Rahmen des Haushaltsplans.

G. Amtliche Schätzung von Liegenschaften.

Nach Anhörung der stadträtlichen Schätzungskommission hat der Oberbürgermeister im Berichtsjahr 189 (1933: 66) Grundstücksschätzungen vorgenommen.

Die gegenüber dem Haushaltssatz wesentlich höheren Einnahmen und etwas gestiegenen Ausgaben sind in der stark vermehrten Zahl der Grundstücksschätzungen begründet.

H. Innungswesen.

Die bisher dem Oberbürgermeister zustehende Aufsicht über die Zwangsinnungen ist nach der ersten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom 15. Juni 1934 auf die Handwerkskammern übergegangen. Die Tätigkeit der Stadt beschränkt sich jetzt auf die Behandlung allgemeiner Fragen des Innungswesens im Benehmen mit der Handwerkskammer und auf die Aufsicht über die freien Innungen. Da freie Innungen z. Zt. nicht mehr bestehen, ist letzteres Aufsichtsrecht gegenwärtig bedeutungslos.

3. Allgemeine Förderung der Wirtschaft.

(Industrie, Handel, Landwirtschaft, Verkehr).

(Einzelhaushaltsplan Nr. 3).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
A. Förderung von Industrie und Handel.					
Gebühren und Beiträge für die Industriegleise	12 310	13 991	1 681	—	13 483
B. Zuchtviehhaltung.					
1. Gebühren und Beiträge	760	1 269	509	—	2 055
2. Einnahmen aus dem Betrieb	1 350	1 623	273	—	1 859
C. Luftverkehrswesen.					
Mieten	8 570	6 821	—	1 749	10 941
D. Sonstige Einnahmen	20	129	109	—	116
Summe der Einnahmen . .	23 010	23 833	2 572	1 749	28 454

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
A. Förderung von Industrie und Handel.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 000	571	—	1 429	—
b) Sachlich	128 430	119 354	—	9 076	137 031
c) Schuldendienst	—	—	—	—	9 390
	130 430	119 925	—	10 505	146 421
B. Zuchtviehhaltung.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	6 250	6 037	—	213	6 040
b) Sachlich	11 880	10 477	—	1 403	12 596
c) Nutzungswert der Gebäude	1 120	1 120	—	—	1 120
3. Verwaltungskostenbeiträge	790	790	—	—	790
	20 040	18 424	—	1 616	20 546
C. Luftfahrtwesen.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachlich	23 220	22 003	—	1 217	17 082
c) Schuldendienst	—	—	—	—	1 070
2. Einmalige Ausgaben	800	11 746	10 946	—	40
3. Verwaltungskostenbeiträge	350	350	—	—	350
	24 370	34 099	10 946	1 217	18 542
D. Sonstige Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Beiträge an den Karlsruher Verkehrsverein	13 440	14 694	1 254	—	13 236
b) Andere Beiträge	3 740	3 454	—	286	1 018
c) Für Benützung der Festhalle, des Konzerthauses und der Ausstellungshalle	7 000	21 720	14 720	—	—
d) Sonstiges	500	2 229	1 729	—	9 726
2. Einmalige Ausgaben	3 000	23 294	20 294	—	—
	27 680	65 391	37 997	286	23 980
Wiederholung.					
A. Förderung von Industrie und Handel	130 430	119 925	—	10 505	146 421
B. Zuchtviehhaltung	20 040	18 424	—	1 616	20 546
C. Luftfahrtwesen	24 370	34 099	10 946	1 217	18 542
D. Sonstige Ausgaben	27 680	65 391	37 997	286	23 980
Summe der Ausgaben	202 520	237 839	48 943	13 624	209 489
Summe der Einnahmen	23 010	23 833	2 572	1 749	28 454
Zuschuß	179 510	214 006	34 496	—	181 035

A. Förderung von Industrie und Handel.

Industriegleise wurden im Berichtsjahr seitens der Stadt wie bisher in der Oststadt, im Industriegelände Oberfeld und am Westbahnhof unterhalten. Änderungen am Netz der Industriegleise sind nicht eingetreten.

Die Gebühren und Beiträge für die Industriegleise, ebenso ihr Unterhaltungsaufwand, hielten sich annähernd in der Höhe des Vorjahres.

Die sachlichen Ausgaben haben infolge Verminderung des Zuschusses für die Verwaltung des Industriegeländes (Einzelhaushaltsplan Nr. 55) eine Verringerung gegenüber dem Vorjahr um 18 106 RM erfahren. Ferner kam im Berichtsjahr erstmals die Verzinsung und Tilgung für das in der Nordostecke des Rheinhafens neu geschaffene Industriegelände und für die Erweiterung und Verbesserung des Flughafens in Wegfall. Durch diese verschiedene Umstände war es möglich, gegenüber dem Vorjahr eine Ersparnis an den Ausgaben um 26 496 RM zu erzielen. Auch gegenüber dem Haushaltsplan konnte eine Minderausgabe von 10 505 RM, insbesondere durch die Ermäßigung des Zuschusses zur Verwaltung des Industriegeländes, erreicht werden.

B. Zuchtviehhaltung.

In den Zuchtviehhaltungen der Vororte waren folgende Zuchttiere aufgestellt: In Beiertheim-Bulach 2 Zuchtfarren und 4 Zuchtböcke, in Daxlanden 2 Zuchtfarren, 4 Zuchtböcke und 1 Zuchteber, in Rintheim 1 Zuchtfarren und 2 Zuchtböcke, in Rüppurr 2 Zuchtfarren und 2 Zuchtböcke. Im Laufe des Berichtsjahres wurden 2 Zuchtfarren, 3 Zuchtböcke und 1 Zuchteber abgegeben, 2 Zuchtfarren, 5 Zuchtböcke und 1 Zuchteber angeschafft. Der Gesundheitszustand, die Pflege und Fütterung der Tiere und die Beschaffenheit der Stallungen stehen in laufender Überwachung des Schlacht- und Viehhofamts. Für die Farrenhaltungen sind 4 Wärter tätig.

Eine Senkung der Sprunggebühren ab 1. April 1934 bedingte gegenüber dem Vorjahr einen Ausfall von nahezu 1000 RM. Die geringere Zahl neu angeschaffter Tiere hatte bei den Ausgaben gegenüber dem Vorjahr eine Ersparnis zur Folge.

C. Luftfahrtwesen.

Der Flughafen Karlsruhe wurde im ordentlichen Luftverkehr der früheren Jahre nur im Sommer und Herbst angeflogen. Erstmals im Berichtsjahre war es möglich, auch für die Wintermonate eine Linie der Deutschen Lufthansa zu erhalten. Im Sommerflugverkehr (1. Mai bis 31. August) hatte Karlsruhe drei (1933: zwei) Linien zu verzeichnen. Die Linie 49 (Schwarzwaldlinie) sicherte über Mannheim eine Verbindung nach dem Rheinland, Holland sowie nach Hannover, Hamburg und den nordischen Ländern; nach Süden blieb die alte Verbindung Baden-Baden—Freiburg—Konstanz—Zürich erhalten. Dagegen vermittelte diese Linie einen unmittelbaren Anschluß nach Berlin nicht mehr. Dafür wurde eine neue Linie (Nr. 50) von Karlsruhe über Mannheim nach Frankfurt eingesetzt, die die Verbindung mit Berlin herstellte. Als Ersatz für die frühere Linie 255 (Baden-Baden—Karlsruhe—Stuttgart) erhielt Karlsruhe durch die Linie 44 Karlsruhe—Stuttgart—München eine sehr günstige Verbindung nach Osten, die auch Anschluß nach Wien, Budapest und den Balkanstaaten ermöglichte.

Der Herbstflugplan (31. August bis 31. Oktober) brachte für den Monat September keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Sommerflugplan; drei Verkehrslinien berührten weiterhin Karlsruhe. Im Monat Oktober dagegen flog den Karlsruher Hafen nur noch eine Linie an, die von Mannheim über Karlsruhe nach Stuttgart, München und zurück führte. In Stuttgart und München vermittelte sie den Anschluß an alle in- und ausländischen Flughäfen.

In den Winterflugverkehr (1. November bis 31. März) wurde Karlsruhe zum ersten Male durch Anschluß an die Strecke 31 (Karlsruhe—Mannheim — Frankfurt — Köln — Düsseldorf — Essen — Müllheim und zurück) einbezogen. Diese Linie stellte auch über Erfurt—Halle und Leipzig Anschluß nach Berlin her.

Die Zahl der angekommenen und abgeflogenen Gäste betrug 1230 (1933: 847). Gegenüber dem Jahr 1933 ist somit eine Zunahme um 383 Fluggäste = 45 v. H. zu verzeichnen.

Die Verwaltung des Flughafens war auch in diesem Jahre der Bad. Luftverkehrsgesellschaft G. m. b. H. gegen Zahlung eines Mietzinses übertragen.

Infolge Ermäßigung des Mietzinses für das Flughafengelände verminderten sich die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um 4120 RM. Der stärkere Flugverkehr hatte andererseits höhere Zuschüsse für den Betrieb der Linien zur Folge. Der Neubau einer Flugzeughalle, der am östlichen Rand des Flugplatzes errichtet wurde, verursachte im Berichtsjahr einen Aufwand von 11 746 RM

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

unter Überschreitung des Haushaltsplans. Der Zuschuß der Stadt zum Luftverkehrswesen, der im Vorjahr 7602 RM betragen hatte, erhöhte sich auf 27278 RM.

Der Flugsport, der seit der nationalsozialistischen Erhebung einen ungeahnten Aufschwung genommen hat, setzte auch im Jahre 1934 seine Aufwärtsentwicklung fort. Die Ortsgruppe des Deutschen Luftsportverbandes, der die Pflege des Luftsports obliegt, veranstaltete am 28. Oktober 1934 mit Hilfe der Kreisleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Flughafenverwaltung einen großen Flugtag, an dem die ersten Meister der deutschen Flieger, wie Udet, der begeisterten Bevölkerung ihre Kunst darboten.

D. Sonstiges.

Fremdenverkehr.

Im Gegensatz zum Vorjahr hat der Fremdenverkehr der Stadt Karlsruhe im Wirtschaftsjahr 1934 eine Belebung erfahren. In diesem haben 101642 (1933: 99712) Fremde Karlsruhe aufgesucht. Wenn auch die Zunahme nur 2000 Personen beträgt, so ist doch zu berücksichtigen, daß die Verbesserung bei den Hotels und Gasthöfen 11000 Besucher ausmacht, da der Wanderer-Herbergsverkehr einen starken Rückgang zu verzeichnen hatte. Von den 101642 Fremden entfielen 86187 Personen = 84,80 (1933: 75103 = 75,32) v. H. auf Hotelfremde, 779 Fremde = 0,76 (1933: 818 = 0,82) v. H. suchten Privatpensionen auf, die Herbergen waren mit 9143 Personen = 9,00 (1933: 18116 = 18,17) v. H. und die Jugendherbergen mit 5533 Personen = 5,44 (1933: 5675 = 5,69) v. H. belegt.

Übernachtet haben in hiesiger Stadt im Wirtschaftsjahr 1934 171429 (1933: 168854) Personen. Auch in der Zahl der Fremdennächte ist eine kleine Erhöhung um 2600 Personen eingetreten. Wie bei der Zahl der Fremden selbst, so haben auch hinsichtlich der Übernachtungen die Hotels den Vorteil zu verzeichnen; bei ihnen nahmen die Übernachtungen um 12615 = 10,62 v. H. auf 131277 (1933: 118662) Nächte zu, während die Herbergen 9850 (darunter die Jugendherbergen über 800) und die Privatpensionen 300 Übernachtungen verloren haben; diese weisen nur noch 2100, die Herbergen (einschl. Jugendherbergen) knapp 38000 Fremdennächte auf. Wie sich aus diesen Zahlen ergibt, hat die Aufenthaltsdauer der Hotelgäste abermals abgenommen und zwar von 1,58 auf 1,52 Nächte, während die Aufenthaltsdauer der Herbergsgäste von 2,01 auf 2,59 Nächte stieg.

Als eine besonders erfreuliche Tatsache ist festzustellen, daß von dem Gesamtzuwachs im Fremdenverkehr mit 2000 Personen allein 1600 auf Ausländer entfallen. Der innerdeutsche Reiseverkehr brachte 93497 Personen, der Ausländerverkehr 8145 Personen in die hiesige Stadt. Der reichsdeutsche Reiseverkehr umfaßte somit 92 v. H., der Ausländerverkehr 8 v. H. des Gesamtverkehrs. Das seit 1930 festgestellte allmähliche Absinken des Ausländerverkehrs von 9,6 v. H. im Jahre 1929 auf allmählich 6,6 v. H. im Jahre 1933 hat nunmehr wieder einem Aufsteigen Platz gemacht. Bedeutet doch die Zunahme des gesamten Ausländerverkehrs im letzten Jahr eine Steigerung von über 23 v. H.; sie ist deshalb wirtschaftlich besonders wertvoll, weil sie ganz dem Hotelverkehr zugute kommt; die Zahl der ausländischen Hotelgäste ist von 5329 auf 7527, d. h. sogar um 41 v. H. gestiegen.

Den größten Anteil an der Steigerung des Ausländerverkehrs stellte Frankreich, das mit 1338 (1933: 596) Gästen 742 mehr als im Vorjahr gesandt hat. Aus der Schweiz kamen insgesamt 1931 (1933: 1485) Personen nach Karlsruhe, somit 446 mehr, aus Holland 1651 (1931: 1275) = 376 mehr. Aus England stammten 529 Besucher (1933: 491), aus den Vereinigten Staaten 348 (1933: 337). Dagegen blieben die Oesterreicher, wie schon 1933 gegenüber 1932, erneut fast zur Hälfte aus; von ihnen sah man hier nur noch 392 (1933:753, 1932: 1363). Das übrige Ausland war mit 1956 Personen, d. s. beinahe 300 mehr als im Jahre 1933, in Karlsruhe vertreten.

Von besonderer Bedeutung für das Karlsruher Verkehrsleben wurde der am 22. und 23. September vom Verkehrsverein veranstaltete Südwestdeutsche Heimattag Baden-Pfalz-Saar, der etwa 80000 Personen in die hiesige Stadt brachte. Den Höhepunkt des Festes bildete der Begrüßungsabend in der Festhalle am 22. September und der Festzug am folgenden Sonntag, dem 23. September. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Saarabstimmung kam der Veranstaltung eine über die Grenze der engeren Heimat hinausgehende vaterländische und kulturelle Aufgabe zu. Ein großes wohlgelungenes Volksfest im Stadtgarten und in der Festhalle bildete den Abschluß des Heimattags.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Ausgaben der Stadt für verkehrswerbende Zwecke fanden im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um nahezu 42 000 RM. Auch der Haushaltsplan wurde um 37 997 RM überschritten. Neben einer mäßigen Erhöhung der Beiträge an den Karlsruher Verkehrsverein liegt die Ursache in der großen Zahl von Fällen, in denen die Stadtverwaltung aus verkehrs- und kulturpolitischen oder vaterländischen Gründen die Kosten für die Überlassung der Festhalle, des Konzerthauses oder der Ausstellungshalle übernahm. Die einmaligen Ausgaben waren bedingt durch die Herausgabe einer Werbeschrift über Karlsruhe und den Zuschuß an den Verkehrsverein für die Veranstaltung des Karlsruher Heimattages.

Kraftverkehr.

Der Kraftverkehr erfuhr im Berichtsjahr ebenfalls eine weitere erfreuliche Aufwärtsbewegung. Während am 1. Juli 1933 4883 Kraftfahrzeuge in hiesiger Stadt gehalten wurden, hat sich deren Zahl bis zum 1. Juli 1934 auf 7073 erhöht. Und zwar waren vorhanden: 3266 (1933: 2094) Personenkraftwagen, 42 (1933: 47) Kraftomnibusse, 820 (1933: 654) Lastkraftwagen, 1673 (1933: 1144) Krafträder, 1188 (1933: 873) Kleinkrafträder und 84 (1933: 71) sonstige Kraftfahrzeuge.

Nach dem Stand vom 1. Juli 1934 entfiel auf 22 Einwohner ein Kraftfahrzeug. Der gesteigerten Motorisierung trug die Stadt durch zur Verfügungstellung öffentlicher Parkplätze Rechnung. Die Erstellung von Garagen ist gegenüber dem Vorjahr auf über das Doppelte angestiegen.

4. Ehrungen, Feste, Feierlichkeiten, Besuche und Tagungen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 4).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen	230	418	188	—	259
Summe der Einnahmen . .	230	418	188	—	259
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	7 200	6 867	—	333	7 083
b) Sachlich	14 650	26 186	11 536	—	14 579
2. Einmalige Ausgaben	2 000	1 742	—	258	3 225
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 000	1 000	—	—	410
Summe der Ausgaben . .	24 850	35 795	11 536	591	25 297
Summe der Einnahmen . .	230	418	188	—	259
Zuschuß . .	24 620	35 377	10 757	—	25 038

Zu einer feierlichen Kundgebung gestaltete sich am Nachmittag des 22. September 1934, zu Beginn des Badischen Heimattags, die Einweihung des Albert Leo Schlageter-Denkmals, das die Stadt im Beiertheimer Wäldchen an der Kreuzung der Bahnhofstraße errichtet hatte. Unter Beteiligung der Regierung und von Ehrenstürmen der SA und SS sowie der Angehörigen des gefallenen Nationalhelden enthüllte Oberbürgermeister Jäger mit Worten ehrenden Gedenkens das Denkmal.

Tagungen und Kongresse bedeutsamerer Reichs- und Landesverbände fanden im Berichtsjahr 26 statt, unter denen die Kreisleitertagung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Gau Baden, die Kreiswaltertagung des Winterhilfswerks, die Arbeitsdienstführertagung und der Gauparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, ferner der erste Landesbauern-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

tag, der Badische Juristentag und die dritte Gautagung des Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbundes, außerdem das Kameradschaftstreffen des 14. und 50. Artillerieregiments, der erste Bundestag der Südwestmark Fachschaft I des Bundes deutscher Laienorchester im Reichsverband für Volksmusik und der Erste Badische Kriegsopfertag hervorzuheben sind. Insgesamt wurden die Tagungen von etwa 30 000 Personen besucht.

Ferner wurden im Berichtsjahr 16 Ausstellungen einschließlich der zweiten Grenzlandwerbemesse — Braune Messe — abgehalten, und zwar 11 in der Landesgewerbehalle, 4 in der städtischen Ausstellungshalle und eine im Gasthaus Nowack. Die Ausstellungen und die Grenzlandwerbemesse hatten eine Besucherzahl von rd. 90 000 Personen aufzuweisen.

Am 14. Mai veranstaltete der Verkehrsverein mit Unterstützung der Stadt wieder einen wohlgelungenen Sommertagszug.

Bedeutende Darbietungen zeigten auf dem Gebiete des Fliegens, des Turnens, des Schwimmens, des Ringtennis, des Tennisspiels, des Fußballspiels hohe sportliche Leistungen. Eine Reihe musikalischer und anderer kultureller Veranstaltungen vervollständigte das Jahresprogramm der Landeshauptstadt. Insgesamt ist die Besucherzahl der werbenden Veranstaltungen der Stadt Karlsruhe einschließlich solcher im Stadtgarten auf 200 000 Personen zu schätzen.

Im Bürgersaal des Rathauses sind im Berichtsjahre abgehalten worden: 3 Vorträge, 9 Konzerte, 13 Versammlungen, Sitzungen, Tagungen und Besprechungen und 6 Veranstaltungen kultureller Art, die insgesamt von 6080 Personen besucht worden sind.

Die Kosten anläßlich verschiedener großer Veranstaltungen für Ausschmückung der Stadt oder städtischer Gebäude, Bereitstellung von Sammelquartieren, die Verleihung von Ehrengaben und unentgeltliche Bereitstellung städtischer Säle hatte eine Überschreitung des Haushaltsplans um 11 536 *RM* zur Folge.

5. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 5).

	1934		Gegenüber dem Haushaltsplan		1933
	Haushaltsplan *RM*	Rechnungssoll *RM*	mehr *RM*	weniger *RM*	Rechnungssoll *RM*
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen	3 000	3 057	57	—	7 871
Summe der Einnahmen . .	3 000	3 057	57	—	7 871
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	4 500	3 505	—	995	3 545
b) Sachlich	6 500	4 503	—	1 997	3 788
Summe der Ausgaben . .	11 000	8 008	—	2 992	7 333
Summe der Einnahmen . .	3 000	3 057	57	—	7 871
Zuschuß . .	8 000	4 951	—	3 049	—
Überschuß . .	—	—	—	—	538

Die Einnahmen bewegten sich in Höhe des Haushaltsplans. Bei den Ausgaben war gegenüber dem Haushaltsplan eine Ersparnis von 2992 *RM* zu verzeichnen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

II. Polizeiwesen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 6).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
A. Ordnungspolizei	—	—	—	—	—
B. Maß- und Gewichtspolizei	—	—	—	—	—
C. Baupolizei	11 500	23 069	11 569	—	16 514
D. Feldpolizei (Strafen)	800	1 448	648	—	622
E. Ziviler Luftschutz	—	—	—	—	—
Summe der Einnahmen	12 300	24 517	12 217	—	17 136
Ausgaben.					
A. Ordnungspolizei.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachliche Ausgaben	200	—	—	200	—
c) Anteil an dem Aufwand für die staatliche Ordnungspolizei	544 870	544 870	—	—	544 870
B. Maß- und Gewichtspolizei.					
2. Fortdauernde sachliche Ausgaben	10	—	—	10	—
C. Baupolizei.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	50 530	50 279	—	251	41 693
b) Sachliche Ausgaben	5 000	4 950	—	50	4 318
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 130	1 130	—	—	4 130
D. Feldpolizei.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	8 610	8 493	—	117	11 778
b) Sachliche Ausgaben	1 830	1 991	161	—	1 838
3. Verwaltungskostenbeiträge	4 240	4 240	—	—	4 280
E. Ziviler Luftschutz.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachliche Ausgaben	2 680	1 824	—	856	2 144
Summe der Ausgaben	619 100	617 777	161	1 484	615 051
Summe der Einnahmen	12 300	24 517	12 217	—	17 136
Zuschuß	606 800	593 260	—	13 540	597 915

A. Ordnungspolizei.

Der Beitrag der Stadt zu den Kosten der staatlichen Ortspolizei wurde auch für das Wirtschaftsjahr 1934 gemäß § 7 des Polizeigesetzes aus einer Sollstärke von 223 (1933: 223) Beamten mit 482 630 (1933: 482 630) *RM* und für 45 (1933: 45) auf Zeit angestellte Polizeibeamte, die regelmäßig zur Erhöhung der allgemein bestimmten Polizeistärke im Rahmen des ortspolizeilichen Bedarfs herangezogen werden, mit 62 240 (1933: 62 240) *RM* berechnet.

C. Baupolizei.

Die bereits im Vorjahr eingetretene Wiederbelebung auf dem Gebiete der Bautätigkeit hat im Wirtschaftsjahr 1934 angehalten und sich sogar gesteigert. Baugesuche wurden im Berichtsjahr 885 (1933: 1130) eingereicht. Von diesen betrafen 176 (1933: 160) Wohnhausneubauten, 348 (1933: 689) Wohnhausumbauten (41 große Umbauten, 133 Wohnungs-, Bäder- und sonstige Ein- und Anbauten, 174 kleine Bauveränderungen), 1 Kirchenbau, 1 großen Erweiterungsbau (1933: 9 sonstige Neu- und Umbauten), 9 (1933: 5) Fabrikum- und Anbauten, 113 (1933: 120) Schuppen, Werkstätten, Stallungen usw., 8 (1933: 13) Magazine und Lagerhallen, 84 (1933: 37) Garagen, 12 (1933: 14) Tankstellen, 70 (1933: 27) Einfriedigungen, 17 (1933: 9) sonstige Bauten, 15 (1933: 15) Abbrüche aller Art. Weitere 17 (1933: 18) Gesuche waren von Reichs- und Staatsbehörden und 14 (1933: 14) von der Stadtverwaltung eingereicht worden. 755 (1933: 939) Gesuche wurden genehmigt, 48 (1933: 53) abgelehnt, 29 (1933: 36) zurückgezogen, 31 dem Polizeipräsidium als zuständige Behörde zur Verbescheidung befürwortend vorgelegt und 22 (1933: 102) waren am Ende des Wirtschaftsjahres 1934 noch nicht verbeschieden.

Obwohl die Gesamtzahl der eingereichten Baugesuche gegenüber dem Vorjahr um 245 zurückgegangen ist, war die Bautätigkeit im Wirtschaftsjahr 1934 gegenüber dem Vorjahr doch lebhafter; denn im letzteren entfielen 61 v. H. aller eingekommenen Gesuche auf Um-, Ein- und Anbauten, die durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Zuschußgewährung der Reichsregierung) veranlaßt waren, während im Berichtsjahr nur noch 39 v. H. aller Gesuche Umbauten zum Gegenstand hatten. Hervorzuheben sind insbesondere die größeren Bauvorhaben, wie der Baublock des Mieter- und Bauvereins Karlsruhe (am alten Bahnhof) mit 22 Wohnhäusern, 5 Wohnhäuser der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft an der Moltkestraße und 2 Wohnhäuser der Gemeinnützigen Eisenbahnerbaugenossenschaft an der Häusser- und Augartenstraße, 75 Häuschen der städtischen Randsiedlung im Gewann Heidenstücker, 24 Häuser der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten an der Nürnberger- und Maria Matheisstraße, 20 Häuser der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung an der Wattkopf- und Turmbergstraße, die Errichtung der Markuskirche an der Ecke Weinbrenner- und Weltzienstraße durch die Evangelische Kirchengemeinde und der Erweiterungsbau der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt in der Baumeisterstraße.

Der Ausschuß für Bau- und Denkmalspflege behandelte in 26 Sitzungen 1177 Fälle, d. s. durchschnittlich 45 Fälle je Sitzung.

An Beschwerden über schadhafte und gesundheitsschädliche Wohnungen standen insgesamt 175 Fälle zur Behandlung. Bei dem größten Teil der Anträge war wie im Vorjahre eine Beseitigung der vorhandenen Mißstände an Ort und Stelle zu erreichen; die Anordnung polizeilicher Maßnahmen wurde in 64 Fällen erforderlich. Anträge wegen Rauch- und Rußbelästigungen lagen 181 vor, bei denen in 72 Fällen polizeiliche Maßnahmen getroffen werden mußten.

Gesuche um Anbringung von Werbeschildern, Transparenten, Aufschriften, Schaukästen, Warenautomaten usw. kamen 456 ein, von denen 387 genehmigt, 69 teils abgelehnt, teils zurückgezogen wurden.

Sehr umfangreich gestaltete sich wieder die Tätigkeit auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes. Neben den zu überwachenden vielen Gerüsten bei den Neu- und Umbauten waren weitere 607 Gerüste, die zur Ausführung von Maler-, Tüncher-, Blechner- und Dachdeckerarbeiten erstellt worden waren, zu besichtigen. Insgesamt haben 1600—1800 Kontrollen stattgefunden. Bei dieser äußerst starken Kontrolltätigkeit mußten die Kontrollorgane in Fällen, in denen Verstöße gegen die Bauarbeiterschutz-Vorschriften festgestellt wurden, durch rasches Handeln und sofortige entsprechende Maßnahmen die Beanstandungen an Ort und Stelle beseitigen lassen. Die Anordnung schriftlicher Auflagen blieb dadurch nur auf einige besonders gelagerte Fälle beschränkt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wohnhausblock des Mieter- und Bauvereins am alten Bahnhof.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Ordnungspolizei.

Der Beitrag der Stadt zu den Kosten der staatlichen Ortspolizei wurde auch für das Wirtschaftsjahr 1934 gemäß § 7 des Polizeigesetzes aus einer Sollstärke von 223 (1933: 223) Beamten mit 482 630 (1933: 482 630) *RM* und für 45 (1933: 45) auf Zeit angestellte Polizeibeamte, die regelmäßig zur Erhöhung der allgemein bestimmten Polizeistärke im Rahmen des ortspolizeilichen Bedarfs herangezogen werden, mit 62 240 (1933: 62 240) *RM* berechnet.

C. Baupolizei.

Die bereits im Vorjahr eingetretene Wiederbelebung auf dem Gebiete der Bautätigkeit hat im Wirtschaftsjahr 1934 angehalten und sich sogar gesteigert. Baugesuche wurden im Berichtsjahr 885 (1933: 1130) eingereicht. Von diesen betrafen 176 (1933: 160) Wohnhausneubauten, 348 (1933: 689) Wohnhausumbauten (41 große Umbauten, 133 Wohnungs-, Bäder- und sonstige Ein- und Anbauten, 174 kleine Bauveränderungen), 1 Kirchenbau, 1 großen Erweiterungsbau (1933: 9 sonstige Neu- und Umbauten), 9 (1933: 5) Fabrikum- und Anbauten, 113 (1933: 120) Schuppen, Werkstätten, Stallungen usw., 8 (1933: 13) Magazine und Lagerhallen, 84 (1933: 37) Garagen, 12 (1933: 14) Tankstellen, 70 (1933: 27) Einfriedigungen, 17 (1933: 9) sonstige Bauten, 15 (1933: 15) Abbrüche aller Art. Weitere 17 (1933: 18) Gesuche waren von Reichs- und Staatsbehörden und 14 (1933: 14) von der Stadtverwaltung eingereicht worden. 755 (1933: 939) Gesuche wurden genehmigt, 48 (1933: 53) abgelehnt, 29 (1933: 36) zurückgezogen, 31 dem Polizeipräsidium als zuständige Behörde zur Verbescheidung befürwortend vorgelegt und 22 (1933: 102) waren am Ende des Wirtschaftsjahres 1934 noch nicht verbeschieden.

Obwohl die Gesamtzahl der eingereichten Baugesuche gegenüber dem Vorjahr um 245 zurückgegangen ist, war die Bautätigkeit im Wirtschaftsjahr 1934 gegenüber dem Vorjahr doch lebhafter; denn im letzteren entfielen 61 v. H. aller eingekommenen Gesuche auf Um-, Ein- und Anbauten, die durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Zuschußgewährung der Reichsregierung) veranlaßt waren, während im Berichtsjahr nur noch 39 v. H. aller Gesuche Umbauten zum Gegenstand hatten. Hervorzuheben sind insbesondere die größeren Bauvorhaben, wie der Baublock des Mieter- und Bauvereins Karlsruhe (am alten Bahnhof) mit 22 Wohnhäusern, 5 Wohnhäuser der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft an der Moltkestraße und 2 Wohnhäuser der Gemeinnützigen Eisenbahnerbaugenossenschaft an der Häusser- und Augartenstraße, 75 Häuschen der städtischen Randsiedlung im Gewann Heidenstücker, 24 Häuser der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten an der Nürnberger- und Maria Matheisstraße, 20 Häuser der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung an der Wattkopf- und Turmbergstraße, die Errichtung der Markuskirche an der Ecke Weinbrenner- und Weltzienstraße durch die Evangelische Kirchengemeinde und der Erweiterungsbau der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt in der Baumeisterstraße.

Der Ausschuß für Bau- und Denkmalspflege behandelte in 26 Sitzungen 1177 Fälle, d. s. durchschnittlich 45 Fälle je Sitzung.

An Beschwerden über schadhafte und gesundheitsschädliche Wohnungen standen insgesamt 175 Fälle zur Behandlung. Bei dem größten Teil der Anträge war wie im Vorjahre eine Beseitigung der vorhandenen Mißstände an Ort und Stelle zu erreichen; die Anordnung polizeilicher Maßnahmen wurde in 64 Fällen erforderlich. Anträge wegen Rauch- und Rußbelästigungen lagen 181 vor, bei denen in 72 Fällen polizeiliche Maßnahmen getroffen werden mußten.

Gesuche um Anbringung von Werbeschildern, Transparenten, Aufschriften, Schaukästen, Warenautomaten usw. kamen 456 ein, von denen 387 genehmigt, 69 teils abgelehnt, teils zurückgezogen wurden.

Sehr umfangreich gestaltete sich wieder die Tätigkeit auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes. Neben den zu überwachenden vielen Gerüsten bei den Neu- und Umbauten waren weitere 607 Gerüste, die zur Ausführung von Maler-, Tüncher-, Blechner- und Dachdeckerarbeiten erstellt worden waren, zu besichtigen. Insgesamt haben 1600—1800 Kontrollen stattgefunden. Bei dieser äußerst starken Kontrolltätigkeit mußten die Kontrollorgane in Fällen, in denen Verstöße gegen die Bauarbeiterschutz-Vorschriften festgestellt wurden, durch rasches Handeln und sofortige entsprechende Maßnahmen die Beanstandungen an Ort und Stelle beseitigen lassen. Die Anordnung schriftlicher Auflagen blieb dadurch nur auf einige besonders gelagerte Fälle beschränkt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wegen Verletzung der Bauarbeiterschutzbestimmungen, unerlaubter Bauausführungen und Nichtbeachtung bau- und feuerpolizeilicher Vorschriften wurden in 38 Fällen Geldstrafen ausgesprochen. Auf Grund des Gesetzes über Straffreiheit vom 7. August 1934 gelangte die Geldstrafe in 10 Fällen zum Erlaß.

Für 77 eingereichte Wirtschaftskonzessionen arbeitete die Baupolizei technische Gutachten aus.

Beschwerden gegen Entscheidungen in baupolizeilichen Angelegenheiten an die höhere Instanz (Stadtrat) ergingen in 50 (1933: 27) Fällen, die in 8 Sitzungen von dem vom Stadtrat eingesetzten Beschwerdeausschuß behandelt wurden. Hierbei hat dieser in 35 (1933: 16) Fällen die Beschwerde als unbegründet kostenfällig zurückgewiesen, in 6 (1933: 7) Fällen zur nochmaligen Prüfung empfohlen, in 7 (1933: 1) Fällen der Beschwerde stattgegeben; 2 (1933: 3) Beschwerden wurden von den Beschwerdeführern zurückgezogen. Die gegen die ablehnende Entscheidung des Stadtrats in 6 Fällen angerufene oberste Beschwerdeinstanz (Minister des Innern) hat alle Beschwerden als unbegründet verworfen. Eine beim Verwaltungsgerichtshof erhobene Klage war am Ende des Berichtsjahres noch anhängig.

Auf dem Gebiete der baurechtlichen Vorschriften brachte das Berichtsjahr einen wesentlichen Fortschritt. Die schon seit Jahren gehegte Absicht, die städtische Bauordnung zu überarbeiten und den neuen Verhältnissen und Anschauungen anzupassen, führte unterm 12. November 1934 zum Erlaß einer Übergangs- und Ergänzungsvorschrift zur städtischen Bauordnung (Ortspolizeiliche Vorschrift über die Gesundung der städtischen Bauverhältnisse). Diese untersagt die Neuschaffung von Wohnungen in Hinter- und Seitengebäuden und Dachgeschossen. Die Einrichtung von Wohnräumen wird nur noch dort gestattet, wo für notwendige Fenster ein Lichteinfall von mindestens 45° sichergestellt ist. In den Außengebieten der gelockerten zweistöckigen Bauweise dürfen — wie auch bisher bei der Villenbauweise — in einem Einzelgebäude nur zwei Wohnungen eingerichtet werden. Für alle Bauklassen, die für die hauptsächlichen Wohngebiete gelten, sind einschränkende Bestimmungen über die Bodenausnützung gegeben. Auch hinsichtlich der äußeren architektonischen Gestaltung der Bauten sichert die neue Vorschrift der Baupolizeibehörde die Möglichkeit, Bauweisen zu verhindern, die sich in das Straßen- und Stadtbild nicht einfügen, und einheitlichere und dem modernen Bauempfinden angemessenere Bauformen in den Straßenzügen zu verlangen; hierbei soll auf das Fernhalten der nach der bisherigen Bauordnung zugelassenen unschönen Vorbauten und Dachaufbauten besonders geachtet werden. Auch der Anstrich und die Farbgebung der Bauten bedarf nunmehr der baupolizeilichen Genehmigung.

Die rege Bautätigkeit führte zu einer Steigerung der Einnahmen. Gegenüber dem Vorjahr wurde ein Gebührenmehreingang von 6555 *RM*, gegenüber dem Haushaltplan sogar um 11 569 *RM* erreicht. Die vermehrte Inanspruchnahme der Baupolizei hatte allerdings die Einstellung einer weiteren technischen Hilfskraft zur Folge. Die Ausgaben erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 6218 *RM*, hielten sich aber im Rahmen des Haushaltsplans. Besetzt war die Baupolizei mit 8 Beamten, 1 Beamtenanwärter und 1 technischen Angestellten.

D. Feldpolizei.

Die der Stadt auf dem Gebiete der Gemarkungspolizei zustehende Feldhut wurde wie in den Vorjahren mit 6 Feldhütern wahrgenommen. Der Sommerdienst war auch in diesem Jahre in 6, der Winterdienst in 2 Bezirke eingeteilt. Vier Feldhüter fanden im Winter im Obst- und Wiesenbau Verwendung.

Entsprechend dem Vorgehen der Straßenpolizei gelangte im Herbst 1934 für Übertretungen der Bezirksfeldpolizeiordnung und für Verstöße gegen die Feldwegeordnung das gebührenpflichtige Verwaltungsverfahren zur Einführung.

An Strafmeldungen sind 1055 Anzeigen eingegangen, in deren Folge 570 Strafen verhängt wurden. 3 ausgesprochene Strafen wurden durch Arbeitsleistung abgegolten, 319 Übertretungen fielen unter das Amnestiegesetz und konnten nicht weiter verfolgt werden. Gebührenpflichtige Verwarnungen fanden gegen einen Betrag von zusammen 231 *RM* statt.

Durch eine größere Zahl verhängter Strafen und den Übergang zu gebührenpflichtigen Verwarnungen erhöhten sich die Einnahmen. Bei den Ausgaben war eine Ermäßigung zu erzielen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

III. Bauwesen.

1. Hochbauamt.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 7).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen	7 970	10 391	2 421	—	10 069
3. Verwaltungskostenbeiträge	167 320	167 320	—	—	174 870
Summe der Einnahmen	175 290	177 711	2 421	—	184 939
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	151 670	157 261	5 591	—	161 130
b) Sachliche Ausgaben	16 220	15 696	—	524	15 708
3. Verwaltungskostenbeiträge	7 940	7 940	—	—	2 140
Summe der Ausgaben	175 830	180 897	5 591	524	178 978
Summe der Einnahmen	175 290	177 711	2 421	—	184 939
Zuschuß	540	3 186	2 646	—	—
Überschuß	—	—	—	—	5 961

Bauabteilung.

An Bauarbeiten gelangten im Berichtsjahr durch das Hochbauamt zur Ausführung: Das Denkmal für Albert Leo Schlageter, der vierte Abschnitt der Stadtrandsiedlung und die Markthalle.

Albert Leo Schlageter wurde im Beiertheimer Wäldchen an der Einmündung der Schwarzwaldstraße in die Bahnhofstraße zur immerwährenden, ehrenden Erinnerung an seinen heldenmütigen Opfertod aus freiwilligen Spenden der Karlsruher Bürgerschaft ein Denkmal gesetzt, das nach dem Entwurf des Stadtoberbaurats Otto Roth zur Erstellung kam. Als Material für das Denkmal wählte man Schwarzwald-Granit. Der erste Spatenstich fand am 22. März 1934, die feierliche Grundsteinlegung am 12. Juni 1934, die weihevolle Enthüllung des Denkmals, über die bereits an anderer Stelle berichtet wurde, am 22. September 1934 statt.

Mit der bevorstehenden Beendigung des vierten Abschnitts der vorstädtischen Kleinsiedlung erscheint es angebracht, in einem Überblick die Entwicklung und den derzeitigen Stand des Siedlungsunternehmens der Stadt Karlsruhe zu schildern.

Insgesamt wurden bei allen vier Abschnitten vom Mai 1932 bis März 1935 215 Siedlerstellen errichtet, davon im ersten Abschnitt 100, im zweiten und dritten zusammen 40 und im vierten Abschnitt 75. Wegen der leichteren Erweiterungsmöglichkeit für das einzelne Haus und mit Rücksicht auf ein ungestörtes Wohnen sind nur Einfamilienhäuser gebaut worden. Die in jedem einzelnen Bauabschnitt gemachten Erfahrungen wurden im darauffolgenden Abschnitt ausgewertet und dadurch Verbesserungen erreicht. So konnten beim zweiten und dritten Bauabschnitt trotz anziehender Rohstoffpreise, besonders auf dem Holzmarkt, die wie beim ersten in Holzfachwerk ausgeführten Häuser durch Anbau eines Heuschopfs erweitert und die unmittelbare Beheizbarkeit der Schlafzimmer ermöglicht werden.

Beim ersten Bauabschnitt mit 100 Siedlerstellen hat sich die gewählte Holzfachwerkkonstruktion mit Lehmausstakung in dem kalten Winter 1933/34 sehr gut bewährt, auch bei dem nichtunter-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

kellerten Typ, dessen ebenerdiger Vorratsraum eine angenehme Vergrößerung des Baukörpers bei gleichen Kosten gestattet. Die Fachwerkwand mit äußerer Stülpschalung und innerer Holzverkleidung mit Deckleisten hat sich als praktisch erwiesen, zumal diese Konstruktion von den ungelernten Siedlern leicht ausgeführt werden kann; dabei besitzt diese Wand dieselbe Wärmehaltung wie eine 38 cm starke Backsteinwand. Wasserleitung war hier ebenso wie beim zweiten und dritten Abschnitt nicht vorgesehen, dafür wurde bei jedem Haus ein Pumpbrunnen angeordnet. Ebenso fehlte ursprünglich die Anschlußmöglichkeit für elektrisches Licht, doch konnte diese im Zusammenhang mit der Anlage des vierten Bauabschnittes geboten werden. Die Bauzeit betrug fünf Monate; hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß bei den damals noch günstigen Preisen für Bauholz und Schnittware ohne Bedenken die Hilfe von Facharbeitern in Anspruch genommen werden konnte, die aus dem Siedlungskredit bezahlt wurden.

Mit dem Beginn der Holzpreissteigerung waren die Ausgaben für Facharbeiter nicht mehr möglich; die Häuser des zweiten und dritten Abschnitts sind, abgesehen von der Fenster- und Türenlieferung, in reiner Selbsthilfearbeit der Siedler entstanden. Dadurch nahm allerdings auch die Bauzeit zwölf Monate in Anspruch. Diese drei Bauabschnitte bilden mit insgesamt 140 Siedlerstellen nach ihrer Lage und durch ihre bauliche Gestaltung eine zusammenhängende Siedlung.

Die starke Ausnützung des Geländes wurde beim vierten Bauabschnitt aufgegeben. Es sind öffentliche Plätze und Grünanlagen vorgesehen und größere zusammenhängende Baustellen freigelassen zur späteren Anlage von Gebäuden öffentlicher und wirtschaftlicher Art, wie Gemeindehaus, Kinderschule, Verkaufsläden, Wirtschaften und ähnliches. Die zusammenhängende Reichssiedlung dieses vierten Abschnitts wird umrahmt von Siedlerhäusern, für die die Bauherren die Kosten selbst aufbringen. Unter letzteren befinden sich 20 Häuser, die durch die gemeinnützige Kriegersiedlung der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung, G. m. b. H., Berlin, errichtet werden.

Beim vierten Bauabschnitt kam man zur vollständigen Trennung von Wohnhaus und Stallgebäude. Letzteres enthält neben dem sich als notwendig erwiesenen Heuschober noch einen 6 qm großen Wirtschaftsraum mit Feuerungsstelle. Geruchsbelästigung durch den Stall ist somit ausgeschaltet. Die inzwischen eingetretene Holzpreissteigerung hätte bei Ausführung der Wohnhäuser in Holzfachwerk kaum noch Ersparnisse gebracht. Die Ausführung in Massivbauweise, und zwar in einem patentierten Bimsbetonhohlstein, war deshalb das gegebene. Für das kleine Stallgebäude jedoch erwies sich die gewählte Holzkonstruktion als wirtschaftlicher.

Während der Reichskredit für den ersten, zweiten und dritten Abschnitt 2500 *RM* je Siedlerstelle betrug, und ohne jeglichen Zusatzkredit im Gegensatz zu anderen Städten hier vorbildliche und vom Reichsarbeitsministerium in Berlin als mustergültig anerkannte Siedlerstellen geschaffen wurden, belief sich der Reichskredit für den vierten Bauabschnitt nur noch auf 2250 *RM* je Stelle. Diese Kreditverminderung ließ aber selbst bei schärfstem Rechnen nicht einmal mehr die geforderten Mindestraumgrößen zu. Hierzu kam, wie schon erwähnt, die inzwischen eingetretene Materialverteuerung. Um dennoch die Größe und Ausführung der Siedlerstellen nicht Not leiden zu lassen und um darüber hinaus den Anschluß der Siedlung an das städtische Wasser- und Stromnetz zu ermöglichen, hat sich die Stadt entschlossen, neben dem Reichsdarlehen einen eigenen Kapitalbeitrag in Höhe von 500 *RM* je Siedlerstelle, zusammen also 37 500 *RM*, zu leisten. Es lag nahe, diese beiden Einrichtungen den Siedlern des vierten Bauabschnitts zukommen zu lassen, weil einmal der durch das Siedlungsgelände ziehende Hauptwasserrohrstrang des Mörscher Wasserwerks einen billigen Wasseranschluß bot, und andererseits die elektrische Leitung für die Privatsiedler auf dem Gewann ohnedies angelegt werden mußte.

Sämtliche Typen der vier Bauabschnitte bieten Wohnmöglichkeit für 6 Personen. Für besonders kinderreiche Familien wurde durch Ausbau der zweiten Dachkammer mit Hilfe eines Reichszusatzdarlehens von 250 *RM* Wohnraum für weitere 2 bis 3 Personen geschaffen.

Für alle vier Bauabschnitte hat die Stadt Karlsruhe als Träger der Siedlung die Vergebung der Materiallieferung und der Unternehmerarbeiten ebenso wie die Planfertigung und Verrechnung kostenlos ausgeführt; dagegen gelangten die örtlichen Bauführer aus den Mitteln des Siedlungskredits zur Entlohnung.

Der erste Bauabschnitt der Vorstädtischen Kleinsiedlung erforderte einen Aufwand von 249 324,32 *RM*, der zweite und dritte Bauabschnitt von 102 500 *RM*, der vierte Bauabschnitt bis zum Ende des Berichtsjahres 121 076,41 *RM* (Verrechnet unter Kredit Titel XXIII Nr. 5, 6 u. 7).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Markthalle besteht aus drei flachgewölbten Schiffen von 94 m Länge, zusammen 53 m Tiefe und 7 m Höhe bis zum Kämpfer. Sie ist durch einen etwas niedrigeren Teil von 5 m Breite in Glasdeckung mit dem alten Bahnhofsgebäude verbunden, so daß eine einheitliche, in der Benützung zusammenhängende Baugruppe entstand. Entlang der Blankenhorn- und Meidingerstraße sind der Haupthalle niedrigere, 8 m tiefe Anbauten vorgelagert, damit von der Baumeisterstraße her der Blick auf die schönen alten Kopfbauten des Bahnhofsgebäudes erhalten blieb. Diese Anbauten sind an der Südseite je 30 m um die Halle herumgeführt und geben so dem durch kräftige Strebepfeiler gegliederten Hauptbau Maßstab und Rahmen. Die südlichen Anbauten enthalten an der Blankenhornstraße den Erfrischungsraum mit Küche, Transformatorenstation und Abortanlage, im Keller die Heizung, an der Meidingerstraße den Markt für Geflügel, Wild und Fische.

Inmitten der neuen Halle ist der Kleinmarkt untergebracht, durch breite Fahrstraßen, die auf die 4 großen Tore ausmünden, vom Großmarkt getrennt. Der Großmarkt umschließt den Kleinmarkt von drei Seiten und lehnt sich seinerseits an die den Markt begrenzenden Straßen an. Das Erdgeschoß des alten Bahnhofs ist zur Nutzung durch den ständigen Großhandel in Lagerräume aufgeteilt. Die einzelnen Räume werden von der Kriegsstraße her beschickt und bilden mit den nach Süden hin in der Halle sich ungezwungen anschließenden Verkaufsständen eine Einheit. Weitere Lagerräume mit anschließenden Verkaufsständen sind auf der Westseite der Halle entlang der Blankenhornstraße untergebracht. Auf der Ostseite an der Meidingerstraße liegen die Verkaufsstände des unständigen Großhandels. Insgesamt stehen dem Großmarkt 1150 qm Verkaufsfläche und 1100 qm Lagerräume zur Verfügung; die Kleinmarktstände aneinander gereiht messen 1200 lfdm. Das Erdgeschoß des alten Empfangsgebäudes wurde so umgebaut, daß es außer den Lagern für die Großhändler noch Diensträume für Marktmeister und Arbeiter, Polizei und eine öffentliche Bedürfnisanstalt enthält. In die früheren Schalterhallen des Bahnhofs mit ihren figurengeschmückten Pfeilern und Bogen sind die Stände für den Fleischverkauf eingebaut.

Der Fischmarkt im südöstlichen Anbau ist von dem üblichen Kleinmarkt wegen der Geruchsbelästigung getrennt und durch zwei Flügeltüren zugänglich. Aus hygienischen Gründen wurde er reicher ausgestattet mit Fußboden- und Wandplatten. Die Fischhändler erhielten Kojen eingerichtet, die etwa kleinen Ladengeschäften gleichen mit allen dazugehörigen Einrichtungen, Behältern für tote Fische, mit Platten ausgelegten Verkaufströgen, Ladentischen, Aufhängevorrichtungen und in einigen Ständen Behältern für lebende Fische mit Glaswand zum Beschauen durch die Käufer.

In der Baustoffwahl und Formgebung wurde auf gediegene Einfachheit Wert gelegt, wobei die technischen und praktischen Erfordernisse im Vordergrund standen. Die tragenden Teile für das Dach, d. h. die inneren Träger und die Stützen in den Außenwänden, die gleichzeitig den Winddruck aufzunehmen haben, sind in Eisenbeton ausgeführt. Die Gründung dieser Stützen war teilweise sehr schwierig, da an der Baustelle neben schlechtem Baugrund alte Gebäudegrundmauern, Kanäle und die Bahnhofsunterführungen beseitigt werden mußten. Zum Bau der Außenwände verwandte man an allen Teilen, die durch Fahrzeuge der Beschädigung ausgesetzt sind, Stampfbeton, zum übrigen Mauerwerk Backsteine mit Verputz. Der Fußboden des Kleinmarktes besteht der besseren Fußwärme wegen aus Walzasphalt, die Fahrstraßen aus Beton. Als Dachbinder gelangten vollwandige Holzbohlenbinder mit einer Spannweite von 17,50 m zur Verwendung, deren einzelne Lamellen kalt miteinander verleimt und vernagelt sind. Zur Dachschalung wurden 24 mm starke gehobelte Bretter verwendet mit 2 lagiger Bitumenpappe. Im Scheitel der Bogen sind Oberlichter von je 70 m Länge und 4 m Breite eingebaut.

Die Luftheizung, bei der die durch Dampf erhitzte Luft von Luftsaugern in die Halle geblasen wird, ist so berechnet, daß bei 20 Grad Kälte die Raumluft noch auf 6 Grad Wärme gebracht werden kann. Der Heizkeller mit 2 Dampfkesseln mußte so tief gelegt werden, daß er in das Grundwasser hineinragt. Als Isolierung wurde eine Eisenbetonwanne mit dazwischengelegter starker Bitumenisolierpappe eingebaut.

Die Lüftung geschieht im allgemeinen durch hochliegende Fenster an allen vier Außenwänden. Bei großer Hitze kann durch die Luftsauger frische Luft in die Halle gedrückt werden.

Die überbaute Fläche des Neubaues beträgt 6740 qm.

An Baukosten der ganzen Anlagen sind entstanden für: Neubau der Halle 325 211,75 *RM*, Umbau des ehemaligen Empfangsgebäudes 37 890 *RM*, Einrichtungen und Markttische 14 120 *RM*,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schlageterdenkmal.

Häuschen der Randsiedlung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Anliegerbeiträge (anteilige Straßen- und Kanalisationskosten) 14 041,13 RM, zusammen 391 262,88 RM (verrechnet unter Kredit Titel XXII Nr. 1). Der Geländeerwerb ist in den angeführten Beträgen nicht inbegriffen. Für die Erstellung der Versorgungsleitungen in der Blankenhorn- und Meidingerstraße mußten weitere 29 977,85 RM verausgabt werden (Kredite Titel IX Nr. 9, X Nr. 9, XI Nr. 7).

Im Laufe des Berichtsjahres kamen vom Hochbauamt für Bauarbeiten 229 312 (1933: 462 157) RM auf die dafür zur Verfügung stehenden Kredite zur Anweisung. Von den Arbeiten sind 6 mit 52 700 RM in öffentlicher Verdingung, 40 mit 160 544 RM in engerer Verdingung und 85 mit 16 068 RM aus freier Hand vergeben worden.

Entwürfe wurden gefertigt für die Errichtung einer Thingstätte für Karlsruhe nach dem Plane von Professor Dr. Alker, für den Neubau eines Arbeitsamtsgebäudes auf dem Platz, der durch die Mathy-, Garten- und Otto Sachsstraße begrenzt wird, mit der Front nach der Mathystraße, für eine Messehalle mit etwa 10 000 qm Verkehrsfläche, für die Erweiterung des Krankenhauses, Neueinrichtung einer Röntgenabteilung und Vergrößerung der Küchenanlagen, für Straßenbahnwartehallen beim Krankenhaus und dem Durlacher Tor, für eine Tankstelle mit Marktmeisterbüro, für einen Geräteraum und eine Bedürfnisanstalt am Oststadtmarkt (Hermann-Göring-Platz), für eine Getreide-Trocknungs- und Belüftungsanlage im städtischen Getreidelagerhaus am Rheinhafen. Ferner kamen für ein Lina Sommer-Denkmal, ein Karl Benz-Denkmal und für ein Ehrenmal der gefallenen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter Vorschläge zur Unterbreitung.

Die beratende Mitarbeit des Hochbauamts bei Bauvorhaben von Privaten sowie in Fragen der Farbgebung von Gebäuden, der Gestaltung von Geschäftsreklamen, Aufstellung von Fernsprechhäuschen, Tankstellen und dergl. mehr wurde auch in diesem Berichtsjahr vielfach in Anspruch genommen.

Bauverwaltungsabteilung.

Der in Verwaltung des Hochbauamts stehende stadteigene Hausbesitz stellt einen Wert von 51 630 000 RM dar. Hierin sind sämtliche Hochbauten mit Ausnahme der Baulichkeiten des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes und des Bahnamtes enthalten. Neben der Bauunterhaltung des städtischen Hausbesitzes hat das Hochbauamt 900 Mietwohnungen und Geschäftsräume zu verwalten. An Gebäudelasten für diese Gebäulichkeiten waren 165 000 RM auf die entsprechenden Teile der Rechnung anzuweisen.

Die laufenden und einmaligen Ausgaben für die bauliche Unterhaltung der stadteigenen Gebäude und Denkmäler, einschließlich der Ausgaben für den Restteil der Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten aufgrund des Reinhardt-Plans zur Arbeitsbeschaffung, betrugen insgesamt 378 590 RM. Hiervon entfallen auf laufende Ausgaben 241 270 RM, auf einmalige Ausgaben 55 400 RM und auf den Rest der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 81 920 RM. Die Beträge gelangten auf den einzelnen Baukrediten zur Verausgabung. 346 Arbeiten mit 171 455 RM wurden in engerer Verdingung und 5060 Arbeiten mit 207 135 RM aus freier Hand vergeben.

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung vom 1. Juni 1933 (Reinhardt-Plan) kamen vom Hochbauamt in den Jahren 1933—34 Arbeiten im Gesamtbetrag von 236 833,98 RM (Verrechnung unter Kredit Titel XXIII Nr. 8) zur Durchführung. In diesem Betrag ist eine Summe von 54 753,05 RM enthalten für die Modernisierung der Feuermeldeeinrichtung in der Feuerwache Ritterstraße 48. Der Rest wurde verwendet für Instandsetzungen in Verwaltungsgebäuden, Schulen, selbständigen Betrieben der Stadt, öffentlichen städtischen Anstalten und in stadteigenen Wohngebäuden. Bei diesen Arbeiten handelte es sich vorwiegend um Dachumdeckungen, Instandsetzungen an Fassaden, Anstricherneuerungen im Innern und Äußern, Verbesserungen an Heizungs- und Beleuchtungsanlagen.

Heizungsabteilung.

Der Beaufsichtigung und Unterhaltung der Heizungsabteilung des Hochbauamts unterstanden im Berichtsjahr 48 Zentralheizungens- und ebensoviele Warmwasserbereitungsanlagen mit zusammen 107 Dampf- und Warmwasserkesseln von etwa 2050 qm Heizfläche, ferner 14 Lüftungsanlagen, 2550 Öfen, 130 Waschkessel, 20 Kochanlagen mit 55 Kohlenherden, 43 Gasherde, 5 Dampfkochkessel, 2 Leichenverbrennungsöfen und etwa 1200 Kamine. Der Unterhaltungsaufwand betrug

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

50 025,21 RM und ist in dem obengenannten Bauunterhaltungsaufwand inbegriffen. Die größeren Arbeiten erstreckten sich auf das Auswechseln von veralteten Heizkesseln und Öfen durch neue, Ersetzung schadhafter Wasserroste und undichter Wasserbehälter. Statt der seither üblichen Holzabzugskamine der Gasöfen wurden mehrfach Toschi-Rohre neu eingesetzt. Außerdem überwachte diese Abteilung 230 Schreibmaschinen, 30 Rechenmaschinen, 15 Registrierkassen, 50 Nummernstempel und sonstige Büromaschinen.

Der Kostenaufwand für Heizung und Beleuchtung in den städtischen Verwaltungsgebäuden, Schulen und Anstalten (ausgenommen die Betriebe, Badverwaltung, Gartenamt, Tiefbauamt und Schlachthof), der auf die einzelnen Verwaltungszweige verrechnet ist, betrug an Gas für 514 964 cbm = 50 967,32 RM, Strom für 304 244 kWh = 60 462,06 RM, Koks für 4 892 610 kg = 134 546,96 RM, Holz für 282 920 kg = 6 436,04 RM, Kohlen für 1 765 560 kg = 42 948,14 RM, Briketts für 122 955 kg = 3 265,43 RM, zusammen 298 625,95 RM. Gas, Strom und Koks wurden vom städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt, Holz aus den städtischen Waldungen, Kohlen und Briketts von den hier ansässigen Kohlenhändlern bezogen.

Heiz- und Leistungsversuche konnten wegen Personalmangel nicht durchgeführt werden. Es wurden lediglich kleinere, notwendig gewordene Heizversuche mit Sparapparaten und Zugmessungen an Schornsteinen vorgenommen. Auf ein sparsame Betriebswirtschaft legte man besonderen Wert durch öftere Nachschau bei der Bedienung der Heizkessel und Öfen.

Der Personalstand des Hochbauamts setzte sich im Berichtsjahr aus 23 Beamten, 1 Beamtenanwärter, 1 Beamtenlehrling, 4 Angestellten, 17 Arbeitern, 13 Heizern und 21 Arbeiterinnen, von denen 4 vollbeschäftigt waren, zusammen. Auf der Messe fanden Fürsorgeempfänger nach Bedarf einige Wochen Arbeit.

Durch eine Ermäßigung der Verwaltungskostenbeiträge sind die Einnahmen des Hochbauamts gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Der Haushaltsplananansatz der Einnahmen konnte dagegen übertroffen werden. Die Ausgaben erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr nur unbedeutend; dagegen trat eine Überschreitung des Haushaltsplans bei den persönlichen Ausgaben um 5591 RM ein, die in einer ganzjährigen Beschäftigung zweier Angestellten, die nur vorübergehend eingestellt worden waren, ihre Ursache hat.

2. Stadterweiterung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 7 a).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					*
1. Fortdauernde Einnahmen:					
Einnahmen aus dem Betriebe	200	538	338	—	—
Summe der Einnahmen	200	538	338	—	—
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	33 220	34 023	803	—	—
b) Sachliche Ausgaben	8 730	5 535	—	3 195	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	8 000	8 000	—	—	—
Summe der Ausgaben	49 950	47 558	803	3 195	—
Summe der Einnahmen	200	538	338	—	—
Zuschuß	49 750	47 020	—	2 730	—

* Im Wirtschaftsjahr 1933 unter dem Tiefbauamt inbegriffen.

Allgemeines.

Die nationalsozialistische Weltanschauung wirkt sich auf allen Gebieten des Lebens aus und muß deshalb sich auch auf die äußere Form und den inneren Gehalt der Städte erstrecken. Während bis vor kurzem die Aufgabe des Städtebaues im wesentlichen in der Ordnung in der Ebene (Festlegung von Straßen und Freiflächen im Erweiterungsgebiet) und in der Festsetzung der höchstzulässigen Überbauung nach Höhe und Fläche (Bauordnung) gesehen wurde, hat sie heute die straffe Gestaltung des Stadtkörpers nach allen drei Dimensionen als Zielsetzung. Anstelle der nur durch Gesetze eingeengten grundsätzlichen Baufreiheit ist die grundsätzliche Oberhoheit des Staates über den Raum getreten. Die bisherige Stadterweiterung muß so zur Stadtplanung werden.

Die Straffung in der baulichen Gesamtgestaltung der Städte ist durch eine Reihe im Berichtsjahr erlassener Rechtsnormen eingeleitet. Das Bauen außerhalb des Bereichs der fertigen Straßen und auch der festgestellten Ortsstraßenpläne, das sogenannte „wilde Bauen", war nach dem bisherigen Badischen Ortsstraßengesetz grundsätzlich gestattet. Nur wenn für das Wohnungsbedürfnis durch Feststellung von Ortsstraßenplänen und Herstellung von Ortsstraßen ausreichend Vorsorge getroffen war, konnte das Bauen außerhalb des Bereichs der Straßen und Plätze durch ortspolizeiliche Vorschrift auf bestimmte Zeit verboten werden. Dieses Verbot bestand zwar in Karlsruhe im allgemeinen, es war jedoch in einer Reihe von Gewannen in Außengebieten zur Herstellung von Kleinhäusern durchbrochen; es war also hier gestattet, im Rahmen eines wohl projektierten, aber nicht festgelegten und nicht hergestellten Wegenetzes und ohne Neueinteilung der unregelmäßigen Ackergrundstücke zu bauen. Dies hatte seinen Grund darin, daß in den vorausgegangenen Jahren aus Mangel an städtischen Mitteln die Aufschließung neuer Kleinsiedlungsgebiete zurückgestellt wurde und auch die Umlegung der in Gemenglage sich befindlichen Grundstücke kaum erreichbar schien. Es hatte sich bald gezeigt, daß in den Außengebieten auf diese Weise Unordnung entstehen mußte; infolgedessen wurde zu Anfang des Berichtsjahres diese Ausnahme von dem Bauverbot durch Stadtratsbeschluß aufgehoben, gleichzeitig aber nahm man zur Befriedigung des Bedürfnisses an entsprechenden Bauplätzen die Planung und Umlegung sowie Straßenherstellung in Angriff. In gleicher Richtung wie der genannte Stadtratsbeschluß bewegte sich ein bald darauf ergangenes badisches Gesetz zur Änderung des Ortsstraßenrechts (Gesetz vom 13. August 1934), das die Baufreiheit außerhalb des Bereichs der Ortsstraßen und Plätze aufhob und dadurch der zur Unordnung führenden Streubauweise einen Riegel vorschob.

Einen weiteren Eingriff brachte das Reichsgesetz über einstweilige Maßnahmen zur Ordnung des deutschen Siedlungswesens vom 3. Juli 1934 mit zugehöriger Durchführungsverordnung. Darnach wurde die Errichtung von Wohngebäuden mit mehr als 50 Wohnungen und die Errichtung von mehr als 25 zusammenhängenden Siedlungsgebäuden oder Eigenheimen bei der obersten Landesbehörde (in Baden Ministerium des Innern) anzeigepflichtig. Bei Bedenken des Ministeriums gegen solche Großbauvorhaben ist dem Reichsarbeitsminister Vorlage zu erstatten, der das Recht der Untersagung hat.

Die tiefgreifendste baurechtliche Einwirkung brachte indessen für Karlsruhe eine durch das Stadterweiterungsbüro angeregte Änderung der städtischen Bauordnung, die „Ortspolizeiliche Vorschrift über die Gesundung der städtischen Bauverhältnisse" (hierüber siehe auch Abschnitt II C Baupolizei S. 41) mit einem Verbot der bisher in Karlsruhe ganz allgemein zugelassenen Dachstockwohnungen und von Wohnungen in Hinter- und Seitengebäuden.

Im Erweiterungsgebiet mit drei- und vierstöckiger Bauweise (den städtischen Bauklassen 5 bis 9) war bisher eine 50 %ige Überbauung der Grundstücke zugelassen. Sie darf in Zukunft nur noch 43 bezw. 40 v. H. betragen. Im Gebiet der zweistöckigen Bauweise, also den überwiegend für Eigenheime in Betracht kommenden Außengebieten, dürfen statt bisher 50 v. H. nur noch 25 v. H. der Grundstücke überbaut werden. Es tritt somit eine weitgehende Auflockerung der Bebauung ein mit dem wichtigen Ziel, den Wohnungen mehr Licht und Luft und im Flachbaugebiet auch einen Hausgarten zu sichern. Wenn durch geringere Baudichtigkeit und Wegfall der selbständigen Dachstockwohnungen eine, im übrigen nur mäßige Verminderung des Werts der gerade zur Bebauung kommenden Grundstücke zu verzeichnen sein mag, so muß dies im Hinblick auf das große Ziel, die Wohnverhältnisse zu gesunden, hingenommen werden.

Eine weitere soziale Maßnahme besteht darin, daß im Gebiet der nur zweistöckigen Bauweise allgemein nicht mehr als 2 Wohnungen je Haus zugelassen werden. Dadurch wird hier beinahe jeder zweite Wohnungsinhaber zwangsläufig Hauseigentümer. In den Vororten gebieten war zwar

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

das 2½stöckige Vielfamilienwohnhaus mit 5 bis 6 Wohnungen bis jetzt selten; die Neigung, solche in den ländlichen Vororten bereits als Mietskaserne empfundenen Wohngebäude herzustellen, nahm indessen zu.

Um die durch unterschiedliche Haushöhen, Mischung von Trauf- und Giebelhäusern, Dachstockausbauten und dergl. mehr und mehr in das Straßenbild hereingekommene Unruhe in Zukunft zu vermeiden, wurden Vorschriften zur allgemeinen Erzielung einheitlicher Straßenwände getroffen. Für die einzelnen Straßenzüge und Baublöcke könen nunmehr Richtlinien über die äußere Gestaltung erlassen werden (siehe auch unten).

Generalbebauungsplan.

Als in den Jahren 1924/26 der Karlsruher Generalbebauungsplan aufgestellt wurde, betrachtete man ihn schon damals nicht als eine endgültige Planung der Verkehrslinien, Bau-, Grün- und landwirtschaftlichen Nutzungsflächen, vielmehr stellte er eine Art Wunschplan nach dem damaligen Stande der Erkenntnisse und Forderungen für die Zukunft dar. Es ist klar, daß ein solcher Plan dauernd und besonders infolge der eingangs angedeuteten Änderung der Grundauffassung überarbeitet und im Fluß gehalten werden muß. An diese Arbeit, die außer dem Verkehrsplan zugleich den Wirtschaftsplan nach dem Wohnsiedlungsgesetz vom 22. September 1933 umfaßt, wurde zwar im Jahre 1934 herangetreten; sie mußte aber infolge anderer dringlicher Aufgaben zurückgestellt werden. Die Hauptstudien bezogen sich auf die Führung von Ausfallstraßen, deren Verwirklichung durch den Bau der Reichsautobahnen, die das Stadtgebiet im Osten und Süden berühren werden, und durch dauernde allgemeine Verkehrssteigerung näherrückt.

Bebauungs- und Aufbaupläne.

Zur Vorbereitung von Gelände für Eigenheimbauten und Kleinsiedlungen kam eine Reihe von Bebauungsplänen zur Bearbeitung, so z. B. für das Gewann „Kirchenpfad" nördlich von Rintheim, für das domänenärarische Gelände in der Weststadt zwischen Haydnplatz und Blücherstraße einerseits, Moltkestraße und Hildapromenade andererseits, für die Kleinsiedlung (früher Stadtrandsiedlung genannt) im Gewann „Heidenstücker" südlich des Stadtteils Grünwinkel u. a. m. Die „Heidenstücker" werden westlich von der Reichsstraße (Durmersheimer Landstraße) begrenzt. Im Bebauungsplan wurde mit den Aufteilungsstraßen so weit von der Reichsstraße abgerückt, daß zwischen der Rückseite der Siedlungsgrundstücke und der Reichsstraße noch ein Raum von etwa 80 m Tiefe verbleibt, der von der Bebauung ausgeschlossen ist. Diese Maßnahme hat den Zweck, die Reichsstraße als Hauptverkehrsstraße von dem Anbau und damit von der Gefährdung des Durchgangsverkehrs durch Anfahrt und Zugang unmittelbarer Anwohner zu befreien. (Durch diese Planung wurde auch hier der gesetzlichen Entwicklung vorgegriffen; im Jahre 1935 erschien ein grundsätzliches Verbot des Anbaus an Reichsstraßen).

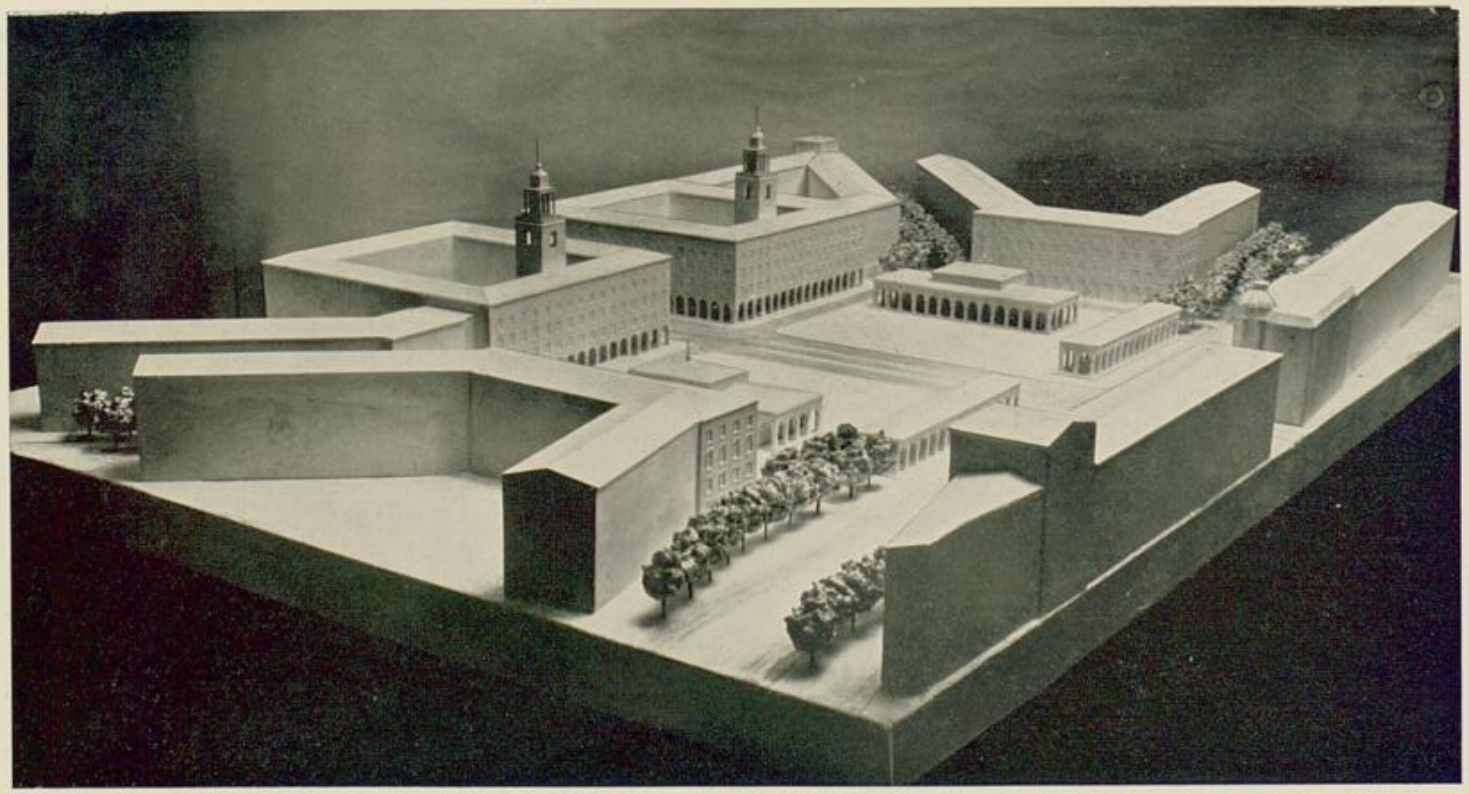
Die Planbearbeitung bezog sich nicht nur auf die Anordnung von Straßen- und Vorgartenflächen, sondern betraf zur Erzielung eines einheitlichen Straßenbildes auch den Aufbau in der kubischen Erscheinung, wozu nach Änderung der Bauordnung die gesetzliche Grundlage gegeben war; vielfach wurde auch die Art der Einfriedigung festgelegt, die wesentlich zur äußeren Zusammenfassung der einzelnen Häuser beitragen kann. Eine derartige Anbauvorschrift erging für das schon erwähnte domänenärarische Gelände zwischen Haydnplatz und Blücherstraße, das durch eine Innenstraße, die Rheingoldstraße, aufgeteilt wird.

Ähnliche Aufbauvorschriften wurden nicht nur für die neugeplanten Straßen, sondern auch für andere, schon früher festgestellte, entworfen, wie z. B. für das neue Siedlungsgebiet im Gewann „Weingärten" im Westen der Stadt, ferner für einen Teil des Weiherfeldes, des Dammerstocks und des Göhrenviertels im Vorort Rüppurr.

Ortsstraßenpläne.

Die förmliche Feststellung der aus den Bebauungsplänen sich ergebenden Bau- und Straßenfluchten wird im Ortsstraßenplan gegeben. Pläne solcher Art waren nicht nur für die zuvor genannten Gebiete aufzustellen, vielmehr mußten auch bereits genehmigte Ortsstraßenpläne, um zu wirtschaftlicher Planung zu gelangen, abgeändert werden. Um für die großen Verkehrsadern die Mittel frei zu bekommen, ist es notwendig, an den Anlagekosten für reine Wohnstraßen möglichst zu sparen. Ein Beispiel zeigt die Wichtigkeit solcher Nachprüfungen: Im Göhrenviertel, einem ausgesprochenen Eigenheimgebiet im Stadtteil Rüppurr, waren vor dem Kriege die Ortsstraßen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



Modell Ettlinger Tor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

derart geplant, daß annähernd quadratische Baublöcke entstanden. Hierdurch wären verhältnismäßig viele Querstraßen notwendig geworden, während bei der hier geltenden offenen Bauweise nur ganz wenige Gebäude Platz gefunden hätten. Durch Weglassen solcher Querstraßen entstehen wesentliche einmalige und laufende Ersparnisse an der Herstellung und Unterhaltung der Straßen, Kanäle und Versorgungsleitungen. So wurde 1934 die Lehenstraße zwischen Fron- und Lebrechtstraße, die einen Längsblock von 230 m Länge und 75 m Tiefe nochmals aufteilt, aufgehoben. Die einmaligen Anlagekosten für Straße, Kanal und Leitungen dieser Teilstrecke hätten weit über 10000 *RM* betragen, die einerseits den Erbauern von nur wenigen Wohnungen, andererseits der Allgemeinheit zur Last gefallen wären. Wenn dadurch die Hausgärten etwas größer werden müssen und der Preis der Flächeneinheit zum Teil etwas sinken mag, so wird dies mehr als ausgeglichen durch die Verminderung der Anliegerleistungen und durch Verwendung freiwerdenden Straßengeländes für die gärtnerische Nutzung.

Altstadtsanierung.

Eine wichtige Aufgabe stellt die Vorbereitung der Altstadtsanierung dar. Schon vor mehreren Jahren war darüber eine Reihe von Vorprojekten aufgestellt worden; die Angelegenheit kam aber zum Stillstand, weil die Zeit für die Inangriffnahme derartiger weittragender Probleme noch verfrüht war. Nunmehr beginnt man in den Großstädten der Gesundung der Wohnverhältnisse in den Altstadtvierteln wirklich näher zu treten.

Die Karlsruher Altstadt, das sogenannte „Dörfle", ist in seiner heutigen Erscheinung der Ausdruck der früher rein individualistischen Einstellung. Ursprünglich eine Art Stadtrandsiedlung jenseits der Grenzen der Fürstenstadt, wurde das Dörfle nach und nach immer enger und höher gebaut. Neben einstöckigen Häusern ragen vierstöckige empor. Die alten Gärten sind verschwunden; sie machten Hintergebäuden Platz. Hier schafft nur eine Generalbereinigung (im Gegensatz zu der sogenannten Ausräumung der Innenblöcke) durchgreifende Abhilfe. Die Sanierung wird sich zunächst dem von der Kronen-, Durlacher-, Waldhorn- und Zähringerstraße umschlossenen Gebiet zuwenden. Aber auch dieser Großblock kann nicht etwa auf einmal erneuert werden. Der erste Teil der Sanierung wird voraussichtlich die Markgrafen-, Brunnen- und Fasanenstraße umfassen. Die technischen und wirtschaftlichen Vorarbeiten wurden im Berichtsjahr so gefördert, daß dem Reich ein Sanierungs- und Finanzierungsplan mitgeteilt werden konnte.

Sonstiges.

Schon vor 10 Jahren legte man die Gestaltung des Ettlinger-Tor-Platzes nach einem Entwurf von Oberbaurat Professor Dr. Billing fest. Die Verwirklichung dieses Planes schob sich aber hinaus. Im Jahre 1934 gelang es der Stadtverwaltung, einen Bauherrn für einen Block, für den östlich der Ettlingerstraße gelegenen, zu gewinnen. Dort will die Deutsche Reichspost ihr neues Direktionsgebäude errichten. Im Hinblick auf die bessere Ordnung der Verkehrsverhältnisse wurden vom Stadterweiterungsbüro im Benehmen mit Professor Dr. Billing Änderungen an den Straßenführungen vorgenommen und die Platzwände von Professor Dr. Billing neu bearbeitet. Ursprünglich waren für einen Teil der Bauten bis zu 6 Stockwerke vorgesehen; diese Zahl setzte man auf 4 bis 4½ herunter.

Die neuen Anforderungen an die Stadtplanung bewirkten die Anfertigung einer großen Anzahl von Modellen (Ettlinger-Tor-Platz, Altstadt, Rheingoldstraße, Nördliche Hildapromenade, Siedlung Weingärten, Feldbergplatz, Dammerstock, Kreuzung der Rastatter Straße südlich von Rüppurr mit der künftigen Autobahn und viele andere mehr). Die plastische Darstellung erleichtert, den künftigen Aufbau auf seine Richtigkeit zu überprüfen.

Für die Baupflegestelle leistete das Stadterweiterungsbüro laufend Vor- und Mitarbeit, namentlich um die Einpassung der einzelnen Bauvorhaben in den Gesamtplan der Stadt zu sichern und zu fördern.

Das Personal des Stadterweiterungsbüros, das in den Vorjahren stark vermindert worden war, mußte entsprechend der Vertiefung und Vermehrung des Aufgabenkreises ebenfalls verstärkt werden; es bestand zu Ende des Berichtsjahres aus 3 Beamten, 4 Angestellten, 1 Zeichnerlehrling und 1 Arbeiter.

Einnahmen und Ausgaben der Stadterweiterung erscheinen erstmals in einem besonderen Einzelhaushaltsplan, während sie im Vorjahr im Tiefbauamt mitinbegriffen waren. Vergleiche mit dem Vorjahrergebnis sind daher nicht möglich. Der Haushaltsplan konnte eingehalten werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Tiefbauamt.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 8).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe	3 500	4 586	1 086	—	4 034
b) Rückersatz der bei Neubauten aufgewendeten persönlichen Ausgaben aus besonderen Krediten	12 000	—	—	12 000	10 000
c) Sonstige Einnahmen	11 080	13 051	1 971	—	3 482
3. Verwaltungskostenbeiträge	464 120	464 120	—	—	475 000
4. Ausgleichsposten (Bauhöfe)	—	—	—	—	10 459
Summe der Einnahmen . .	490 700	481 757	3 057	12 000	502 975
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	422 400	423 898	1 498	—	416 052
b) Sachlich	63 730	60 516	—	3 214	61 586
3. Verwaltungskostenbeiträge	75 600	75 600	—	—	64 076
Summe der Ausgaben . .	561 730	560 014	1 498	3 214	541 714
Summe der Einnahmen . .	490 700	481 757	3 057	12 000	502 975
Zuschuß . .	71 030	78 257	7 227	—	38 739

Vorstandsabteilung.

In der Organisation des Tiefbauamts trat im Berichtsjahr keine Änderung ein, desgleichen nicht im Aufgabenkreis der Vorstandsabteilung, der die gesamte Dienstaufsicht, die Vertretung des Amts nach innen und außen obliegt. Das Tiefbauamt beschäftigte 49 Beamte, 5 Anwärter, Lehrlinge und probeweise Angestellte, 3 satzungsmäßige Angestellte, 3 Aushilfsangestellte, 7 sonstige Angestellte, 360 Arbeiter, 1 Arbeiterlehrling, 16 Wartefrauen und 1 unständige Arbeiterin, insgesamt 445 (1933: 427) Personen. Die gegenüber dem Vorjahr eingetretene Vermehrung von Angestellten und Arbeitern ist auf den gestiegenen Arbeitsumfang in den einzelnen Abteilungen des Amts zurückzuführen.

Die Einnahmen des Amts blieben infolge Verzichts auf Rückersatz der persönlichen Ausgaben aus den besonderen Baukrediten hinter dem Vorjahr und dem Haushaltsplan zurück. Die Ausgaben stiegen infolge der Mehrbeschäftigung von Personal und des höheren Ansatzes der Beiträge zu den Kosten der Hauptverwaltung an, übertrafen aber die Ermächtigung im Haushaltsplan nicht. Eine Vergleichsmöglichkeit des Rechnungsergebnisses mit dem Vorjahr ist nur bedingt gegeben, da die Stadterweiterung bisher im Tiefbauamt mitenthalten war, im Berichtsjahr jedoch erstmals für sich erscheint.

Abteilung Entwurf und Neubau.

Wetter und Wasserstand waren im Berichtsjahr im allgemeinen für die Bautätigkeit günstig. Die Niederschlagsmenge betrug im April und Mai 1934 nur etwa ein Viertel der durchschnittlichen Monatsmengen, stieg aber dann unter erheblichen Schwankungen bis zum Februar und März 1935 auf etwa das 1,5fache der normalen. Im ganzen fielen im Berichtsjahr 652 mm Niederschläge (1933: 710 mm); dies sind etwa 88 v. H. des Durchschnitts der Jahre 1888 bis 1917.

Der Winter brachte nur einige wenige scharfe Frosttage, insgesamt sank aber die Luftwärme an 57 Tagen in mäßigen Grenzen unter den Nullpunkt. Wesentliche Störungen der Bauarbeiten ergaben sich daraus nicht.

Die oben erwähnten starken Niederschläge im Februar und März 1935 hatten ein Ansteigen des Grundwasserspiegels im ganzen Stadtgebiet zur Folge. Der Grundwasserspiegel hatte seine ab-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sinkende Richtung bis zum Monat Februar 1935 fortgesetzt und dabei etwa den gleichen Tiefpunkt erreicht wie im Winter 1929/30. Der Unterschied gegen den Hochpunkt vom Spätjahr 1931 beträgt etwa 1,5 m im Westen und 1,20 m im Osten der Stadt.

Der Rheinwasserstand zeigte sich ebenfalls außergewöhnlich vorteilhaft. Er lag während etwa 7 Monaten zwischen 3 und 4 m a. P., ging vereinzelt bis nahe an 3 m, kurze Zeit sogar auf 2,98 m a. P. herab. Nur in den Sommermonaten Juli/September 1934 schwankte der Rheinspiegel zwischen 4 und 5 m a. P., mit 2 Spitzen über 5 m a. P. Erst die starken Niederschläge im Frühjahr 1935 brachten auch ein Ansteigen des Rheins, der Anfang Februar einmal sogar 6,4 m a. P. erreichte, im übrigen aber auch in dieser Zeit sich in mäßigen Grenzen hielt. Behinderungen der Bauarbeiten traten dadurch nicht ein, zumal ja die am meisten vom Rheinwasserstand abhängigen Arbeiten im Rheinhafen Ende Januar fertiggestellt waren.

Bauarbeiten.

Ein großer Teil der durchgeführten Bauarbeiten stand wieder in engem Zusammenhang mit der privaten Wohnbautätigkeit, die im Berichtsjahr sehr rege war und vor allem die Herstellung neuer Kanäle und Straßen zur Erschließung von Siedlungsgelände erforderte.

Zunächst wurden die im Vorjahr begonnenen Kanalbauten im Stadtteil Rüppurr Ende Juni fertiggestellt. Der Gesamtaufwand belief sich auf 134 246,18 RM (siehe Kredit Tit. V Nr. 14).

An weiteren Kanalbauten gelangten zur Ausführung:

Straße	Strecke von	Strecke bis	lfdm.	Gesamtaufwand RM	Verwendung 1934 (Kredit Titel V Nr. 17).
Fron-Arndt-Straße	Graf-Eberstein-Straße	Lebrecht-Straße	2 × 340	17 779,34	
Dessart-Kriegs-Straße	Meidinger-Straße	Baumeister-Straße	265	12 079,27	
Oestl. Wohnweg im Dammerstock	Nürnberger-Straße	Maria-Matheis-Straße	2 × 120	3 666,72	35 928,05
Hindenburg-Straße	nördlich der Dunkelallee		140	5 258,30	
Scharnhorst-Straße	Heimgartenweg	Hardt-Straße	160	3 575,79	

Straßenbauten.

Straße	Strecke von	Strecke bis	lfdm.	Fahrbahn qm	Gehwegfläche qm	Gesamtaufwand RM	Verwendung 1934 Kredit Titel VI Nr. 20
Göhren-Straße	Lebrecht-Straße	Batt-Straße	270	1 490	1 180	17 758,09 [1]	
Fron-Straße	Arndt-Straße	Graf Eberstein-Straße	240	1 320	1 320	20 510,80 [1]	
Graf Eberstein-Straße	Diakonissen-Straße	Tulpen-Straße (einschl. einer kleinen Ergänzung bei der Fron-Straße)	375	2 390	3 300	37 288,23 [1]	
Hindenburg-Straße (Verlängerung)	Nördlich der Dunkelallee		340	1 950	1 200	42 524,52 [2]	64 742,82
Scharnhorst-Straße (Südl. Fahrbahn)	Laubenweg	Heimgartenweg	250	1 500	2 100	11 420,93	
Feierabendweg	Scharnhorst-Straße	Mackensen-Straße	325	1 625	925	11 376,17	
Heimgartenweg (halbe Breite)			355	840	500	5 948,48	

Anmerkungen: 1) Einschließlich 18 915,50 RM. für früher ausgeführte Erdarbeiten.
2) Einschließlich Nebenanlagen.

Die weitere Fortsetzung der Scharnhorststraße bis zur Kreuzung Hardt- Moltkestraße, die erst eine regelrechte Zufahrt zum Siedlungsgelände Weingärten ermöglicht, bereitete man durch die Schüttung eines 30 m breiten Dammes vor, auf dem die Straße die breite Niederung eines dort hinziehenden ehemaligen Rheinarmes überkreuzt. Ein in dieser Straßenstrecke später erforderlicher Kanal wurde vor der Schüttung des Straßendammes in einer Länge von 160 lfdm (siehe Tabelle über Kanalbauten) eingebaut. Die Schüttung der für den Damm benötigten 15000 cbm Erdmassen galt als Notstandsarbeit, zu der das Arbeitsamt Zuschüsse bewilligte. Sie gestattete die Leistung von 5700 Erwerbslosentagschichten und war zu Ende des Berichtsjahres nahezu fertiggestellt. Die Erde für den Damm der Scharnhorststraße entnahm man dem inzwischen abgeholzten Waldgelände, das entlang dem Postweg östlich der dortigen Eigenhandbausiedlung sich hinzieht. Der Aufwand für die Dammschüttung belief sich im Berichtsjahr auf 36919,04 *RM* (siehe Kredit Titel VI Nr. 21).

Die Vertiefung des östlichen Federbachs, der von Forchheim herkommend das ganze Gewann Fritschlach umfließt und an Daxlanden vorbei unter dem Stichkanal hindurch in den Maxauer Altrhein und aus diesem bei Maxau in die Alb mündet, nahm das ganze Berichtsjahr in Anspruch und war erst Ende Mai 1935 auf der Gemarkung Karlsruhe ganz beendet. Die Arbeit stellte namentlich in der kalten Jahreszeit an die örtliche Leitung und die dabei beschäftigten, vom Arbeitsamt zugewiesenen Erwerbslosen höchste Anforderungen, da sie durch die Ungunst der Verhältnisse — tiefen Schlamm und Schmutz — sehr erschwert wurde. Aber sie brachte auch einen durchschlagenden Erfolg, indem der Wasserspiegel des Federbachs bis zu etwa 1 m gesenkt und damit erst eine durchgreifende Entwässerung des Einzugsgebiets, besonders auch des Gewanns Fritschlach erreicht werden konnte.

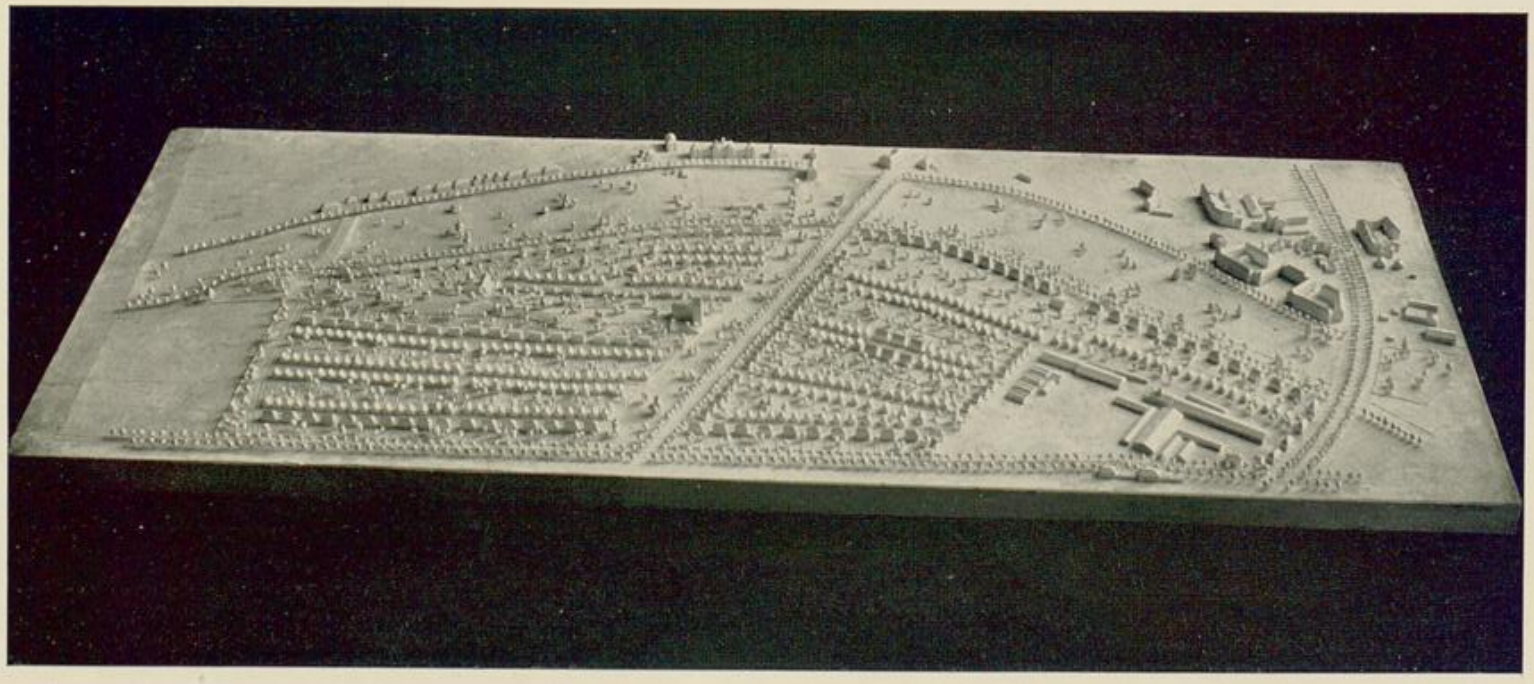
Das neue Bachbett ist, nach Auffüllung der Ufer mit Ziegelschutt aus der ehemaligen Ziegelei Emil Mall, etwa im Zug des alten flachen Baches nach Aushub von 8000 cbm Schlamm tief in den Untergrund eingeschnitten und im Unterteil der Böschungen befestigt. Die gesamte Länge beträgt 3,6 km. Die Arbeit erforderte 13200 Erwerbslosentagschichten. Für 11600 Schichten gewährte das Arbeitsamt Zuschüsse. Bis zum Ende des Berichtsjahres kamen auf Kredit Tit. IV Nr. 3 71896,10 *RM* zur Anweisung.

Erst die Schaffung besserer Vorflut ermöglichte die vorgesehene Geländeverbesserung im Gewann Fritschlach, die zu Ende des Berichtsjahres in Angriff genommen wurde. Sie bezweckt die zahlreichen, durch die früher hier arbeitenden Ziegeleibetriebe auf Lehm ausgebeuteten und nun als Oedland brach liegenden Grundstücke — einige kleinere Löcher auch noch im Gewann Waidfeld — wieder in fruchtbares Ackerland zu verwandeln. Die Arbeiten begannen, nachdem sich das Arbeitsamt zur weitgehenden Leistung von Zuschüssen bereit erklärt hatte, im Februar 1935 in der Hauptsache unter Vergebung an eine Gruppe von sechs hiesigen Unternehmern. Diese haben etwa 120000 cbm Erdmassen durch Abtrag des alten Hochwasserdammes südlich des Ölbeckens und des Hochufers südlich Daxlanden zu gewinnen, nach dem Gewann Fritschlach zu befördern und dort zur Auffüllung der Ödländereien zu verwenden. Wo erforderlich, sind die aufgefüllten Flächen zur Erhöhung der Fruchtbarkeit mit Müll aus einer alten Lagerstätte bei Daxlanden zu überdecken. Die Arbeiten werden nahezu das ganze nächste Jahr in Anspruch nehmen und die Möglichkeit geben, etwa ein Jahr lang durchschnittlich 130 Erwerbslose zu beschäftigen.

Technische Schwierigkeiten bietet diese Arbeit im allgemeinen nicht. Sie erregt ebenso wie die Vertiefung des Federbachs und die seit Jahren durchgeführte Entwässerung der Rheinwaldungen kein besonderes Aufsehen. Und doch bilden sie alle in ihrer Endwirkung ein wichtiges Glied in der Kette von Maßnahmen, die bezwecken, durch Umwandlung von Ödland in fruchtbare Fluren die Grundlage unserer Ernährung zu verbreitern und gleichzeitig die gesundheitlichen Verhältnisse der Stadt und ihrer Umgebung zu verbessern. Der Aufwand für die Fritschlachsanierung belief sich im Berichtsjahr auf 69150,86 *RM* (Kredit Titel XXIII Nr. 9).

Die Bestrebungen nach Kulturverbesserungen werden ergänzt durch die im Berichtsjahr begonnene Umleitung des westlichen Federbachs, die zwar unter Leitung staatlicher technischer Ämter steht, aber weitgehend durch Maßnahmen der Stadt vorbereitet und ermöglicht wurde und späterhin zu ergänzen ist. Sie wird im Verein mit der vor kurzem beendeten Eindeichung des Niederungsgeländes zwischen Neuburgweier und dem Stichkanal des Karlsruher Hafens eine sehr viel bessere Entwässerung dieses Geländes ermöglichen und es vor schädlichem Hochwasserrückstau, auch bei höchsten Rheinwasserständen, schützen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



Modell des Siedlungsviertels Weingärten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die wichtigste und schwierigste Bauarbeit auch in diesem Jahr war die Erweiterung des Rheinhafens. Die Verbreiterung des Stichkanals und der Bau des neuen Federbachdückers waren Ende Juli beendet. Kleinere Nacharbeiten, wie das Entfernen von Schlammresten im alten Stichkanal, die Ausbesserung des Uferpflasters, die Verlegung eines Hochspannungskabels durch den verbreiterten Kanal und dergleichen nahmen noch einige Zeit in Anspruch; besondere Erwähnung verdient hier die erstmalige Entleerung und Reinigung des Dückers, bei der es sich zeigte, daß das neue, unter großen Schwierigkeiten hergestellte Bauwerk den daran zu stellenden Erwartungen entspricht. Die Besiedelung am Nordufer des verbreiterten Stichkanals durch Umschlagbetriebe hat bereits begonnen. Die Arbeiten verursachten im Berichtsjahr einen Aufwand von 337 698,66 *RM*. Der Gesamtaufwand bis zum Ende des Berichtsjahres beläuft sich auf 1 723 346,18 *RM* (Verrechnung unter Kredit Titel XIV Nr. 2).

Auch der Bau des Ölbeckens wurde ohne nennenswerte Zwischenfälle im Berichtsjahr zu Ende geführt. Zur Sicherung des Hochwasserdamms, der das Beckengelände umgibt, war die Auffüllung nahe gelegener Geländevertiefungen erforderlich. Man ergänzte die hierfür notwendigen Erdmassen durch Abtrag des Hochwasserdamms, der vom Stichkanal gegen Daxlanden hinzieht und anschließend für die Geländeverbesserung im Gewann Fritschlach ganz beseitigt wird. Nach etwa 10 Monaten Bauzeit war die am 21. März 1934 aufgenommene Arbeit soweit fertiggestellt, daß das neue Becken Anfang März 1935 für den Ölumschlag zur Verfügung stand. Die dabei beschäftigten Erwerbslosen leisteten 42 000 Tagschichten. Der Bau des Ölbeckens erforderte im Berichtsjahr 501 558,17 *RM*. Zusammen mit dem Aufwand des Vorjahres gelangten bis 31. März 1935 552 150,62 *RM* (unter Kredit Titel XIV Nr. 3) zur Verausgabung. Die Besiedlung mit entsprechenden Betrieben ist auch hier im Gange.

Beim Bau der badischen Zufahrtrampe zum neuen Stromübergang bei Maxau, der von der Reichsbahndirektion Karlsruhe geleitet und von der Stadt Karlsruhe teilweise finanziert wird, ergibt sich im Frühjahr 1935 folgender Stand der Arbeiten: Die Weg- und Bahnunterführungen unter dem neuen Bahndamm sind einschließlich der Albbrücke fertiggestellt, die Alb und der Allmendgraben bei Knielingen umgeleitet. Das etwa 700 000 cbm umfassende zweite Los der Erdarbeiten, für das ebenfalls die Mittel von der Stadt beschafft werden, konnte erst im Laufe des Winters vergeben werden; bis Ende März 1935 ist hier etwa ein Viertel der Arbeiten geleistet. Vom Stromübergang selbst sind die beiden Widerlager und der Flußpfeiler hergestellt. Der Aufbau des Eisentragwerks steht bevor.

Der ursprüngliche Plan der badischen Zufahrtrampe wird nach langwierigen Verhandlungen voraussichtlich auch die von der Stadt immer geforderte Abänderung erfahren, die es gestattet, die Honsellstraße unter der neuen — nach Westen verschobenen — Bahnlinie zu unterführen. Für den Bau der festen Rheinbrücke bei Maxau leistete die Stadt Karlsruhe im Berichtsjahr einen Zuschuß von 652 705,96 *RM*. Der gesamte Beitrag bis 31. März 1935 beläuft sich auf 813 748,70 *RM* (Verrechnung unter Kredit Titel VI Nr. 17).

Der Freiwillige Arbeitsdienst war im Berichtsjahr bei Arbeiten der Stadt nicht mehr eingesetzt, wohl aber wurden bei mehreren, z. T. schon oben behandelten Arbeiten Wohlfahrtserwerbslose gegen Tariflohn bezw. zur Ableistung von Pflichtarbeit beschäftigt. Pflichtarbeiter führten den Mooraushub im Zug der späteren Seewiesenstraße im Stadtteil Rüppurr im September 1934 zu Ende. In 21 300 Arbeiterstunden haben sie rd. 4000 cbm Moor ausgehoben und abbefördert. Die Arbeiten erforderten einen Aufwand von 2850 *RM* (verrechnet unter Konto Nr. 2340 Arbeitsfürsorge).

Nach Beendigung dieser Arbeit wurde in gleicher Weise die Höherlegung versumpfter Wiesen im Ausmaß von 1½ ha entlang dem Hägenichgraben südlich des Gutes Rüppurr in Angriff genommen und bis zum Ende des Berichtsjahres nahezu fertiggestellt. Hierfür verausgabte man (ebenfalls unter Konto Nr. 2340 — Arbeitsfürsorge) 2763,85 *RM*.

Büroarbeiten.

Die Pläne, namentlich für die größeren der oben genannten Arbeiten, die schon lange vorbereitet waren, standen naturgemäß im allgemeinen baureif zur Verfügung. Immerhin aber ergaben sich wieder neue Gesichtspunkte, traten veränderte Verhältnisse auf, die eine Überarbeitung des Entwurfs, Änderungen von Einzelheiten und neue Berechnungen erforderten. Daneben waren die Entwürfe für die übrigen noch nicht vorbereiteten Arbeiten aufzustellen, die meistens zuerst umfangreiche Geländeaufnahmen notwendig machten. Im einzelnen sind folgende Arbeiten zu nennen:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Verschlußeinrichtung an der Mündung des Ölbeckens in den Stichkanal, bestehend aus zwei eisernen je 25 m langen Schwimmkörpern mit zugehörigen Uferbauten, die im Benehmen mit der maschinenbautechnischen Abteilung des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts und der Branddirektion neu bearbeitet wurden;

die Erdarbeiten im Hardtwald, die infolge der Entnahme von Erdmassen für die Rampe der Scharnhorststraße erweitert werden mußten. Gleichzeitig waren für die mit den Erdarbeiten im Hardtwald zusammenhängende Verlängerung der Hindenburgstraße samt den dort vorgesehenen Nebenanlagen und Kanalbauten die benötigten Geländeflächen neu aufzunehmen.

Besonders umfangreiche Geländeaufnahmen erforderten die Entwürfe für die Trockenlegung der Wiesen am Hägenichgraben und für die Verbesserung des Gewanns Fritschlach, beides wichtige Kulturarbeiten in einem Gelände, das verhältnismäßig sehr geringe Höhenunterschiede aufweist und daher genaueste und zeitraubende Arbeit voraussetzt.

Zur Erweiterung verschiedener Außenbezirke der Stadt wurde eine Reihe von Kanal- und Straßenbauten vorbereitet und im Plan niedergelegt. Technische Schwierigkeiten boten die Entwürfe nicht.

Neue Entwürfe größeren Umfangs wurden nicht aufgestellt, wohl aber mußten vorhandene Entwürfe auf Anfrage staatlicher Stellen oder im Zusammenhang mit anderen Fragen, die neue Gesichtspunkte ergaben, immer wieder überarbeitet werden. Zu nennen sind hier: Die Entwässerung des Stadtteils Daxlanden; die Entlastung des Südsammlers; der Umbau des Hauptsammelkanals zwischen Klärwerk und Rhein im Zusammenhang mit der Verlegung der Albmündung; die Aufschließung des ehemaligen Kraft'schen Anwesens in der Robert Wagner-Allee; die Übersichtsentwürfe für das Kanalnetz in verschiedenen Außenstadtteilen usw.

4. Vermessung und Vermarkung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 9).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe:					
1. Fortführung des staatlichen Vermessungswerks	8 000	8 243	243	—	11 429
2. Vermessungen, Vermarkung und Planfertigungen für Dritte (auch für städtische Ämter)	10 000	16 587	6 587	—	12 719
3. Auszüge aus dem öffentlichen Lastenverzeichnis	100	218	118	—	165
4. Beurkundung von Plänen, Verkauf von Lage- und Stadtplänen	200	666	466	—	570
b) Sonstige Einnahmen	50	—	—	50	—
Summe der Einnahmen	18 350	25 714	7 414	50	24 883
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben (Löhne)	7 700	7 200	—	500	7 580
b) Sachliche Ausgaben	3 920	3 861	—	59	2 775
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	1 000
3. Verwaltungskostenbeiträge	46 300	46 300	—	—	47 100
Summe der Ausgaben	57 920	57 361	—	559	58 455
Summe der Einnahmen	18 350	25 714	7 414	50	24 883
Zuschuß	39 570	31 647	—	7 923	33 572

Staatliches Vermessungswerk und Lagerbuch.

Im Zusammenhang mit der Federbachverlegung und der Sanierung des Waidfeldes und Neufeldes konnten neue Vermessungsunterlagen über diese beiden Gewanne geschaffen werden. Die Arbeiten sind noch nicht vollständig abgeschlossen und werden im Wirtschaftsjahr 1935 fortgesetzt. Zur Neumessung bezw. Instandsetzung des Ortsteils Bulach kamen vorbereitende Arbeiten zur Erledigung.

In den Katasterhandrissen und Katasterplänen waren die in 114 (1933: 65) Meßbriefen dargestellten Grenzänderungen und Neueinteilungen mit 583 (1933: 257) beteiligten Grundstücken sowie Vereinigungen von 27 (1933: 93) Grundstücken nachzutragen.

Im Lagerbuch wurden 1945 (1933: 1187) Rechts- und Eigentumsveränderungen sowie 12 (1933: 33) Vereinigungen vermerkt. Bau- und Kulturänderungen berührten 603 (1933: 765) Grundstücke, die gemäß den Bestimmungen des Vermessungsgesetzes durch örtliche Aufnahmen festgestellt und im Lagerbuch, in den Handrissen und Plänen nachgetragen werden mußten.

Nach Fortführung sämtlicher im Berichtsjahr eingetretenen Veränderungen ergab sich am Jahresschluß ein Gemarkungsumfang von 23 171 (1933: 22 872) Grundstücken mit 6505 ha 43 a 97 qm (1933: 6505 ha 43 a 97 qm).

Im Laufe des Berichtsjahres wurden 45 (1933: 67) Handrisse neu angelegt und dem Finanz- und Wirtschaftsministerium, Abteilung für Landesvermessung, zur Prüfung und Vervielfältigung vorgelegt. 67 Handrisse und 14 Pläne sind teilweise fertiggestellt worden.

Das staatliche Vermessungswerk umfaßte am Schlusse des Jahres insgesamt 426 (1933: 412) Katasterpläne, 4 (1933: 4) Waldpläne, 474 (1933: 460) Ergänzungspläne und 1741 (1933: 1705) Aufnahmehandrisse.

Das Lagerbuch bestand aus 78 (1933: 77) Hauptbänden und 9 (1933: 7) Ergänzungsbänden.

Städtische Vermessungswerke.

Das städtische Katasterwerk blieb in seinem Bestand auch in diesem Wirtschaftsjahr unverändert. Die Wiederaufnahme der Fortführungsarbeiten war nicht möglich.

Das städtische Höhennetz erfuhr nach Norden über das Gemarkungsgebiet der Gemeinde Knielingen eine Erweiterung, dabei wurden 28 km Nivellementzüge erster bezw. zweiter Ordnung mit einem mittleren Kilometerfehler von ± 0,6 mm und 25 km technische Nivellementzüge mit einem mittleren Kilometerfehler von ± 5 mm neu gemessen. Die Veranlassung zu dieser Arbeit gab die beabsichtigte Verlegung der Mündung des Klärwerkkanals.

Baufluchtenpläne, Bauplatzumlegungen, Absteckungen und Planfertigung für städtische Ämter.

Von den im Vorjahre in Arbeit stehenden Baulandumlegungen wurde die Umlegung an der Bannwaldallee zum Abschluß gebracht, eine weitere Umlegung an der Battstraße kam im Laufe des Berichtsjahr zur Durchführung. Neu zur Bearbeitung und zur Vorlage an das Bezirksamt zur weiteren Entschließung gelangte eine Umlegung im Gewann Kirchenpfad (Vorort Rintheim).

In die Umlegung an der Bannwaldallee fielen 15 Grundstücke mit einer Einwurfsfläche von 20 652 qm. Neu gebildet wurden 12 Grundstücke. Zur Straßenanlage benötigte man 5390 qm = 26,099 v. H. der eingeworfenen Fläche. Die Umlegung zwischen Batt- und Graf Ebersteinstraße westlich der Fronstraße betraf 15 Grundstücke mit einer Fläche von 11 998 qm, von der 734 qm = 6,118 v. H. zur Straßenanlage in Frage kamen, und 11 Grundstücke durch die Umlegung entstanden sind.

Schließlich wurde wieder die Bearbeitung der seit einigen Jahren ruhenden Umlegung zwischen Pfalzstraße und Alb westlich der Eckenerstraße aufgenommen. Ihr Abschluß ist im Laufe des Jahres 1935 zu erwarten.

Für den vierten Abschnitt der Stadtrandsiedlung im Gewann Heidenstücker mußten umfangreiche Vermessungen durchgeführt werden. Im Zusammenhang mit der Verbreiterung des Stichkanals waren die unmittelbar nördlich des Rheinhafens gelegenen Grundstücke neu einzuteilen. Diese Aufgaben machten die vollständige Neubearbeitung des Polygonnetzes im Rheinhafengebiet erforderlich. Für die Zwecke der Fritschlachsanierung wurde im Gebiet des ersten und zweiten Fritschlach-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gewannes eine Höhenaufnahme durchgeführt. Zur Bereitstellung von Baugelände fanden verschiedene Neueinteilungen größerer Baugrundstücke statt. Die Überwachung der Standfestigkeit der neuen Ufermauer am Mittelbecken des Rheinhafens erforderte eine Feinvermessung, die alljährlich wiederholt werden soll.

Eine größere Höhenaufnahme war noch für die Melioration des Gewannes Obere Roßweide im Vorort Bulach notwendig.

Baugesuche, Baulasten.

Auf Einhaltung der Vorschriften der Landesbauordnung kamen 786 (1933: 1014) Baugesuche zur Nachprüfung. Ferner wurden 281 (1933: 151) Hausentwässerungsgesuche in Bezug auf Kanalkosten behandelt. Hiervon betrafen 104 (1933: 100) Gesuche Schwemmanschlüsse bestehender Gebäude und 177 (1933: 51) Gesuche Neubauten.

In das Baulastenbuch mußten 23 (1933: 22) Lasten neu eingetragen werden. Aus dem öffentlichen Lastenverzeichnis und Baulastenbuch wurden 56 (1933: 38) Auszüge angefordert.

Arbeiten für Dritte, Auskünfte.

Von privater Seite sind im Berichtsjahr 600 (1933: 601) Anträge auf Grundstücksvermessungen, Planfertigungen usw. eingegangen.

Über das Vermessungswerk waren 200 (1933: 138) gebührenpflichtige Auskünfte zu erteilen.

Liegenschaftsverwaltung.

Der Grundbesitz der Stadt umfaßte Ende 1934 35,5 (1933: 35,6) v. H. der Karlsruher Gemarkungsfläche und zwar Hofreiten mit Gebäuden 73 ha 42 a 27 qm, Hausgärten, Gartenanlagen 88 ha 55 a 79 qm, Bauplätze, Lagerplätze 80 ha 42 a 17 qm, Ackerland 442 ha 39 a 34 qm, Wiesen 211 ha 34 a 70 qm, Wald 639 ha 02 a 31 qm, Öffentliche Anlagen, Friedhöfe 84 ha 51a 89 qm, Sportplätze 48 ha 19 a 37 qm, Ödungen (Vorland usw.) 108 ha 29 a 82 qm, Eisenbahnen 51 ha 32 a 87 qm, Straßen und Wege 368 ha 93 a 29 qm, Wasserflächen 114 ha 00 a 42 qm, zusammen in 3174 (1933: 3022) Grundstücken 2310 ha 44 a 24 qm (1933: 2316 ha 52 a 55 qm).

Auf fremden Gemarkungen hatte die Stadt bei Jahresschluß folgenden Grundbesitz: In Baden-Baden 2 Grundstücke mit 34 a 31 qm, in Durlach 37 Grundstücke mit 6 ha 33 a 05 qm, in Eggenstein 1 Grundstück mit 1 ha 87 a 38 qm, in Ettlingen 27 Grundstücke mit 10 ha 97 a 98 qm, in Forchheim 1 Grundstück mit 1 ha 80 a 68 qm, in Hagsfeld 11 Grundstücke mit 1 ha 22 a 13 qm, in Knielingen 107 Grundstücke mit 32 ha 01 a 27 qm, in Malsch 4 Grundstücke mit 36 a 66 qm, in Mörsch 4 Grundstücke mit 13 ha 56 a 04 qm, in Teutschneureut 3 Grundstücke mit 3 ha 25 a 85 qm, in Welschneureut 7 Grundstücke mit 3 ha 06 a 77 qm, in Istein 63 Grundstücke mit 13 ha 98 a 90 qm, in Huttingen 2 Grundstücke mit 14 ha 00 a 90 qm, in Pfaffenrot 4 Grundstücke mit 30 a 05 qm, in Berghausen 5 Grundstücke mit 2 ha 25 a 25 qm, zusammen 278 (1933: 278) Grundstücke mit 105 ha 37 a 22 qm (1933: 105 ha 01 a 67 qm).

Insgesamt umfaßte der städtische Grundbesitz 3452 (1933: 3300) Grundstücke mit zusammen 2415 ha 81 a 46 qm (1933: 2421 ha 54 a 22 qm).

Die Stadt hat außerdem vom Domänenärar für die Errichtung der Lohfeldsiedlung 78 Grundstücke mit 1 ha 64 a 93 qm in Erbbaurecht gepachtet.

Die Verwaltung des städtischen Grundbesitzes mit Ausnahme von Waldungen, Gebäuden und Industriegelände obliegt der Vermessungsabteilung, die auch das Liegenschaftsinventar (Stadtlagerbuch) führt.

Grundstücksverkehr.

Im Berichtsjahr hat die Stadt 10 115 qm Kulturgelände, 625 qm Hofreite und 5993 qm Straßengelände durch Kauf erworben. Verkauft wurden 183 qm Kulturgelände und 55 419 qm Baugelände an Bauliebhaber. 504 qm Hofreite sind durch Schenkung in das Eigentum der Stadt übergegangen. Im Tauschwege gelangten 6075 qm Kulturgelände in den Besitz der Stadt und 3514 qm Bauland zur Abgabe. Die Geländeerwerbungen waren hauptsächlich für die Zwecke der Fritschlachsanierung zu tätigen. Die von dritter Seite veranlaßten Grundstückstausche dienten der Förderung der Bautätigkeit. Im Umlegungsverfahren gingen 3209 qm Kulturland verloren, 6124 qm Straßengelände gingen dabei in das Eigentum der Stadt über. Auf Gemarkung Teutschneureut erwarb die Stadt ein Wiesengrundstück mit 3555 qm. Der Geländeerwerb wurde im Berichtsjahr auf das unbedingt notwendige Maß eingeschränkt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Einnahmen der Abteilung steigerten sich sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Haushaltsplan. Der Ersatz des Staates für Fortführung des staatlichen Vermessungswerkes verringerte sich zwar um 3186 RM infolge der zum Abschluß gebrachten Aufarbeitung von Rückständen aus der Kriegszeit, dagegen brachten die Arbeiten für Dritte infolge der Belebung der Wirtschaft und insbesondere der gesteigerten Bautätigkeit beachtliche Mehrerträge. Auf der Ausgabenseite waren Einsparungen möglich.

Neu übertragen wurde der Abteilung im Berichtsjahr die vollständige Bearbeitung der landwirtschaftlichen statistischen Angelegenheiten, für die ihr bisher schon zum größten Teil die Sammlung der Unterlagen oblag.

5. Straßen, Wege, Brücken.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 10).

	1934		Gegenüber dem Haushaltsplan		1933
	Haushaltsplan RM	Rechnungssoll RM	mehr RM	weniger RM	Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	51 600	114 513	62 913	—	72 204
b) Miete, Pacht, Zinsen	29 500	29 310	—	190	30 527
c) Einnahmen aus dem Betriebe	136 300	143 669	7 369	—	206 419
d) Staatsbeitrag zur Unterhaltung ehemaliger Landstraßenstrecken	107 600	108 003	403	—	107 604
e) Sonstige Einnahmen:					
1. Von der Straßenbaurechnung	3 000	—	—	3 000	3 000
2. Sonstiges	4 000	7 592	3 592	—	6 385
Summe der Einnahmen	332 000	403 087	74 277	3 190	426 139
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	240 720	235 601	—	5 119	219 824
b) Sachliche Ausgaben:					
1. Fahrbahnen	265 300	247 364	—	17 936	261 084
2. Gehwege	95 700	106 345	10 645	—	122 603
3. Radfahrwege	700	685	—	15	226
4. Feld- und Waldwege	13 000	8 378	—	4 622	10 159
5. Brücken	2 450	1 024	—	1 426	1 960
6. Schuttplätze, Sand- und Kiesgruben und Teermakadambereitung	6 000	5 478	—	522	6 251
7. Arbeiten auf Rückersatz durch Dritte	58 750	78 445	19 695	—	66 126
8. Maßnahmen im Interesse des Verkehrs	4 000	4 862	862	—	3 048
9. Unterhaltung und Erneuerung der Geräte und Einrichtungen	7 000	9 991	2 991	—	5 817
10. Unvorhergesehene Arbeiten	10 000	6 226	—	3 774	4 785
11. Sonstiges	6 670	5 558	—	1 112	5 373
c) 1. Zinsendienst	108 238	108 238	—	—	99 579
2. Tilgung	138 112	138 112	—	—	122 011
d) Leistungen an andere öffentliche Körperschaften	8 000	7 834	—	166	7 762
2. Einmalige Ausgaben	9 200	7 839	—	1 361	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	224 220	224 220	—	—	225 800
Summe der Ausgaben	1 198 060	1 196 200	34 193	36 053	1 162 408
Summe der Einnahmen	332 000	403 087	74 277	3 190	426 139
Zuschuß	866 060	793 113	—	72 947	736 269

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Fahrbahnen.

Die Fahrbahnen mit 197 038 m Länge setzten sich am Ende des Berichtsjahres zusammen aus: Schweren Decken (Steinpflaster, Beton, Holzpflaster, Asphalt und Teerteppiche) 721 396 qm, Mittelschweren Decken 58 207 qm, leichten Decken 755 619 qm, zusammen 1 535 222 qm. Im Laufe des Berichtsjahres sind an Fahrbahnen 1228 m Länge mit einer Fläche von 4307 qm zugegangen. Aus Mangel an Mitteln war es nicht möglich, Fahrbahndecken in Strecken schweren Verkehrs zu erneuern. Es konnten nur in den folgenden sechs Straßenstrecken mittelschwere Decken aus laufenden Mitteln eingebaut werden:

O. Z.	Straße	Strecke	Bauzeit Beginn	Bauzeit Ende	Fläche qm	Belagert Unterbau	Belagert Oberbau	Hersteller	Gesamtaufwand RM	Davon Rückersatz RM	Preis pro qm RM
1.	Uebenius-Straße	zwischen Ettlinger- und Marienstraße	7. 8.	19. 9.	3 140	Gestück	Einstreudecke	T. B. A.	12 962,10	—	4,13
2.	Bannwaldallee	westlich Weingartenstraße	28. 3.	1. 11.	3 248	„	Einstreudecke	T. B. A.	23 602,78	19 458,85	6,21
3.	Moltke-Straße	zwischen Blücher- und Mozartstraße	18. 7.	20. 8.	870	„	Halbtränkdecke	T. B. A.	1 748,70	—	2,01
4.	Hammweg	Rappenwört bis Pfarrstraße	28. 8.	21. 9.	625	„	Einstreudecke	T. B. A.	3 688,—	—	5,70
5.	Stuttgarter-Straße	ganz							7 227,27	—	—
6.	Georg-Friedrich-Straße	Gerwigstraße bis Robert-Wagner-Allee	16. 7.	6. 8.	1 600	„	Einstreudecke	T. B. A.	8 288,03	—	5,18
					9 483				57 516,88	19 458,85	

Anmerkungen: Für die Arbeiten wurde in der Hauptsache bituminierter Basaltsplitt und Porphyrsplitt verwendet. Mit der Decke für O. Z. 5. wurde erst 1935 begonnen.

Die Schotterdecken mit 755 619 qm Gesamtfläche (ohne Pflasterstreifen) haben sich im Berichtsjahr abermals verringert und zwar um 2598 qm, da auch die Neubaustrecken durchweg mit Einstreudecken belegt werden.

Neu eingewalzt (wassergebunden) wurden in drei Straßenstrecken des Hafengebiets 5074 qm mit einem durchschnittlichen Aufwand von 1,76 RM/qm, weiterhin der Verbindungsweg zwischen York- und Herderstraße mit 1347 qm und 0,90 RM/qm Aufwand.

Zu Flickarbeiten in Schotterdecken, Fahrradwegen und Gehwegen dient zum Teil der im Eigenbetrieb hergestellte Teermakadam, zum größten Teil aber Asphalt (Kaltasphalt). Der Verbrauch an Kaltasphalt ist mit 61 t um 27,63 t gegenüber dem Vorjahr abermals zurückgegangen. Der Aufwand betrug (Einheitspreis = 10,20 RM pro 100 kg) 6222 RM.

Die eigenen Leute des Amts führten mit eigenen Geräten folgende Oberflächenbehandlungen aus:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Heißteerungen.

O.-3.	Gegenstand	Bindemittel	Abdeckmaterial	qm	RM *	höchster Aufwand je qm RM	geringster Aufwand je qm RM	durchschn. Aufwand je qm RM
1.	Fahrbahnen							
	Erste Teerung	Teer	Steinsplitt	9 346	5 564	0,86	0,46	0,60
		„	Kies	5 616	3 578	0,74	0,47	0,63
		„	Grus und Kies	4 765	4 062	0,86	0,84	0,85
				19 727	13 204	—	—	0,67
	Wiederholte Teerung	„	Steinsplitt	126 009	41 387	0,72	0,25	0,33
		„	Kies	81 208	23 780	0,43	0,21	0,29
		„	Schlacken	2 080	491	0,34	0,19	0,24
				209 297	65 658	—	—	0,31
	Fahrbahnen zusammen			229 024	78 862	—	—	0,34
2.	Gehwege							
	Erste Teerung	„	Steinsplitt	14 909	7 941	0,81	0,41	0,53
		„	Kies	4 704	2 346	0,76	0,42	0,50
		„	Schlacken	930	313	0,34	0,34	0,34
				20 543	10 600	—	—	0,52
	Wiederholte Teerung	„	Steinsplitt	24 180	7 301	0,48	0,20	0,30
		„	Kies	12 646	4 010	0,46	0,23	0,32
		„	Schlacken	2 848	604	0,21	0,21	0,21
				39 674	11 915	—	—	0,30
	Gehwege zusammen			60 217	22 515	—	—	0,37
3.	Feldwege							
	Erste Teerung	„	Steinsplitt	2 996	1 196	0,40	0,38	0,40
	Wiederholte Teerung	„	„	9 888	3 615	0,77	0,27	0,37
	Feldwege zusammen			12 884	4 811	—	—	0,37
4.	Radfahrwege							
	Erste Teerung	„	„	522	235	0,45	0,45	0,45
	Wiederholte Teerung	„	„	2 468	955	0,93	0,37	0,39
		„	Kies	182	170	0,94	0,94	0,94
	Radfahrwege zusammen			3 172	1 360	—	—	0,43
	Insgesamt			305 297	107 548	—	—	0,35

* Für Geräteverwaltung und Generalunkosten sind 10 v. H. enthalten. Die Aufwendungen für die unmittelbare Vorbereitung der Flächen zur Teerung sind ebenfalls berücksichtigt.

Die gesamte geteerte Fläche mit 305 297 qm ist um 7100 qm geringer als im Vorjahre. Der Durchschnittspreis der erstmaligen Teerung von Fahrbahnen betrug 0,67 RM/qm gegenüber 0,54 RM/qm im Vorjahre. Die Preiserhöhung ist hauptsächlich durch die höheren Preise der Mineralstoffe bedingt. Bezogen wurden 535,21 t Straßenteer.

Heißbitumierungen.

O.3.	Straßendecke	qm	Bitumenverbrauch kg	Aufwand kg/qm	RM *	RM/qm
1.	Schotter mit vorhergehender Oberflächenbehandlung	9 991	8 460	0,85	5 365	0,54
2.	Einstreudecke	6 920	7 310	1,06	3 483	0,50
3.	Tränkdecke	8 484	6 620	0,78	4 305	0,51
4.	Pflaster (Teppichbelag)	2 050	1 760	0,86	1 111	0,54
		27 445	24 150	0,89	14 264	0,52

* Einschließlich eines Zuschlags von 10 v. H. für Generalunkosten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An dem im Haushaltsplan für den sachlichen Aufwand der Fahrbahnen vorgesehenen Betrag von 265 300 RM war eine Einsparung von 17 936 RM möglich.

Gehwege.

In Unterhaltung des Tiefbauamts befanden sich Grusgehwege mit einer Länge von 39 775 m. Die Gebühr für deren Unterhaltung mit 0,50 RM/m konnte beibehalten werden. Geteert wurden 60 217 qm Gehwege, davon 20 543 qm zum erstenmal. Die westliche Insel des Karlsplatzes, deren Teerdecke durch Frost zerstört war, erhielt unter Verwendung alten Schotters eine Teertränkdecke, die durch asphaltierten Splitt abgedichtet wurde.

Die Erneuerung fester Gehwegdecken blieb hinter dem Vorjahr wesentlich zurück; dafür hat aber die Neuherstellung von Gehwegen mit Plattenbelag außerordentlich zugenommen. Die Ursache für diese Erscheinung liegt in der starken Bautätigkeit und dem Entschluß vieler Hauseigentümer im Weiherfeld, ihre Gehwege befestigen zu lassen. Erneuert wurden bei 108 angrenzenden Hausgrundstücken eine Gehwegfläche von 4682,24 (1933: 13 095) qm, 215 (1933: 293,60) qm Einfahrten mit verstärkten Platten und 34 (1933: 82,40) qm Einfahrten mit Kleinpflaster. Zur Neuherstellung kamen bei 198 angrenzenden Hausgrundstücken 12 026,26 (1933: 2296,70) qm Gehwegfläche und 370 (1933: 23,70) qm Einfahrten. Die Verlegungsarbeiten waren aufgrund von Verträgen an private Firmen vergeben. Die benötigten Platten mit 17 681 qm kosteten 43 006 RM. Der Preis blieb wie im Vorjahr für Neuherstellung auf 4,90 RM/qm und für Erneuerung auf 5 RM/qm festgesetzt.

Die laufende Unterhaltung der festen Gehwegdecken und das Wiederschließen solcher nach Aufgrabungen besorgten z. T. die eigene Gehwegabteilung, z. T. die Vertragsunternehmer. Vor 115 Hausgrundstücken wurden 586 qm Plattenbelag umgelegt. Hierbei mußten 78 qm neue Platten eingebaut werden, dies entspricht einem Verschleiß von nur 13,31 v. H. und zeigt somit deutlich den Vorteil des Plattenbelags.

Die vermehrte Neuverlegung von Gehwegplatten bedingte eine Überschreitung des Haushaltsplans um 10 645 RM. Diesen Mehrausgaben stehen aber Mehreinnahmen von 46 767 RM gegenüber.

Radfahrwege.

Eine Fläche von 3172 qm wurde geteert. Der Bau eines Radfahrwegs in der Robert Wagner-Allee mußte nochmals zurückgestellt werden, da die Bearbeitung des Entwurfs zum Umbau des Durlacher Tores in Verbindung mit der Neugestaltung der Robert Wagner-Allee zur Aufnahme des mit der Reichsautobahn zu erwartenden Verkehrs noch keine klare Entscheidung gebracht hatte.

Feld- und Waldwege.

Infolge der Abgrabungen des Hochgestades am Uferweg hinter der Hansa zum Zwecke der Aufschüttung des neuen Bahndammes zeigte es sich als notwendig, im Gewann Kurze Heck einen Ersatzfeldweg von 51 m Länge und 3 m Breite unter Verwendung von Betonbrocken und Schlacken herzustellen. Wege stärkeren Verkehrs, wie die zur Rintheimer Sandgrube und die Verlängerung der Brauerstraße, wurden geteert. Für die Feldwegbefestigung dienten wieder alter Bahnschotter und aus Fahrbahnen ausgebauter alter Schotter sowie Betonbrocken.

Brücken.

Besonderer Erwähnung verdient die Erneuerung der Waldbrücke über den Scheidgraben gegen Wolfartsweier als Betonbrücke entsprechend einer besonderen Vereinbarung mit Durlach unter hälftiger Kostenverteilung. Die übrigen Arbeiten betrafen kleinere Instandhaltungen.

Schuttplätze, Sand- und Kiesgruben und Teermakadambereitung.

Nachdem die ehemalige Bulacher Sandgrube aufgefüllt war, standen noch fünf Schuttplätze zur Verfügung und zwar an der Robert Wagner-Allee beim Weinweg, Ecke Daxlander und Südlicher Uferstraße, der Neugraben an der verlängerten Hardtstraße, die städtische Sandgrube in Daxlanden, die städtische Sandgrube in Rintheim. Aus den beiden Sandgruben in Daxlanden und Rintheim wurden 1357,7 und 2580,5 cbm Sand, zusammen 3938,2 cbm mit einem Erlös von 5379 RM abgegeben. Der Abgabepreis betrug wie bisher 1,50 RM/cbm ab Grube unaufgeladen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An Teermakadam verabfolgte man aus eigener Mischmaschine 197,28 cbm an städtische Stellen und 12,96 cbm an Private, zusammen 210,24 cbm. Die Einnahmen hierfür beliefen sich auf 5252 RM. Der Umsatz hat sich gegenüber dem Vorjahr mit 2115 RM mehr wie verdoppelt.

Der Kompressor fand an 720½ Arbeitsstunden, zu denen 146 Transport- und Wartestunden kamen, Verwendung. Die Motorwalze war 510 Arbeitsstunden im Betrieb.

Arbeiten auf Rückersatz durch Dritte.

Arbeiten auf Rückersatz durch Dritte führte die Abteilung des Tiefbauamts im Berichtsjahr für 112738 (1933: 181565) RM aus. Die sachlichen Ausgaben für diese beliefen sich auf 78445 RM.

Besonderer Erwähnung verdienen: Das Wiederschließen von Straßendecken nach Aufgrabungen für Leitungsverlegungen des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts und des Telegraphenbauamts mit 64569 (1933: 112624) RM und die Befestigung der Hoffläche der Markthalle mit 2444 RM unter Heranziehung von Pflichtarbeitern. Unmittelbar auf Kredit XXII Nr. 1 verrechnete man die Herstellung des Bodens der Markthalle mit 38266 RM. Zur Planie der Fläche von 6236 qm wurde der städtische Arbeitsdienst mit 963 vierstündigen Arbeitstagen herangezogen. Der Boden der rechteckigen Innenflächen erhielt einen mit Stahldrahtgewebe bewehrten Unterbau von 13 cm Stärke, auf den 1 cm starker Teerbinder und darauf in 2 cm Stärke Dammannasphalt aufgebracht wurde. In gleicher Weise stellte man die Flächen längs der Wände her, während für die dem Fuhrwerksverkehr dienenden Streifen auf abgewalztem Gestück eine Decke in 18 cm Stärke zur Ausführung kam. Diese Befestigungsarten haben sich bis jetzt sehr gut bewährt. Eine weitere (auf Konto 2340 — Arbeitsfürsorge — verrechnete) Arbeit stellte der Umbau der Hochschulkampfbahn für Großaufmärsche und Kundgebungen dar. Hierfür wurde ebenfalls der städtische Arbeitsdienst mit 7455 vierstündigen Arbeitstagen eingesetzt. Die Aufgabe bestand in der Verlegung und Einzäunung von 12 Tennisplätzen sowie der Einrichtung der elektrischen Beleuchtung. Ferner war die Wehrsportanlage zu verlegen. Dann wurde die gerade Strecke des nördlichen Dammes des Stadions weggenommen (ca. 1500 cbm) und von den Bogenenden des Dammes zwei parallele Dämme nach Norden geschüttet und verlängert. Die verbliebenen alten Dammstrecken erhielten Abtreppungen. Auf dem Aufmarschgelände können darnach (2 Personen auf 1 qm gerechnet) 54000 Personen Platz finden; die Dämme einschließlich Tribüne fassen 12000 Zuschauer.

Maßnahmen im Interesse des Verkehrs.

Hier ist die Kennzeichnung der neubestimmten Hauptverkehrsstraßen durch Schilder zu nennen sowie die Führung der Reichsstraße Nr. 10 über die Kriegsstraße und Bannwald-Allee zur Vermeidung der Kaiserstraße.

Am Rüppurrer-Torplatz konnte durch Zurücknahme des Vorgartens und Gehwegs Ecke Stein- und Kronenstraße eine Abflachung des spitzen Winkels und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erzielt werden. Gleichzeitig wurde auch der Trinkbrunnen auf die Westseite des Platzes versetzt.

Die bedeutendste Maßnahme stellte die restliche Durchführung des Horst Wessel-Ringes zwischen der Stutensee Allee und der Fasanengartenmauer dar, mit der diese schöne nördliche Umfahrungsstraße um die Altstadt geschaffen ist. Hierbei mußten die Spielfelder des Männerturnvereins verlegt werden. Am 31. Mai 1934 wurde der Horst Wessel-Ring dem Verkehr freigegeben.

Allgemeine Verkehrszählungen unterblieben wiederum aus Mangel an Mitteln. Es konnte nur am 19. Dezember 1934 der Verkehr über die Albbrücke im Zuge der Honsellstraße gezählt werden. Als Höchstzahl pro Stunde in einer Richtung ergaben sich 567 Fahrzeuge.

Tankstellen.

Im Berichtsjahr wurden keine Tankhäuser oder Zapfsäulen neu errichtet, dagegen sogar zwei Säulen entfernt. Auf städtischen Grund waren darnach 7 Tankhäuser und 19 Zapfstellen, zusammen 26 (1933: 28) Tankstellen vorhanden. Außerdem standen auf Privatgelände, aber offen zur Straße, 5 Tankanlagen. An den Mieteingängen ergab sich keine wesentliche Veränderung.

Landstraßen und Kreiswege.

Bezüglich der Landstraßen und der Kreiswege hat das Berichtsjahr keine Änderung gebracht. Dagegen verlegte man die Kreisstraße 13 aus dem Zuge des Weinwegs und der Hauptstraße in die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

verlängerte Karl-Wilhelm-Straße. Zu diesem Zweck wurden mit Wirkung vom 1. November 1934 1647 lfdm des Weinwegs und der Hauptstraße der Stadt vom Kreis und umgekehrt dem Kreis von der Stadt 300 lfdm der verlängerten Karl-Wilhelm-Straße überwiesen. Damit bekam die Stadt freie Hand bezüglich der Hauptstraße und deren nördlicher Verlängerung an der eine neue Siedlung erschlossen werden soll, und der Kreis baute die seither auf Hagsfelder Gebiet völlig unzulängliche Strecke der verlängerten Karl-Wilhelm-Straße für den Durchgangsverkehr aus. Der Aufwand sowie die Erstattungen hielten sich im Rahmen des Haushaltsplans.

Reichsautobahnen.

Nachdem im Vorjahr für die Strecke Bruchsal-Karlsruhe mit 17,26 km der generelle Entwurf der Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahnen vorgelegt worden war, konnten im Berichtsjahre die Vorschläge für die Linie Karlsruhe—Pforzheim—Landesgrenze mit 36,25 km unterbreitet werden, für die vier verschieden gelegene Eintritte ins Gebirge und sechs Möglichkeiten der Umfahrung von Pforzheim bearbeitet worden sind. Außerdem wurde der Entwurf zu einer Autorennbahnstrecke zwischen Karlsruhe und Graben ausgearbeitet und im Zusammenhang mit dem generellen Entwurf der Strecke Karlsruhe—Baden-Baden mit 33,36 km die weitere, sehr günstige Möglichkeit einer Rennbahn zwischen Ettlingen und Rastatt dargestellt.

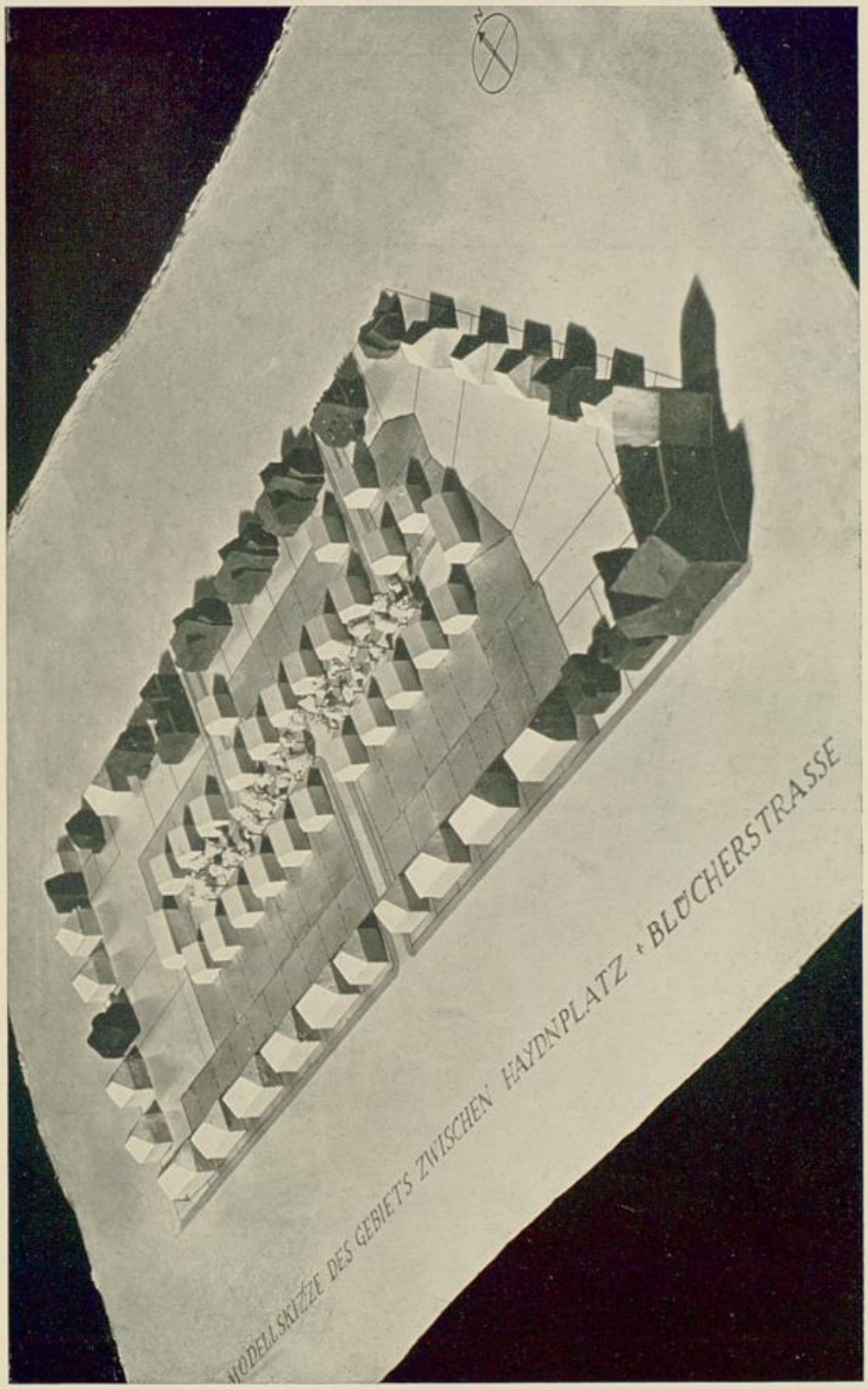
Die Gesamteinnahmen des Teils: Straßen, Wege, Brücken blieben mit 403 087 RM hinter dem Vorjahr um 23 052 RM zurück, übertreffen aber den Ansatz im Haushaltsplan um 71 087 RM. Vermindert haben sich bei den Einnahmen aus dem Betrieb insbesondere die Arbeiten für Dritte, während sich bei den Gebühren und Beiträgen die Zunahme der Neuverlegung von Gehwegplatten bemerkbar macht.

Die Gesamtausgaben übertreffen infolge des gestiegenen persönlichen Aufwands und des vermehrten Schuldendienstes das Vorjahr um 33 792 RM, hielten sich aber innerhalb der Begrenzung durch den Haushaltsplan. Der Zuschußbedarf hat sich gegenüber dem Vorjahr um 56 844 RM erhöht, bleibt aber um 72 947 RM hinter dem Haushaltsplan zurück.

6. Einrichtungen der öffentlichen Straßen und Plätze.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 11).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
A. Öffentliche Uhren.					
b) Einnahmen aus dem Betriebe	3 750	4 114	364	—	4 161
B. Sonstige Einnahmen.					
1. Anschlagsäulen	24 000	24 000	—	—	22 958
3. Sonstiges	20	75	55	—	—
Summe der Einnahmen . .	27 770	28 189	419	—	27 119
Ausgaben.					
A. Öffentliche Uhren.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	9 010	8 402	—	608	8 167
b) Sachlich	6 060	4 890	—	1 170	4 762
2. Einmalige Ausgaben	1 230	597	—	633	806
B. Sonstige Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben	2 320	2 624	304	—	2 406
b) Ausgleichsposten (Straßenbeleuchtung) . .	—	—	—	—	111 740
Summe der Ausgaben . .	18 620	16 513	304	2 411	127 881
Summe der Einnahmen . .	27 770	28 189	419	—	27 119
Überschuß . .	9 150	11 676	2 526	—	—
Zuschuß . .	—	—	—	—	100 762



Modell für die Bebauung des Gebiets zwischen Haydnplatz und Blücherstraße.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Öffentliche Uhren.

Die Zahl der an das städtische elektrische Uhrennetz angeschlossenen Uhren betrug im Berichtsjahr 379 (1933: 381). Davon befinden sich 182 (1933: 179) Uhren in städtischen Gebäuden oder im Freien, 197 (1933: 202) in privaten Örtlichkeiten. Von letzteren stehen 20 (1933: 25) im Eigentum der Stadt. Elektrisch beleuchtet sind 32 (1933: 32) Uhren, 5 (1933: 5) Uhren dienen zur elektrischen Auslösung an Turmuhren, 3 (1933: 3) Uhren finden als Zwischenschaltuhren zum Betrieb weiterer Unteruhren Verwendung. Das gesamte Uhrennetz hat eine Länge von 40 km. Um mehrfach aufgetretenen Störungen im Leitungsnetz und an den beiden Hauptuhren zu begegnen, ist an eine Modernisierung der Uhrenanlage gedacht.

Einnahmen und Ausgaben für die öffentlichen Uhren fielen nach dem Ansatz im Haushaltsplan an. Auch im Vergleich mit dem Vorjahr ergaben sich keine nennenswerten Änderungen.

B. Sonstiges.

Die sonstigen Einnahmen und Ausgaben werden in der Hauptsache durch die Anschlagsäulen hervorgerufen. Im Berichtsjahr gelangten 4 große Zementsäulen und 2 Transformatorensäulen neu zur Errichtung. Am Ende des Berichtsjahres ergab sich somit ein Stand von 54 großen Zementsäulen, 50 kleinen Zementsäulen und 48 Transformatorensäulen, zusammen 152 (1933: 146) Anschlagsäulen. Die geringfügige Ausgabenüberschreitung hat in der Neuaufstellung von 6 Säulen ihre Ursache.

7. Wasserbau und Wasserwehr.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 12).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	2 240	2 246	6	—	2 246
b) Einnahmen aus dem Betriebe	4 500	4 323	—	177	5 077
c) Sonstige Einnahmen	90	—	—	90	13
4. Durchlaufende Einnahmen	980	504	—	476	336
Summe der Einnahmen	7 810	7 073	6	743	7 672
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	7 720	7 362	—	358	5 413
b) Sachlich	24 000	18 778	—	5 222	18 912
c) 1. Zinsendienst	7 510	7 510	—	—	9 245
2. Tilgung	13 500	13 500	—	—	14 445
2. Einmalige Ausgaben	6 500	6 500	—	—	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	8 850	8 850	—	—	8 940
4. Durchlaufende Ausgaben	980	504	—	476	336
Summe der Ausgaben	69 060	63 004	—	6 056	57 291
Summe der Einnahmen	7 810	7 073	6	743	7 672
Zuschuß	61 250	55 931	—	5 319	49 619

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Länge der durch das Tiefbauamt für die Stadt als Gemarkungsgemeinde gemäß Wassergesetz zu unterhaltenden und zu reinigenden Wasserläufe war im Berichtsjahr folgende: Alb 13,10 km, Reiherbach 1,40 km, Floßgraben 1,95 km, Mittelbruchgraben 1,95 km, See- und Scheidgraben 1,60 km, Erlengraben 0,50 km, Oberholzgraben 1,40 km, Petergraben 1,00 km, Krebsgraben 2,80 km, Malscher Landgraben 2,80 km, Alter Federbach 5,60 km, Neuer Federbach 0,30 km, Hohleichgraben 0,60 km, Liliengraben 0,70 km, Ruschgraben 0,70 km, zusammen 36,40 km.

Aufwand für Räumung und Unterhaltung der Wasserläufe.

Wasserlauf	Zeit der Arbeitsausführung	Aufwand für: Räumung RM	Unterhaltung ohne Verwaltungszuschlag RM	Umsatzsteuer RM	Staatsaufsicht RM	Gesamtaufwand RM	Rückersatz durch Domäne RM	Rückersatz durch Reichsbahn RM
Alb oberhalb Walzenwehr	2. 7. — 7. 7.	2 290,40	4 417,10	38,75	18,75	6 765,00	528,07	1 409,85
Alb unterhalb Walzenwehr	28. 5. — 9. 6. 9. 7. — 8. 8.	2 743,94	6 336,79	—	18,75	9 099,48	—	—
Alb zusammen		5 034,34	10 753,89	38,75	37,50	15 864,48	528,07	1 409,85
Reiherbach	28. 5. — 9. 6.	344,26	—	—	—	344,26	—	—
Floßgraben	14. 5. — 17. 5. 2. 7. — 7. 7.	2 100,01	—	19,64	—	2 119,65	—	982,08
Floßgrabenrechen	Im Laufe des ganzen Jahres	516,80	—	5,98	—	604,38	—	299,20
Floßgrabenkanal		81,60						
Mittelbruchgraben	18. 7. — 30. 7.	3 312,14	—	22,08	—	3 334,22	—	1 104,09
See- und Scheidgraben	1. 8. — 8. 8.	300,00	—	—	2,15	302,15	—	—
Erlengraben	—	—	—	—	1,78	1,78	—	—
Petergraben	28. 5. — 30. 5.	64,00	—	—	—	64,00	—	—
Krebsgraben	26. 6. — 28. 6.	84,48	—	—	—	84,48	—	—
Oberholzgraben	—	—	—	—	—	—	—	—
Malscher Landgraben	—	1 233,89	—	—	—	1 233,89	—	—
Alter Federbach	—	—	2 000,00*	—	12,43	2 012,43	—	—
Neuer Federbach	25. 9. — 29. 9. 5.11. — 13.11.	265,00	—	—	0,69	265,69	—	—
Ruschgraben	ab 22. 9. bis Jahresende	—	7 432,00	—	—	7 432,00	—	—
		13 336,52	20 185,89	86,45	54,55	33 663,41**	528,07	3 795,22

* Für Anschaffung von Bruchsteinen zur Uferbefestigung des alten Federbachs; die Arbeit wurde von Pflichtarbeitern ausgeführt.

** Der Betrag stimmt nicht mit den Ausgaben von Teil 12 überein, da die zusammen mit Durlach zu bestreitenden Kosten für die Regulierung des Ruschgrabens mit 7 432 RM auf Konto 2340 verausgabt sind und für etwa 1 000 RM Ufersteine vom Jahre 1933 noch vorhanden waren.

Nachdem die Stadt Ettlingen in ihrer Reinigungsstrecke des See- und Scheidgrabens eine Verbesserung durch Begradigung des Laufs und Ausgleich des Gefälles durchgeführt und dabei eine Niederwasserrinne aus Betonhalbrohren verlegt hatte, wurde auch für die Karlsruher Strecke die Regulierung als Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen. Die Brücke über den See- und Scheidgraben gegen Wolfartsweier erfuhr auf Veranlassung der Stadt Karlsruhe eine Erneuerung durch die Stadt Durlach, wobei Karlsruhe sich mit 300 RM an den Kosten beteiligte.

Am Malscher Landgraben kamen die Regulierungsarbeiten innerhalb der Gemarkung Karlsruhe, die Ende 1934 fertiggestellt waren, zur Abnahme. Die südliche Strecke ist durch den Zweckverband zur Korrektion des Malscher Landgrabens und Ruschgrabens nahezu beendet.

Die Regulierung des alten Federbachs hat die Abteilung Neubau als Fürsorgearbeit zur Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen weitergeführt.

Die Arbeiten zur Geradelegung und Gefällsregulierung des Ruschgrabens wurden zusammen mit Durlach im November begonnen und im Laufe des Monats März beendet. Die Reinigungsstrecke wird damit von 0,70 auf 0,56 km verkürzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Stadtgemeinde Ettlingen erhielt als Anteil der Stadt Karlsruhe an den Kosten der Regulierung des Erlengrabens und als Ablösung aus einem Vertrag mit der früheren Gemeinde Bulach über die Reinigung des Erlengrabens einmalig 6500 RM.

Im Berichtsjahr waren Uferbefestigungen aus Faschinat an verschiedenen beschädigten Stellen der Alb zwischen Schwarzwälder Mühle und Einmündung des Reiherbaches erforderlich. Uferpflaster gelangten an der Alb zur Ausführung zwischen Schwarzwälder Mühle und kleiner Kirche, linkes Ufer, unterhalb des Freibades Beiertheim, linkes Ufer, am Böschungskegel bei der Einmündung des Malscher Landgrabens, auf dem rechten Ufer bei der Kapelle und unterhalb der Eckener Brücke. Im Dammerstockbad wurde eine Uferstützmauer von 20 m Länge und 2 m Höhe errichtet. Mehrere Ausbesserungsarbeiten an Uferpflaster und Ufermauern mußten durchgeführt werden. Der Aufwand für die Uferbefestigungen betrug insgesamt 10 753,89 RM.

Mit Hilfe der vorhandenen 3 selbstschreibenden Pegelanlagen an der oberen Gemarkungsgrenze bei der Hansa- und bei der Landstraßenbrücke westlich Knielingen wurde der Wasserstand regelmäßig beobachtet.

Das Rheinbauamt nahm als Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung Umbauarbeiten am Damm XXVI auf Gemarkung Karlsruhe und oberhalb vor, verlängerte den Damm XXVII auf Gemarkung Knielingen und erhöhte und verstärkte Damm XXVIII auf Gemarkung Knielingen; die Arbeiten konnten im Berichtsjahr nicht vollendet werden.

Mit dem Bau des Ölbeckens im Karlsruher Hafen zeigte es sich als zweckmäßig, den nach dem Krieg für ein V. Hafenbecken angelegten Schutzdamm durch einen um 500 lfdm kürzeren zu ersetzen. Die Gesamtlänge der Rheinhochwasserdämme auf Gemarkung Karlsruhe beträgt damit: Vordere Dämme 13,25 km, zweite Dämme 4,00 km, zusammen 17,25 km.

Für den Schutz vor Rheinhochwasser mußte die Wasserwehr nicht aufziehen, dagegen machte das Albhochwasser in der Zeit vom 2. bis 6. Februar 1935 mit einem Höchststand von 138 cm am Pegel obere Gemarkungsgrenze einen Wehrdienst erforderlich.

Der Aufwand für die Gewässer zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung, die durch die erwähnte Abfindung an die Stadt Ettlingen bedingt ist.

IV. Schulwesen.

1. Volksschulen.

(Haushaltsplan Nr. 13).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Beiträge von Schülern	15 850	19 104	3 254	—	14 140
b) Mieten	46 950	48 799	1 849	—	46 409
c) Einnahmen aus Stiftungen	600	598	—	2	606
d) Sonstige Einnahmen	3 470	4 976	1 506	—	3 681
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 300	1 300	—	—	1 300
Summe der Einnahmen	68 170	74 777	6 609	2	66 136

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	255 930	252 320	—	3 610	247 937
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	231 080	219 462	—	11 618	229 021
II. Zweckausgaben	60 740	53 649	—	7 091	74 947
c) 1. a) Zinsendienst	20 249	20 249	—	—	23 695
b) Tilgung	16 951	16 951	—	—	13 505
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	339 780	339 780	—	—	337 340
d) Anteil der Stadt an dem Aufwand für das Lehrerpersonal	840 890	825 883	—	15 007	825 801
2. Einmalige Ausgaben	4 860	2 535	—	2 325	22 512
3. Verwaltungskostenbeiträge	63 100	63 100	—	—	64 890
Summe der Ausgaben	1 833 580	1 793 929	—	39 651	1 839 648
Summe der Einnahmen	68 170	74 777	6 609	2	66 136
Zuschuß	1 765 410	1 719 152	—	46 258	1 773 512

Schulbetrieb.

Die Schülerzahlen gestalteten sich wie folgt:

	Volksschule			Schwerhörigenschule			Hilfsschule			Fortbildungsschule			Sofienschule	Insgesamt		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	w.	m.	w.	zus.
Stand am 1. IV. 1934	7 419	7 578	14 997	80	51	131	104	91	195	637	1418	2055	406	8 240	9 544	17 784*
Eingetreten	631	669	1 300	2	1	3	3	2	5	317	624	941	53	953	1 349	2 302
Zusammen	8 050	8 247	16 297	82	52	134	107	93	200	954	2042	2996	459	9 193	10 893	20 086
Ausgetreten	687	683	1 370	3	1	4	8	3	11	324	528	852	120	1 022	1 335	2 357
Gestorben	13	12	25	—	—	—	—	—	—	2	—	2	2	15	14	29
Stand am 31. III. 1935	7 350	7 552	14 902	79	51	130	99	90	189	628	1514	2142	337	8 156	9 544	17 700*
31. III. 1934	7 702	7 842	15 544	96	56	152	115	99	214	500	1021	1521	199	8 413	9 217	17 630*

* Hierbei sind die Schülerinnen der Fortbildungsschule, die gleichzeitig die Sofienschule besuchen, doppelt gezählt. Ihre Zahl betrug zu Beginn des Schuljahres 368, an dessen Ende 299 (1933: 270 bzw. 195).

Geführt wurden im Schuljahr 1934/35 an der Volksschule 170 (1933/34: 225) Klassen für Knaben, 173 (1933/34: 171) Klassen für Mädchen und 67 gemischte Klassen, 7 (1933/34: 8) Klassen in der Schwerhörigenschule, 11 (1933/34: 11) Klassen in der Hilfsschule, 109 (1933/34: 91) Klassen in der Fortbildungsschule und 16 (1933/34: 15) Klassen in der Sofienschule. Auf eine Klasse entfielen nach dem Stand am Ende des Schuljahres in der Volksschule im Durchschnitt 36,35 (1933/34: 39,25), in der Schwerhörigenschule 18,57 (1933/34: 19,00), in der Hilfsschule 17,18 (1933/34: 19,45), in der Fortbildungsschule 19,65 (1933/34: 16,71) und in der Sofienschule 21,06 (1933/34: 13,27) Schüler.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Betrachtet man die jeweiligen Schülerzahlen der Karlsruher Volksschulen (ohne Sofienschule und Fortbildungsschule) seit Beginn des Jahrhunderts, so findet man, daß diese bis zum Schuljahr 1915 eine aufsteigende Linie verfolgten. Mit dem Jahre 1916 tritt ein Rückgang ein, der ununterbrochen bis zum Jahre 1925 anhält. Auf knapp zwei Drittel der Schülerhöchstzahl des Jahres 1915 mit 17 832, nämlich auf 11 670, hat sich im Laufe von zehn Jahren der Bestand der Karlsruher Volksschule gelichtet. Die Ursache für diese bedauerliche Erscheinung liegt einmal in dem bereits in der Vorkriegszeit einsetzenden Geburtenrückgang; verstärkt wird die Abnahme vom Jahre 1921 an durch den Geburtenausfall während des Krieges, der bis zum Jahre 1925 sich voll auf die im volksschulpflichtigen Alter stehenden Kinder auswirken konnte. Vom Jahre 1926 an findet die Schülerzahl der Karlsruher Volksschule wieder ein jährliches Wachstum, das bis zum Schuljahr 1933/34 anhält. Diese Steigerung der Schülerzahl war dadurch bedingt, daß die wieder dichter besetzten Jahrgänge der ersten Nachkriegszeit in die Volksschule einrückten, die kinderarmen Geburtsjahrgänge der Kriegszeit dagegen der Schule allmählich entwuchsen. Erstmals im Berichtsjahr zeigt sich erneut ein Sinken der Schülerziffern in der Volksschule, das in dem bis zum Jahre 1933 anhaltenden Geburtenrückgang begründet ist und voraussichtlich bis zum Jahre 1940 andauern wird.

Eine umgekehrte Entwicklung nahmen die Schülerzahlen in der Fortbildungsschule. Hier ging die Besucherzahl bis zum Schuljahr 1933/34 zurück, um im Schuljahr 1934/35 beträchtlich anzusteigen. Die Gründe für diese abweichende Gestaltung sind darin zu suchen, daß diejenigen Erscheinungen in der Geburtenziffer, die bereits nach sechs Jahren in der Volksschule zur Auswirkung kommen, erst nach 14 bis 18 Jahren auf die Fortbildungsschule von Einfluß sind.

Das Lehrerpersonal bestand im Berichtsjahr an der Volksschule aus 28 Rektoren(-innen), 275 Hauptlehrern(-innen), 71 Lehrern(-innen) und 33 Handarbeitslehrerinnen, zusammen aus 407 Lehrkräften, von denen 307 gesetzlich waren, während für die 100 übergesetzlichen Lehrerstellen die Stadt den Besoldungsaufwand zu tragen hatte. An der Hilfs- und Sprachheilschule wirkten 1 Rektor, 2 Taubstummenlehrer und 13 Hilfsschulhauptlehrer(-innen), zusammen 16 Lehrpersonen, die der gesetzlichen Zahl entsprachen. Den Unterricht an der Sofienschule, die als städtische Privatschule gilt, erteilten 21 Lehrerinnen. An der Fortbildungsschule waren 2 Rektoren(-innen) und 25 Lehrer(-innen), zusammen 27 Lehrpersonen beschäftigt. Der Volksschule waren ferner 16 Schulpraktikanten und 32 Hilfskräfte zugewiesen.

Insgesamt zählten sämtliche der Verwaltung des Stadtschulamts unterstehenden Schulen 519 (1933/34: 526) Lehrkräfte. Davon hatte die Stadt für 100 übergesetzliche Volksschullehrer und 1 übergesetzliche Handarbeitslehrerin und den übergesetzlichen Unterricht an der Fortbildungsschule den Gehaltsaufwand mit 479 882,70 (1933: 489 300,81) *RM* und für 349 gesetzliche planmäßige Lehrerstellen den Schulbeitrag mit 346 000 (1933: 336 500) *RM* zu übernehmen. Der Gehaltsaufwand der 21 Lehrerinnen der Sofienschule betrug 63 418,57 (1933: 64 973,54) *RM*.

Neuerungen im Unterricht oder Lehrplan sind im Berichtsjahr nicht eingetreten. Der Wiederbeginn des Unterrichts nach den Sommerferien brachte die Einführung des unterrichtsfreien Staatsjugendtags am Samstag für die Schüler und Schülerinnen des 4. bis 8. Schuljahres, die dem deutschen Jungvolk oder den Jungmädeln angehören. Zum Ausgleich der ausfallenden Schulstunden kamen die Wandertage bis auf 4 jährlich und die aufgabenfreien Spiel- und Sportnachmittage für die im Jungvolk und den Jungmädeln sich betätigenden Schüler zur Aufhebung.

Beim Stadtschulamt waren außer den 4 staatlichen Beamten (1 Stadtoberschulrat, 2 Hauptlehrern und 1 Lehrer) 3 städtische Beamte, 2 satzungsmäßige Angestellte und 27 Hausmeister beschäftigt.

Insbesondere durch stärkeren Besuch der Sofienschule und höheren Mieteingang stiegen die Einnahmen gegenüber Haushaltsplan und Vorjahr an. Bei den Ausgaben ließen sich beachtliche Ersparungen an den sachlichen Ausgaben und dem Aufwand für das Lehrerpersonal erzielen, sodaß eine Verminderung des Zuschusses zur Volksschule gegenüber dem Vorjahr um 54 360 *RM* möglich war.

Zeichenunterricht.

Der Unterricht im Zeichnen wird an der Grundschule vom Klassenlehrer erteilt; vom 4. Schuljahr an ist die Erteilung des Zeichenunterrichts nach Möglichkeit solchen Lehrkräften anvertraut, die für dieses Unterrichtsfach geeignet und durch Kurse in Spezialgebieten besonders vorgebildet sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Jahre 1934 wurden zur Förderung des Zeichenunterrichts folgende Aus- und Weiterbildungskurse eingerichtet:

Ein Weiterbildungskurs für ornamentales Gestalten für die Handarbeitslehrerinnen der Volks- und Sofienschule, ein Schriftkurs für die Lehrer des Zeichenunterrichts, fünf Kurse für Klassenlehrer der 1. bis 4. Schuljahre im Wandtafelzeichnen und im kindertümlichen Zeichnen. Für besonders begabte Schüler hielten Zeichenlehrer an 5 Schulabteilungen freiwillige Zeichenkurse ab.

In dem im September 1934 eingerichteten Ausstellungsraum des Stadtschulamts zeigte man in Verbindung mit den Kursen drei Ausstellungen zur Veranschaulichung und Förderung der Unterrichtstätigkeit.

An dem Ausstellungswerke des Ministeriums des Kultus und Unterrichts „Das Winterhilfswerk im Zeichenunterricht" beteiligten sich alle Schulabteilungen der Volksschule mit 75 Arbeiten.

Im Rahmen der Kunsterziehung wurde außer den Gedenkfeiern in allen Schulhäusern anläßlich des 95. Geburtstages und 10. Todestages Hans Thomas allen Schülern der Oberklassen Gelegenheit geboten, die Gemälde des Meisters in der Kunsthalle eingehend kennen zu lernen. Durch dankenswertes Entgegenkommen der Direktion der Badischen Kunsthalle war es außerdem möglich gewesen, in den Monaten Oktober bis Dezember für die Karlsruher Volksschule eine umfassende und würdige Sonderschau des graphischen Werkes Hans Thomas zu veranstalten.

Knabenhandfertigkeitsunterricht.

Eine beachtenswerte Sondereinrichtung der Karlsruher Volksschule bildet der Knabenhandfertigkeitsunterricht, der den Schülern vom 10. Lebensjahr ab Gelegenheit bietet, in den Schülerwerkstätten die Geschicklichkeit der Hand zu üben und dadurch Verständnis für handwerkliches Tun zu wecken und zu fördern. Der Besuch des Knabenhandarbeitsunterrichts ist freiwillig. Der Unterricht gliedert sich entsprechend den Altersstufen in verschiedene Fächer. Im 4. Schuljahr beschäftigen sich die Jungen mit Formen in Ton, während die Knaben des 5. Schuljahres Papparbeiten fertigen. Das 6., 7. und 8. Schuljahr führt an die Hobelbank oder in die Metallwerkstätte nach freier Wahl des Schülers.

Werkstatteinrichtungen befinden sich z. Zt. in 12 Knabenschulhäusern. Es stehen zur Verfügung: 10 Räume für Papp- und Modellierarbeiten, 12 Werkstätten für Hobelunterricht und 9 für Metallarbeiten. Die Knabenfortbildungsschule besitzt 2 Werkstätten für Hobelbankarbeiten.

Im Schuljahr 1934/35 nahmen 1850 Knaben in 116 Abteilungen an dem von 67 Lehrern geleiteten Unterricht in den Schülerwerkstätten teil. Jede Abteilung arbeitete wöchentlich 2 Stunden.

Zur Ausbildung von Lehrkräften für den Knabenhandarbeitsunterricht werden fortlaufend Ausbildungskurse abgehalten.

Lehrerorchester.

Zur feierlichen Umrahmung von Veranstaltungen der Lehrerschaft und von Schulfesten und Schulfeiern wurde das Lehrerorchester der Karlsruher Volksschule ins Leben gerufen, das aus 25 Angehörigen des Lehrkörpers der Karlsruher Volksschule unter Leitung von Hauptlehrer Debold zusammengestellt ist.

Das Lehrerorchester trat anläßlich der Vereidigung der Karlsruher Lehrerschaft auf den Führer und Reichskanzler am 13. September 1934 im kleinen Festhallesaal erstmals auf. Es wirkte ferner mit bei der Tagung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, Gau Baden, bei der Gedächtnisfeier der Kunstschule für Hans Thoma, der Jahresfeier der Technischen Hochschule, bei dem großen Volksschulkonzert „Deutsche Schule — Deutsches Lied" und den Schlußfeiern der Karlsruher Volksschule im großen Saale der städtischen Festhalle.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

2. Höhere Lehranstalten.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 14).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Schulgeld und Beiträge	591 500	554 905	—	36 595	566 127
b) Mieten	19 860	19 616	—	244	19 620
c) Sonstige Einnahmen	720	3 931	3 211	—	15 556
d) Einmalige Einnahmen	—	15 831	15 831	—	—
Summe der Einnahmen	612 080	594 283	19 042	36 839	601 303
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	47 750	46 283	—	1 467	45 910
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	93 370	85 813	—	7 557	90 614
II. Zweckausgaben	19 250	19 154	—	96	14 816
c) 1. a) Zinsendienst	15 750	15 750	—	—	18 430
b) Tilgung	14 500	14 500	—	—	10 500
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	159 230	159 230	—	—	159 230
d) Anteil der Stadt an dem Aufwand für das Lehrerpersonal	646 500	656 784	10 284	—	652 245
2. Einmalige Ausgaben	2 980	2 797	—	183	1 097
3. Verwaltungskostenbeiträge	51 620	51 620	—	—	51 380
Summe der Ausgaben	1 050 950	1 051 931	10 284	9 303	1 044 222
Summe der Einnahmen	612 080	594 283	19 042	36 839	601 303
Zuschuß	438 870	457 648	18 778	—	442 919

Die Stadt Karlsruhe unterhielt im Schuljahr 1934/35 wie in den Vorjahren vier Höhere Lehranstalten für Knaben, davon zwei als Realgymnasien und zwei als Oberrealschulen, und drei für Mädchen, nämlich eine Mädchenrealschule mit Mädchengymnasium nebst realgymnasialer Abteilung, eine Mädchenrealschule mit Mädchenoberrealschule und eine Mädchenrealschule.

Bei den Höheren Lehranstalten der Stadt Karlsruhe zeigt sich in den letzten Jahren ein anhaltendes Zurückgehen der Schülerzahl, das im Gegensatz zu den Schwankungen an der Volksschule nicht mit der Geburtenziffer der Schuljahrgänge in Zusammenhang steht, sondern auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die schlechten Berufsaussichten der höheren und insbesondere der akademischen Berufe zurückzuführen ist. Wesentlich stärker als bei den Knabenanstalten gestaltet sich die Verminderung bei den Mädchenanstalten, deren Schülerzahl zu Ende des Schuljahres 1934/35 nur noch 76 v. H. des Standes von 1928/29 beträgt, während bei den Knabenanstalten im gleichen Zeitraum nur ein Rückgang von 8 v. H. eingetreten ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Verhältnisse an den Höheren Lehranstalten entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

	Knaben					Mädchen				Knaben und Mädchen zusammen
	Goetheschule	Humboldtschule	Helmholtzschule	Kantschule	Knaben zusammen	Lessingschule	Fichteschule	Freiligrathschule	Mädchen zusammen	
Aus dem Vorjahr übernommene Schüler	377	350	393	314	1 434	479	439	207	1 125	2 559
Eingetreten	84	78	118	80	360	108	95	51	254	614
Zusammen	461	428	511	394	1 794	587	534	258	1 379	3 173
Ausgetreten	28	18	35	21	102	28	35	12	75	177
Schülerstand am Ende des Schuljahres	433	410	476	373	1 692	559	499	246	1 304	2 996
Schülerstand am Ende des Vorjahres	450	434	472	381	1 737	616	509	245	1 370	3 107
Zahl der Klassen	18	17	15	16	66	19	19	10	48	114
Schüler im volksschulpflicht. Alter	277	230	283	147	937	238	199	146	583	1 520
Planmäßige Lehrer	26	25	24	19	94	27	22	10	59	153
Außerplanmäßige Lehrer	5	5	5	7	22	7	10	5	22	44
Neben- und Hilfslehrer	10	—	9	8	27	14	17	6	37	64

Mit Schulbeginn nach den Herbstferien 1934 kam an den Höheren Lehranstalten der unterrichtsfreie Samstag als Staatsjugendtag für diejenigen Schüler und Schülerinnen der Klassen Sexta bis Untertertia zur Einführung, die dem Jungvolk oder den Jungmädeln angehören. Zum teilweisen Ausgleich der ausgefallenen Schulstunden wurden an den Vormittagen zweier übrigen Wochentage statt fünf sechs verkürzte Unterrichtsstunden abgehalten, die auf diese Weise nicht aufgeholten 3 weiteren Stunden an der Wochenstundenzahl gestrichen.

Änderungen im Lehrplan sind nicht eingetreten, dagegen wird aber entsprechend dem nationalsozialistischen Ideengut in allen einschlägigen Unterrichtsfächern die Bedeutung von Rassenpflege und Erbbiologie hervorgehoben.

Die Oberprima besuchten im Schuljahr 1934/35 an der Goetheschule 33, an der Humboldtschule 31, an der Helmholtzschule 22, an der Kantschule 25 Schüler, an der Lessingschule 21, an der Fichteschule 21 Schülerinnen, zusammen 153 Schüler, von denen 152 am Ende des Schuljahres das Reifezeugnis erteilt werden konnte. Ein Schüler der Humboldtschule war während des Schuljahres ausgetreten. Auch in der Zahl der Abiturienten, besonders bei den Mädchenanstalten, zeigt sich in den letzten Jahren ein anhaltendes Zurückgehen, das dem der Gesamtschülerzahl entspricht.

Der ab 1. November 1933 mit der kommissarischen Leitung der Goetheschule beauftragte Professor Dr. Guido Oeß wurde mit Wirkung vom 16. April 1934 zum Direktor der Anstalt ernannt. Der bisherige Direktor der Helmholtz-Oberrealschule, Dr. Edmund von Sallwürk, trat auf sein Ansuchen unter Anerkennung des nationalen Opfersinns auf 1. Februar 1935 in den Ruhestand. An seiner Stelle übernahm mit Wirkung vom 1. Januar 1935 an der bisherige Direktor der Badischen Landesturnanstalt, August Eichler, zunächst kommissarisch die Direktorenstelle an der Anstalt. Die Direktoren Dr. Hermann Franz an der Lessingschule und Karl Broßmer an der Fichteschule kamen mit Wirkung vom 16. April 1934 an als Professoren an die Lessingschule bezw. an das Gymnasium in Karlsruhe zur Versetzung. Auf den gleichen Zeitpunkt wurde Professor Dr. Wilhelm Ehret am Gymnasium in Karlsruhe mit der kommissarischen Leitung der Lessingschule, Professor Hermann Schaible an der Humboldtschule in Karlsruhe mit derjenigen der Fichteschule beauftragt und auf 1. Oktober 1934 als Direktor bestätigt. Professor Hans Klein, der seit 11. September 1933 kommissarisch die Freiligrathschule führte, ist mit Wirkung vom 16. April 1934 zum Direktor dieser Schule ernannt worden.

Die Einnahmen aus Schulgeldern waren entsprechend der verminderten Schülerzahl rückläufig. Der erhöhte Ansatz im Haushaltsplan, der von einer Verminderung der Befreiungen ausging, fand keine Rechtfertigung. Bei den Ausgaben ließen sich Erhöhungen nicht umgehen, sodaß der Zuschuß zu den Höheren Lehranstalten gegenüber dem Vorjahr um 14729 *RM* anstieg.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Gewerbeschulen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 15).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Schulgeld und Beiträge	8 200	10 490	2 290	—	7 950
b) Mieten	1 090	1 101	11	—	1 064
c) Sonstige Einnahmen	400	478	78	—	1 439
2. Einmalige Einnahmen	—	7 675	7 675	—	—
Summe der Einnahmen	9 690	19 744	10 054	—	10 453
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	39 180	40 081	901	—	38 505
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	28 050	23 570	—	4 480	27 265
II. Zweckausgaben	20 080	17 928	—	2 152	15 403
c) 1. b) Tilgung	5 300	5 300	—	—	—
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	56 010	56 010	—	—	56 010
d) Anteil der Stadt an dem Aufwand für das Lehrerpersonal	174 040	167 671	—	6 369	174 774
3. Verwaltungskostenbeiträge	16 090	16 090	—	—	16 090
Summe der Ausgaben	338 750	326 650	901	13 001	328 047
Summe der Einnahmen	9 690	19 744	10 054	—	10 453
Zuschuß	329 060	306 906	—	22 154	317 594

Der Minister des Kultus und Unterrichts verfügte mit Beginn des Schuljahres 1934 die Teilung der Gewerbeschulen I und II in drei selbständige Anstalten mit Rücksicht auf die beabsichtigte Ausdehnung der Gewerbeschulpflicht auf sämtliche in den Gewerbetrieben der Stadt Karlsruhe beschäftigten jugendlichen männlichen und weiblichen gewerblichen Arbeiter. Als Schulleiter wurden bestellt für die Gewerbeschule I Gewerbeschuldirektor Alexander Kusterer an der Gewerbeschule in Schopfheim, für die Gewerbeschule II Studienrat Eugen Kullmann an der Gewerbeschule II in Karlsruhe, für die Gewerbeschule III Fortbildungshauptlehrer Heinrich Schweizer an der Gewerbeschule in Heidelberg. Auf 1. August 1934 fand deren Ernennung zu Direktoren statt.

Die Gewerbeschule I umfaßt hauptsächlich die Fachgruppen des Baugewerbes, z. B. Bauschlosser, Schmiede, Kunstschlosser, Blechner und Installateure, Heizungsinstallateure und -techniker, Maler, Lackiere, Dekorateure, Bautechniker, Bauzeichner, Maurer, Zementeure, Dachdecker, Schreiner, Glaser, Wagner, Küfer und Zimmerleute. Außerdem sind der Gewerbeschule I die Fachschule für Blechner und Installateure — Höhere Gewerbeschule — mit Ganztagsunterricht sowie die Fachkurse und der Werkstattunterricht für die oben genannten Fachgruppen angegliedert.

Zur Gewerbeschule II gehören die Fachgruppen der metallverarbeitenden Berufe, z. B. Elektroinstallateure und -mechaniker, Feinmechaniker, Optiker, Telegraphenbaulehrlinge, Uhrmacher, Musikinstrumentenmacher, Maschinenschlosser, Maschinenzeichner, Mechaniker, Modellschreiner, Modellschlosser, Eisendreher und -hobler, Schweißer, Flugzeug-, Auto-, Motorrad- und Fahrrad-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

mechaniker, Laboranten, Former, Kernmacher, Werkzeugschlosser und Hohlschleifer. Der Gewerbeschule II zugeteilt sind ferner die Fachschule für Elektrotechnik mit Ganztagsunterricht sowie die Fachkurse und der Werkstattunterricht für die oben genannten Fachgruppen.

In der Gewerbeschule III finden die Fachgruppen der schmückenden Berufe und des Ausstattungsgewerbes, z. B. Buchbinder, Photographen, Konditoren, Färber, Bildhauer, Keramiker, Graveure, Steinhauer, Goldschmiede, Schriftsetzer, Chemigraphen, Lithographen, Buchdrucker, Steindrucker, Friseure und Friseusen, Gärtner, Blumenbinderinnen, Schneider, Kürschner, Polsterer, Tapeziere, Schuhmacher, Schneiderinnen, Weißnäherinnen, Kleidermacherinnen, Putzmacherinnen und Stickerinnen ihre fachliche Ausbildung. In den Bereich der Gewerbeschule III fallen die Fachschule für Bildhauer mit Ganztagsunterricht sowie die Fachkurse und der Werkstattunterricht für die oben genannten Berufsgruppen.

Die Schülerziffern der Gewerbeschule waren in den Jahren seit 1928 stark rückläufig, in der Hauptsache als Folge des Geburtenausfalls während des Krieges; diese Geburtsjahrgänge sind mit dem Jahre 1930 in die Gewerbeschulpflicht eingetreten. Erstmals im Berichtsjahr trat wieder eine leichte Erhöhung der Schülerzahl ein.

Im Schuljahr 1934/35 waren folgende Ziffern für Schüler und Lehrer festzustellen:

	Gewerbeschule						Insgesamt			Ganztägige Fachkurse	Ganztags-Fachschule	Insgesamt
	I		II		III							
	Pflichtschüler	freiwillige Schüler	Pflichtschüler	freiwillige Schüler	Pflichtschüler	freiwillige Schüler	Pflichtschüler	freiwillige Schüler	Zusammen			
Schülerstand zu Beginn des Schuljahres	571	37	621	71	701	14	1 893	122	2 015	294	66	2 375
Eingetreten	21	2	22	12	52	—	95	14	109	—	—	109
Zusammen	592	39	643	83	753	14	1 988	136	2 124	294	66	2 484
Ausgetreten	28	4	15	12	31	3	74	19	93	—	—	93
Schülerstand am Ende des Schuljahres	564	35	628	71	722	11	1 914	117	2 031	294	66	2 391
Klassen	38		39		42		119		119	18	1	138
Schülerstand zu Beginn des Schuljahres 1933/34	700	130	887	38	—	—	1 587	168	1 755	274	85	2 114
Planmäßige Lehrer	16		14		14		44		44	—	—	44
Außerplanmäßige Lehrer	6		4		7		17		17	—	—	17
Nebenlehrer	4		1		8		13		13	—	—	13

Die veranstalteten Fachkurse betrafen: 12 Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung mit 212 Kursteilnehmern, 1 Polierkurs, 1 Kurs in Statik, 1 Kurs in Fachzeichnen, 1 Kurs im Damenfrisieren für Anfänger, 1 Kurs im Damenfrisieren für Fortgeschrittene, 1 Vorbereitungskurs zur Gesellenprüfung für Elektrotechnik, zusammen 18 Kurse mit 294 Teilnehmern.

Einnahmen und Ausgaben für die Gewerbeschulen hielten sich im Rahmen des Vorjahres und des Haushaltsplans. Eine Verminderung des Zuschusses der Stadt war um 10 688 *RM* möglich, in der Hauptsache durch den Rückersatz im Vorjahr zu viel bezahlter Beiträge zum staatlichen Aufwand für das Lehrerpersonal.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

4. Handelsschulen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 16).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Schulgeld und Beiträge	38 450	49 793	11 343	—	47 115
b) Mieten	1 060	1 070	10	—	1 098
c) Sonstiges	760	685	—	75	1 272
Summe der Einnahmen	40 270	51 548	11 353	75	49 485
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	24 410	24 657	247	—	22 528
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	11 640	11 169	—	471	13 733
II. Zweckausgaben	8 260	6 765	—	1 495	4 671
c) 1. b) Tilgung	4 250	4 250	—	—	—
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	18 480	18 480	—	—	18 480
d) Anteil der Stadt an dem Aufwand für das Lehrerpersonal	138 510	140 521	2 011	—	131 248
3. Verwaltungskostenbeiträge	8 020	8 020	—	—	8 020
4. Einmalige Ausgaben	1 660	1 349	—	311	—
Summe der Ausgaben	215 230	215 211	2 258	2 277	198 680
Summe der Einnahmen	40 270	51 548	11 353	75	49 485
Zuschuß	174 960	163 663	—	11 297	149 195

Wie in den Gewerbeschulen zeigen auch die Handelsschulen im Schuljahr 1934/35 nach einer Reihe von Jahren wieder ansteigende Schülerziffern, die bei den Knaben wesentlich stärker sind als bei den Mädchen. Die Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten Jahren ist im Gegensatz zur Gewerbeschule eine uneinheitliche. Auffallend ist die heftige anhaltende Verminderung bei den Mädchen, deren Zahl gegenüber dem Höchststand im Schuljahr 1929/30 nur noch 56 v. H. beträgt. Bei den Knaben dagegen, deren Höchstzahl im Schuljahr 1928/29 liegt, war im Berichtsjahr nur ein Sinken auf 83 v. H. festzustellen. Bemerkenswert ist auch, daß in den Handelsschulen Knaben und Mädchen heute in annähernd gleicher Zahl vertreten sind, während im Schuljahr 1928/29 z. B. fast doppelt so viele Mädchen wie Knaben die Anstalten besuchten. Hierin ist zweifellos eine gewisse Umschichtung im Nachwuchs des Handelsberufs zu erkennen, in dem aber trotzdem dem weiblichen Geschlecht eine dauernde Bedeutung zukommen wird (als Verkäuferinnen, Stenotypistinnen usw.).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schüler- und Lehrerzahl.

	Handelsschule I							Handelsschule II			Insgesamt
	Pflichthandelsschule				zusammen	Höhere Handelsschule	Zusammen	Pflichthandelsschule	Höhere Handelsschule	Zusammen	
	3 jährige		1 jährige								
	m.	w.	m.	w.							
Stand zu Beginn des Schuljahres	382	9	76	4	471	183	654	643	77	720	1 374
Eingetreten	125	2	27	1	155	7	162	85	7	92	254
Zusammen	507	11	103	5	626	190	816	728	84	812	1 628
Ausgetreten	78	—	48	1	127	36	163	116	18	134	297
Stand am Ende des Schuljahres	429	11	55	4	499	154	653	612	66	678	1 331
Klassen	16		3		19	8	27	24	5	29	56
Stand am Ende des Vorjahres	307	8	38	1	354	129	483	565	95	660	1 143
Planmäßige Lehrer	—	—	—	—	—	—	17	—	—	14	31
Außerplanmäßige Lehrer	—	—	—	—	—	—	7	—	—	12	19
Nebenlehrer	—	—	—	—	—	—	4	—	—	12	16

Der Abschlußprüfung der Höheren Handelsschule unterzogen sich auf Ende des Schuljahres 71 Schüler der Handelsschule I und 40 Schülerinnen der Handelsschule II. Die mittlere Reife konnte 70 Schülern und 27 Schülerinnen zuerkannt werden.

Die Leitung der Handelsschule II wurde mit Wirkung vom 16. April 1934 an Stelle des nach Baden-Baden versetzten Direktors Dr. Konstantin Kräßig kommissarisch dem Oberregierungsrat Engelbert Bohn übertragen; er wurde auf 1. Oktober 1934 in dieser Stelle bestätigt.

Die Einnahmen der Handelsschulen entwickelten sich infolge der Zunahme der Schülerzahl in der Höheren Handelsschule günstig. Es konnte eine Mehreinnahme gegenüber dem Haushaltsplanansatz von 11 278 RM erreicht werden. Die Ausgaben hielten sich innerhalb der Begrenzung durch den Haushaltsplan, sind jedoch gegenüber dem Vorjahr infolge Aufnahme des Schuldendienstes für die im Rahmen der Arbeitsbeschaffung ausgeführten Instandsetzungsarbeiten und Erhöhung des Beitrags der Stadt zum Aufwand für das Lehrerpersonal angewachsen, sodaß eine Steigerung des Zuschusses um 14 468 RM eingetreten ist.

5. Sonstiges Schulwesen und besondere Leistungen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 17).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Pachtzinsen von Schulspielplätzen	490	76	—	414	210
b) Ausgleichsposten (Vogelwarte Kappenwört)	—	—	—	—	2 155
Summe der Einnahmen	490	76	—	414	2 365
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben für die Verwaltung der Schulspielplätze	700	891	191	—	1 180
b) Sachliche Ausgaben:					
1. Schülerausbildungsbeihilfen	2 000	1 075	—	925	100
2. Schulspielplätze	3 490	2 924	—	566	2 774
Übertrag	6 190	4 890	191	1 491	4 054

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Übertrag . .	6 190	4 890	191	1 491	4 054
3. Unentgeltlicher Schwimmunterricht an Schüler	33 330	30 315	—	3 015	33 370
4. Zuschüsse und Beiträge					
a) Bad. Hochschule und Konservatorium für Musik	73 260	75 007	1 747	—	72 837
b) Sonstige Beiträge	13 080	13 140	60	—	15 844
2. Einmalige Ausgaben	500	400	—	100	—
Ausgleichsposten (Vogelwarte Rappenwört) .	—	—	—	—	9 635
Summe der Ausgaben . .	126 360	123 752	1 998	4 606	135 740
Summe der Einnahmen . .	490	76	—	414	2 365
Zuschuß . .	125 870	123 676	—	2 194	133 375

An den Schulspielplätzen der Uhlandschule, der Helmholtzschule, der Humboldtschule, der Kantschule und der Lessingschule und deren Einrichtungen waren verschiedene Instandsetzungen durchzuführen, die eine geringe Erhöhung der sachlichen Ausgaben gegenüber dem Vorjahr bedingten.

Durch Rückgang der Zahl der Schüler, die unentgeltlichen Schwimmunterricht erhielten, verminderte sich der Aufwand für diesen Zweck. Die Beiträge zu den privaten Schuleinrichtungen erfuhren eine Kürzung.

Badische Hochschule und Konservatorium für Musik.

Die Musikhochschule und das Konservatorium, deren Zuschußbedarf durch einen Beitrag der Stadt bestritten wird, waren im Schuljahr 1934/35 von insgesamt 631 (1933/34: 620) Studierenden, darunter 167 Auswärtigen, besucht, die am Unterricht in nachstehend bezeichneten Fächern teilnahmen: Klavier 379, Orgel 55, Harmonium 1, Violine 135, Viola 4, Violincello 17, Kontrabaß 3, Flöte 8, Oboe 8, Klarinette 8, Fagott 2, Horn 4, Trompete 1, Posaune 4, Schlagzeug 5, Sologesang 46, Partiturspiel, Kapellmeister- und Chormeisterstudium 28, Komposition und Theorie im Hauptfach 16, Dramatischer Unterricht 12, Handharmonika 85.

Die Seminarkurse und Musikwissenschaftlichen Vorlesungen hatten folgende Hörerziffern zu verzeichnen: Ästhetik (Prof. Dr. Junker) 16, Akustik (Prof. Cassimir) 12, Musiktheoretisches Seminar (Prof. Philipp) 15, Musikgeschichte (Prof. Cassimir) 111, Musikgeschichtliches Seminar (Prof. Dr. Junker) 57, „Die Erziehungsfragen der Gegenwart und ihre Beziehungen zur Musikpädagogik" (Prof. Dr. Ungerer) 12, Musikerziehung und Gesangsmethodik (Oberregierungsrat a. D. Zureich) 6, Vorlesungen über die „Geistigen Vorläufer der nationalen Revolution" (Dr. von Grolmann) 18. An den von Frau Dr. Gminder geleiteten Atemkursen nahmen 36 Studierende teil.

Am 15. September 1934 ging die Singschule nach dem Ausscheiden des bisherigen Leiters in die Verwaltung des Stadtschulamts über. Die Kassen- und Rechnungsführung wurde jedoch bis zum Abschluß des Schuljahres durch die Hochschulverwaltung mitbesorgt.

Der Anstaltslehrkörper verringerte sich durch Ausscheiden einiger Lehrkräfte auf 46 (1933: 58) am Ende des Berichtsjahres, davon waren 35 an der Hochschule und 11 am Konservatorium tätig. Für die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte hatte die Stadt 1 Beamten, 1 Beamtenanwärter, 1 Lehrling und 1 Angestellte überlassen.

Nachstehende Konzerte, Vorträge und Schulfeiern wurden im Berichtsjahr 1934/35 durchgeführt: 21. April 1934: Teilnahme des Hochschul-Streichquartettes an der Tagung badischer Juristen; 21. April 1934: Vortrag des Universitätsprofessors H. Besseler über „Musikerziehung im neuen Staat"; 7. Mai 1934: Konzert mit Werken von Prof. Josef Schelb; 15. Mai 1934: Teilnahme

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

von Hochschullehrkräften an dem Konzert mit Werken von Alexander von Dusch; 16. Juni 1934: Handharmonika-Werbekonzert unter Mitwirkung des von Hermann Schittenhelm geführten Hohner-Sextetts; 26. Juni 1934: Vortrag des Oberspielleiters H. Kölsch, Mannheim über „Die Oper im neuen Staate" (Veranstaltung der Studentenschaft); 25. Juli 1934: Schlußkonzert der Singschule, Leitung Gustav Etzkorn; 29. September 1934 im Hochschulstadion am Vorabend des Erntedankfestes: Uraufführung der „Deutschen Volkshymne zum Lob der Arbeit" op. 33 von Prof. Franz Philipp unter Mitwirkung von Lehrkräften und Studierenden der Anstalt; 9. bis 13. November 1934: Festkonzerte anläßlich des 50jährigen Jubiläums der Anstalt; 9. November 1934: Kompositions-Abend Hermann Junker, 10. November 1934: Kammermusik und Liederabend, 11. November 1934: Festakt, 12. November 1934: Kammermusikabend, 13. November 1934: Konzert mit Werken ehemaliger Angehöriger der Anstalt; 20. November 1934: Tag der deutschen Hausmusik; 4. und 5. Dezember 1934: Aufführung der Märchenoper „Glückskind und Pechvogel" von Carl Reinecke durch Studierende des Konservatoriums; 9. Dezember 1934: Klavier-Abend Johanna Viernstein, klassische und zeitgenössische Tänze; 13. Dezember 1934: Mitwirkung von Hochschulstudierenden im Vierordt-Abend des Reichsverbandes deutscher Schriftsteller; 16. Januar 1935: Klavier-Abend Prof. Georg Mantel; 18. Januar 1935: Gemeinsame Reichsgründungsfeier; 29. Januar 1935: Feier der 2. Wiederkehr des Tages der nationalen Erhebung. Schüler-Vortragsabende fanden statt am 29. Mai, 12. Juni, 19. Juni, 27. September, 11. Dezember und 14. Dezember 1934, 22. und 29. Januar 1935. Die Schüler beider Anstalten bestritten außerdem in der Zeit vom 1. März bis 5. April 1935 im Rahmen der öffentlichen Prüfungskonzerte insgesamt 12 Konzertabende.

10 Studierende bestanden die im Herbst 1934 abgenommenen Prüfungen für das künstlerische Musiklehramt an Höheren Lehranstalten; 7 unterzogen sich mit Erfolg den staatlichen Privatmusiklehrerprüfungen.

Der Zuschuß zum Betrieb der Hochschule, des Konservatoriums und der Singschule steigerte sich gegenüber dem Vorjahr um 3395 *RM*.

V. Kunst, Wissenschaft, Kirchen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 18).

Einnahmen.	1934 Haushaltsplan *RM*	1934 Rechnungssoll *RM*	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr *RM*	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger *RM*	1933 Rechnungssoll *RM*
A. Kunst, Wissenschaft, Sammlungen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
b) Einnahmen aus dem Betriebe	2 870	1 080	—	1 790	—
c) Sonstige Einnahmen	50	14	—	36	—
Betrag A . .	2 920	1 094	—	1 826	—
B. Volksbücherei und Lesehalle.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Leihgebühren	900	954	54	—	765
b) Sonstige Einnahmen	500	534	34	—	439
Betrag B . .	1 400	1 488	88	—	1 204
Betrag A . .	2 920	1 094	—	1 826	—
Summe der Einnahmen . .	4 320	2 582	88	1 826	1 204

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
A. Kunst, Wissenschaft, Sammlungen.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	9 300	8 198	—	1 102	6 467
b) Sachliche Ausgaben:					
1. Kunstpflege	20 190	18 892	—	1 298	14 846
2. Haus Solms	6 190	6 119	—	71	6 266
3. Stadtgeschichtliche Sammlungen	1 000	1 000	—	—	1 000
4. Zuschüsse und Beiträge:					
a) Zuschuß zum Betrieb des Badischen Staatstheaters	638 730	693 694	54 964	—	648 154
b) Beiträge an Vereine und Anstalten	1 170	1 090	—	80	665
5. Sonstiges	150	299	149	—	71
2. Einmalige Ausgaben	4 500	5 500	1 000	—	2 870
3. Verwaltungskostenbeiträge	300	300	—	—	300
Betrag A	681 530	735 092	56 113	2 551	680 639
B. Volksbücherei und Lesehalle.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	32 270	34 575	2 305	—	34 638
b) Sachliche Ausgaben	15 100	15 102	2	—	13 349
2. Einmalige Ausgaben	260	78	—	182	50
3. Verwaltungskostenbeiträge	300	300	—	—	300
Betrag B	47 930	50 055	2 307	182	48 337
C. Kirchen.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachliche Ausgaben	270	111	—	159	60
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	1 380	1 380	—	—	1 380
2. Verwaltungskostenbeiträge	130	130	—	—	130
Betrag C	1 780	1 621	—	159	1 570
Betrag A	681 530	735 092	56 113	2 551	680 639
Betrag B	47 930	50 055	2 307	182	48 337
Summe der Ausgaben	731 240	786 768	58 420	2 892	730 546
Summe der Einnahmen	4 320	2 582	88	1 826	1 204
Zuschuß	726 920	784 186	57 266	—	729 342

A. Kunst, Wissenschaft, Sammlungen.

Eine Erhöhung der Einnahmen aber auch der persönlichen Ausgaben und der Aufwendungen für Kunstpflege brachte die Übernahme des bisher an den Staat vermieteten Ateliergebäudes Westendstraße 65.

Die Ausgaben für das Haus Solms betrafen lediglich den Mietwert und die Kosten für Reinigung, Heizung und Beleuchtung. An die Einrichtung selbst konnte im Berichtsjahr noch nicht herangegangen werden.

Die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich leider für die hiesigen Kunstmaler bisher nicht fühlbar gemacht. Die Stadt hat daher auch im Berichtsjahr eine größere Anzahl von Bildern gekauft und hierdurch gleichzeitig die städtische Sammlung bereichert. Durch das Entgegenkommen in der Preisfestsetzung konnten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln 20 Ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

mälde und 3 Intarsienbilder erworben werden. Um den Absatz von Kunstwerken zu fördern, hat sich in Baden eine Gesellschaft der Kunstfreunde gebildet, der im Berichtsjahr ein Zuschuß von 1000 RM gewährt wurde. Unter Berücksichtigung dieses Betrages verausgabte die Stadt insgesamt 5200 (1933: 2750) RM. Zu den in der Landesgewerbehalle veranstalteten Ausstellungen des Malers Fahrenkrog und der „Familien- und Wappenkunde" wurden Zuschüsse von je 100 RM gewährt.

Mehr als in früheren Jahren nahmen nicht nur hiesige Einwohner, sondern auch Auswärtige das Archiv um Auskunftserteilung in Fragen der Stadt-, Personen- und Familiengeschichte in Anspruch. Hierbei ließen sich teilweise mit Hilfe des Generallandesarchivs sehr wertvolle Feststellungen machen. Der Bestand des Archivs fand eine geschichtliche Bereicherung durch Bilder und Erinnerungsstücke von der Saarabstimmung am 13. Januar 1935, verschiedenen photographischen Aufnahmen der Grundsteinlegung des Schlageterdenkmals, der Beisetzungsfeierlichkeiten des verstorbenen Reichspräsidenten, Generalfeldmarschalls von Hindenburg, im Tannenbergdenkmal, der Trauerdekoration im Bürgersaal anläßlich der Übertragung dieser Beisetzungsfeierlichkeiten.

Die Direktion des Badischen Landesmuseums hat auch im Berichtsjahr einen sehr erheblichen Teil der ihr gewährten Vergütung für die Unterbringung und Verwaltung der stadtgeschichtlichen Sammlungen im Schloß zu Neuanschaffungen verwendet. Hier seien nur einige wichtige Stücke aufgeführt: 1 Broncepedüle, Empire; 6 Fächer, darunter 3 aus dem ehemaligen Besitz der Prinzessin Elisabeth von Baden; 1 Medaille der Musikbildungsanstalt Karlsruhe 1858; 1 Schützenpokal aus Silber, Ehrengabe des Großherzogs Friedrich I. an die Schützengesellschaft 1896; 1 Armband (7 Lavamedaillons mit antiken Köpfen in vergoldeter Fassung); 1 Pulverhorn mit Elfenbeineinlagen; 1 Aufnahmeurkunde der freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe vom 15. Juni 1867; 1 Glaspokal mit gelbem Überfangmedaillon; 1 Ölgemälde — Brustbild des Stadtrats Speemann — und ein Freimaurerabzeichen (Loge Leopold zur Treue); 1 geschliffenes Glas, Anfang 19. Jahrhundert, Karlsruher Arbeit.

Eine wesentliche und zwar stets wachsende Belastung für die Stadt bildete auch im Berichtsjahr der Zuschuß zum Betrieb des

Badischen Staatstheaters,

der sich nach dem mit dem Badischen Staat im Jahre 1929 abgeschlossenen Vertrag von 648 154 RM im Vorjahr auf 693 694 RM im Berichtsjahr steigerte.

Das Badische Staatstheater eröffnete die Spielzeit 1934/35 am 14. September 1934 mit Schillers „Jungfrau von Orleans" und schloß sie am 9. Juli 1935 mit Richard Strauß' „Arabella". Innerhalb der 299 Spieltage führte das Badische Staatstheater 421 (1933/34: 453) Vorstellungen auf. Davon entfielen 168 auf die Oper hier, 26 auswärts, 162 auf das Schauspiel hier, 18 auswärts, 16 auf das Ballet hier, 3 auswärts, 5 auf Morgenfeiern, 8 auf Konzerte, 15 auf verschiedene Veranstaltungen wie Bunte Abende usw. Inbegriffen sind in diesen Zahlen 8 geschlossene Vorstellungen für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und deren Gliederungen, für die Gewerbeschule und für zwei Betriebe, ferner 2 Werbevorstellungen für die Hitlerjugend. Ensemble - Gastspiele fanden statt: 2 vom Staatstheater Saarbrücken „Wilhelm Tell", 1 von Lil Dagover „Nelly und die Kaiserin", 1 von Käthe Dorsch „Himmel auf Erden". Die Landesbühne des Staatstheaters führte 3 Gastspiele auf: „Nothelfer", „Schatzgräber und Matrosen", „Theaterverein Thespis".

Zur Uraufführung gelangten: Die Oper „Melusina" von Hermann Henrich am 24. März 1935; die Schauspiele „Gregor und Heinrich" von E. G. Kolbenheyer am 18. Oktober 1934; „Kampf um Mutterschaft" von Herbert Becker am 30. November 1934; „Schwertbrüder" von Bernhard Blum am 18. Januar 1935; die Balletstücke: „Dorfszenen in Ungarn", Tanzhandlung von Valeria Kratina, „Ungarische Tänze" von Brahms am 18. Juni 1935; „Der Erlenhügel" von C. von Paßthory am 26. Januar 1935; „Die ungeratene Tochter", Tanzkomödie von Valeria Kratina nach der Musik von Casella-Scarlattiana am 26. Januar 1935.

Als Erstaufführungen gingen über die Bühne in der Oper: „Münchhausens letzte Lüge" von Hansheinrich Dransmann am 3. Februar 1935; „Der Vogelhändler" von Carl Zeller, Münchener Neufassung, am 2. März 1935; „Donna Diana" von E. N. v. Reznicek, Neufassung, am 17. Mai 1935 und „Xerxes" von Händel, Bearbeitung von Hagen, am 7. Juli 1935; im Schauspiel: „Die Pfingstorgel" von Alois Johannes Lippl, am 2. Oktober 1934, „Christa ich erwarte Dich" von Alfred Möller und Hans Lorentz am 18. Oktober 1934; „Die Hosen des Herrn von Bredow" von Paul

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Beyer am 27. Dezember 1934; „Wenn der Hahn kräht" von Hinrichs am 9. Januar 1935; „Munken Dendt" von Knut Hamsun am 9. Februar 1935; „Kameraden von heute" von Lothar Sachs am 16. Februar 1935; „Nelly und die Kaiserin" von Leo Lenz und Carl Heinz Klubertanz am 19. März 1935; „Sr. Gnaden Testament" von Hjalmar Bergmann am 11. April 1935; „Hier sind Gemsen zu sehen" von Sigmund Graff am 3. Mai 1935; „Himmel auf Erden" von Jochen Huth am 9. Mai 1935; „Prinz von Preußen" von Hans Schwarz am 25. Mai 1935; im Ballet: „Walzer" von Brahms und „Zauberladen" von Rossini-Resgzighi am 26. Januar 1935; „Rekrutierung" von Mozart und „Tanzfantasie" von Weismann am 18. Juni 1935.

Außer den Ur- und Erstaufführungen kamen in der Oper folgende 29 Werke der Weltliteratur zur Aufführung: „Fidelio" von Beethoven, „Barbier von Bagdad" von Cornelius, „Königskinder" von Humperdinck, „Nachtlager in Granada" von Kreutzer, „Waffenschmied von Worms" von Lortzing, „Cavalleria rusticana" von Leoncavallo, „Bajazzo" von Mascagni, „Figaros Hochzeit" von Mozart, „Boheme" und „Tosca" von Puccini, „Barbier von Sevilla" von Rossini, „Arabella", „Rosenkavalier" und „Salome" von Richard Strauß, „Aida", „Othello", „Rigoletto", „La Traviata (Violetta)" und „Troubadour" von Verdi, „Fliegender Holländer", „Lohengrin", „Meistersinger von Nürnberg", „Parsival", Ring des Nibelungen: „Rheingold", „Walküre", „Siegfried", „Götterdämmerung" und „Tannhäuser" von Richard Wagner, „Freischütz" von Weber. Weitere Werke der neueren und neuesten Opernliteratur wurden aufgeführt: „Tiefland" von d'Albert, „Madame Liselotte" von Gerstner, „Was ihr wollt" von Kusterer, „Schwanenweiß" von Weismann. In der Operette waren zu sehen: „Polenblut" von Nedbal, „Fledermaus" und „Zigeunerbaron" von Joh. Strauß und „Der Vogelhändler" von Zeller.

Im Schauspiel wurden 11 Werke der Weltliteratur gegeben und zwar: „Egmont" von Goethe, „Bund der Jugend" und „Peer Gynt" von Ibsen, „Amphitryon" und „Kätchen von Heilbronn" von Kleist, „Don Carlos", „Jungfrau von Orleans", „Kabale und Liebe" und „Wilhelm Tell" von Schiller, „Der Widerspenstigen Zähmung" und „Wie es Euch gefällt" von Shakespeare. Außer den bereits genannten Ur- und Erstaufführungen wurden die weiteren Werke der neueren und neuesten Literatur gegeben: „Peterchens Mondfahrt" von Bassewitz, „Kerl, der spekuliert" von Eckart, „Alle gegen Einen, einer für Alle" von Forster, „Mauserung" von Gött, „Heimkehr des Mathias Bruck" und „4 Musketiere" von Graff, „Schillers Vermächtnis" von Otto, „Der Türkenlouis" von Roth, „Der Raub der Sabinerinnen" von Schönthan, „Brautschau", „Gelähmte Schwingen, „Die Medaille" und „Die kleinen Verwandten" von Thoma.

Die Gesamtbesucherzahl des Staatstheaters mit 241 408 konnte leider nicht ganz auf der Höhe des Vorjahres gehalten werden (1933: 247 645). Auf die Opernvorstellungen entfielen 138 596 Personen, auf die Schauspielvorstellungen 95 376, auf die Konzerte 5044, auf die Morgenfeiern 1527 und auf die Schloßgartenaufführungen 865 Personen.

Die Sommeroperette des Staatstheaters gab im Konzerthaus in der Zeit vom 14. Juli bis 9. September 1934 51 (1933: 51) Vorstellungen mit einer Besucherzahl von 26 684 (1933: 22 770) Personen.

Der Personalstand des Badischen Staatstheaters zählte im Spieljahr 1934/35 285 (1933/34: 284) Personen.

Die einmaligen Ausgaben betreffen Vorschußzahlungen für die Errichtung eines Ehrenmals für die im Weltkrieg gefallenen städtischen Beamten und Arbeiter im Rathausgebäude.

B. Volksbücherei und Lesehalle.

Das Berichtsjahr brachte im Zusammenhang mit der Neueinrichtung des Volksbüchereiwesens die Ernennung eines Gaubeauftragten und die Eingliederung der Volksbücherei in das Deutsche Volksbildungswerk.

Der Bestandsaufbau im Berichtsjahre unterschied sich insofern von früheren Jahren, als dem Jugendbuch vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Für Knaben und Mädchen bis zum Ende des Fortbildungsschulalters wurden gegenwartsnahe, erlebnisstarke Werke eingestellt, die ihre Wirkung auf die Jugend nicht verfehlt haben, was sich in einer höheren, beinahe ums Doppelte gestiegenen Entleihungsziffer ausdrückt. Neben dem Jugendbuch stand das belehrende Buch im Vordergrund, und in dieser Abteilung waren es wieder besonders die Gebiete der Rassenkunde, Vorgeschichte, Weltkrieg, neueste Geschichte sowie Lebensbeschreibungen. Die Benutzungsziffern gerade dieser Abteilung zeigen auch eine wesentlich erhöhte Nachfrage an.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wie in früheren Jahren so durfte sich die Volksbücherei auch im letzten Jahre wieder einer größeren Anzahl Schenkungen erfreuen, so von dem alten Gönner Privatmann Dr. Richard Knittel, der Familie Siegel, Frau Cadenbach und verschiedenen anderen.

Fördernd auf die vermehrte Nachfrage wirkte die weitere Erschließung der Bestände durch Kataloge. In einer Auflage von 500 Stück erschien das „Bücher-Verzeichnis Erzählendes Schrifttum Nachtrag 1934". Es ist dies eine Ergänzung zu dem 1929 herausgegebenen Katalog „Schöne Literatur" und enthält rund 3000 Titel. Das Verzeichnis ist alphabetisch nach Verfassern geordnet und gibt meistenteils neben dem Titel noch eine kurze Charakteristik des Buches.

Ein weiteres Bücherverzeichnis „Liebe, Ehe, Familie, Frauenleben" erschließt die Werke dieses Stoffgebiets. Derartige Verzeichnisse schätzt die Leserschaft sehr, da es möglich ist, ohne Kenntnis von Verfassern an die erwählte Stoffwelt heranzukommen.

Neben den Katalogisierungsarbeiten der laufenden Anschaffungen wurde in diesem Jahre noch mit der Sichtung der etwa 2000 Bände starken Bücherei des Kaufmännischen Vereins Karlsruhe und der Einarbeitung in die Bestände begonnen.

Im Gegensatz zu anderen Büchereien zeigte die Ausleihe einen erfreulichen Aufschwung. Im gesamten wurden 5425 Bücher mehr als im Vorjahre entliehen, davon entfallen auf die Jugendabteilung 2390 und auf die belehrenden Abteilungen 2981 Bücher, der geringe Rest auf das erzählende Schrifttum. Die Ursache hierfür dürfte zum Teil von dem bereits oben erwähnten weiteren Ausbau einzelner Abteilungen herrühren, für die das Interesse heute besonders rege ist, dann aber für die belehrende Abteilung in einer sozialen Umschichtung des Leserkreises, der im vergangenen Jahr aus dem sogenannten Mittelstand vermehrten Zugang erhielt. Da genauere Unterlagen für leserkundliche Untersuchungen erst noch geschaffen werden müssen, können zunächst hier nur Vermutungen geäußert werden. Die gesteigerte Benützung entfiel vorwiegend auf die Wintermonate.

Der Kindernachmittag, der besonders für Schulpflichtige seit einigen Jahren eingeführt ist, hat sich gut bewährt. Dadurch ist es viel eher möglich, auf die Besonderheiten des kindlichen Lesers einzugehen. Die Steigerung des Besuches zeigt, daß der eingeschlagene Weg richtig ist.

In 1245 (1933: 1215) Ausleihestunden wurden 94651 (1933: 89226) Bücher entliehen. Davon betrafen das erzählende Schrifttum 76185 (1933: 76131), das belehrende 13022 (1933: 10041), das Jugendschrifttum 5444 (1933: 3054) Bände. Die Gesamtbücherbewegung betrug 188668 (1933: 177290) Bände. Der Neuzugang an Büchern erreichte diesmal die Höhe 3721 (1933: 1332), hierunter befindet sich die Schenkung des Kaufmännischen Vereins Karlsruhe mit 2000 Bänden. 2000 Bände, die ihrem Inhalt nach nicht mehr den heute gestellten Anforderungen entsprechen, werden im Bestand nicht mehr mitgezählt, sodaß dieser jetzt eine Höhe von 57159 (1933: 55438) erreicht hat. Der Verlust an Büchern war auch im vergangenen Jahr wieder sehr gering. Die niedere Zahl von 29 (1933: 36) verlorenen Büchern, von denen in 14 (1933: 3) Fällen kein Ersatz zu erhalten war, rührt hauptsächlich von der mit 1916 (1933: 1732) Mahnungen rasch erfaßten Leserschaft her. Bei den Vormerkungen ist ein weiterer Rückgang auf 187 (1933: 228) zu verzeichnen. Das läßt darauf schließen, daß die begehrten Bücher in mehr Fällen als früher erhältlich sind. Außer den bereits erwähnten Ursachen für die erhöhte Entleihungsziffer war auch die größere Zahl der aktiven Leser — es waren 3325 (1933: 2992) — maßgebend. Der Stand der eingeschriebenen Leser betrug am Schluß des Wirtschaftsjahres 14163 (1933: 13316), es war also ein Leserzugang von 845 (1933: 631) Personen zu verzeichnen, der sich nach Geschlecht und Alter folgendermaßen verteilt: Männliche Erwachsene 369 (1933: 401), weibliche Erwachsene 248 (1933: 230), männliche Jugendliche 198, weibliche Jugendliche 30.

Den Lesesaal benützten insgesamt 20420 (1933: 23565) Besucher, davon waren männlichen Geschlechts 19353 (1933: 22606), weiblichen Geschlechts 1067 (1933: 959).

Sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben zeigten sich geringfügige Steigerungen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

VI. Wohlfahrtswesen.

1. Fürsorgeamt.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 19).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	282 500	337 047	54 547	—	313 571
b) Miete und Zinsen	1 000	1 332	332	—	550
c) 1. Leistungen aus der Reichswohlfahrtshilfe	1 045 000	407 640	—	637 360	1 399 394
2. Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	848 640	873 199	24 559	--	978 298
d) Sonstige Einnahmen	40 300	19 373	—	20 927	41 615
3. Verwaltungskostenbeiträge	7 300	7 300	—	—	8 500
4. Durchlaufende Einnahmen	542 000	410 523	—	131 477	522 110
Summe der Einnahmen	2 766 740	2 056 414	79 438	789 764	3 264 038
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	447 270	511 818	64 548	—	481 628
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	46 980	42 455	—	4 525	45 824
II. Zweckausgaben:					
1./2. Allgemeine Fürsorge:					
Allgemeine Fälle	2 573 760	2 148 567	—	425 193	2 661 447
Wohlfahrtserwerbslose	2 230 200	1 599 462	—	630 738	2 752 068
3. Kriegsbeschädigtenfürsorge	308 350	218 918	—	89 432	291 743
4. Kriegshinterbliebenenfürsorge	127 100	112 675	—	14 425	118 167
5. Sozialrentnerfürsorge	894 300	835 699	—	58 601	898 791
6. Kleinrentnerfürsorge	641 500	599 067	—	42 433	655 213
7. Wohlfahrtserwerbslose der gehobenen Fürsorge	218 790	135 776	—	83 014	226 888
c) 1. Zinsendienst	—	—	—	—	—
2. Tilgung	1 000	1 000	—	—	—
3. Nutzungswert der Gebäude	4 020	4 020	—	—	4 020
2. Einmalige Ausgaben	51 000	38 379	—	12 621	50 191
3. Verwaltungskostenbeiträge	37 740	37 740	—	—	37 740
4. Durchlaufende Ausgaben	542 000	410 523	—	131 477	522 110
Summe der Ausgaben	8 124 010	6 696 099	64 548	1492 459	8 745 830
Summe der Einnahmen	2 766 740	2 056 414	79 438	789 764	3 264 038
Zuschuß	5 357 270	4 639 685	—	717 585	5 481 792

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Allgemeines.

Im Berichtsjahr stand auch in der gemeindlichen Fürsorge die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Die Bestrebungen der Reichsregierung, den erwerbslosen Volksgenossen wieder Arbeit und Brot zu verschaffen, fanden hierbei von der Landeshauptstadt und der städtischen Wohlfahrtsverwaltung nach Kräften Unterstützung und Förderung. Alle im Verlaufe der Arbeitsschlachten sich bietende Gelegenheiten wurden soweit als möglich zugunsten der städtischen Wohlfahrtserwerbslosen und zur finanziellen Entlastung der Stadt nutzbar gemacht. Gleichzeitig schenkte man der Bekämpfung der Schwarzarbeit seitens des Amtes im Interesse der noch arbeitslosen Volksgenossen besonderes Augenmerk. Dank dieser Bemühungen war es, trotz Grenzlandnot und neutraler Zone, möglich, die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen im Berichtsjahr von 3789 auf 1886, somit um über die Hälfte zu senken. Vergleicht man die Höchstziffern der Wohlfahrtserwerbslosen mit 6353 Personen im Februar 1933 mit dem nunmehr erreichten Stand, so ergibt sich eine Gesamtminderung um 4467 Köpfe = 70 v. H., ein deutlicher Beweis für die Wiedergesundung und den wirtschaftlichen Wiederaufstieg unseres Volkes und auch ein erfreuliches Zeichen für die erfolgreichen Bemühungen der Stadt Karlsruhe. Nicht im gleichen Verhältnis, aber dennoch auch in erfreulichem Maße, hat sich die Zahl der gesamten Fürsorgefälle verringert, deren Höchstzahl im Februar 1933 14387 gegen 10363 Ende März 1935 betrug. Hier ist ein Rückgang um 28 v. H. festzustellen. Die Zahl der Arbeitslosen in hiesiger Stadt, die sich Ende Januar 1933 auf 15497 belaufen hatte, sank bis Ende März 1935 auf 6137 = um 60 v. H. herab. Daß im gesamten Reichsgebiet in der gleichen Zeitspanne allerdings die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen sogar um 72,3 v. H., der Unterstützungsempfänger um 40,9 v. H. (der Arbeitsuchenden ebenfalls um 60,0 v. H.) zurückgegangen ist, beweist trotz aller Erfolge die Nachteile für Baden aus der Grenzziehung und aus der Entmilitarisierung.

Wie sich die Zahl der Fürsorgefälle seit dem Jahre 1930 in hiesiger Stadt im einzelnen entwickelte, ist aus folgender Übersicht zu entnehmen:

Monat Jahr	Allgemeine Fürsorge	Gehobene Fürsorge					Zusammen	Anerkannte Wohlfahrtserwerbsl. (Bereits unter Zusammen enthalten)	Arbeitslosenunterstützungsempfänger	Krisenfürsorgeunterstützungsempfänger	Arbeitsuchende
		Kriegsbeschädigte	Kriegshinterbliebene	Sozialrentner	Kleinrentner	Minderjährigen-Fürsorge					
April 1930 . .	3 487	652	469	1 981	782	2 387	9 758	3 073	3 006	917	8 459
September „ . .	3 425	687	411	2 091	775	2 329	9 718	2 309*	2 592	1 094	8 440
März 1931 . .	4 464	752	436	2 129	804	2 863	11 448	3 142	3 713	1 526	10 716
September „ . .	4 994	812	389	1 916	1 021	3 562	12 694	3 564	2 512	2 070	11 563
März 1932 . .	6 801	926	432	1 861	1 007	2 036	13 063	4 956	2 191	2 897	13 585
September „ . .	7 802	789	374	1 761	1 019	2 147	13 892	5 164	1 321	2 324	14 036
März 1933 . .	8 456	805	409	1 877	996	1 722	14 265	6 217	1 010	2 529	14 794
Juni „ . .	8 548	779	430	1 871	981	1 753	14 362	6 044	823	2 564	14 926
September „ . .	8 197	634	366	1 786	946	1 692	13 621	5 552	877	2 586	13 742
Dezember „ . .	8 075	651	366	1 713	922	1 609	13 336	4 632	839	2 548	12 129
März 1934 . .	7 083	601	330	1 746	903	1 525	12 188	3 789	497	2 266	9 270
April „ . .	6 712	582	317	1 718	888	1 494	11 711	3 429	433	2 086	8 599
Mai „ . .	6 119	576	313	1 711	885	1 506	11 110	3 136	376	2 073	8 132
Juni „ . .	5 868	563	300	1 690	891	1 479	10 791	2 872	416	2 006	7 661
Juli „ . .	5 851	568	305	1 682	893	1 489	10 788	2 858	505	1 970	7 666
August „ . .	5 703	576	304	1 728	888	1 451	10 650	2 925	566	1 969	7 924
September „ . .	5 599	570	299	1 752	885	1 482	10 587	2 730	601	1 786	7 218
Oktober „ . .	5 428	555	301	1 768	891	1 455	10 398	2 623	670	1 797	6 962
November „ . .	5 341	559	297	1 785	890	1 474	10 346	2 481	690	1 790	6 676
Dezember „ . .	5 339	551	300	1 799	882	1 409	10 280	2 378	792	1 851	6 633
Januar 1935 . .	5 485	548	294	1 800	871	1 446	10 444	2 440	960	2 011	6 806
Februar „ . .	5 604	554	289	1 783	819	1 426	10 475	2 191	955	2 047	6 733
März „ . .	5 578	536	292	1 783	800	1 374	10 363	1 886	682	2 020	6 137
Einmalige Unterstützungs-Fälle 1934	843	495	120	135	17	1 340	2 950	—	—	—	—
desgl. 1933 . . .	1 134	429	127	231	20	1 439	3 380	—	—	—	—

* Anderer Zählmodus

Im Berichtsjahr ist somit die Gesamtzahl der Fürsorgeunterstützungsempfänger von 12 188 auf 10 363 = um 15 (1933: 14,6) v. H. zurückgegangen. In der allgemeinen Fürsorge betrug die Verminderung 21,2 (1933: 16,2) v. H., in der gehobenen Fürsorge (ohne Minderjährigenfürsorge) 4,3 (1933: 12,4) v. H., in der allgemeinen und gehobenen Fürsorge zusammen (ohne Minderjährigenfürsorge) 15,7 (1933: 15,0) v. H., in der Minderjährigenfürsorge 10,0 (1933: 11,4) v. H. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen weist eine Verringerung um 50,2 (1933: 39,1) v. H. auf. Der nur geringfügige Rückgang bei der Mütterfürsorge ist ohne Belang, da der Kreis der Betreuten ausgedehnt wurde. Von besonderer Bedeutung ist, daß in der Gesamtzahl der Fürsorgefälle, der Fälle der allgemeinen Fürsorge und der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen die vorjährigen Verbesserungen übertroffen werden konnten. Bei der gehobenen Fürsorge ist zwar der anteilsmäßige Rückgang nicht so stark wie im Vorjahr, da die gehobene Fürsorge nicht in dem Ausmaß wie die allgemeine Fürsorge den Einflüssen der allgemeinen Wirtschaftslage unterworfen ist und auch in der ungünstigsten Zeit der Wirtschaftsverhältnisse, zu Beginn des Jahres 1933, von dem Ansteigen der Unterstützungsempfänger nur in geringerem Ausmaß betroffen wurde.

Neben dem erfreulichen Sinken der Zahl der Fürsorgeempfänger ist es für die Stadt von besonderem Ausschlag, daß sich im Berichtsjahr erstmals eine wesentliche finanzielle Entlastung des Fürsorgehaushalts gezeigt hat. Im Wirtschaftsjahr 1934 betrug der Unterstützungsaufwand des Fürsorgeamts 5 650 164 (1933: 7 604 317) *RM*. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich somit eine Entlastung im Unterstützungsaufwand von 1 954 153 (1933 gegen 1932: 116 246) *RM* = 25,7 (1933 gegen 1932: 1,5) v. H. Während die Zahl der Unterstützungsempfänger in der allgemeinen und gehobenen Fürsorge zusammen um 15,7 (1933: 15,0) v. H. gesunken ist, hat sich der Unterstützungsaufwand um 25,7 (1933: 1,5) v. H. vermindern lassen. Dieser verhältnismäßig stärkere Rückgang im Unterstützungsbedarf während des Berichtsjahres hat darin seine Ursache, daß die beträchtliche Verminderung der Zahl der Unterstützungsempfänger im Vorjahr sich nur gering auf den Unterstützungsaufwand auswirken konnte, da auch der zahlenmäßige Rückgang in der Hauptsache erst gegen Ende des Vorjahres eingetreten war. Der Vergleich der Jahre 1933 und 1934 zusammen zeigt dagegen eine fast gleichmäßige Entlastung bei der Zahl der Fürsorgefälle mit 28,3 v. H. und beim Aufwand mit 26,8 v. H.

Nicht in demselben Ausmaße als sich der Unterstützungsaufwand senkte, verminderte sich der Zuschußbedarf des Fürsorgeamts. Der Verwaltungsaufwand erfuhr eine Erhöhung infolge der Zuweisung hauptsächlich älterer Beamter und Angestellten und der vorübergehenden Beschäftigung von Fahrbediensteten der städtischen Straßenbahn. Die Einnahmen des Amts sind ebenfalls wesentlich zurückgegangen. Die Reichswohlfahrtshilfe, die im Vorjahre noch 1 399 394 *RM* betragen hatte, wurde auf 407 640 *RM* = um 991 754 *RM* gekürzt, auch der Landesanteil an der gehobenen Fürsorge ging von 480 692 *RM* auf 374 946 *RM* zurück. Der Erwähnung verdient auch die Tatsache, daß trotz der Wiedereingliederung einer großen Zahl von Fürsorgeempfängern in den Arbeitsprozeß infolge der ergangenen Anweisungen des Reichsarbeitsministers eine Steigerung im Rückersatz erhaltener Fürsorgeunterstützung in nennenswertem Umfange nicht eingetreten ist. Durch die Erhöhung des Verwaltungsaufwands und den Rückgang der Ersatzleistungen von Reich und Staat verminderte sich der Zuschußbedarf des Amts trotz der Einsparungen am Unterstützungsaufwand von 1 954 153 *RM* nur um 842 107 *RM* auf 4 639 685 (1933: 5 481 792) *RM*. Gegenüber dem Haushaltsplan macht die Verbesserung im Zuschußbedarf 717 585 *RM* aus.

An Mietbeihilfen aus Mitteln der Gebäudesondersteuer wurden 251 116 (1933: 249 906) *RM* gewährt, die im Unterstützungsaufwand inbegriffen sind. Der Zuschußbedarf erhöhte sich dadurch um den Betrag von 225 382 (1933: 230 000) *RM*, der unter dem Teil des Fürsorgeamts als Anteil an dem Aufkommen der Gebäudesondersteuer vereinnahmt ist.

Neben der Arbeitsbeschaffung für die arbeitsfähigen Unterstützungsempfänger widmete man der Erziehungsarbeit an den in Unterstützung stehenden Volksgenossen größte Aufmerksamkeit. Mit der fortschreitenden Wiederbeschäftigung von Erwerbslosen mußte deren Verantwortungsbewußtsein für ihre Familie und die Volksgemeinschaft im Sinne des nationalsozialistischen Staates erneut geweckt und gehoben werden.

Als neue Aufgabe kam im Berichtsjahr die Kleinrentnerhilfe auf Grund des Gesetzes vom 5. Juli 1934 hinzu, die eine von dem bisherigen Unterstützungssystem stark abweichende Fürsorge zugunsten der echten Kapitalkleinrentner schuf, und damit den Bestrebungen der Kleinrentner in weitem Maße entgegenkam.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die näheren Angaben über den Aufwand in den verschiedenen Fürsorgezweigen sind in den einzelnen Abschnitten des Berichts enthalten.

In verwaltungstechnischer Hinsicht mußte auf Grund der neuen Bad. Ausführungsverordnung vom 19. Oktober 1934 zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt für die Fürsorgeerziehung im Jugendamt gegen Ende des Berichtsjahres eine besondere Abteilung gebildet werden.

Die Zahl der Arbeitskräfte, die sich am Ende des Vorjahres auf 138 Beamte und Angestellte und 1 Arbeiter belief, betrug am 31. März 1935 140 Beamte und Angestellte und 1 Arbeiter. Daneben waren dem Fürsorgeamt zur Mithilfe eine Anzahl Straßenbahnbedienstete zugewiesen, für die der Aufwand aus den Mitteln des Fürsorgeamts bestritten werden mußte. Im Außendienst des Fürsorgeamts waren 11 (1933: 13) männliche und 15 (1933: 13) weibliche Personen, außerdem für die Prüfung der Krisenunterstützungsempfänger 5 männliche (1933: 7) Kräfte tätig. Trotz der rückläufigen Zahl der Fürsorgefälle in den beiden letzten Jahren war es noch nicht möglich, den Personalstand zu verringern, da die in der Unterstützungshöhe (vor allem infolge wiederholter Arbeitszuweisung) sich rasch verändernden Fälle weit mehr Verwaltungsarbeit verursachen als früher.

Zentralaufgaben.

Die Direktion des Fürsorgeamts bearbeitete, wie auch in den früheren Jahren, alle die Wohlfahrtspflege allgemein betreffenden Angelegenheiten, die Leitung des Außendienstes, die allgemeine Aufsicht über die städtischen Fürsorgeanstalten, die Statistik, Zentralauskunftsstelle- und -kartei, Arbeitsfürsorge, Lagerverwaltung usw.

Amtlicher Außendienst.

Der amtliche Außendienst kam auch im Berichtsjahr nach dem in Karlsruhe bewährten System der Familienfürsorge zur Durchführung. Die Gesamtzahl der an die Fürsorger erteilten Aufträge belief sich auf 41 533 (1933: 58 061), der den Jugendpflegerinnen erteilten Aufträge auf 23 567 (1933: 23 340). Die Zahl der Besuche seitens der Jugendpflegerinnen in den hiesigen Familien betrug 9615 (1933: 8543).

Rechtsauskunftsstelle.

Die Rechtsauskunftsstelle wurde im Berichtsjahr aufgehoben, da die Erteilung von Rechtsauskünften an Minderbemittelte die NS-Rechtsberaung (Anwaltschaft) übernahm.

Zentralauskunftsstelle.

Der Kartei, die sämtliche beim Fürsorgeamt oder Jugendamt wirtschaftlich oder pflegerisch behandelten Fälle enthält, waren bis 31. März 1935 insgesamt 38 078 (1934 = 35 614) Fälle gemeldet. Die Gesamtzahl der am 31. März 1935 beim Fürsorge- und Jugendamt während des Jahres geführten Fälle betrug 16 225 (1933: 18 138). Auskünfte wurden insgesamt 1403 (1933: 2405) auf Grund schriftlicher Ersuchen gegeben.

Als Prüfungsstelle der Minderbemittelten hat die Zentralauskunftsstelle während des Berichtsjahres 4528 (1933: 5367) Bedürftigkeitsbescheinigungen ausgestellt, und zwar 1509 Vermögenszeugnisse zur Prozeßführung im Armenrecht, 536 Bescheinigungen für Nachlaß und Ermäßigung von Gebühren, Schulgeld und Erhalt von Stipendien, 1343 Leseholzscheine und 1140 Bescheinigungen zum Empfang von ermäßigten Stadtgartenkarten.

Vorzugsrentenstelle.

Bei der Vorzugsrentenstelle gingen im Berichtsjahr 33 Neuanträge ein. Die Gesamtzahl der vorbereiteten Vorzugsrentenfälle beträgt nunmehr 1790 (1933: 1757). Der Ausschuß für Vorzugsrenten Karlsruhe-Stadt hielt im Berichtsjahr 4 Sitzungen ab, in denen er bei 32 Anträgen die Voraussetzung zur Gewährung der Vorzugsrente anerkannt hat, während in einem Fall der Antrag zurückgezogen wurde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Lagerverwaltung.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden Waren im Betrage von 93 455 (1933: 104 454) RM für das Lager beschafft und zum Einkaufspreis von 90 736 (1933: 105 730) RM abgegeben; der Warenwert des Lagers betrug am 31. März 1935 6943 RM. Insgesamt fanden 10 060 (1933: 12 195) Weisungen ihre Erledigung. Ausgegeben wurden 5145 Kleidungsstücke, 6164 Wäschestücke, 5139 Paar Schuhwerk, 2289 Strang Wolle, 169 Wolldecken und 11 004 m Kleider- und Wäschestoffe.

Wie in den früheren Jahren stellte man die Wäschestücke, auch Kinderwäsche, soweit möglich in dem Nähkurs des Amtes her, um die zur Pflichtarbeit angewiesenen Arbeiterinnen zweckentsprechend beschäftigen zu können.

Gebäudesondersteuer — Mietnachlässe.

Für die Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit sind auch zur Gewährung von Mietunterstützungen aus Mitteln der Gebäudesondersteuer die Richtlinien und Richtsätze des Fürsorgamts maßgebend.

Die Zahl der Mietbeihilfen belief sich im April 1934 auf 947. Trotz erheblicher Neuzugänge, besonders aus den Kreisen des Handwerks und der Kleingewerbetreibenden, senkte sich die Zahl der nach den früheren Grundsätzen Bedachten bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres auf 893 (1933: 1003). Dieses Endergebnis ist deshalb als besonders gut zu bezeichnen, weil auch im Berichtsjahr alle diejenigen, denen nach dem Einkommensrichtsatz oder auf Grund besonders ungünstiger Verhältnisse noch eine Unterstützung bis zu monatlich 10 RM zustand, der Abteilung Mietnachlässe überwiesen wurden. Ihre Zahl ist im Gegensatz zum vorjährigen Bericht in der obigen Zahl enthalten. Die Höhe der angewiesenen Gebäudesondersteuer-Mietnachlässe betrug, wie bereits bemerkt, 251 116 (1933: 249 906) RM.

Arbeitsfürsorge.

Die Arbeitsfürsorge konnte auch im Wirtschaftsjahr 1934 eine große Anzahl von Fürsorgeempfängern in Arbeit bringen. Auf Grund der Arbeitsbeschaffungsprogramme wurden folgende Arbeiten fortgesetzt bezw. in Angriff genommen: Die Herstellung eines Beckens für Öl- und Treibstoffumschlag im Karlsruher Rheinhafen, die Teilkanalisation des Stadtteils Rüppurr, der Ausbau der badischen Zufahrtsrampe zur Rheinbrücke Maxau, Notstandsarbeiten in der Fritschlach, Scharnhorststraße, am Hochwasserdamm und Ruschgraben, die an der zuständigen Stelle des Berichts ausführlich geschildert sind. Auch vermittelte das Arbeitsamt Notstandsarbeiter zur Beschäftigung an die Gemeinden Pfaffenrot, Schielberg, Rußheim, Spessart, Schöllbronn, Linkenheim, Dölkersbach, Eggenstein sowie in den Staatswald Rußheim und auf Kastenwört. Weiterhin gelang es, Fürsorgeempfänger über die Arbeitsämter Schwäbisch-Hall, Aalen, Biberach, Mergentheim, Freiburg und Mosbach in Notstandsarbeit zu bringen.

Als Fürsorgearbeiten wurde der Ausbau der Scharnhorststraße und die Einebnung des Karlsruher Flughafens in Angriff genommen bezw. durchgeführt. Bei diesen Arbeiten fanden in erster Linie langjährige Arbeitslose und kinderreiche Fürsorgeempfänger Berücksichtigung, bei den auswärtigen Arbeiten überwiegend Ledige.

Im Wege der Pflichtarbeit wurden wöchentlich durchschnittlich 520 Fürsorgeempfänger beschäftigt. Die Gesamtzahl aller Pflichtarbeiter betrug 3634 männliche und 656 weibliche. Als Arbeitsleistung verlangte man auf die Dauer von 16 Wochen wöchentlich 24 Stunden Arbeit. Die Pflichtarbeiter waren in der Hauptsache dem städtischen Gartenamt, dem Strandbad Rappenwört, dem städtischen Tiefbauamt, der Friedhofverwaltung, dem städtischen Krankenhaus, dem Winterhilfswerk, dem Straßenbahnamt sowie der Karlsruher Holzverarbeitung zu Wegereinigungen, Erdarbeiten usw. zugeteilt.

Die weiblichen Pflichtarbeiterinnen hatten hauptsächlich Näh- und Flickarbeiten in den Nähkursen zu verrichten, wobei neue Wäschestücke für das Lager des Fürsorgeamts und die NS-Volkswohlfahrt angefertigt und getragene Kleider instandgesetzt wurden. Weiter fanden weibliche Pflichtarbeiterinnen Verwendung mit Putz- und Reinigungsarbeiten beim städtischen Altersheim, Kinder- und Säuglingsheim, Krankenhaus, Winterhilfswerk, der Jugendherberge, dem Arbeitsheim sowie im Gebäude des Fürsorgeamts selbst.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Vermittlung in Lohnarbeit war im abgelaufenen Berichtsjahr dank der starken Förderung seitens der Stadtverwaltung eine lebhafte. In städtischen Betrieben konnten 239 männliche und 52 weibliche Arbeitskräfte Beschäftigung finden, bei der Karlsruher Holzverarbeitung 31 männliche und 107 weibliche, in die Privatindustrie 1451 männliche und 344 weibliche Personen untergebracht werden. Notstandsarbeiten erhielten 2268 männliche Unterstützungsempfänger, Fürsorgearbeit 749 männliche und 2 weibliche Arbeitskräfte zugewiesen.

Auch die Landhilfe hat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehr beigetragen. In ihr fanden 90 männliche und 5 weibliche Arbeitskräfte Unterkunft. In den Freiwilligen Arbeitsdienst traten 15 männliche und 1 weibliche Arbeitskraft ein. Insgesamt konnten 4843 (1933: 3678) männliche und 511 (1933: 503) weibliche Arbeitskräfte untergebracht werden.

Wegen Arbeitsverweigerung oder unberechtigter Niederlegung der Arbeit mußten 162 (1933: 296) männliche und 24 (1933: 84) weibliche Fürsorgeempfänger aus der Unterstützung ausgeschieden werden. Bei der starken Vermittlungstätigkeit ließ sich aus der verminderten Zahl der Arbeitsniederlegungen eine erfreuliche Hebung des Arbeitswillens erkennen.

Durch die Maßnahmen der Arbeitsfürsorge wurden 917 Personen in die Arbeitslosen-Unterstützung überführt, 356 Personen erlangten nach der Beschäftigung die Anerkennung als Wohlfahrtserwerbslose.

Arbeitsheim.

Für alleinstehende männliche Fürsorgeempfänger im Alter bis zu 40 Jahren führte man auch im Berichtsjahr die geschlossene Fürsorge in den Räumen des Arbeitsheims durch. Die Heiminsassen wurden hauptsächlich bei der Erweiterung des Hochschulstadions, der restlichen Herstellung des Horst-Wessel-Ringes, mit Holzzerkleinerungsarbeiten für die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt sowie beim Winterhilfswerk beschäftigt. Zur Einweisung in das Heim kamen im Berichtsjahr 379 (1933: 332) Männer. Von diesen sind 55 nicht eingetreten. Ausgeschieden sind wegen Vermittlung in Arbeit, Verheiratung und dergl. 290. Wegen ordnungswidrigem Benehmen oder freiwilligem Austritt gelangten 45 Männer zur Entlassung. Fürsorgeempfänger, die für das Heim geeignet waren, die Einweisung aber nicht annahmen oder wegen ungebührlichen Verhaltens entlassen werden mußten, wurden aus der Unterstützung ausgeschieden.

Ärztliche Betreuung und vertrauensärztliche Untersuchung.

Die im Berichtsjahr sehr verstärkte Arbeitsvermittlung brachte eine wesentlich erhöhte Tätigkeit der Vertrauensarztstelle mit sich. Neu wurde dem Vertrauensarzt seit September 1934 die Untersuchung der Landhelfer durch das Arbeitsamt übertragen, außerdem auf Veranlassung der Stadtverwaltung die Untersuchung der Bewerber für die Stadtrandsiedlung auf ihre Fähigkeit als Siedler.

Im Berichtsjahr mußten 6644 Personen durch den Vertrauensarzt untersucht und 107 ohne ärztliche Untersuchung begutachtet werden. Die Zahl der Untersuchungen und Begutachtungen zusammen betrug 6751 (1933: 6039).

Kur- und Erholungsaufenthalte, Anstalts- und Krankenhauseinweisungen, Zahnersatz, orthopädische Schuhe und Apparate, sowie sonstige Leistungen wurden in 3977 (1933: 3975) Fällen befürwortet und in 683 (1933: 1034) Fällen abgelehnt. Krankenbehandlungsscheine kamen 20 433 (1933: 23 075) zur Ausgabe. 975 (1933: 1251) Anträge auf Krankenbehandlung, in der Hauptsache durch Fachärzte, prüfte der Vertrauensarzt nach. Auf ihre Arbeitsfähigkeit mußten im Wirtschaftsjahr 1934 einschließlich der Landhelfer 2246 (1933: 1249) Personen untersucht werden. Hiervon fanden sich 193 Personen für Arbeiten jeglicher Art, 447 für leichte bis mittelschwere und 444 für leichte Arbeit geeignet. Vorübergehende Schonungsbedürftigkeit lag in 530 Fällen vor. Bei 32 Personen ergab die Untersuchung völlige Arbeitsunfähigkeit. Von den auf Veranlassung des Arbeitsamtes untersuchten 600 Landhelfern waren 450 für diese Arbeit geeignet, 150 Personen kamen für die Landhilfe nicht in Frage.

Außerhalb der gewöhnlichen Dienstzeit untersuchte der Vertrauensarzt 236 Personen auf ihre Eheeignung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Trinkerfürsorge.

Bei der Trinkerfürsorge kann erfreulicherweise erneut von einem Rückgang der Neuzugänge berichtet werden. Neugemeldet wurden 133 (1933: 146) Fälle, davon 125 (1933: 140) männliche und 8 (1933: 6) weibliche. In laufender Betreuung standen in der Berichtszeit 922 (1933: 960) Fälle, die 1148 Trinkerbesuche, 3259 Rücksprachen mit Behörden, Familienangehörigen usw. sowie 3916 Sprechstundenbesuche erforderten. 8 Fälle konnten zur weiteren Behandlung an die Abstinenzvereine abgegeben werden.

Neu übernommen wurden im Berichtsjahr 6 vorläufige Vormundschaften und 3 Fälle vorläufiger Vormundschaft in endgültige umgewandelt. Unter Berücksichtigung der durch Tod oder Besserung aufgegebenen Vormundschaften führte die Fürsorgestelle am Ende des Berichtsjahres noch 36 Vormundschaften und 2 Pflegschaften.

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses berührt die Trinkerfürsorge sehr stark, weil nach ihm Fälle von schwerem Alkoholismus zu sterilisieren sind, um erbkranke Nachkommen auszuschalten. In 88 Fällen erstattete die Stelle entsprechende Anträge, bezw. traf Feststellungen für das Erbgesundheitsgericht.

Sonderfürsorge.

Die demoralisierenden Erscheinungen der Nachkriegszeit haben auch in Kreisen der Fürsorgeempfänger vielfach schädigende Wirkungen erzeugt, die sich nach außenhin durch asoziales Verhalten äußerten. In den letzten Jahren waren in vermehrtem Maße Fälle zu beobachten, in denen die Fürsorgeunterstützung ganz oder teilweise in unwirtschaftlicher Weise verwendet wurde, so insbesondere durch Alkoholmißbrauch, regelmäßigen Besuch von Lustbarkeiten, übermäßigen Kauf von Genußmitteln, Eingehen von Wetten, unsittliche Lebensweise usw. Andererseits hatte sich auch die Zahl derjenigen Personen vermehrt, die die angebotene Arbeit abgelehnt oder diese ohne stichhaltigen Grund vorzeitig beendet haben. Dazu kommen noch Personen, die wiederholt durch unwahre Angaben über ihre Einkommensverhältnisse auffallen und dadurch in fortgesetzter Weise das Fürsorgeamt zu schädigen suchen. Man hat es in all diesen Fällen mit Personen zu tun, deren schädigendes Verhalten als asozial zu betrachten ist. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, alle asozial eingestellten Fürsorgeempfänger gemeinsam in einer im Berichtsjahr neu eingerichteten Unterstützungsabteilung — der Sonderabteilung — zu betreuen, um gegen den Fürsorgeempfänger die geeignet erscheinenden Maßnahmen rechtzeitig und in einheitlicher Weise durchführen, andererseits aber um dem Hilfsbedürftigen und seinen Angehörigen den notwendigen Lebensbedarf durch Gewährung der Unterstützung in Sachleistungen sicherstellen zu können.

Die Sonderabteilung erfaßt die bei allen Abteilungen des Fürsorgeamts als asozial bekannten Fälle; sie ist insbesondere zuständig für Alkoholentziehungskuren, ferner für Maßnahmen gegen arbeitsscheue und solche Personen, die sich der Unterhaltspflicht gegenüber ihren Familienangehörigen entziehen. Durch die Umwandlung der Barunterstützung in Sachleistungen wird in vielen Fällen die Möglichkeit zur Weiterführung der bisherigen unwirtschaftlichen Lebensweise genommen, gegebenenfalls zwangsläufig eine Änderung in der asozialen Einstellung herbeigeführt, wie z. B. durch Kürzung der Unterstützung, geschlossene bezw. Heimfürsorge, Umwandlung der Bezüge des Arbeitsamts und der Renten der Sozialversicherung in Sachleistungen, Alkoholentziehungskuren, Entmündigung und polizeiliche Maßnahmen (Verwarnungen, Haftstrafen, Unterbringung im Arbeitshaus).

Im Berichtsjahr wurden von der Sonderabteilung 287 Fälle betreut. Davon entfielen auf die allgemeine Fürsorge 238 Fälle, auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge 20 Fälle, auf die Kriegshinterbliebenenfürsorge 1 Fall und auf die Sozialrentnerfürsorge 28 Fälle. Der finanzielle Aufwand kann mit 146 000 *RM* nur schätzungsweise angegeben werden, da die Verrechnung in den Haushaltspositionen von Fürsorgeamt A und Fürsorgeamt K enthalten ist. Folgende Zwangs- bezw. Strafmaßnahmen kamen zur Durchführung: in 4 Fällen Strafanzeige wegen Verletzung der Unterhaltspflicht, in 8 Fällen Unterbringung in Arbeitshäusern, in 4 Fällen Alkoholentziehungskuren, in 4 Fällen Antrag auf Entmündigung, in 5 Fällen Umwandlung der Rente der Sozialversicherung in Sachleistungen, in 18 Fällen Heim- und Anstaltsunterbringung und in 3 Fällen Strafanzeige wegen Unterstützungsbetrug.

Wandererfürsorge.

Die Wandererbewegung ist im Jahre 1934 dank der Maßnahmen der Regierung weiter erheblich zurückgegangen. Das Fürsorgeamt verabreichte nur noch 3022 (1933: 9436) Wandererquartiere.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Erziehungsberatungsstelle.

Die Erziehungsberatungsstelle stand auch im Berichtsjahr unter der ehrenamtlichen fachärztlichen Leitung von Prof. Dr. Gregor, dem auch die psychiatrische Beurteilung der Fälle oblag. Die Stelle befaßt sich in der Hauptsache mit erbgesunden Kindern und Jugendlichen, die durch innere Krisen oder soziale Notlage vorübergehend seelisch erkrankt oder abwegig geworden sind. Die wachsende Zahl der Ratsuchenden machte die Erweiterung der Stelle erforderlich. Der heilpädagogische Hort der Erziehungsberatungsstelle mußte infolge auftretender Raumschwierigkeiten nach dem alten Schulhaus in Beiertheim verlegt werden.

Ziel der Erziehungsberatungsstelle ist es, die gefährdeten Kinder und Jugendlichen von ihrer asozialen Einstellung zu befreien und sie wieder als vollwertige Glieder der Volksgemeinschaft zurückzugewinnen. Hierbei wird versucht, nach Möglichkeit mit vorbeugenden Maßnahmen — Beratung, Hortaufnahme, Schutzaufsicht — auszukommen und die kostspielige geschlossene Fürsorge zu vermeiden oder abzukürzen. Wertvolle Unterstützung in ihrer sozialen Arbeit erfuhr die Erziehungsberatungsstelle in allen Fällen durch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, die NS-Frauenschaft, die Hitlerjugend, die Abteilungen des Fürsorgeamts, die Lehrerschaft und die caritativen Verbände.

Im Berichtsjahr wurde die Erziehungsberatungsstelle von 559 Ratsuchenden in Anspruch genommen. Unter ihnen befanden sich 280 männliche und 279 weibliche Personen. Dem Alter nach waren 379 Kinder unter 14 Jahren, 147 Jugendliche über 14 Jahren und 33 Erwachsene über 21 Jahren. 376 Kinder und Jugendliche standen in dauernder heilpädagogischer Überwachung und Betreuung.

Die fachärztliche Diagnose ergab in 29 Fällen Neurasthenie, in 52 Fällen Psychopathie, in 11 Fällen Nervenstörungen, in 6 Fällen Erbkrankheit der Eltern, in 8 Fällen Epilepsie, in 3 Fällen Chorea, in 4 Fällen Syphilis, in 2 Fällen Trauma, in 4 Fällen Verkrüppelung, in je 1 Fall Paralyse und Schizophrenie. Bei 10 Personen lautete die Diagnose auf Körperschwäche, bei 300 auf Entwicklungsstörungen, bei 53 auf Debilität, bei 6 auf Imbezillität, bei 1 Fall auf Idiotie; bei 299 Fällen lagen Erziehungsschwierigkeiten, bei 57 Fällen auffallende Sexualität, bei 86 Verwahrlosung vor.

Zur Behebung der ermittelten Schwierigkeiten wurde in 452 Fällen heilpädagogische Beratung, in 275 Fällen heilpädagogische Beobachtung, in 349 Fällen heilpädagogische Behandlung, in 94 Fällen Hortaufnahme, in 20 Fällen Beobachtung in einer Anstalt, in 29 Fällen Anstaltsunterbringung, in 114 Fällen Erholung, in 28 Fällen Überweisung in ärztliche Behandlung, in 13 Fällen Umschulung in die Hilfsschule vorgeschlagen und durchgeführt. In 462 Fällen fanden Beratungen der Eltern, in 299 Fällen der Schule und in 331 Fällen von Behörden und Verbänden statt.

Fürsorgestelle für Nerven- und Geisteskranke.

In dem Betrieb der Fürsorgestelle für Nerven- und Geisteskranke trat im Berichtsjahr keine Änderung ein. Zu den einmaligen wöchentlichen Sprechstunden des Fürsorgearztes erschienen durchschnittlich 20 Fürsorgepfleglinge bezw. deren Angehörige zur Beratung. Den Dienst des Fürsorgearztes versah wie in den letzten Jahren Frau Dr. Liguori-Hohenauer.

In Behandlung der Fürsorgestelle befanden sich am Ende des Vorjahres 273 Männer und 272 Frauen, zusammen 545 Personen. Bis zum 31. Dezember 1934 war ein Zugang von 60 Männern und 83 Frauen, ein Abgang von 52 Männern und 79 Frauen zu verzeichnen, sodaß am Ende des Berichtsjahres 281 Männer und 276 Frauen, zusammen 557 (1933: 545) Patienten in Betreuung der Fürsorgestelle standen. Die Psychosenformen der am Ende des Berichtsjahres in Pflege befindlichen Personen waren: Manisch-depressiver Formenkreis 56, schizophrener Formenkreis 173, Epilepsie 11, angeborener Schwachsinn 27, Alkoholismus 76, andere Rauschgiftsüchte 9, Psychopathie und psychopathische Reaktionen 104, Hysterie und Neurose 32, Neurasthenie 5, Arteriosklerose und senile Geistesstörungen 16, Paralyse und andere metaluische Erkrankungen 33, postencephalitische Zustände 4, andere organische Gehirnkrankheiten 5, sonstige 6.

Die Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses stand im Berichtsjahr im Vordergrund der Beratungsstelle. Ihre Hauptaufgabe lag in der Unterstützung der Amtsärzte durch die Erfassung der erbkranken Fürsorgepfleglinge sowie ihre fachärztliche Nachuntersuchung und Begutachtung für das Unfruchtbarmachungsverfahren.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Als erbkrank wurden den zuständigen Amtsärzten 171 Kranke (86 Männer und 85 Frauen) angezeigt. Nach Abzug der fortpflanzungsunfähigen und nach auswärts verzogenen Kranken mußte der Antrag auf Unfruchtbarmachung für 146 Kranke (81 Männer und 65 Frauen) gestellt werden. Bis zum Schluß des Berichtsjahres war die Unfruchtbarmachung vom Erbgesundheitsgericht bei 119 Kranken (67 Männer und 52 Frauen) angeordnet, und zwar wegen angeborenem Schwachsinn bei 15 (8 Männer, 7 Frauen), Schizophrenie bei 85 (45 Männer, 40 Frauen), manisch-depressivem Irresein bei 2 (1 Mann, 1 Frau), erblicher Fallsucht bei 7 (3 Männer, 4 Frauen), schwerem Alkoholismus bei 10 (10 Männer) Personen. Zwei Frauen haben beim Erbgesundheitsobergericht Beschwerde gegen die Unfruchtbarmachung eingelegt, die jedoch zurückgewiesen wurde. Am Schluß des Berichtsjahres war der operative Eingriff bei 57 Kranken (26 Männer und 31 Frauen) vollzogen.

Allgemeine Fürsorge (Fürsorgeamt A).

Der Aufgabenkreis der allgemeinen Fürsorge war im Berichtsjahr der gleiche wie im Vorjahr. Er umfaßte die Betreuung sämtlicher Hilfsbedürftigen, die nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen der gehobenen Fürsorge oder der Minderjährigenfürsorge zuzurechnen sind.

Zu Beginn des Berichtsjahres standen 7083 Parteien laufend in Unterstützung. Ihre Zahl ist bis Ende März 1935 auf 5578 abgesunken. Während des Wirtschaftsjahres ging somit die Zahl der laufend in der allgemeinen Fürsorge Unterstützten um 21,2 (1933: 16,2) v. H. zurück. Im Vergleich zum Höchststand der Fälle der allgemeinen Fürsorge Ende Juni 1933 mit 8548 ist eine Verminderung um 34,7 v. H. zu verzeichnen. Wesentlich höher war der Rückgang bei den anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen, deren Gesamtzahl sich, wie bereits bei den allgemeinen Ausführungen gezeigt, von 3789 auf 1886 = um 50,2 (1933: 39,1) v. H. verminderte. Der Hauptanteil der Wohlfahrtserwerbslosen entfällt mit mindestens 80 v. H. auf die allgemeine Fürsorge. Die Zahl der einmaligen Unterstützungsfälle belief sich auf 843 (1933: 1134).

Der Unterstützungsaufwand in der allgemeinen Fürsorge betrug 3748029 (1933: 5413515) *RM*. Dem Rückgang in der Zahl der Fürsorgeempfänger von 21,2 v. H. steht eine Entlastung im Unterstützungsaufwand von 30,7 v. H. gegenüber, die wie eingangs schon erwähnt, die Auswirkung der Verminderung der Unterstützungsempfänger im Vorjahr mit umfaßt. Infolge der weit stärkeren Ermäßigung der Unterstützungsempfänger in der allgemeinen Fürsorge als in der gehobenen Fürsorge hat sich der Anteil des Unterstützungsaufwands der allgemeinen Fürsorge am gesamten Unterstützungsaufwand von 63 v. H. auf 57 v. H. verringert.

Die Hilfsbedürftigkeit war noch sehr stark, wenn auch nicht im Ausmaß der Vorjahre, durch Arbeitslosigkeit bedingt; weiterhin bildeten Alter und Krankheit sehr häufig die Ursache der Inanspruchnahme öffentlicher Fürsorge. Es mußten auch erneut zahlreiche langfristige Erwerbslose sowie notleidende Handwerksmeister, Provisionsreisende, Vertreter, Gewerbetreibende, Händler, Schausteller, Fuhrleute, Aushilfskellner und Angehörige ähnlicher Berufe unterstützt werden. Erfreulicherweise wirkten sich auch bei diesen Gewerben die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung für das Fürsorgeamt entlastend aus. In vielen Fällen war es erforderlich, Mietunterstützungen zur Bestreitung des Wohnbedarfs zu gewähren. Insbesondere waren zahlreiche Kleinhandwerker nicht in der Lage, für ihre Miete ganz aufzukommen.

Der Einspruchsausschuß hatte in 25 Sitzungen 335 Einzelfälle zu behandeln. Im Beschwerdeausschuß sind 70 Fälle der allgemeinen Fürsorge entschieden worden. 43 Beschwerden wurden zurückgezogen, 27 teils genehmigt, teils geändert.

Offene Fürsorge.

Alle nicht in Anstaltsfürsorge untergebrachten Personen fanden in der offenen Fürsorge ihre Betreuung. Die offene Fürsorge erforderte insgesamt 3423429 (1933: 5114963) *RM*. Im einzelnen entfielen auf: Geldbeihilfen 1706455 *RM*, Mietbeihilfen 1099194 *RM*, Bekleidung 78475 *RM*, Lebensmittel 87922 *RM*, Brennmaterial 34817 *RM*, ärztl. Behandlung 83448 *RM*, Arznei und Hilfsmittel 67238 *RM*, Anstalts- und Krankenhauspflege 203340 *RM*, Sonstiges (Herbergsverpflegung, Hauspflege, Kranken- und sonstige Transporte usw.) 62540 *RM*.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Blindenfürsorge (Friedensblinde).

Im Berichtsjahr standen 12 (1933: 7) Blinde in laufender Unterstützung. Der gesamte Unterstützungsaufwand stieg gegenüber dem Vorjahre von 4467 RM auf 7456 RM. Für die Gewährung freier Straßenbahnfahrt an die in Arbeit befindlichen Blinden übernahm das Amt 4030 RM. Die Kosten der Blindenfürsorge sind in den oben angeführten Ziffern der offenen bezw. der unten angeführten der Anstaltsfürsorge mitenthalten.

Tuberkulosefürsorge.

Aufgabe der Tuberkulosefürsorge war auch im Berichtsjahr im wesentlichen die ausreichende Versorgung von tuberkulös gefährdeten Familien, die in allen erforderlichen Fällen über die normalen Richtlinien hinaus Lebens- und Stärkungsmittel, Milch usw. erhielten. Bei ungünstigen Wohnungsverhältnissen wurde auf den Bezug gesunder Wohnungen hingewirkt, in geeigneten Fällen auch die hierfür erforderliche Miete übernommen.

Anstaltsfürsorge.

Der Aufwand für die Versorgung Hilfsbedürftiger in Anstalten (geschlossene Fürsorge) betrug im Berichtsjahr 324 600 (1933: 298 552) RM. Im ganzen waren 441 (1933: 397) Personen untergebracht. Von ihnen befanden sich in der Kreispflegeanstalt Hub 138, in Irrenanstalten 211 (133 Personen in der Illenau, 56 Personen in Emmendingen, 14 in Wiesloch, 8 in Konstanz), im Frauenheim Bretten 12, 2 in dem Karl-Friedrich-Leopold- und Sofienstift, 2 in der Offensandt-Berckholtz-Stiftung, 17 in der Heilanstalt für Epileptiker in Kork, 6 in den beiden Blindenanstalten in Freiburg und Mannheim, 12 in den beiden Anstalten für schwachsinnige Kinder in Mosbach und Herten, 41 in sonstigen Anstalten.

Die Verpflegungssätze waren im allgemeinen die gleichen wie im Vorjahr. Die größere Zahl der in Anstalten verpflegten Personen bedingte eine Erhöhung des Aufwands.

Ergänzende Erwerbslosenfürsorge.

In ergänzender Erwerbslosenfürsorge, die grundsätzlich nur beim Vorliegen besonderer Bedürftigkeit wie Krankheit, Kinderreichtum, hoher Miete usw. gewährt wurde, befanden sich am Ende des Berichtsjahres 651 (1933: 672) Personen. Der Aufwand ist im Berichtsjahr auf 168 400 (1933: 238 800) RM gesunken. Die hauptsächlichsten Leistungen bestanden in Gewährung von Mietbeihilfen zur Verhütung drohender Wohnungsräumung, von Lebensmittelscheinen, Milchbeihilfen, Kohlenbeihilfen, Medikamenten und Heilmitteln sowie von Kleidern, Schuhen, Wäsche und sonstigem Hausrat.

Kriegsfolgenfürsorge (Fürsorgeamt K).

Mit Ausnahme der hilfsbedürftigen Minderjährigen, die vom Jugendamt betreut werden, umfaßte das Tätigkeitsgebiet des Fürsorgeamts K (Kriegsfolgenfürsorge) auch im Berichtsjahr 1934 wiederum sämtliche Zweige der gehobenen Fürsorge.

Die Zahl der am 31. März 1935 in laufender Fürsorge stehenden Fälle betrug 3411 (1933: 3580), d. s. 169 Fälle = 4,7 (1933: 12,4) v. H. weniger wie am gleichen Tage des Vorjahres, während beim Gesamtunterstützungsaufwand eine Ermäßigung von 2 190 802 RM um 288 667 RM = um 13,2 (1933: 0,3) v. H. auf 1 902 135 RM eingetreten ist. Die verstärkte Entlastung im Berichtsjahr hat ihre Ursache wie bei der allgemeinen Fürsorge in der Auswirkung des zahlenmäßigen Rückgangs der Unterstützungsempfänger im Vorjahre. Die Verbesserung bei der gehobenen Fürsorge im Ganzen ist nicht im gleichen Verhältnis wie bei der allgemeinen Fürsorge eingetreten, da sie es in geringerem Ausmaß wie letztere mit arbeitsfähigen Betreuten zu tun hat, sondern ihren Zuzug in der Hauptsache aus Kreisen nicht mehr erwerbsfähiger Personen findet. Ebenso wie in den wirtschaftlichen Notjahren ihr Ansteigen hinter dem der allgemeinen Fürsorge weit zurückgeblieben ist, konnte bei ihr die günstige Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse nicht von gleichem Einfluß sein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Am Anfang des Berichtsjahres befanden sich 601 Kriegsbeschädigte in laufender Unterstützung; ihre Zahl ermäßigte sich im Laufe des Jahres auf 536 = um 10,8 (1933: 25,3) v. H. Der Höchststand in der Kriegsbeschädigten-Fürsorge wurde im November 1932 mit 809 Fällen erreicht. Bis zum Ende des Berichtsjahres ist somit ein Rückgang von 33,7 v. H. eingetreten. Die Erfolge stehen hinter denjenigen in der allgemeinen Fürsorge kaum zurück und weichen dadurch von der Gesamtentwicklung der gehobenen Fürsorge ab, da die Kriegsbeschädigtenfürsorge wie die allgemeine Fürsorge im Gegensatz zur sonstigen gehobenen Fürsorge in weitgehender Abhängigkeit von der jeweiligen Arbeitslage steht. Am Ende des Berichtsjahres setzten sich die 536 Fälle der Kriegsbeschädigtenfürsorge aus 105 Schwerkriegsbeschädigten, 363 Leichtbeschädigten, 68 Altrentnern, Altveteranen und ehemaligen Angehörigen der neuen Wehrmacht zusammen. Einmalige Fälle wurden 495 (1933: 429) gezählt.

Die Zahl der Kriegshinterbliebenenfälle hatte eine Abnahme von 330 auf 292 = um 11,5 (1933: 19,3) v. H. zu verzeichnen. Einmalige Unterstützungsfälle ergaben sich 120 (1933: 127). Die Verminderung gegenüber dem Stand vom Februar 1933 beträgt 31,1 v. H. In der Kriegshinterbliebenenfürsorge ist seit Jahren, allerdings mit Schwankungen, aus natürlichen Gründen eine allmähliche Abnahme festzustellen.

Die Gesamtausgaben betrugen für die Kriegsbeschädigten 354 694 (1933: 518 632) *RM*, für die Kriegshinterbliebenen 112 675 (1933: 118 167) *RM*, zusammen 467 369 (1933: 636 798) *RM*. Der Aufwand verringerte sich gegen das Vorjahr um 26,6 v. H. Er verteilt sich auf Geldbeihilfen mit 181 340 *RM*, Mietbeihilfen 115 364 *RM*, Bekleidung 18 292 *RM*, Lebensmittel 12 357 *RM*, Brennmaterial 5380 *RM*, ärztliche Behandlung 22 342 *RM*, Arznei und Heilmittel 22 616 *RM*, Anstalts- und Krankenhauspflege 81 861 *RM*, Sonstiges (Herbergsverpflegung, Hauspflege, Kranken- und sonstige Transporte, Wochenfürsorge usw.) 7817 *RM*.

Krankenbehandlungsscheine wurden 2905 (1933: 3459), Zahnbehandlungsscheine 407 (1933: 413) ausgegeben. In Erholungs- einschließlich Tuberkulosekuren befanden sich 16 (1933: 23) Personen. 39 (1933: 42) Personen waren auf Kosten des Fürsorgeamts in geschlossener Fürsorge untergebracht. Fahrtvergünstigung auf der städtischen Straßenbahn erhielten 318 Kriegsbeschädigte.

Der Einspruchsausschuß für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge erledigte während des Berichtsjahres in 8 Sitzungen 139 Einsprüche usw., der Beschwerdeausschuß behandelte 5 Fälle.

Zusatzrente.

Im Berichtsjahr waren auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes und dessen Ausführungsbestimmungen Zusatzrenten aus Mitteln des Reiches an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in Fällen der Bedürftigkeit zu bezahlen. Bis Ende September 1934 standen durchschnittlich 1465 Fälle mit 2075 Personen in Betreuung des Fürsorgeamts. Durch den am 1. Oktober 1934 durch das Versorgungsamt vorgenommenen Einbau der Zusatzrente eines Teils der Berechtigten — Elternpaare, Elternteile, Witwen und Waisen — in die Rente verringerte sich die Zahl der Fälle vom gleichen Zeitpunkt an bis zum 31. Dezember 1934 auf 1075 Fälle mit 1716 Personen. Ab 1. Januar 1935 übernahm das Versorgungsamt auch die Zahlung der Zusatzrente für Kriegerwitwen und -waisen, sodaß bis zum Schluß des Berichtsjahres nur noch die Zusatzrenten der Schwerkriegsbeschädigten mit durchschnittlich 376 Fällen und 728 Personen monatlich durch das Fürsorgeamt auszubezahlen waren.

Unter Berücksichtigung der erwähnten Abgänge betrug der Aufwand im Wirtschaftsjahr 1934 396 900 (1933: 505 895) *RM*.

Kapitalabfindungen, Darlehen, Rentenvorschüsse.

In 45 Fällen mußten wegen drohender Zwangsversteigerung der mit Hilfe einer Kapitalabfindung erworbenen Anwesen Nachprüfungen vorgenommen werden. Zum Abschluß wurden sämtliche Fälle gebracht, doch konnte die erbetene Hilfe nur in 8 Fällen bei der Versorgungsbehörde erreicht werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Von 14 (1933: 28) eingekommenen Anträgen auf Bewilligung von Darlehen genehmigte der Landeskommissär in 3 Fällen 700 RM; die übrigen Fälle mußten, da entweder eine Notwendigkeit zur Darlehensbewilligung nicht vorlag oder die sonstigen Voraussetzungen fehlten, zurückgewiesen werden.

Spenden.

Von 50 bearbeiteten Gesuchen auf einmalige Beihilfen wegen besonderer Notlage konnten 14 dem Ministerium des Innern zur Entscheidung vorgelegt werden. Außerdem wurden noch 5 Gesuche der markgräflich badischen Verwaltung in Salem unterbreitet.

Schwerbeschädigten-Abteilung.

Eine Änderung im Tätigkeitsgebiet der Schwerbeschädigten-Abteilung ist gegenüber dem Vorjahr nicht eingetreten. Es obliegt ihr auch weiterhin die Arbeitsvermittlung von Schwerbeschädigten und Gleichgestellten sowie deren Überwachung und Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung auf Grund des Schwerbeschädigtengesetzes im Landeskommissärbezirk Karlsruhe.

Im Berichtsjahr nahmen 754 (1933: 1314) Schwerbeschädigte die Schwerbeschädigtenabteilung in Anspruch, davon wegen Arbeitsvermittlung 500 (1933: 573). Infolge Besserung der Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse konnten 200 (1933: 170) Schwerbeschädigte vermittelt werden. Kündigungsgenehmigung wurde in 10 Fällen beantragt, wovon 6 stattgegeben und 4 abgelehnt werden mußten. Infolge Wegzugs, Krankheit und Tod schieden aus der Vermittlung 35 (1933: 54) Schwerbeschädigte aus.

Fortlaufend überwachte die Abteilung 829 (1933: 836) einstellungspflichtige Betriebe. Unbesetzte Pflichtplätze waren 243 (1933: 128) vorhanden, wovon die meisten auf die Zigarrenindustrie des Bezirkes Bruchsal-Land, auf Steinbrüche und Sägewerke entfielen, für die geeignete Schwerbeschädigte nicht zur Verfügung standen. In einige Stellen vermittelte man anstelle von Schwerbeschädigten Leichtbeschädigte.

Berufsberatung.

Der der Schwerbeschädigten-Abteilung angegliederte Berufsberatungsausschuß, welchem ärztliche und berufliche Sachverständige angehören, hielt im Berichtsjahr 6 Sitzungen ab, in denen 65 Fälle zur Bearbeitung kamen; 62 Fälle betrafen Gleichstellungsanträge, 3 Fälle die Prüfung über die Verwendungsfähigkeit bezw. Berufsumschulung.

Berufsausbildung von Kriegerwaisen.

Für Kriegerwaisen, die sich in Schul- und Berufsausbildung befanden, stellten die Versorgungsämter größere Beträge an Erziehungsbeihilfen zur Verfügung, die sich im Einzelfalle zwischen 5 RM und 20 RM monatlich bewegten. Im Berichtsjahr legte das Fürsorgeamt 89 (1933: 139) Fälle vor.

Vertretung vor dem Versorgungsgericht und Oberversicherungsamt Karlsruhe.

Im Laufe des Berichtsjahres ging die Vertretung vor dem Versorgungsgericht und dem Oberversicherungsamt Karlsruhe auf die Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung über. Die beim Fürsorgeamt bestehende Abteilung wurde daher aufgehoben.

Zu den bei Beginn des Berichtsjahres anhängigen 24 Fällen kamen im Verlauf des ersten Teils des Jahres 14 Fälle neu hinzu, welche nach Übergang der Rechtsvertretung in Versorgungssachen auf die NS-Kriegsopferversorgung an diese zur Weiterbearbeitung abgegeben wurden. Durch sachgemäße Beratung ist es in einzelnen Fällen gelungen, Bewilligung von Renten zu erreichen.

Altveteranenfürsorge.

Hauptsächlich infolge Abgangs durch Tod ist in der Zahl der unterstützten Altveteranen von 1866 und 1870 bezw. deren Witwen ein leichter Rückgang zu verzeichnen; außer laufenden und einmaligen Zuwendungen des Fürsorgeamts erhielten sie Beihilfen aus Altfondsmitteln des Reiches sowie Kleidungsstücke und Brennmaterialien und zu Weihnachten geringe Geldbeträge.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Sozialrentnerfürsorge.

Die Zahl der laufenden Unterstützungsfälle war im letzten Jahr nur geringen Schwankungen unterworfen, da die durch Rentenbewilligungen zugehenden Fälle die Abgänge jeweils ausgleichen. Während zu Beginn des Jahres 1746 Fälle laufend in Unterstützung standen, ist bei einem Zugang von 449 und einem Abgang von 412 Fällen eine Zunahme auf 1783 Fälle zu vermerken; auf die geschlossene Fürsorge entfielen hiervon 263 (1933: 273) Fälle. Einmalige Fälle wurden 135 (1933: 231) gezählt.

In der Sozialrentnerfürsorge ist auch bei einer Betrachtung der letzten beiden Jahre kein Rückgang der Zahl der Fälle zu ermitteln. Die Ursache hierfür ist darin zu suchen, daß die Sozialrentnerfürsorge nur die Betreuung alter oder erwerbsunfähiger Rentenempfänger zum Gegenstand hat, die auch bei günstiger Wirtschaftslage nicht mehr in Arbeit gebracht werden können. Die Sozialrentnerfürsorge blieb aber auch von den ungünstigen Auswirkungen der früheren Jahre dadurch verschont, daß sie ohne Rücksicht auf den Stand der Arbeitslosigkeit nur jene Personen zur Betreuung übernahm, auf die die Voraussetzungen zutrafen.

Die Gesamtausgaben betrugen 835 699 (1933: 898 791) *RM*. Im einzelnen entfielen auf Barbeihilfen 357 269 *RM*, Mietbeihilfen 80 467 *RM*, Bekleidung 13 277 *RM*, Lebensmittel 11 573 *RM*, Brennmaterialien 10 379 *RM*, ärztliche Behandlung 22 934 *RM*, Arznei und Heilmittel 28 712 *RM*, Anstalts- und Krankenhauspflege 295 812 *RM*, Sonstiges (Herbergsverpflegung, Hauspflege, Kranken- und andere Transporte, Wochenfürsorge usw.) 15 276 *RM*.

Ausgegeben wurden: Krankenbehandlungsscheine 3282 (1933: 3245), Zahnbehandlungsscheine 227 (1933: 261). In Erholungsfürsorge (einschließlich Tuberkulosekuren) befanden sich 13 (1933: 8) Personen mit zusammen 1003 (1933: 567) Verpflegungstagen. In Krankenhäusern waren 329 (1933: 292) Personen mit insgesamt 10 619 (1933: 10 769) Verpflegungstagen untergebracht.

Der Einspruchausschuß tagte während des Berichtsjahres 9 mal und erledigte hierbei 281 Fälle. Der Beschwerdeausschuß befaßte sich mit 7 Fällen.

Kleinrentnerfürsorge.

Unterm 5. Juli 1934 ist das von den Kleinrentnern lang erstrebte Gesetz über Kleinrentnerhilfe herausgekommen und mit dem 1. September 1934 in Kraft getreten. Das Gesetz brachte für die neugeschaffene Art der Kapitalkleinrentner verschiedene Vorteile in der Höhe des Unterstützungsrichtsatzes, der Anrechnung von Aufwertungs- und Arbeitseinkommen und der Verwertung von Vermögensbesitz.

Die Zahl der laufenden Unterstützungsfälle in der gesamten Kleinrentnerfürsorge ist im Berichtsjahr von 903 auf 800 = um 11,4 (1933: 9,3) v. H. zurückgegangen. Die bei der Kleinrentnerfürsorge zu verzeichnende Verminderung in der Zahl der Betreuten kann nur bedingt mit der allgemeinen Verbesserung der Wirtschaftslage in Zusammenhang gebracht werden. Deren Zahl hat zwar bei der Verschärfung der Wirtschaftskrise eine Steigerung erfahren, ihre Verringerung in den beiden letzten Jahren ist aber in der Hauptsache einem schwächeren Zugang bei natürlichem Abgang zuzuschreiben. Nach dem Stand vom 31. März 1935 mußten in der offenen Fürsorge 636 Fälle betreut werden. In der gleichen Zeit befanden sich in geschlossener Fürsorge 164 Personen. Einmalige Unterstützungsfälle waren 17 (1933: 20) zu verzeichnen. Die gesamten Unterstützungsausgaben betrugen 599 067 (1933: 655 213) *RM*. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich eine Verringerung im Aufwand um 8,6 v. H. Erforderlich wurden für Geldbeihilfen 405 689 *RM*, Mietbeihilfen 30 575 *RM*, Bekleidung 2111 *RM*, Lebensmittel 491 *RM*, Brennmaterial 3925 *RM*, ärztliche Behandlung 8627 *RM*, Arznei und Heilmittel 8223 *RM*, Anstalts- und Krankenhauspflege 127 761 *RM*, sonstiges (Herbergsverpflegung, Hauspflege, Kranken- und sonstige Transporte, Wochenfürsorge usw.) 11 665 *RM*.

Aus den vom Reich für die Beteiligung an der Kleinrentnerfürsorge im Berichtsjahr bereitgestellten Mitteln erhielt die Stadt Karlsruhe insgesamt 82 286 (1933: 76 375) *RM* zugewiesen, die an die Kleinrentner in Form einmaliger Sonderbeihilfen und Sonderleistungen zur Verteilung gelangten.

Krankenbehandlungsscheine wurden 1221 (1933: 1130), Zahnbehandlungsscheine 120 (1933: 163) ausgegeben. In Erholungskuren befanden sich 4 (1933: 7) Kleinrentner mit insgesamt 150 Ver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

pflegungstagen. In Krankenhäusern waren 90 (1933: 106) Kleinrentner mit 2679 Verpflegungstagen untergebracht.

Der Einspruchsausschuß für Kleinrentnerfürsorge hatte in 10 Sitzungen 229 Fälle zu bearbeiten. Durch den Stadtrat wurden 7 Beschwerden entschieden.

2. Altersheim.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 20).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Aus dem Betriebe	68 980	67 793	—	1 187	70 867
b) Sonstige Einnahmen	100	157	57	—	152
Summe der Einnahmen	69 080	67 950	57	1 187	71 019
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	17 970	17 179	—	791	17 906
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	10 070	9 407	—	663	9 067
II. Zweckausgaben	32 850	36 473	3 623	—	33 056
c) Nutzungswert der Gebäude	6 280	6 280	—	—	6 280
2. Einmalige Ausgaben	920	1 214	294	—	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	990	990	—	—	1 090
Summe der Ausgaben	69 080	71 543	3 917	1 454	67 399
Summe der Einnahmen	69 080	67 950	57	1 187	71 019
Zuschuß	—	3 593	3 593	—	—
Überschuß	—	—	—	—	3 620

Im Laufe des Berichtsjahres fanden 6 Männer und 7 Frauen Neuaufnahme im Altersheim; durch Tod gingen 4 Männer und 5 Frauen und durch freiwilligen Austritt 1 Frau ab. Am Schlusse des Berichtsjahres standen 33 Männer und 46 Frauen, zusammen 79 Insassen, in Verpflegung des Heims. Hiervon waren 40 Sozialrentner, 17 Kleinrentner und 22 sonstige Hilfsbedürftige. Die Zahl der Verpflegungstage betrug ohne Personal 28 105 (1933: 27 375), einschließlich Personal 33 945 (1933: 32 850). Beschäftigt waren im Altersheim 1 Oberschwester, 3 Schwestern und 7 Dienstmädchen.

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, auch erreichten sie nicht den Ansatz des Haushaltsplans. Auf der Ausgabenseite zeigte sich bei den Zweckausgaben infolge der Zunahme der Verpflegungstage und der Preissteigerung verschiedener Lebensmittel eine Überschreitung des Haushaltsplans. Durch die verminderten Einnahmen aber gestiegenen Ausgaben verwandelte sich der im Vorjahr vorhandene Überschuß in einen Zuschuß von nahezu gleicher Höhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Jugendamt.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 21).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	80 500	89 658	9 158	—	85 737
b) Miete und Zinsen	—	—	—	—	—
c) 1. Leistungen aus der Reichswohlfahrtshilfe	35 000	12 298	—	22 702	41 735
2. Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	248 600	250 373	1 773	—	262 971
d) Sonstige Einnahmen	900	977	77	—	851
4. Durchlaufende Einnahmen	130 800	138 483	7 683	—	128 228
Summe der Einnahmen	495 800	491 789	18 691	22 702	519 522
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	124 050	112 185	—	11 865	151 579
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	14 990	12 756	—	2 234	11 640
II. Zweckausgaben für hilfsbedürftige Minderjährige:					
a) Allgemeine Fälle	725 050	770 621	45 571	—	697 305
b) Wohlfahrtserwerbslose	57 700	36 026	—	21 674	62 842
Sonstige Zweckausgaben	108 500	135 206	26 706	—	118 104
c) 1. a) Zinsendienst	6 330	6 330	—	—	7 740
b) Tilgung	1 600	1 600	—	—	1 500
2. Nutzungswert der Gebäude	1 760	1 760	—	—	1 760
2. Einmalige Ausgaben	750	704	—	46	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	17 350	17 350	—	—	17 850
4. Durchlaufende Ausgaben	130 800	138 483	7 683	—	128 228
Summe der Ausgaben	1 188 880	1 233 021	79 960	35 819	1 198 548
Summe der Einnahmen	495 800	491 789	18 691	22 702	519 522
Zuschuß	693 080	741 232	48 152	—	679 026

Das Arbeitsgebiet des Stadtjugendamts umfaßte auch im Berichtsjahr die durch die §§ 3 und 4 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt bestimmten Aufgabengebiete sowie die wirtschaftliche Betreuung der alleinstehenden Minderjährigen.

Am Ende des Berichtsjahres befanden sich insgesamt 1374 (1933: 1525) Parteien (ohne 460 Fälle der Mütterfürsorge und 3286 Fälle der Säuglings- und Schülerspeisung) in Unterstützung. Die Zahl der laufenden Parteien verminderte sich um 151 = 9,9 (1933: 11,5) v. H. Einmalige Fälle wurden insgesamt 1340 (1933: 1439) gezählt.

Der Unterstützungsaufwand für die Jugendfürsorge einschließlich Fürsorgeerziehung betrug im Berichtsjahr 941 853 (1933: 878 251) RM. Davon entfielen auf die offene Fürsorge 167 122 RM, auf die geschlossene Fürsorge 620 717 RM, auf Verschiedenes 18 808 RM, auf ärztliche Beratungsstellen, Kinderspeisung und Fürsorgeerziehung 135 206 RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Trotz Rückgangs der Zahl der Unterstützten ist eine Steigerung im Aufwand festzustellen. Diese hat ihre Ursache in der geänderten Art der Verrechnung, nach der der Anteil für Kinder, die im Familienverband unterstützt werden, auf den Haushalt des Jugendamts zur Verbuchung kommt. Verminderung im beschäftigten Personal hatte eine Verringerung des persönlichen Aufwandes zur Folge. Infolge des erhöhten Unterstützungsbedarfs sind die Gesamtausgaben trotz Einsparung im Personalaufwand gestiegen. Bei den Einnahmen trat eine Verminderung der Reichswohlfahrtshilfe auf 12 298 (1933: 41 735) *RM* und des Landesanteils auf 162 311 (1933: 170 249) *RM* ein. Gebühren und Beiträge dagegen zeigen erhöhte Eingänge. Die Gesamteinnahmen bleiben hinter dem Vorjahr, auch hinter dem Haushaltsplan zurück. Verminderte Einnahmen aber gestiegene Ausgaben führten zu einer Vermehrung des Zuschußbedarfs.

Der Beirat des Jugendamts hielt im Berichtsjahr 3 Sitzungen ab, in denen 27 (1933: 211) Einzelfälle zur Besprechung kamen über Fragen der Fürsorgeerziehung, Schutzaufsicht, Entziehung der Sorgerechte u. a. m. Eine größere Anzahl einfach gelagerter Fälle konnte durch Offenlegung erledigt werden.

Pflegekinderwesen.

Im abgelaufenen Jahr erteilte das Amt in 35 (1933: 30) neuen Fällen die Erlaubnis zum Halten von Pflegekindern auf Grund der Pflegekinderordnung, während 10 (1933: 8) der geprüften Pflegestellen den Bedingungen nicht entsprachen. Auf Schluß des Berichtsjahres waren 650 (1933: 600) Pflegestellen besetzt. In Überwachung des Jugendamts standen 3070 (1933: 2350) Kinder unter 14 Jahren, von denen 1153 auf Säuglinge entfielen.

Beratungsstellen für Säuglinge und Kleinkinder.

Die acht Beratungsstellen hielten im Wirtschaftsjahr 1934 insgesamt 319 Beratungsstunden ab, in denen 7672 (1933: 6747) Fälle zur Behandlung kamen. An den Beratungen nahmen 6184 (1933: 5133) eheliche und 1488 (1933: 1614) uneheliche Kinder teil. Bei den erstmalig vorgestellten 1480 Kindern konnte folgende Ernährungsweise festgestellt werden: 502 Kinder nur Brust, 467 Kinder nur Flasche, früher aber Brust, 120 Kinder Flasche, früher nie Brust und 391 Kinder Brust und Flasche.

Beratungsstelle für Krüppel.

Bei den im Berichtsjahr untersuchten 339 Kindern ergaben sich folgende Krankheitserscheinungen: 103 Rückgratverkrümmungen, 59 Mißbildungen, 35 Lähmungen, 15 Rachitis und 127 sonstige Knochen- und Gelenkserkrankungen.

Amtsvormundschaft.

Zu Ende des Berichtsjahres standen 2315 Minderjährige wie im Vorjahr in Amtsvormundschaft des Jugendamts, da die Zugänge im Laufe des Jahres durch Geburt, Weiterbetreuung nach § 39 RJWG., Bestellung, Zuzug von auswärts usw., durch Tod, Legitimation, Wegzug, Bestellung von Einzelvormündern, Annahme an Kindesstatt, Ehelichkeitserklärungen sowie Volljährigkeit restlos wieder ausgeglichen wurden.

Gemeindewaisenrat.

Der Gemeindewaisenrat mußte in 1990 (1933: 2162) Fällen in Tätigkeit treten zwecks Vorschlags von Vormündern und Beiständen, Unterbringung von Kindern bei Scheidungen, Stellungnahme bei Volljährigkeitserklärungen, Ehelichkeitserklärungen und Ehedispens, Konkursen, Namensänderungen, Konfessionswechsel usw.

Schutzaufsicht.

Die Zahl der (freiwilligen und gerichtlichen) Schutzaufsichten belief sich bei Beginn des Berichtsjahres auf 208, am Ende auf 230. Der Abgang (durch Besserung, Volljährigkeit und aus sonstigen Gründen) wurde durch die Neuzugänge übertroffen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Fürsorgeerziehung.

Die Neufassung der Badischen Ausführungsverordnung zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 19. Oktober 1934 brachte für die Fürsorgeerziehung eine wesentliche Verstärkung der Aufgaben, sodaß es notwendig war, die Fälle der Fürsorgeerziehung in einer besonderen Abteilung zu bearbeiten. Die Verordnung wirkt sich in einer schärferen Erfassung der Fälle und in einer bis ins einzelne gehenden Bearbeitung sowohl beim Stadt- als auch beim Landesjugendamt aus. Zu Beginn des Berichtsjahres betrug die Zahl der Fürsorgeerziehungsfälle 163 (1933: 217). Neu hinzu kamen im Laufe des Jahres 104 Fälle, während als Abgänge 32 Fälle zu verzeichnen sind. Auf Schluß des Berichtsjahres ergibt sich ein Stand von 235 Fürsorgeerziehungsfällen (öffentliche Erziehungsfälle mit eingeschlossen).

Wandererfürsorge.

Auch im abgelaufenen Berichtsjahr hielt die Verminderung der jugendlichen Wanderer an; nur noch 554 minderjährige Wanderer (1933: 2268 und 1932: 6947) erhielten vom Jugendamt Unterkunft und Verpflegung. Der ganz bedeutende Rückgang hat neben den Maßnahmen der Reichsregierung gegen ungerechtfertigtes Wandern in der Unterbringung im Arbeitsdienst, als Landhelfer und nicht zuletzt in den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seine Ursache.

Freiwillige Aufgaben.

Neben den dem Stadtjugendamt auf Grund des Jugendwohlfahrtsgesetzes pflichtgemäß obliegenden Aufgaben führt es auch eine Reihe von freiwilligen Aufgaben, insbesondere vorbeugender Natur, durch. Es seien hier vor allem aufgeführt die bereits erwähnten ärztlichen Beratungsstellen für Säuglinge und Kleinkinder sowie für Krüppel und die Speisung von Schulkindern (Schülerfrühstück in den Volksschulen). Im Laufe des Berichtsjahres ließ das Jugendamt an 194 Speisungstagen 588 090 Portionen ausgeben (1933: an 198 Speisungstagen 517/648). Schwangere und stillende Mütter erhielten Zusatznahrungsmittel und Milch in einer Zahl von monatlich durchschnittlich 460 Personen.

4. Kinder- und Säuglingsheim.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 22).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Mieten	630	636	6	—	606
b) Aus dem Betriebe	202 400	212 508	10 108	—	213 642
c) Sonstige Einnahmen	800	658	—	142	480
Summe der Einnahmen	203 830	213 802	10 114	142	214 728
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	70 400	68 196	—	2 204	75 806
b) Sachliche Ausgaben					
I. Verwaltungsausgaben	31 550	29 026	—	2 524	27 779
II. Zweckausgaben	49 500	58 031	8 531	—	61 020
c) 1. a) Zinsendienst	22 200	22 200	—	—	25 970
b) Tilgung	14 800	14 800	—	—	14 800
2. Nutzungswert der Grundstücke u. Gebäude	10 880	10 880	—	—	10 880
2. Einmalige Ausgaben	400	481	81	—	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	4 100	4 100	—	—	4 350
Summe der Ausgaben	203 830	207 714	8 612	4 728	220 605
Summe der Einnahmen	203 830	213 802	10 114	142	214 728
Überschuß	—	6 088	6 088	—	—
Zuschuß	—	—	—	—	5 877

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Heim hatte im Berichtsjahr eine verstärkte Benützung aufzuweisen. Insgesamt wurden 550 (1933: 520) Kinder an 66 016 (1933: 64 129) Tagen verpflegt. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 410 (1933: 370). Das Mehr an Neuaufnahmen ist einmal bedingt durch ein Abkommen mit der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, die die Kinder der zur Erholung verschickten Mütter im Kinder- und Säuglingsheim unterbringt, zum anderen durch die erfreuliche allgemeine Geburtenzunahme und ferner dadurch, daß eine ganze Anzahl Eltern, die ihren Urlaub verbringen, ihre Kinder während dieser Zeit dem Heim anvertrauen. Die Einrichtung hat sich bewährt und findet immer mehr Anklang.

Der Gesundheitszustand der Kinder war im allgemeinen gut, gelegentlich kamen Infektionskrankheiten zur Beobachtung (Keuchhusten und Varicellen), die von Neuaufnahmen eingeschleppt wurden. Es gelang stets, eine Verbreitung auf die anderen Stationen des Hauses zu vermeiden. Die Frage, ob die im Hause stark im Vordergrund stehende Freiluftbehandlung bei jedem Wetter und die während der sommerarmen Jahreszeit systematisch durchgeführten Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne die Widerstandsfähigkeit der Kinder gegen Infektion gehoben hat, möge offen bleiben. Die Beschaffung einer zweiten Höhensonne hat sich als sehr segensreich erwiesen. Die vorbildliche Gesamtanlage bietet die Gewähr, daß die Kinder, die nun einmal im Heim aufwachsen müssen, körperlich und geistig gefördert werden. Schwierigkeiten in der Erziehung bereitete naturgemäß die große Zahl der schulpflichtigen Kinder. Unterstützt wurde die Erziehung von der Hitlerjugendführung, die auf Wunsch Jungvolk- und BDM-Gruppen gründete und die notwendigen Führer schickte.

An der dem Heim angegliederten staatlichen Säuglingspflegerinnenschule legten 23 Schülerinnen das Examen mit der Note „sehr gut" ab.

Über die Tätigkeit im Heim geben die folgenden Ausführungen Aufschluß:

Neuaufgenommen wurden 410 Kinder, darunter 42 unter 14 Tagen, 20 Säuglinge mit den Müttern. Frühgeburten befanden sich 9 unter den neuaufgenommenen Kindern. Der Ernährungszustand war gering bei 68, mittelmäßig bei 210, gut bei 132 Kindern. Krankhafte Veränderungen zeigten bei der Aufnahme 48 Kinder, darunter 15 positive Tuberkulinreaktionen, 3 positive Wassermann'sche Reaktionen, 5 Zeichen von Mißhandlung. An Infektionskrankheiten kamen zur Beobachtung: Masern 3 Fälle, Varicellen 31 Fälle, Keuchhusten 12 Fälle, Mumps 2 Fälle. Sonstige Erkrankungen betrafen: Pseudogroup 3, Grippe 45, Angina 54, Bronchitis 125, Lungenentzündung 6, Rachenkatarrhe 94, Ohrenleiden 24, Augenentzündung 32, Mundfäule 27, Drüsenschwellung 35, Krämpfe 4, Ernährungsstörung 41, Furunkulose 15, Abszesse 2, Panaritium 2, Hautkrankheiten 37 darunter Krätze 5, Exud. Diathese 9, Rachitis 34, Skoliose 2, schwere Skelettveränderung 1, Mißbildungen 4 (1 Turmschädel, 1 Wasserkopf, 2 Klumpfüße), Verletzungen 9 darunter 2 Beinbrüche, Nabel- und Leistenbrüche 9, Nieren- und Blasenleiden 5, Herzleiden 1, Struma 5, Sterilisation 1, Gonorrhoe 3, Psychopathen 3, Neuropathen 5, Intelligenzdefekt 12 Fälle.

Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne erhielten 84 Kinder; in orthopädischer Behandlung standen 5 Kinder, ins Krankenhaus eingewiesen wurden 9 Kinder und zwar wegen Keuchhusten 1, Pseudogroup 1, Ohrenleiden 1, Klumpfuß 1, Unterschenkel-Fraktur 1, Gonorrhoe 3, Sterilisation 1 Kind. Geimpft wurden 35 Kinder, davon 13 ohne Erfolg. Todesfälle kamen keine vor.

Bei den Pflegepersonen und den Schülerinnen traten 37 Erkrankungen auf, nämlich Grippe 17, Angina 6, Magen- und Darmstörungen 3, Rachenkatarrh 3, Kehlkopfkatarrh 1, Gelbsucht 1, Drüsenschwellung 1, Furunkulose 1, Ischias 1, Nierenentzündung 1, Rippenfellentzündung 1, Unterleibsleiden 1. Krankenhausbehandlung war erforderlich bei 3 Fällen von Ischias, Rippenfellentzündung und Unterleibsoperation.

Die Einnahmen zeigen gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Veränderung, sie überstiegen aber den Ansatz im Haushaltsplan. Bei den persönlichen Ausgaben waren Einsparungen möglich, dagegen ergab sich bei den Zweckausgaben infolge der stärkeren Belegung des Heims und der bei verschiedenen Lebensmitteln und Textilien eingetretenen Preissteigerung eine Überschreitung des Haushaltsplans. Die Ausgaben blieben aber trotzdem hinter dem Vorjahr zurück. Der im vergangenen Jahr vorhandene Zuschuß konnte in einen Überschuß von annähernd gleicher Höhe umgewandelt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5. Sonstiges Wohlfahrtswesen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 23).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	13 520	13 533	13	—	13 533
b) Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	6 010	5 671	—	339	6 792
c) Sonstige Einnahmen	100	148	48	—	20
Summe der Einnahmen	19 630	19 352	61	339	20 345
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlicher Aufwand	29 150	29 361	211	—	28 164
b) Sachliche Ausgaben:					
1. Überlassung von Gebäuden und Räumlichkeiten zu Wohlfahrtszwecken	30 240	30 586	346	—	24 442
2. Leistungen an Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen und Vereine	26 630	21 121	—	5 509	29 771
3. Ersatz an städtische Ämter	33 370	34 155	785	—	34 619
4. Schülerhorte	1 700	1 626	—	74	1 613
5. Arbeitsfürsorge	345 000	732 300	387 300	—	320 000
6. Krankenversicherungsbeitragsanteile der Arbeitgeber für die unständig Beschäftigten gemäß § 453 Reichsversicherungsordnung	7 000	3 128	—	3 872	4 912
7. Für Benützung der Festhalle, des Konzerthauses und der Ausstellungshalle bei gemeinnützigen Veranstaltungen	7 000	7 853	853	—	17 260
8. Zur besonderen Verfügung des Respizienten für das Fürsorgewesen	5 000	1 392	—	3 608	1 838
9. Geburtenbeihilfe an Kinderreiche	2 400	750	—	1 650	1 650
10. Sonstige Ausgaben	2 000	1 487	—	513	1 870
c) 1. Zinsendienst	8 970	8 970	—	—	11 070
2. Tilgung	23 680	23 680	—	—	20 820
d) Leistungen an andere öffentliche Körperschaften (Anteil a. d. Krisenfürsorge)	—	—	—	—	184 578
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 610	1 610	—	—	1 610
Summe der Ausgaben	523 750	898 019	389 495	15 226	684 217
Summe der Einnahmen	19 630	19 352	61	339	20 345
Zuschuß	504 120	878 667	374 547	—	663 872

Unter den persönlichen Ausgaben gelangt hier der Gehaltsaufwand für die Städtische Betriebskrankenkasse und für die Schülerhorte zur Verrechnung. Die Betriebskrankenkasse beschäftigte am Ende des Berichtsjahres 4 Beamte und 1 Angestellten, die Schülerhorte 3 Angestellte. Die Stadt Karlsruhe hat nur den persönlichen Aufwand der Betriebskrankenkasse zu tragen, die Ein-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nahmen und die übrigen Ausgaben sind in einer eigenen Rechnung der Betriebskrankenkasse nachgewiesen. Bei der

Betriebskrankenkasse,

die am 18. November 1934 auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken konnte, waren im Berichtsjahr (Kalenderjahr 1934) 2095 (1933: 1908) männliche und 395 (1933: 379) weibliche, zusammen 2490 (1933: 2287) Pflichtmitglieder und 1167 (1933: 1131) männliche und 322 (1933: 298) weibliche freiwillige Mitglieder, insgesamt 3979 (1933: 3716) Personen versichert. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung der Mitgliederzahl um 263 = 7 v. H. eingetreten. Die Erhöhung des Mitgliederstandes ist hauptsächlich auf die zahlreiche Beschäftigung von Fürsorge- und Notstandsarbeitern zurückzuführen.

Krankheitsfälle ereigneten sich im Berichtsjahr bei den Versicherten 5180 (1933: 5999), bei den Familienangehörigen 5611 (1933: 5360), insgesamt 10791 (1933: 11359). Trotz einer um 7 v. H. gesteigerten Mitgliedsziffer haben sich die Krankheitsfälle um 5 v. H. verringert.

Die Zahl der Krankheitstage betrug bei den männlichen Pflichtmitgliedern 25222 (1933: 30531), bei den weiblichen Pflichtmitgliedern 9215 (1933: 7624), bei den männlichen freiwilligen Mitgliedern 15653 (1933: 17338) und bei den weiblichen freiwilligen Mitgliedern 4202 (1933: 3466), insgesamt 54292 (1933: 58959).

In der Zahl der Krankentage der Versicherten war gegenüber dem Vorjahr sogar eine Verminderung um 8 v. H. zu verzeichnen. Dagegen haben sich die Verpflegungstage von Familienangehörigen in Krankenhäusern bei den versicherungspflichtigen und freiwilligen Mitgliedern auf 13378 (1933: 11654) erhöht. Wochenhilfe gewährte die Kasse an 3 (1933: 11) Mitglieder und 96 (1933: 90) Angehörige von Mitgliedern. Sterbegeld wurde an 27 (1933: 35) Mitglieder und 28 (1933: 37) Familienangehörige mit einem Aufwand von 3676 (1933: 5392) *RM* bezahlt.

Die Gesamteinnahmen der Kasse, die, wie bereits erwähnt, im städtischen Haushalt nicht inbegriffen sind, bezifferten sich auf 654826 (1933: 652517) *RM*. Hiervon entfallen 284189 (1933: 255019) *RM* auf Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und 14759 (1933: 57961) *RM* auf Beiträge zur Arbeitslosenhilfe, die für Rechnung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingezogen und an diese abgeliefert wurden.

Die Gesamtausgaben betrugen 649518 (1933: 651232) *RM*, von denen ärztliche Behandlung 100059 (1933: 91007) *RM*, Arznei und Heilmittel 45162 (1933: 40502) *RM*, Krankenhausverpflegung 97022 (1933: 86907) *RM*, Krankengeld 64158 (1933: 77713) *RM*, Haus- und Taschengeld 5751 (1933: 4602) *RM*, Gesundheitsfürsorge 5119 (1933: 5284) *RM*, Fürsorge für Genesende 8748 (1933: 5494) *RM*, Wochenhilfe 9871 (1933: 10440) *RM*, Sterbegeld 3676 (1933: 5392) *RM*, Verwaltungskosten 3738 (1933: 2226) *RM*, Vermögensanlage 7266 (1933: 8685) *RM* und abgelieferte Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe 298948 (1933: 312980) *RM* betrafen. Trotz einer gegenüber dem Vorjahr um 5 v. H. verminderten Zahl der Krankheitsfälle hat sich der Aufwand für ärztliche Behandlung um 9 v. H. infolge des bestehenden Pauschalverfahrens erhöht, bei dem die ärztliche Vergütung sich nach der Mitgliederzahl und den Beitragseinnahmen richtet. Die vermehrten Ausgaben für Arznei und Heilmittel haben in der Hauptsache in den hohen Kosten für künstlichen Zahnersatz ihre Ursache. Die Steigerung des Aufwands für Krankenhausverpflegung ist durch eine längere Unterbringung in Krankenhäusern bedingt.

Im Gesamtvermögen ist im Berichtsjahr eine Verminderung um 46295 *RM* eingetreten. Es betrug Ende 1934 200696 (1933: 246991) *RM*.

An Beiträgen erhob die Betriebskrankenkasse in der Zeit vom 1. Januar 1934 bis 30. April 1934 4½ v. H. des Grundlohnes und für diejenigen Mitglieder, die im Erkrankungsfalle ihr Gehalt weiter beziehen, somit kein Krankengeld erhalten, 3½ v. H. Ab 1. Mai 1934 wurde der Beitrag versuchsweise auf ein halbes Jahr um ½ v. H., d. i. auf 4 bezw. 3 v. H. des Grundlohnes ermäßigt. Die Beitragssenkung konnte jedoch infolge Steigerung wichtiger Ausgaben nicht beibehalten werden und daher mußte ab 1. November 1934 wieder der früher geltende Beitragssatz von 4½ bezw. 3½ v. H. festgesetzt werden.

Das Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung vom 5. Juli 1934 schaffte an Stelle des vielfach bestehenden unübersichtlichen Nebeneinanders eine straffere und einheitliche Organisation in der Krankenversicherung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zu Wohlfahrtszwecken hat die Stadt verschiedenen Organisationen, wie der NS-Frauenschaft, der NS-Volkswohlfahrt, dem Winterhilfswerk, dem Bad. Frauenverein usw. kostenlos Räume überlassen, für die hier die anteiligen Mietzinsen verausgabt sind. Die Kosten der Arbeitsfürsorge, die im Haushaltsplan mit 345 000 RM vorgesehen waren, erfuhren durch verschiedene Nachbewilligungen für die Flugplatzeinebnung, Zahlung von Lohnzuschüssen usw. an auswärts beschäftigte Arbeiter und den Mehraufwand des Ölbeckens eine Erhöhung auf 732 300 RM. Die Mittel fanden neben obengenannten Zwecken Verwendung für die Durchführung von Pflichtarbeiten, die Herrichtung des Lutherischen Wäldchens, die Regulierung des Federbachs, die Erdarbeiten des Hochschulstadions, die Regulierung des Hägenich- und Ruschgrabens, die Fritschlachsanierung, die Stichkanalverbreiterung und die Dammschüttung für die Scharnhorststraße. (Die Ausführungen über die einzelnen Arbeiten finden sich bei den betreffenden technischen Ämtern).

Gemäß § 453 der Reichsversicherungsordnung hat die Gemeinde für die unständig Beschäftigten die Beitragsteile der Arbeitgeber zur Krankenversicherung halbjährlich zu zahlen. Im Berichtsjahr waren sie für 4 bezw. 3 männliche und 225 bezw. 264 weibliche Versicherte zu entrichten. Die Zahl derartiger Versicherter nimmt dauernd ab.

Die übrigen hierher verrechneten sachlichen Ausgaben sind weniger bedeutend. Sie bleiben hinter dem Vorjahr zum Teil wesentlich zurück und halten sich im Rahmen des Haushaltsplans. Die Aufwendungen des Schuldendienstes betreffen die Übernahme der Zinsverbilligung für ein dem Karlsruher Studentendienst e. V. gewährtes Darlehen und den Erwerb des Teils der Gottesauer Kaserne, in dem das Arbeitsdienstlager des Fürsorgeamts und die Karlsruher Holzverarbeitung, G. m. b. H., untergebracht sind. Durch den Wegfall des Beitrags der Stadt zur Krisenfürsorge haben sich die Gesamtausgaben nach dem Haushaltsplan gegenüber dem Vorjahr vermindert. Die Überschreitung bei der Arbeitsfürsorge bedingte jedoch eine Steigerung im Rechnungsergebnis der Ausgaben und des Zuschußbedarfs.

6. Krankenhaus.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 24).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	12 860	12 127	—	733	12 880
b) Einnahmen aus dem Betriebe	1 079 100	1 151 042	71 942	—	1 117 184
c) Einnahmen aus Stiftungen	3 000	3 000	—	—	3 000
d) Sonstige Einnahmen	13 600	15 604	2 004	—	24 156
Summe der Einnahmen	1 108 560	1 181 773	73 946	733	1 157 220
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	591 490	566 889	—	24 601	571 212
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	261 770	234 371	—	27 399	230 122
II. Zweckausgaben	341 830	359 004	17 174	—	335 583
c) 1. a) Zinsendienst	9 150	9 150	—	—	10 710
b) Tilgung	7 500	7 500	—	—	6 100
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	146 410	146 410	—	—	146 330
2. Einmalige Ausgaben	38 570	80 624	42 054	—	36 437
3. Verwaltungskostenbeiträge	28 180	28 180	—	—	33 140
Summe der Ausgaben	1 424 900	1 432 128	59 228	52 000	1 369 634
Summe der Einnahmen	1 108 560	1 181 773	73 946	733	1 157 220
Zuschuß	316 340	250 355	—	65 985	212 414

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Verwaltung und Betrieb.

In der Zahl der zur Verfügung stehenden Krankenbetten mit 723, davon 430 für die medizinische und 293 für die chirurgische Abteilung, trat im Berichtsjahr keine Änderung ein. Auch die Verpflegungsgebühren hielten sich in der bisherigen Höhe.

Der im Februar 1934 in Benützung genommene neue Operationssaal nebst den erforderlichen Nebenräumen hat sich gut bewährt. Er gehört mit zu den neuzeitlichsten derartigen Anlagen, die z. Zt. in Deutschland vorhanden sind.

Im Berichtsjahr wurde in der Speiseküche eine Entnebelungsanlage, im medizinischen Röntgeninstitut ein neues Durchleuchtungsgerät eingebaut und für die chirurgische Abteilung ein neuer Kurzwellendiathermieapparat beschafft.

Am Ende des Berichtsjahres waren beim Krankenhaus 30 Beamte, 22 Angestellte, 119 Schwestern und Schülerinnen und 79 Arbeiter, zusammen 250 (1933: 254) Personen beschäftigt. Von diesen waren 20 Ärzte und Apotheker, 138 Warte-, Pflege- und Laboratoriumspersonal, 2 Desinfektoren, 10 Verwaltungspersonal und 80 Haus- und Wirtschaftspersonal.

Dr. von Pezold, Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, schied infolge Erreichens der Altersgrenze auf 31. März 1934 aus dem städtischen Dienst aus. Seine Stelle wurde dem Facharzt Dr. Speierer übertragen, der den Dienst am 7. April 1934 antrat.

In der Benutzung des städtischen Krankenhauses, die noch im Wirtschaftsjahre 1933 rückläufig war, ließ sich im Berichtsjahr eine Steigerung sowohl in der Zahl der verpflegten Personen als auch der Verpflegungstage feststellen. Eine erfreuliche Tatsache ist es ferner, daß der Anteil des Fürsorgeamts als Kostenträger von 49,2 v. H. aller Verpflegungstage im Wirtschaftsjahr 1932 auf 40,3 v. H. im Berichtsjahr bei gleichzeitigem Ansteigen der Anteile der Krankenkassen und der Selbstzahler zurückgegangen ist.

Verpflegt wurden im Berichtsjahr 6986 (1933: 6716) Personen an 167 885 (1933: 161 569) Tagen und zwar:

	Personen				Verpflegungstage			
	1934			1933	1934			1933
	hiesige	auswärtige	zusammen	zusammen	hiesige	auswärtige	zusammen	zusammen
I. Klasse	19	9	28	28	301	179	480	569
II. Klasse	308	136	444	376	7 158	2 590	9 748	8 907
III. Klasse	4 890	1 624	6 514	6 312	123 592	34 065	157 657	152 093
Zusammen	5 217	1 769	6 986	6 716	131 051	36 834	167 885	161 569

Neu zur Aufnahme kamen im Laufe des Jahres 6621 (1933: 6376) Personen, zur Entlassung 6507 (1933: 6351) Personen. Der Zugang war am höchsten im Monat Januar mit 609, am geringsten im Monat Dezember mit 435 Patienten. Abgegangen sind am meisten Personen im März 1935 mit 607, am wenigsten im Januar 1935 mit 446.

Der durchschnittliche Krankenstand in den einzelnen Monaten bewegte sich zwischen 400 im Mai 1934 und 501 im Februar 1935. Der tägliche durchschnittliche Krankenstand betrug 459 (1933: 442). Er war am höchsten am 21. Februar 1935 mit 543 (1933: 496), am niedersten am 1. Januar 1935 mit 368 (1933: 353) Patienten. Im Durchschnitt waren 63,5 (1933: 61,1) v. H., zur Zeit des Höchststands 75,1 (1933: 68,6) v. H. sämtlicher Krankenbetten belegt.

Kostenträger waren für 2228 (1933: 2526) Personen = 31,9 (1933: 37,6) v. H. mit 67 631 (1933: 75 719) Verpflegungstagen = 40,3 (1933: 46,9) v. H. Fürsorgeämter, für 3373 (1933: 3122) Personen = 48,2 (1933: 46,5) v. H. mit 76 173 (1933: 64 055) Verpflegungstagen = 45,4 (1933. 39,6) v. H. Kranken- und sonstige Kassen. 1385 (1933: 1068) Personen = 19,9 (1933: 15,9) v. H. mit 24 081 (1933: 21 795) Verpflegungstagen = 14,3 (1933: 13,5) v. H. zahlten die Kosten selbst.

Verstorben sind im Berichtsjahr 434 (1933: 411) Personen, während 6073 (1933: 5940) Personen zur Entlassung kamen. Geheilt waren 1953 (1933: 1859) Erwachsene und 167 (1933: 95) Kinder, gebessert 3467 (1933: 3586) Erwachsene und 141 (1933: 220) Kinder. Ungeheilt verließen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

345 (1933: 180) Personen das Krankenhaus, zum Teil zwecks Überführung in andere Anstalten, zum Teil vorzeitig gegen ärztlichen Rat. Die Verstorbenen verteilten sich mit 245 (1933: 220) auf das männliche und mit 189 (1933: 191) auf das weibliche Geschlecht. In der medizinischen Abteilung verstarben 144 Männer, 129 Frauen und 5 Kinder, zusammen 278 Personen, in der chirurgischen Abteilung 86 Männer, 51 Frauen und 19 Kinder, zusammen 156 Personen. Die höchste Sterblichkeit mit 53 Todesopfern hatte der Monat Februar 1935 aufzuweisen, die geringste Sterblichkeit der August 1934 mit 23 Sterbfällen.

Betriebsergebnisse.

Die Zunahme der Verpflegungstage hatte eine Steigerung der Einnahmen sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Haushaltsplan zur Folge. Aus dem gleichen Grunde fanden auch die Zweckausgaben (für Speisung, Verbandsstoffe) eine Erhöhung. Durch die Anschaffung eines Omniskops, eines elektrisch betriebenen Aufzugs und Verlegung der Gangbeleuchtung in der medizinischen Abteilung mußten die einmaligen Ausgaben um 42 054 RM überschritten werden. Da die Mehreinnahmen die Mehrausgaben jedoch wesentlich überstiegen, war es möglich, den Zuschuß nach dem Haushaltsplan um 65 985 RM herabzudrücken. Der gegenüber dem Vorjahr vermehrte Zuschußbedarf hat seine Ursache lediglich in dem Anfall der einmaligen Ausgaben. Für den Wertanschlag der freien Station des Personals sind unter den Einnahmen und Ausgaben 105 329 (1933: 109 610) RM für 67 660 (1933: 65 486) Verpflegungstage inbegriffen.

Die Ausgaben je Krankenverpflegungstag beliefen sich auf 8,53 (1933: 8,48) RM. Nach Abzug des Wertanschlags für freie Station des Personals verblieben 7,90 (1933: 7,80) RM. Die Gesamteinnahmen auf den Krankenverpflegungstag umgelegt ergaben 7,04 (1933: 7,16) RM, nach Abzug des Wertanschlags für freie Station 6,41 (1933: 6,48) RM. Es war somit je Krankenverpflegungstag ein Zuschuß von 1,49 (1933: 1,32) RM erforderlich.

Für den Ankauf von Lebensmitteln wurden 288 297 (1933: 264 821) RM ausgegeben. Auf Fleisch- und Wurstwaren entfielen 68 016 RM = 28,9 Rpf, auf Fisch, Wildbret, Geflügel 9280 RM = 3,9 Rpf, auf Fett, Oel, Essig 20 171 RM = 8,7 Rpf, auf Brot, Wecke, Zwieback 35 376 RM = 15,1 Rpf, auf Eier 15 772 RM = 6,7 Rpf, auf Gemüse, Kartoffeln, Kolonialwaren 43 560 RM = 18,4 Rpf, auf Teigwaren, Mehl 6460 RM = 2,7 Rpf, auf Milch 52 332 RM = 22,2 Rpf, auf Zucker 10 300 RM = 4,3 Rpf, auf Obst 7157 RM = 3 Rpf, auf Kaffee, Tee, Kakao 13 753 RM = 5,9 Rpf, auf Wein und Bier 4769 RM = 2 Rpf, auf Sonstiges 1351 RM = 0,5 Rpf je Verpflegungstag einschließlich Personal. Ein Verpflegungstag einschließlich Personal kostete 122,3 (1933: 116,6) Rpf.

Die Apotheke des Krankenhauses fertigte 39 641 (1933: 37 554) Ordinationen an; d. s. durchschnittlich im Monat 3303 (1933: 3129), im Tag 109 (1933: 103). Auf einen Kranken fallen im Durchschnitt von den für das Krankenhaus gefertigten Ordinationen 5,67 (1933: 5,59) und auf einen Krankenverpflegungstag 0,23 (1933: 0,23).

Die Wäscherei reinigte im ganzen 774 714 (1933: 711 886) Wäschestücke; bei 303 Arbeitstagen täglich = 2557 (1933: 2349) Stück. Auf Kinder entfielen 119 440 Stück, auf Erwachsene 510 211 Stück, auf den ärztlichen und den Wirtschaftsbetrieb 106 099 Stück, auf das Personal 38 964 Stück, zusammen 774 714 Stück. Für die Krankenpflege und den Wirtschaftsdienst wurden zusammen 735 750 (1933: 679 094) Stück Wäsche gereinigt. Auf einen Kranken kommen für den Kopf und Tag 4,4 (1933: 4,2) Wäschestücke.

Ärztlicher Bericht.

Es wurden behandelt:

	Krankheitsfälle			
	1934		1933	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1. Entwicklungskrankheiten	22	35	19	30
2. Infektions- und parasitäre Krankheiten	444	559	404	549
3. Sonstige allgemeine Krankheiten	230	205	199	201
4. Örtliche Krankheiten:				
a) Krankheiten des Nervensystems	376	232	327	262
b) Krankheiten der Atmungsorgane	206	121	201	137
Übertrag	1 278	1 152	1 150	1 179

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	Krankheitsfälle			
	1934		1933	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Übertrag . .	1 278	1 152	1 150	1 179
c) Krankheiten der Kreislauforgane . . .	207	164	202	174
d) Krankheiten der Verdauungsorgane . .	955	615	835	705
e) Krankheiten der Harn- u. Geschlechtsorgane	186	366	176	416
f) Krankheiten der äußeren Bedeckung . .	259	153	254	173
g) Krankheiten der Bewegungsorgane . . .	229	99	209	109
h) Krankheiten des Ohres	39	21	34	21
i) Krankheiten des Auges	—	—	—	—
k) Verletzungen usw.	714	189	564	229
(zusammen örtliche Krankheiten	*3 171*	*1 960*	*2 802*	*2 226)*
5. Anderweitige Krankheiten und unbestimmte Diagnosen	—	—	—	—
6. Wöchnerinnen	—	360	—	286
Summe der behandelten Krankheiten . .	3 867	3 119	3 424	3 292
	6 986		6 716	

Röntgenuntersuchungen fanden bei 9551 (1933: 8357) Kranken statt, davon 4935 (1933: 3937) bei stationären, 4616 (1933: 4420) bei ambulanten Kranken. Von den Untersuchungen betrafen 5463 (1933: 6066) die medizinische Abteilung, 4088 (1933: 2291) die chirurgische Abteilung. Außerdem hat die medizinische Abteilung für die Tuberkulosefürsorgestelle noch 1791 (1933: 2364) Lungendurchleuchtungen besorgt.

Röntgenbestrahlungen wurden 471 (1933: 436) vorgenommen, davon 119 (1933: 123) bei stationären, 352 (1933: 313) bei ambulanten Kranken. Diathermiesitzungen fanden 2120 (1933: 1501), Höhensonnenbestrahlungen 555 (1933: 304), Radiumbestrahlungen 185 (1933: 139) statt. Medizinische Bäder, Inhalationen usw. wurden 13 943 (1933: 14 455) verabreicht. Personen, die in Behandlung der Chefärzte standen, aber nicht im Krankenhaus untergebracht waren, haben 305 (1933: 485) Bäder erhalten.

Prosektur.

Die Prosektur führte im Berichtsjahr 181 (1933: 220) Sektionen aus. An diesen war die chirurgische Abteilung mit 22 (1933: 35), die medizinische Abteilung mit 93 (1933: 132) Fällen beteiligt; 66 (1933: 53) sezierte Personen sind außerhalb des Krankenhauses verstorben.

Die Todesursache bei den im Krankenhaus verstorbenen und sezierten 115 Personen waren Infektionskrankheiten in 12, äußere Einwirkungen in 6, bösartige Neubildungen in 22, Erkrankungen des Nervensystems in 6, des Gefäßsystems in 26, der Atmungsorgane in 9, der Verdauungsorgane in 14, der Harn- und Geschlechtsorgane in 8 und allgemeine Ernährungsstörungen und Verschiedenes in 12 Fällen.

Für die klinischen Abteilungen des Krankenhauses, sonstige städtische Stellen (Tuberkulosefürsorgestelle, Stadtschularztstelle, Gesundheitsbehörde, Jugendamt usw.) sowie für die Ärzte der Stadt und Umgebung besorgte die Prosektur im ganzen 13 474 (1933: 13 052) Untersuchungen. Diese betrafen 1759 histologische und mikroskopische, 5730 bakteriologische und 5985 serologische Fälle. Für die Stadtschularztstelle sind 664, für die Tuberkulosefürsorgestelle 1457 Untersuchungen inbegriffen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

7. Erholungsheim Baden.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 25).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe	18 390	14 873	—	3 517	15 130
b) Sonstige Einnahmen	520	2 091	1 571	—	538
Summe der Einnahmen . .	18 910	16 964	1 571	3 517	15 668
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	5 710	4 841	—	869	5 408
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	6 160	4 364	—	1 796	5 172
II. Zweckausgaben	9 180	9 618	438	—	7 903
2. Einmalige Ausgaben	400	399	—	1	1 125
3. Verwaltungskostenbeiträge	570	570	—	—	570
Summe der Ausgaben . .	22 020	19 792	438	2 666	20 178
Summe der Einnahmen . .	18 910	16 964	1 571	3 517	15 668
Zuschuß . .	3 110	2 828	—	282	4 510

Im Erholungsheim in Baden-Baden, das im Berichtsjahr in der Zeit vom 2. Mai bis 16. Oktober geöffnet war, fanden 174 (1933: 179) Personen an insgesamt 3118 (1933: 3115) Verpflegungstagen Aufnahme. Ein Pflegling hielt sich im Durchschnitt 17,92 (1933: 17,40) Tage im Heim auf. Von den 174 (1933: 179) Pfleglingen waren 38 (1933: 40) ledig, 101 (1933: 99) verheiratet, 33 (1933: 40) verwitwet und 2 geschieden; 143 (1933: 166) Pfleglinge hatten ihren Wohnsitz in Karlsruhe, 31 (1933: 13) auswärts. Unter den Pfleglingen befanden sich 27 (1933: 30) Ehepaare.

An den Sätzen der Verpflegungsgebühren trat keine Änderung ein. Die Gebühren wurden von 161 (1933: 162) Personen selbst, für 13 (1933: 14) von öffentlichen Kassen bezahlt (1933: 3 vom Fürsorgeamt).

Die Einnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr mäßig, der Haushaltsansatz wurde jedoch nicht erreicht. Bei den Ausgaben konnten Einsparungen erzielt werden, sodaß der Zuschußbedarf zurückging.

Bei 4311 (1933: 4195) Verpflegungstagen, davon 3118 (1933: 3115) für Pfleglinge und 1193 (1933: 1080) für Personal, entfielen auf den Ankauf von Lebensmitteln je Kopf und Tag 1,82 (1933: 1,86) RM. Je Verpflegungstag der Pfleglinge betrugen die Gesamtausgaben 5,84 (1933: 6,48) RM, die Gesamteinnahmen 4,93 (1933: 5,03) RM und der Zuschuß 0,91 (1933: 1,45) RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

8. Badeanstalten.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 26).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	20 410	18 363	—	2 047	19 781
b) Einnahmen aus dem Betriebe	293 580	294 340	760	—	313 231
c) Sonstige Einnahmen	16 070	14 747	—	1 323	16 164
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 450	546	—	904	1 597
Summe der Einnahmen	331 510	327 996	760	4 274	350 773
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	152 750	157 041	4 291	—	154 070
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	20 840	19 698	—	1 142	16 515
II. Zweckausgaben	73 850	83 318	9 468	—	76 399
c) 1. a) Zinsendienst	27 531	27 531	—	—	27 040
b) Tilgung	22 289	22 289	—	—	24 380
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	68 090	68 090	—	—	68 030
d) Rücklagen, Fonds	10 430	10 430	—	—	7 560
2. Einmalige Ausgaben	5 250	5 062	—	188	10 327
3. Verwaltungskostenbeiträge	10 600	10 600	—	—	10 600
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	12 960	12 960	—	—	22 450
Summe der Ausgaben	404 590	417 019	13 759	1 330	417 371
Summe der Einnahmen	331 510	327 996	760	4 274	350 773
Zuschuß	73 080	89 023	15 943	—	66 598

Der Besuch der städtischen Badeanstalten hat seit dem Jahre 1930 eine rückläufige Bewegung aufzuweisen. Die Benützung der Hallenbäder wurde einmal beeinträchtigt durch die Zunahme der Hausbäder in den Neubauwohnungen, zum anderen durch die Wirtschaftskrise. Für den Besuch der Freibäder war in allererster Linie die sommerliche Witterung maßgebend. Während im Jahre 1933 sich allgemein eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bemerkbar machte, zeigte die Benützung der städtischen Badeanstalten einen weiteren Rückgang sowohl bei den Hallen- als auch bei den Freibädern. Auch im Wirtschaftsjahre 1934 ist noch kein grundlegender Wandel in dieser Entwicklung zu erkennen.

Die Gesamtbesucherzahl ist mit 587 933 gegen 602 310 im Vorjahr erneut um 2,3 v. H. gesunken. Zwar zeigte sich bei den Hallenbädern eine kleine Zunahme um 3,2 v. H., der Besuch der Sommerbäder war aber infolge der außerordentlich ungünstigen Witterung im Hauptferienmonat August um 14 v. H. geringer als im vorhergehenden Wirtschaftsjahr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die einzelnen Bäder hatten folgenden Besuch zu verzeichnen: Vierordtbad 232 051 (1933: 224 234), Friedrichsbad 205 207 (1933: 202 912), Rheinstrandbad Rappenwört 132 733 (1933: 156 730), Sonnenbad am Rheinhafen 17 942 (1933: 18 434) Personen. Das Beiertheimer Bad, das am 1. Oktober 1931 wegen geringer Benützung geschlossen wurde, blieb auch im Wirtschaftsjahr 1934 außer Betrieb.

Eine Steigerung im Besuch der Hallenbäder ist seit Oktober 1934 festzustellen. Auch die in den letzten Jahren stark eingeschränkte Zahl der durch die Krankenkassen verordneten Heil- und Kurbäder hat eine Erhöhung erfahren. Die Heilbadanlagen der beiden Anstalten erfahren durch die Stadtverwaltung größte Beachtung. Sie sind in einer Weise ausgebaut, die allen Ansprüchen der Neuzeit genügen.

Eine günstige Auswirkung zeigten die verschiedenen Werbemaßnahmen, wie der Vorverkauf von Badekarten zu ermäßigtem Preis an Organisationen, Vereine, Gesellschaften usw. (1934: 90 000 Stück gegen 73 000 im Vorjahr), der unentgeltliche Schwimmunterricht an jedermann in den Wintermonaten, an dem im Berichtsjahr 353 Personen teilgenommen haben, die Durchführung der Reichsschwimmwoche in der Zeit vom 17. bis 24. Juni 1934, wobei zu jeder gelösten Schwimmbadkarte eine Freikarte gegeben wurde, sowie der vom Sportamt „Kraft durch Freude" in den Abendstunden eingerichtete Schwimmunterricht.

Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft bildete wieder eine namhafte Zahl von Rettungsschwimmern aus, durch deren Einsetzen die Sicherheit der Badegäste in den Freibädern dauernd zunimmt.

Die Offenhaltung der Hallenbäder an Sonn- und Feiertag-Vormittagen hat sich bewährt und ist während des Berichtsjahres beibehalten worden; allerdings war nur das Vierordtbad, dafür aber als Familienbad, geöffnet.

In den beiden Hallenbädern fanden nur die notwendigen Instandsetzungsarbeiten statt. Im Rheinstrandbad Rappenwört mußten die Wege verbessert werden. Ein Teil der Ringtennisplätze beim Hedel wurde aufgehoben, weil genügend Plätze vorhanden sind. An ihrer Stelle ist die Anlage einer 100-m-Laufbahn beabsichtigt. Der Karlsruher Turnverein 1846 erweiterte sein Paddelboothaus für weitere 32 Boote, der früher in Maxau ansässige Kanuklub „Rheinbrüder" begann mit dem Neubau eines Bootshauses für 200 Boote. Nach dessen Fertigstellung sind 600 Paddelboote auf Rappenwört untergebracht. Durch die vom Rheinbauamt errichteten neuen Hochwasserdämme verlor Rappenwört teilweise seinen Charakter als Insel. Der früher so häufig mit Paddelbooten befahrene Altrheinarm hat dadurch für Paddler wesentlich an Anziehungskraft eingebüßt.

Der Bäderbesuch gestaltete sich in den einzelnen Anstalten wie folgt:

	Vierordtbad			Friedrichsbad			Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen	Rheinstrandbad Rappenwört	Zusammen
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen			
Schwimmbäder . .	121 756	51 599	173 355	70 303	60 870	131 173	17 942	132 733	455 203
Wannenbäder . . .	21 294	21 323	42 617	27 382	41 168	68 550	—	—	111 167
Kohlensäurebäder .	835	429	1 264	519	529	1 048	—	—	2 480
Sauerstoffbäder . .	114	54	168						
Schaumbäder . . .	22	34	56	19	76	95	—	—	151
Fangobäder	365	335	700	298	455	753	—	—	1 453
Kneippgüsse	87	40	127	64	154	218	—	—	345
Dampfbäder . . .	5 201	1 113	6 314	—	—	—	—	—	6 314
elektrische Lichtbäder	3 693	1 022	4 715	348	553	901	—	—	5 616
verschied. Kurbäder .	1 777	958	2 735	185	2 284	2 469	—	—	5 204
Zusammen	155 144	76 907	232 051	99 118	106 089	205 207	17 942	132 733	587 933

Schwimmunterricht gegen Bezahlung nahmen im Vierordtbad 14 Erwachsene, 44 Kinder, im Friedrichsbad 11 Erwachsene, 24 Kinder. Am unentgeltlichen Schwimmunterricht für Schüler der Volks- und Mittelschulen beteiligten sich im Vierordtbad 1229, im Friedrichsbad 957 Kinder. Von der Aufbewahrung der Badewäsche machten im Vierordtbad 76 Personen, im Friedrichsbad 116 Personen Gebrauch.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Rheinstrandbad Rappenwört verteilten sich die Besucher mit 6459 auf Einzelkabinen, 7528 auf Wechselkabinen, 74 044 auf Sammelgarderobe, 2928 auf Kleiderkästchen, 22 784 auf Schüler, 18 990 auf Besichtigungen. Insbesondere die Benützung der im Preise höheren Kabinen und Wechselkabinen ging zurück. Auf den Parkplätzen waren untergebracht: 28 075 Fahrräder, 1815 Motorräder, 3921 Kraftwagen.

Die Heizung erforderte im Dierordtbad einschließlich Winter- und Festhalleheizung 1 248 254 (1933: 1 321 646) kg, im Friedrichsbad 552 055 (1933: 556 309) kg Brennstoffe. Der große Festhallesaal wurde 64 (1933: 60) mal und der kleine Festhallesaal 26 (1933: 31) mal beheizt.

Die Stromerzeugungsstation des Dierordtbades lieferte 203 247 (1933: 203 938) kWh Drehstrom für das städtische Netz und 32 938 (1933: 33 996) kWh Gleichstrom. Von dem Gleichstrom dienten 17 068 kWh zum Eigenverbrauch, zum Verkauf an Private 1061 kWh, zur Abgabe an die Festhalle 5724 kWh; der Rest mit 9085 kWh entfällt auf Verlust. Aus dem städtischen Netz bezog das Dierordtbad 49 529 kWh. Im Friedrichbad hat die Stromanlage 164 910 (1933: 161 210) kWh Strom erzeugt, aus dem städtischen Netz wurden 66 749 (1933: 72 232) kWh geliefert. 100 184 (1933: 100 301) kWh dienten zur Abgabe an das städtische Netz, 49 155 (1933: 47 701) kWh zum Eigenverbrauch, 82 320 (1933: 85 440) kWh zur Abgabe an Private.

An Wasser benötigte das Dierordtbad 167 897 (1933: 160 484) cbm aus dem eigenen Brunnen, 6329 (1933: 6719) cbm aus der städtischen Leitung, das Friedrichsbad 83 516 (1933: 79 418) cbm aus dem eigenen Brunnen, 617 (1933: 464) cbm aus der städtischen Leitung. Für das Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen förderten die Pumpen des Elektrizitätswerks schätzungsweise 300 000 (1933: 280 000) cbm aus dem Rheinhafen, der Wasserleitung wurden 908 (1933: 898) cbm entnommen. Die Wasserversorgung der Duschräume aus dem Schwimmbecken erforderte 2476 (1933: 2554) kWh Strom. Im Rheinstrandbad Rappenwört entstand ein Wasserverbrauch für Trink-, Gieß- und Duschzwecke von 9450 (1933: 7221) cbm. An elektrischem Strom für Beleuchtung und die Wasserpumpstation wurden 5178 (1933: 7241) kWh verbraucht.

Das Personal der Badeanstalten bestand aus 11 Beamten, 1 Beamtenanwärter, 1 Dauerangestellten, 43 dauernd und 9 vorübergehend beschäftigten Arbeitern, zusammen 65 (1933: 65) Arbeitern. Durch die Offenhaltung eines Hallenbades an Sonntagvormittagen konnten zwei sonst nur in den Sommermonaten beschäftigte Hilfsbademeister ganzjährig verwendet werden. Hierdurch war eine Steigerung der persönlichen Ausgaben nicht zu vermeiden. Auch bei den Zweckausgaben trat eine Überschreitung des Haushaltsplans ein, die auf nicht zu umgehende Unterhaltungsarbeiten und eine Änderung in der Brennstoffverfeuerung zurückzuführen war. Da sich die Einnahmen infolge geringerer Benützung erneut verminderten, erforderten die Bäder im Berichtsjahr einen Zuschuß von 89 022 (1933: 66 598) RM. An dem Gesamtzuschuß waren im einzelnen beteiligt: Dierordtbad mit 30 025 RM, Friedrichsbad mit 2986 RM, Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen mit 6505 RM, Rheinstrandbad Rappenwört mit 49 506 RM.

9. Sonstige Gesundheitsfürsorge.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 27).

Einnahmen.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
D. Tuberkuloseberatungsstelle.					
a) Gebühren und Beiträge	11 480	4 280	—	7 200	11 611
b) Sonstige Einnahmen	20	51	31	—	26
G. Desinfektionsanstalt.					
Gebühren	2 200	3 599	1 399	—	2 229
H. Krankentransportwesen.					
a) Einnahmen aus dem Betriebe	17 300	21 511	4 211	—	17 888
b) Sonstige Einnahmen	50	—	—	50	—
J. Schnakenbekämpfung.					
a) Gebühren und Beiträge	3 500	2 848	—	652	1 832
b) Sonstige Einnahmen	—	7	7	—	—
Summe der Einnahmen	34 550	32 296	5 648	7 902	33 586

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
A. Untersuchung von Lebensmitteln.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	—	—	—	—	—
b) Sachlich	3 300	3 041	—	259	3 076
	3 300	3 041	—	259	3 076
B. Stadtschularztstelle.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	36 990	36 758	—	232	33 061
b) Sachlich	11 410	10 031	—	1 379	10 630
3. Verwaltungskostenbeiträge	200	200	—	—	200
	48 600	46 989	—	1 611	43 891
C. Schulzahnklinik.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	10 820	10 553	—	267	10 608
b) Sachlich	3 830	3 475	—	355	3 681
3. Verwaltungskostenbeiträge	200	200	—	—	200
	14 850	14 228	—	622	14 489
D. Tuberkuloseberatungsstelle.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	23 210	23 813	603	—	23 333
b) Sachlich					
I. Verwaltungsausgaben	8 690	8 211	—	479	8 350
II. Zweckausgaben	7 480	4 095	—	3 385	7 171
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	142
3. Verwaltungskostenbeiträge	880	880	—	—	880
	40 260	36 999	603	3 864	39 876
E. Gesundheitsbehörde.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 730	3 162	432	—	2 545
b) Sachlich	2 300	1 651	—	649	2 305
3. Verwaltungskostenbeiträge	100	100	—	—	100
	5 130	4 913	432	649	4 950
F. Bekämpfung anderer ansteckender Krankheiten.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 220	1 951	—	269	2 136
b) Sachlich	300	223	—	77	181
	2 520	2 174	—	346	2 317
G. Desinfektionsanstalt.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
Ersatz des Aufwandes für die Desinfektionsanstalt an das Krankenhaus	9 500	11 604	2 104	—	8 682

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
H. Krankentransportwesen.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	100	2	—	98	—
b) Sachlich	6 100	4 992	—	1 108	4 498
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	8 700
3. Verwaltungskostenbeiträge	11 150	11 150	—	—	11 150
	17 350	16 144	—	1 206	24 348
J. Schnakenbekämpfung.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	1 500	438	—	1 062	958
b) Sachlich	6 500	1 942	—	4 558	3 977
3. Verwaltungskostenbeiträge	6 000	6 000	—	—	6 000
	14 000	8 380	—	5 620	10 935
K. Sonstiges.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	330	170	—	160	321
b) Sachlich	1 130	826	—	304	869
	1 460	996	—	464	1 190
Ausgaben.					
Wiederholung.					
A. Untersuchung von Lebensmitteln	3 300	3 041	—	259	3 076
B. Stadtschularztstelle	48 600	46 989	—	1 611	43 891
C. Schulzahnklinik	14 850	14 228	—	622	14 489
D. Tuberkuloseberatungsstelle	40 260	36 999	603	3 864	39 876
E. Gesundheitsbehörde	5 130	4 913	432	649	4 950
F. Bekämpfung anderer ansteckender Krankheiten	2 520	2 174	—	346	2 317
G. Desinfektionsanstalt	9 500	11 604	2 104	—	8 682
H. Krankentransportwesen	17 350	16 144	—	1 206	24 348
J. Schnakenbekämpfung	14 000	8 380	—	5 620	10 935
K. Sonstiges	1 460	996	—	464	1 190
Summe der Ausgaben	156 970	145 468	3 139	14 641	153 754
Summe der Einnahmen	34 550	32 296	5 648	7 902	33 586
Zuschuß	122 420	113 172	—	9 248	120 168

A. Untersuchung von Lebensmitteln.

Die Untersuchung von Lebensmitteln besorgten wie bisher staatliche Polizeibeamte. Der Aufwand hielt sich in den üblichen Grenzen.

B. Stadtschularztstelle.

Die gesundheitliche Überwachung der Karlsruher Schuljugend oblag der Stadtschularztstelle. Der Gesundheitszustand der Schuljugend gestaltete sich im Berichtsjahr wie im Vorjahr befriedigend, nur die Zahl der Scharlacherkrankungen war unverhältnismäßig hoch, ebenso während einiger Wochen im Frühjahr 1935 die Zahl der Grippeerkrankungen. Von einer Schließung der Schulen konnte jedoch abgesehen werden. Die Zahl der Todesfälle im Schulalter von 5 bis 15 Jahren

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

betrug 32 gegen 24 im Vorjahr. Zugenommen haben die Verunglückungen und die Todesfälle an Blinddarmentzündung.

Die durchschnittliche Körpergröße und das durchschnittliche Körpergewicht sind im Berichtsjahr gegen das Vorjahr wiederum gestiegen. Im Zusammenhang damit konnte festgestellt werden, daß die Pubertät durchschnittlich um ein Jahr früher eintritt als z. B. im Jahre 1922 und wahrscheinlich auch als in der Vorkriegszeit.

Reihenuntersuchungen wurden durchgeführt bei den Klassen des I., IV. und VIII. Jahrganges der Volksschule, des II. Jahrganges der Fortbildungsschule und des II. Jahrganges der Handels- und Gewerbeschule. Die II., III., V., VI. und VII. Klassen der Volksschule kamen zur Durchmusterung. In der Volksschule waren es 7295 (1933: 7504) Knaben und 7296 (1933: 7601) Mädchen, zusammen 14591 (1933: 15105) Schüler, in der Fortbildungsschule 145 (1933: 145) Knaben und 335 (1933: 306) Mädchen, zusammen 480 (1933: 451) Schüler, in der Gewerbe- und Handelsschule 702 Knaben und 207 Mädchen, zusammen 909 Schüler, insgesamt 15980 (1933: 15556) Schüler, die bei den Reihenuntersuchungen oder Durchmusterungen zur ärztlichen Untersuchung gelangten. Die bei den Klassenuntersuchungen gewonnenen Werte für Körpergröße und Körpergewicht verarbeitete das städtische statistische Amt. Es zeigte sich erneut, daß im allgemeinen hinsichtlich der Größen- und Gewichtsentwicklung die Kinder aus den wirtschaftlich weniger günstig gestellten Stadtbezirken wesentlich hinter den aus besser gestellten Wohngegenden stammenden zurückbleiben.

Im allgemeinen Körperzustand der reihenuntersuchten und durchgemusterten Schüler machte sich in der Volksschule eine geringe Besserung bemerkbar; insbesondere nahmen die Kinder mit einem schlechten Ernährungszustand ab. Beim reihenuntersuchten zweiten Jahrgang der Fortbildungsschule dagegen erwies sich eine Verschlechterung. Der erstmalig festgestellte allgemeine Körperzustand des zweiten Jahrgangs in den Fachschulen zeitigte durchweg ein wesentlich günstigeres Ergebnis als in der Fortbildungsschule.

Die schulärztliche Sprechstunde suchten 12109 (1933: 8198) Volksschüler, 216 Fortbildungsschüler, 73 Gewerbe- und Handelsschüler und 261 Schüler der Höheren Lehranstalten auf.

Vorübergehender Ausschluß vom Unterricht mußte veranlaßt werden wegen Diphtherie in 53 (1933: 69), Diphtherie im Hausstand in 48 (1933: 60), wegen Scharlach in 283 (1933: 68), Scharlach im Hausstand in 281 (1933: 73), wegen Typhus in 1 (1933: Typhus im Hausstand 8), wegen spinaler Kinderlähmung in 6 (1933: 0), spinaler Kinderlähmung im Hausstand in 9 (1933: 0), wegen Genickstare in 1 (1933: 0), wegen Ruhr in 1 (1933: 0) und wegen Ruhr im Hausstand in 2 (1933: 0) Fällen. Ferner traten im Mai 1934 und Februar 1935 im Karlsruher Solbad Donaueschingen je einige Fälle von Scharlacherkrankungen auf.

An den Sonderturnkursen unter fachärztlicher Leitung von Professor Dr. Baisch in vorbeugenden und ausgleichenden Leibesübungen nahmen im ganzen 28 (1933: 29) Knaben und 43 (1933: 32) Mädchen teil, wobei sich wiederum bestätigte, daß erst nach zweijährigem Besuch der Kurse eine nachhaltige Kräftigung der Muskulatur gesichert ist.

Kopfreinigungen mußten bei 830 (1933: 614) Kindern in 2348 (1933: 2330) Fällen durchgeführt werden.

Auf Vorschlag der Stadtschularztstelle haben der Verein Jugendhilfe, die NS-Volkswohlfahrt, die NS-Kriegsopferversorgung und die Reichsbahnverwaltung zusammen 985 (1933: 986) Kinder zu Erholungs- oder Heimstättenkuren in den ihnen zur Verfügung stehenden Heimen untergebracht. In Familienpflege bezw. Ferienkolonien entsandt wurden durch die NS-Volkswohlfahrt 1184 (1933: 350) Schüler, durch den evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsdienst 26 Schüler und durch den Caritasverband 70 Schüler. Örtlichen Erholungskuren im Hardtwald konnten während der großen Sommerferien 600 Kinder durch die NS-Volkswohlfahrt, 500 Kinder durch den Caritasverband, 322 durch den evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsdienst zugeführt werden.

Die Schülerspeisung erfuhr im Berichtsjahr eine Neuregelung. An der Speisung werden alle Kinder beteiligt, deren Ernährer arbeitslos ist, ferner solche von den Schulärzten ausgesuchte schwächliche und kränkliche Kinder, deren familiäre Verhältnisse schwierig sind. Insgesamt wurden aus Mitteln des Stadtjugendamts 588090 (1933: 517648) Portionen und aus Mitteln der Karlsruher Lebensversicherungsbank A.G. 38800 (1933: 39600) Portionen (1933: außerdem 23749 Portionen aus Mitteln des Winterhilfswerks) zusammen 626890 (1933: 580997) Portionen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schülerfrühstücke verabreicht. Zur Verteilung an hilfsbedürftige Kinder kamen außerdem 530 (1933: 600) Liter Lebertran.

Zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 teilte die Stadtschularztstelle aufgrund ihres seit dem Jahre 1910 vorhandenen Materials dem Bezirksarzt 323 nach dem Gesetz in Frage kommende Personen mit.

Zwecks Erlangung eines Ehestandsdarlehens untersuchten die Schulärzte 102 (1933: 199) Männer und 98 (1933: 212) Frauen, zusammen 200 (1933: 411) Personen. In 14 (1933: 19) Fällen mußte die Ausstellung des Zeugnisses abgelehnt werden; 2 Fälle waren am Ende des Berichtsjahres wegen erforderlicher Nachuntersuchung unerledigt.

Die Stadtschularztstelle war im Berichtsjahr einschließlich des gleichzeitig die Leitung der Tuberkulosefürsorgestelle besorgenden Obermedizinalrats mit 4 Beamten und 1 Angestellten besetzt. Gegenüber dem Vorjahr trat eine Erhöhung der persönlichen Ausgaben im Rahmen des Haushaltsansatzes ein.

Aufgrund des Gesetzes über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 geht mit Wirkung vom 1. April 1935 die schulärztliche Tätigkeit an das staatliche Gesundheitsamt über.

C. Schulzahnklinik.

Die Wichtigkeit, die einem ordentlichen Gebiß auf dem Gebiet der Volkshygiene zukommt, hat den Minister des Kultus, der Justiz und des Unterrichts veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die das Volk verseuchenden Zahnschäden, insbesondere die Zahnfäule, mit allen Mitteln von der Jugend fernzuhalten sind.

Bei den an Ostern 1935 aus der Volksschule zur Entlassung gekommenen Schülern konnte erreicht werden, daß 94 v. H. ein gesundes oder in Ordnung gebrachtes Gebiß hatten.

Die Schulzahnklinik behandelte im Berichtsjahr 1666 Kinder, bei denen u. a. 1737 Munduntersuchungen, 462 Nervenbehandlungen, 1873 Wurzelbehandlungen, 914 Wurzelfüllungen, 2305 Zahnfüllungen (Plomben) vorgenommen wurden. Außerdem mußten vom bleibenden Gebiß 874 Zähne bezw. Wurzeln gezogen werden. In 21 Sitzungen waren Zahnregulierungen, in 338 Fällen Zahntrennungen vorzunehmen. Kleinere operative Eingriffe mußten in 5 Fällen ausgeführt werden.

Kinder von Krankenkassenmitgliedern und solche, deren Eltern die Kosten selbst tragen können, werden in der Schulzahnklinik nicht behandelt.

In der Schulzahnklinik war ein Zahnarzt, ein Volontärzahnarzt und 1 Angestellte (Schwester) tätig. Der Aufwand zeigt gegenüber dem Vorjahr eine geringe Ermäßigung.

D. Tuberkuloseberatungsstelle.

Die Tuberkuloseberatungsstelle führte ihre Geschäfte im Berichtsjahr im wesentlichen nach denselben Grundsätzen weiter wie in den letzten Jahren. Die gleiche Verbesserung in der Früherfassung tuberkulös Gefährdeter, wie sie im Vorjahr hinsichtlich der Versicherten der Allgemeinen Ortskrankenkasse erzielt worden war, ließ sich im Berichtsjahr auch hinsichtlich der Angehörigen der Betriebskrankenkassen und der Ortskrankenkasse Ettlingen erreichen, da der vertrauensärztliche Dienst der genannten Kassen zusammengelegt wurde.

Der Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose hat im Berichtsjahr eine neue Verteilungsart seiner Geldmittel eingeführt. Für jeden Fürsorgebezirk ist eine bestimmte Summe vorgesehen, über die die Fürsorgestelle mit Genehmigung des Landesverbands im Einzelfall verfügen kann. Auf Karlsruhe-Stadt entfielen im Berichtsjahr monatlich 1780 *RM*. Die Neuregelung trat am 1. Oktober 1934 in Kraft. In der Zeit vom 1. April bis 30. September 1934 wurden vom Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose an Zuschüssen für Heil- und Asylierungskuren, für ärztliche Behandlung, Ernährungs-, Wohnungs-, Betten- und Kleiderbeschaffung einschließlich der Leistungen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, der Landesversicherungsanstalt Baden und der Reichsbahndirektion Karlsruhe Zuschüsse in Höhe von insgesamt 11 876 *RM* geleistet. Die Zuschüsse aus eigenen Mitteln des Landesverbandes betrugen 8765 *RM*. Die für die zweite Hälfte des Wirtschaftsjahres vorgesehenen Mittel des Landesverbands beliefen sich auf 10 200 *RM*. Für Lupuskranke gewährte der Landesverband außerhalb der Pauschalsumme noch Zuschüsse.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Auf Antrag des Reichsbundes der Deutschen Beamten hat die Beratungsstelle die vorgeschriebenen vertrauensärztlichen Untersuchungen und die Überwachung der Angehörigen tuberkulosekranker Personen aus Beamtenfamilien, die Vermittlung von Kurkostenbeihilfen und sonstiger Unterstützungen übernommen.

Mit der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, Abteilung Mutter und Kind, wurde eine Zusammenarbeit in der Weise vereinbart, daß die Tuberkuloseberatungsstelle der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt unentgeltlich die erforderlichen Gutachten und Berichte mitteilt und ihrerseits bei geeigneten Fällen Anträge an die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt stellt.

Die Arbeit der Tuberkulosefürsorgestelle war so gestaltet, daß jeder Fall unter Anwendung aller in Frage kommender wissenschaftlicher Hilfsmittel, der klinischen Untersuchung einschließlich Blutbildauszählung, Blutsenkung, mikroskopischer Untersuchung, der Ausscheidungen und sonstiger bakteriologischer Methoden und umfangreichster Anwendung des Röntgenverfahrens zunächst zu einer eingehenden ärztlichen Beurteilung kam.

Für den Bezirk Karlsruhe-Stadt, dem daneben Durlach-Stadt und Karlsruhe-Land angeschlossen waren, und der insgesamt 230 000 Einwohner umfaßt, waren 2 Ärzte halbtägig beschäftigt. Das Personal bestand für den Innendienst aus einer Fürsorgerin, einer Rechnungsbeamtin und einer Volontärin, für den Außendienst in der Stadt aus 2 Fürsorgerinnen. In Durlach und Karlsruhe-Land besorgten Bezirks- bezw. Kreisfürsorgerinnen den Fürsorgerinnendienst.

Im Laufe des Berichtsjahres fanden in der Tuberkuloseberatungsstelle 7164 (1933: 8165) Sprechstunden-Beratungen (ohne Durlach und Landbezirk Karlsruhe) statt. Aus dem Vorjahre wurden 6022 (1933: 5206) Fälle übernommen, Neuaufnahmen ergaben sich 1432 (1933: 1516), ausgeschieden sind 957 (1933: 700) Personen, sodaß am Ende des Berichtsjahres 6497 (1933: 6022) Personen in Überwachung der Fürsorgestelle standen. Die Neuaufgenommenen setzten sich aus 492 Männern, 445 Frauen und 495 Kindern zusammen und betrafen 1039 Familien. Die Ärzte wiesen 345 Personen, die Stadtschularztstelle 272 Personen, die Fürsorgeämter 74 Personen, die Krankenkassen, die Landesversicherungsanstalt Baden und das Polizeipräsidium 433 Personen, Krankenhäuser und Heilstätten 19 Personen, sonstige Stellen 34 Personen zu. Durch die Fürsorgerinnen sind 56 Fälle ermittelt worden, auf Einbestellung der Fürsorgestelle erschienen 52 Personen, selbst gemeldet haben sich 147 Personen.

Die klinischen Leistungen bestanden in 5330 körperlichen Untersuchungen, Beratungen und Begutachtungen durch Ärzte, 802 Auswurf- und sonstigen mikroskopischen Untersuchungen, 523 Röntgenaufnahmen, 2285 Röntgendurchleuchtungen, 729 Blutsenkungsreaktionen, 12 serologischen Untersuchungen, 45 Stuhluntersuchungen, 34 Rachenabstrichuntersuchungen, 232 Blutbilduntersuchungen.

Die Fürsorgestelle leitete insgesamt 148 Kuren ein, davon 86 in Heilstätten, 37 in ländlichen Krankenhäusern, 25 in hiesigen Krankenhäusern. Miteingezählt sind einige Kuren, die von den Versicherungsanstalten durchgeführt wurden, zu denen aber wegen ungenügender Versicherung Fürsorgeamt und Badischer Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose auf Antrag der Fürsorgestelle Beiträge geleistet haben.

Am 1. April 1934 waren 413 Lungentuberkulosefälle mit nachgewiesenem positivem Bazillenbefund und noch nicht abgeheiltem Prozeß, 86 ansteckungsfähige Lungenkranke zunächst ohne erbrachten Bazillennachweis, zusammen 499 Fälle von ansteckungsfähiger Lungentuberkulose bekannt. Die Zahl der aktiven Tuberkulosefälle anderer Organe einschließlich Lupus betrug 66. Im Laufe des Jahres sind 132 ansteckungsfähige Fälle von Lungentuberkulose abgegangen und 156 neu zugegangen, sodaß am 31. März 1935 die Zahl der erfaßten Offentuberkulösen 418, der ansteckungsfähigen Lungentuberkulosefälle ohne Bazillennachweis 105, die Zahl der Ansteckungsfähigen insgesamt 523 betrug. An aktiven Tuberkuloseerkrankungen anderer Organe einschließlich Lupus waren 79 Fälle ermittelt. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1934 verstarben an Lungentuberkulose 86 (1933: 106) amtlich gemeldete Ortsansässige; von diesen waren 82 = 95,35 (1933: 92,5) v. H. erfaßt. An Tuberkulose aller Art verstorben sind 108 (1933: 130) ortsansässige Personen; 76 v. H. der Verstorbenen befanden sich zuletzt in Krankenhauspflege. Auf 10 000 Einwohner entfielen somit 6,94 an Tuberkulose aller Art verstorbene Personen.

Durch die mit der Vertrauensarztstelle der Krankenkassen getroffene Vereinbarung ist ein wesentlicher Schritt zur Früherfassung der Tuberkulose zurückgelegt worden. Der Erfolg erscheint

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

offensichtlich zu sein; die Zahl der neuerfaßten aktiven, aber noch geschlossenen und der nur fakultativ offenen Tuberkulosen ist im Berichtsjahre größer geworden (insgesamt um 32 Fälle gegen dem Vorjahr), während die Zahl der Todesfälle an Lungentuberkulose sich wesentlich verringert hat (von 106 auf 86) und die Zahl der Offentuberkulösen nur um 5 gestiegen ist. Dies darf nunmehr zugleich als einwandfreier Nachweis des Erfolges der Fürsorgearbeit der Karlsruher Tuberkulosefürsorge angesehen werden. Denn es besteht folgende Konstellation: Gleichbleibende, scheinbar sogar erhöhte Zahl der Erkrankungen, Abnahme der offenen Tuberkulosefälle, gleichzeitige Abnahme der Tuberkulosesterbefälle. Es werden somit die beginnenden Tuberkulosen rechtzeitiger, solange sie noch geschlossen sind, erfaßt und der Heilung zugeführt. Der Hundertsatz der zur Ausheilung kommenden Fälle erhöht sich, dadurch verringern sich die Sterbefälle. Gleichzeitig ist festzustellen, daß die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen im Kindesalter in den letzten Jahren immer geringer geworden ist. Im Alter von 6 bis 15 Jahren war nur bei 3 Kindern offene, bei 2 Kindern fakultativ offene Lungentuberkulose festzustellen. Bei 155 000 Einwohnern wurden nur 26 frische Heilstätten- oder Krankenhauskuren erforderlich.

Nach Andvord ist die Tuberkulose eine Generationskrankheit, ein Rückgang der Erkrankungsfälle im Kindesalter hat eine entsprechende Abnahme der Erkrankungsfälle derselben Generation im Alter von 20 bis 30 Jahren zur Folge. Es steht somit zu erwarten, daß, wenn keine Störungen anderweitiger Art dazwischen kommen, und die Leistungen des öffentlichen Gesundheitswesens die gleichen bleiben wie bisher, in 20 Jahren weitere Auswirkungen der jetzt geleisteten Arbeit zu sehen sein werden.

Von der Stadt war lediglich der Verwaltungsaufwand der Tuberkulosefürsorgeberatungsstelle zu tragen, zu dem die angeschlossenen Organisationen Beiträge leisteten. Da im Hinblick auf die bevorstehende Neuregelung die Beitragszahlung an die Stadt im Laufe des Berichtsjahres eingestellt wurde, ergab sich eine Mindereinnahme gegenüber dem Haushaltsplan von 7200 *RM*. Zum teilweisen Ausgleich der entgangenen Einnahmen sah sich die Stadt gezwungen, ihren Beitrag an den Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose mit 3140 *RM* zu sperren. Hierdurch sind die Veränderungen im finanziellen Ergebnis bedingt. Die Kosten für die Einleitung von Kuren, Zuschüsse für Ernährung, Wohnungs-, Betten-, Kleiderbeschaffung sind in dem eingangs dargestellten Aufwand nicht enthalten, da sie ganz aus Überweisungen des Landesverbandes finanziert worden sind und unter der Vorschußrechnung erscheinen.

Auf 1. April 1935 ging die Tuberkuloseberatung auf das neuerrichtete staatliche Gesundheitsamt über.

E. Gesundheitsbehörde.

Die Zahl der Frauen, die aufgrund des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in fortlaufender Überwachung der Gesundheitsbehörde stehen, hat sich im Berichtsjahr vermindert. An dessen Ende war die fortlaufende Überwachung von 197 (1933: 227) weiblichen Personen durch die Gesundheitsbehörde erforderlich. Für die Untersuchungen der Prostituierten galt auch in diesem Jahre die freie Ärztewahl. Bewährt hat sich wiederum die vierwöchentliche vertrauensärztliche Untersuchung durch den Arzt der Gesundheitsbehörde und den Oberarzt der Hautabteilung des städtischen Krankenhauses. Wegen des Verdachts der Ausübung häufig wechselnden Geschlechtsverkehrs mußte die Gesundheitsbehörde im Berichtsjahr bei 148 (1933: 231) weiblichen Personen tätig werden. Auch in der Zahl der in vorübergehender Überwachung der Gesundheitsbehörde befindlichen Personen ist im Berichtsjahr ein Rückgang auf 54 (1933: 65) Frauen und 24 (1933: 40) Männer eingetreten. Bei letzteren handelt es sich um solche Personen, die der Aufforderung des Arztes oder der Beratungsstelle für Geschlechtskranke zur Behandlung nicht nachgekommen sind.

Der Aufwand für die Gesundheitsbehörde zeigte gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Veränderung.

F. Bekämpfung anderer ansteckender Krankheiten.

Auf dem Gebiet der Bekämpfung ansteckender Krankheiten übernahm die Stadt auch im Berichtsjahr den Aufwand für eine Schwester des Badischen Frauenvereins.

Die sachlichen Ausgaben betrafen die Reinigung der Schulräume nach Vornahme der gesetzlichen Impfungen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

G. Desinfektionsanstalt.

Im Wirtschaftsjahr 1934 nahm die Desinfektionsanstalt des städtischen Krankenhauses 784 (1933: 516) Desinfektionen vor, wovon 735 (1933: 450) amtlich vorgeschrieben, 49 (1933: 66) von Privatpersonen beantragt waren.

Die Desinfektionen für Stadtbewohner betrafen Diphtherie in 97, Genickstarre in 2, Krebs in 4, Ruhr in 3, Scharlach in 389, Tuberkulose in 179, Typhus in 7, Para-Typhus in 4, Kindbettfieber in 2, Nasendiphtherie in 1, Lungenentzündung in 1, Reinigung in 71, spinale Kinderlähmung in 22, Eiterungen in 2 Fällen. Zur Vornahme der Desinfektionen wurde der große Dampfapparat 145 (1933: 268) mal, das Dampfkochfaß 49 (1933: 41) mal beschickt.

Für das Krankenhaus kamen außer den in den Apparaten desinfizierten Betten und Kleidungsstücken 57 (1933: 37) Zimmer und Säle mit zusammen 7346,40 (1933: 3056,90) cbm zur Desinfektion.

Die Einnahmen für die Desinfektionsanstalt waren entsprechend der größeren Zahl vorgenommener Desinfektionen erhöht. Bei den Ausgaben trat infolge ungenügender Bemessung bei der Aufstellung des Haushaltsplans eine Überschreitung ein.

H. Krankentransportwesen.

Für den Krankentransport durch die Berufsfeuerwehr standen drei Krankenwagen zur Verfügung. Um jedermann die Möglichkeit zu geben, eine dem Allgemeinwohl dienende Einrichtung benützen zu können, wurden die Gebühren für die Krankentransporte von und nach außerhalb mit Wirkung vom 1. März 1935 an auf den für Fahrten innerhalb der Stadt geltenden Satz von 0,50 *RM* pro Fahrtkilometer und 2 *RM* je Stunde für das Begleitpersonal herabgesetzt.

Die Zahl der Krankentransporte betrug im Wirtschaftsjahr 1934 insgesamt 2685 (1933: 2331), das sind 354 mehr als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der gefahrenen Kilometer belief sich auf 27215 (1933: 22812); davon entfallen 19154 (1933: 17535) km auf Stadtfahrten und 8061 (1933: 5277) km auf Überlandfarten. Der Tagesdurchschnitt betrug somit 7,45 Transporte (1933: 6,45, 1932: 6,09). Von den 2685 Fahrten waren 240 (1933: 140) Überlandfahrten mit durchschnittlich 33,58 (1933: 37,7) km je Fahrt. Gegenüber dem Vorjahre ist eine leichte Besserung in der Inanspruchnahme der städtischen Krankenwagen eingetreten.

Entsprechend der gestiegenen Fahrleistung der Krankenwagen erhöhten sich die Einnahmen. Da im Vorjahr ein neuer Krankenwagen aus Wirtschaftsmitteln beschafft worden war, sind die Ausgaben des Berichtsjahrs im Vergleich zu 1933 zurückgeblieben. Die Vermehrung der Betriebsausgaben wegen stärkerer Inanspruchnahme ist unbedeutend.

J. Schnakenbekämpfung.

Die Schnakenbekämpfungsmaßnahmen oblagen auch im Berichtsjahr für das Stadtgebiet dem städtischen Gartenamt, für die städtischen Rheinwaldungen dem Forstamt.

Die langdauernde Trockenheit des Sommers 1934 verhinderte die Entwicklung der Hausschnaken dadurch sehr, daß die sonst stark mit Schnakenbrut verseuchten Gräben ohne Wasser blieben. Bei der Winterbekämpfung der Hausschnaken zeigte es sich aber, daß die lang andauernde, warme Witterung erheblich mehr Schnaken als in früheren Jahren zur Entwicklung kommen ließ, deren Brutstätten, trotz Verpflichtung der Kleingärtner und Gartenbesitzer zur Vernichtung, in den Wasser- und Jauchefässern, Pfuhlgruben und sonstigen nutzlosen Wasseransammlungen in Hausgärten zu suchen sind. Bei der Nachschau in den Wintermonaten Dezember, Januar, Februar und Anfang März konnte festgestellt werden, daß sich die Zahl der mit Schnaken besetzten Räume wesentlich vermehrt hat. In 4246 (1933: 3234) Häusern mit 9492 (1933: 6088) Räumen wurden Schnaken vorgefunden. Die Mehrzahl der Räume, in denen Schnaken vorhanden waren, befand sich in den Vororten und äußeren Stadtteilen, im Innern der Stadt sind nur wenig Schnaken angetroffen worden.

Während sich die Hausschnaken nur auf einen Bereich von etwa 2 km um ihre Brutstätten herum ausbreiten und durch sie allein eine Schnakenplage nicht hervorgerufen werden kann, entfernen sich die Überschwemmungsschnaken, wie sie in den Rheinwaldungen auftreten, in allerkürzester Zeit bis zu 20 km von ihrer Brutstelle. Bei dem ungewöhnlich niedrigen Wasserstand der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ersten Monate des Jahres 1934 war von einer Schnakenplage nichts zu verspüren. Die erste unbedeutende Hochwasserwelle Anfang Juli löste die erste Entwicklung der Überschwemmungsschnaken aus. Aber erst, als der Rhein Anfang August die 5 m-Grenze überschritt, setzte schlagartig eine Massenentwicklung der Stechmücken ein. Wenige Tage genügten, um die gesamte Rheinniederung mit einer ungeheuren Anzahl von Überschwemmungsschnaken zu verseuchen, und kaum 14 Tage nach dem Hochwasserstand machte sich die Schnakenplage auch bereits in den entfernteren Wohngebieten bemerkbar.

Die Bekämpfungsmaßnahmen der Überschwemmungsschnaken erstrecken sich auf die mechanische Bekämpfung, die den Entzug der Brutstätten durch Entwässerung zum Ziele hat, die chemische Bekämpfung, welche in der Entwicklung begriffene Massenbruten vernichtet und schließlich die biologische Methode, welche durch Schutz der natürlichen Feinde einer Massenvermehrung der Stechmücken Einhalt gebietet.

Die Gebühren und Beiträge zur Bekämpfung der Hausschnaken waren gegenüber dem Vorjahr erhöht. An den Ausgaben ließen sich Ersparnisse erzielen.

K. Sonstiges.

Die sonstigen Ausgaben, wie für die Unterhaltung von Freibädern und Zahlung von Beiträgen an Organisationen, erschöpften nicht den Haushaltsansatz und blieben auch hinter dem Vorjahr zurück.

10. Leibesübungen, Sport, Jugendpflege.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 28).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Einmalige Einnahmen	—	152	152	—	—
Summe der Einnahmen . .	—	152	152	—	—
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Leibesübungen, Sport	57 060	56 225	—	835	53 999
II. Jugendpflege	6 920	13 670	6 750	—	11 559
Summe der Ausgaben . .	63 980	69 895	6 750	835	65 558
Summe der Einnahmen . .	—	152	152	—	—
Zuschuß . .	63 980	69 743	5 763	—	65 558

Die Stadt Karlsruhe ließ auch im Berichtsjahr den Leibesübungen und dem Sport durch unentgeltliche Überlassung eigenen Sportgeländes und von Turnhallen, ferner durch Zahlung eines Anteils zu den an Schwimmvereine und Schüler abgegebenen Badekarten sowie durch Beiträge an Vereine und Organisationen eine Förderung zuteil werden. Die Aufwendungen zeigen gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung.

Die Beiträge und Zuschüsse der Stadt für Zwecke der Jugendpflege haben sich im Berichtsjahr infolge der Übernahme der Miete und der Einrichtungskosten für das der Hitlerjugend zur Verfü-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gung gestellte Anwesen Kriegsstraße 57 und Bewilligung eines erhöhten Zuschusses zum Jugendherbergsverband beträchtlich gesteigert.

11. Förderung des Wohnungsbaues.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 29).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Beitrag der privatwirtschaftlich verwendeten Gemeindegebäude	—	—	—	—	37 700
b) 1. Zinsen aus Darlehen und anderen Forderungen	1 226 630	1 261 172	34 542	—	1 335 366
2. Zinsen aus der Sicherungsrücklage für Bürgschaften zur Wohnungsbauförderung	160	53	—	107	—
3. Zinsen aus Reichsbaudarlehen	7 700	4 407	—	3 293	4 367
c) Zinsbeihilfen des Landes zur Verbilligung von Wohnungsbauanlehen der Stadt	17 500	17 500	—	—	20 000
d) Zuschüsse des Landes	466 110	191 272	—	274 838	213 815
e) Rückzahlungen auf Kapitalforderungen aus der Wohnungsbauförderung	685 100	844 156	159 056	—	780 077
f) Sonstige Einnahmen	300	645	345	—	657
2. Einmalige Einnahmen	25 000	—	—	25 000	—
Summe der Einnahmen	2 428 500	2 319 205	193 943	303 238	2 391 982
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	13 500	16 306	2 806	—	—
b) Sachliche Ausgaben:					
1. Zinsen für aufgenommene Kapitalien	842 380	831 900	—	10 480	916 392
2. Gewährung von Zinsbeihilfen	665 000	629 084	—	35 916	856 753
3. Tilgung von Wohnungsbauanlehen und Reichsbaudarlehen	401 170	284 320	—	116 850	402 400
4. a. Sicherungsrücklage für Bürgschaften zur Wohnungsbauförderung	—	33 300	33 300	—	—
5. Sonstige Ausgaben	11 300	1 200	—	10 100	4 772
2. Einmalige Ausgaben:					
a) Stützung des Neuhausbesitzes	112 750	5 400	—	107 350	81 665
b) Gewährung von Zuschüssen und Darlehen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und Sanierung älterer Stadtteile	288 000	423 295	135 295	—	50 000
3. Verwaltungskostenbeiträge	94 400	94 400	—	—	80 000
Summe der Ausgaben	2 428 500	2 319 205	171 401	280 696	2 391 982
Summe der Einnahmen	2 428 500	2 319 205	193 943	303 238	2 391 982
Zuschuß	—	—	—	—	—

Die nach zwei Jahren völligen Darniederliegens des Baugewerbes im Vorjahre wieder in Gang gebrachte Neubautätigkeit hat sich im Jahre 1934 weiterhin verstärkt. Während die Jahre 1932 und 1933 mit je rund 150 Wohnungen nur 1/6 der durchschnittlichen jährlichen Wohnungserzeugung der Jahre 1925/1929 aufweisen konnten, stieg der Zugang an Wohnungen durch Neubau im Wirtschaftsjahr 1934 bereits auf 406 an. Den Wohnungszugang im einzelnen zeigt folgende Tabelle, in der auch der Zugang durch Umbauten sowie der Abgang enthalten ist:

	Wohnungen mit 1 Zimmern	2	3	4	5	6	7	8 und mehr	Wohnungen insgesamt
Rohzugang durch:									
a) Neubau	2	146	182	26	31	15	3	1	406
b) Um-, Auf- und Anbau	9	44	49	22	4	—	1	—	129
Rohzugang insgesamt	11	190	231	48	35	15	4	1	535
Abgang	—	8	11	2	9	9	4	4	47
Reinzugang	11	182	220	46	26	6	—	(—3)	488
Rohzugang der Neubauwohnungen in v.H.	0,5	36,3	45,0	6,4	7,4	3,5	0,7	0,2	100

Durch die Neubautätigkeit hat die Zahl der Wohnungen in Karlsruhe im Kalenderjahr 1934 um 1,17 v.H. zugenommen. In der gleichen Zeit war in der Einwohnerzahl eine Abnahme von 0,60 v.H. festzustellen, während die Zahl der Familien um 2,65 v.H. gestiegen ist.

Die starke Steigerung des Wohnungsbaues ist vor allem ein Erfolg nachhaltiger Förderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand. Die Mitwirkung des Reichs, des Landes und der Stadt bei der Wiederingangbringung der Wohnungsbautätigkeit beschränkte sich dabei ausschließlich auf die Förderung von Kleinwohnungen und hierbei wiederum insbesondere auf die Förderung von Eigenheimen. Nach obiger Zusammenstellung befanden sich unter 406 neuerstellten Wohnungen 330 Kleinwohnungen bis zu 3 Zimmern, d.s. über 80 v.H. Der Anteil der größeren Wohnungen, die in der Regel eine öffentliche Förderung nicht erhielten, beträgt nur knapp 20 v.H.

An der Förderung des Kleinwohnungsbaues beteiligte sich die Stadt unmittelbar durch Gewährung einmaliger verlorener Zuschüsse, durch Übernahme von Ausfallbürgschaften für zweitstellige Hypothekendarlehen und durch die Hingabe von Bauhypotheken. Mittelbar kam dem Kleinwohnungsbau noch die im Vorjahre beschlossene und auch im Berichtsjahr aufrechterhaltene Ermäßigung der Anliegerkosten (Kanal- und Straßenkostenbeiträge; vergl. den Bericht vom Vorjahr) zugute.

Einmalige verlorene Zuschüsse wurden zugesagt im Betrage von 20345 RM für 81 Kleinwohnungen in 46 Wohngebäuden; der durchschnittliche Zuschußbetrag für eine Wohnung betrug mithin 251 RM. Der Höchstzuschuß je Wohnung mit 350 RM im Vorjahr fand eine Ermäßigung auf 300 RM. Neben dem normalen Zuschuß konnten kinderreiche Bauherren einen zusätzlichen Zuschuß in Höhe von 1/3 des Normalzuschusses erhalten; hiervon wurde in 2 Fällen Gebrauch gemacht.

An Zuschüssen gelangten im Berichtsjahr 56696 RM zur Verausgabung. Der Unterschied zwischen dem zugesagten und dem ausbezahlten Betrag rührt daher, daß im Jahre 1934 noch in größerem Umfange Auszahlungen auf die bereits im Vorjahr zugesagten Zuschüsse stattfanden, da die Zuschüsse erst nach Baufertigstellung fällig waren.

Zur Übernahme von Bürgschaften für zweitstelliges Baukapital mußte sich die Stadt entschließen, weil ohne Bürgschaftsleistung der öffentlichen Hand Beleihungen von Neubauten durch Dritte außerhalb der Mündelsicherheitsgrenze von 50 v.H. des Schätzungswerts auch im Berichtsjahr nicht zu erlangen waren, und das Reich die Bürgschaft nur für ein 24 Familienhäuser umfassendes Siedlungsvorhaben mit einer Bürgschaftssumme von 100000 RM zusagte. Die Reichsbürgschaft ist verhältnismäßig weitgehend; sie ist eine gewöhnliche Bürgschaft und nicht eine Ausfallbürgschaft, bei der vor der etwaigen Inanspruchnahme des Bürgen zunächst in das beliehene Grundstück vollstreckt werden muß. Andererseits sind die Voraussetzungen für die Übernahme der Reichsbürg-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

schaft — in der Regel Unkündbarkeit des Hypothekendarlehens bis zur vollen Tilgung — so weitgehend, daß sich nur in verhältnismäßig wenig Fällen ein entsprechender Darlehensgläubiger findet. Die Stadtbürgschaft stellt dagegen nur eine Ausfallhaftung dar. Bürgschaftsverpflichtungen wurden von der Stadt für 285 600 RM in 31 Fällen eingegangen, womit die Durchführung von 31 Neubauten mit 169 Wohnungen sichergestellt werden konnte. Gläubiger der verbürgten Hypothekendarlehen sind je zur Hälfte die Städtische Sparkasse Karlsruhe und eine private Versicherungsgesellschaft in Berlin. Die Gesamtsumme aller Verbürgungen der Stadt zur Wohnungsbauförderung beläuft sich Ende 1934 auf 1,3 Millionen RM. Für eine etwaige Inanspruchnahme der Stadt aus den übernommenen Bürgschaften besteht eine Bürgschaftssicherungsrücklage, die nach der diesjährigen Zuführung von 33 300 RM auf 53 300 RM angelaufen ist.

Für den besonderen Zweck des Kleineigenheimbaues bewilligte das Reich wie im Vorjahr, jedoch in vermindertem Umfange, Reichsbaudarlehen als zweite Hypotheken. Treuhänderin des Reiches war die Deutsche Bau- und Bodenbank, A.G., Berlin. Das Darlehensgeschäft wickelte sich ausschließlich zwischen dem Bauherrn und der Bank ab. Die Mitwirkung der Stadt beschränkte sich auf die Vorprüfung und Begutachtung des Bauvorhabens in technischer und finanzieller Hinsicht. Zugesagt wurden 1934 insgesamt 35 200 RM Reichsbaudarlehen für 26 Wohnungen in 20 Eigenheimen; auf eine Wohnung entfällt somit eine durchschnittliche Darlehenssumme von 1350 RM.

Die hauptsächlichste und wirkungsvollste Unterstützung des Wohnungsbaus bestand in der Hergabe von Baudarlehen als zweite Hypotheken durch die Stadt. Es konnte somit das seit 1931 gänzlich ruhende Baudarlehensgeschäft wieder aufgenommen werden. Gegenüber früher traten jedoch wesentliche Änderungen ein: Früher stand der Stadt für Baudarlehensgewährung zunächst der städtische Wohnungsbauanteil an dem Aufkommen aus der Gebäudesondersteuer als Eigenkapital zur Verfügung. Diese Mittel wurden verstärkt durch die von der Stadt aufgenommenen Wohnungsbauanlehen, die in erster Linie der Badische Staat bereitstellte. Schon im Jahre 1931 ergab sich eine einschneidende Verschiebung durch Verminderung des Wohnungsbauanteils an der Gebäudesondersteuer und dessen Beschlagnahme durch den Staat. Der Staat stellte zwar der Stadt aus dem in Karlsruhe anfallenden Steueranteil einen Teilbetrag als verlorenen Zuschuß zur Verfügung, der aber ganz zur Ausgleichung der städtischen Wohnungsbaurechnung und der Stützung des Neuhausbesitzes verwendet werden mußte. Im Jahre 1934 erhielt dagegen die Stadt keine Rücküberweisung mehr in Form verlorener Zuschüsse (der im Berichtsjahr noch vereinnahmte Zuschußbetrag mit 125 162 RM ist noch ein Rest aus der Zuteilung 1933), vielmehr bekam sie vom Staat nur noch Landesdarlehen zur Förderung des Wohnungsneubaues. Im ganzen betrugen diese zu 3 v. H. verzinslichen und mit 2 v. H. zu tilgenden Darlehen 490 000 RM. Die Stadt war verpflichtet, diese Landesdarlehen zwar unter eigener Verantwortung, aber nur nach vorgehender staatlicher Zustimmung im Einzelfall an die Bauherren zu den gleichen Bedingungen weiterzugeben. Insgesamt wurden damit 246 Kleinwohnungen in 113 Wohngebäuden gefördert. Der im Durchschnitt auf eine Wohnung entfallende Darlehensbetrag war mit rd. 2000 RM gegenüber den Jahren 1928 bis 1931 auf etwa die Hälfte vermindert. Diese Herabsetzung hat sich einmal dadurch ergeben, daß die Darlehensmittel verhältnismäßig gering waren, andererseits aber sind die Baukosten gegenüber den früheren Jahren wesentlich gesunken, und endlich forderte man ein Eigenkapital des Bauherrn von mindestens 30 v. H. der Gesamtkosten gegenüber früher nur 20 v. H. Die Baudarlehen mußten deshalb auch noch innerhalb 70 v. H. der Gesamtkosten gegenüber früher 80 v. H. hypothekarisch gesichert werden.

Im Berichtsjahr wurden gefördert durch: Verlorene Zuschüsse 48 Wohnungen in 31 Wohngebäuden; Stadtbürgschaft 150 Wohnungen in 27 Wohngebäuden; Baudarlehen 222 Wohnungen in 89 Wohngebäuden; Reichsbaudarlehen 12 Wohnungen in 9 Wohngebäuden; Verlorene Zuschüsse und Stadtbürgschaft 19 Wohnungen in 4 Wohngebäuden; Verlorene Zuschüsse und Reichsbaudarlehen 14 Wohnungen in 11 Wohngebäuden; Baudarlehen und Reichsbürgschaft 24 Wohnungen in 24 Wohngebäuden; zusammen 489 Wohnungen in 195 Wohngebäuden. 179 Wohnungen entfielen auf Eigenheime und 310 Wohnungen auf Mietwohngebäude. Die Zahl der im Berichtsjahr als gefördert nachgewiesenen Wohnungen liegt über der Zahl der im Wirtschaftsjahr 1934 zugegangenen 406 Neubauwohnungen. Es kann daraus geschlossen werden, daß sich im Jahre 1934 die Bautätigkeit weiter belebt hat, was allerdings erst in dem Wohnungszugang des Jahres 1935 seine Auswirkung findet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Über die in den Jahren 1919 bis 1934 hergestellten Neubauwohnungen gibt folgende Übersicht Aufschluß:

Kalenderjahr	Fertiggestellte Wohnungen	Die Wohnungen in Spalte 2 teilen sich auf in Wohnungen mit 1—3 Zimmern		4—6 Zimmern		mehr Zimmern	
		Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
1919/23	1 452	1 138	78,4	300	20,6	14	1,0
1924	341	287	84,1	46	13,6	8	2,3
1925	572	384	67,1	178	31,1	10	1,8
1926	852	571	67,0	279	32,8	2	0,2
1927	1 216	837	68,9	369	30,3	10	0,8
1928	1 067	666	62,4	394	36,9	7	0,7
1929	1 262	752	59,6	494	39,1	16	1,2
1930	972	765	78,7	205	21,1	2	0,2
1931	834	745	89,3	89	10,7	—	—
1924/31	*7 116*	*5 007*	*70,4*	*2 054*	*28,8*	*55*	*0,8*
1919/31	*8 568*	*6 145*	*71,7*	*2 354*	*27,5*	*69*	*0,8*
1932	156	152	97,4	4	2,6	—	—
1933	135	112	83,0	21	15,5	2	1,5
1934	405	331	81,7	70	17,3	4	1,0
1919/34	9 264	6 740	72,8	2 449	26,4	75	0,8

Am Ende des Kalenderjahres 1934 betrug der Anteil der Neubauwohnungen mit 9264 an den in Karlsruhe überhaupt vorhandenen Familienwohnungen mit 43 275 21,4 v. H. Etwa ein Fünftel der Karlsruher Bevölkerung wohnt somit in Nachkriegsbauten.

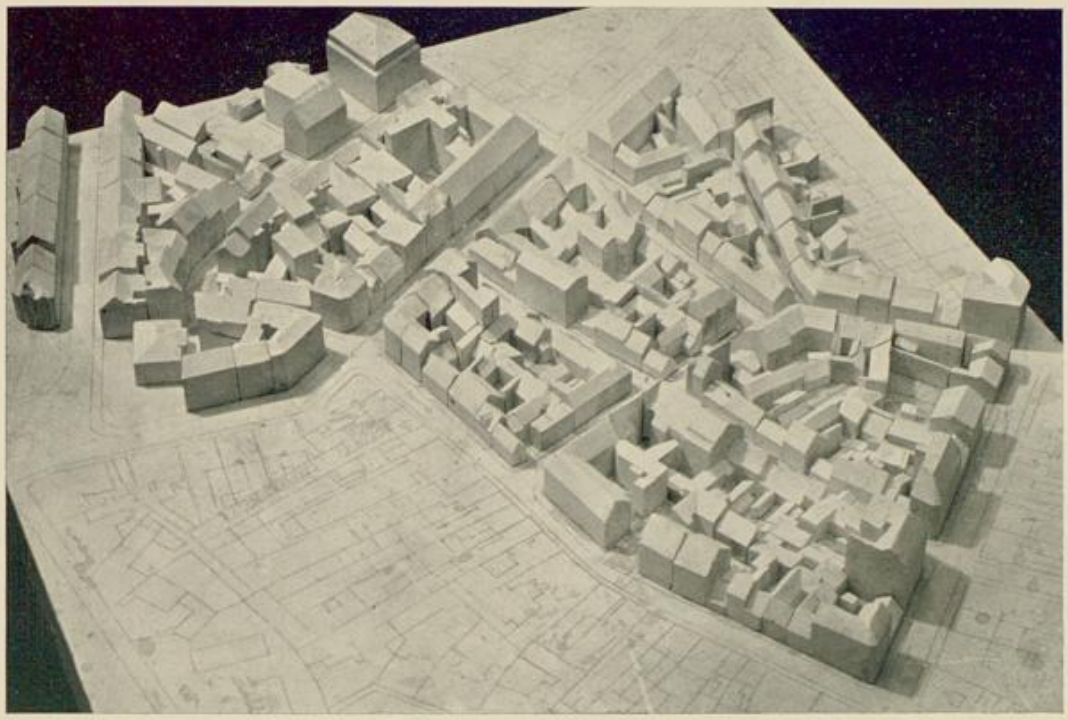
Von den am 31. Dezember 1934 in Karlsruhe vorhandenen Wohnungen waren:

	Wohnungen insgesamt	Wohnungen mit 1—3 Zimmern		4—6 Zimmern		mehr Zimmern	
		Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
Familienwohnungen	43 275	30 681	70,9	11 155	25,7	1 439	3,4
darunter Neubauwohnungen							
a) absolut	9 264	6 740	72,8	2 449	26,4	75	0,8
b) in v. H. der Familienwohnungen	21,4	21,9		21,9		5,2	

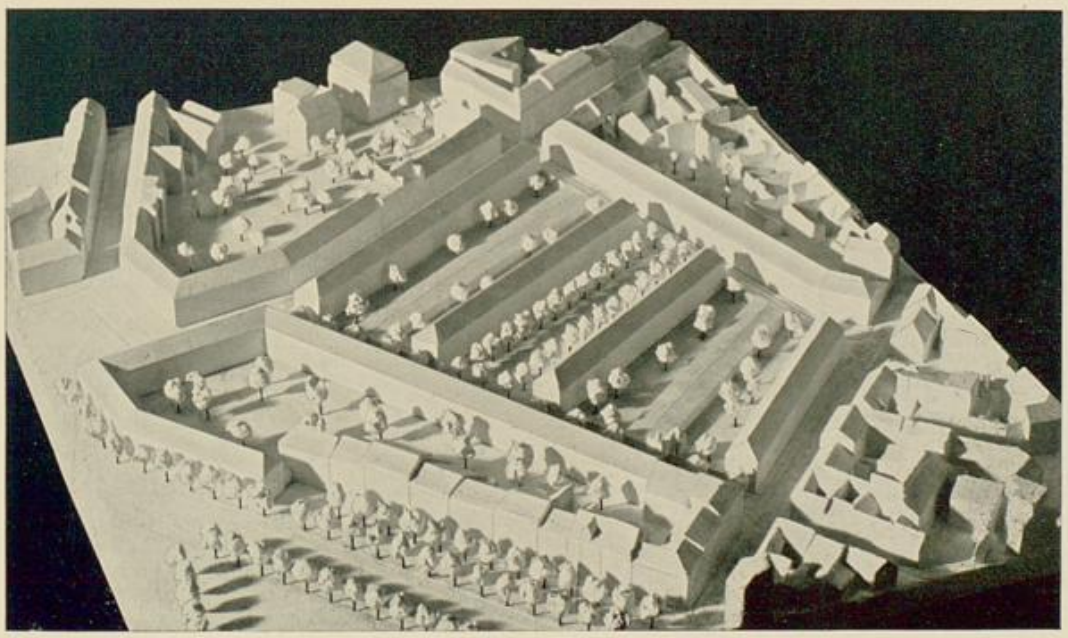
Während die Großwohnungen von 6 und mehr Zimmern am gesamten Wohnungsbestand 3,4 v. H. ausmachen, beträgt deren Anteil an den Neubauwohnungen nur 0,8 v. H. Stärker als bei den Altwohnungen sind dagegen die Größengruppen von 1 bis 3 Zimmern und von 4 bis 6 Zimmern vertreten.

Die Neubautätigkeit fand bis 1927 durch Hingabe niedrig verzinslicher Baudarlehen ihre Förderung; in den Jahren 1928 bis 1931 ging man statt dessen zu der Gewährung laufender Zinsbeihilfen auf die Dauer von zehn Jahren über. Die laufenden Zinsbeihilfen entsprechen der jährlichen Verzinsung eines gedachten Kapitals, des sogenannten „Förderungsbetrags", zu dem jeweils um die Zahl 4¼ verminderten Zinssatz der Städtischen Sparkasse Karlsruhe für erststellige Hypotheken. Der Gesamtförderungsbetrag aller zugesagten Zinsbeihilfen beläuft sich auf rd. 30,8 Millionen *RM*. Bei einem Sparkassenhypothekenzinsfuß von 5 v. H. vom 1. Januar bis 31. März 1934 und von 4¾ v. H. vom 1. April bis 31. Dezember 1934 hätte der vertragsgemäße Zinsbeihilfesatz demnach für das erste Kalenderhalbjahr 1934 ½ v. H. mit einem Aufwand von 183 250 *RM* betragen. Tatsächlich behielt man aber die Zinsbeihilfe zu einem übervertragsmäßigen Satz, nämlich zu 2¼ v. H. für das erste Kalenderhalbjahr 1934 und zu 1¾ v. H. für das zweite Kalenderhalbjahr 1934 mit einem Aufwand von 629 084 *RM* bei, um die mit den hochverzinslichen Bauhypotheken und Zinsbeihilfen ausgestatteten Neubauten der Jahre 1928/31 in der Zinsbelastung nicht ungün-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



Modell der Altstadt im heutigen Zustand.



Modell der Altstadt nach der Sanierung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

stiger zu stellen als die mit dem nur zu 3½ v. H. verzinslichen Baudarlehen geförderten Neubauten der Jahre 1924/27.

Zur Stützung des älteren Neuhausbesitzes (1924—1931) stellte das Reich durch Gesetz vom 21. September 1933 (RGBl. I, S. 651) zwecks Senkung der Grundsteuer Mittel bereit, die in den Ländern, in denen der Neuhausbesitz von der Grundsteuer befreit ist, zur Entlastung des Neuhausbesitzes in anderer Weise verwendet werden konnten. In Baden wurden die anteiligen Reichsmittel in Form einmaliger verlorener Zuschüsse auf der Grundlage des Feuerversicherungswerts der Neubauten 1924/30 ausgeschüttet; auf Karlsruhe entfielen bei einer Gesamtfeuerversicherungssumme von 46 988 300 *RM* für 1850 in Betracht kommende Wohngebäude mit etwa 6300 Wohnungen Zuschußmittel in Höhe von 243 359 *RM*; dies ergab einen Zuschuß von nahezu 53 *RM* je 10 000 *RM* Feuerversicherungswert oder im Durchschnitt 39 *RM* je Wohnung.

Der zuvor erwähnte Umstand, daß seit Anfang des Berichtsjahres die Darlehen im Einzelfall nur nach vorheriger Zustimmung des Badischen Staates gegeben werden durften, wies bereits auf die Absicht der Zentralisierung aller Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues durch den Staat hin. Diese Zielsetzung fand noch im Jahre 1934 ihren sichtbaren Ausdruck in der Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Staatsanstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit, der Badischen Landeswohnungskreditanstalt in Karlsruhe (Verordnung des Badischen Staatsministeriums vom 6. November 1934). Diese Anstalt übernahm ab 1. November 1934 die bis dahin vom Badischen Ministerium des Innern wahrgenommenen Aufgaben der Wohnungsbauförderung, vor allem auch die Zuteilung der Landesbaudarlehen an die Städte.

Neben der Förderung des Kleinwohnungsbaues erwuchs der Stadt im Berichtsjahr eine weitere dringliche Aufgabe auf dem Gebiet der Siedlungspolitik: Die Vorbereitung der Altstadtsanierung. Die gesundheitlichen und baulichen Zustände im engeren Gebiet der Karlsruher Altstadt, dem sogenannten „Dörfle", erfordern die baldige Inangriffnahme von Sanierungsarbeiten. Die Vorarbeiten wurden zunächst auf einen Teilabschnitt des angestrebten Sanierungswerkes beschränkt, den sogenannten 1. Bauabschnitt, der folgende 4 Teilblöcke umfaßt:

Block 1: das Dreieck zwischen der Markgrafen- und Entenstraße;

Block 2: Die Osthälfte des zwischen Markgrafen-, Brunnen-, Fasanen- und Kronenstraße liegenden Baublocks;

Block 3: Die Osthälfte des zwischen Fasanen-, Brunnen-, Durlacher- und Kronenstraße liegenden Baublocks;

Block 4: Die Westhälfte des zwischen Fasanen-, Brunnen-, Markgrafen- und Waldhornstraße liegenden Baublocks.

Der in anderen Städten gewählten Teilsanierung durch Ausräumung des Blockinnern wird für Karlsruhe die Vollsanierung (Abbruch aller Gebäulichkeiten innerhalb des Sanierungsabschnitts sowie aufgelockerter Neuaufbau) vorgezogen. Von dem geplanten Abbruch in dem genannten Sanierungsgebiet, das rund 7000 qm groß ist und etwa 50 Einzelgrundstücke aufweist, werden 175 Wohnungen mit insgesamt 531 Wohnräumen erfaßt, die 600 Personen Unterkunft bieten. Die Kosten des Gelände- und Gebäudeerwerbs und des Abbruchs sowie der damit zusammenhängenden Nebenaufwendungen (Entschädigungen, Umzugskostenbeihilfen) sind geschätzt zu 566 000 *RM*. Der Wiederaufbau soll nur z. T. im Sanierungsgebiet durchgeführt werden; es sollen hier in dreistöckigen Mietwohngebäuden 49 Wohnungen neu geschaffen werden. Die weiter erforderlichen Ersatzwohnungen sind, um eine genügende Auflockerung des Sanierungsgebiets nicht zu gefährden, außerhalb dieses Gebiets zu errichten. Die Kosten des Gelände- und Gebäudeerwerbs und des Abbruchs stellen zunächst verlorene Aufwendungen dar und sind, soweit sie nicht durch Reichs- und Landeszuschüsse gedeckt werden können, aus laufenden Mitteln der Stadt zu bestreiten. Beim Reich wurde ein verlorener Zuschuß von 133 750 *RM* beantragt; Entscheidung hierauf war bis Jahresschluß noch nicht ergangen. Aus eigenen Mitteln konnte im Berichtsjahr eine Rücklage von 329 099 *RM* gebildet werden. Zum Ankauf kamen im Berichtsjahr zwei im ersten Sanierungsabschnitt gelegene Grundstücke mit einem Aufwand von 15 000 *RM*. Fünf weitere Grundstücke sind bereits in früheren Jahren von der Stadt erworben worden. Verhandlungen wegen der Übereignung weiterer Grundstücke im Sanierungsgebiet an die Stadt sind aufgenommen, aber noch nicht zum Abschluß gebracht. Eine Erleichterung für den Erwerb der Sanierungsgrundstücke wird erhofft durch das in Vorbereitung befindliche Gesetz zur Sicherstellung von Stadtsanierungen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die im Jahre 1932 vom Reich begonnene Förderung der Instandsetzung von Gebäuden, der Teilung von Wohnungen und des Umbaues von Räumen in Wohnungen durch Gewährung von Zuschüssen aus Reichsmitteln fand ihren Abschluß. Es konnten im Jahre 1934 noch 300 040 RM Reichszuschüsse für 1532 Gebäudeinstandsetzungen und 139 Wohnungsumbauten und -teilungen zugewiesen werden. Die an die Zuschußgewährung geknüpften Bedingungen waren gegenüber dem Vorjahre unverändert. Mit den Ausschüttungen der Vorjahre sind dem Karlsruher Hausbesitz und mittelbar auch dem Karlsruher Handwerk insgesamt 1 554 040 RM Zuschüsse zugeflossen; davon wurden als 20%ige Instandsetzungszuschüsse 1 144 040 RM in 8179 Fällen und als 50%ige Zuschüsse für Wohnungsumbauten und -teilungen 410 000 RM in 460 Fällen zugeteilt. Außerdem erhielten die in Frage kommenden Hauseigentümer noch Zinsvergütungsscheine mit einem Barwert von 1 150 000 RM.

Das Werk der Kleinsiedlung wurde im Jahre 1934 fortgeführt durch Inangriffnahme eines vierten, 75 Siedlerstellen umfassenden Bauabschnitts im Gewann „Heidenstücker" südlich des Stadtteils Grünwinkel (Beginn August 1934). Erstmals leistete die Stadt bei diesem Siedlungsabschnitt aus Wirtschaftsmitteln des Wohnungshaushalts einen Beitrag in Höhe von 37 500 RM, der wie das Reichsdarlehen verzinslich und rückzahlbar ist. Die 40 Siedlerstellen des zweiten und dritten Bauabschnittes südlich der Firma Junker und Ruh konnten im Herbst 1934 fertiggestellt und bezogen werden. Über die Kleinsiedlung ist eingehend berichtet unter Abschnitt A III, 1. Hochbauamt, Seite 42.

Die Einnahmen und Ausgaben zur Förderung des Wohnungsbaues gleichen sich im Berichtsjahr mit 2 319 205 (1933: 2 391 982) RM aus. Der Ansatz im Haushaltsplan mit 2 428 500 RM wurde nicht erreicht. Bei den Einnahmen bleiben die Zinseingänge infolge der fortschreitenden Tilgung und teilweiser Herabsetzung des Zinsfußes hinter dem Vorjahr zurück, übertreffen jedoch den vorgesehenen Betrag des Haushaltsplans. Die Rücküberweisungen des Landes aus dem Wohnungsbauanteil der Gebäudesondersteuer für 1934, die im Haushaltsplan mit 450 000 RM eingestellt waren, sind weggefallen. Lediglich ein einmaliger Betrag von 50 000 RM kam aus Landesmitteln zur Ausschüttung, ferner 16 110 RM aufgrund von Einzelbewilligungen und 125 162 RM Restauszahlungen für 1933. Die Rückzahlungen aus Kapitalforderungen haben sich gegenüber dem Vorjahr und Haushaltsplan erhöht.

Unter den Ausgaben ist gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung des Zinsenaufwands, in der Hauptsache durch Ermäßigung des Zinssatzes für Passivkapitalien, festzustellen. Die Zinsbeihilfen sind als Auswirkung der Zinssenkung ebenfalls herabgesetzt worden. Infolge der verringerten Einnahmen war es jedoch nicht möglich, die Tilgung im Ausmaß des Haushaltsplans durchzuführen. Die hohen und laufend steigenden Bürgschaftsverpflichtungen machten eine bescheidene Zuweisung an eine Sicherungsrücklage dringend. Der Wegfall der Rücküberweisungen an die Städte aus dem Wohnungsbauanteil hatte eine Beschränkung des im Haushaltsplan vorgesehenen Zinsnachlasses zur Stützung des Neuhausbesitzes auf 120 Fälle schwerkriegsbeschädigter und 15 Fälle kinderreicher Eigenheimbesitzer mit 5400 RM zur Folge. An einmaligen Zuschüssen für neuerrichtete Kleinwohnungen kamen, wie eingangs erwähnt, 56 696 RM zur Auszahlung, ferner für den Ausbau des Abschnitts IV der Randsiedlung 37 500 RM. Die restlichen 329 099 RM sind für die Altstadtsanierung bereitgestellt. Infolge des mit den zunehmenden Arbeiten gestiegenen Aufwandes mußten auch die Verwaltungskostenbeiträge erhöht werden.

Da im Berichtsjahr von den ausgeliehenen Baudarlehenskapitalien 844 156 RM zurückgeflossen sind, die Stadt selbst aber nur 284 320 RM getilgt hat, ergibt sich nach Abzug der in der Randsiedlung investierten und rückzahlbaren 37 500 RM im Berichtsjahr eine Aufzehrung des Kapitals des Wohnungsbaues von 522 336 (1933: 377 677) RM. Schon in den letzten Jahren hat eine derartige Kapitaleinzehrung stattgefunden, die sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird, da die Zinseinnahmen aus den Darlehenskapitalien die Schuldzinsen, Zinsbeihilfen und Verwaltungskostenbeiträge nicht decken.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

12. Kleingärten.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 30).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Pachtzins	9 900	9 331	—	569	9 332
b) Sonstige Einnahmen	50	—	—	50	—
Summe der Einnahmen . .	9 950	9 331	—	619	9 332
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	300	288	—	12	480
b) Sachliche Ausgaben	7 390	1 247	—	6 143	7 563
c) Zinsendienst	2 000	2 000	—	—	2 580
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 300	1 300	—	—	175
Summe der Ausgaben . .	10 990	4 835	—	6 155	10 798
Summe der Einnahmen . .	9 950	9 331	—	619	9 332
Überschuß . .	—	4 496	5 536	—	—
Zuschuß . .	1 040	—	—	—	1 466

Die Verwaltung der Kleingärten ging zu Beginn des Wirtschaftsjahres von dem Gartenamt auf das Tiefbauamt über. In der Fläche des verpachteten Geländes mit 41,12 ha trat keine Veränderung ein, ebensowenig im Ertrag. Auch die Ausgaben hielten sich in gleicher Höhe wie im Vorjahr. (Die scheinbare Minderausgabe ist auf das versehentliche Unterlassen der Abführung der Pacht an die eigene Grundstücksverwaltung zurückzuführen).

VII. Öffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten.

1. Entwässerung und Bedürfnisanstalten.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 31).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
A. Entwässerung.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	550 380	562 121	11 741	—	545 355
b) Miete, Pacht, Zinsen	740	744	4	—	839
c) Einnahmen aus dem Betriebe	1 900	3 717	1 817	—	2 585
d) Sonstige Einnahmen	100	135	35	—	102
B. Bedürfnisanstalten.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
Miete, Pacht, Zinsen	500	694	194	—	520
Summe der Einnahmen . .	553 620	567 411	13 791	—	549 401

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
A. Entwässerung.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	107 070	100 389	—	6 681	94 669
b) Sachlich:					
1. Reinigung und Unterhaltung der Kanäle	14 500	11 553	—	2 947	13 497
2. Unterhaltung und Leerung der Straßensinkkasten	23 600	14 247	—	9 353	13 728
3. Hausentwässerung	500	125	—	375	807
4. Abwasserreinigungsanlage Neureut	8 220	7 284	—	936	9 918
5. Sonstiges	600	905	305	—	266
c) 1. a. Zinsendienst	61 661	61 661	—	—	69 604
b. Tilgung	88 759	88 759	—	—	70 626
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	234 930	234 930	—	—	236 240
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	1 940	1 940	—	—	1 710
2. Einmalige Ausgaben	20 600	38 127	17 527	—	16 146
3. Verwaltungskostenbeiträge	88 740	88 740	—	—	89 590
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten v. 5. 6. 31 an das Konto 5913	16 550	16 550	—	—	26 670
	667 670	665 210	17 832	20 292	643 471
B. Bedürfnisanstalten.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	14 150	13 832	—	318	13 131
b) Sachlich	4 920	4 964	44	—	4 411
c) Nutzungswert der Bedürfnisanstalten	5 550	5 550	—	—	5 990
3. Verwaltungskostenbeiträge	3 730	3 730	--	—	3 750
	28 350	28 076	44	318	27 282
Ausgaben.					
Wiederholung.					
A. Entwässerung	667 670	665 210	17 832	20 292	643 471
B. Bedürfnisanstalten	28 350	28 076	44	318	27 282
Summe der Ausgaben	696 020	693 286	17 876	20 610	670 753
Summe der Einnahmen	553 620	567 411	13 791	—	549 401
Zuschuß	142 400	125 875	—	16 525	121 352

A. Entwässerung.

Das Karlsruher Kanalnetz ist mit Ausnahme der unmittelbar an der Alb gelegenen Stadtteile Weiherfeld, Dammerstock und des Dorortes Rüppurr nach dem Mischsystem eingerichtet, nach dem Schmutzwasser und Regenwasser ein und demselben Straßenkanal zugeführt werden. Im Rheinhafengebiet, das wegen seiner Lage im Tiefgestade ein in sich abgeschlossenes, selbständiges Entwässerungsgebiet ohne zentrale Reinigungsanlage bildet, werden die Abwässer unmittelbar der Alb übergeben, nachdem sie nötigenfalls in Einzelkläranlagen gereinigt worden sind. Abortwasser sind vor ihrer Einleitung in die Hafenkanalisation stets zu klären; am Ende des Berichtsjahres waren im

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hafengebiet 73 (1933: 78) Kläranlagen für Abortabwässer gemeldet, von denen 63 ältere Anlagen als sogenannte Desinfektionsklärgruben nach dem Friedrich-Glaß'schen System gebaut sind und einer laufenden Desinfektion bedürfen. Die übrigen sind sogenannte Frischwasser-Kleinkläranlagen verschiedener bekannter Systeme (daneben bestehen noch 16 Abortgruben ohne Verbindung mit dem Kanalnetz). Über schädliche Verunreinigung der Alb, abgesehen von Einzelfällen, war im Berichtsjahr nicht zu klagen.

Die Gesamtlänge des Kanalnetzes nahm im Wirtschaftsjahr 1934 von 211,430 km um 2,340 km auf 213,770 km zu. Diese Vermehrung ist in der Hauptsache auf die Kanalisierung neuer Straßen in Rüppurr (Göhrenviertel) zurückzuführen.

Von der Gesamtlänge des Karlsruher Kanalnetzes mit 214 km sind 50 km gemauerte und betonierte Kanäle und 164 km Rohrleitungen. Der Neuzugang des Berichtsjahres entfiel ganz auf Rohrleitungen. Diese sind überwiegend aus Steinzeugrohren hergestellt, deren kleinster Durchmesser 0,20 m beträgt (Schmutzwasserkanäle in Trennsystemgebieten). Im allgemeinen wird jedoch bei Neuanlagen aus betrieblichen Gründen nicht unter eine Lichtweite von 0,30 m heruntergegangen. Neuerdings werden für die Regenwasserleitungen in Gebieten des Trennsystems sowie die Mischwasserleitungen in reinen Wohnsiedlungen (ohne gewerbliche Abwässer) eisenarmierte Schleuderbetonrohre verwendet.

Straßeneinläufe sind insgesamt 4630 vorhanden.

Spülung und Reinigung der Kanäle erforderte wie im Vorjahr rd. 9000 Tagschichten (10 Spülgruppen zu je 3 Mann). Der Spülung dienten wie bisher der Spülkanal aus der Pfinz auf Gemarkung Durlach, 4 Entnahmeleitungen aus der Alb und im übrigen Wasser aus der städtischen Wasserleitung. Vom gesamten Kanalnetz mit 214 km Länge wurden auf diese Weise 40 km mit Pfinzwasser, 90 km mit Albwasser und der Rest von 84 km mit Wasser aus der städtischer Wasserleitung gespült. Aus dem Kanalnetz kamen anläßlich der Reinigung insgesamt etwa 100 (1933: 120) cbm Sand zur Hebung und Abfuhr. Der dabei nicht erfaßte Sand, etwa 200 cbm, gelangte im Sandfang der Kläranlage zur Ausscheidung. Während der kalten Jahreszeit diente das Kanalnetz zur Beseitigung von 1400 (1933: 3600) cbm Schnee.

Die gesamte vom Kanalnetz im Kalenderjahr 1934 abgeführte Wassermenge betrug 32,5 (1933: 30,5) Millionen cbm. Dies ergibt einen mittleren sekundlichen Abfluß von 1050 (1933: 970) Litern. Von der Gesamtmenge wurden etwa 0,7 Millionen cbm zur Wässerung des Wiesengeländes in der Knielinger Niederung und etwa 4 Millionen cbm zur Wässerung des Wiesengeländes auf dem Tiefgestade zwischen Knielingen und Leopoldshafen abgegeben.

Der elektrische Fernpegel im Neugrabenkanal, dessen Gebeapparat nach dem Kohlestabsystem gebaut war und bereits einige Jahre nicht mehr befriedigend arbeitete, wurde auf das Schwimmersystem umgebaut (System Schubert Dresden). Im übrigen mußten im Berichtsjahr wiederum einige Störungen im Pegelnetz durch Arbeiten der Post am Kabelnetz in Kauf genommen werden, die kostspielige Reparaturen erforderten.

Die Leerung der Straßensinkkasten besorgten 2 automobile Kranwagen. Diese fuhren an zusammen 360 Autotagen 1050 cbm Schlamm ab, der in der Hauptsache zur Abdeckung der Müllplätze Verwendung fand. 120 schadhafte Schlammeimer mußten ausgewechselt werden.

Der Unterabteilung Hausentwässerung des Kanalbetriebs oblag die baupolizeiliche Behandlung und Überwachung der Grundstücksentwässerungen, gleichgültig, ob sie an das Kanalnetz angeschlossen werden sollen oder nicht. 786 (1933: 1014) bei der Baupolizei eingereichte Baugesuche waren daraufhin durchzusehen, ob mit der Genehmigung auch entwässerungstechnische Auflagen zu verbinden sind. 198 (1933: 229) Gesuche um Genehmigung von Grundstücksentwässerungen wurden geprüft und genehmigt. In 14 (1933: 4) Fällen wurde der Einbau eines Benzinabscheiders in die Grundstücksentwässerung verlangt, in 60 (1933: 30) Fällen für die Zukunft vorbehalten.

Der Reinigungsbetrieb der Kläranlage in Neureut ging wie bisher als ununterbrochener Schichtenbetrieb vor sich. Die Siebmaschinen konnten in der Zeit vom 14. Januar bis 9. April 1935, während der das Abwasser zur Wässerung der Niederungswiesen von Knielingen bis Leopoldshafen abgeleitet wurde, stillgelegt und instandgesetzt werden. Hierbei unterzog man das Siebschaufelrad einer Generalüberholung.

Als außerordentliche bauliche Unterhaltungsarbeiten, deren sachliche Kosten unter den einmaligen Ausgaben ihre Verrechnung fanden, wurde eine 60 m lange, durch äußeren Druck zerstörte Strecke des Floßgrabenkanals in der Rüppurrerstraße zwischen Ranke- und Augartenstraße von

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

60/90 cm Lichtweite erneuert, die Unterfangung der Landgrabenfundamente um 200 m Fundamentlänge weitergeführt, eine in der Hans Thomastraße liegende 50 m lange Kanalstrecke aus Zementrohren von 70/105 cm Lichtweite, die durch äußeren Druck im Scheitel gebrochen war, durch Ausfütterung des Kanals mit einer Eisenbetonschale wieder hergestellt und die Befestigung der Vorländer des Klärwerkabflußkanals mit Betonplatten um 320 m Kanallänge weitergeführt.

Die Einnahmen an Kanal- und Schwemmbeiträgen (Entwässerungsbeitrag 1,7 Rpf statt 1,2 Rpf im Vorjahr, Schwemmbeitrag 7,7 Rpf wie im Vorjahr je 100 RM Umlegungswert jährlich) erhöhten sich im Berichtsjahr infolge der Heraufsetzung des Entwässerungsbeitrags. Die übrigen Einnahmen zeigen keine wesentliche Veränderung.

Unter den Ausgaben ist ein Anwachsen des persönlichen Aufwands, der jedoch nicht den Ansatz des Haushaltsplans erreichte, festzustellen, dagegen ein Rückgang im sachlichen Aufwand. Der Schuldendienst (Verzinsung und Tilgung) hat sich infolge der Erweiterung des Kanalnetzes aus Anlehensmitteln in den letzten Jahren gesteigert. Die Überschreitung des Haushaltsansatzes bei den einmaligen Arbeiten hat ihre Ursache darin, daß ein Teilbetrag von 24 380,55 RM des außerordentlichen Aufwandes für die Kanalisation des Göhrenviertels und von Teilstrecken der Graf Eberstein- und Göhrenstraße (siehe Übersicht über den Aufwand für außerordentliche Unternehmungen, Kredit Titel V Nr. 14) hierher übernommen wurde. Trotz dieser Mehrausgabe verbesserte sich das Rechnungsergebnis der Entwässerung gegenüber dem Haushaltsplan um 16 057 (1933: um 3550) RM.

B. Bedürfnisanstalten.

Im Laufe des Berichtsjahres kamen 2 neue Bedürfnisanstalten in Benützung. Beide sind in der neuen Markthalle untergebracht; die eine, die von der Blankenhornstraße aus zugänglich ist, ist für den allgemeinen Publikumsverkehr eingerichtet, die andere soll dem Bedürfnis des Markthallenbetriebes dienen. Die Anzahl der im Stadtgebiet vorhandenen Anstalten betrug daher im Berichtsjahr 13 (1933: 11), der Personalstand der Wartefrauen 17 gegenüber 15 im Vorjahr. Die Ausgaben für die Anstalten erfuhren eine leichte, innerhalb des Haushaltsplans bleibende Erhöhung, desgleichen die Einnahmen aus der Platzmiete für Wiegeautomaten.

2. Straßenreinigung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 32).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	471 260	474 592	3 332	—	478 006
b) Sonstige Einnahmen	320	30	—	290	15
3. Verwaltungskostenbeiträge	9 000	9 000	—	—	10 240
Summe der Einnahmen	480 580	483 622	3 332	290	488 261
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	226 620	213 771	—	12 849	221 001
b) Sachlich	183 380	124 091	—	59 289	108 672
2. Einmalige Ausgaben	1 000	997	—	3	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	42 290	42 290	—	—	41 620
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto 5913	27 290	27 290	—	—	37 320
Summe der Ausgaben	480 580	408 439	—	72 141	408 613
Summe der Einnahmen	480 580	483 622	3 332	290	488 261
Überschuß	—	75 183	75 183	—	79 648

Für die Reinigung der öffentlichen Straßen und Plätze, und zwar der Fahrbahnen und der Gehwege, war das Stadtgebiet einschließlich der Vororte am Ende des Berichtsjahres in 74 (1933: 72) Bezirke eingeteilt. Die Vermehrung der Bezirke gegenüber dem Vorjahr ist durch die Einbeziehung des Vororts Bulach in die Straßenreinigung vom 1. Januar 1935 an bedingt. Bis dahin oblag die Reinigung der Straßen in Bulach den Angrenzern.

Die Bezirke waren mit je einem sogenannten Einzelreiniger besetzt; in den Hauptverkehrsstraßen und in den Straßen mit größerem Kehrichtanfall werden die Einzelreiniger durch Autokehrmaschinen unterstützt, die von Reinigungskolonnen begleitet sind.

Die Einzelreiniger und die Reinigungskolonnen sammelten im Berichtsjahr 3900 (1933: 4100) cbm Straßenkehricht. Der Abfuhr nach den Müll- und Schuttplätzen dienten 4 kleine Lastkraftwagen.

Die Asphaltstraßen wurden täglich mit einer Asphaltwaschmaschine gewaschen, um die Bildung der gefährlichen Asphaltglätte zu verhindern. Zur Staubbindung sprengte man die chaussierten und gepflasterten Straßenfahrbahnen im Sommer mit 2 Gieß-Kraftwagen. Der Wasserverbrauch betrug 22 000 (1933: 6300) cbm.

Das Personal der Straßenreinigung bestand aus 1 Ingenieur (Angestellten) als Betriebsleiter, der auch den Müllabfuhr- und den Grubenentleerungsbetrieb leitete, 2 Aufsehern und 95 Arbeitern. An Fuhrtagen waren erforderlich: 590 (1933: 500) Kehrmaschinentage, 1280 (1933: 1212) Lastkraftwagentage, 250 (1933: 238) Autowaschmaschinentage und 180 (1933: 38) Gießautotage.

Die Beiträge zur Straßenreinigung fanden im Berichtsjahr eine Ermäßigung von 7,9 auf 7,6 Rpf je 100 RM Umlegungswert. Dementsprechend ging der Ertrag etwas zurück. Bei den Ausgaben war eine wesentliche Einsparung an Fuhrleistungen möglich, da die günstige Witterung eine Einschränkung der vorgesehenen Straßensprengungen und im Schneedienst erlaubte.

3. Müllabfuhr.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 33).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	235 770	238 289	2 519	—	244 471
b) Einnahmen aus dem Betriebe	1 300	1 619	319	—	1 511
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 500	1 500	—	—	—
Summe der Einnahmen	238 570	241 408	2 838	—	245 982
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	65 430	65 388	—	42	63 028
b) Sachlich	131 780	124 180	—	7 600	126 832
2. Einmalige Ausgaben	3 000	—	—	3 000	972
3. Verwaltungskostenbeiträge	29 740	29 740	—	—	30 000
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	8 620	8 620	—	—	15 370
Summe der Ausgaben	238 570	227 928	—	10 642	236 202
Summe der Einnahmen	238 570	241 408	2 838	—	245 982
Überschuß	—	13 480	13 480	—	9 780

Die Zahl der für die Müllabfuhr beschäftigten Arbeiter betrug wie im Vorjahr 30. Sie entstammen dem Personal der Straßenreinigung, mit dem sie in einem solchen Wechsel wieder ausgetauscht werden, daß auf zwei Monate Müllabfuhrdienst jeweils drei Monate Dienst bei der Straßenreinigung folgen. In der Entlohnung der Müllabfuhrarbeiter trat im Laufe des Berichtsjahres eine Besserstellung ein. Die Lohnerhöhung war notwendig geworden, um die in den letzten Jahren stärker in Erscheinung getretene Abneigung der Arbeiter gegen die Beschäftigung bei der Müllabfuhr auszugleichen. Ferner änderte man die Organisation des Abfuhrdienstes dahingehend, daß jede Ladegruppe, die an einem Müllwagen arbeitet, künftig von einem Vorarbeiter geführt wird, der während seines Müllabfuhrdienstes ständig im gleichen Sammelgebiet arbeitet, während die Ladegruppen selbst wechseln. Bisher waren bei der Müllabfuhr keine Vorarbeiter beschäftigt. Diese Vorarbeiter lernen die Eigenheiten des Bezirks kennen und sind infolgedessen in der Lage, besonderen Wünschen und Klagen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Die im Berichtsjahr abgefahrene Müllmenge belief sich auf 52 400 (1933: 52 800) cbm. Hierzu waren 1736 (1933: 1745) Müllwagentage erforderlich. Das Müll diente, wie in den letzten Jahren, ausschließlich zur Kultivierung von Oedländereien, und zwar konnte im Berichtsjahr ein größeres Kulturunternehmen, nämlich die Sanierung des Waidfeldes bei Daxlanden, annähernd zu Ende geführt werden. Insgesamt kamen 49 700 cbm Müll dort zur Ablagerung, der Rest von 2700 cbm fand zur teilweisen Auffüllung je einer Sandgrube in Rintheim und Hagsfeld Verwendung. Durch die Verwertung des Mülls war es im Berichtsjahr möglich, etwa 400 a neues landwirtschaftliches Gelände zu gewinnen, das alsbald nach Auffüllung als Gartenland verpachtet und bewirtschaftet wurde.

Ebenso wie für die Entwässerung und die Straßenreinigung finden auch die Kosten für die Müllabfuhr durch Beitragserhebung ihre Deckung. Der Beitragssatz je 100 RM Umlegungswert erfuhr im Berichtsjahr eine Ermäßigung von 4,2 auf 4,0 Rpf. Hierdurch verminderten sich die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr geringfügig. Die sachlichen Ausgaben konnten eingeschränkt werden.

4. Grubenentleerung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 34).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	24 490	27 284	2 794	—	28 677
b) Einnahmen aus dem Betriebe	500	1 201	701	—	—
c) Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	1 046
Summe der Einnahmen	24 990	28 485	3 495	—	29 723
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 670	2 670	—	—	2 400
b) Sachlich	9 970	3 561	—	6 409	3 791
3. Verwaltungskostenbeiträge	12 020	12 020	—	—	12 130
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	330	330	—	—	990
Summe der Ausgaben	24 990	18 581	—	6 409	19 311
Summe der Einnahmen	24 990	28 485	3 495	—	29 723
Überschuß	—	9 904	9 904	—	10 412

Die Zahl der Anwesen, in denen noch entleerungspflichtige Abortgruben vorhanden sind, nahm im Berichtsjahr von 370 (1933: 397) auf 349 (1933: 370) ab. Die Abortgruben in landwirtschaftlichen Anwesen sind hierbei außer Betracht gelassen, da sie im allgemeinen von der Entleerungspflicht befreit sind. Für die Grubenentleerung wurden nach Bedarf 3 Mann beschäftigt.

Trotz Herabsetzung der Beiträge für die Entleerung von 14 auf 13 Rpf je 100 RM Umlegungswert übertrafen die Einnahmen den Haushaltsansatz. Bei den sachlichen Ausgaben waren Einsparungen zu verzeichnen.

5. Fuhrpark.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 35).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
A. Eigene Bestände (Lastkraftwagen).					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe	325 450	299 440	—	26 010	285 086
b) Sonstige Einnahmen	100	1 102	1 002	—	1 015
3. Verwaltungskostenbeiträge	950	950	—	—	1 400
B. Vermittelte Fahrzeuge.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
Einnahmen aus dem Betriebe	83 600	68 124	—	15 476	56 149
Summe der Einnahmen	410 100	369 616	1 002	41 486	343 650
Ausgaben.					
A. Eigene Bestände.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	77 690	70 544	—	7 146	69 975
b) Sachlich	126 360	111 758	—	14 602	105 775
2. Einmalige Ausgaben	17 500	17 236	—	264	3 410
3. Verwaltungskostenbeiträge	39 440	39 440	—	—	39 020
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	9 520	9 520	—	—	20 280
B. Vermittelte Fahrzeuge.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 000	2 000	—	—	2 000
b) Sachlich	79 620	63 963	—	15 657	52 503
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 420	1 420	—	—	1 440
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	560	560	—	—	560
Summe der Ausgaben	354 110	316 441	—	37 669	294 963
Summe der Einnahmen	410 100	369 616	1 002	41 486	343 650
Überschuß	55 990	53 175	—	2 815	48 687

A. Eigene Bestände.

Im Bestand des Kraftwagenparks ergaben sich im Berichtsjahr folgende Veränderungen: Infolge Rahmenbruchs und allgemeiner Abnutzung mußte der älteste Müllwagen außer Dienst gestellt werden. Ein Omnibusfahrgestell (Fabrikat NAG) wurde vom Bahnamt übernommen und als 4,5 Tonnen-Lastwagen umgebaut. Am Ende des Berichtsjahres waren vorhanden: 7 Müllwagen, davon einer mit auswechselbarer Pritsche, 2 Sprengwagen mit je 10 cbm Inhalt und je einer Ladepritsche, 2 Sprengwagen mit je 5 cbm Inhalt und einer Ladepritsche, 1 Maffei-Schnellzugmaschine mit einem 7,5 Tonnen Lastanhänger und einem 5 cbm Sprenganhänger, 2 ältere Sprengwagen, 3 Kehrmaschinen, 1 Lastwagen mit 5, 1 mit 4½, 3 mit 1,5 und 1 mit 2,5 Tonnen Ladegewicht, 1 Asphaltwaschmaschine und 2 Sinkkastenreinigungswagen (Kranwagen), zusammen 26 Kraftfahrzeuge und 5 Anhänger.

Die Kraftfahrzeuge des Parks waren insgesamt 5275 (1933: 5155) Tage beschäftigt. Hierbei legten sie 317 605 (1933: 291 928) km zurück. Auf die Sinkkastenreinigungswagen als solche entfielen 403 Beschäftigungstage mit 20 150 km, auf die Kehrmaschinen 548 Beschäftigungstage mit 25 821 km, auf die Müllwagen 1736 Beschäftigungstage mit 109 228 km, auf die Sprengwagen 179 Beschäftigungstage mit 12 072 km, auf die Waschmaschine 244 Beschäftigungstage mit 12 988 km und auf die Lastwagen 2165 Beschäftigungstage mit 137 346 km. Die Spreng- und Sinkkastenreinigungswagen (Kranwagen) wurden nach Bedarf, soweit möglich, auch als Lastwagen verwendet.

Das Personal des Fuhrparks setzte sich im Berichtsjahr aus 3 (1933: 3) Beamten, 1 (1933: 0) Angestellten und 29 (1933: 30) Arbeitern zusammen.

Die Einnahmen der eigenen Bestände blieben hinter dem Haushaltsplan zurück, desgleichen aber auch die Ausgaben, sodaß am Ergebnis des Haushaltsplans keine Veränderung eintrat.

B. Vermittelte Fahrzeuge.

Im Berichtsjahre wurden 5744 (1933: 4909) Pferdearbeitstage vermittelt, von denen den Straßen- und Kanalbau 4718, die Müllabfuhr 98, die Grubenentleerung 246, die Brennstoffzufuhr für städtische Ämter und Anstalten 380, Sonstiges 302 betrafen.

Die Vermittlung von Lastwagentagen betrug 42, die sämtliche auf den Straßenbau entfallen.

Infolge Verteuerung der Futtermittel im Sommer 1934 kündigten die Unternehmer den bestehenden Fuhrvertrag. Die Neuausschreibung brachte eine Erhöhung der Fuhrlohnsätze von 19 *RM* für einen schweren Zweispänner mit Wagen und Knecht bei 8½stündiger Arbeitszeit auf 22 *RM*. Gleichzeitig wurden auch die Sätze für Kraftwagen erhöht, die in die Neuausschreibung einbezogen worden waren.

Die im Haushaltsplan vorgesehene Vermittlungstätigkeit konnte nicht erreicht werden; infolgedessen blieben Einnahmen und Ausgaben hinter dem Voranschlag zurück, übertrafen jedoch das Vorjahr.

6. Feuerlöschwesen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 36).

Einnahmen.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
A. Berufsfeuerwehr.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	32 820	33 366	546	—	33 380
b) Einnahmen aus dem Betriebe	16 770	15 281	—	1 489	16 642
c) Sonstige Einnahmen	43 600	42 022	—	1 578	42 569
3. Verwaltungskostenbeiträge	10 650	10 650	—	—	10 650
B. Freiwillige Feuerwehr.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
Miete, Pacht, Zinsen	570	570	—	—	570
C. Feuermelde- und Alarmeinrichtung.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
Einnahmen aus dem Betriebe	1 230	1 662	432	—	1 434
Summe der Einnahmen	105 640	103 551	978	3 067	105 245

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
A. Berufsfeuerwehr.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	196 060	189 772	—	6 288	185 308
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	18 960	17 567	—	1 393	17 330
II. Zweckausgaben	21 560	20 813	—	747	21 795
c) 1. Zinsendienst	16 690	16 690	—	—	19 130
2. Tilgung	21 500	21 500	—	—	21 400
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	265
3. Verwaltungskostenbeiträge	3 900	3 900	—	—	3 900
	278 670	270 242	—	8 428	269 128
B. Freiwillige Feuerwehr.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 920	538	—	2 382	300
b) Sachlich					
I. Verwaltungsausgaben	5 230	4 455	—	775	3 809
II. Zweckausgaben	2 930	1 921	—	1 009	1 696
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	3 610	3 610	—	—	3 610
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	2 730
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 230	1 230	—	—	1 230
	15 920	11 754	—	4 166	13 375
C. Feuermelde- und Alarmeinrichtung.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	14 000	12 957	—	1 043	12 745
b) Sachlich					
I. Verwaltungsausgaben	1 340	1 226	—	114	1 390
II. Zweckausgaben	3 460	2 147	—	1 313	2 415
c) Tilgung	9 000	9 000	—	—	—
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	1 350
3. Verwaltungskostenbeiträge	100	100	—	—	100
	27 900	25 430	—	2 470	18 000
Wiederholung:					
A. Berufsfeuerwehr	278 670	270 242	—	8 428	269 128
B. Freiwillige Feuerwehr	15 920	11 754	—	4 166	13 375
C. Feuermelde- und Alarmeinrichtung	27 900	25 430	—	2 470	18 000
Summe der Ausgaben	322 490	307 426	—	15 064	300 503
Summe der Einnahmen	105 640	103 551	978	3 067	105 245
Zuschuß	216 850	203 875	—	12 975	195 258

Das gesamte Feuerlöschwesen der Stadt Karlsruhe einschließlich der Vororte ist in der Hand des städtischen Branddirektors zusammengefaßt. Der Feuerlösch- und Rettungsdienst wird zentral von der Hauptfeuerwache Ritterstraße 48 aus geleitet. Bei Einlaufen einer Feuermeldung rückt die Berufsfeuerwehr je nach Bedarf mit einem oder mehreren Löschzügen zur Brandstelle aus. Genügen die Kräfte der Berufsfeuerwehr nicht, so werden die zuständigen freiwilligen Feuerwehren oder mehrere andere zur Unterstützung mit herangezogen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Berufsfeuerwehr.

Die Sollstärke der Berufsfeuerwehr beträgt: 1 Branddirektor, 1 Brandingenieur, 1 Oberwerkmeister, 2 Brandmeister als Löschzugführer, 10 Oberfeuerwehrleute, 45 Feuerwehrleute und 1 Verwaltungsbeamter, zusammen 61 (1933: 61) Köpfe.

In der Urlaubsregelung ist während des Berichtsjahres eine Änderung nicht eingetreten. Urlaub wurde erteilt für insgesamt 1032 Tage; davon entfallen auf ordentlichen Erholungsurlaub 999 Tage und auf außerordentlichen Urlaub aus besonderen Anlässen 33 Tage.

Infolge Erkrankungen waren insgesamt 20 Beamte an zusammen 488 Tagen dienstunfähig. In Dienstverletzungen hatten hiervon 130 Tage ihre Ursache, in außerdienstlichen Unfällen 160 Tage. Die restlichen 198 Tage entfallen auf Erkrankungen allgemeiner Art, in der Hauptsache auf solche, die auf Erkältungen zurückzuführen sind. Der Gesundheitszustand des Personals kann somit als gut bezeichnet werden.

Von den 61 Beamten besitzen 17 das Deutsche Turn- und Sportabzeichen in Bronze und 1 in Silber, 33 den Grundschein, 8 den Leistungsschein und 2 den Lehrschein der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft. Inhaber des Führerscheins der Klasse II sind 34 Beamte.

Besetzung der Wache mit Fahrzeugen:

Mannschaftswagen	Motorspritzen	Motorleitern	Lafettenmotorspritzen	Hilfskraftwagen	Schlauchwagen	Kohlensäureanhänger	Krankenwagen	Personenwagen	Zusammen
1	3	3	7	3	1	1	3	3	25

Die Diensteinteilung ist ähnlich wie bei allen anderen Berufsfeuerwehren geregelt. Ablösung folgt in 24stündigem Wechsel. Eine Änderung ist im Wirtschaftsjahr 1934 nicht eingetreten. Die im Feuerwehrwohnblock in 40 Wohnungen untergebrachten Beamten werden durch eine Summeranlage alarmiert. Die Erneuerung dieser Anlage ist für das kommende Wirtschaftsjahr vorgesehen. Im Wirtschaftsjahr 1934 wurde die jeweilige Freischicht insgesamt 23 mal alarmiert. Hierunter waren 1 Probealarm und 10 Alarme zu Übungen, blinde Alarme usw.

Die Berufsfeuerwehr stellte im vergangenen Jahre während der Dienstzeit bei 401 Vorstellungen und 58 Generalproben die Sicherheitswache im Badischen Staatstheater und im städtischen Konzerthaus. Ferner übernahm sie die Sicherheitswachen in der städtischen Ausstellungshalle, bei Veranstaltungen in der Festhalle, bei Messen und bei Zirkusvorführungen. Zu privaten Veranstaltungen befahl man jeweils dienstfreie Mannschaften, die dafür Bezahlung erhielten.

Sämtliche Feuerlöscheinrichtungen und Geräte der städtischen Dienstgebäude, Schulen und dergleichen sowie einiger Firmen werden alljährlich durch die Branddirektion auf ihre Brauchbarkeit und Vollzähligkeit geprüft. Die erforderlichen Neu- und Ersatzbeschaffungen für sämtliche städtischen Dienststellen nimmt die Branddirektion gemeinsam vor. Besonders wertvolle und gefährdete Gebäude, wie Warenhäuser usw. werden periodisch begangen, wobei gleichzeitig eine Prüfung der Steigeleitungen und Löscheinrichtungen durch Anschluß der motorischen Löschgeräte der Berufsfeuerwehr stattfindet. Ebenso begeht und überprüft man jährlich die Lichtspieltheater zusammen mit den anderen Sicherheitsbehörden. Diese Prüfungen sowie die von Zeit zu Zeit als Probealarme bei wichtigen Industriebetrieben angesetzten Übungen sollen mit dazu dienen, die Mannschaften mit den Örtlichkeiten vertraut zu machen und sie für den Einsatz zu schulen. In zahlreichen Fällen wurde auch Privaten und Behörden Beratung in Feuerschutz- und Feuerlöschangelegenheiten erteilt.

Besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich des vorbeugenden Feuerschutzes verdient das Badische Staatstheater, an dem seit dem Wiederaufbau nach dem Brand vom Jahre 1847 keine wesentlichen baulichen Änderungen vorgenommen worden sind. Es erfordert daher fortlaufend Verbesserungen aller dem Feuerschutz dienender Einrichtungen. Neben der Ausführung eines neuen verstärkten Verbindungsrohrstrangs zwischen dem städtischen und staatlichen Rohrnetz sind im inneren Aufbau des Theaters folgende Verbesserungen und Erneuerungen in Vorbereitung: Ausbau des alten und Ersatz durch einen neuzeitlichen eisernen Vorhang mit Berieselungseinrichtung, Verbesserung der Rauch-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

klappenanlage, Beschaffung einer Entstaubungsanlage, Imprägnierung der leicht brennbaren Stoffe, Einbau einer Druckverstärkeranlage für die Steigeleitung im Bühnenhaus.

Die bei der Baupolizei eingehenden Baugesuche aller größeren Objekte und Anlagen werden jeweils dem Branddirektor zur Begutachtung zugeleitet. Im Wirtschaftsjahr 1934 gab er 90 Gutachten dieser Art ab. Ferner hat der Branddirektor auch bei Sitzungen des Stadtbauausschusses Gelegenheit zur Stellungnahme bei Beratung sämtlicher Baugesuche. Daneben war er auch verschiedentlich als Gutachter für andere Behörden, insbesondere für die Polizei und das Gewerbeaufsichtsamt, tätig.

Besondere Pflege und Beachtung erfuhr die Ausbildung der gesamten Wachbesatzung im Gasschutzdienst. Allmonatlich wird jeder Feuerwehrmann zum mindesten einmal zum Tragen von Sauerstoffgeräten herangezogen. Die durchzuführenden Übungen erstreckten sich insbesondere auf 10 Minuten Radfahren, 10 Minuten Gewichtheben, Holzhacken oder andere körperlich anstrengende Arbeiten.

Dem allmorgendlich (außer Freitag und Sonnabend) stattfindenden Übungsdienst (Haken- und Steckleiterexerzieren, Zugexerzieren, Retten und Selbstretten, Übungen mit Pioniergerät usw.) traten bei gelegentlichen Prüfungen von Warenhäusern, industriellen Betrieben, staatlichen Gebäuden usw. Löschmanöver an den betreffenden Objekten zur Seite, um die Mannschaften mit den feuersicherheitlichen Einrichtungen derselben vertraut zu machen.

In den Werkstätten wurden die laufenden Arbeiten und Instandsetzungen an Gebäuden, Fahrzeugen und Geräten besorgt. Außerdem waren 578 städtische Dienstfahrräder zu überholen. Der Schneiderwerkstätte und Schuhmacherei oblagen die Reparaturen und Neuanfertigungen der persönlichen Ausrüstung und Bekleidung.

Zur Ergänzung und Verbesserung der Ausrüstung wurden neu beschafft und sind besonders erwähnenswert: 1 Abschleppwagen, 1 Benzinaggregat Stano II, 24 Volt, 600 Watt mit Zubehör für Brandstellenbeleuchtung, 1 Luftschaumkübelspritze, 6 Pelzmäntel für Brandwachen, 2 Dräger-Kleingasschutzgeräte Modell 130 mit konstanter und lungenautomatischer Dosierung, 1 Sauerstoff- Inhalationsgerät der Firma Dräger mit 2 Atemstellen und Zubehör, 10 S-Masken mit Hochleistungsfilter.

Das gesamte Schlauchmaterial sowohl für die Berufsfeuerwehr wie auch für die freiwilligen Feuerwehren verwaltet die Hauptfeuerwache zentral. Ebenso pflegt sie die Schläuche und setzt sie erforderlichenfalls instand. Der Gesamtbestand an Druckschläuchen betrug am Ende des Berichtsjahres 10 150 m.

Für die Wasserversorgung des Stadtgebietes standen am 1. April 1934 197 Oberflur- und 1777 Unterflurhydranten sowie 12 Hydrantenbrunnen des städtischen Leitungsnetzes zur Verfügung. Neu hinzugekommen sind 5 Oberflur- und 41 Unterflurhydranten. Die auf staatlichen und privaten Grundstücken befindlichen Hydranten, Hydrantenbrunnen und Feuerhähne sind in der Statistik nicht erfaßt.

Die Berufsfeuerwehr besorgt auch den Krankentransportdienst. Die hierfür entstehenden Ausgaben werden ihr unter Belastung des Einzelhaushaltsplans 27 H ersetzt. Im Berichtsjahr hielten sich Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Haushaltsplans; auch gegenüber dem Vorjahr sind nur ganz unbedeutende Veränderungen zu verzeichnen.

Alarme und Hilfeleistungen.

Im Wirtschaftsjahr 1934 mußte die Berufsfeuerwehr 133 mal zu Bränden und Hilfeleistungen ausrücken. Diese verteilen sich auf die einzelnen Monate wie folgt:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Monat	Großfeuer	Mittelfeuer	Kleinfeuer	Blinde Lärme	böswillige Alarme	Kaminbrände	Hilfeleistungen	Zusammen
1934:								
April	2	2	4	—	—	1	1	10
Mai	2	1	3	1	—	—	—	7
Juni	2	1	7	1	1	—	3	15
Juli	2	2	4	—	1	—	3	12
August	3	—	4	1	—	—	2	10
September	—	1	5	4	1	—	1	12
Oktober	—	1	4	2	2	—	1	10
November	—	—	4	3	—	1	—	8
Dezember	—	1	3	1	1	3	1	10
1935:								
Januar	—	1	7	2	1	—	6	17
Februar	1	1	1	—	—	—	6	9
März	1	2	6	1	—	—	3	13
Zusammen	13	13	52	16	7	5	27	133

Die Meldungen gingen in 31 Fällen durch öffentliche Feuermelder, in 77 Fällen durch Reichstelefon, in 19 Fällen durch Polizeiwachen, in 6 Fällen mündlich ein. Von den durch Feuermelder übermittelten Alarmen waren 7 = 23 v. H. mutwillig. Die Brandstelle befand sich in Wohnungen 23 mal, in Kellern 5 mal, in Dachstühlen 7 mal, in gewerblichen Räumen 11 mal, in industriellen Räumen 9 mal, in Schuppen und Ställen 4 mal, in Kraftfahrzeugen 9 mal, im Freien 10 mal, in Kaminen 5 mal. Bei diesen 83 Bränden wurde als Brandursache festgestellt: Fahrlässigkeit beim Kochen, Heizen, Bügeln in 16 Fällen, Brandstiftung in 2 Fällen, Fahrlässigkeit beim Umgang mit offenem Licht oder Feuer in 8 Fällen, Fahrlässigkeit beim Rauchen in 5 Fällen, Fahrlässigkeit bei Aufbewahrung von glühender Asche in 6 Fällen, Fahrlässigkeit beim Umgang mit feuergefährlichen Flüssigkeiten in 6 Fällen, Fahrlässigkeit im allgemeinen in 6 Fällen, fehlerhafte Bauanlage in 1 Fall, fehlerhafte Apparate in 3 Fällen, Vergaserbrände in 3 Fällen, Kurzschluß in 1 Fall, Kamin (Überhitzung und Rußbrände) in 5 Fällen, Bitzschlag in 2 Fällen, Selbstentzündung von Heu in 1 Fall, nicht ermittelt in 18 Fällen, zusammen 83 Fälle.

Bemerkenswerte Brände.

30. April 1934: Brand eines Getreidesilos im Rheinhafengebiet.

Um 23.48 Uhr wurde durch Feuermelder der Löschzug I nach dem Rheinhafen gerufen. Dem Ausrückeplan zufolge rückte auch gleichzeitig der Hilfskraftwagen II mit angehängter Lafettenmotorspritze (Leistung 1000 Liter pro Minute) aus. Im Getreidesilo des Rheinhafens (Werfthalle III) war im vierten Obergeschoß zwischen zwei Getreidekammern eine Trennwand in Brand geraten. Nach Einsteigen in den Silo mit Gasmaske und F-Filter wurde der Brandherd mit einer 52 mm Leitung abgelöscht. Ein zur Sicherung vorgenommenes zweites Rohr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten. Als Entstehungsursache ließ sich ermitteln, daß an der fraglichen hölzernen Trennwand eine elektrische Lampe mit hoher Wattzahl aufgehängt war. Durch strahlende Hitze geriet die Holzwand in Brand. Um 2.05 Uhr kehrte der Löschzug zur Wache zurück.

24. Mai 1934, 18.51 Uhr: Garagenbrand im Gaswerk I, Kaiserallee 11.

Bei Ankunft der Berufsfeuerwehr brannte eine große Wellblechgarage mit einer Innenverschalung aus Holz. Zur Zeit des Brandes waren in dieser Garage 6 Kraftfahrzeuge untergebracht, die alle dem Feuer zum Opfer fielen. Das Feuer wurde mit einem 75 mm-Rohr nach einstündiger Tätigkeit gelöscht. Die Entstehungsursache konnte nicht festgestellt werden.

8. Juni 1934: Dachstuhlbrand in der staatlichen Majolikamanufaktur.

Durch zweimaligen Alarm wurde die Berufsfeuerwehr um 6.16 Uhr nach der staatlichen Majolikamanufaktur gerufen. Die nach dort ausrückenden zwei Löschzüge fanden beim Eintreffen einen vorgeschrittenen Dachstuhlbrand vor, der mit 6 52 mm-Rohren bekämpft wurde. Die Angriffe mußten infolge der starken Rauchentwicklung unter Verwendung von Gasmasken mit F-Filter vorgetragen werden. Nach 1½stündiger Tätigkeit war die Gefahr einer Weiterverbreitung behoben, so-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

daß mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden konnte. Löschzug I und II kehrten um 7.52 Uhr wieder zur Wache zurück. Eine Brandwache in Stärke von 1 Brandmeister, 1 Oberfeuerwehrmann und 10 Feuerwehrleuten blieb bis 12 Uhr an der Brandstelle zurück.

12. Juni 1934, 1.50 Uhr: Überlandfeuer in Marxzell.

Der Landrat von Ettlingen forderte einen Überlandlöschzug an. Bei Ankunft brannte ein 2½-stöckiges Wohnhaus mit eingebautem Postamt. Die Werkfeuerwehr der Spinnerei und Weberei Ettlingen bekämpfte das Feuer im Außenangriff mit einem 75 mm- und 52 mm-Rohr. Im letzten Augenblick konnte ein Übergreifen des Feuers auf das angebaute Postamt durch einen Innenangriff der Karlsruher Berufsfeuerwehr noch vermieden werden, die mit zwei 52 mm-Rohren vorging. Nach einer Tätigkeit von zwei Stunden kehrte der Überlandlöschzug wieder nach Karlsruhe zurück.

9. Juli 1934, 13.50 Uhr: Waldbrand bei Mörsch.

Durch telefonischen Anruf des städtischen Wasserwerks Karlsruhe im Mörscher Wald wurde die Berufsfeuerwehr nach dem der Gemeinde Mörsch gehörenden Wald zur Löschhilfe gerufen. Beim Eintreffen stand ein Fichtenjungwald von ca. 14 ha in hellen Flammen. Nach sechsstündiger Tätigkeit gelang es der Berufsfeuerwehr mit Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr Gaswerk-Ost und dem Freiwilligen Arbeitsdienst Ettlingen sowie einer Hundertschaft Landespolizei, das Feuer zu löschen. Löschwasser wurde mit zwei automobilen Tankwagen der Stadt Karlsruhe zu je 10 cbm Fassungsvermögen angefahren.

31. Juli 1934, 12 Uhr: Dachstuhlbrand Herrenstraße 7.

Durch Feuermelder wurde der Löschzug I nach dem Anwesen Herrenstraße 7 gerufen, woselbst in dem sechsstöckigen Wohn- und Geschäftshaus ein vorgeschrittener Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Den ersten Angriff leitete die Berufsfeuerwehr über das Treppenhaus durch Vornahme eines 52 mm-Rohres ein. Das Vordringen gegen den Brandherd gestaltete sich infolge der großen Hitze und Rauchentwicklung auf dem mit Gerümpel aller Art vollgestopften Speicherboden äußerst schwierig. Erst nachdem das Schieferdach unter Zuhilfenahme der mechanischen Leiter aufgenommen und hier ein zweites Rohr eingesetzt worden war, konnte die Ablöschung des Dachstuhlbrandes größere Fortschritte machen. Die Aufräumungsarbeiten waren gegen 3 Uhr beendet. Um 3.15 Uhr kehrte der Löschzug wieder zur Wache zurück.

23. März 1935, 1.53 Uhr: Großfeuer im Blechpackungswerk Knielingen.

Vom Polizeipräsidium ging die Großfeuermeldung in Knielingen ein, worauf der Überlandlöschzug unter Leitung des Branddirektors nach dort ausrückte. In den Badischen Blechpackungswerken war in der Druckerei, in der große Farbenvorräte lagerten, ein umfangreicher Brand entstanden, der auch auf die angrenzenden Gebäude überzugreifen drohte. Das Löschwasser mußte wegen ungenügender Versorgung des Fabrikgeländes aus einem 350 m entfernt liegenden Unterflurhydranten entnommen werden. Das Feuer konnte unter Mitwirkung der Freiwilligen Feuerwehr Knielingen nach etwa 1½ Stunden auf seinen Herd beschränkt werden. Das Hauptgebäude und die Fertigfabrikate im Werte von über 100 000 *RM* wurden durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr vor der Vernichtung bewahrt.

B. Freiwillige Feuerwehren.

In den eingemeindeten Vororten bestehen freiwillige Feuerwehren mit folgendem Mitgliederstand (Stichtag: 1. Januar 1935): Bulach 66 (1933: 60) Mann, Daxlanden 148 (1933: 168) Mann, Grünwinkel 67 (1933: 64) Mann, Mühlburg 102 (1933: 125) Mann, Rintheim 59 (1933: 60) Mann, Rüppurr 115 (1933: 120) Mann, zusammen 557 (1933: 597) Mann. Für den Feuerschutz der Innenstadt kommen noch hinzu: Freiwillige Feuerwehr Innenstadt mit 47 Mann, Gaswerk-Ost mit 40 Mann, insgesamt 644 Mann.

Die freiwillige Feuerwehr Mühlburg wird durch eine Preßluft-Tyfonanlage, die anderen Vorortfeuerwehren werden durch Feuerwehrsignale alarmiert. Die Freiwillige Feuerwehr Gaswerk-Ost, die dem Schutz der Innenstadt bei Großfeuer in erster Linie dient, kann durch eine Weckerlinie gerufen werden. Zur Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehr Innenstadt befindet sich auf der Hauptfeuerwache eine Sirene, außerdem werden durch die einzelnen Polizeireviere sogenannte Alarmkarten zugestellt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Am 1. Mai 1934, dem Tage der nationalen Arbeit, konnten im Bürgersaal des Rathauses von den Vertretern des Staates und der Stadt an langjährige und verdiente Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren folgende Auszeichnungen in feierlicher Weise verliehen werden:

3 Ehrenzeichen des Staates für 40jährige Mitgliedschaft, 15 Ehrenzeichen des Staates für 25jährige Mitgliedschaft, 3 Ehrenzeichen der Stadt für 40jährige Mitgliedschaft, 12 Ehrenzeichen der Stadt für 20jährige Mitgliedschaft, 2 Ehrenkreuze des Bad. Landesfeuerwehrverbandes für besondere Verdienste.

Bei den freiwilligen Feuerwehren muß eine zunehmende Überalterung festgestellt werden. Sie hat ihre Ursache darin, daß ein nennenswerter Zugang an jungen Kräften fehlt.

An dem Aufwand für die Freiwillige Feuerwehr waren im Berichtsjahr sowohl gegenüber dem Haushaltsplan als auch dem Vorjahr Einsparungen möglich.

C. Feuermelde- und Alarmeinrichtung.

Im Berichtsjahr wurde unter Aufwendung von 54 753,05 *RM* (verrechnet unter Kredit Tit. XXIII Nr. 8) die schon länger geplante Feuermeldeanlage eingebaut und in Betrieb genommen. Die Ausführung dieser Arbeit war ermöglicht worden im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung.

Das Stadtgebiet umfaßt 7 Schleifen mit insgesamt 108 Meldern. Eine Verkabelung des gesamten Feuermeldenetzes hat wegen der hierbei anfallenden hohen Kosten noch nicht stattgefunden. Der größte Teil der bestehenden Leitungen ist Freileitung. Die neu erstellte Anlage arbeitet einwandfrei. Erweiterungsbauten, Arbeiten zur laufenden Unterhaltung, Melderproben usw. werden von der Schwachstromabteilung des städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes ausgeführt.

Durch die Schaffung der neuen Feuermeldeanlage ist die Übermittlung der Feuermeldungen auf den höchsten Stand der Technik gebracht. Bis Ende 1934 befand sich die Feuermeldezentrale noch im Rathaus. Die dort einlaufenden Feuermeldungen wurden telefonisch an die Feuerwache weitergegeben, da mit dem Neubau der derzeitigen Hauptfeuerwache im Jahre 1926 nicht gleichzeitig auch eine Verlegung der Feuermeldezentrale stattgefunden hat.

Die Einnahmen für die Feuermelde- und Alarmeinrichtungen erfuhren eine geringe Steigerung. Durch Einstellung des Schuldendienstes für die neuerbaute Anlage ist unter den Ausgaben eine Erhöhung eingetreten.

7. Bestattungswesen und Friedhöfe.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 37).

	1934 Haushaltsplan *RM*	1934 Rechnungssoll *RM*	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr *RM*	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger *RM*	1933 Rechnungssoll *RM*
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren	180 000	200 690	20 690	—	177 823
b) Mietzinse	750	766	16	—	642
c) Einnahmen aus dem Betriebe	1 850	1 594	—	256	1 099
d) Anlage und Pflege von Grabstätten	1 350	3 181	1 831	—	2 652
e) Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	2 900	2 780	—	120	2 900
f) Sonstige Einnahmen	200	78	—	122	7 275
Summe der Einnahmen	187 050	209 089	22 537	498	192 391

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	112 440	108 162	—	4 278	111 109
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	13 930	12 632	—	1 298	14 082
II. Zweckausgaben	78 920	78 566	—	354	72 161
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	22 710	22 710	—	—	22 710
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	470	470	—	—	400
2. Einmalige Ausgaben	2 250	1 972	—	278	1 392
3. Verwaltungskostenbeiträge	17 270	17 270	—	—	18 420
Summe der Ausgaben	247 990	241 782	—	6 208	240 274
Summe der Einnahmen	187 050	209 089	22 537	498	192 391
Zuschuß	60 940	32 693	—	28 247	47 883

Im Wirtschaftsjahr 1934 fanden auf dem Hauptfriedhof und den Vorortfriedhöfen von Karlsruhe 1412 (1933: 1270) Erd- und 325 (1933: 343) Feuerbestattungen statt. Ferner wurden 44 (1933: 18) Urnen mit Aschenresten, die von auswärts übersandt worden waren, hier beigesetzt.

Die Bestattungen verteilen sich auf:

	Erdbestattungen				Feuerbestattungen			Erd- und Feuerbestattungen zusammen
	Erwachsene über 10 Jahren	Kinder unter 10 Jahren	Tot geborene	Zusammen	Erwachsene über 10 Jahren	Kinder unter 10 Jahren	Zusammen	
Hauptfriedhof	932	142	44	1 118	321	4	325	1 443
Beiertheim	21	—	—	21	—	—	—	21
Bulach	18	1	2	21	—	—	—	21
Daxlanden	46	10	1	57	—	—	—	57
Grünwinkel	26	1	2	29	—	—	—	29
Mühlburg	86	13	1	100	—	—	—	100
Rüppurr	42	8	1	51	—	—	—	51
Rintheim	14	1	—	15	—	—	—	15
Zusammen 1934	1 185	176	51	1 412	321	4	325	1 737
Zusammen 1933	1 087	137	46	1 270	338	5	343	1 613

Bei den 1412 (1933: 1270) Erdbestattungen gelangten in 319 (1933: 274) Fällen Rabatten-Grabstätten und in 1093 (1933: 996) Fällen Reihengrabstätten zur Wahl.

Von den Aschen der 325 (1933: 343) feuerbestatteten Verstorbenen kamen 75 (1933: 90) in Rabattengrabstätten (Familiengräbern), 59 (1933: 62) in Reihengrabstätten der allgemeinen Gräberfelder, 30 (1933: 18) in Kaufgrabstätten der Aschenbestattungsanlagen, 55 (1933: 45) in Aschenreihengrabstätten der allgemeinen Aschengräberfelder, 4 (1933: 8) auf dem israelitischen Friedhof zur Beisetzung, 9 (1933: 23) wurden den Angehörigen ausgehändigt, 90 (1933: 86) Aschen nach auswärts versandt, 1 (1933: 3) Asche auf dem Hauptfriedhof ausgestreut und 2 (1933: 8) Aschen blieben in Verwahrung der Friedhofverwaltung.

In 723 (1933: 664) Fällen (einschließlich der Vororte) wählten die Hinterbliebenen einen besseren Sarg, während in den restlichen 1014 (1933: 949) Fällen der kostenlose Sarg zur Verwendung kam. Für die Ausschmückung der Kapellen fanden insgesamt 3780 (1933: 3562) Lorbeerbäume

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

und 420 (1933: 402) Kerzenleuchter Aufstellung. In 987 (1933: 978) Fällen (einschließlich des Stadtteils Mühlburg) wurde Orgel- oder Harmoniumspiel bestellt.

Für das Friedhofwesen waren im Berichtsjahr 6 Beamte (einschließlich des Beamten des Bestattungsbüros), 1 Angestellter, 1 Aushilfsangestellter und 27 Arbeiter ständig, ferner, wie im Vorjahr, vorübergehend Fürsorgeempfänger zur Verrichtung von Pflichtarbeiten beschäftigt. In den Vororten Mühlburg und Grünwinkel versehen unständig 4 Bestattungsdiener, in Beiertheim, Bulach, Daxlanden und Rüppurr je 4 Bestattungsdiener die bei Todesfällen erforderlich werdenden Verrichtungen. Die Arbeiten auf dem Vorortsfriedhof Rintheim besorgte nach wie vor das Personal des Hauptfriedhofs. Im Berichtsjahr legte man den Bestattungsordner- und Totengräberdienst für die Stadtteile Mühlburg, Grünwinkel und Daxlanden und für die Stadtteile Beiertheim und Bulach zusammen.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Gesamtzahl der Bestattungen um 7,7 v. H. erhöht. Die ganze Zunahme entfällt jedoch auf die Erdbestattungen, während in der Zahl der Feuerbestattungen ein Rückgang eingetreten ist. In stärkerem Maße, als es der Steigerung der Erdbestattungen entspricht, wählten die Hinterbliebenen Rabattengrabstätten, wodurch in der Hauptsache die beträchtliche Erhöhung der Einnahmen bedingt ist. Die Ausgaben hielten sich in der Höhe des Vorjahres, blieben aber hinter dem Haushaltsplan zurück; der Zuschußbedarf verminderte sich.

8. Stadtgarten.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 38).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	130 000	110 150	—	19 850	109 286
b) Miete, Pacht, Zinsen	5 860	8 010	2 150	—	7 409
c) Einnahmen aus dem Betriebe	2 500	3 062	562	—	533
d) Sonstige Einnahmen	2 000	6 927	4 927	—	1 360
Summe der Einnahmen	140 360	128 149	7 639	19 850	118 588
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	155 550	153 859	—	1 691	155 205
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	10 110	9 593	—	517	8 826
II. Zweckausgaben	117 030	112 272	—	4 758	100 366
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	59 170	59 170	—	—	59 490
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	1 600	1 600	—	—	1 380
3. Verwaltungskostenbeiträge	7 300	7 300	—	—	218
Summe der Ausgaben	350 760	343 794	—	6 966	325 485
Summe der Einnahmen	140 360	128 149	7 639	19 850	118 588
Zuschuß	210 400	215 645	5 245	—	206 897

Der Stadtgarten hatte im Berichtsjahr hinsichtlich des Besuchs mit Tageskarten eine stärkere Benützung aufzuweisen. Allerdings ist die Zahl der Jahreskarten erneut zurückgegangen. Verkauft wurden 421 185 (1933: 384 396) Tageskarten, 5692 (1933: 6244) Jahreskarten und 405

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(1933: 499) Ferienkarten. Bei den Tageskarten ist eine Zunahme um 9,6 v. H. festzustellen, bei den Jahres- und Ferienkarten ein Rückgang um 8,8 bezw. 18,8 v. H. Die abgegebenen Tageskarten betrafen 220759 (1933: 204420) Erwachsene, 95725 (1933: 66990) Kinder, 57292 (1933: 57947) Konzertkarten (für Erwachsene), 45860 (1933: 36247) Karten für besondere Veranstaltungen für Erwachsene und 1549 (1933: 2857) für Kinder (1933: außerdem 15935 Eisbahnkarten). Mit Tageskarten wurde der Garten besucht im April von 52706 Personen, im Mai von 104866 Personen, im Juni von 58776 Personen, im Juli von 65445 Personen, im August von 51229 Personen, im September von 37298 Personen, im Oktober von 29150 Personen, im November von 4582 Personen, im Dezember von 4112 Personen, im Januar von 3257 Personen, im Februar von 2722 Personen, im März von 7042 Personen.

Außer den bezahlten Eintrittskarten kamen 20000 Freikarten für den Besuch an Sonn- und Feiertag-Vormittagen an Erwerbslose zur Verteilung. Ferner suchten 8123 (1933: 6641) Schüler hiesiger und 5905 (1933: 4384) Schüler auswärtiger Schulen den Stadtgarten auf.

Von den Jahreskarten entfielen 1155 (1933: 1319) auf Herrenkarten, 2114 (1933: 2328) auf Damenkarten, 69 (1933: 73) auf Kinderwärterinnen, 788 (1933: 860) auf Schülerkarten, 107 (1933: 210) auf Studentenkarten, 1353 (1933: 1364) auf Rentnerkarten und 108 (1933: 90) auf Winterkarten.

Für die Benützung besonderer Einrichtungen im Stadtgarten wurden verkauft: 79192 (1933: 65457) Bootskarten zu 10 Rpf, 2825 (1933: 2247) Reitkarten zu 20 Rpf, 3947 (1933: 3592) Fahrkarten zu 10 Rpf.

An Konzertveranstaltungen fanden statt: 21 (1933: 20) Morgenkonzerte an Sonn- und Feiertagen, bei denen kein Musikzuschlag erhoben wurde, 26 (1933: 25) Nachmittagskonzerte an Sonn- und Feiertagen, 9 (1933: 11) Sonntagabendkonzerte, 25 (1933: 32) Werktagnachmittags- und 5 (1933: 1) Werktagabendkonzerte.

Als besondere Veranstaltungen seien genannt: Die Gartenfeste im Anschluß an die Eröffnung des Armeemuseums am 12. Mai und an den Sommertagszug am 13. Mai, das Rosen- und Sommernachtsfest mit anschließendem Tanz in der Festhalle am 3. Juni, das Gartenfest der Betriebszelle Berka am 30. Juni, das Johann Strauß-Konzert am 1. Juli, das Sommernachtsfest am 29. Juli.

Im Wirtschaftsjahr 1934 beteiligten sich an den Konzerten aufgrund eines besonderen Konzertausteilers die folgenden Kapellen: Musikkorps der Landespolizeigruppe, SA-Standartenkapelle 109, Philharmonisches Orchester, SS-Standartenkapelle 62, Musikzug der NSKK-Motorstaffel I/M 53, Schülerkapelle, NSDFB-Stahlhelm, Musikzug des Arbeitsdienstgaues XXVII.

Die Eisbahn im Stadtgarten war im Berichtsjahr nicht benützbar.

Große Änderungen haben sich im Tierbestand des Stadtgartens gegenüber dem Vorjahr nicht ergeben. Hinzugekommen sind durch Kauf: 1 Strauß, 16 Rhesusaffen, 2 Eismöven, 2 Mantelmöven, 1 grüne Meerkatze, 2 Kapuzineraffen, 1 Maskenschwein, 1 Lippenbär, 3 Zwergziegen, 4 Schwarzkopfschafe, 4 Brillenpinguine. Von der aufgelösten Vogelwarte in Rappenwört wurden 142 verschiedene Sing-, Zier- und Raubvögel übernommen. Diejenigen Vogelarten, für die im Stadtgarten keine geeignete Unterkunft vorhanden war (es waren in der Hauptsache die sogenannten Weichfresser), verkaufte man im ganzen an einen auswärtigen Liebhaber. Zur Welt kamen im Stadtgarten: 12 Wildschweine, 1 Dromedar, 1 Seehund, 1 Wapiti, 3 Damhirsche, 1 Edelhirsch, 2 Löwen, 3 Braunbären, 1 Sikahirsch, 1 Rhesusaffe, 5 Biberratten, 32 Kaninchen, eine Anzahl Meerschweinchen und weiße Mäuse, 1 Brillenpinguin, 6 Pfauen, 11 Diamantfasanen, 13 Silberfasanen, 6 Ringfasanen, 3 Silbermöwen, 1 Nilgans, 150 Wellensittiche, 3 Nandeysittiche, 217 Enten verschiedener Arten, 42 Wildenten, 188 Tauben verschiedener Rassen.

Schenkungen an den Tiergarten waren folgende zu verzeichnen: 1 Leopard, 1 Kragenbär, 1 Kängeruh, 1 Javaneraffe, 1 Igel, 3 Webervögel, 1 Grünfink, 7 Mäusebussarde, 1 Habicht, 1 Schleiereule, 1 Sperber, 1 Waldkauz und 1 Ringelnatter.

An Futtermittel wurden verbraucht: 292 Zentner Hafer, 145 Zentner Weizen, 435 Zentner Gerste, Welschkorn, Taubenfutter und Kleie, 75 Zentner Gelberüben, 55 Zentner Kartoffel, 512 Zentner Kastanien und Eicheln, 493 Zentner Fleisch, 265 Zentner Fische, 300 Zentner Grünfutter, 53 Zentner Haferkerne, Erdnüsse, Hanfsaat, 6457 Laibe Brot, 13 Zentner Obst, 1,5 Zentner Amei-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

seneier, 1325 Zentner Heu und Stroh, 34 Zentner Reis, 1882 Liter Milch, 1500 Eier, 100 kg Lebertran zum Gesamtbetrag von 36 263 RM.

Größere Instandsetzungen waren erforderlich an den Einfriedigungen des Gartens (Neuanstrich) und der Pergola des Rosengartens, ferner mußte die Betonbefestigung des heizbaren Wasserbeckens erneuert werden.

Beschäftigt waren beim Stadtgarten im Berichtsjahr 4 Beamte und 33 Arbeiter.

Trotz des verstärkten Besuchs des Stadtgartens mit Tageskarten haben sich die Einnahmen nur unbedeutend erhöht, da der Eintritt zum ermäßigten Preis von 20 Rpf für Erwachsene und 10 Rpf für Kinder auf die Sonntag- und Samstagnachmittage ausgedehnt wurde. Infolge erhöhten Umsatzes in der Stadtgartenwirtschaft zeigen die Miete- und Pachteinnahmen eine Steigerung; die Einnahmen aus dem Betriebe gingen ebenfalls in die Höhe, da die bisher rechnerisch nicht erfaßten Tauschgeschäfte an Tieren nunmehr in Einnahmen und Ausgaben durchgeführt werden. Unter den sonstigen Einnahmen ist eine wesentliche Verbesserung zu verzeichnen, die zufälliger Art ist. Der Ansatz im Haushaltsplan konnte jedoch nicht erreicht werden.

Die Ausgaben hielten sich im Rahmen des Haushaltsplans, übertrafen aber das Vorjahr infolge höherer Zweckausgaben und Steigerung der Verwaltungskostenbeiträge. Da die Mehreinnahmen die Mehrausgaben nicht erreichten, hat sich der Fehlbetrag erhöht.

9. Oeffentliche Anlagen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 39).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe	3 500	3 375	—	125	3 295
b) Sonstige Einnahmen	100	130	30	—	4 086
3. Verwaltungskostenbeiträge	10 680	10 680	—	—	13 215
Summe der Einnahmen	14 280	14 185	30	125	20 596
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	115 770	109 989	—	5 781	113 432
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	2 410	1 534	—	876	2 153
II. Zweckausgaben	33 850	30 189	—	3 661	31 035
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	40	40	—	—	40
3. Verwaltungskostenbeiträge	3 580	3 580	—	—	100
Summe der Ausgaben	155 650	145 332	—	10 318	146 760
Summe der Einnahmen	14 280	14 185	30	125	20 596
Zuschuß	141 370	131 147	—	10 223	126 164

In Verwaltung des Gartenamts standen im Berichtsjahr öffentliche Anlagen im Ausmaß von 23 ha 99 a 51 qm. Neben den laufenden Unterhaltungsarbeiten konnte mit Hilfe von Pflichtarbeitern der weitere Ausbau der Albuferanlagen beim Dammerstock, bei Grünwinkel und Daxlanden fortgeführt werden. So hat man beim Dammerstock etwa 900 lfdm Hainbuchenhecken gepflanzt und die bei der Umwandlung des alten Friedhofs in der Ostendstraße angefallenen Grabsteinreste zu Stützmauern beim Eisenbahnübergang an der Hardtstraße und beim Daxlander Friedhof verwendet. Das Beiertheimer Wäldchen erhielt, wie bereits erwähnt, einen besonderen Schmuck durch die Erstellung des Denkmals für den Nationalhelden Albert Leo Schlageter.

Für die Unterhaltung der öffentlichen Anlagen waren im Berichtsjahr 1 Beamter und 37 Arbeiter beschäftigt. Im Aufwand ist keine wesentliche Veränderung eingetreten.

10. Waagen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 40).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	11 060	12 901	1 841	—	13 090
b) Mieten	770	778	8	—	1 246
c) Sonstige Einnahmen	10	1	—	9	—
Summe der Einnahmen	11 840	13 680	1 849	9	14 336
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	5 630	5 607	—	23	5 792
b) Sachlich	2 550	2 518	—	32	1 742
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	1 250	1 250	—	—	1 730
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	252
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 760	1 760	—	—	1 850
Summe der Ausgaben	11 190	11 135	—	55	11 366
Summe der Einnahmen	11 840	13 680	1 849	9	14 336
Überschuß	650	2 545	1 895	—	2 970

Im Berichtsjahr dienten sieben Brückenwaagen dem öffentlichen Verkehr und zwar am Rüppurrer Tor-Platz, in der Lameystraße, am Kühlen Krug und in den Vororten Beiertheim, Daxlanden, Rintheim und Rüppurr. Daneben waren noch zwei Brückenwaagen im Schlachthof und Gaswerk vorhanden, auf denen neben Betriebsfahrzeugen auch Fuhrwerke des öffentlichen Verkehrs gewogen werden konnten. Deren Erträge sind unter den betreffenden Betrieben verrechnet. Auf den erstgenannten Waagen fanden im Berichtsjahr 17 147 Verwiegungen statt.

Für die beiden Brückenwaagen im Stadtgebiet waren im Berichtsjahr ein haupt- und ein nebenamtlicher Waagmeister beschäftigt. Der Brückenwaagendienst in den Vororten wurde von privaten Personen gegen Beteiligung an den Wiegegebühren ausgeübt. Einnahmen und Ausgaben hielten sich in der Höhe des Vorjahres.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

11. Wasenmeisterei.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 41).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
Mietzinse	480	491	11	—	491
Summe der Einnahmen	480	491	11	—	491
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachlich	870	540	—	330	556
c) 1. b) Tilgung	600	600	—	—	—
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	800	800	—	—	800
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 730	2 730	—	—	3 180
Summe der Ausgaben	5 000	4 670	—	330	4 536
Summe der Einnahmen	480	491	11	—	491
Zuschuß	4 520	4 179	—	341	4 045

In dem Dienst und dem Aufwand der Wasenmeisterei trat im Berichtsjahr keine Änderung ein.

VIII. Selbständige Betriebe und Unternehmungen.

1. Wasserwerk.

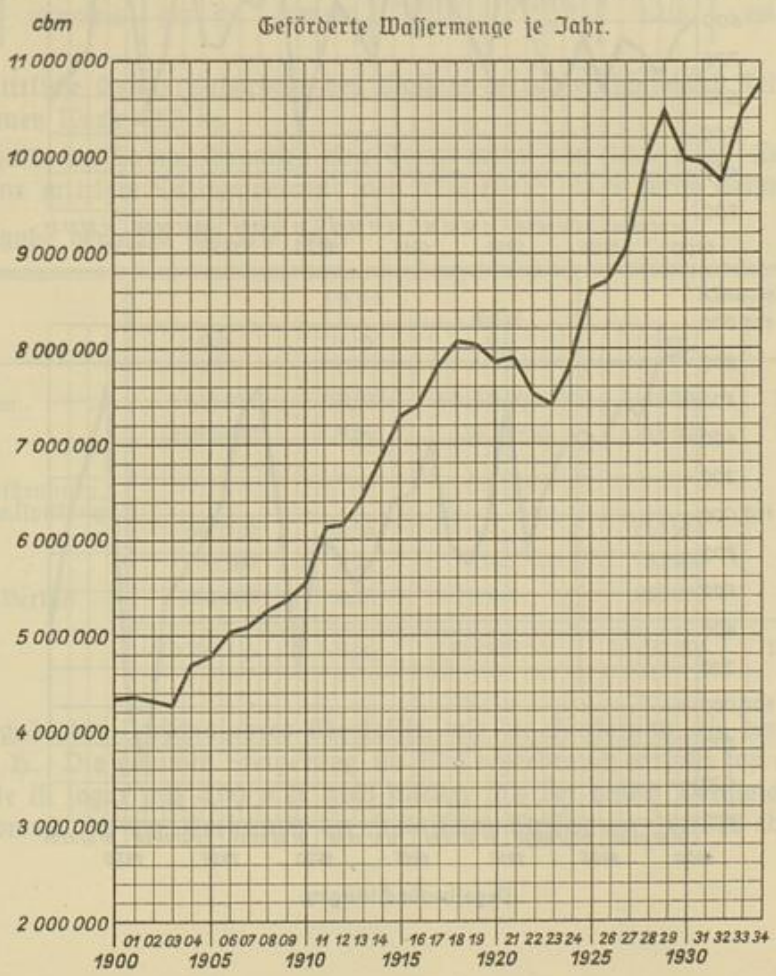
(Einzelhaushaltsplan Nr. 42).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Mietzins (für Dienstwohnungen)	2 100	2 130	30	—	2 116
b) Ertrag aus Wasserabgabe:					
1. Allgemein	1 543 500	1 516 858	—	26 642	1 490 112
2. Städtische Gebäude und Anstalten	146 500	135 169	—	11 331	145 538
c) Verschiedenes	8 500	7 766	—	734	8 264
Summe der Einnahmen	1 700 600	1 661 923	30	38 707	1 646 030

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	174 400	177 235	2 835	—	179 564
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	19 960	17 135	—	2 825	16 748
II. Zweckausgaben	552 430	733 126	180 696	—	455 129
c) 1. a) Zinsendienst	135 539	135 539	—	—	146 915
b) Tilgung	104 711	104 711	—	—	124 465
2. Nutzungswert der Anlagen	183 830	183 830	—	—	183 840
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	123 690	123 690	—	—	117 170
2. Einmalige Ausgaben	1 000	79 542	78 542	—	2 517
3. Verwaltungskostenbeiträge	10 500	10 500	—	—	10 500
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	12 490	12 490	—	—	22 960
Summe der Ausgaben	1 318 550	1 577 798	262 073	2 825	1 259 808
Summe der Einnahmen	1 700 600	1 661 923	30	38 707	1 646 030
Überschuß	382 050	84 125	—	297 925	386 222

Allgemeines.

Das Berichtsjahr brachte ein erneutes Ansteigen der Wasserförderung. Es ist sowohl die Folge der überaus warmen Witterung in den Sommermonaten des Jahres 1934 als auch der gebesserten Wirtschaftslage. Betrachtet man das Schaubild über die Wasserförderung in hiesiger Stadt seit dem



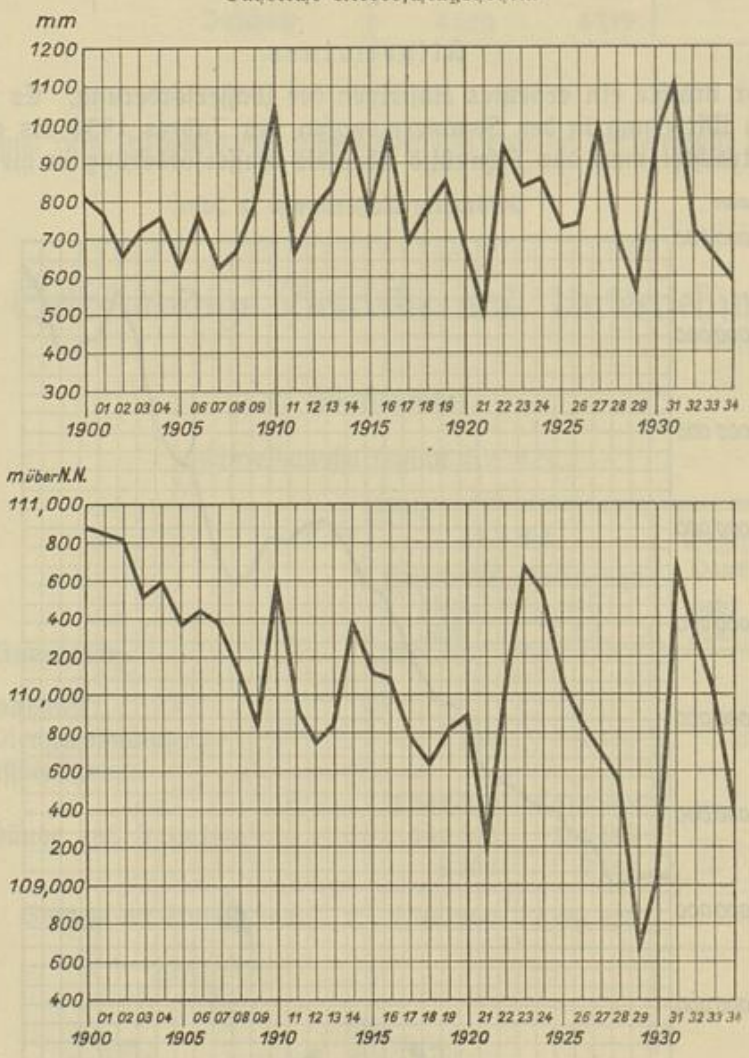
Beginn des Jahrhunderts, so ist zu ersehen, daß sich im Laufe von 34 Jahren der Wasserverbrauch um über das 2½fache gesteigert hat. Mit Ausnahme der Jahre 1919 bis 1923 und 1930 bis 1932 ist bei der Wasserabgabe in ständiger Folge eine Erhöhung eingetreten. Lediglich die Inflationsjahre und die schweren Krisenjahre als Folge der Scheinblüte vermochten den Wasserverbrauch vorübergehend einzuschränken.

Der Wasserverbrauch in Karlsruhe ist gegenüber anderen Städten mit gleicher Einwohnerzahl hoch. Dies ist hauptsächlich auf den niedrigen Wasserpreis zurückzuführen. Karlsruhe kann dem Grundwasserstrom in geringer Tiefe unbegrenzte Wassermassen entnehmen, ohne das Wasser einer Aufbereitung unterziehen zu müssen. Infolge der geringen Betriebskosten läßt sich der Wasserpreis niedrig halten. Städte, bei denen diese günstigen geologischen und hydrologischen Verhältnisse wie in Karlsruhe vorliegen, werden immer einen verhältnismäßig großen Wasserverbrauch aufweisen. In Städten dagegen, die ihr Trinkwasser aus weit entfernt liegenden Gegenden herleiten und womöglich noch aufbereiten müssen, wird der Wasserpreis immer ein hoher und der Wasserverbrauch infolgedessen ein niedriger sein.

Der Wasserverbrauch in Karlsruhe wird übrigens auch durch die vielen Kleingärten und Grünanlagen beeinflußt. Dies geht schon daraus hervor, daß in früheren Jahren der höchste Stundenverbrauch in die Zeit zwischen 10 und 12 Uhr fiel, wogegen er neuerdings in der Zeit zwischen 19 und 20 Uhr liegt.

Die Einwirkung der Niederschlagsmenge auf den Grundwasserspiegel, wie er nach den verschiedenen Pegelbeobachtungen zum Ausdruck kommt, zeigt das weitere Schaubild. Hiernach ist seit Beginn des Jahrhunderts ein ständiges Zurückgehen des Grundwasserspiegels festzustellen, das lediglich unterbrochen wird durch die Auswirkung besonders reichlicher Niederschläge, wie sie z. B. in den

Jährliche Niederschlagshöhen.



Pegelbeobachtungen.

Jahren 1910 und 1931 stattgefunden haben. Das Absinken des Grundwasserstandes ist die Folge der starken Wasserentnahmen und der dauernd weiter fortschreitenden Geländeentwässerung, wodurch dem Boden die Möglichkeit der allmählichen Feuchtigkeitsaufnahme erschwert wird. Aber trotz des Zurückgehens des Grundwasserspiegels ist infolge der geologischen Verhältnisse in der Rheinebene nie eine Gefährdung in der Wasserversorgung zu befürchten.

Werksanlagen.

Den gesamten Wasserbedarf lieferten die beiden Pumpwerke im Rüppurrer und Mörscher Wald. In den Wasserversorgungsanlagen trat im Berichtsjahr keine Änderung ein. Die Wasserfassungsanlage im Rüppurrer Wald besteht aus 14 Brunnen von 3—5 m lichtem Durchmesser, davon 12 Schacht- und 2 Filterbrunnen, diejenige im Mörscher Wald aus einem Sammelbrunnen von 7 m lichter Weite und 5 Brunnen von je 5 m lichter Weite. Diese Brunnen, sämtliche Schachtbrunnen, haben eine Tiefe von 14—16 m.

Wasserförderung und -abgabe.

Die gesamte Wasserförderung und Wasserabgabe betrug im Berichtsjahr 10 799 315 (1933: 10 497 272) cbm. Sie ist mithin um 2,88 v. H. gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die durchschnittliche Wasserförderung in 24 Stunden belief sich auf 29 587 (1933: 28 760) cbm.

Von den geförderten Wassermengen entfielen auf:

	Menge	davon gefördert durch		Betriebsstunden		Brennstoffverbrauch (Kohle und Koks)	Stromverbrauch	Zur Förderung von 100 cbm Wasser wurden benötigt	
	cbm	Dampfpumpen cbm	Elektromotoren cbm	Dampfmaschinen	Elektromotoren	t	kWh	Brennstoff kg	kWh
Altes Werk (Durlacher Wald)	8 313 425	6 251 470	2 061 955	8 131 h 40'	2 654 h 25'	1 415	540 780	20,9	26,23
Neues Werk (Mörscher Wald)	2 485 890	—	2 485 890	—	4 990 h 10'	—	687 550	—	27,66
	10 799 315	6 251 470	4 547 845	8 131 h 40'	7 644 h 35'	1 415	1 228 330	20,9	26,95

Die durchschnittliche Gesamtförderhöhe des Wassers betrug einschließlich Reibung im alten Werk 43,6 m und im neuen Werk 42,3 m.

Das Wasser hatte im Sammelbrunnen eine Temperatur von 10,3 Grad Celsius. Im Wasserwerk herrschte eine mittlere Lufttemperatur von 12,2 (1933: 11,5) Grad Celsius.

Die Wasserabgabe verteilte sich wie folgt:

	1934			1933		
	cbm	v. H.	Erlös RM	cbm	v. H.	Erlös RM
Private und Behörden	8 516 874	78,87	1 516 858,38	8 119 394	77,35	1 490 111,80
Städtische Stellen	1 069 332	9,90	135 169,15	1 216 004	11,58	145 537,86
Öffentliche Zwecke (Springbrunnen, Laufbrunnen, Straßengießen, Kanalspülung usw.)	867 749	8,04	—	851 974	8,12	—
Gemeinde Mörsch	80 360	0,74	—	63 900	0,61	—
Eigenverbrauch und Verlust .	265 000	2,45	—	246 000	2,34	—
	10 799 315	100,00	1 652 027,53	10 497 272	100,00	1 635 649,66

Die Wasserabgabe des Berichtsjahres übertrifft, wie die Förderung, die des Vorjahres um 2,88 (1933: + 8,55) v. H. Die gesamte Steigerung im Wasserverbrauch entfällt fast ausschließlich auf die Fremdabgabe. Sie ist sogar mit 4,90 v. H. noch stärker als bei einem Vergleich der Gesamtabgabe zum Ausdruck kommt, da der Verbrauch der städtischen Stellen um 146 672 cbm = 12,06 v. H. zu-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

rückgegangen ist. Bei dem Wasserverbrauch für öffentliche Zwecke zeigte sich nur eine geringe Vermehrung, dagegen hat die Wasserabgabe an die Gemeinde Mörsch um 25,76 v. H. zugenommen. Eigenverbrauch und Verlust erfuhren ebenfalls eine Erhöhung.

Auf den Kopf der Bevölkerung (ohne Mörsch) entfiel eine nutzbare Wasserabgabe von 68,3 (1933: 66,1) cbm. Die höchste Tagesabgabe fand am 10. Juli 1934 mit 47 040 cbm, die niedrigste Abgabe am 3. März 1935 mit 20 120 cbm statt.

Das zu Tage geförderte Wasser, das dem von Südosten her in nordwestlicher Richtung dem Rhein zufließenden Grundwasserstrom entnommen wird, ist von bester Beschaffenheit; es entspricht in jeder Beziehung allen Anforderungen, die an ein gutes Trinkwasser gestellt werden können. Es wird ohne jegliche Vorbehandlung in das städtische Leitungsnetz gepumpt.

Rohrnetz.

Die Ausdehnung des Wasserleitungsnetzes nahm im Berichtsjahr um 2,5 v. H. gegenüber dem Vorjahr zu. Sie ist zurückzuführen auf die Wasserversorgung der Markthalle auf dem alten Bahnhofsgelände und die Neuerschließung von Baugelände. Seine Länge betrug am Ende des Berichtsjahres 201 618 (1933: 196 543) m, sein kubischer Inhalt 8277 (1933: 8204) cbm, der gemeinschaftliche Rohrdurchmesser 229 mm. Vorhanden waren zum gleichen Zeitpunkt 9917 (1933: 9706) Zuführungen, 3242 (1933: 3194) Schieber, 799 (1933: 793) Teilkasten, 144 (1933: 137) Teilkugeln, 44 (1933: 44) Spundkasten, 757 (1933: 754) Teilkastenschächte, 44 (1933: 44) Spundkastenschächte.

An den Hauptrohrleitungen mußten insgesamt 14 Rohrbrüche und 7 Durchrostungen, an den Hauszuführungen 14 Rohrbrüche und 1 Durchrostung behoben werden.

Die Zahl der eingebauten Wassermesser (Schaubild 4) erhöhte sich von 8642 auf 8839. Zwecks Prüfung und Instandsetzung in eigener Werkstätte wurden 2507 Wassermesser ausgewechselt.

Am 31. März 1935 waren 10 684 (1934: 10 528) Grundstücke an die Wasserversorgung angeschlossen. 1210 bebaute Grundstücke, meistens kleinere Anwesen in den Vororten, sind noch nicht mit Wassermessern versehen. 52 Hausgrundstücke haben keinen Wasseranschluß.

An Brunnen und Hydranten waren am Ende des Wirtschaftsjahres vorhanden: 54 (1933: 55) Laufbrunnen, 34 (1933: 22) Ventilbrunnen, 22 (1933: 22) Spring- und Zierbrunnen, 2020 (1933: 1794) Hydranten. Hiervon waren 1818 (1933: 1777) Unterflur- und 202 (1933: 197) Oberflurhydranten.

Verwaltung.

Die Verwaltung des Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerks ist schon seit Jahren unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt. Bei den drei Werken waren am Ende des Berichtsjahres 186 (1933: 183) Beamte und Beamtenanwärter, 80 (1933: 52) Angestellte und 468 (1933: 442) Arbeiter beschäftigt. Diese verteilen sich auf:

Verwaltung der drei Werke: 141 (1933: 122) Verwaltungsbeamte und Angestellte und 47 (1933: 42) Arbeiter;

Wasserwerksbetrieb: 5 (1933: 6) technische Beamte und 16 (1933: 15) Arbeiter;

Gaswerksbetrieb: 20 (1933: 21) technische Beamte und Angestellte, 7 (1933: 7) Verwaltungsbeamte und 152 (1933: 140) Arbeiter;

Installationsabteilung für Gas und Wasser: 26 (1933: 22) technische Beamte und Angestellte, 3 (1933: 2) Verwaltungsbeamte und 128 (1933: 122) Arbeiter;

Elektrizitätswerksbetrieb: 12 (1933: 13) technische Beamte und Angestellte, 1 (1933: 1) Verwaltungsbeamter, und 42 (1933: 43) Arbeiter;

Kabelnetzabteilung einschließlich der öffentlichen elektrischen Beleuchtung: 17 (1933: 14) technische Beamte und Angestellte und 39 (1933: 38) Arbeiter;

Installationsabteilung für Elektrizität: 25 (1933: 20) technische Beamte und Angestellte und 44 (1933: 42) Arbeiter;

auf die beiden letzten Abteilungen entfielen außerdem 3 (1933: 3) Verwaltungsbeamte und Angestellte;

Maschinentechnische Abteilung: 6 (1933: 4) technische Beamte und Angestellte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Wassergeld ist in der Regel nach dem Grundstückssteuerwert bemessen. Für Gewerbebetriebe mit größerem Verbrauch sowie bei Wassermehrverbrauch findet die Berechnung nach dem Wassermesser statt. Bei Erhebung nach dem Steuerwert beträgt das Wassergeld monatlich 2 Rpf je 100 RM Steuerwert, bei Berechnung nach dem tatsächlichen Verbrauch 15 Rpf je cbm.

Entsprechend der gestiegenen Wasserabgabe haben sich die Einnahmen erhöht. Der gegenüber dem Vorjahr um 37 750 RM vermehrte Haushaltsansatz konnte jedoch nicht erreicht werden. Der Ertrag der Wasserabgabe an städtische Gebäude und Anstalten blieb sogar wie die gelieferte Menge hinter dem Vorjahr zurück. Insgesamt weisen die Einnahmen des Werks gegenüber dem Vorjahr nur eine Steigerung um 15 893 RM auf, während der Haushaltsansatz um 54 570 RM über dem vorjährigen Ergebnis lag.

Die Ausgaben waren im Haushaltsplan mit einem Mehrbetrag von 21 800 RM gegenüber dem Vorjahr angesetzt. Die geringe Überschreitung des Haushaltsplanansatzes bei den persönlichen Ausgaben hat in der eingetretenen Personalvermehrung ihre Ursache. Bei den Zweckausgaben ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung nach der Rechnung um 277 997 RM eingetreten. Ein Teilbetrag von 86 800 RM entfällt auf die bereits im Haushaltsplan berücksichtigte Steigerung der Straßenbenützungsabgabe von 175 000 RM auf 261 800 RM. Die Überschreitung des Haushaltsplans dagegen ist die Folge der erstmals im Berichtsjahr eingetretenen Körperschaftsteuerpflicht gemäß dem Körperschaftsteuer- und Steueranpassungsgesetz vom 16. Oktober 1934. Für das Wirtschaftsjahr 1934 mußte das Wasserwerk 180 000 RM Körperschaftsteuer entrichten, die jedoch der Stadt Karlsruhe zufließt. Eine im Laufe des Jahres zu verzeichnende Erhöhung der Kohlenpreise konnte durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Der Aufwand für den Schuldendienst erfuhr infolge Herabsetzung des Zinssatzes und der fortschreitenden Tilgung eine Ermäßigung. Durch nachträgliche Übernahme der Kosten für die Erweiterung des Wasserrohrnetzes mit 79 000 RM auf die laufende Wirtschaft trat bei den einmaligen Ausgaben eine Überschreitung ein. Der Überschuß des Werkes verminderte sich infolge der geschilderten Ausgabesteigerungen auf 84 125 RM.

Anlehensmittel fanden in Höhe von 13 240.75 (1933: 119 879,90) RM zur Erweiterung des Rohrnetzes, Mittel des Erneuerungsfonds im Betrage von 4547,15 (1933: 28 438,45) RM zu dessen Erneuerung Verwendung. Der Rücklage zur Bestreitung außerordentlicher Aufwendungen wurden darlehensweise 7395.75 RM entnommen.

2. Gaswerk.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 43).

Einnahmen.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
b) Miete, Pacht Zinsen	30 150	30 525	375	—	31 004
c) Ertrag des Betriebs:					
1. Gasabgabe	2 897 500	2 679 107	—	218 393	2 736 725
2. Nebenprodukte	1 160 500	1 127 810	—	32 690	1 118 687
d) Verschiedenes:					
1. Installationsbetrieb	1 000	57 725	56 725	—	43 574
2. Ersatz für die Bedienung und Unterhaltung der Straßenbeleuchtung einschließlich Unterhaltung der Laternen	—	—	—	—	60 000
3. Teilzahlung auf Gas- und Stromverbrauchsgegenstände	90 000	266 912	176 912	—	72 936
4. Sonstiges	14 800	13 232	—	1 568	9 800
3. Verwaltungskostenbeiträge	4 800	4 800	—	—	7 100
Summe der Einnahmen	4 198 750	4 180 111	234 012	252 651	4 079 826

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	1 012 730	1 010 026	—	2 704	989 044
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	98 250	74 552	—	23 698	75 096
II. Zweckausgaben:					
1. Unterhaltung, Betrieb usw.	1 963 480	2 183 155	219 675	—	1 833 462
2. Teilzahlungsgeschäft für Gas- und Stromverbrauchsgegenstände	82 800	243 292	160 492	—	65 837
c) 1. a) Zinsendienst	145 661	141 238	—	4 423	180 593
b) Tilgung	133 959	133 959	—	—	136 424
2. Nutzungswert der Anlagen	327 610	327 610	—	—	327 870
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	418 820	418 820	—	—	435 270
2. Einmalige Ausgaben	53 400	96 767	43 367	—	6 226
3. Verwaltungskostenbeiträge	40 000	40 000	—	—	40 000
4. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	106 510	106 510	—	—	166 820
Summe der Ausgaben	4 383 220	4 775 929	423 534	30 825	4 256 642
Summe der Einnahmen	4 198 750	4 180 111	234 012	252 651	4 079 826
Zuschuß	184 470	595 818	411 348	—	176 816

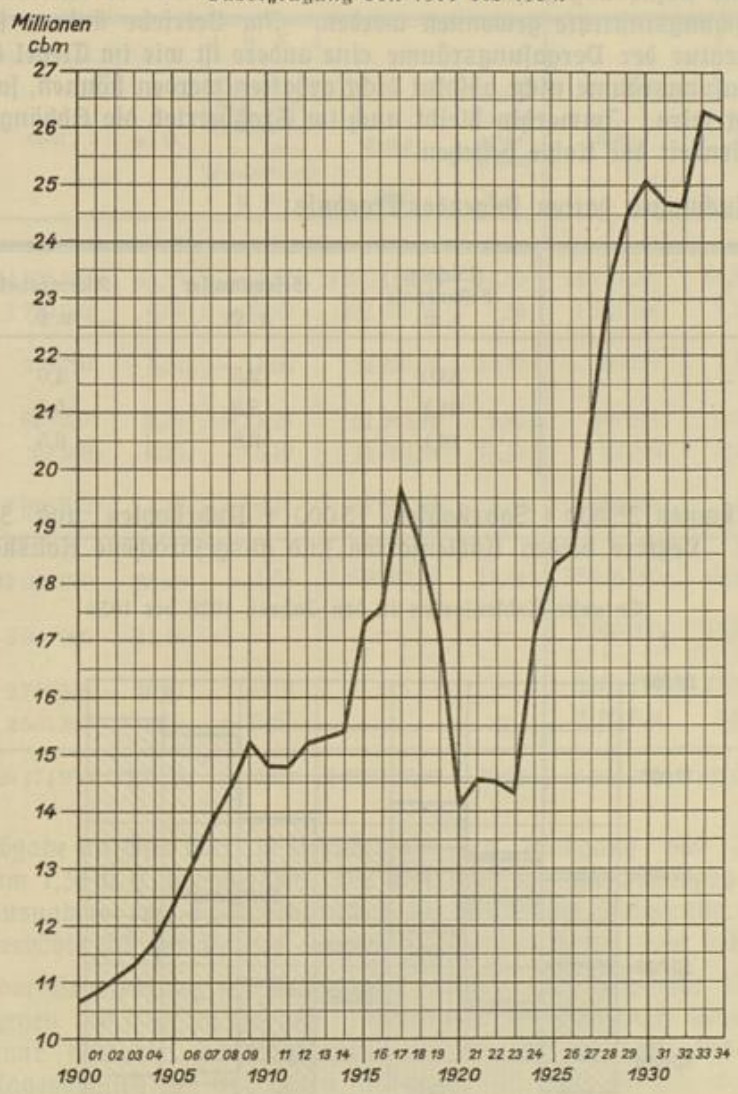
Allgemeines.

Nicht in die Belebung, die fast allen Produktionszweigen des deutschen Wirtschaftskörpers zuteil wurde, einbezogen ist die Gaserzeugung der Gaswerke. Sie steht dabei im Gegensatz zu der Entwicklung, die die Gasabgabe der Zechen erfahren hat, denen es möglich war, durch weiteren Anschluß von Gemeinden an die Ferngasversorgung und Ausweitung der industriellen Verwendung des Gases eine Steigerung ihrer Abnahme zu erreichen.

Wie das Schaubild zeigt, ist die stärkste Zunahme der Gaserzeugung in hiesiger Stadt in den Jahren 1925 bis 1930 zu verzeichnen. Diese Entwicklung hat zweifellos ihre Ursache in der starken Neubautätigkeit jener Jahre, da neben der zahlenmäßigen Erhöhung der Abnehmer durch den vielfachen Übergang zu alleinigem Kochen mit Gas und die Erstellung von Gasbadeöfen in fast allen Neubauwohnungen ein starker Anreiz zur Erhöhung des Gasverbrauchs gegeben war. Im Gegensatz zur Wasserförderung und Stromerzeugung hat aber die Gaserzeugung in den Krisenjahren 1930/32 nur wenig nachgegeben, da der industrielle Gasverbrauch verhältnismäßig gering ist, und der Haushaltungsgasabsatz, als zu den weniger konjunkturempfindlichen Verbrauchsgütern gehörig, nur einen schwachen Rückgang zu verzeichnen hatte. Andererseits blieb aber in den beiden letzten Jahren trotz weiterer Zunahme der Anschlußzahl gerade bei den Kleinabnehmern eine Verbrauchssteigerung aus, im Gegenteil, diese zeigte sich sowohl im Vorjahr als auch erneut im Berichtsjahr rückläufig. Eine Erklärung für diese Erscheinung kann nur darin gesucht werden, daß die fortschreitende Verbesserung in den Gasverbrauchsgeräten eine sparsamere Gasverwendung zuläßt. Die Erzeugungssteigerung des Vorjahres ist nicht auf eine Erhöhung der Abgabe, sondern auf einen vermehrten Eigenverbrauch infolge Übergangs zur Heizung von Dampfkesseln mit Gas zurückzuführen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gaserzeugung von 1900 bis 1934.



Erzeugungsanlagen.

Für die Gaserzeugung standen wie im Vorjahre 17 Öfen mit 79 Kammern zur Verfügung. Die Tagesleistung betrug ebenfalls unverändert 150 000 cbm. 31 Kammern waren während 2 Monaten, 33 während 6 Monaten und 37 während 4 Monaten in Betrieb. Die regelmäßige Ausstehzeit hielt sich, wie in den Vorjahren, auf 24 Stunden.

Am Fassungsvermögen der Vorratsbehälter hat sich nichts geändert. Die drei Gasbehälter im Gaswerk Ost können zusammen 87 000 cbm und die beiden Ausgleichsbehälter in der Verteilungsstelle West 5600 cbm Gas aufnehmen.

Größere Umbauten oder Erneuerungen zeigten sich im Berichtsjahr nicht für erforderlich. Die Einteilung der Koksfiebe und der Koksbunker wurde dahin abgeändert, daß in Zukunft auch eine Ausfiebung des Kokses auf eine Korngröße von 60/90 mm möglich ist.

Gaserzeugung und -abgabe.

Im Wirtschaftsjahr 1934 betrug die Gaserzeugung 26 175 600 (1933: 26 331 700) cbm.

Entgast wurden 75 646 (1933: 78 238) t Steinkohlen, die eine Gasausbeute von 345 (1933: 336) cbm je t ergaben.

Die Höhe der Gasausbeute hängt unmittelbar von der Art der vergasten Kohlen ab. Während aus Saarkohle mit einer Gasausbeute von durchschnittlich 320 cbm je t zu rechnen ist, sinkt die Gasausbeute bei Ruhr-Kokskohlen auf etwa 230 cbm und bei Eschweiler Kokskohlen auf 180 cbm

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

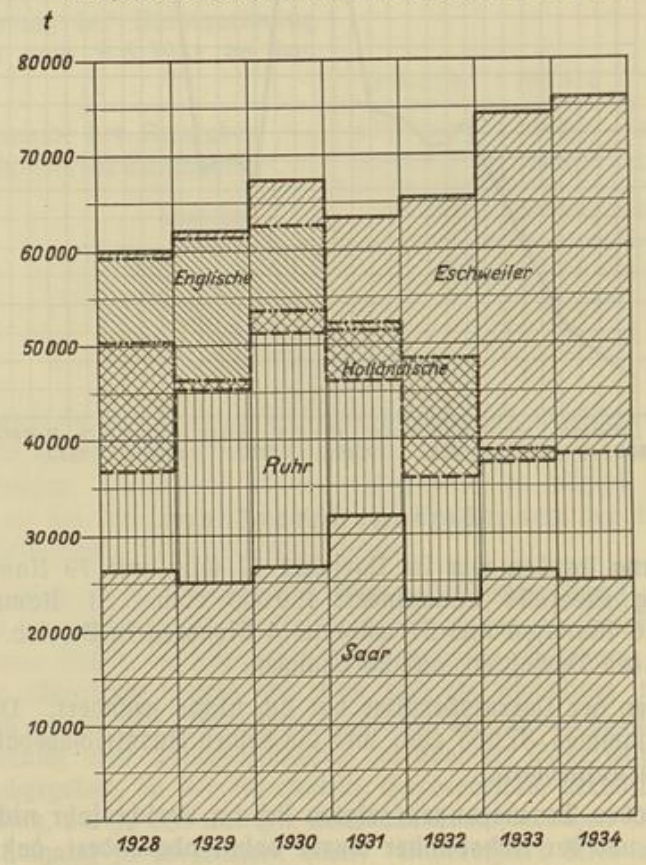
je t. Diese Zahlen sind Erfahrungszahlen, die in den Laboratorien der Kokereien, Gaswerke und wissenschaftlichen Forschungsinstitute gewonnen werden. Im Betriebe ändern sich die Zahlen dadurch, daß die Temperatur der Vergasungsräume eine andere ist wie im Tiegel des Laboratoriums, sodann, weil die Vergasungsräume nicht absolut dicht gehalten werden können, sodaß das Kohlengas mit Rauchgas gemischt wird. Immerhin bleibt auch im Großbetrieb die Abhängigkeit der Gasausbeute von der Beschaffenheit der Kohle bestehen.

Die Kohlenuntersuchungen hatten folgendes Ergebnis:

	Flüchtige Bestandteile v. H.	Gesamtwasser v. H.	Aschengehalt v. H.	Reinkoks v. H.
Saarkohle	33,0	2,5	4,0	60,5
Ruhrkohle	24,2	8,2	5,4	62,2
Eschweiler Kohle	19,1	6,8	6,5	67,6

Im Berichtsjahr kamen 25 000 t Saarkohlen, 13 000 t Ruhrkohlen und 38 000 t Eschweiler Kohle zur Vergasung. Letztere beiden Kohlensorten sind ausgesprochene Kokskohlen.

Entgaste Kohlensorten in den Jahren 1928 bis 1934



Die Gesamtsumme der Kammertage betrug 12 431 (1933: 12 152), der Kammerladungen 11 875 (1933: 11 812), die Kohlenladung je Kammer im Mittel 6380 (1933: 6620) kg, die durchschnittlich mit einer Ladung erzeugte Gasmenge 2200 (1933: 2220) cbm.

Das erzeugte Gas hatte bei 0 Grad Celsius, 760 WS, einen objektiven Heizwert von 4545 (1933: 4540) WE; das spezifische Gewicht betrug 0,464 (1933: 0,461), der Sauerstoffgehalt 0,5 (1933: 0,6).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Gasabgabe mit 26 174 900 (1933: 26 340 300) cbm verteilt sich wie folgt:

	1934					1933			
	cbm	v. H.	Gegenüber dem Vorjahr mehr (+) oder weniger (—) v. H.	Erlös RM	Durchschnittserlös je cbm Rpf	cbm	v. H.	Erlös RM	Durchschnittserlös je cbm Rpf
Privatkleinverbraucher	14 105 238	53,89	— 4,21	2 382 413,98	16,89	14 725 927	55,91	2 467 870,28	16,76
Großabnehmer	1 789 023	6,83	+ 32,99	131 658,13	7,36	1 345 206	5,11	104 561,11	7,77
Reichs- und Staatsbehörden	270 190	1,03	— 11,06	34 499,91	12,77	303 777	1,15	39 136,19	12,88
Städt. Gebäude und Betriebe	618 337	2,36	— 11,29	61 263,34	9,91	697 077	2,65	69 384,46	9,95
Gemeinde Hagsfeld	67 340	0,26	+ 5,19	11 763,84	17,47	64 019	0,24	11 158,77	17,43
Stadtgemeinde Ettlingen	1 078 842	4,12	— 0,11	57 507,89	5,33	1 080 089	4,10	44 614,46	4,13
Verkaufte Menge cbm	17 928 970	68,49	— 1,58	2 679 107,09	14,94	18 216 095	69,16	2 736 725,27	15,02
Öffentliche Beleuchtung	3 000 000	11,46	—	—	—	3 000 000	11,39	—	—
Eigenverbrauch des Gaswerks	2 740 535	10,47	— 10,19	—	—	3 051 371	11,58	—	—
Verlust	2 505 395	9,58	+ 20,87	—	—	2 072 834	7,87	—	—
	26 174 900	100,00	— 0,63	2 679 107,09	10,23	26 340 300	100,00	2 736 725,27	10,39

In der Fremdabgabe an Gas war im Berichtsjahr ein Rückgang von 21 216 095 cbm auf 20 928 970 cbm = um 1,35 v. H. festzustellen. Die Verringerung der Gasabgabe betrifft alle Abnehmergruppen mit Ausnahme der Großverbraucher, bei denen eine Steigerung um 32,99 v. H. eingetreten ist. Ferner erhöhte sich der Verlust erneut um 20,87 v. H. auf 9,58 v. H. der Gesamtabgabe.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel (ohne Ettlingen und Hagsfeld) eine nutzbare Gasabgabe von 146 cbm gegen 149 cbm im Vorjahr. Innerhalb der einzelnen Monate fand die höchste Gasabgabe im Januar 1935 mit 2 310 400 cbm, die niederste im April 1934 mit 2 064 700 cbm statt. Die größte Tagesabgabe fiel auf den 9. Februar 1935 mit 90 300 cbm, die geringste auf den 2. April 1934 (Ostermontag) mit 52 400 cbm.

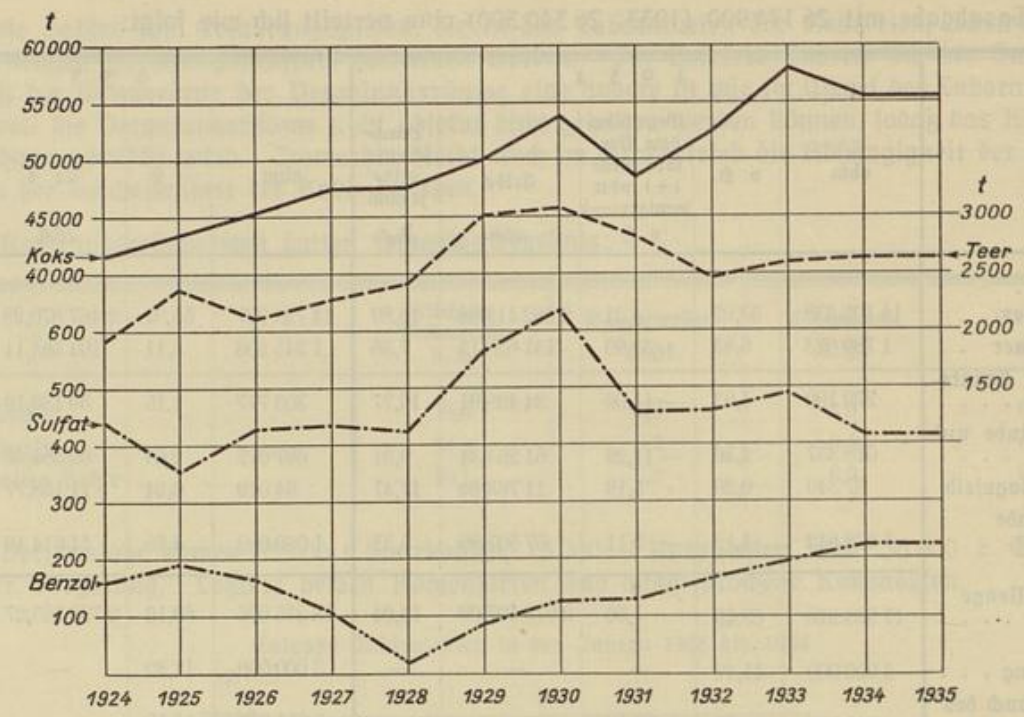
Die höchste Belastung ergibt sich für die Monate Dezember und Januar, die niederste für die Frühjahrsmonate.

Nebenprodukte-Erzeugung und -Verkauf.

An Nebenprodukten wurden gewonnen und verwertet:

Nebenprodukt:	Erzeugung 1934 t	Erzeugung 1933 t	Verkauf 1934 t	Verkauf 1934 Erlös RM	Verkauf 1934 Durchschnittserlös je t bzw. Liter RM	Verkauf 1933 t	Verkauf 1933 Erlös RM	Verkauf 1933 Durchschnittserlös je t bzw. Liter RM
Koks	55 156	57 596	40 773	865 677,80	21,23	43 758	851 809,25	19,47
Teer	2 675	2 501	2 620	128 150,59	48,91	2 579	122 426,76	47,47
Sulfat	447	504	414	34 771,81	83,99	493	55 570,73	112,72
Reinigungsmasse	207	172	207	2 182,66	10,54	172	1 622,32	9,43
Schlackenwäsche	565	1 078	565	12 200,—	21,59	1 078	10 200,—	9,46
Retortengraphit	4	—	4	108,64	27,16	—	—	—
	l	l	l			l		
Benzol	245 088	219 990	250 068	84 718,54	0,34	217 575	77 057,40	0,35
				1 127 810,04			1 118 686,46	

Ausbeute von Koks, Teer, Sulfat und Benzol in den Jahren 1924 bis 1934.

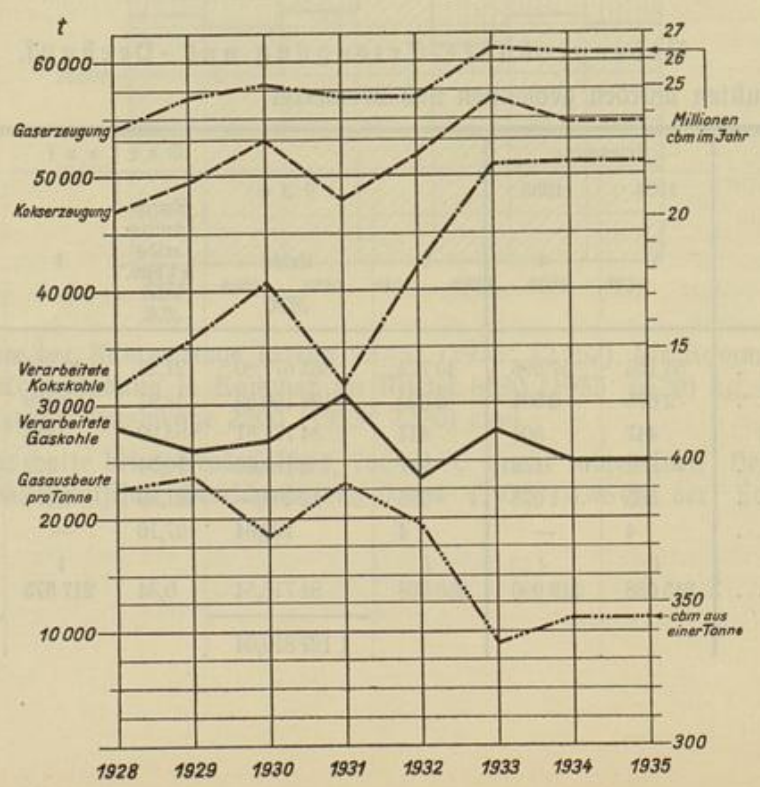


Die Ausbeute aus 100 kg Kohlen betrug:

	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Gas cbm . . .	39,02	39,47	37,30	39,10	37,80	33,60	34,50
Koks (feucht) kg	78,95	79,95	70,40	69,90	75,20	73,70	73,00
Teer kg . . .	4,35	4,63	4,48	4,58	3,77	3,20	3,50
Sulfat kg . .	0,75	0,87	0,82	0,70	0,71	0,644	0,590
Benzol Liter . .	—	—	0,385	0,229	0,287	0,281	0,324

Eine wirtschaftliche Gaserzeugung hat auch eine wirtschaftliche Verwertung der Nebenerzeugnisse zur Voraussetzung. Aus diesem Grunde ist man in den letzten Jahren zu einer verstärkten Vergasung von Kokskohlen übergegangen, da der Gaswerkskoks mit dem Zechenkoks zu wetteifern hat. Der hier erzielte Gaskoks ist dem Zechenkoks vollkommen ebenbürtig. Außer den bisher schon gebräuchlichen Korngrößen konnte im Berichtsjahr durch die bereits erwähnte Neueinteilung der Koksiebe und Konksbunker ausgesiebter Koks im Ausmaß von 60/90 mm gewonnen werden.

Abhängigkeit der Gas- und Koksausbeute von der vergasten Kohlensorte in den Jahren 1928 bis 1934.



Der Koks, mittleres Korn (40/60 mm), setzte sich aus 86,2 (1933: 87,5) v. H. Reinkoks, 5,7 (1933: 5,0) v. H. Gesamtwasser und 8,1 (1933: 7,5) v. H. Asche zusammen. Seine mittlere Verbrennungswärme betrug 6850 (1933: 6960) WE.

An dem Verkauf waren beteiligt: Koksorte I, 60/90 mm, mit 30,63 (1933: 31,00) v. H., Koksorte II, 40/60 mm, mit 33,21 (1933: 32,97) v. H., Koksorte III, 20/40 mm, mit 17,68 (1933: 20,31) v. H., Koksorte IV, 10/20 mm, mit 6,58 (1933: 5,58) v. H., Grus mit 10,69 (1933: 8,91) v. H. und Mischkoks mit 1,21 (1933: 1,23) v. H.

Der Eigenverbrauch an Koks betrug für die Unterfeuerung der Öfen 11 698 (1933: 11 510) t = 21,21 (1933: 19,98) v. H. der gesamten Erzeugung, für die Dampfkesselfeuerung 1038 (1933: 1011) t = 1,88 (1933: 1,75) v. H. der gesamten Erzeugung, zusammen 12 736 (1933: 12 521) t = 23,09 (1933: 21,73) v. H. der gesamten Erzeugung.

Die nach Abzug des Eigenverbrauchs verbleibende Koksmenge konnte bis auf einen geringen Rest abgesetzt werden, sodaß der Koksabsatz auch im Wirtschaftsjahr 1934 als sehr gut zu bezeichnen ist. Der Durchschnittserlös steigerte sich gegenüber dem Vorjahr.

Auch die anderen Nebenerzeugnisse sind von der Kohlenbeschaffenheit abhängig. Eine Kokskohle gibt weniger Teer und auch weniger Ammoniak als eine Gaskohle, weil sie weniger flüchtige Bestandteile und mehr Kohlenstoff in Gestalt von Koks enthält. Mit dem Übergang zur vermehrten Vergasung von Kokskohlen mußte daher der Teeranfall rückläufig werden. Der Wassergehalt des Teeres betrug 3,2 (1933: 3,6) v. H.

Der Rückgang in der Sulfaterzeugung hat, abgesehen von der vermehrten Entgasung von Kokskohle, seinen Grund in der schlechten Lage des Stickstoffmarkts und in einem Abkommen, nach dem das im Ammoniakwasser gebundene Ammoniak nicht mehr gewonnen werden soll. Weiter mußte die Beschaffenheit des Sulfats verbessert, d. h. der Wassergehalt im Sulfat durch Trocknung des Sulfats vermindert werden, wodurch der Tonnenanfall ebenfalls zurückging.

Schwefelsaures Ammoniak (Sulfat) hatte einen Ammoniakgehalt von 25,3 (1933: 25,29) v. H., einen Stickstoffgehalt von 20,6 (1933: 20,8) v. H., einen Wassergehalt von 1,7 (1933: 1,8) v. H. und einen Gehalt an freier Säure von 0,02 (1933: 0,02) v. H.

Die Erzeugung an Teer und Sulfat kam ebenfalls bis auf geringe Mengen zum Verkauf. Der durchschnittliche Erlös für eine Tonne Teer hat sich etwas gebessert. Die Preise für Sulfat waren ungefähr die gleichen wie im Vorjahr. Zu Gunsten der notleidenden Landwirtschaft wurde im Frühjahr 1935 auf Anordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung auf die Sulfatpreise ein Sonderabschlag für die Erzeugungsschlacht gewährt, der eine Ermäßigung des Durchschnittserlöses zur Folge hatte.

Das (Motoren-)Benzol hatte bei 20 Grad Celsius ein spezifisches Gewicht von 0,865 (1933: 0,865). Die Kennziffer war 101 (1933: 98), die Fraktionierungsziffer 26 (1933: 24). Der Benzolverkauf war sehr gut; außer der erzeugten Menge konnte auch der vom Vorjahr verbliebene Vorrat abgesetzt werden. Im Durchschnittserlös zeigte sich ein leichtes Zurückgehen.

Gasverteilungsnetz.

Die Herstellung der Gasversorgungsleitungen für den Markt am alten Bahnhof und für die in den Außenbezirken der Stadt neu zur Überbauung gekommenen Wohngebiete bedingte eine Erweiterung des Hauptrohrnetzes um 2320 m = 1,12 v. H. Sein Inhalt nahm um 39,729 cbm = 0,77 v. H. zu.

Stand des Hauptrohrnetzes.

	31. März 1935	31. März 1934
Länge	209 678 m	207 358 m
davon:		
Niederdruckleitungen	177 884 m	175 891 m
Hochdruckleitungen	31 794 m	31 467 m
Gußrohrleitungen	156 191 m	156 650 m
Stahlrohrleitungen	53 487 m	50 708 m
Kubischer Inhalt	5 179,519 cbm	5 139,790 cbm
Gaszuführungen	9 103	8 950
Straßenlaternen	3 295	3 282
Flammenzahl	7 719	7 529

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der gemeinschaftliche Rohrdurchmesser betrug 177 mm.

Stärker als die Ausdehnung des Rohrnetzes war der Zugang an Gaszuführungen mit 155 = 1,73 v. H., von denen 49 im engeren Stadtgebiet, 61 in den Vorortstadtteilen, 43 in den Siedlungen und 2 in der Gemeinde Hagsfeld zur Ausführung kamen. Weggefallen sind 2 Zuführungen.

Der Neuzugang an Straßenlaternen mit 13 war gering. Dagegen hat sich die Flammenzahl um 190 erhöht. Mit Fernzündungseinrichtungen waren 3148, mit Zünd- und Löschuhren 147 Laternen ausgestattet.

Zur Verminderung des Gasdrucks auf den Gebrauchsdruck dienten wie im Vorjahr 17 Druckregler und 680 (1933: 626) Hausdruckregler, von denen der größte Teil in den Straßen verwendet wird, in denen eine Hochdruckleitung liegt (z. B. Albsiedlung, Dammerstock). Der Gasdruck im Niederdrucknetz beträgt etwa 60 mm WS., in den Hochdruck- und Fernleitungen 350 bis 2000 mm WS.

Rohrbrüche ereigneten sich im Berichtsjahr nur zwei an Hauszuführungen. Die Hauptrohrstränge erlitten keine Beschädigungen. Gasstörungen bei Abnehmern (Störungen am Gasmesser, Wasser in der Leitung, in der Zuführung, gelockerter Hahn usw.), mußten 5116 (1933: 5809) behoben werden. Infolge Wohnungsumzugs wurden 620 Gasmesser abgenommen, 96 geschlossen oder geöffnet, 3589 ausgewechselt, 1606 neu gesetzt und 3451 übernommen. Außerdem mußten aus sonstigen Gründen 271 Gasmesser geschlossen und geöffnet werden. Die Zahl der installierten Gasmesser betrug 43797. Davon waren 28349 Hochleistungsgasmesser, 9928 gewöhnliche (trockene und nasse) Gasmesser, 4666 gewöhnliche Münzgasmesser und 854 Hochleistungs-Münzgasmesser. Der Neuzugang im Berichtsjahr belief sich auf 710 Stück = 1,64 v. H.

Erforderlich erwies sich im Berichtsjahr die Instandsetzung von 1417 Gasmessern, die Prüfung von 1971 und die Ausscheidung von 2263 Gasmessern infolge Unbrauchbarkeit. 185 Gasmesserverbindungen wurden abgeändert und 198 neu hergestellt.

Zur Ausführung privater Installationsarbeiten erteilte das Amt 1754 Genehmigungen. Außerdem prüfte es 1315 Leitungen und 1908 Neuanschlüsse von Gasgeräten auf Dichtheit.

Laboratorium.

Im Laboratorium fanden neben den der laufenden Betriebskontrolle dienenden Untersuchungen u. a. folgende Betriebs- und Laboratoriumsversuche statt:

Untersuchung und Begutachtung bitumenhaltiger Pflasterausgußmasse nach den Din-Normen; Feststellung der maximalen Wasseraufnahmefähigkeit von Koks verschiedener Körnungen; vollständige Untersuchung und Begutachtung von „Inertol" 49 dick als Anstrichmittel für Gasbehälterdecken; eingehende Gutachten über die Korrosionsursachen an trockenen Gasmessern; vergleichende Untersuchungen über die chemische Beschaffenheit von Leitungswasser, erhärtetem Kesselspeisewasser und Wasser aus den Kesseln; Untersuchung und Begutachtung von Feuerschutzfarben sowie Salzen der chemischen Fabrik Flörsheim; eingehende Untersuchung und Begutachtung eines zerstörten säurefesten Gußasphaltfußbodens und Aufklärung der Ursachen des Zerfalls; eingehende Untersuchung einer zerstörten Lederdichtung aus der Abschlußventilverschraubung eines Progasreglers und Aufklärung der Korrosionsursachen; eingehende Untersuchung und Begutachtung eines beanstandeten Bitumendaches; vergleichende Untersuchungen über den Naphtalingehalt von „B.V. Aral"-Benzol und Gaswerks-Motorenbenzol; mikroskopische Schliffstudien über den petrographischen Aufbau von Ruhr-, Saar- und Eschweiler Kohlen zur Feststellung des Gehalts an Glanz-, Matt- und Faserkohle; Untersuchungen von frischen und ausgebrauchten Reinigungsmassen, Maschinen-, Auto- und Zylinderölen, Straßenteeren und sonstigen bituminösen Straßenbaumitteln, festen und flüssigen Seifen sowie Putzmitteln verschiedener Art, Fußbodenölen, Abbeizmitteln für Lacke, Benzolwaschölen und verschiedenen anderen Stoffen mehr.

Werbung.

Die Gaswerbung wurde im Berichtsjahr zwecks Förderung der von der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung eingeleiteten Maßnahmen zusammen mit der Karlsruher Gasgemeinschaft eifrig betrieben. In Verbindung mit letzterer fanden am 11., 12., 13. und 14. Februar 1935 Aufklärungsvorträge über die Verwendung neuzeitlicher Gasgeräte in Gestalt von heiteren Werbeabenden in der Festhalle mit bestem Erfolg statt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Unter Hinzurechnung des Absatzes bei der angeschlossenen Hauswerbung konnten etwa 2000 Gasherde und Gaskocher, 1800 Durchlauferhitzer, 200 Gasbadeöfen, 200 Heizöfen für Badezimmer und 5 Waschmaschinen verkauft werden. Der hierdurch erzielte Umsatz für das hiesige Gewerbe betrug unter Einschluß der Installationen nahezu eine halbe Million Reichsmark.

Im Berichtsjahr ließ sich auch der schon seit Jahren gehegte Plan der Einrichtung eines Ausstellungs- und Vorführungsraumes durch Mieten entsprechender Räume (Ausstellungsraum, Vortragssaal und Lehrküche) im Hause Kaiserstraße 101/103 verwirklichen.

Insgesamt 5216 Besucher wurden über die verschiedenen Fragen der Gas- und Stromverwendung, insbesondere auch über die auf dem Markt erschienenen Geräte, beraten. Im Vortragssaal fanden zahlreiche Kochkurse und Vorträge für Hausfrauen, zum Teil unter Mitwirkung der NS-Frauenschaft statt. Als Ergebnis der Werbung kann festgestellt werden, daß einige Konditoreiöfen, mehrere Großgasküchen sowie bei zwei Karlsruher Bäckermeistern Brotgasbacköfen und Gasdampfbacköfen zur Aufstellung gelangten. Dagegen waren hinsichtlich der Gasbeheizung von Wohnungen, Geschäftsräumen usw. und der Umstellung der Industrie auf Gasfeuerung keine Fortschritte zu erzielen. Zur Beschaffung von Gas- und Stromverbrauchsgegenständen im Teilzahlungsverfahren kamen im Berichtsjahr 6367 (1933: 2317) Anträge ein, von denen 4829 genehmigt wurden. Insgesamt brachte die Stadt für die Anschaffung von Gas- und Stromverbrauchsgegenständen an die einschlägigen Geschäfte 237 209 *RM* vorschüßlich zur Auszahlung, von denen am Ende des Berichtsjahres noch 140 000 (1933: 56 000) *RM* unersetzt waren.

Wirtschaftliches.

Für den Verkauf des Gases galten wie im Vorjahr der allgemeine oder Zonentarif mit Sonderbestimmungen für Heizgas, der Grundgebührentarif und der Münzgastarif. Bei Großabnehmern mit über 6000 cbm Jahresbezug unterlag der Gaspreis besonderer Vereinbarung. Außerdem wurde an Bäckermeister für die Beheizung der Backöfen Gas zu 5,5 bis 7 *Rpf* je cbm und an Konditoreibesitzer, Metzgermeister und Mietwaschküchen für gewerbliche Zwecke Gas zu 8 *Rpf* je cbm abgegeben.

Die Preise in den einzelnen Tarifen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Der allgemeine Gastarif sieht einen Preis von 18 *Rpf* je cbm als Anfangspreis, von 21 *Rpf* beim Bezug der ersten 300 cbm Gas durch Münzgasmesser und von 10 *Rpf* je cbm für Heizgas vor.

Der Grundgebührentarif fand auch in diesem Jahr erneut regen Gebrauch. 337 (1933: 272) weitere Abnehmer wünschten die Berechnung nach ihm, sodaß sich die Zahl der Bezieher nach dem Grundgebührentarif auf 7294 (1933: 6957) = 4,84 (1933: 4,07) v. H. gesteigert hat.

Die bei Aufstellung des Haushaltsplans angenommene Verbesserung des Ertrags der Gasabgabe ist nicht eingetreten. Die Einnahme aus der Gasabgabe konnte infolge des mengenmäßigen Rückgangs nicht einmal den vorjährigen Betrag erreichen, sondern bleibt hinter diesem um 57 618 *RM* zurück. Auch die Verwertung der Nebenprodukte brachte nicht die haushaltsplanmäßige Schätzung; auch bei ihnen zeigt sich ein Mindererertrag von 32 690 *RM*, doch ist hier, wo die Verkaufsmengen keine wesentliche Änderung erfuhren, das Vorjahresergebnis um 9123 *RM* überschritten.

Der Erlös aus dem Installationsbetrieb übertraf um 56 725 *RM* den Haushaltsansatz, das Vorjahresergebnis um 14 151 *RM*. Den um 176 912 *RM* höheren Einnahmen des Teilzahlungsgeschäfts steht eine Mehrausgabe von 160 492 *RM* gegenüber. Die im Vorjahre aus der Stadtkasse gezahlte Vergütung von 60 000 *RM* für Bedienung und Unterhaltung der Straßenbeleuchtungseinrichtungen kam im Berichtsjahr in Wegfall. Insgesamt verringerten sich die Einnahmen gegenüber dem Haushaltsplan um 18 639 *RM*, gegenüber dem Vorjahr dagegen sind sie infolge der Erhöhung bei den aber nur durchlaufenden Einnahmen des Teilzahlungsgeschäfts um 100 285 *RM* gestiegen.

Anläßlich der Aufstellung des Haushaltsplans war bei den Ausgaben schon ein gegenüber dem Vorjahr um 36 280 *RM* erhöhter Ansatz erforderlich. Während aber im Vorjahr an dem vorgesehenen Ausgabebetrag sich eine Einsparung von 90 298 *RM* ermöglichen ließ, zeigte sich im Wirtschaftsjahr 1934 die haushaltsmäßige Ermächtigung um 392 709 *RM* zu gering. Eine im Laufe des Jahres eingetretene Kohlenpreissteigerung führte zu einer Überschreitung des Kontos für die Kohlenbeschaffung um 160 378 *RM*, die aufgrund des Körperschaftsteuergesetzes vom 16. Oktober

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1934 angeforderte Körperschaftsteuer belastete außerplanmäßig den Haushalt mit 140 000 RM, das Teilzahlungsgeschäft, dem allerdings entsprechende Mehreinnahmen gegenüberstehen, hatte eine Überschreitung von 160 492 RM aufzuweisen. Bei den einmaligen Ausgaben ist eine Überschreitung von 43 367 RM festzustellen, die in Höhe von 37 000 RM auf die nachträgliche Übernahme der Kosten für die Erweiterung des Gasrohrnetzes auf Wirtschaftsmittel zurückzuführen ist. Weitere Konten verzeichnen eine Mehrausgabe von zusammen 22 705 RM, sodaß sich insgesamt eine um 526 942 RM höhere Ausgabe, als im Haushaltsplan vorgesehen, ergeben hat. Einsparungen am Haushaltsansatz waren hingegen an verschiedenen Konten, insbesondere bei den sachlichen Ausgaben, im Gesamtbetrag von 134 233 RM möglich; eine restliche Überschreitung des Haushaltsplans von 392 709 RM liegt vor.

Im Vergleich zum Rechnungsergebnis des Vorjahres sind die persönlichen Ausgaben infolge Personalvermehrung um 20 982 RM angewachsen, die Zweckausgaben um 527 148 RM. Nach Abzug der nur durchlaufenden Mehrausgaben des Teilzahlungsgeschäfts mit 177 455 RM und der erstmals erhobenen Körperschaftsteuer, die aber der Stadt zufließt, verbleibt immer noch eine wirksame Vermehrung der Zweckausgaben um 209 693 RM, in der Hauptsache infolge des bereits erwähnten Anziehens der Kohlenpreise. Entlastungen brachte der Schuldendienst, die Zuführung zum Erneuerungsfonds und die Abführungen der Ersparnisse aus den Gehalts- und Lohnkürzungen. Die Höhe der einmaligen Ausgaben ist in der Hauptsache bedingt durch die Anschaffung eines Gaskühlers im letzten Jahr, der aber im Wirtschaftsjahr 1934 aus laufenden Mitteln bezahlt werden mußte, und die nachträgliche Verwendung von Wirtschaftsmitteln zur Erweiterung des Versorgungsnetzes. Unter Abrechnung der Körperschaftsteuer und der Mehrausgaben für das Teilzahlungsgeschäft haben sich die Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 201 832 RM gesteigert. Der Zuschuß des Gaswerks, der im Vorjahr 176 816 RM betragen hatte, ist um 419 002 RM auf 595 818 RM gestiegen.

Anlehensmittel fanden im Betrag von 9157,65 (1933: 6071,61) RM, in der Hauptsache zur Erweiterung des Rohrnetzes, Mittel des Erneuerungsfonds im Betrage von 54 852,70 (1933: 32 000) RM für laufende Erneuerungen Verwendung.

Maschinentechnische Abteilung.

Anläßlich der Beschaffung einer neuen Kranlaufbahn für den städtischen Rheinhafen beschritt die maschinentechnische Abteilung in Bezug auf die Bauart der landseitigen Fahrbahnträger neue Wege durch Wahl von Vollwandträgern gegenüber den bei der vorhandenen Kranbahn angewandten Gitterträgern und erreichte dadurch neben einer Vereinfachung der Konstruktion und einer Verbilligung der Unterhaltungsarbeiten eine Ersparnis von 3000 RM an den Anlagekosten. Ferner konnte unter Verwendung eines vorhandenen Gitterträgers nebst Stütze die Kranlaufbahn auch nach Osten hin um ein Feld verlängert werden.

Gleichfalls für den städtischen Rheinhafen vergab die Abteilung die Lieferung eines Wippkrans von 5 t Tragfähigkeit und 6,5 m auf 16,5 m Ausladung. Es steht zu erwarten, daß der städtische Rheinhafen dadurch über ein höchst leistungsfähiges, mit allen modernen Errungenschaften der Kranbautechnik ausgestattetes Verladegerät verfügen wird.

Der Aufgabenkreis der maschinentechnischen Abteilung hat sich im Berichtsjahr insofern erweitert, als ihr, außer den Maschinen- und Kesselanlagen, der gesamte technische Betrieb der städtischen Bäder neu übertragen wurde.

Im Laufe des Jahres führte die Abteilung folgende Arbeiten aus:

Im städtischen Krankenhaus: Den Einbau einer Entnebelungsanlage in der Kochküche nach eigenen Entwürfen. Die Anlage hat sich bis jetzt im Betrieb gut bewährt; Ausarbeitung eines Projekts und Aufstellung von Kostenanschlägen für die Einrichtung einer neuen Kochküche; Einbau eines Elektromotors in der Waschküche zur Verbesserung des Antriebs der beiden Zentrifugen; Aufstellung eines neuen Boilers von 1500 Liter Inhalt als Ersatz für einen unbrauchbaren in der Prosektur; Einrichtung einer neuen Bakterienküche in der Prosektur; Verlängerung des Auslegers des Schlackenkrans beim Kesselhaus nach oben zur Erhöhung der Sicherheit bei der Schlakkenförderung. Im neuen Operationssaal wurden Untersuchungen über Luftfeuchtigkeit bei verschiedenen Temperaturen vorgenommen. Behufs Ersatzes der den behördlichen Sicherheitsvorschriften nicht mehr entsprechenden Personenaufzüge durch neue moderne Aufzüge mußte ein Bau-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

programm aufgestellt und für die medizinische Abteilung im engeren Wettbewerb ein neuer elektrisch betriebener Personenaufzug mit Stockwerksfeineinstellung vergeben werden.

In der städtischen Markthalle fanden Leistungsversuche an den Lufterhitzern statt.

In verschiedenen anderen städtischen Gebäuden und Anstalten waren Erneuerungen an Aufzügen, maschinellen Anlagen, Dampfkesseln usw. erforderlich.

Der Abteilung oblag auch die behördlich vorgeschriebene Prüfung der stadteigenen Aufzüge, die Überwachung der Turngeräte in sämtlichen städtischen Schulen sowie der Kulissenaufzüge in der Festhalle und im Konzerthaus und der Brückenwaagen.

Der Bestand an Brückenwaagen ist der gleiche geblieben wie im Vorjahr. Am Ende des Berichtsjahres waren 12 Waggonwaagen und 15 Fuhrwerkswaagen vorhanden.

3. Elektrizitätswerk.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 44).

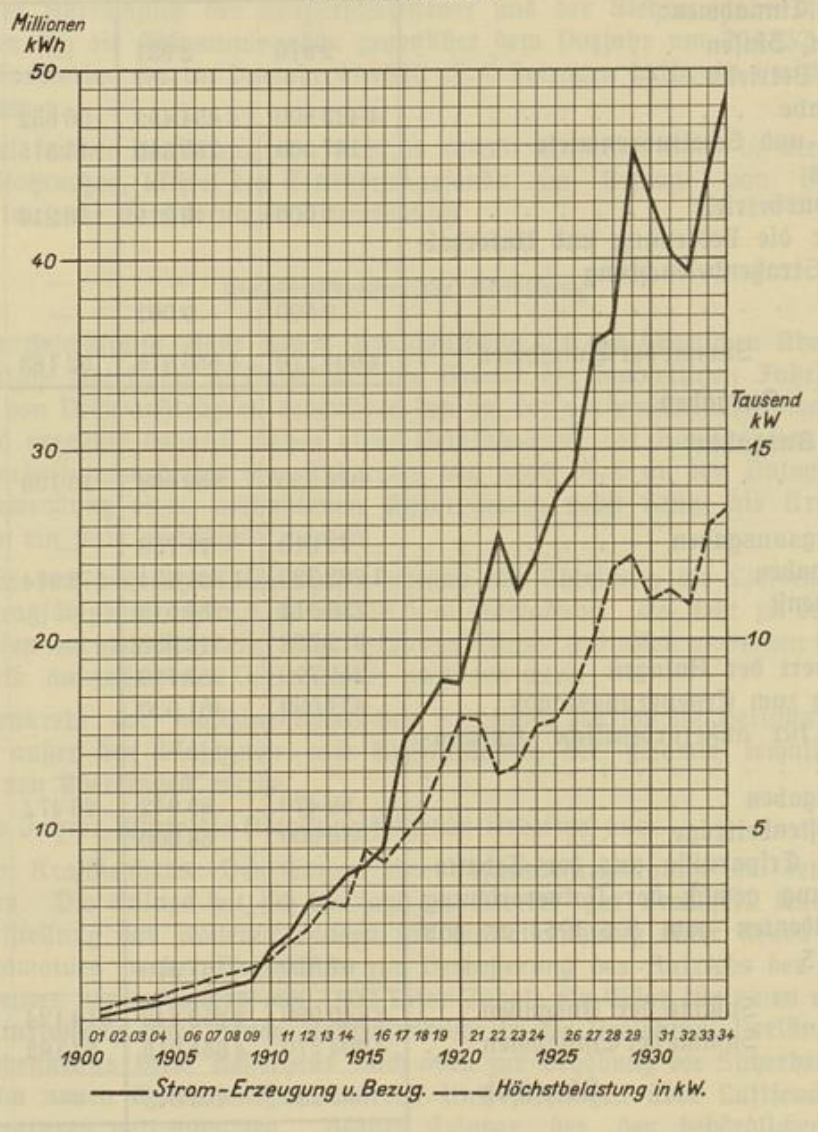
	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	2 970	2 931	—	39	2 954
b) Ertrag des Betriebs:					
1. Stromabgabe	4 423 800	4 454 452	30 652	—	4262 854
2./3. Zähler- und Schaltuhrenmiete	167 000	180 315	13 315	—	170 920
c) Verschiedenes:					
1. Installationsbetrieb	1 000	9 216	8 216	—	15 325
2. Ersatz für die Bedienung und Unterhaltung der Straßenbeleuchtung	—	—	—	—	50 000
3. Sonstiges	9 500	9 001	—	499	9 187
Summe der Einnahmen	4 604 270	4 655 915	52 183	538	4511 240
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	876 230	889 968	13 738	—	827 164
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	79 610	71 738	—	7 872	68 736
II. Zweckausgaben	1 382 720	1 861 634	478 914	—	1147 371
c) 1. a) Zinsendienst	236 512	236 512	—	—	281 382
b) Tilgung	312 338	312 338	—	—	303 538
2. Nutzungswert der Anlagen	259 710	259 710	—	—	260 370
d) 1. Zuführung zum Erneuerungsfonds	431 030	431 030	—	—	434 550
2. Rücklage für außerordentliche Aufwendungen	—	—	—	—	100 712
2. Einmalige Ausgaben	59 470	85 942	26 472	—	30 758
3. Verwaltungskostenbeiträge	36 000	36 000	—	—	36 000
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	67 370	67 370	—	—	118 580
Summe der Ausgaben	3 740 990	4 252 242	519 124	7 872	3609 161
Summe der Einnahmen	4 604 270	4 655 915	52 183	538	4511 240
Überschuß	863 280	403 673	—	459 607	902 079

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Allgemeines.

Von sämtlichen der drei städtischen Versorgungsbetriebe ist das Elektrizitätswerk der am meisten konjunkturempfindliche. Der Wasserverbrauch eines Jahres ist neben dem persönlichen Wohlstand (Einrichtung von Bädern usw.) stets von der sommerlichen Witterung abhängig; die Gasabgabe hat ihr hauptsächlichstes Absatzgebiet im privaten Haushalt. Dadurch ist ihre Höhe aber weniger konjunkturellen Einflüssen unterworfen; denn auch in Zeiten wirtschaftlicher Not werden die Bedürfnisse der Lebenshaltung vor den übrigen Bedürfnisregungen befriedigt. Der stärker durch die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflußbare Absatz an Großbetriebe ist bei der Gasabgabe gering. Anders verhält es sich dagegen bei der Stromversorgung. Der elektrische Strom wird heute in Industrie und Handwerk weitestgehend verwendet. Im Wirtschaftsjahr 1934 z. B. beträgt die Stromabgabe an private Großabnehmer (einschließlich Rheinhafen) über 50 v. H. der Gesamtabgabe. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie insbesondere in der Beschäftigung der Industrie zum Ausdruck kommt, findet daher unverzüglich ihren Niederschlag in dem industriellen Stromverbrauch. Im Berichtsjahre können wir feststellen, daß die Stromabgabe nicht nur den Rückgang der Krisenjahre 1930/32 aufgeholt, sondern sogar den Höchststand des Jahres 1929 übertroffen hat, was jedoch nicht besagen soll, daß die Beschäftigung der Karlsruher Industrie im Jahre 1934 eine bessere als die des Jahres 1929 war. Vielmehr ist an dieser Steigerung des Stromverbrauchs auch die Erweiterung des Anwendungsgebiets der Elektrizität beteiligt.

Betriebsergebnisse.



In der allerletzten Zeit dringt die Elektrizität auch immer mehr in die private Haushaltswirtschaft vor. War es anfänglich nur das Gebiet der Beleuchtung, das der elektrische Strom dem Gas entrissen hat, so tritt neuerdings die Elektrizität auch in der Wärmeerzeugung in Wettbewerb mit dem Gas. Neben dem Aufkommen des Kochstroms ist es noch die Zunahme der elektrisch gespeisten Rundfunkempfangsgeräte und elektrisch betriebener Haushaltungsgegenstände, wie Staubsauger, Trockenapparate, Waschmaschinen, Kaffeemühlen, Nähmaschinen usw., die der Elektrizität eine immer weitere Ausdehnungsmöglichkeit gewährleisten, während es dem Gas nur spärlich und langsam gelingt, weitere Anwendungsgebiete zu erschließen.

Die Errichtung des städtischen Elektrizitätswerks fällt in den Anfang dieses Jahrhunderts, also in eine Zeit, in der Wirtschaft und Stadt sich günstig entwickelten. Der jährliche Stromverbrauch betrug, gerechnet auf den Kopf der Einwohnerschaft, drei Jahre nach Errichtung des Werkes 9 kWh, nach weiteren fünf Jahren 25 kWh und nach den nächsten fünf Jahren (Kriegsausbruch) schon 50 kWh.

Auch die Kriegsjahre konnten der vorteilhaften Entwicklung der Stromabgabe zunächst keinen Abbruch tun, weil die Rüstungsindustrie viel Strom verbrauchte und die Einwohnerschaft gezwungen war, bei dem durch den Krieg eingetretenen Mangel an bisher gebräuchlichen Beleuchtungsmitteln diese durch das elektrische Licht zu ersetzen. So kam es, daß der Jahresverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung bis zum Jahre 1918 120 kWh erreichte. Er fiel jedoch mit Kriegsende und eintretender Beschäftigungslosigkeit um mehr als 25 v. H. zurück, erholte sich nach einigen Jahren wieder, um dann zur Zeit der Scheinblüte deutscher Wirtschaft bis auf 247 kWh pro Kopf im Jahre 1929 zu steigen. Von da an fiel er mit zunehmendem Wirtschaftsrückgang, hat sich aber sofort wieder gewendet mit dem Aufbruch der neuen Zeit im Frühjahr 1933.

Die außerordentlich lebhafte Aufwärtsbewegung hält bis heute ununterbrochen an, und es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sie fortschreitet, je mehr Volksgenossen wieder in ihre Arbeitsstätten zurückgekehrt sind und je mehr noch die Möglichkeiten zur Verwendung der Elektrizität im Haushalt ausgenützt werden. Diese Annahme wird bestärkt durch die Anschlußbewegung im eigenen Stromversorgungsgebiet und die Erfahrung in Ländern mit günstigeren Wirtschaftsverhältnissen als in Deutschland. Dort werden Verbrauchsziffern erreicht, die die hiesigen um das Doppelte und mehr übersteigen, woraus deutlich hervorgeht, daß eine Sättigung an elektrischer Energie in Deutschland lange noch nicht eingetreten ist.

Zwar arbeitet das Elektrizitätswerk seit Eröffnung des Murgwerks im Jahre 1918 mit dem Badenwerk zusammen und bezieht Strom vom Badenwerk dann, wenn es diesen als sogenannten Überschußstrom zu niedrigen Preisen erhalten kann. In strengen Wintern oder trockenen Sommern aber tritt bei Wasserkraftanlagen leicht Strommangel ein, wie es im Winter 1928/1929 tatsächlich der Fall war, sodaß das städtische Werk erhebliche Mengen aus seiner eigenen Anlage an das Badenwerk abgeben konnte. Es war auch schon erforderlich, offenbar als Folge der Trockenheit, früher als sonst mit der eigenen Anlage in den Winterbetrieb zu gehen, da das Badenwerk zu günstigen Preisen nicht mehr voll zu liefern in der Lage war.

Die Erkenntnis dieser Tatsachen und der vorauszusehenden Entwicklung zwingt dazu, dafür zu sorgen, daß auch die Stromerzeugungs- und Verteilungsanlagen dem zu erwartenden Verbrauch genügen. Die mit der hohen Verbrauchsziffer verbundene Belastung der Stromerzeugungs- und Aufnahmeanlagen kann von den jetzt vorhandenen neueren Einrichtungen nicht mehr ganz übernommen werden. Deshalb ist es erforderlich, unverzüglich die Maßnahmen zur weiteren Sicherstellung der Stromversorgung zu ergreifen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Tagesbelastung an einem Werktag im Sommer und im Winter.

Erzeugungsanlagen.

Die Stromerzeugungsanlagen sowie die Anlagen für die Übernahme elektrischen Stromes aus der Sammelschiene in den Schalthäusern West, Süd und Ost und die Stromversorgungseinrichtungen für die Straßenbahn blieben unverändert.

Zur Stromerzeugung standen zur Verfügung: 5 Turboaggregate für Drehstrom 4 kV mit im einzelnen 1000 kW, 2000 kW, 3000 kW, und 12 120 kW, mithin zusammen 21 120 kW oder 26 400 kVA Gesamtleistung. Zur Dampferzeugung für diese Maschinen dienten 8 Sektionalhochdruckkessel mit einer Gesamtheizfläche von 3900 qm für Steinkohlenfeuerung auf Wanderrosten. Der mit Unterwind-Zonenwanderrost ausgerüstete Hochdruckkessel wurde mit einer Rauchgas-Trockenentstaubungsanlage und einer Flugkoksrückführung versehen.

Für die Übernahme von Fremdstrom aus der Landessammelschiene dienten in den Schalthäusern West, Ost und Süd 10 Transformatoren mit 20/4 kV und einer Gesamtleistung von 26 000 kVA.

Für den Betrieb der Straßenbahn wurde der Drehstrom durch 10 Quecksilberdampfgleichrichter in 550-Volt-Gleichstrom umgewandelt. Ihre Gesamtleistung beträgt 5100 Amp. bei 550 Volt. Den gleichen Zweck versah ein im Schalthaus Ost vorhandener Gleichstromgenerator mit 750 kW-Leistung, der mit einer Blindstrommaschine gekuppelt ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stromerzeugung und -abgabe.

	1934 kWh	1933 kWh
Eigenerzeugung im städtischen Elektrizitätswerk	15 169 900	9 017 600
Bezug vom Badenwerk	33 081 278	35 077 979
Bezug von anderer Seite	835 076	887 376
Eigenerzeugung und Bezug zusammen:	49 086 254	44 982 955

Der Strombezug war infolge günstigen Angebots von Überschußstrom durch das Badenwerk erheblich größer als die Eigenerzeugung.

Stromabgabe.

	1934					1933			
	kWh	v. H.	Gegenüber dem Vorjahr mehr (+) oder weniger (—) v. H.	Erlös RM	Durchschnittserlös je kWh Rpf	kWh	v. H.	Erlös RM	Durchschnittserlös je kWh Rpf
Kleinabnehmer . .	9 017 921	18,37	+ 3,43	2 871 016,84	31,84	8 719 059	19,38	2 801 681,96	32,13
Großabnehmer . .	19 850 632	40,44	+ 20,56	918 413,12	4,63	16 465 838	36,60	800 950,89	4,86
Straßenbahn . . .	4 739 500	9,66	— 0,66	270 151,45	5,70	4 770 967	10,61	271 945,07	5,70
Rheinhafen	4 728 609	9,63	+ 15,80	151 304,87	3,20	4 083 229	9,08	133 245,67	3,26
Sonstige städtische Stellen	2 952 437	6,02	— 8,83	243 565,46	8,25	3 238 340	7,20	255 030,49	7,88
Verkaufte Menge kWh	41 289 099	84,12	+ 10,76	4 454 451,74	10,79	37 277 433	82,87	4 262 854,08	11,44
Öffentliche Beleuchtung . . .	781 243	1,59	+ 3,08	—	—	757 885	1,69	—	—
Eigenverbrauch . .	1 562 658	3,18	— 0,51	—	—	1 570 682	3,49	—	—
Verlust	5 453 254	11,11	+ 1,31	—	—	5 376 955	11,95	—	—
	49 086 254	100,00	+ 9,12	4 454 451,74	9,07	44 982 955	100,00	4 262 854,08	9,48

Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel demnach eine nutzbare Stromabgabe von 284 (1933: 256) kWh. Der Gesamtstrombedarf ist gegenüber dem Vorjahr um 9,12 v. H., die nutzbare Fremdabgabe um 10,76 v. H. gestiegen. Die höchste Tageserzeugung des Werkes betrug 171 000 kWh, die größte halbstündige Spitze der Netzlast 13 400 kWh. Am stärksten macht sich die Steigerung der Stromabgabe bei Großabnehmern um 20,56 v. H. bemerkbar, ihr folgt mit 15,80 v. H. der Zuwachs bei dem Strombedarf des Rheinhafens, der ebenfalls überwiegend industriellen Zwecken dient. Dagegen hat sich der Verbrauch der Kleinabnehmer nur um 3,43 v. H., der öffentlichen Beleuchtung nur um 3,08 v. H. erhöht. Unbedeutende Rückgänge sind eingetreten bei der Straßenbahn und dem Eigenverbrauch.

Die Eigenerzeugungsanlage war im Berichtsjahr während der Wintermonate an 131 Werktagen in Betrieb. An allen sonstigen Tagen sowie an Sonn- und Feiertagen lieferte das Badenwerk den Strombedarf.

Für die Stromerzeugung von 15 169 900 (davon nutzbar 13 643 245) kWh wurden 9164 Tonnen Kohlen verfeuert (mit Hochheizen, Kesselreserve, Bädern und Heizung 9765 Tonnen) und hierbei 75 244 Tonnen Dampf erzeugt. Der mittlere Kohlenverbrauch je erzeugte kWh Strom beträgt somit 0,604 (1933: 0,683) kg. Je nutzbar erzeugte kWh belief sich der mittlere Kohlenverbrauch bei einem mittleren Heizwert der Kohle von 7500 WE auf 0,667 kg. Der Gesamtwärmeverbrauch betrug $69\,000 \times 10^6$ Kal. Der mittlere thermische Wirkungsgrad der Gesamtanlage einschließlich des Dampfverbrauchs für Bäder und Heizung ergab 19 v. H.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kabel- und Freileitungsnetz.

Die auch im Berichtsjahr anhaltende rege Bautätigkeit bedingte eine beachtenswerte Erweiterung der elektrischen Verteilungsanlagen. Die Stadtrandsiedlung an der Pulverhausstraße wurde an das Stromversorgungsnetz angeschlossen und die elektrische Straßenbeleuchtung eingerichtet. Teilweise beträchtliche Erweiterungen erfuhren die Versorgungsnetze in Rüppurr, in der Albsiedlung, in der Neureutersiedlung, im Gewann Weingärten und im Weiherfeld. Am Kabelnetz sowie am Freileitungsnetz gingen insgesamt 415 (1933: 245) Hausanschlüsse zu. Im Zusammenhang damit war die Verlegung von 4,4 km Niederspannungskabel und 9,9 km Niederspannungsfreileitung erforderlich. 9 Privat-Transformatorenstationen wurden neu erstellt, 2 Anschlüsse aufgehoben. Für Bauzwecke kamen zwei weitere provisorische Stationen zur Errichtung. Außerdem nahm man 9 neuerstellte Netztransformatorenstationen in Betrieb, 1 Netzstation (Schacht) wurde aufgehoben. Zur Bereinigung des Hochspannungsnetzes, Verbesserung der Stromversorgung und zum Anschluß der neuen Privat-Transformatorenstationen sowie der neuen Netz-Transformatorenstationen kamen 9,4 km Hochspannungskabel zur Verlegung. Die Gleichstromspeisestelle für die Straßenbahn am Ettlingertorplatz mußte aus betriebstechnischen und Sicherheitsgründen vollkommen neu gebaut werden.

Am Ende des Geschäftsjahres standen somit für die Stromverteilung zur Verfügung: 229,0 (1933: 219,6) km Hochspannungskabel, 9,0 (1933: 9,0) km Hochspannungsfreileitung, 195,0 (1933: 190,6) km Niederspannungskabel, 106,9 (1933: 97,0) km Niederspannungsfreileitung, 45,38 km Gleichstromkabel, 14 (1933: 14) Netzspeisepunkte, 169 (1933: 161) Netztransformatorenstationen, 158 (1933: 151) Privat-Transformatorenstationen, 9754 (1933: 9339) Niederspannungshausanschlüsse.

Insgesamt waren 530 Transformatoren mit einer Gesamtleistung von 34 274 kVA in Betrieb. Hinzu gesellten sich 4 Transformatoren in den provisorischen Stationen mit zusammen 325 kVA.

Für die elektrische Straßenbeleuchtung waren am Ende des Berichtsjahres 58 (1933: 56) Bogenlampen und 740 (1933: 703) Glühlampen angebracht. Ihr Anschlußwert betrug 234 (1933: 232,5) kW. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Zugang von 2 Bogenlampen und 37 Glühlampen zu verzeichnen.

Die Zahl der bei den Abnehmern montierten Zählern und Treppenhausuhren ist gegenüber dem Vorjahr um 4,57 v. H. gestiegen. Sie betrug am 31. März 1935 49 521 (1934: 47 356) Zähler, von denen 49 285 (1934: 47 131) bei Kleinabnehmern, 236 (1934: 225) bei Großabnehmern aufgestellt waren, und 6088 (1934: 5917) Treppenhausuhren.

Geprüft und im Bedarfsfalle jeweils instandgesetzt wurden 8305 (1933: 7812) Zähler. Abnahmen und sonstige Prüfungen elektrischer Anlagen haben 7917 (1933: 6808) stattgefunden. Ferner kamen zur Durchführung: 2168 (1933: 1183) allgemeine Revisionen, 51 (1933: 85) Schätzungen und Nachberechnungen und 620 (1933: 398) Nachprüfungen und Veränderungsanzeigen.

Kleintransformatoren zum Betrieb von Fernmeldeanlagen waren 7577 (1933: 7248) vorhanden. Das Berichtsjahr brachte einen Neuanschluß von 329 (1933: 268) Stück.

Die allgemeinen Störungen mit 1787 gingen gegenüber dem Vorjahr um 13,17 v. H. zurück.

In das Berichtsjahr fällt die Genehmigung und der Beginn für den Umbau der posteigenen Fernsprechanlagen in eine stadteigene Selbstanschlußanlage. Zahlreiche bisherige kleine Zentralen kommen in Wegfall; sie werden in die neue Anlage mit einbezogen. Die gesamten städtischen Fernsprechstellen werden künftig in 6 Zentralen, und zwar in die Zentralen Mitte (Rathaus), Süd (Hauptfeuerwache), Südwest (Gaswerk I), West (Elektrizitätswerk, Rheinhafen), Nordwest (Krankenhaus) und Ost (Bahnamt) zusammengefaßt. Von diesen 6 Zentralen sind im Berichtsjahr 2, und zwar die Zentralen Ost und Südwest, fertiggestellt und angeschlossen worden. Der gesamte Bauaufwand stellt sich auf 136 000 *RM*; er wird auf 10 Jahresraten verteilt.

Aufgrund des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung hat das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk im Berichtsjahr Elektroinstallationsarbeiten in städtischen Gebäuden und Anstalten mit einem Aufwand von 64 000 *RM* an 63 Firmen vergeben. An größeren Arbeiten sind erwähnenswert: Fertigstellung der Installation in der Markthalle, Umänderung der Anlagen in den Gängen des Rathauses, Installation des Ausstellungsraumes des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts und Änderung der Installation in der Goetheschule.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wirtschaftliches.

Die Strombezugstarife haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Es bestanden: Der allgemeine Tarif mit einem Strompreis von 42 Rpf für die kWh bis zu einem Jahresbezug von 3000 kWh, der Sondertarif für Kraft- und Heizstrom mit einem kWh-Preis von 20 Rpf, der Sondertarif für Strombezug während der Mittags- und Nachtzeit, wonach der in der Zeit von 11.30 bis 13.30 Uhr und von 20 bis 6 Uhr lediglich zum Betrieb von Kühlanlagen, Ladestellen, Warmwasserspeichern, Speicheröfen und ähnlichen Einrichtungen sowie zur Schaufensterbeleuchtung bezogene Strom zu 6 Rpf je kWh berechnet wird; der Kochstromtarif mit 8 Rpf je kWh, der Grundgebührentarif, und zwar der Haushaltungstarif (für Haushaltungen und kleine Gewerbebetriebe) und der Gewerbetarif, bei denen das Entgelt für die Stromentnahme jeweils in eine Grundgebühr und eine Verbrauchsgebühr zerfällt. Die Grundgebühr wird beim Haushalt nach dem früheren Monatsdurchschnittsbezug, beim Gewerbetarif nach dem Anschlußwert berechnet. Die Verbrauchsgebühr beträgt beim Haushaltungstarif 17 Rpf, beim Gewerbetarif 15 Rpf je kWh.

An Stromzählermieten werden für Stromzähler mit einem Meßbereich unter 1 Kilowatt = 15 Rpf, von 1 bis unter 4 Kilowatt = 25 Rpf, von 4 bis unter 10 Kilowatt = 80 Rpf, von 10 bis unter 20 Kilowatt = 120 Rpf erhoben. Für größere Meßeinrichtungen wird die Miete von Fall zu Fall festgesetzt. Für Treppenhausbeleuchtungen und für Klingler gilt der Pauschaltarif. Mit Abnehmern, die sich zu einer Jahresabnahme von mindestens 12000 kWh verpflichten und sich an das Hochspannungsnetz anschließen, können besondere Vereinbarungen getroffen werden.

Nach der Tarifart lassen sich die Strombezieher wie folgt einteilen: Allgemeiner Tarif 38091 (1933: 37444), Haushaltungstarif 9745 (1933: 8435), Gewerbetarif 919 (1933: 847), Nachtstromtarif 120 (1933: 119), Doppeltarif 526 (1933: 466), Kochstromtarif 120 (1933: 45). Die Zahl der Sondertariffälle hat im Berichtsjahr, insbesondere bei dem Haushaltungstarif, weiter zugenommen.

Auf dem Gebiete der Werbung gelang es im Berichtsjahr, nachdem der Tarif von 8 Rpf je kWh auch für Kühlschränke genehmigt worden war, und außerdem einige Firmen verhältnismäßig günstige Typen von Kühlschränken auf den Markt brachten, eine ganze Reihe von Schränken unterzubringen.

Die Elektroherde haben sich im Versorgungsgebiet der Stadt Karlsruhe auf etwa 160 erhöht. Darunter sind die Hälfte Vollherde mit Backöfen, der Rest Zweiplattenherde oder Einzelbackröhren. Ferner kamen zwei elektrische Großküchen zur Aufstellung. Die Anlagenbesitzer sind mit der elektrischen Küche restlos zufrieden.

Zur Unterstützung der Arbeitsbeschaffung im Installateurgewerbe gewährte das Werk jedem Stromabnehmer, der vom 13. Dezember 1934 bis 31. März 1935 ein Elektrogerät im Wert von mindestens 10 RM kaufte oder seine elektrische Einrichtung um mindestens den gleichen Betrag erweiterte, 5 kWh Freistrom auf seinen Mehrverbrauch. Insgesamt kamen 1379 Anträge mit einem Auftragswert von 104300 RM ein.

Beim Elektrizitätswerk hat sich entsprechend der günstigen Entwicklung der Stromabgabe auch der Ertrag des Betriebs vorteilhaft gestaltet. Der gegenüber dem Vorjahr um 316200 RM erhöhte Ansatz im Haushaltsplan konnte nicht nur erreicht, sondern sogar noch um 43967 RM überschritten werden. Das Rechnungsergebnis des Vorjahres wurde um 200993 RM übertroffen. Der Ertrag des Installationsbetriebs ist um 6109 RM zurückgegangen, die Vergütung für Bedienung und Unterhaltung der Straßenbeleuchtung mit 50000 RM ganz in Wegfall gekommen. Insgesamt ergab die Verbesserung der Einnahmen gegenüber dem Haushaltsplan 51645 RM, gegenüber der Rechnung des Vorjahres 144675 RM.

Die Ausgaben erfuhren gegenüber dem Haushaltsplan eine Erhöhung um 511252 RM, gegenüber dem Vorjahr um 643081 RM. Der Mehraufwand bei den persönlichen Ausgaben ist bedingt durch die Neueinstellung von Arbeitskräften, bei den Zweckausgaben durch die außerplanmäßig durchgeführte Stromversorgung für die Stadtrandsiedlung, für das Ölbecken, den Rheinbrückenbau Maxau und Instandsetzung der Kohlenförderanlagen im Elektrizitätswerk, den Mehrverbrauch an Kohlen infolge erhöhter Stromabgabe und die erstmals angeforderte Körperschaftsteuer mit 340000 RM. Im Vergleich mit dem Vorjahr kommt die Erhöhung der Straßenbenützungsabgabe um 184000 RM hinzu. Die einmaligen Ausgaben mußten überschritten werden durch die Über-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nahme der Kosten für die Herstellung der Stromleitungen in den neuangeschlossenen Wohngebieten auf die laufende Wirtschaft. Der Überschuß des Werkes hat sich infolge der neuaufgetretenen Belastungen vermindert. Aufwendungen aus Anlehensmitteln haben in Höhe von 26 796 (1933: 47 523,89) RM stattgefunden. Aus dem Erneuerungsfonds kamen 42 333,85 (1933: 49 010,58) RM zur Entnahme, aus der Rücklage für außerordentliche Unternehmungen 35 218 RM.

4. Straßenbahn und Kleinbahn.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 45).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
A. Straßenbahn.					
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	—	—	—	—	—
b) Mietzinse	2 270	2 359	89	—	2 435
c) Ertrag des Betriebes	2 927 000	2 813 766	—	113 234	2 820 896
d) Sonstiges	13 500	23 803	10 303	—	34 868
Summe der Einnahmen	2 942 770	2 839 928	10 392	113 234	2 858 199
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 232 100	2 126 234	—	105 866	2 104 138
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	40 020	36 183	—	3 837	37 505
II. Zweckausgaben	504 940	502 862	—	2 078	538 826
c) 1. a) Zinsendienst	20 900	20 900	—	—	27 700
b) Tilgung	62 100	62 100	—	—	62 100
2. Nutzungswert der Anlagen	373 300	373 300	—	—	379 360
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	289 310	289 310	—	—	277 930
2. Einmalige Ausgaben	7 500	35 888	28 388	—	3 728
3. Verwaltungskostenbeiträge	41 000	41 000	—	—	41 040
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	143 360	143 360	—	—	277 280
Summe der Ausgaben	3 714 530	3 631 137	28 388	111 781	3 749 607
Summe der Einnahmen	2 942 770	2 839 928	10 392	113 234	2 858 199
Zuschuß	771 760	791 209	19 449	—	891 408

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
B. Kleinbahn.					
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	—	—	—	—	—
b) Mietzinse	1 780	1 751	—	29	1 747
c) Ertrag des Betriebs	95 450	114 100	18 650	—	107 824
d) Sonstiges	2 850	4 589	1 739	—	3 163
Summe der Einnahmen	100 080	120 440	20 389	29	112 734
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	85 450	80 153	—	5 297	79 143
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	5 290	4 162	—	1 128	4 751
II. Zweckausgaben	37 730	27 061	—	10 669	30 647
c) 1. a) Zinsendienst	10 230	10 230	—	—	12 560
b) Tilgung	15 500	15 500	—	—	15 500
2. Nutzungswert der Anlagen	29 210	29 210	—	—	31 920
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	23 470	23 470	—	—	24 290
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 700	2 700	—	—	2 700
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	4 310	4 310	—	—	10 670
Summe der Ausgaben	213 890	196 796	—	17 094	212 181
Summe der Einnahmen	100 080	120 440	20 389	29	112 734
Zuschuß	113 810	76 356	—	37 454	99 447
Zusammenstellung.					
Einnahmen.					
A. Straßenbahn	2 942 770	2 839 928	10 392	113 234	2858 199
B. Kleinbahn	100 080	120 440	20 389	29	112 734
Summe der Einnahmen	3 042 850	2 960 368	30 781	113 263	2970 933
Ausgaben.					
A. Straßenbahn	3 714 530	3 631 137	28 388	111 781	3749 607
B. Kleinbahn	213 890	196 796	—	17 094	212 181
Summe der Ausgaben	3 928 420	3 827 933	28 388	128 875	3961 788
Summe der Einnahmen	3 042 850	2 960 368	30 781	113 263	2970 933
Zuschuß	885 570	867 565	—	18 005	990 855

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Straßenbahn.

Allgemeines.

Die zielbewußten Maßnahmen der Reichs- und Landesregierung, die auf verschiedenen Verkehrsgebieten seit dem Tage der nationalen Erhebung durchgeführt wurden, haben teilweise von Grund auf veränderte Verhältnisse geschaffen. Die Reichsbahn wird auf weite Strecken elektrisch ausgebaut, die Reisegeschwindigkeit durch neuartige Betriebsmittel in höchster technischer Vollendung erhöht, das Fahren durch vermehrtes Zusammenschweißen der seither verlaschten Schienenstöße angenehmer und geräuschloser gemacht, und nicht zuletzt sind durch verwaltungstechnische Maßnahmen Reiseerleichterungen nach verschiedener Richtung hin geschaffen. Dem Kraftfahrwesen wird durch steuerliche Vergünstigungen, durch den Bau von großzügigen Reichsautostraßen, durch Verbesserung und Ausbau des vorhandenen Straßennetzes, ferner durch den Fortfall hindernder Beschränkungen, hemmender, kleinlicher Vorschriften und letzten Endes durch mancherlei technische Verbesserungen aus der gutbeschäftigten Automobilindustrie heraus ein ganz besonders starker Antrieb gegeben. In ähnlicher Weise wird die Personen- und Güterbeförderung zu Wasser und in der Luft mit Vorbedacht und Erfolg gestützt. Die Gemeinschaft „Kraft durch Freude", die vornehmlich dem berufstätigen Volksgenossen das Reisen im deutschen Vaterlande und über seine Meeresgrenzen hinaus in vorbildlicher Weise ermöglicht und erleichtert, führt den Verkehrsunternehmungen des Fremdenverkehrs Reisende zu, die diesen bisher mangels der gebotenen Einrichtungen fernbleiben mußten; sie trägt somit in erheblichem Maße zu der Verkehrsbelebung bei.

Auf die Verkehrsunternehmungen des Nahverkehrs, die Straßen- und Vorortbahnen, sind die entschiedenen Wendungen zum Bessern im Wirtschaftsleben nicht ganz ohne Einfluß geblieben. Die Verhältnisse hatten sich aber hier derartig nachteilig gestaltet, daß eine Erholung auf dem Sondergebiet des innerstädtischen Verkehrswesens sich nur allmählich vollziehen kann. Die Erfahrung lehrt, daß die Verkehrsentwicklung der Verminderung der Arbeitslosigkeit erst in einem gewissen Abstande folgt. Diese Erscheinung liegt darin begründet, daß die Erwerbslosen, die nach langer Arbeitslosigkeit wieder in das Erwerbsleben eingegliedert werden, zunächst dringliche Anschaffungen in ihrem Haushalt nachzuholen haben, ehe sie wieder regelmäßige Aufwendungen zum bequemen Erreichen ihrer Berufsstätten vermöge der Nahverkehrsmittel machen können. Hinzu kommt, daß in Städten ebener Lage das ratenweise abzahlbare, billig gewordene Fahrrad mit der Straßenbahn in empfindlichen Wettbewerb getreten ist, und in dem ebenen Karlsruhe mit seinen geraden, verhältnismäßig breiten Straßen findet sich ein besonders günstiger Boden für die Benutzung des Fahrrades. Weiterhin muß noch festgestellt werden, daß das Land Baden als Grenzland und größtenteils entmilitarisierte Zone — wie schon an anderer Stelle erwähnt — von manchen günstigen Wirkungen des Wirtschaftslebens gegenüber anderen Teilen des Reiches weniger durchdringend beeinflußt wird. Die Zahl der gegen Entgelt beförderten Personen ist gegenüber dem Jahre 1927 um 45,13 v. H. gefallen. In größeren Industriestädten ist diese Zahl sogar noch überschritten. Wenn unter den geschilderten Umständen die Einnahmen der Straßenbahn sich im abgelaufenen Berichtsjahre annähernd auf der gleichen Höhe gehalten haben wie im Vorjahre, dann ist Stillstand nicht als Rückschritt anzusehen.

In das Wirtschaftsjahr 1934 fallen zwei einschneidende Gesetze, die sich mit der Neuregelung des Verkehrswesens befassen. Es sind das die Reichsstraßenverkehrsordnung vom 28. Mai 1934, in Kraft getreten am 1. Oktober 1934, und das Gesetz zur Beförderung der Personen zu Lande vom 4. Dezember 1934, in Kraft getreten am 1. April 1935. Die Notwendigkeit der Reichsstraßenverkehrsordnung wird darauf zurückgeführt, daß die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Kraftfahrzeugs eine Wandlung des Straßenverkehrs von Grund auf angebahnt hat, sodaß der Schnell- und Fernverkehr auf der Straße einer einfachen, großzügigen und einheitlichen Regelung bedarf. Sie will das Verhalten im Verkehr und die Verkehrsbewegung ordnen, ohne durch unübersehbare und doch für die Vielfältigkeit des Lebens niemals ausreichende Einzelvorschriften den Verkehr zu hemmen und einzuengen; auch die Verantwortung gegenüber der Verkehrsgemeinschaft soll durch sie gehoben werden.

Das Gesetz zur Beförderung der Personen zu Lande wurde notwendig, weil im nationalsozialistischen Staat die Führung des Verkehrs zu den Aufgaben des Staates gehört. Das Gesetz gilt für die Beförderung von Personen mit Straßenbahnen und Landfahrzeugen, die durch die Kraft von Maschinen oder Tieren bewegt werden, und für die Beförderung von Personen durch die Reichspost, nicht aber für diejenigen, die mit den sonstigen Schienenbahnen und mit den Landkraftposten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

befördert werden. Die Ausführungsbestimmungen, die sich mit den Straßenbahntarifen und vornehmlich mit den Vergünstigungstarifen befassen sollen, sind noch nicht endgültig bekannt. Die Auswirkung der erlassenen Gesetze wird wohl erst im kommenden Wirtschaftsjahr zu übersehen sein.

Betrieb.

Das abgelaufene Wirtschaftsjahr war nicht ganz so reich an besonderen Veranstaltungen mit außergewöhnlich hohen Beförderungsziffern wie das Vorjahr; hervorzuheben sind der 23. September „Südwestdeutscher Heimattag", der 7. Oktober „1. Badischer Kriegsopferehrentag" und der 28. Oktober „NS-Großflugtag".

Die Einnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahr, wie bereits erwähnt, kaum geändert, nur sind kleinere Verschiebungen in der Ausnutzung der einzelnen Fahrtausweise eingetreten. Der Ansatz im Haushaltsplan dagegen konnte nicht erreicht werden. So sind die Einnahmen aus Einzelfahrscheinen um 6,9 v. H. gestiegen, dagegen diejenigen aus Fahrscheinheften und Monatskarten um 2,2 bezw. 9,0 v. H. gefallen. Die Erklärung wird in der schon hervorgehobenen Mehrbenutzung des Fahrrades zu suchen sein, die nur bei ungünstiger Witterung, vornehmlich unter Bezug von Einzelfahrscheinen, eingeschränkt wird. Die Zahl der beförderten Personen ist weiter um 2,22 v. H. zurückgegangen.

Aufgrund besonderer Anregungen wurde die Frage der Wiedereinführung einer besonderen Arbeiterkarte, wie sie vor der Inflationszeit bestand, einer gründlichen Prüfung unterzogen. Das Ergebnis war, daß der Stadtrat die versuchsweise Einführung einer sogenannten „Arbeiterwochenkarte" für 12 Fahrten in der Woche für eine Streckenlänge bis zu 5 Teilstrecken zum Preise von 1,40 *RM* beschloß. Bezugsberechtigt sind alle nicht selbständigen Erwerbstätigen, deren Roheinkommen ohne Sozialzuschläge unter 2400 *RM* jährlich bleibt. Ob die an die Einführung der Karte geknüpfte Hoffnung, einen größeren Stamm der Erwerbstätigen der Straßenbahn als Dauerbenutzer wieder zuzuführen, in Erfüllung gehen wird, läßt sich noch nicht eindeutig feststellen, da die Neuerung erst ausgangs des Winters in Kraft trat.

In der Linienführung und im Fahrplan fanden im Berichtsjahr keine wesentliche Änderungen statt. Die betriebliche Leistung (nach der Zahl der gefahrenen Rechnungskilometer) verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,98 v. H. Während in der Zahl der geleisteten Motorwagenkilometer keine nennenswerte Verminderung eintrat, sind die Anhängewagenkilometer um 3,91 v. H. zurückgegangen.

Der Ertrag des Betriebs konnte den Haushaltsansatz nicht erreichen, dagegen überstiegen ihn die sonstigen Einnahmen infolge größerer Lokomotiv- und Wagenreparaturen und vermehrter Arbeiten für Dritte.

Die Ausgaben insgesamt ließen am Haushaltsplan eine Einsparung von 83 393 *RM* zu; gegenüber dem Vorjahr sind sie um 118 470 *RM* zurückgegangen. Durch Zurverfügungstellen zahlreicher Beamten an andere Dienststellen war der persönliche Aufwand zu vermindern; auch am sachlichen Aufwand zeigten sich geringe Einsparungsmöglichkeiten. Eine Überschreitung des Haushaltsplans um 28 388 *RM* trat bei den einmaligen Ausgaben durch den unten erwähnten doppelgleisigen Ausbau einer eingleisigen Strecke von 500 m in der Daxlander Straße ein. Der von der Stadt zu leistende Zuschuß konnte gegenüber dem Vorjahr um 100 199 *RM* herabgesetzt werden, übertraf aber noch den im Haushaltsplan vorgesehenen Betrag um 19 449 *RM*.

Unterhaltungsarbeiten an den Betriebsmitteln, den Gleis- und Oberleitungsanlagen und den Gebäulichkeiten.

In den Werkstätten kamen 52 Motorwagen und 34 Anhängewagen zur Hauptrevision und 42 Wagen zur Nebenrevision; 20 Wagen und 1 Autobus wurden neu lackiert, 59 Wagen und 1 Autobus aufgefrischt. Die Maschinen von 3 Autobussen mußten z. T. neu- und nachgelagert, ein Zylinderblock ausgeschliffen werden.

Mit dem Ersatz des einfachen, umlegbaren Bügelstromabnehmers durch Scherenstromabnehmer wurde fortgefahren; hiedurch tritt eine Erleichterung und Beschleunigung der Rangiergeschäfte und des Umsetzens der Wagen bei besonderen Anlässen, Aufmärschen usw., ein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In der Daxlander Straße zwischen Eckener- und Oberfeldstraße gelangten 500 m der eingleisigen Strecke zum doppelgleisigen Ausbau. Der Wegfall dieser, den Stoßverkehr zum Rheinstrandbad sehr behindernden, eingleisigen Strecke kam einer glatteren Verkehrsabwicklung fühlbar zu statten.

Innerhalb des Gesamtgleisnetzes wurden eine Reihe von Zungen- und Herzstücken, eine doppelgleisige Abzweigung und ein Gleiswechsel erneuert, insgesamt etwa 550 Stöße aluminothermisch verschweißt und 400 Holzschwellen ausgewechselt. Durch Indienststellung eines Schweißaggregates konnten die Gleisunterhaltungsarbeiten durch entsprechende Auf- und Reparaturschweißungen vorteilhaft unterstützt werden. In der Schillerstraße kam nach einem neuen patentierten Verfahren ein Gleisstück mit Betonformsteinen zur Befestigung und Umkleidung.

Der neue Bahnmeisterplatz zwischen Robert Wagner-Allee und Gerwigstraße erhielt von dieser Straße her einen Reichsbahnanschluß an das Industriegleis Ost, sodaß Reichsbahnwagenladungen unmittelbar auf dem gleichzeitig befestigten und abgewalzten Platz abgefertigt werden können.

Die gesamte Fahrleitung und die Leitungsstützpunkte unterlagen den üblichen Untersuchungen und Instandhaltungsarbeiten. 300 Masten wurden mit Betonsockel versehen, 50 frisch gestrichen. In der Daxlander Straße montierte man über dem neueingebauten zweigleisigen Stück eine neue Fahrleitung mit Auslegern.

Die Unterhaltung der Gebäulichkeiten geschah in der üblichen Weise; in den Wagenhallen mußten größere Instandsetzungsarbeiten an gesenkten und gerissenen Stellen der Betonbodendecke vorgenommen werden.

Mitte Dezember war die im Erdgeschoß des Verwaltungsgebäudes eingerichtete Fernsprechstation „Stadtzentrale-Ost" fertiggestellt. In ihr sind, im Tag- und Nachtbetrieb, die seither getrennten oder von der Rathauszentrale bedienten Einzelzentralen und Sprechstellen Bahnamt, Friedhof, Gaswerk-Ost, Messe, Schlachthofamt, Tullaschule, Tiefbauamtslagerplätze usw. vereinigt. Eine schnellere Abfertigung und eine wirtschaftlichere Bedienung der Gesamtanlage ist die nützliche Folge.

Betriebsmittel.

Der Bestand an Betriebsmitteln hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Vorhanden waren: 101 Motorwagen, davon 8 meterspurig, 111 Anhängewagen, davon 10 meterspurig, 2 Postmotorwagen, 4 Motorwagen für den Bau- und Betriebsdienst, 38 Gerätewagen auf Schienen laufend, 6 Autobusse, 2 Personenwagen, je 1 automobiler Turmwagen für die Unterhaltung der Fahrleitungen, Hilfsgerätewagen, Schnellastwagen und Schlepper, 4 Anhängewagen für den Schlepperdienst.

Vorkommnisse im Betrieb.

Im Berichtsjahr ereigneten sich 19 (1933: 26) Unfälle mit Personenschäden, die, abgesehen von einem tödlichen infolge Selbstverschuldens einer unvorsichtigen Radfahrerin, nicht schwerer Natur waren. Zusammenstöße zwischen eigenen Betriebsmitteln waren 4 (1933: 3), mit fremden Fahrzeugen einschließlich Krafträdern 124 (1933: 112), sonstige Betriebsunfälle 11 (1933: 19) zu verzeichnen. Die Hilfswagen traten 26 mal in Tätigkeit, davon der Autohilfswagen 17 mal.

Personal.

Der Gesamtpersonalstand an Beamten, Angestellten und Arbeitern belief sich am Ende des Berichtsjahres auf 679 (1933: 678) Mann, dazu 10 Lehrlinge. Sie verteilten sich wie folgt: Verwaltung 19 (1933: 19), Betriebswerkstätten 142 (1933: 140), Gleisunterhaltung 58 (1933: 56), Stromzuführung 10 (1933: 10), Schneiderwerkstatt 4 (1933: 4), Aufsichtsbeamte im Fahrdienst 11 (1933: 10), Schaffner 286 (1933: 296), Wagenführer 149 (1933: 143). Zur gelegentlichen Aushilfe standen 7 Mann aus anderen städtischen Betrieben und 5 zuruhegesetzte Schaffner zur Verfügung; die Zahl der zu anderen städtischen Dienststellen abkommandierten Fahrbediensteten betrug im Jahresdurchschnitt 35; diese mußten aber bei besonderen Anlässen zum Dienst herangezogen werden.

An Urlaubstagen wurden 11510 (1933: 12015) gewährt und 248 (1933: 243) Krankheitsfälle mit 6056 (1933: 6365) Krankheitstagen gemeldet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Umlegung der Einnahmen und Ausgaben (einschl. Autobusbetrieb) auf die betriebliche Leistung.

Bezeichnung	absolut 1934 RM	Je Rechnungskilometer 1934 Rpf	1933 Rpf
Einnahmen.			
Mietzinsen	2 359	0,04	0,04
Einnahmen aus dem Fahrbetrieb:			
Einzelfahrscheine	1 156 892	18,97	17,58
Fahrscheinhefte	1 288 253	21,11	21,40
Zeitkarten und dergl.	341 682	5,60	6,43
Einnahmen aus der Personenbeförderung	2 786 827	45,68	45,41
Postwagenbetrieb	12 540	0,20	0,19
Reklame	14 399	0,23	0,23
Einnahmen aus dem Fahrbetrieb	2 813 766	46,11	45,83
Sonstige Einnahmen	23 803	0,39	0,56
Gesamteinnahmen (ohne Zuschuß der Stadthauptkasse)	2 839 928	46,54	46,43
Ausgaben.			
Unterhaltung der Bahnanlage:			
Gleisunterhaltung und Schienenreinigung:			
Persönlich	124 791	2,04	1,98
Sachlich	84 723	1,39	1,55
Unterhaltung der Oberleitungsanlage:			
Persönlich	23 010	0,38	0,38
Sachlich	8 661	0,14	0,17
Hochbauten	13 079	0,21	0,21
Sonstige Kosten für Unterhaltung der Bahnanlage	33 578	0,55	0,04
Summe	287 842	4,71	4,33
Fahr- und Zugdienst:			
Persönlich	1 129 673	18,51	18,74
Dienstkleidung	20 339	0,33	0,18
Bahnstrom und Treibstoffe	266 393	4,37	4,38
Summe	1 416 405	23,21	23,30
Wagenunterhaltung:			
Persönlich	298 151	4,89	5,04
Sachlich	93 402	1,53	1,46
Summe	391 553	6,42	6,50
Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Verwaltungsgebäude und Werkstätten	15 737	0,26	0,28
Allgemeine Verwaltung, Steuern, Versicherung usw.:			
Persönlich	100 865	1,65	1,73
Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung	429 404	7,04	6,13
Sämtliche übrigen Ausgaben	59 361	0,97	1,33
Summe	589 630	9,66	9,19
Gesamte reine Betriebsausgaben	2 701 167	44,26	43,60
Reiner Betriebsüberschuß	138 761	2,28	2,83

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bezeichnung	absolut 1934 RM	Je Rechnungskilometer 1934 Rpf	1933 Rpf
Finanz- und Kapitaldienst			
Verzinsung und Tilgung der seit 1924 zur Verfügung gestellten Anlehensmittel	83 000	1,36	1,46
Nutzungswert der Anlagen	373 300	6,12	6,16
Zuführung zum Erneuerungsfonds	289 310	4,74	4,51
Anteil an den Kosten der Hauptverwaltung	41 000	0,68	0,67
An die Stadthauptkasse abzuliefernde Gehalts- und Lohnkürzungen	143 360	2,35	4,51
Summe	929 970	15,25	17,31
Gesamtausgaben	3 631 137	59,51	60,91
Fehlbetrag (durch Zuschuß der Stadtkasse gedeckt)	791 209	12,97	14,48
Einnahmen aus der Personenbeförderung (ohne Reklame)	2 786 827	45,68	45,41
Desgleichen je Fahrgast	—	12,66	12,41
Gesamtbetriebseinnahme je Fahrgast	—	12,90	12,69
Reine Betriebsausgaben je Fahrgast	—	12,27	11,92
Gesamtbetriebsausgabe je Fahrgast	—	16,49	16,65

		1934	1933
Personalausgaben	RM	2 126 233	2 104 138
Verhältnis zu den gesamten reinen Betriebskosten	v. H.	78,72	78,39
Betriebszahl $\frac{\text{Betriebsausgaben} \times 100^*}{\text{Gesamteinnahmen}}$		95,11	93 ,91

Betriebs- und wirtschaftsstatistische Angaben.

Bezeichnung	1934	1933	Gegenüber 1933 in v. H. mehr (+) oder weniger (—)
Einwohnerzahl mit eingemeindeten Dororten am 31. März	154 176	154 928	— 0,49
Verkehrsleistung:			
1. Motorwagenkilometer	4 737 342	4 745 125	— 0,16
2. Anhängewagenkilometer	2 551 767	2 655 791	— 3,91
3. Autobuskilometer	89 291	83 926	+ 6,39
4. Wagenkilometer	7 378 400	7 484 842	— 1,42
5. Rechnungskilometer (einschl. Autobus)	6 102 516	6 156 946	— 0,88
6. Rechnungskilometer (ausschl. Autobus)	6 013 225	6 073 020	— 0,98
Fahrgastzahlen:			
1. Insgesamt	22 013 680	22 513 117	— 2,22
2. Auf Einzelfahrscheine	7 221 896	6 808 286	+ 6,08
3. Auf Fahrscheinhefte	9 526 941	9 871 949	— 3,49
4. Auf sonstige Fahrtausweise	5 264 843	5 832 882	— 9,74

* Bei der Betriebszahl ist der von der Stadthauptkasse geleistete Zuschuß nicht berücksichtigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bezeichnung	1934	1933	Gegenüber 1933 in v. H. mehr (+) oder weniger (—)
Bahnlänge:			
1. Betriebslänge	41,440	40,740	+ 1,72
2. Gleislänge	78,670	78 200	+ 0,60
Zugkraft:			
1. Stromverbrauch für Personenbeförderung . . . . kWh	4 381 031	4 436 424	— 1,25
2. Stromverbrauch je Rechnungskilometer . . . . . kWh	728	730	— 0,27
3. Stromkosten . . . . . RM	249 719	252 876	— 1,25
4. Stromkosten je kWh . . . . . Rpf	5,70	5,70	—
5. Stromkosten je Rechnungskilometer . . . . . Rpf	4,15	4,16	—
Verhältniszahlen:			
1. Fahrgäste je Wagenkilometer	2,98	3,01	— 1,00
2. Fahrten je Einwohner	143,04	145,31	— 1,56
3. Wagenkilometer je Einwohner	47,94	48,31	— 0,77
4. Bahnlänge (km) auf 10 000 Einwohner	2,66	2,65	+ 0,38
5. Wagenkilometer je Bahnkilometer (Verkehrsdichte)	179 829	182 423	— 1,42

B. Kleinbahn Karlsruhe—Durmersheim.

Allgemeines.

Wie bereits im letzten Wirtschaftsjahr berichtet, hat die Stadtverwaltung wegen der empfindlichen finanziellen Belastung, die der Zuschußbetrieb der Kleinbahn für den Gesamthaushaltsplan der Stadt bedeutet, bei dem badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium den Antrag auf ihre Stillegung gestellt. Die Gründe, die die Stadt zu ihrem Antrag führten, wurden wohl anerkannt, bei den wechselseitigen Beziehungen zwischen Stadt und Land war man regierungsseitig jedoch bestrebt, einen Ersatz der Kleinbahn durch eine Autobuslinie zu schaffen, und zwar hielt man dazu die Reichspost für geeigneter als einen etwaigen Privatunternehmer. Es wurden Verhandlungen mit der Reichspostbehörde, Oberpostdirektion Karlsruhe, aufgenommen, die jedoch trotz weitem Entgegenkommen des Reichs, des Staates und der Stadt noch zu keinem Ergebnis führten, da die örtliche Postbehörde auch in einer Kraftpostlinie einen Zuschußbetrieb sieht. Der Zustand eines Teils der Gleisanlage und derjenige der Betriebsmittel lassen eine baldige Entscheidung als dringend erwünscht erscheinen.

Betrieb.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse haben sich gegenüber dem Vorjahr etwas gebessert. Bei nahezu gleichgebliebener betrieblicher Leistung hat die Zahl der Fahrgäste um 8,32 v. H. zugenommen. Die Einnahmen übertreffen um 7707 RM das Ergebnis von 1933, um 20 361 RM den Ansatz im Haushaltsplan. Bei den Ausgaben waren sowohl an den persönlichen als auch an den Sachausgaben Einsparungen möglich, sodaß sie hinter dem Ergebnis des Vorjahres und dem Ansatz des Haushaltsplanes zurückbleiben. Durch die verbesserten Einnahmen aber verminderten Ausgaben ermäßigte sich der Zuschuß der Kleinbahn auf 76 355 (1933: 99 447) RM, während er im Haushaltsplan mit 113 810 RM angenommen war. Trotzdem ist der Stand der Kleinbahn nach wie vor unbefriedigend.

Betriebsmittel.

An Betriebsmitteln waren auf Ende des Berichtsjahres vorhanden: 2 (1933: 2) zweiachsige Dampflokomotiven, 3 (1933: 3) vierachsige Packwagenlokomotiven, 17 (1933: 20) vierachsige Personenwagen, 1 (1933: 1) zweiachsiger Gepäckwagen, 4 (1933: 4) zweiachsige Güterwagen, 2 (1933: 2) zweiachsige Schienentransportwagen, 3 (1933: 3) vierachsige Tafelwagen.

In Hauptrevision waren 2 Motorwagen und 3 Tafelwagen sowie die Dampflokomotive Nr. 90.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Sonstiges.

Im Berichtsjahr haben sich einige Unfälle leichterer Art ereignet.

Auf Ende des Berichtsjahres waren bei der Kleinbahn 15 (1933: 17) Beamte und 10 (1933: 10) Arbeiter beschäftigt.

Der Reichsbahn-Gleisanschluß nach dem Lokalbahnhof Kapellenstraße 9 sowie die gesamten Rangier- und Aufstellungsgleise des ehemaligen Bahnhofes sind entfernt und sämtliche Werkstättengebäude, Lager- und Wagenschuppen im Lokalbahnhof Kapellenstraße niedergelegt worden..

Umlegung der Einnahmen und Ausgaben.

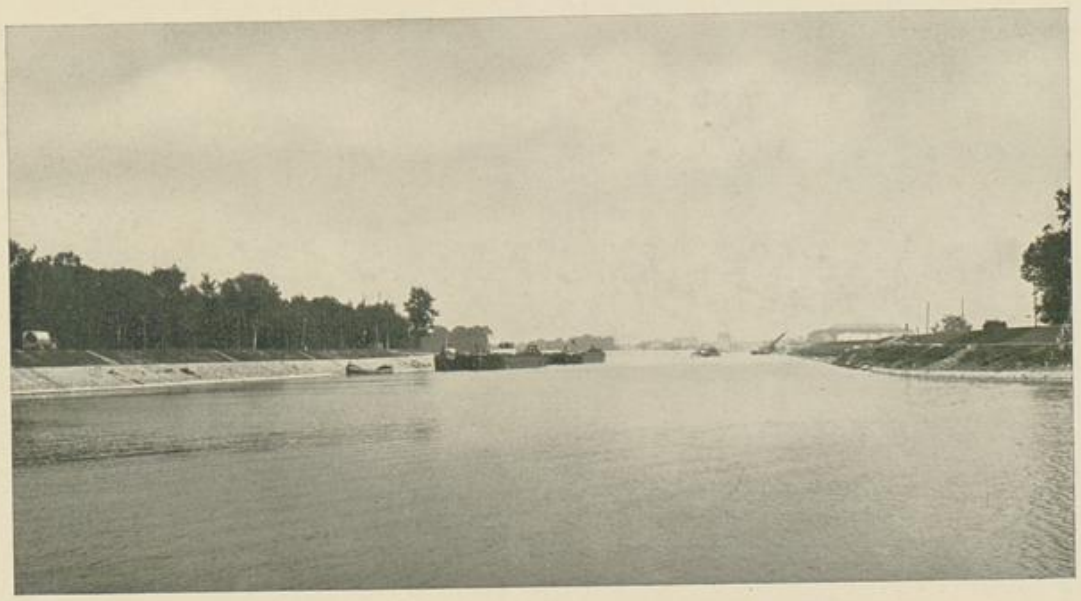
Bezeichnung	Wirtschaftsjahr 1934	Wirtschaftsjahr 1933	Gegenüber 1933 v. H. mehr (+) oder weniger (—)
Einnahme aus der Personenbeförderung (ohne Güterbeförderung und Reklame) . . . RM	99 433	93 533	+ 6,31
Desgleichen je Fahrgast . . . Rpf	21,59	22,00	— 1,86
Gesamtbetriebseinnahme je Fahrgast . . . Rpf	26,15	26,52	— 1,40
Gesamtbetriebsausgabe je Fahrgast . . . Rpf	24,19	26,94	— 10,21
Personalausgaben . . . RM	65 833	67 932	— 3,09
Verhältnis zu den gesamten reinen Betriebskosten . . . v. H.	59,11	59,31	— 0,34
Betriebszahl . . .	92,47	101,60	— 8,99
Betriebs- und wirtschaftsstatistische Angaben.			
Wagenachskilometer . . .	884 342	898 942	— 1,62
Fahrgastzahlen:			
1. Auf Fahrkarten . . .	183 287	170 374	+ 7,58
2. Auf Schüler-, Lehrlings- und Arbeiterwochenkarten . .	277 212	254 753	+ 8,82
zus. . . .	460 499	425 127	+ 8,32
Betriebslänge . . . km	11	11	—

5. Rheinhafen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 46).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge . . .	922 000	1 074 112	152 112	—	1 022 640
b) Miete, Pacht, Zinsen . . .	97 000	97 901	901	—	91 147
c) Einnahmen aus dem Betriebe . . .	200	116	—	84	351
d) Sonstige Einnahmen . . .	2 000	4 391	2 391	—	2 125
2. Durchlaufende Einnahmen . . .	125 000	148 989	23 989	—	134 406
Summe der Einnahmen . .	1 146 200	1 325 509	179 393	84	1 250 669

Der Stichkanal nach seiner Verbreiterung von Osten gesehen.



Der Stichkanal nach seiner Verbreiterung von Westen gesehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	530 390	567 317	36 927	—	531 739
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	18 380	21 703	3 323	—	18 643
II. Zweckausgaben	105 400	141 136	35 736	—	95 164
c) 1. a) Zinsendienst	93 030	93 030	—	—	39 470
b) Tilgung	68 400	68 400	—	—	34 400
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	117 500	117 500	—	—	117 350
d) 1. Zuführung zum Erneuerungsfonds	63 640	63 640	—	—	54 700
2. Rückstellung des Wirtschaftsüberschusses 1933 des Rheinhafens zur Beschaffung eines Krans im Rechnungsjahr 1934	—	—	—	—	101 877
2. Einmalige Ausgaben	50 000	163 334	113 334	—	47 520
3. Verwaltungskostenbeiträge	11 500	11 500	—	—	10 500
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	38 230	38 230	—	—	64 900
Durchlaufende Ausgaben	125 000	148 989	23 989	—	134 406
Summe der Ausgaben	1 221 470	1 434 779	213 309	—	1 250 669
Summe der Einnahmen	1 146 200	1 325 509	179 393	84	1 250 669
Zuschuß	75 270	109 270	34 000	—	—

Schiffahrtsverhältnisse.*

Das Jahr 1934 kann als ein ausgesprochenes Niedrigwasserjahr bezeichnet werden. Nur in den Monaten Juli, August und September war der Wasserstand des Rheinstromes einigermaßen ausreichend. Die übrigen Monate hatten meistens einen derartig geringen Wasserstand, daß Schiffsleichterungen für die Fahrt nach dem Oberrhein notwendig wurden. Der niedrige Wasserstand in Verbindung mit den gestiegenen Verkehrsmengen, ferner die Tatsache, daß vonseiten des Reiches zahlreiche Schiffe für die Einlagerung von Getreide aus dem Markt genommen worden waren, brachten es mit sich, daß im Berichtsjahr die Rheinflotte im allgemeinen gut beschäftigt war und häufig der Kahnraum den gestellten Anforderungen nicht genügte. Von dem Bau der neuen Rheinbrücke in Maxau kann berichtet werden, daß die Arbeiten einen günstigen Fortgang genommen haben. Von großer Bedeutung für die Fahrt von und nach Karlsruhe war, daß im Berichtsjahr auf dem Wendeplatz bei Karlsruhe umfangreiche Baggerungen zu dem Zwecke durchgeführt wurden, für die Herstellung der Zufahrtsrampe für die feste Rheinbrücke bei Maxau Aufschüttmaterial zu gewinnen. Aufgrund eines Übereinkommens der deutschen Oberrheinhäfen beteiligte sich die Stadt Karlsruhe mit Staatsgenehmigung an der Einführung einer Gebührenordnung für die Berechnung von Hafenschutzgeld. Dieses Hafenschutzgeld wird für Fahrzeuge erhoben, die wegen Eisgefahr oder Hochwasser in die Häfen einlaufen. Insgesamt war die Großschiffahrt im Berichtsjahr an 89 Tagen durch einen Wasserstand von unter 3,50 m am Maxauer Pegel beschränkt. Außerdem behinderte Nebel die Oberrheinschiffahrt an 45 Tagen in den Monaten September, Oktober, November und Dezember 1934. Der niedrigste Wasserstand am Maxauer Pegel mit 3,10 m wurde am 4. Dezember, der höchste am 13. September 1934 mit 5,62 m gemessen.

Die Personenschiffahrt nach und von Karlsruhe, die Schülerfahrten im Karlsruher Hafengebiet sowie die Fahrten nach und von dem Rheinstrandbad Rappenwört hatten im Berichtsjahr ein wenig

* Die Zahlenangaben im Text beziehen sich auf Kalenderjahre.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

befriedigendes Ergebnis, wenn auch gegenüber dem vorangegangenen Jahr eine geringe Besserung eingetreten ist. Die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrts-Gesellschaft unternahm ab Karlsruhe keine Fahrten (1933 beförderte sie 1650 Personen). Durch das Motorboot „Enderle von Ketsch" wurden Fernfahrten und sogenannte Rundfahrten ausgeführt, bei denen insgesamt 5161 (1933: 3746) Personen befördert worden sind. Das städtische Motorboot „Rhein" benutzten in den Monaten März bis Oktober hauptsächlich zu Hafenrundfahrten insgesamt 3382 (1933: 1932) Personen, darunter 1693 (1933: 1589) Schüler. Die gesamte Personenbeförderung vom Karlsruher Hafen aus betrug im Jahre 1934 8543 (1933: 7328) Personen.

Entwicklung des Hafenverkehrs.

Die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage in Deutschland im Jahre 1934 beeinflußte naturgemäß auch den Schiffs- und Güterverkehr auf dem Rhein günstig. Das Ergebnis des Berichtsjahres wäre noch besser geworden, wenn nicht die Ein- und Ausfuhr auf dem Rhein infolge der deutschen Devisenschwierigkeiten hinter der Entwicklung des innerdeutschen Rheinverkehrs zurückgeblieben wäre.

Die Zahl der im Karlsruher Rheinhafen angekommenen Fahrzeuge betrug im Jahre 1934 4845 (1933: 4445), davon 4738 (1933: 4317) beladen und 107 (1933: 128) leer. Abgegangene Fahrzeuge wurden 4838 (1933: 4467) gezählt, davon 1897 (1933: 1912) beladen und 2941 (1933: 2555) leer. Die Gesamtzahl der im Mai 1934 angekommenen und abgegangenen Fahrzeuge belief sich auf 1078 und war die stärkste eines Monats seit Eröffnung des Karlsruher Hafens. Der Güterverkehr zeigt im Berichtsjahr die höchsten Umschlagsziffern seit Bestehen des Hafens. Einschließlich Nahverkehr hat er im Jahre 1934 2 647 797 (1933: 2 498 906) t betragen. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung des Güterverkehrs um 148 891 t = 5,92 v. H. zu verzeichnen. In der Zufuhr trat eine Erhöhung von 2 252 904 t auf 2 389 051 t = um 6,04 v. H. ein, in der Abfuhr von 246 002 auf 258 746 t = um 5,18 v. H. An einzelnen Gütern betrug die Zu- und Abfuhr:

Güterart	1934 Zufuhr t	1934 Abfuhr t	1933 Zufuhr t	1933 Abfuhr t
1. Braunkohlenbrikette	508 356	350	499 558	720
2. Zement	7 396	—	7 098	—
3. Roheisen	38 130	114	18 988	246
4. Brucheisen	1 210	81 156	—	55 916
5. Verarbeitetes Eisen aller Art	7 188	1 089	5 438	1 747
6. Kies, Sand, Erde	26 390	—	18 061	100
7. Farberden, Kreide, Graphit	6 470	1 294	5 913	1 482
8. Weizen und Spelz	3 295	580	8 574	366
9. Roggen	419	—	4 019	—
10. Hafer	311	100	30	—
11. Gerste	6 054	435	6 235	1 751
12. Anderes Getreide, auch Mais und Hülsenfrüchte	875	11	934	4
13. Lein- und Ölsaaten, Ölfrüchte	7 945	115	5 769	32
14. Holz aller Art (ausschl. Farbhölzer und Holzzeugmasse)	21 391	132 337	10 626	130 725
15. Öle und Fette (pflanzliche)	10 792	581	10 900	633
16. Papier	4 808	21 099	5 904	21 230
17. Steine aller Art, auch gebrannte Steine	34 216	1 412	11 356	3 008
18 Steinkohlen und Brikette	1 104 659	1 828	951 476	3 563
19. Koks	384 788	1 495	487 868	9 919
20. Sonstige Güter	214 358	14 750	194 157	14 560
zusammen	2 389 051	258 746	2 252 904	246 002
	2 647 797		2 498 906	

Gegenüber dem Jahre 1933 zeigte sich eine bemerkenswerte Zunahme in der Zufuhr bei Steinkohlen um 153 183 t, bei Steinen aller Art um 22 860 t, bei Roheisen um 19 142 t, bei Mineralölen usw. um 10 807 t, bei Holz aller Art um 10 765 t und bei Kies, Sand und Erde um 8329 t, in der Abfuhr bei Alteisen, Eisen- und Stahlbruch um 25 240 t. Dagegen war bei der Zufuhr von Koks eine Abnahme von 103 080 t zu verzeichnen.

Die Erhöhung der Zufuhr von Steinkohlen, Steinen, Roheisen, Mineralölen, Kies und Sand ist auf die weiterhin gebesserte Beschäftigung der Industrie und des Baugewerbes im südlichen Deutschland zurückzuführen. Bei Alteisen ist die Zunahme der Abfuhr eine Folge des gestiegenen Bedarfs der gut beschäftigten Hüttenwerke im Rheinland-Westfalen. Der Rückgang des Koksverkehrs nach Karlsruhe im Berichtsjahr gegenüber dem Jahre 1933 hat seine Ursache in einer Änderung des Ausnahmetarifs 6 U 1 zu Ungunsten des Karlsruher Rheinhafens und in der langsamen Erhöhung des im Jahre 1933 bestandenen niedrigen Kampfpreises für Koks.

In dankenswerter Weise hat sich die Reichsbahngesellschaft, den immer wiederholten Anregungen der beteiligten Kreise entsprechend, im Berichtsjahr entschlossen, die Zusammenarbeit mit der Rheinschiffahrt durch Schaffung von Umschlagstarifen zu fördern. Eine Fortsetzung dieser Tarifpolitik würde nicht nur die Rheinschiffahrt und die betroffenen Umschlagplätze, sondern auch die gesamte Wirtschaft Südwestdeutschlands begrüßen. Zur Vermeidung einer Änderung des Verhältnisses der deutschen Oberrheinhäfen untereinander ist aber eine Gleichbehandlung dieser Häfen durch die Reichsbahngesellschaft dringend erforderlich, was im Berichtsjahr leider nicht immer der Fall war.

Wie bereits in dem Verwaltungsbericht für das Jahr 1933 ausgeführt, hat die süddeutsche Holzwirtschaft mit der Rheinschiffahrt ein großes Interesse daran, daß die Frachtsätze für Schnitt- und Stammholz im Wasserumschlagsverkehr herabgesetzt werden. Leider hat die Reichsbahngesellschaft die zugesagte Anpassung der Sätze des Ausnahmetarifs 1 U 1 für Holz an die gesenkten normalen Holztarife noch nicht in ausreichendem Maße durchgeführt.

Die fortschreitende Zunahme des Güterverkehrs im Karlsruher Rheinhafen gibt Veranlassung, einen Blick auf die Entwicklung des gesamten Oberrheinverkehrs in den letzten drei Jahrzehnten zu werfen. Der Güterverkehr auf dem Oberrhein umfaßt die Häfen Ludwigshafen a. Rh., Mannheim, Karlsruhe, Kehl und Basel. Diese hatten nach den Jahresberichten der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt folgende Verkehrsziffern:

Jahr	Ludwigshafen t	Mannheim t	Karlsruhe t	Kehl t	Basel * t	Gesamtverkehr t
1904	1 844 100	6 521 888	499 022	114 821	—	8 979 831
1909	2 440 890	7 300 897	830 796	162 980	—	10 735 563
1911	2 561 876	6 490 522	1 005 649	233 293	—	10 291 340
1913	2 872 739	7 353 080	1 477 557	510 039	—	12 213 415
1925	3 264 513	6 448 174	1 137 479	722 667	84 337	11 657 170
1927	4 003 786	6 748 941	2 100 100	992 121	513 223	14 358 171
1928	4 109 862	5 826 808	2 168 895	956 082	23 208	13 084 855
1929	3 999 924	5 833 951	2 331 221	1 539 742	7 739	13 712 577
1930	2 904 321	5 339 335	2 200 356	1 458 044	462 031	12 364 087
1931	2 559 217	4 684 956	2 236 136	1 534 030	343 712	11 358 051
1932	2 228 664	4 081 313	2 371 981	1 839 384	288 962	10 810 304
1933	2 515 834	4 533 109	2 498 906	1 880 372	302 209	11 730 430
1934	3 307 900	5 342 932	2 647 797	1 967 773	303 200	13 569 602

* Für Basel ist nur der Verkehr auf dem Rhein angegeben und zwar erst vom Jahre 1925 an, da er vorher in den Jahresberichten der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt nicht enthalten war.

Gegenüber dem Jahre 1904 ist im Jahre 1913, dem letzten Vorkriegsjahr, eine Steigerung des Gesamtverkehrs auf dem Rhein um 36 v. H. festzustellen. Vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1934 beträgt die weitere Zunahme des Verkehrs nur noch 12 v. H., während das Jahr 1934 gegenüber dem Jahre 1904 eine Vermehrung um 51 v. H. aufweist. Die Entwicklung des Gesamtverkehrs auf dem Oberrhein in der Nachkriegszeit bewegte sich zwar weiterhin aufwärts, bleibt aber hinter der in den letzten zehn Vorkriegsjahren weit zurück.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die einzelnen Häfen waren an dem Güterverkehr auf dem Oberrhein in den Jahren 1904, 1913, 1925 und 1934 wie folgt beteiligt (in Hundertteilen):

	1904	1913	1925	1934
Ludwigshafen a. Rh.	20,5 v. H.	23,5 v. H.	28,0 v. H.	24,4 v. H.
Mannheim	72,6 v. H.	60,2 v. H.	55,3 v. H.	39,4 v. H.
Karlsruhe	5,6 v. H.	12,1 v. H.	9,8 v. H.	19,5 v. H.
Kehl	1,3 v. H.	4,2 v. H.	6,2 v. H.	14,5 v. H.
Basel	—	—	0,7 v. H.	2,2 v. H.

Aus den angeführten Zahlen ist ersichtlich, daß die Häfen, die am weitesten rheinaufwärts liegen, nämlich Basel, Kehl und Karlsruhe, ihren Anteil am stärksten erhöhen konnten. Der Hafen von Ludwigshafen a. Rh. hat seinen Anteil vom Jahre 1913 im Jahre 1934 behauptet, gegenüber 1904 sich sogar verbessert, gegenüber 1925 dagegen verschlechtert. Der Mannheimer Hafen aber, der im Jahre 1904 nahezu drei Viertel des Oberrheinverkehrs bewältigte, hat seinen überragenden Anteil in steter Folge bis auf nahezu ein Drittel des Gesamtverkehrs eingebüßt.

Der Verkehrszuwachs von 1904 bis mit dem Jahre 1913 betrug in Ludwigshafen a. Rh. 55,8 v. H., in Mannheim 12,7 v. H., in Karlsruhe 196,1 v. H., in Kehl 344,2 v. H. Er war demnach in der Vorkriegszeit am stärksten im Kehler Hafen und im Karlsruher Hafen, während der Mannheimer Hafen nur eine geringe Zunahme des Güterverkehrs zu verzeichnen hatte.

In der Zeit von 1913 bis 1934 betrug die Verkehrszunahme in Ludwigshafen a. Rh. 15,1 v.H., in Karlsruhe 79,2 v. H., in Kehl 285,8 v. H., während Mannheim einen Verkehrsverlust von 27,3 v. H. aufzuweisen hat. Wie in der Vorkriegszeit hat sich auch in der Nachkriegszeit der Verkehr des Kehler Hafens am günstigsten entwickelt, an zweiter Stelle folgt der Karlsruher Hafen, in Mannheim ist eine Rückwärtsbewegung eingetreten. Mannheim hat zwar nach wie vor den stärksten Güterumschlag am Oberrhein. Aber wie die mengenmäßige Entwicklung des Umschlags erkennen läßt, ist nicht nur die gesamte Verkehrssteigerung der letzten 30 Jahre den Oberrheinhäfen außer Mannheim zugute gekommen, sondern der Mannheimer Hafen mußte von seiner früheren Umschlagsmenge noch an die übrigen Häfen des Oberrheins abgeben.

Bei einer Gegenüberstellung der Jahre 1904 und 1934 betrug die Zu- bezw. Abnahme des Güterverkehrs in den Häfen Ludwigshafen a. Rh. + 79,4 v. H., Mannheim — 18,1 v. H., Karlsruhe + 430,6 v. H., Kehl + 1613,8 v. H. Auch dieser Vergleich zeigt eine starke Zunahme des Güterverkehrs im Kehler Hafen und im Karlsruher Hafen, während für den Mannheimer Hafen eine Abnahme des Güterverkehrs festzustellen ist.

Zollabfertigung im Hafengebiet.

Für den Karlsruher Hafen wurde unterm 4. April 1934 durch den Präsidenten des Landesfinanzamts Karlsruhe eine neue Zollordnung erlassen, die am 15. April 1934 in Kraft trat. Die neue Zollordnung ist das Ergebnis von Verhandlungen, die seit 1929 geführt wurden und die mit der durch den Versailler Vertrag bedingten Änderung der Zollgrenze zusammenhängen.

Bautätigkeit im Hafengebiet.

Die großen Tiefbauarbeiten im Bereiche des Hafens, nämlich die Stichkanalverbreiterung und die Erstellung eines Ölbeckens, wurden im Berichtsjahre, wie bereits an anderer Stelle mitgeteilt, vollendet. Im Anschluß an die Verlängerung der Kaimauer am Mittelbecken um 125 m ließ die Stadt die Kranfahrbahn entsprechend erweitern und das Ufer mit Gleisanlagen ausstatten. Außerdem erstellte sie für die Werkstätte des Hafenamts einen Schuppen.

Von privaten Unternehmungen sind folgende wichtigere Bauten ausgeführt worden: Die Kathreiner G. m. b. H. baute einen Luftschutzkeller, die Firma Raab Karcher G. m. b. H. erstellte eine fahrbare Verladebrücke mit Siebwerk und Drehkran sowie eine Gleiswaage mit 60 t Wiegfähigkeit, die Vereinigungsgesellschaft Rheinischer Braunkohlenbergwerke G. m. b. H. legte die Wasserleitung in ihrer Lagerhalle tiefer, errichtete eine Transportanlage und baute ihre Büroräume um. Die Firma M. Stromeyer, Lagerhausgesellschaft, verlängerte eine Kranfahrbahn, und die Firma Math. Stinnes G. m. b. H. nahm eine Verstärkung von Kranfundamenten vor. Die Deutsch-Koloniale Gerb- und Farbstoff G. m. b. H. führte eine Änderung der Betriebswasser-Entnahme aus dem Südbecken durch und die Firma Stachelhaus & Buchloh ließ eine elektrische Entlastung in eine Gleiswaage

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die verlängerte Ufermauer am Mittelbecken des Rheinhafens.

Das neu erstellte Oelbecken gegen die Mündung gesehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

einbauen. Die Firmen Leopold Wörner, Johann Jakob, Julian Meier, Philipp Wiesner errichteten Lagerschuppen und die Firmen Franz Haniel & Co., H. Fuchs Söhne, Karl August Nieten & Co., Zender & Krauß, I. G. Farben-Industrie A.G. und der Salamander-Ruderklub führten Um- und Erweiterungsbauten durch. Ein Trockenofen wurde von der Firma Ludwig Weber erstellt.

Verwertung des Hafengeländes und des Industriegeländes außerhalb des Rheinhafengebiets.

Bei der Verwertung von Hafen- und Industriegelände ist im Berichtsjahr gegenüber den vergangenen Jahren eine Besserung festzustellen. Verkauft wurden 45 526 qm und verpachtet 6409 qm. Von einzelnen Firmen im Hafen- und Oberfeldgebiet wurden 8855 qm Gelände zurückgenommen.

Ein Überblick über die Verwertung des Hafengeländes gibt folgende Aufstellung:

Es waren jeweils am 31. März

des Jahres	verkauft qm	vermietet qm	in Erbpacht vergeben qm	zusammen verwertet qm
1913	25 815	278 115	—	303 930
1934	455 111	87 259	1 785	544 155
1935	500 609 *	70 566 *	1 785	572 960 *

* Die Nichtübereinstimmung der Zahlen mit dem Vorjahr ist auf eine Berichtigung zurückzuführen.

Eisenbahnverkehr des Karlsruher Hafens.

Über den Eisenbahnverkehr können für das Jahr 1934 Angaben nicht gemacht werden, da statistische Unterlagen noch nicht zur Verfügung stehen. Dafür werden die im vorjährigen Bericht nicht enthaltenen Ziffern für 1933 nachgeholt.

Der Eisenbahnverkehr des Karlsruher Hafens hat sich im Jahre 1933 infolge des gesteigerten Hafenverkehrs ebenfalls günstig entwickelt. Von dem Bahnhof Karlsruhe-Hafen wurden in diesem Jahre 2 494 670 t abgefertigt gegenüber 2 299 331 t im Jahre 1932.

Der Eisenbahnverkehr im Jahre 1933 war um 1 103 432 t größer als im Jahre 1913 und um 195 339 t größer als im Jahre 1932. Er hat im Vergleiche zu den Jahren 1913 und 1932 um 72 v. H. bezw. 8,5 v. H. zugenommen.

Die beförderten Gewichtsmengen (Empfang und Versand) verteilen sich auf folgende Hauptgüterarten nach Hundertteilen:

Jahr	Kohlen v. H.	Eisen v. H.	Erze v. H.	Baustoffe v. H.	Getreide- u. Futtermittel v. H.	Holz v. H.	Öle v. H.	Sonstige Güter v. H.	Zusammen v. H.
1913 . . .	49,93	5,03	0,05	—	0,34	16,69	—	27,96	100
1931 . . .	86,01	1,08	—	0,86	1,53	6,01	0,18	4,33	100
1932 . . .	87,24	0,69	—	0,75	1,39	6,56	0,13	3,24	100
1933 . . .	87,46	0,51	—	1,12	1,14	5,56	0,07	4,14	100

Die Reichsbahngesellschaft hat einem seit 1928 verfolgten Antrag des Hafenamts, im Karlsruher Hafengebiet eine Expreßgut-Abfertigungsstelle einzurichten, mit Wirkung vom 16. Juli 1934 entsprochen. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Güterabfertigung Karlsruhe-Hafen in die Expreßguttarife einbezogen und daselbst eine besondere Expreßgutannahme- und -abgabestelle eingerichtet. Die Expreßgüter werden zu den für Karlsruhe-Mühlburg gültigen Tarifsätzen abgefertigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wirtschaftliche Ergebnisse des Hafenbetriebs.

Die günstige Entwicklung des Umschlagsverkehrs im Karlsruher Rheinhafen und die weitere Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse hatte im Berichtsjahr auch eine Steigerung der Betriebseinnahmen zur Folge. Anstelle der im Haushaltsplan vorgesehenen Einnahmen aus Gebühren und Beiträgen in Höhe von 922 000 RM konnten solche im Betrage von 1 074 112 RM erzielt werden. Das Vorjahresergebnis wurde um 51 472 RM verbessert. Auch die durchlaufenden Einnahmen zeigen eine Steigerung, die allerdings das Haushaltsergebnis nicht zu beeinflussen vermag.

Entsprechend den höheren Einnahmen bedingte der vermehrte Güterumschlag auch gesteigerte Ausgaben. Die persönlichen Ausgaben überschritten den Haushaltsansatz und den Aufwand des Vorjahres infolge der Mehrbeschäftigung von Arbeitern. Bei den Zweckausgaben zeigte sich eine Überschreitung durch die notwendig gewordene, aber nicht vorgesehene Generalreparatur der Kohlenverladeanlagen und die erstmalige Anforderung der Körperschaftsteuer mit 34 000 RM. Durch die im Vorjahr in Angriff genommene Verbreiterung des Stichkanals erwuchs im Berichtsjahr ein gesteigerter Aufwand für Verzinsung und Tilgung. Von den einmaligen Ausgaben entfallen 23 059 RM auf die im Haushaltsplan vorgesehene Verlängerung der Kranfahrbahn einschließlich Nebenkosten; 140 275 RM wurden vorbehalten für die Herstellung neuer Gleisanlagen am verbreiterten Stichkanal und am Ölbecken. Da der Haushaltsplan für diese Zwecke nur 50 000 RM aufwies, entstand eine Überschreitung von 113 334 RM. Der haushaltsplanmäßige Fehlbetrag hat sich um den der Stadt an anderer Stelle wieder zurückfließenden Körperschaftsteuerbetrag von 34 000 RM auf 109 270 RM erhöht. Unter den Wirtschaftsausgaben befinden sich 46 497,58 RM, die als werterhöhend dem Anlagewert zugeschrieben wurden. Für die Verbreiterung des Stichkanals und für die Herstellung des Ölbeckens kamen im Berichtsjahr unter den für diese Arbeiten bewilligten Krediten (Titel XIV Nr. 2 und 3) 337 698,66 RM bezw. 501 558,17 RM zur Verausgabung. Von diesen Beträgen entfallen 119 310 RM bezw. 150 000 RM auf Anlehensmittel, 11 720 RM bezw. 250 000 RM sind Zuschüsse der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, 206 668,66 RM bezw. 101 558,17 RM sind Wirtschaftsmittel der Arbeitsfürsorge (Einzelhaushaltsplan Nr. 23 Konto 2340). Aus dem Erneuerungsfonds wurden zu Erneuerungsarbeiten am Gleisnetz und des Silobodens 15 866,54 (1933: 6795,09) RM entnommen.

Nach dem Zähler des städtischen Elektrizitätswerkes sind im Hafengebiet an Licht- und Kraftstrom im Kalenderjahre 1934 5 058 440 (1933: 4 908 531) kWh verbraucht worden. Gegenüber dem Vorjahr hat der Stromverbrauch um 149 909 kWh oder um 3,05 v. H. zugenommen.

Besondere Ereignisse im Hafengebiet.

Die in den Jahren 1933/34 durchgeführte Verbreiterung des Stichkanals erfuhr am 14. Juli 1934 ihre Einweihung. Die Anteilnahme an der Feier aus dem Kreis der an der Großschiffahrt nach und von Karlsruhe beteiligten Unternehmen war sehr groß. Die Feier wurde in Anwesenheit des Ministers Dr. Schmitthenner durch einen Festakt eingeleitet, wobei Bürgermeister Dr. Friholin die Festrede hielt, und Hafenbaudirektor Hoffbauer, Duisburg, in Vertretung des Dr. h. c. Joh. W. Welker, Duisburg, des Präsidenten des Reichsausschusses der deutschen Binnenschiffahrt und Vorsitzenden des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen e. V., Duisburg, der Stadt Karlsruhe die Glückwünsche der Rheinschiffahrt aussprach zu der Verkehrserleichterung, welche die Schiffahrt nach und von Karlsruhe durch die Verbreiterung des Stichkanals erfahren habe. Im Anschluß an den Festakt fand eine Parade und eine Fahrt der geschmückten Rheinschiffe durch den erweiterten Kanal nach dem Rhein statt, wobei der Raddampfer „Karlsruhe" mit Vertretern der Regierung und Behörden die Führung übernahm.

Vergleichende Hafenverkehrsziffern.

Nach einer Zusammenstellung des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen, e. V., hat im Jahre 1934 der Hafenverkehr in Tonnen betragen: In Basel (Rheinverkehr) 345 200 (1933: 303 200) t, in Kehl 1 967 100 (1933: 1 879 700) t, in Straßburg (Rheinverkehr) 5 493 600 (1933: 5 077 200) t, in Karlsruhe 2 647 800 (1933: 2 498 900) t, in Mannheim 5 428 900 (1933: 4 743 600) t, in Ludwigshafen a. Rh. 3 307 900 (1933: 2 529 300) t, in Worms 492 100 (1933: 412 000) t, in Mainz 2 020 800 (1933: 1 759 900) t, in Köln 3 154 200 (1933: 2 660 300) t, in Neuß 1 042 100 (1933: 1 000 900) t, in Düsseldorf 2 003 100 (1933: 1 602 900) t, in den Duisburg-Ruhrorter Häfen 13 195 100 (1933: 11 266 500) t, in Frankfurt a. M. 2 171 800 (1933: 1 850 300) t.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

6. Schlacht- und Viehhof.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 47).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	384 780	420 850	36 070	—	487 332
b) Mieten, Pacht, Zinsen	71 000	65 073	—	5 927	68 853
c) Einnahmen aus dem Betriebe	100 400	90 466	—	9 934	79 246
d) Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	18 000	16 387	—	1 613	21 994
e) Sonstige Einnahmen	4 500	3 116	—	1 384	3 867
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 140	2 140	—	—	2 405
Summe der Einnahmen	580 820	598 032	36 070	18 858	663 697
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	254 310	251 759	—	2 551	228 661
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	36 010	32 154	—	3 856	34 305
II. Zweckausgaben	143 610	140 585	—	3 025	110 518
c) Schuldendienst:					
1. Aufwertungsschulden	30 800	30 800	—	—	—
2. Neuverschuldung					
a) Zinsendienst	23 650	23 650	—	—	27 890
b) Tilgung	26 710	26 710	—	—	25 390
3. Nutzungswert der Anlagen	—	—	—	—	122 530
d) 1. Zuführung zum Erneuerungsfonds	18 640	18 640	—	—	16 430
2. Rücklage für Erweiterungsbauten	18 920	46 141	27 221	—	—
e) Leistungen an andere öffentliche Körperschaften	1 800	961	—	839	1 195
2. Einmalige Ausgaben	8 580	8 842	262	—	8 822
3. Verwaltungskostenbeiträge	—	—	—	—	12 000
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	17 790	17 790	—	—	32 480
Summe der Ausgaben	580 820	598 032	27 483	10 271	620 221
Summe der Einnahmen	580 820	598 032	36 070	18 858	663 697
Überschuß	—	—	—	—	43 476

Viehhof.

Das Jahr 1934 zeigt im Reichsgebiet eine beträchtliche Erhöhung der Schlachtungen und des Fleischverbrauchs. Die Zahl der geschlachteten Tiere ist um 7,4 v. H. gegenüber dem Vorjahr, der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung sogar um 11,1 v. H. gestiegen. Im Karlsruher Viehhof dagegen war der zahlenmäßige Auftrieb zu den Viehmärkten im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr geringer. Dieser Rückgang ist jedoch nur bei einzelnen Tiergattungen festzustellen. Bei Großvieh, Kälbern und Ferkel war er ebenfalls größer als im Vorjahre.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Gesamtauftrieb an Schlachttieren zu den Märkten betrug im Wirtschaftsjahr 1934 = 84 923 Stück gegen 86 442 Stück im Vorjahre, er hat sich somit um 1519 = 1,76 v. H. vermindert.

Der Auftrieb an Großvieh (ohne Pferde) ist um 398 Stück = 3,03 v. H. gestiegen, der Auftrieb an Schweinen um 1415 Stück = 2,91 v. H. zurückgegangen, der Auftrieb an Kälbern hat um 342 Stück = 1,48 v. H. zugenommen. Außerdem erhöhte sich die Zufuhr von Ferkeln um 46 Stück, während sich diejenige von Schafen um 561 Stück und von Ziegen um 52 Stück vermindert hat.

Im gesamten wurden zu den Märken aufgetrieben:

Monat	Ochsen	Kühe	Rinder	Farren	Großvieh zusammen	Schweine	Kälber	Schafe	Ziegen	Kitzlein	Ferkel	Kleinvieh zusammen	Groß- und Kleinvieh zusammen
1934:													
April	159	227	571	231	1 188	4 053	2 020	—	9	249	—	6 331	7 519
Mai	154	206	540	217	1 117	3 678	2 243	2	4	33	—	5 960	7 077
Juni	83	267	653	218	1 221	3 717	2 102	3	4	9	—	5 835	7 056
Juli	136	277	791	258	1 462	4 341	2 280	11	4	1	4	6 641	8 103
August	86	135	613	216	1 050	3 829	1 821	10	3	2	5	5 670	6 720
September	80	141	573	222	1 016	3 791	1 832	5	3	—	10	5 641	6 657
Oktober	347	229	577	316	1 469	5 306	2 191	4	1	—	28	7 530	8 999
November	271	243	398	197	1 109	3 797	1 747	7	2	—	2	5 555	6 664
Dezember	118	173	476	177	944	3 610	1 660	5	—	—	10	5 285	6 229
1935:													
Januar	116	276	617	189	1 198	4 242	2 095	10	3	—	3	6 353	7 551
Februar	82	183	492	148	905	3 324	1 626	5	2	2	4	4 963	5 868
März	126	203	364	176	869	3 605	1 864	4	7	131	—	5 611	6 480
Summe 1934:	1 758	2 560	6 665	2 565	13 548	47 293	23 481	66	42	427	66	71 375	84 923
Summe 1933:	1 517	2 388	6 808	2 437	13 150	48 708	23 139	627	94	704	20	73 292	86 442

Von den zu den Großviehmärkten aufgetriebenen Tieren stammten 6023 Stück = 44,46 (1933: 55,68) v. H. aus Baden, 4062 Stück = 29,98 (1933: 24,09) v. H. aus Württemberg, 2606 Stück = 19,24 (1933: 14,87) v. H. aus Bayern, 606 Stück = 4,47 (1933: 0,62) v. H. aus Norddeutschland und 251 Stück = 1,85 (1933: 4,74) v. H. aus der Reinpfalz; die den Kleinviehmärkten (ohne Schweine) zugeführten Tiere waren mit 13 647 Stück = 56,67 (1933: 63,06) v. H. aus Baden, mit 6850 Stück = 28,44 (1933: 20,20) v. H. aus Württemberg, mit 1799 Stück = 7,47 (1933: 9,09) v. H. aus Norddeutschland, mit 895 Stück = 3,72 (1933: 2,52) v. H. aus Bayern, mit 891 Stück = 3,70 (1933: 5,13) v. H. aus der Rheinpfalz aufgetrieben; an der Belieferung der Schweinemärkte war Baden mit 13 344 Stück = 28,22 (1933: 28,44) v. H., Württemberg mit 1000 Stück = 2,11 (1933: 5,34) v. H., Bayern mit 478 Stück = 1,01 (1933: 0,75) v. H., Norddeutschland mit 32 446 Stück = 68,61 (1933: 63,97) v. H., die Rheinpfalz mit 25 Stück = 0,05 (1933: 1,50) v. H. beteiligt. Es ist festzustellen, daß sich im Berichtsjahr der Viehauftrieb aller Art aus Baden und der Rheinpfalz stark vermindert hat. Der Anteil des aus Baden stammenden Großviehs weist einen in den letzten sieben Jahren nie erreichten Tiefstand auf, desgleichen der Auftrieb badischen Kleinviehs, dessen Anteil sich in ununterbrochenem Rückgang befindet. Auch bei den aus Baden aufgetriebenen Schweinen zeigt sich im Berichtsjahr eine Verminderung, doch liegt deren Zahl, die im übrigen starken Schwankungen unterworfen ist, nicht wesentlich unter der im Vorjahr erreichten Höchstzahl der letzten Jahre.

In den Stallungen des Schlacht- und Viehhofs haben 64 580 (1933: 50 482) Stück Vieh übernachtet.

Verendet in den Ställen und ankommenden Eisenbahnwagen sind bezw. waren: 1 Stück Großvieh, 4 Kälber und 40 Schweine.

Im Bahnverkehr des Schlacht- und Viehhofs sind 2020 (1933: 1625) Eisenbahnwagen angekommen und 123 (1933: 118) abgegangen. Von den angekommenen Wagen waren 1865 mit Vieh und 155 mit Gütern, von den abgegangenen 46 mit Vieh und 77 mit Gütern beladen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausfuhr.

Die Gesamtausfuhr von Schlachtvieh aus dem Viehhofe ist erneut zurückgegangen. Im ganzen wurden 15 404 (1933: 15 790) Stück ausgeführt, während im Jahre 1932 die Ausfuhr noch 27 505 Stück betragen hatte. An dem Rückgang sind zwar alle Tierarten, am stärksten jedoch die Schweine beteiligt.

Seuchenpolizei.

Im Berichtsjahr ist erfreulicherweise die Maul- und Klauenseuche weder bei Großvieh noch bei Schweinen aufgetreten.

Marktpreisnotierungen und Viehpreise.

Die Viehpreise sind gegenüber dem Vorjahr bei allen Tiergattungen mit Ausnahme der Hämmel gestiegen. Die Steigerung beträgt im Durchschnitt für das Kilo Lebendgewicht bei Ochsen 16,98 v. H., bei Rindern 29,41 v. H., bei Kühen 19,44 v. H., bei Farren 25,00 v. H., bei Schweinen 6,52 v. H., bei Kälbern 10,26 v. H.

Die Fleischpreise sind ebenfalls in die Höhe gegangen und zwar bei Rindfleisch im Durchschnitt um 1 Rpf = 0,70 v. H., bei Kalbfleisch um 8 Rpf = 5,00 v. H., bei Schweinefleisch um 9 Rpf = 5,77 v. H., bei Hammelfleisch um 17 Rpf = 10,62 v. H.; der Preis für Kuhfleisch ist gleichgeblieben.

Es wurden bezahlt für das Kilo Lebendgewicht:

	Ochsen			Kühe			Rinder			Farren			Schweine			Hämmel	Kälber		
	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.	2.	1.	2.	3.
	Qualität Rpf			Qualität Rpf			Qualität Rpf			Qualität Rpf			Qualität Rpf			Qualität Rpf	Qualität Rpf		
1934																			
April . .	60	55	52	47	40	30	65	56	50	59	51	47	89	87	85	—	96	90	84
Mai . .	66	57	54	47	40	30	69	63	58	59	51	47	86	83	81	—	96	90	84
Juni . .	58	53	51	43	37	29	65	62	56	55	51	47	87	85	82	—	89	86	78
Juli . .	57	53	51	45	37	29	65	62	56	55	51	47	98	94	90	36	87	84	76
August .	66	60	53	52	46	42	72	67	61	64	58	52	104	104	97	38	85	82	74
Septemb.	66	60	53	52	46	42	72	67	61	64	58	52	106	104	97	36	85	82	74
Oktober .	68	63	56	54	48	42	74	70	64	66	62	58	106	106	104	35	92	90	84
November	74	67	56	48	40	30	76	68	60	74	69	60	106	106	104	34	94	91	79
Dezember	74	67	56	52	42	30	76	68	60	72	68	60	106	106	104	30	93	89	75
1935																			
Januar	74	67	56	52	42	30	76	68	60	72	68	60	106	106	104	30	93	89	75
Februar	74	67	60	58	52	42	76	68	60	71	67	60	106	105	102	33	96	85	74
März . .	80	72	66	61	55	45	82	74	66	75	69	60	104	98	93	34	105	94	84
Im Durchschnitt 1934 . .	68	62	55	51	44	35	72	66	59	66	60	54	100	99	95	34	93	88	78
1933 . .	58	52	50	44	36	27	60	47	46	55	47	43	95	93	88	49	—	81	75

Die Metzgerinnung veröffentlichte im Berichtsjahre folgende Ladenpreise:

Monat	Rindfleisch 1. Qualität kg/Rpf	Rindfleisch 2. Qualität kg/Rpf	Kuhfleisch 1. Qualität kg/Rpf	Kalbfleisch kg/Rpf	Schweinefleisch 1. Qualität kg/Rpf	Schweinefleisch 2. Qualität kg/Rpf	Hammelfleisch 1. Qualität kg/Rpf	Hammelfleisch 2. Qualität kg/Rpf
April 1934	152	132	100	160	168	160	180	140
Mai	152	132	100	160	168	160	180	140
Juni	152	132	100	160	168	152	200	160
Juli	152	132	100	160	168	152	200	160
August	152	132	100	160	168	152	200	160
September	152	132	100	160	168	152	200	160
Oktober	160	130	100	176	180	160	200	160
November	160	130	100	176	180	160	200	160
Dezember	160	130	100	176	180	160	200	160
Januar 1935	160	130	100	176	180	160	200	160
Februar	160	130	100	176	180	160	200	160
März	160	130	100	176	180	160	200	160
Im Durchschnitt 1934	156	131	100	168	174	157	197	157
1933	152	132	100	160	160	152	180	140

Futter, Streumittel und Dung.

Die Anschaffung und Abgabe von Futter- und Streumitteln gestaltete sich wie folgt:

	Heu kg	Futtermehl kg	Hafer kg	Gerste kg	Stroh kg	Torf kg
Anschaffung	418 860	20 630	20 233	109 030	119 200	162 590
Abgabe	237 240	17 310	10 468	99 645	102 520	156 890

Die Gesamtmenge des abgegebenen Dunges betrug 1 150 650 (1933: 1 094 450) kg. Auf der beim Viehhofe befindlichen städtischen Brückenwaage wurden 537 (1933: 726) Fuhren gewogen.

Schlachthof.

Der zahlenmäßige Rückgang des Viehauftriebs zu den Märkten wirkte sich auch auf die Gesamtzahl der Schlachtungen aus. Diese betrugen im Berichtsjahre 69 071 (1933: 69 881) Stück. Es ergab sich somit eine Verminderung um 810 Stück = 1,16 v. H. Die Abnahme der Schlachtungen verteilt sich jedoch, wie beim Viehauftrieb, nicht auf alle Tiergattungen, bei einzelnen ist sie gestiegen und zwar beim Großvieh um 5,34 v. H., bei Kälbern um 2,71 v. H., bei Ferkeln um 240 v. H.; zurückgegangen dagegen ist sie bei Schweinen um 2,94 v. H., bei Schafen um 89,67 v. H. und bei Kitzlein um 39,59 v. H. Die Abnahme der Zahl der Schlachtungen an Schweinen wird jedoch mehr als ausgeglichen durch das höhere Schlachtgewicht der Tiere (Durchschnittsgewicht von 91 kg gegenüber 84 kg im Vorjahr), sodaß trotz rückgängiger Zahl der Gesamtschlachtungen ein erhöhter Fleischanfall zu verzeichnen war.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Schlachtungen verteilen sich auf:

Monat	Ochsen 1. Qualität	Ochsen 2. Qualität	Ochsen 3. Qualität	Kühe 1. Qualität	Kühe 2. Qualität	Kühe 3. Qualität	Rinder 1. Qualität	Rinder 2. Qualität	Rinder 3. Qualität	Farren 1. Qualität	Farren 2. Qualität	Farren 3. Qualität	Großvieh zusammen	Kälber	Schafe	Ziegen	Schweine	Ferkel	Kitzlein	Kleinvieh zusammen	Groß- und Kleinvieh zusammen
1934																					
April . . .	94	17	2	42	61	30	123	219	54	108	46	24	820	1 915	—	9	3 247	—	237	5 408	6 228
Mai	95	12	—	56	79	39	128	192	83	124	41	14	863	2 100	2	3	2 976	—	33	5 114	5 977
Juni . . .	41	6	4	41	89	50	98	223	123	101	47	24	847	1 969	3	3	2 825	—	11	4 811	5 658
Juli	49	26	3	40	80	52	129	297	131	107	53	26	993	2 156	11	4	3 203	4	2	5 380	6 373
August . . .	40	20	8	25	70	46	131	213	86	101	50	15	835	1 701	12	3	2 840	5	—	4 561	5 396
September .	38	22	6	27	53	26	124	245	89	109	57	11	807	1 735	5	3	2 753	10	—	4 506	5 313
Oktober . .	149	93	16	35	75	43	75	209	90	152	69	28	1 034	2 082	3	—	3 536	28	—	5 649	6 683
November .	125	84	14	51	72	73	62	175	83	100	44	24	907	1 677	7	2	2 933	2	—	4 621	5 528
Dezember .	81	24	3	51	63	39	96	218	66	86	40	15	782	1 620	5	—	2 772	12	—	4 409	5 191
1935																					
Januar . .	79	14	5	82	123	45	128	258	72	90	54	15	965	2 038	8	3	3 249	3	—	5 301	6 266
Februar . .	53	12	2	63	74	30	94	242	50	75	42	19	756	1 584	5	2	2 643	4	2	4 240	4 996
März . . .	100	12	1	68	74	25	86	174	58	93	53	18	762	1 759	4	7	2 800	—	130	4 700	5 462
Summe 1934	944	342	64	581	913	498	1 274	2 695	985	1 246	596	233	10 371	22 336	65	39	35 777	68	415	58 700	69 071
Summe 1933	824	308	41	640	676	297	1 356	2 716	1 037	1 200	563	187	9 845	21 746	629	94	36 860	20	687	60 036	69 881

Die Schlachtungen an Pferden betrugen 286 (1933: 247) Stück, an Hunden 40 (1933: 34) Stück.

Fleischeinfuhr von auswärts.

Die Einfuhr von Fleisch ist im Berichtsjahr erneut stark zurückgegangen. Zwar hat die Einfuhr aus dem Inland mit 483 645 (1933: 396 429) kg um 87 216 kg zugenommen, die Einfuhr aus dem Ausland ist aber um 633 294 kg gesunken.

In den Untersuchungsstellen am Schlachthofe, Hauptzollamt und städtischen Rheinhafen gelangten 901 463 (1933: 1 534 757) kg Fleisch oder Fett aus dem Ausland zur Untersuchung. Die einzelnen Sendungen bestanden aus 19 kg Schinken, 85 001 kg Speck, 13 495 kg Därme, 254 891 kg Schweineschmalz, 547 792 kg Talg und 265 kg Hühnerfett.

Fleischverbrauch.

Die Fleischmenge, welche aus den Schlachtungen im Schlachthofe hervorgegangen ist, berechnet sich nach dem durch Wiegung ermittelten Durchschnittsschlachtgewicht der Schlachttiere wie folgt:

Tiergattung	Stück	Durchschnitts-Schlachtgewicht kg	Gesamt-Schlachtgewicht kg	Tiergattung	Stück	Durchschnitts-Schlachtgewicht kg	Gesamt-Schlachtgewicht kg
Ochsen I. Schwere . . .	944	300	284 590	Kälber	22 336	52	1 168 217
„ II. „ . . .	342	238	81 569	Schweine	35 777	91	3 181 502
„ III. „ . . .	64	186	11 964	Schafe	65	25	1 618
Kühe I. „ . . .	581	291	169 548	Ziegen	39	19	711
„ II. „ . . .	913	233	212 742	Ferkel	68	9	631
„ III. „ . . .	498	186	93 113	Kitzlein	415	4	1 842
Rinder I. „ . . .	1 274	277	354 020	Pferde	286	246	70 356
„ II. „ . . .	2 695	232	626 840	Hunde	40	16	650
„ III. „ . . .	985	187	184 749	Hierzu Großvieh .	10 371		2 599 205
Farren I. „ . . .	1 246	320	398 952				
„ II. „ . . .	596	235	140 456				
„ III. „ . . .	233	174	40 662				
	10 371		2 599 205		69 397		7 024 732

Somit betrug das reine Schlachtgewicht aller geschlachteten Tiere 7 024 732 (1933: 6 663 833) kg. Einschließlich des Gewichts für Geschlinge und der vor der Wiegung entfernten Nieren und des Nierenfetts, des eingeführten Fleisches, des Fleisches aus den Haus- und Notschlachtungen in den Vororten ergab sich für den Verbrauch eine Fleischmenge von 8 352 575 (1933: 7 788 941) kg.

Bei einer mittleren Einwohnerzahl von 154 120 (mit Vororten) beläuft sich der Fleischverbrauch, abgesehen von Fischen, Wildbret und Geflügel, pro Kopf auf 54,20 (1933: 50,27) kg. Der Fleischverbrauch hat somit gegenüber dem Vorjahre um 3,93 kg pro Kopf zugenommen. Im Reichsdurchschnitt (Wirtschaft und Statistik für 1935 Nr. 5) betrug für das Jahr 1934 der durchschnittliche Fleischverbrauch 54,50 kg pro Kopf der Bevölkerung. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Fleischverbrauch je Person im Reich um 5,43 kg gesteigert. Für Karlsruhe ist hiernach die Wahrnehmung zu machen, daß der Fleischverbrauch im Vorjahr über dem Reichsdurchschnitt lag, die Steigerung des Verbrauchs im Berichtsjahr aber hinter dem Reichsdurchschnitt zurückblieb, und der Verbrauch des Jahres 1934 den Reichsdurchschnitt nicht ganz erreicht.

Freibank.

Der Umsatz auf der Freibank hat im Berichtsjahre eine Erhöhung um 6024 kg = 10,84 v. H. erfahren. Der Verkauf an Freibankfleisch betrug 61 582 (1933: 55 558) kg.

In dem mit der Freibank verbundenen Hartmann'schen Fleischdämpfer wurden 34 ganze und 51 Viertel Tiere sterilisiert und gekocht zum Verkauf gebracht.

Die Fleischpreise auf der Freibank betrugen im Durchschnitt pro kg für Ochsenfleisch 85 Rpf, Rindfleisch 89 Rpf, Kuhfleisch 55 Rpf, Farrenfleisch 77 Rpf, Kalbfleisch 81 Rpf, Schweinefleisch 102 Rpf, Hammelfleisch 70 Rpf, Ziegenfleisch 75 Rpf, Kitzchenfleisch 82 Rpf, Ferkelfleisch 80 Rpf.

Kühlhaus und maschinelle Anlagen.

Die im Kühlhaus vorhandenen Zellen waren zum größten Teil vermietet. Daneben wurden auch einzelne Haken vergeben.

Die Fleischhackerei hackte im Berichtsjahr 1 942 (1933: 1918) kg Fleisch.

In der Eisfabrik kamen 25 629 (1933: 21 610) Zentner Eis zur Herstellung.

Die beiden Dampfmaschinen mit unmittelbar gekuppelten Kohlensäurekompressoren standen zusammen 3083 (1933: 2953) Stunden in Betrieb, der durch Elektromotor angetriebene Kompressor 2374 (1933: 1827½) Stunden. Der Brennstoffverbrauch betrug 1 085 710 (1933: 982 400) kg. An Leitungswasser wurden im Schlacht- und Viehhof 105 304 (1933: 103 127) cbm benötigt. Die eigene Stromerzeugungsanlage des Schlachthofs lieferte 53 510 kWh, hierzu trat der Bezug aus dem städtischen Elektrizitätswerk mit 178 417 kWh, sodaß sich der Verbrauch auf 231 927 (1933: 194 067) kWh belief.

Verschiedenes.

Im Laufe des Berichtsjahres kamen verschiedene bauliche Unterhaltungsarbeiten und Verbesserungen der technischen Einrichtungen zur Durchführung.

Auf Grund des Tuberkulosetilgungsverfahrens mußten im Berichtsjahr 31 Stück Großvieh geschlachtet werden. Die Tiere stammten alle aus Baden.

Der Fleischgroßhandel mit frischem Fleisch hat im Berichtsjahre um 75 615 kg = 12,20 v. H. zugenommen. Der Umsatz betrug 695 396 (1933: 619 781) kg = 8,32 v. H. des Gesamtfleischverbrauchs bezw. 4,49 kg pro Kopf der Bevölkerung.

Fleischbeschau.

Ordentliche Fleischbeschau.

Von 10371 im Jahre 1934 im städtischen Schlachthof geschlachteten und der Beschau unterstellten Stück Großvieh wurden 160 Stück und 40 Viertel als nicht bankwürdig befunden und der Freibank überwiesen. Als genußuntauglich mußten 13 Stück und 5977 einzelne Organe erklärt und dem Konsum gänzlich entzogen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bei dem geschlachteten Kleinvieh erwiesen sich von 58700 im Berichtsjahr geschlachteten Tieren 388 Stück und 127 Viertel als nicht bankwürdig und kamen auf der Freibank zum Verkauf. Wegen Genußuntauglichkeit waren 17 Stück, 5053 einzelne Organe und 459 kg Fleisch dem Konsum gänzlich fernzuhalten.

Unter den geschlachteten Pferden befanden sich 7, die auf der Freibank zum Verkauf gelangten, 14 Stück, 27 einzelne Organe und 106 kg Fleisch mußten infolge Genußuntauglichkeit vernichtet werden.

Auch von dem eingeführten Fleisch mußten einzelne Stücke und Teile als nicht bankwürdig bezw. genußuntauglich erklärt werden.

Die Tuberkulosestatistik zeigt, daß von 10371 (1933: 9845) Stück geschlachtetem Rindvieh 2754 (1933: 2316) Stück = 26,55 (1933: 23,52) v. H. tuberkulös waren. Bei Großvieh hat die Stückzahl der tuberkulösen Tiere um 18,91 v. H. gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Bei den Schweinen dagegen zeigt die Tuberkulose eine Abnahme um 17,9 v. H. Von 35777 (1933: 36860) geschlachteten Schweinen waren 486 = 1,4 (1933: 1,6) v. H. an Tuberkulose erkrankt.

Mit Finnen behaftet wurden von dem geschlachteten Großvieh 30 Stück = 0,29 (1933: 0,66) v. H. ermittelt. Sämtliche 30 Tiere waren schwachfinnig und konnten nach 21tägiger Durchkühlung im Kühlhause dem freien Verkehr übergeben werden.

Trichinenschau.

Der Trichinenschau unterlagen im Berichtsjahr 35892 hier geschlachtete Schweine, 72 hier geschlachtete Ferkel und 40 hier geschlachtete Hunde, ferner das eingeführte Schweinefleisch. Bei 26 Schweinen wurden Kalkkonkremente, bei 27 Schweinen Miescher'sche Schläuche in größerer Anzahl festgestellt.

Tätigkeit des Laboratoriums.

Im Laboratorium kamen im Berichtsjahr 268 Fälle zur Untersuchung. Milzbrandverdacht konnte durch bakteriologische Untersuchung nicht bestätigt werden, dagegen war bei einer zur Untersuchung überbrachten Milz einer Kuh Milzbrand in Reinkultur festzustellen. Durch bakteriologische Untersuchung wurde bei 10 Schweinen Rotlauf ermittelt. Die bakteriologische Fleischbeschau wurde bei 119 Tieren durchgeführt. Dabei erwiesen sich 5 Rinder, 4 Kälber und 4 Schweine als untauglich zum menschlichen Genuß. Fleischvergifter-Bakterien hat man nirgends nachgewiesen. Außer den bei den bakteriologischen Fleischbeschauen vorgeschriebenen Kochproben wurden noch 49 Koch- und teilweise auch Bratproben durchgeführt. Ferner gelangten Wurst- und Fleischproben zur bakteriologischen Untersuchung.

Außerordentliche Fleischbeschau.

Im Laufe des Jahres fanden 765 (1933: 1079) Laden- und 1159 (1933: 1938) Marktkontrollen statt, wobei Fleischstücke, einzelne Organe, Wurst, Rollmöpse und Fischkonserven wegen Schmuggelns, Fäulnis bezw. weil nicht abgestempelt, beschlagnahmt wurden. Die Fleischlieferungen an das städtische Krankenhaus unterlagen einer laufenden Kontrolle.

Anläßlich von Notschlachtungen übten die Tierärzte die Fleischbeschau in den Vororten 16 mal aus. Ferner kam bei 679 Hausschlachtungen von Schweinen Trichinenschau und gleichzeitig auch die Fleischbeschau zur Durchführung. Trichinen waren nirgends nachzuweisen.

Wirtschaftliches.

Beim Schlacht- und Viehhof waren am Ende des Berichtsjahres 23 Beamte, 1 Beamtenlehrling, 2 Angestellte, 1 probeweise beschäftigter Angestellter, 38 Arbeiter, 1 nicht voll beschäftigter Arbeiter, 2 nicht voll beschäftigte Arbeiterinnen und 8 Trichinenschauerinnen tätig.

Die Gebühren für Benützung des Schlacht- und Viehhofs mußten aufgrund des Gesetzes vom 5. Mai 1933 ab 1. April 1934 einer Neufestsetzung unterzogen werden, die eine teilweise Ermäßigung bis zu 70 v. H. brachte. Die Senkung der Gebühren hatte einen Rückgang der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr zur Folge. Der Ansatz des Haushaltsplans konnte jedoch durch die stärkere Benützung des Schlacht- und Viehhofs, als erwartet worden war, übertroffen werden. Die Ein-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nahmen aus dem Betrieb (für Futter und Streu, Dung und Eis) blieben durch geringeren Absatz (Wegfall der Überständertiere infolge der Marktregelung) hinter dem Haushaltsplan zurück. Die Summe der Einnahmen übertraf den Haushaltsplan um 17212 RM.

Die persönlichen und die sachlichen Ausgaben hielten sich im Rahmen des Haushaltsplans, weisen jedoch gegenüber dem Vorjahr Erhöhungen auf. Bei den Zweckausgaben war eine Drosselung wie in den Vorjahren nicht mehr möglich. Da der Schlacht- und Viehhof keine Überschüsse für den städtischen Haushalt abwerfen darf, andererseits sich aber selbst tragen muß, wurde der Schlachthof erstmals mit der Verzinsung und Tilgung der auf ihn entfallenden Aufwertungsschuld belastet, wodurch die Steigerung des Schuldendienstes bedingt ist. Die Berechnung eines Nutzungswerts kam dagegen in Wegfall. Neben den Zuführungen zum Erneuerungsfonds ist erstmals eine Rücklage für Erweiterungsbauten aufgenommen; die Zuweisung an diese konnte von 18920 RM nach dem Haushaltsplan auf 46141 RM gesteigert werden. In den Endsummen gleichen sich Einnahmen und Ausgaben aus.

7. Märkte und Messen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 48).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
A. Märkte.					
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	88000	92946	4946	—	72885
b) Miete, Pacht, Zinsen	27960	26049	—	1911	19371
c) Sonstige Einnahmen	800	742	—	58	958
Summe der Einnahmen	116760	119737	4946	1969	93214
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	22540	20376	—	2164	17410
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	17590	11616	—	5974	5456
II. Zweckausgaben	2700	2139	—	561	12953
c) 1. a) Zinsendienst	36164	36164	—	—	23439
b) Tilgung	30736	30736	—	—	15601
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	440	440	—	—	430
2. Einmalige Ausgaben	300	289	—	11	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	16900	16900	—	—	3800
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5.6.1931 an das Konto Nr. 5913	1150	1150	—	—	3330
Summe der Ausgaben	128520	119810	—	8710	82419
Summe der Einnahmen	116760	119737	4946	1969	93214
Zuschuß	11760	73	—	11687	—
Überschuß	—	—	—	—	10795

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
B. Messen.					
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	28 000	28 618	618	—	29 463
b) Sonstige Einnahmen	800	217	—	583	255
Summe der Einnahmen	28 800	28 835	618	583	29 718
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	4 390	3 990	—	400	4 624
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	1 760	1 204	—	556	1 009
II. Zweckausgaben	3 000	2 899	—	101	2 167
c) Nutzungswert des Meßplatzes und des Meßbudenmagazins	7 460	7 460	—	—	7 350
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 780	1 780	—	—	1 780
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 an das Konto Nr. 5913	1 000	1 000	—	—	1 050
Summe der Ausgaben	19 390	18 333	—	1 057	17 980
Summe der Einnahmen	28 800	28 835	618	583	29 718
Überschuß	9 410	10 502	1 092	—	11 738
Zusammenstellung.					
Einnahmen.					
A. Märkte	116 760	119 737	4 946	1 969	93 214
B. Messen	28 800	28 835	618	583	29 718
Summe der Einnahmen	145 560	148 572	5 564	2 552	122 932
Ausgaben.					
A. Märkte	128 520	119 810	—	8 710	82 419
B. Messen	19 390	18 333	—	1 057	17 980
Summe der Ausgaben	147 910	138 143	—	9 767	100 399
Summe der Einnahmen	145 560	148 572	5 564	2 552	122 932
Zuschuß	2 350	—	—	—	—
Überschuß	—	10 429	12 779	—	22 533

A. Märkte.

Als bedeutungsvollstes Ereignis des Berichtsjahres ist die Inbetriebnahme der neuerbauten Markthalle zu verzeichnen. In feierlicher Weise wurde sie am Sonntag, den 21. Oktober 1934, ihrer Bestimmung übergeben. Die Durchführung des Festprogramms lag in den Händen der Landesbauernschaft Baden. Als Vertreter der Stadt übergab Bürgermeister Dr. Fribolin die neue Halle ihrer Bestimmung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Markthalle von Westen aus gesehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der erste Wochenmarkt in der Markthalle fand am 25. Oktober 1934 statt. Es erhielten dort Plätze und Stände zugewiesen: 20 ständige Großhändler und Vermittler, davon ermieteten 14 Lagerräume verschiedener Größe, 30 unständige Großhändler (Saisonhändler), 334 Gemüseerzeuger und Blumengärtner, 164 Obst-, Gemüse- und Blumenhändler, 26 Eier-, Butter- und Käsehändler, 31 Fische-, Wild- und Geflügelhändler, 30 Metzger- und Wurstverkäufer, zusammen 635 Händler.

Mit der Eröffnung der Halle wurde der offene Markt am alten Bahnhof längs der Kriegsstraße und der in der Nähe der Markthalle liegende Werder-Platz-Markt ganz aufgehoben. Der bisher an 3 Tagen der Woche abgehaltene Markt auf dem Ludwigsplatz blieb bestehen, erfuhr aber dadurch eine Einschränkung, daß dort Großmarkt sowie der Kleinverkauf von Fleisch, Wurst, Fischen, Wild und Geflügel nicht mehr stattfindet. Diese Händler wurden auf die Sondereinrichtungen der Markthalle verwiesen. Dadurch war es möglich, den Markt auf den kleineren Teil, den Stephansplatz, zu beschränken. Der Weststadtmarkt auf dem Gutenbergplatz und der Oststadtmarkt auf dem Hermann Göring-Platz blieben bestehen.

Eine Veränderung des Verkehrs auf den Wochenmärkten gegenüber dem vorhergehenden Berichtsjahr konnte nicht festgestellt werden. Die Anlieferung der Produkte zum Groß- und Kleinmarkt war infolge der günstigen Witterungsverhältnisse des Frühjahres sehr gut. Besonders zu erwähnen sind u. a.: Frühgemüse, Spargeln, Kirschen, Pfirsische, überhaupt Kernobst, später auch Tafel- und Weintrauben. Seit Jahren war die Kirschen- und Pfirsischernte nicht mehr derart reichlich und gut, wie in diesem Jahr, und dementsprechend waren auch die Preise recht niedrig, zwischen 5—18 *Rpf* für ein Pfund Pfirsische. Im Hochsommer, namentlich im Juli und August, ließ wegen der trockenen Witterung die Anlieferung nach, sie genügte aber der Nachfrage. Im Spätsommer und Herbst war die Beschickung wieder reichlich. Der zeitweise besonders niedrige Wasserstand brachte mit sich, daß lebende Flußfische nur wenig angeboten wurden, reichlich hingegen war die Zufuhr von Seefischen. Der Absatz der meisten auf dem Markt feilgebotenen Lebensmittel war mit wenigen Ausnahmen schleppend. Die Zahl der die Märkte besuchenden Groß- und Kleinhändler sowie der Erzeuger hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

Zur Ausübung des Straßenhandels waren sowohl Plätze für Verkaufshäuschen, als auch zum Aufstellen von Verkaufsständen oder Verkaufswagen vermietet. Es standen von den Verkaufshäuschen 22 auf stadteigenem Gelände, auf nicht stadteigenem 13. Von den offenen Verkaufsständen bezw. Verkaufswagen waren vermietet: Für den Verkauf von Obst und Südfrüchten 14, für Blumen 3, für Brezeln 4, für Speiseeis 28, für geröstete Maroni 5, für den Verkauf von Zeitungen 4 Plätze. Wie hergebracht fand in der Zeit vom 29. Oktober bis 2. November vor dem Hauptfriedhof in der Karl-Wilhelm Straße und vor dem Mühlburger Friedhof ein Kranz- und Blumenverkauf statt; auch wurden vom 15. bis 24. Dezember 5 städtische Plätze zum Verkauf von Christbäumen (neben dem Verkauf auf den Märkten) an Händler vermietet.

Für die Märkte waren im Berichtsjahr 2 Beamte, 4 Arbeiter, 1 unständig beschäftigter Arbeiter und 2 Arbeiterinnen tätig.

Mit der Inbetriebnahme der Markthalle trat gleichzeitig eine Neuregelung der Marktgebühren in Kraft, die für die Benützung der Halle eine Erhöhung brachte. Der im Haushaltsplan eingesetzte gesteigerte Gebührenbetrag konnte nicht nur erreicht werden, sondern es ergab sich noch eine Mehreinnahme von 4946 *RM*, gegenüber dem Vorjahr um 20061 *RM*. Auch die Eingänge aus Miete und Pacht weisen gegenüber dem Vorjahr infolge der Vermietung von Lagerräumen in der Markthalle eine Steigerung auf.

Die persönlichen Ausgaben, die Verwaltungsausgaben und der Aufwand für Verzinsung und Tilgung brachten im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der neuen Markthalle eine beachtliche Mehrbelastung, sodaß der haushaltsplanmäßige Überschuß des Vorjahres mit 6020 *RM* sich in einen Fehlbetrag von 11760 *RM* verwandelte. Die bei den Einnahmen tatsächlich erzielten höheren Erlöse sowie Einsparungen an den Ausgaben ließen aber den Zuschuß auf 73 *RM* beschränken.

B. Messen.

Die üblichen zwei Karlsruher Messen fanden vom 2. bis 11. Juni (Frühjahrsmesse) und vom 3. bis 12. November (Herbstmesse) statt. Der Besuch, sowohl durch die Schausteller und Händler, als auch durch die Einwohnerschaft war bei der günstigen Witterung gut, allerdings machte sich bei den schaulustigen Besuchern die Geldknappheit bemerkbar.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Kirchweihen in den Stadtteilen Mühlburg und Rintheim wurden am 8. September, in Daxlanden am 14. Oktober abgehalten. Außerdem überließ man die Festplätze in den Vororten verschiedenen Vereinen zu Veranstaltungen. Zu erwähnen bleibt noch ein gut besuchtes Gastspiel des Zirkus Busch vom 13. bis 17. August 1934 auf dem Meßplatz.

Einnahmen und Ausgaben der Messen hielten sich im Rahmen des Haushaltsplans und des Ergebnisses des Vorjahres.

IX. Finanzwesen.

1. Verwaltung des Kapitalvermögens.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 49).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Zinsen aus Kapitalforderungen	15 200	17 092	1 892	—	99 914
b) Nutzungswerte	3 295 660	3 295 660	—	—	3 433 090
c) Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Summe der Einnahmen	3 310 860	3 312 752	1 892	—	3 533 004
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	—	—	—	—	—
b) Sachlich	8 000	8 442	442	—	8 849
3. Verwaltungskostenbeiträge	11 000	11 000	—	—	11 000
Summe der Ausgaben	19 000	19 442	442	—	19 849
Summe der Einnahmen	3 310 860	3 312 752	1 892	—	3 533 004
Überschuß	3 291 860	3 293 310	1 450	—	3 513 155

Die Zinseinnahmen aus Kapitalforderungen gingen im Berichtsjahr wesentlich zurück, da die bis Ende 1933 in der Stadthauptkasse-Rechnung nachgewiesenen Aufwertungsguthaben aller Art sowie die Restkaufpreise aus der Veräußerung städtischer Liegenschaften in die Fondskasse übernommen wurden.

Die städtischen Ämter, Schulen und Betriebe werden hinsichtlich ihrer Grundstücke oder ihres Anlagevermögens mit einem Nutzungswert belastet, der 4 v. H. des Steuerwerts nach dem Stadtlagerbuch oder des Anlagewerts ausmacht. Der Vermögenswert der in Frage kommenden Ämter betrug im Berichtsjahr 131 242 878 (1933: 131 103 902) RM. Die Verminderung im Nutzungswert beruht auf dem Wegfall des Schlacht- und Viehhofs für die Berechnung aufgrund gesetzlicher Anordnung und des Stadtwaldes, dessen Wert vollständig durch die auf ihm ruhenden Waldlasten aufgezehrt wird.

Der Rückgang in den Einnahmen aus der Verwaltung des Kapitalvermögens erklärt sich aus den verringerten Zinsen und dem ermäßigten Nutzungswert. An den Ausgaben trat keine nennenswerte Änderung ein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

2. Verwaltung des allgemeinen Grundvermögens.

A. Privatwirtschaftlich verwendete Gebäude.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 50).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	506 960	517 886	10 926	—	515 611
b) Sonstige Einnahmen	500	924	424	—	497
4. Durchlaufende Einnahmen	14 380	11 317	—	3 063	4 832
Summe der Einnahmen	521 840	530 127	11 350	3063	520 940
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	4 000	2 909	—	1 091	3 508
b) Sachlich	155 060	157 201	2 141	—	186 225
c) 1. a) Zinsendienst	11 320	11 320	—	—	8 830
b) Tilgung	25 540	25 540	—	—	22 100
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	314 430	314 430	—	—	308 260
2. Einmalige Ausgaben	4 140	4 122	—	18	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	38 090	38 090	—	—	37 370
4. Durchlaufende Ausgaben	14 380	11 317	—	3 063	4 832
Summe der Ausgaben	566 960	564 929	2 141	4 172	571 125
Summe der Einnahmen	521 840	530 127	11 350	3 063	520 940
Zuschuß	45 120	34 802	—	10 318	50 185

Die privatwirtschaftlich verwendeten Gemeindegebäude im Eigentum der Stadt umfaßten am Ende des Berichtsjahres eine Fläche von 18 ha 10 a 72 qm. Davon entfielen auf Hofreiten 12 ha 62 a 46 qm, auf Gärten 2 ha 17 a 08 qm, auf Bauplätze 1 ha 97 a 72 qm und auf Ackerland 59 a 55 qm. Ferner besaß die Stadt das Erbbaurecht an einer Fläche von 1 ha 64 a 93 qm, von der 79 a Hofreiten und 85 a 93 qm Gärten waren. Die Gebäudeversicherungssumme des gesamten Besitztums an privatwirtschaftlich verwendeten Gebäuden belief sich auf 7 723 063 RM, der volle Gebäudewert auf 8 472 308 RM, der angenommene Steuerwert auf 10 127 482 RM.

Die eingehenden Mietzinsen hielten sich auf der Höhe des Vorjahres, desgleichen die persönlichen und sachlichen Ausgaben mit der Ausnahme, daß der Beitrag zur Förderung des Wohnungsbaus mit 37 700 RM im Berichtsjahr in Wegfall kam. Beim Schuldendienst zeigte sich eine Erhöhung infolge der im Rahmen der Arbeitsbeschaffung vorgenommenen Instandsetzungsarbeiten, der Nutzungswert stieg ebenfalls an. Die durchlaufenden Einnahmen und Ausgaben, die die Randsiedlung betreffen, haben sich entsprechend dem Fortschreiten in der Fertigstellung ebenfalls vermehrt, gleichen sich aber aus. Die Wohnungsmieten betrugen hierbei für die Siedlungshäuschen des I. Bauabschnitts monatlich 9 RM, für die des II. und III. Bauabschnitts, die auf 1. Oktober 1934 bezogen wurden, 3 RM monatlich, doch ist für alle eine allmähliche Steigerung auf 14,50—16,50 RM monatlich einschließlich einer Rate auf den Übernahmepreis zu erwarten. Im Zuschußbedarf trat im Vergleich zum Vorjahr eine Verminderung um 15 383 RM ein, hinter dem Haushaltsplan bleibt er um 10 318 RM zurück.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

B. Festhalle.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 51).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	10 350	12 207	1 857	—	9 644
b) Miete, Pacht, Zinsen	22 480	24 336	1 856	—	23 615
c) Einnahmen aus dem Betriebe	12 910	11 876	—	1 034	12 231
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 270	2 270	—	—	2 270
Summe der Einnahmen	48 010	50 689	3 713	1 034	47 760
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	10 540	10 032	—	508	9 766
b) Sachlich	31 530	28 387	—	3 143	25 042
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	44 090	44 090	—	—	42 670
3. Verwaltungskostenbeiträge	4 800	4 800	—	—	5 600
Summe der Ausgaben	90 960	87 309	—	3 651	83 078
Summe der Einnahmen	48 010	50 689	3 713	1 034	47 760
Zuschuß	42 950	36 620	—	6 330	35 318

Die Festhalle, die eine Fläche von 48 a 60 qm umfaßt, fand im Berichtsjahr Benützung zu 99 (1933: 88) Veranstaltungen im großen, 42 (1933: 42) im kleinen und 17 (1933: 27) im großen und kleinen Saal, zusammen zu 158 (1933: 157) Veranstaltungen. Die Besucherzahl belief sich auf 202 710 (1933: 167 265) Personen im großen Saal, 12 880 (1933: 14 530) Personen im kleinen Saal, 38 250 (1933: 55 465) Personen im großen und kleinen Saal, insgesamt auf 253 840 (1933: 237 260). Die Zahl der Veranstaltungen in der Festhalle ist gegenüber dem Vorjahr kaum gestiegen, doch waren diese im Durchschnitt besser besucht.

Die Einnahmen haben sich im Berichtsjahr etwas gesteigert. Geringe Erhöhungen traten aber auch bei den Ausgaben auf, die sich jedoch innerhalb der Ermächtigung des Haushaltsplans bewegten. Im Zuschuß ist ebenfalls eine bescheidene Vermehrung zu verzeichnen, doch wurde der im Haushaltsplan vorgesehene Betrag nicht in voller Höhe benötigt.

C. Konzerthaus.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 52).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	6 500	4 700	—	1 800	3 732
b) Miete, Pacht, Zinsen	9 780	6 157	—	3 623	11 017
c) Einnahmen aus dem Betriebe	11 030	3 129	—	7 901	9 014
d) Sonstige Einnahmen	140	870	730	—	347
Summe der Einnahmen	27 450	14 856	730	13 324	24 110

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 280	1 434	—	846	1 289
b) Sachlich	18 770	23 723	4 953	—	14 382
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	49 700	49 700	—	—	49 700
3. Verwaltungskostenbeiträge	6 860	5 770	—	1 090	7 310
Summe der Ausgaben	77 610	80 627	4 953	1 936	72 681
Summe der Einnahmen	27 450	14 856	730	13 324	24 110
Zuschuß	50 160	65 771	15 611	—	48 571

Im Konzerthaus fanden im Berichtsjahr 401 (1933: 809) Veranstaltungen mit einem Besuch von 97 816 (1933: 214 814) Personen statt. Das Badische Staatstheater gab 51 (1933: 57) Vorstellungen der Sommeroperette, die Filmvorführungen der Badischen Lichtspiele gingen wegen Schließung des Unternehmens mit dem 15. Mai 1934 auf 285 (1933: 734) zurück, sonstige Veranstaltungen wurden 65 (1933: 18) abgehalten. Die bedeutende Verminderung in der Benützung des Konzerthauses hat ihre Ursache in dem Wegfall der regelmäßigen Aufführungen der Badischen Lichtspiele; ein neuer ständiger Mieter konnte bis zum Ende des Berichtsjahres nicht gefunden werden. Als Folge des geringeren Besuchs des Konzerthauses sind auch die Einnahmen zurückgegangen. Bei den sachlichen Ausgaben ist infolge der abgängigen Verrechnung einer großen rückständigen Mietforderung eine Überschreitung festzustellen. Verminderte Einnahmen aber erhöhte Ausgaben führten zu einer Vermehrung des Zuschusses gegenüber Vorjahr und Haushaltsplan um 17 200 bezw. 15 611 RM.

D. Ausstellungshalle.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 53).

Einnahmen.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete	10 100	27 190	17 090	—	19 188
b) Einnahmen aus dem Betriebe	8 050	4 605	—	3 445	7 708
c) Sonstige Einnahmen	60	146	86	—	168
Summe der Einnahmen	18 210	31 941	17 176	3 445	27 064
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	200	187	—	13	—
b) Sachlich	12 650	11 489	—	1 161	8 786
c) 1. b) Tilgung	2 000	2 000	—	—	—
2. Nutzungswert des Gebäudes	53 180	53 180	—	—	53 180
3. Verwaltungskostenbeiträge	4 260	4 260	—	—	4 860
Summe der Ausgaben	72 290	71 116	—	1 174	66 826
Summe der Einnahmen	18 210	31 941	17 176	3 445	27 064
Zuschuß	54 080	39 175	—	14 905	39 762

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Ausstellungshalle diente im Berichtsjahr zu 4 (1933: 3) Ausstellungen, nämlich der Schlageter-Gedächtnis-Ausstellung in Verbindung mit einer Sonderschau des Reichsluftschutzbundes in der Zeit vom 27. Mai bis 30. Juni 1934 mit 3000 Besuchern, der Nationalsozialistischen Grenzlandwerbemesse — Braunen Messe —, veranstaltet vom Institut für Deutsche Wirtschaftspropaganda, vom 25. August bis 15. September 1934 mit 40000 Besuchern, der großen Luftschutzausstellung, veranstaltet vom Reichsluftschutzbund während der Zeit vom 1. bis 18. November 1934 mit 40000 Besuchern, der Kunstausstellung: „Das gute Bild im deutschen Heim", veranstaltet von der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude", in der Zeit vom 16. Dezember 1934 bis 6. Januar 1935 mit 6600 Besuchern. Insgesamt suchten 89600 (1933: 298000) Personen die Ausstellungshalle auf.

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr und Haushaltsplan gestiegen, desgleichen auch die sachlichen Ausgaben. Der Zuschuß hielt sich in der Höhe des Vorjahres und zeigt gegenüber dem Haushaltsplan eine Verminderung um 14905 RM.

E. Grundstücksverwaltung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 54).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	100	330	230	—	294
b) Miete, Pacht, Zinsen	106220	109028	2808	—	109132
c) Einnahmen aus dem Betriebe	5800	11332	5532	—	6777
d) Sonstige Einnahmen	10950	15190	4240	—	10526
Summe der Einnahmen	123070	135880	12810	—	126729
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	4580	4348	—	232	5749
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	4580	4543	—	37	13281
II. Zweckausgaben	166720	160385	—	6335	155562
c) 1. a) Zinsendienst	82990	82990	—	—	91206
b) Tilgung	71150	71150	—	—	63464
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	248790	248790	—	—	254200
2. Einmalige Ausgaben	2020	2034	14	—	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	16610	16610	—	—	17850
Summe der Ausgaben	597440	590850	14	6604	601312
Summe der Einnahmen	123070	135880	12810	—	126729
Zuschuß	474370	454970	—	19400	474583

Unter der Grundstücksverwaltung sind die Pachtgüter im Ausmaße von 140 ha 84 a 38 qm und einem angenommenen Steuerwert von 892353 RM, die Pachtgrundstücke mit einer Fläche von 656 ha 56 a 13 qm und einem angenommenen Steuerwert von 3189130 RM, die Spiel- und Sportplätze im Umfange von 49 ha 26 a 22 qm mit einem angenommenen Steuerwert von 437388 RM, das Baugelände mit 45 ha 59 a 03 qm und und einem angenommenen Steuerwert von 3436711 RM, die Erbbaurechte (städtische Grundstücke, an denen Dritten das Erbbaurecht überlassen ist) mit 9 ha 40 a 48 qm und einem angenommenen Steuerwert von 753284 RM, die Stadtrandsiedlung mit 29 ha 47 a 72 qm und einem angenommenen Steuerwert von 319909 RM und die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ertraglosen Grundstücke mit 99 ha 50 a 19 qm mit einem angenommenen Steuerwert von 86 670 RM zusammengefaßt. Der gesamte angenommene Steuerwert der angeführten Grundstücke ergibt 9 115 445 RM. Ferner erscheinen hier die Einnahmen aus der Verpachtung der Fischwasser. An verpachteten Fischwassern waren vorhanden: Die Alb in 4 Losen, das große Loch mit Federbachabzugsgraben südlich des Rheinhafens, das Inselwasser, der alte Federbach, verschiedene Baggerseen, das Großgrundwasser (Grunnenwasser), der Altrhein nördlich des Stichkanals, der Mittelbruch- und Floßgraben. Scheidgraben, Malscher Landgraben und Petergraben sind nicht verpachtet.

Die Pachteinnahmen der Stadt hielten sich im Berichtsjahr in Höhe des Vorjahres. Bei den Einnahmen aus dem Betriebe zeigte sich infolge eines höheren Erlöses aus den nicht verpachteten Wiesen und eines reichlicheren Obstertrages eine Steigerung. Der Obstbaumbestand der Stadt zählte 6380 Bäume.

Unter den Zweckausgaben sind 112 656 RM inbegriffen für Ablösung des Bürgernutzens in den eingemeindeten Vororten. Die Nutzungswerte erfuhren eine Verringerung infolge Verkaufs von Grundstücken. Durch die Ermäßigung der Ausgaben bei erhöhten Einnahmen war eine Verminderung des Zuschusses gegenüber dem Vorjahr und dem Haushaltsplan möglich.

F. Verwaltung des Industriegeländes (mit Industriebauten) und der Lagerplätze.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 55).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Mietzinse	44 370	48 814	4 444	—	49 900
b) Erbbauzinse	1 000	1 019	19	—	1 019
c) Ersatz der öffentlichen Lasten durch Mieter und Erbbauberechtigte	1 080	1 086	6	—	1 070
d) Ersatz von Mehrausgaben	108 200	100 036	—	8 164	118 141
Summe der Einnahmen	154 650	150 955	4 469	8 164	170 130
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	—	—	—	—	—
b) Sachlich	21 930	18 235	—	3 695	14 610
c) 1. a) Zinsendienst	50 480	50 480	—	—	69 990
b) Tilgung	32 740	32 740	—	—	36 130
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	43 500	43 500	—	—	43 400
3. Verwaltungskostenbeiträge	6 000	6 000	—	—	6 000
Summe der Ausgaben	154 650	150 955	—	3 695	170 130
Summe der Einnahmen	154 650	150 955	4 469	8 164	170 130
Überschuß	—	—	—	—	—

Das städtische Industriegelände umfaßte eine Fläche von 17 ha 08 a 25 qm. Davon sind 2 ha 27 a 72 qm Hofreite, 12 ha 73 a 26 qm Lagerplätze, 2 ha 01 a 42 qm Eisenbahnen, 5 a 85 qm Straßen und Wege. Der Feuerversicherungswert der auf dem Industriegelände errichteten Bauten beträgt 1 467 800 RM, der volle Gebäudewert 1 613 572 RM, der angenommene Steuerwert 2 688 892 RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Mieteinnahmen aus dem Industriegelände kommen denen des Vorjahres gleich. Infolge des durch fortschreitende Tilgung verminderten Schuldendienstes ermäßigten sich gegenüber dem Vorjahr die Mehrausgaben (die im Einzelhaushaltsplan Nr. 3 verausgabt werden) um 18 105 RM.

G. Stadtwald.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 56).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	860	892	32	—	868
b) Miete, Pacht, Zinsen	800	853	53	—	1 348
c) Einnahmen aus dem Betriebe	47 000	58 705	11 705	—	47 637
d) Sonstige Einnahmen	100	23	—	77	31
Summe der Einnahmen	48 760	60 473	11 790	77	49 884
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	28 760	29 463	703	—	29 164
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	990	861	—	129	773
II. Zweckausgaben	36 710	35 982	—	728	34 346
c) Nutzungswert der Waldungen	—	—	—	—	720
2. Einmalige Ausgaben	4 000	1 553	—	2 447	4 499
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 510	1 510	—	—	1 510
Summe der Ausgaben	71 970	69 369	703	3 304	71 012
Summe der Einnahmen	48 760	60 473	11 790	77	49 884
Zuschuß	23 210	8 896	-	14 314	21 128

Die Waldungen der Stadt nehmen eine Fläche von 639 ha 26 a 71 qm ein. Sie bilden kein zusammenhängendes Ganzes, sondern liegen verstreut an verschiedenen Stellen der Gemarkung. Ihr angenommener Steuerwert beträgt 706 921 RM. Geschlagen wurden im Berichtsjahr 3682 (1933: 3194) fm Holz. Davon waren 1217 fm Nutzholz, 2000 fm Brennderbholz, 465 fm Brennreisholz. Die gesteigerte Menge des geschlagenen Holzes hatte eine Erhöhung der Einnahmen zur Folge. An dem Durchschnittserlös je fm mit 29,57 RM für Nutzholz und 9,97 RM für Brennderbholz trat gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerte Verschiebung ein.

Die Waldhut wird von 3 Forstbetriebsbeamten besorgt. Die persönlichen Ausgaben entsprechen denen des Vorjahres. Gegenüber dem Haushaltsplan trat eine geringe Überschreitung ein. Die Zweckausgaben enthalten 24 371 RM Ablösungsrenten für die Bürgerholznutzungen der eingemeindeten Vororte. Ein Nutzungswert kam im Berichtsjahr nicht mehr zum Ansatz. Durch die gesteigerten Einnahmen und verminderten Ausgaben ließ sich der Zuschuß ermäßigen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Schuldenverwaltung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 57).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Verzinsung und Tilgung der seit 1924 zur Verfügung gestellten Anlehensmittel:					
1. Betriebe und Ämter:					
a) Verzinsung	1 089 565	1 083 775	—	5 790	1 153 771
b) Tilgung	1 225 725	1 225 725	—	—	1 126 799
2. Wohnungsbau:					
a) Verzinsung	460 500	460 500	—	—	519 750
b) Tilgung	115 750	—	—	115 750	112 660
b) Verzinsung und Tilgung besonderer Aufwendungen	2 000	2 000	—	—	2 580
c) Ersatz der Schuldzinsen für den Erwerb des Ostteils der Gottesauer Kaserne durch die beteiligten Ämter	11 600	11 600	—	—	13 590
d) Verzinsung und Tilgung der auf den Schlacht- und Viehhof entfallenden Aufwertungsschuld	30 800	30 800	—	—	—
e) Sonstige Einnahmen	—	183	183	—	33
Summe der Einnahmen	2 935 940	2 814 583	183	121 540	2 929 183
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Zinsen für Kapitalschulden	1 994 790	1 928 152	—	66 638	2 075 836
b) Schuldentilgung	1 341 470	1 356 318	14 848	—	1 147 710
c) Sonstige Ausgaben	2 000	2 010	10	—	2 129
d) Rücklage für außerordentliche Aufwendungen	—	66 638	66 638	—	211 234
3. Verwaltungskostenbeiträge	17 000	17 000	—	—	17 000
Summe der Ausgaben	3 355 260	3 370 118	81 496	66 638	3 453 909
Summe der Einnahmen	2 935 940	2 814 583	183	121 540	2 929 183
Zuschuß	419 320	555 535	136 215	—	524 726

Unter der Schuldenverwaltung kommen die Aufwendungen der Stadt für Verzinsung und Tilgung ihrer Passivkapitalien sowie die Ersatzleistungen der einzelnen Betriebe und Ämter für die von ihnen verwendeten Mittel zur Darstellung. Während aber auf der Ausgabenseite die gesamten Beträge für Verzinsung und Tilgung einschließlich der Aufwertungs- und Valutaschulden (mit Ausnahme der eigenen Kapitalaufnahme des Wohnungsbaues) erscheinen, werden im Schuldendienstplan nur die seit 1924 für Zwecke der einzelnen Betriebe und Ämter verwendeten Anlehens- und Vermögensmittel umgelegt. Allein der Schlacht- und Viehhof, der aufgrund gesetzlicher Bestimmung nicht mehr mit einem Nutzungswert belastet werden darf, verzinst und tilgt die auf ihn entfallende Aufwertungsschuld. Nach dem Schuldendienstplan kamen für 1934 die Zinsen und Tilgung für ein Restkapital von 15 795 731 (1933: 16 456 008) RM Anlehensmittel und 253 200 (1933: 195 400) RM Vermögensmittel zur Berechnung (die Tilgung der Vermögensmittel mit 46 200 (1933: 42 200) RM fließt unmittelbar in die Vermögensrechnung). Im Durchschnitt betrug die Zinsbelastung der Ämter und Betriebe für die aufgenommenen Anlehensmittel 6,9 (1933: 7) v. H.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Stand der Kapitalschulden der Stadthauptkasse hat sich im Berichtsjahr von 56 042 495 RM auf 54 600 494 RM = um 1 442 001 RM vermindert. Von der Restschuld betreffen 10 327 754 (1933: 11 108 841) RM den Wohnungsbau (für den die Zinsen unmittelbar im Einzelhaushaltsplan Nr. 29 ausgewiesen sind), während für die restlichen 44 272 740 (1933: 44 933 654) RM hier die Zinsen mit 1 928 152 (1933: 2 075 836) RM in Ausgabe erscheinen. Es ergab sich somit ein Durchschnittszinssatz von 4,35 (1933: 4,62) v. H. Für die Tilgung der genannten Schuldkapitalien kamen 1 356 318 (1933: 1 147 710) RM = 3 (1933: 2,4) v. H. an die Schuldenrechnung zur Abführung und zur ordentlichen Tilgung. Der Rücklage für außerordentliche Aufwendungen wurden außerplanmäßig 66 638 RM zugewiesen.

Infolge der Unmöglichkeit des Wohnungsbaues, für die ihm aus den allgemeinen Kapitalaufnahmen der Stadt zur Verfügung gestellten Mittel die vorgesehene Tilgung mit 115 750 RM aufzubringen, blieben die Einnahmen hinter dem Haushaltsplan zurück, und der Zuschußbedarf steigerte sich gegenüber dem Haushaltsplan um 136 215 RM.

4. Steuern.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 58).

Einnahmen.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
A. Anteile an Reichs- und Landessteuern und Zuschläge zu solchen.					
1. Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer:					
a) Reichsüberweisung	1 880 000	2 205 504	325 504	—	1 884 609
b) Körperschaftsteuer der Versorgungsbetriebe	—	694 000	694 000	—	—
2. Gebäudesondersteuer:					
a) Zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zur Verfügung stehender Aufkommensanteil	1 564 420	1 523 695	—	40 725	1 107 537
b) Zugang aus früheren Jahren	1 000	1 546	546	—	7 826
c) Anteil aus der Ablösung	—	—	—	—	142 800
3. Grunderwerbsteuer	150 000	246 714	96 714	—	137 212
4. Hundesteuer	61 500	55 211	—	6 289	60 788
5. Wandergewerbesteuer	4 000	5 349	1 349	—	4 544
B. Gemeindesteuern.					
1. Grund- und Gewerbesteuer:					
a) Nach der Gemeindesteuerliste	3 122 770	3 207 901	85 131	—	3 116 878
b) Zugänge	100 000	156 522	56 522	—	115 554
c) Durch Verausgabung	25 700	25 700	—	—	26 400
2. Zuwachssteuer	30 000	33 156	3 156	—	32 503
3. Biersteuer	600 000	625 595	25 595	—	589 849
4. Getränkesteuer	190 000	197 370	7 370	—	194 400
5. Vergnügungssteuer	120 000	139 608	19 608	—	133 773
6. Bürgersteuer	1 340 000	1 604 092	264 092	—	1 666 206
C. Sonstige Einnahmen.					
1. Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	84 880	80 507	—	4 373	78 802
2. Verschiedenes	230 500	239 491	8 991	—	127 434
4. Durchlaufende Einnahmen:					
a) Aus der Gebäudesondersteuer	2 838 350	2 992 394	154 044	—	3 438 945
b) Aus der Hundesteuer	28 500	25 584	—	2 916	28 191
Summe der Einnahmen	12 371 620	14 059 939	1 742 622	54 303	12894251

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	176 860	182 377	5 517	—	179 357
b) Sachlich	38 630	27 087	—	11 543	23 467
2. Einmalige Ausgaben	—	495	495	—	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	155 400	155 400	—	—	155 400
4. Durchlaufende Ausgaben:					
a) Aus der Gebäudesondersteuer	2 838 350	2 992 394	154 044	—	3 438 945
b) Aus der Hundesteuer	28 500	25 584	—	2 916	28 191
Summe der Ausgaben	3 237 740	3 383 337	160 056	14 459	3 825 360
Summe der Einnahmen	12 371 620	14 059 939	1 742 622	54 303	12894251
Überschuß	9 133 880	10 676 602	1 542 722	—	9068 891

A. Anteile an Reichs- und Landessteuern und Zuschläge zu solchen.

Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer.

Die günstigen Auswirkungen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reichs führten zu einer beträchtlichen Steigerung der Steuereinnahmen. An Lohnsteuer gingen im Wirtschaftsjahr 1934 899 405 000 (1933: 730 091 000) RM, an Kapitalertragsteuer 46 270 000 (1933: 42 831 000) RM, an veranlagter Einkommensteuer 774 774 000 (1933: 524 880 000) RM, zusammen an Einkommensteuer 1 720 449 000 (1933: 1 297 802 000) RM ein. Die Körperschaftsteuer erbrachte 319 518 000 (1933: 209 982 000) RM, die Umsatzsteuer 1 872 532 000 (1933: 1 516 227 000) RM. Insgesamt lieferten die drei großen Reichsüberweisungssteuern einen Ertrag von 3 912 499 000 (1933: 3 024 011 000) RM. Das Steueraufkommen ist bei der Einkommensteuer um 32,6 v. H., bei der Körperschaftsteuer um 52,2 v. H., bei der Umsatzsteuer um 23,5 v. H., bei den drei genannten Steuern zusammen um 29,4 v. H. gestiegen.

An das Land Baden kamen im Berichtsjahr aus der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer 65 363 754 (1933: 49 848 478) RM zur Überweisung. Die Eingänge aus den Reichsüberweisungen haben sich somit gegenüber dem Vorjahr um 31,1 v. H. erhöht. Die Ausschüttungen an die Stadt Karlsruhe beliefen sich auf 2 205 504 (1933: 1 884 609) RM; sie brachten im Berichtsjahr nur eine Verbesserung um 320 895 RM = 17 v. H.

Erstmals erscheint hier die Körperschaftsteuer der stadteigenen Versorgungsbetriebe mit 694 000 RM aufgrund der Bestimmungen des Körperschaft- und Steueranpassungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 in Einnahme. Da die Beträge bei den Betrieben verausgabt sind, bedeuten sie keine Verbesserung im städtischen Haushalt.

Gebäudesondersteuer.

Im Wirtschaftsjahr 1934 traten in den Bestimmungen des Gebäudesondersteuergesetzes keine Änderungen ein. Der allgemeinen Gebäudesondersteuer unterlagen im Wirtschaftsjahr 1934 in hiesiger Stadt 6822 (1933: 6835) Gebäude mit einem Gesamtsteuerwert von 378 365 500 (1933: 378 450 000) RM und einem Steuersoll von 6 299 626,35 (1933: 6 308 147,04) RM. Von dieser Steuerschuld entfielen nach Abzug der gewährten Ermäßigungen und Erstattungen von zusammen 1 288 919,17 RM (1933: 1 274 712,12 + 190,08 RM für Ablösungen) und nach Abzug von zusammen 5 v. H. Fürsorgeanteil für die Bewilligung von Mietunterstützungen mit 250 535,35 (1933: 220 543,42) RM auf das Land 2 237 280,76 (1933: 2 247 650,50) RM und auf die Stadt 2 522 891,07 (1933: 2 565 050,92) RM. Von dem Anteil der Stadt waren für die Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens 504 578,21 (1933: 469 371,04) RM an das Land abzuführen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(1933: außerdem 501 380 RM für die Umschuldung kurzfristiger Verpflichtungen zu verwenden). Nach Abzug weiterer 394 618 (1933: 386 762,84) RM, um die das laufende Gebäudesondersteueraufkommen für Nachlässe früherer Jahre zu kürzen war, und weiterer 100 000 (1933: 100 000) RM, die als sich noch weiter ergebende Ausfälle zu betrachten sind, verblieben zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs 1 523 694,86 (1933: 1 107 537,04) RM. Von diesem Betrag gingen 1 020 636,03 (1933: 484 473,66) RM ein, während sich 503 058,83 (1933: 623 063,38) RM am Ende des Berichtsjahres im Rückstand befanden.

Aufgrund der Vorschriften des Gebäudesondersteuergesetzes mußten im Wirtschaftsjahr 1934 für das laufende Rechnungsjahr 3199 (1933: 3139) Steuerpflichtigen Ermäßigungen an Gebäudesondersteuer aus Rechtsgründen im Betrage von 1 203 959,60 (1933: 1 185 473,85) RM und 733 (1933: 844) Steuerpflichtigen Steuernachlässe aus Billigkeitsgründen im Betrage von 84 959,57 (1933: 89 238,27) RM zugestanden werden.

Nachveranlagt für frühere Jahre wurde im Berichtsjahr ein Steuerbetrag von 1545,92 (1933: 11 221,24) RM, welche ganz in Abgang verrechnet wurden. Steuernachlässe für frühere Jahre wurden in 1053 (1933: 856) Fällen im Gesamtbetrage von 394 618 (1933: 390 157,64) RM bewilligt.

Als Einnahmen aus der Gebäudesondersteuer erscheinen im Wirtschaftsjahr 1934: Zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs verfügbarer Anteil an der laufenden Gebäudesondersteuer 1 523 694,86 (1933: 1 107 537,04) RM, Zugänge aus früheren Jahren 1545,92 (1933: 7826,44 RM, ferner Anteil an der Gebäudesondersteuerablösung 142 799,68) RM zusammen 1 525 240,78 (1933: 1 258 163,16) RM. Entrichtet wurden hiervon 1 022 181,95 (1933: 628 266,58) RM, im Einnahmerest befanden sich am Ende des Berichtsjahres 503 058,83 (1933: 629 896,58) RM. Als durchlaufende Einnahmen und Ausgaben aus der Gebäudesondersteuer werden in der laufenden Rechnung der Landesanteil mit 2 237 280,76 (1933: 2 247 650,50) RM, der Fürsorgeanteil mit 250 535,35 (1933: 220 543,42) RM und der Anteil des Wohnungsbaues mit 504 578,21 (1933: 460 371,04 RM, ferner der für die Umschuldung zu verwendende Betrag mit 501 380) RM, zusammen 2 992 394,32 (1933: 3 438 944,96) RM nachgewiesen.

Der für den allgemeinen Finanzbedarf der Stadt verfügbare Betrag hat sich infolge Wegfalls des Anteils für die Umschuldung, trotzdem aus der Gebäudesondersteuerablösung keine Mittel mehr für allgemeine Haushaltszwecke zur Verfügung standen, gegenüber dem Vorjahr um 416 158 RM erhöht. Der Ertrag blieb aber hinter dem Ansatz im Haushaltsplan zurück.

Beschwerden an den Landeskommissär gegen die Veranlagung und Erhebung der Gebäudesondersteuer waren im Wirtschaftsjahr 1934 in 28 (1933: 51) Fällen zu bearbeiten. Ein (1933: 7) Gebäudeeigentümer erhob Klage wegen der Pflicht zur Entrichtung der Gebäudesondersteuer beim Bezirksrat; in einem (1933: 4) Falle wurde gegen das Urteil des Bezirksrats Berufung beim Bad. Verwaltungsgerichtshof eingelegt.

Grunderwerbsteuer.

Der gesteigerte Grundstücksumsatz führte auch zu einer Erhöhung der Überweisungen aus der Grunderwerbsteuer (einschließlich Zuschlag). Das Vorjahrsergebnis konnte um 109 502 RM, der Ansatz im Haushaltsplan um 96 714 RM verbessert werden.

Hundesteuer.

In den Steuersätzen trat keine Änderung ein. Die Hundesteuer betrug nach dem staatlichen Steuersatz 12 RM, wozu ein Gemeindezuschlag von 24 RM für jeden ersten Hund kam. Für jeden weiteren Hund waren besondere Zuschläge zu entrichten.

Im Wirtschaftsjahr 1934 erfaßte das städtische Steueramt, dem die Verwaltung der Hundesteuer übertragen ist, 2358 (1933: 2686) Hunde, darunter als Neuanmeldungen 539 Hunde. Steuerfrei blieben 140 Hunde. Steuerermäßigungen wurden aus Rechtsgründen in 120 Fällen (für Wachhunde) und aus Billigkeitsgründen in 81 Fällen bewilligt. Ferner kamen in 107 Fällen wegen ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse nach Abschaffung des Hundes teilweise Steuernachlässe oder Steuererstattungen in Frage.

Das Aufkommen der Hundesteuer ergab 80 795 (1933: 88 979) RM. Auf den Staatsanteil (die Hälfte der staatlichen Hundesteuer und 1/4 des Gemeindezuschlags) entfielen 25 584 (1933: 28 191) RM, der Stadt verblieben 55 211 (1933: 60 788) RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wegen Steuerzuwiderhandlung mußte in 10 Fällen auf Geldstrafen von zusammen 268 RM erkannt und in 5 Fällen der Hund weggenommen werden.

Im Haushaltsplan waren für 2500 voll steuerpflichtige Hunde 90 000 RM Aufkommen an Hundesteuer vorgesehen. Diese Summe wäre erreicht worden, wenn alle im Laufe des Berichtsjahres neu hinzugekommenen Hunde ordnungsgemäß angemeldet und die Steuerbeträge restlos bezahlt worden wären. 169 Hunde konnten erst nach Beendigung des Berichtsjahres erfaßt werden. Die Zahl der im Steuerjahr 1934 gehaltenen Hunde mit 2358 + 169 + 140 = 2667 ist immer noch höher als in der Vorkriegszeit (1914: 2618), trotzdem in den letzten Jahren ein dauerndes Zurückgehen festzustellen ist.

Wandergewerbesteuer.

Auch bei der staatlichen Wandergewerbesteuer, deren Ertrag zu 40 v. H. dem Staat und zu 60 v. H. den Gemeinden zufließt, war im Berichtsjahr sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Haushaltsplan eine Verbesserung zu verzeichnen.

B. Gemeindesteuern.

Grund- und Gewerbesteuer.

Die endgültige Veranlagung zur gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuer für 1934 hatte folgendes Ergebnis:

Arten der Steuerwerte	Steuerwert 1934	Steuerwert 1933	Steuergrundbetrag je 100 RM Steuerwert Rpf	Hundertteile des Grundbetrags	Steuersatz je 100 RM Steuerwert Rpf	Steuerertrag Haushaltsplan RM	Steuerertrag Rechnung RM
Grundsteuer:							
Bebaute Grundstücke . . .	322 099 400	325 148 400	47	150	70	2 240 000	2 254 696
Unbebaute Grundstücke . .	14 210 400	14 300 100	60	150	90	126 000	127 894
Wald	790 300	836 900	40	150	60	4 840	4 742
Gewerbesteuer:							
Betriebsvermögen	124 170 200	120 197 300	22,5	150	34	340 000	422 178
Gewerbeertrag							
a) bis zu 10 000 RM . . .	3 757 800	3 281 500	300	150	450	135 000	169 101
b) über 10 000 RM	12 872 000	11 318 400	330	150	495	475 200	637 164
Filialsteuer:							
aus Betriebsvermögen . . .	5 852 000	8 273 000	22,5	60	14	9 100	8 193
aus Gewerbeertrag							
a) bis zu 10 000 RM	111 700	105 200	300	60	180	2 340	2 010
b) über 10 000 RM	734 200	693 300	330	60	198	19 800	14 537
Warenhaussteuer:							
aus Betriebsvermögen . . .	2 658 500	2 740 100	22,5	150	34	13 070	9 039
aus Gewerbeertrag über 10 000 RM	166 600	162 600	330	150	495	7 420	8 247
						3 372 770	3 657 801

Es zeigte sich, daß nahezu sämtliche Steuerwerte im Vergleich zur haushaltsplanmäßigen Annahme eine Steigerung erfahren haben, die am stärksten bei dem Betriebsvermögen und dem Gewerbeertrag in Erscheinung tritt, während diejenigen Werte des Betriebsvermögens und des Gewerbeertrags, die der Filial- und Warenhaussteuer unterlagen, zurückgegangen sind. Statt eines Ertrags von 3 372 770 RM nach dem Haushaltsplan erbrachte die Veranlagung ein Steuersoll von 3 657 801 RM.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Grundsteuerwerte infolge zahlreicher Neueinschätzungen und Steuerwertsermäßigungen weiter zurückgegangen. Dagegen weisen auch hier Betriebsvermögen und Gewerbeertrag Steigerungen auf, desgleichen die der Filial- und Warenhaussteuer unterliegenden Gewerbeerträge, die der Filial- und Warenhaussteuer unterworfenen Betriebsvermögen sind

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

aber weniger geworden. Die Veranlagung erbrachte einen Steuerertrag von 3 657 801 (1933: 3 570 928) RM, gegenüber dem Vorjahr 86 873 RM = 2,43 v. H. mehr.

Die Steuergrundbeträge, die Hundertteile, mit denen die Steuergrundbeträge zur Steuer heranzuziehen waren und die Steuersätze erfuhren keine Veränderung. Die endgültige Veranlagung erfaßte 10 252 (1933: 10 207) Steuerpflichtige. An dem Steuersoll waren in Abzug zu bringen für: Abgänge an der laufenden Gemeindesteuer 102 801 (1933: 51 937) RM, Abgänge am Gemeindesteuer-Rückstand 195 376 (1933: 249 878) RM, endgültig vereinnahmte Abgänge 1765 (1933: 2308) RM, Barrückersätze 29 958 (1933: 49 927) RM, Abgänge, die erst 1935 erwachsen 120 000 (1933: 100 000) RM, sodaß ein restliches Steuersoll nach der Gemeindesteuerliste von 3 207 901 (1933: 3 116 878) RM verblieb. Von diesem Betrag gingen 2 680 812 (1933: 2 514 947) RM durch Zahlung ein, 527 089 (1933: 601 931) RM befanden sich beim Abschluß des Wirtschaftsjahres im Rückstand.

Nachträglich stellte das Finanzamt Zugänge an der Grund- und Gewerbesteuer für 1934 fest in Höhe von 176 461 (1933: 141 203) RM, an denen 19 939 (1933: 25 649) RM für Abgänge abzurechnen waren. Das restliche Soll aus den Zugängen belief sich auf 156 522 (1933: 115 554) RM. Von diesem wurden 107 317 (1933: 86 691) RM durch Zahlung beglichen, im Rest verblieben 49 205 (1933: 28 863) RM.

Für stadteigene, privatwirtschaftlich verwendete Gebäude, die von der Gemeindesteuer befreit sind, erscheint der anteilige Steuerbetrag von 25 700 (1933: 26 400) RM unter dem betreffenden Teil des Haushalts in Ausgabe und hier in Einnahme.

Zuwachssteuer.

Das Erträgnis der gemeindlichen Zuwachssteuer, die vom Finanzamt verwaltet wird, hielt sich trotz des gesteigerten Grundstücksumsatzes nur auf der Höhe des Vorjahres.

Biersteuer.

Die Steuersätze sind im Berichtsjahr unverändert geblieben (3 RM je hl Einfachbier, 6 RM je hl Vollbier, 9 RM je hl Starkbier). Zur Veranlagung gelangten 62 Steuerpflichtige in 350 Fällen mit einer Menge von 105 128 (1933: 98 700) hl Bier. Infolge der Steigerung des Bierverbrauchs konnte das Vorjahrsergebnis und der Ansatz im Haushaltsplan übertroffen werden.

Getränkesteuer.

Die gesetzliche Grundlage für Erhebung der Getränkesteuer und der Steuersatz haben sich im Berichtsjahr nicht geändert. Durch eine Steigerung des Verbrauchs hat das Steuererträgnis den Ansatz im Haushaltsplan und das Ergebnis des Vorjahres etwas übertroffen.

Zur Getränkesteuer veranlagt wurden 518 Steuerpflichtige in 5667 Fällen.

Vergnügungssteuer.

Die im Vorjahr reichsgesetzlich durchgeführte Ermäßigung der Steuersätze für einzelne Veranstaltungen (darunter auch für Filmvorführungen) brachte im Berichtsjahr wieder einen Steuerausfall. Dennoch ist, infolge gesteigerter Steuereinnahmen aus den übrigen Veranstaltungen, der Gesamtsteuerertrag gegenüber dem Vorjahr um 5835 RM und gegenüber dem Haushaltsplan um 19 608 RM höher.

Bürgersteuer.

In das Wirtschaftsjahr 1934 fiel die Erhebung des II., III. und IV. Viertels der Bürgersteuer 1934 und des I. Viertels der Bürgersteuer 1935. Nach dem Bürgersteuergesetz vom 16. Oktober 1934 (RGBl. I, S. 985) wurde für die Bürgersteuer 1935 die Steuerfreiheit ausgedehnt auf Einkommen, die 130 (bisher 120) v. H. des Richtsatzes der allgemeinen Fürsorge nicht überschritten, und auf Grundeigentümer, deren Grundbesitz den Einheitswert von 8000 (bisher 5000) RM nicht übersteigt. Außerdem entkleidete das neue Gesetz die Bürgersteuer ihres Charakters als reine Kopfsteuer, indem sie die Berücksichtigung familiärer Verhältnisse in der Höhe des Steuersatzes brachte. Sowohl die Bürgersteuer 1934 als auch die Bürgersteuer 1935 wurde mit 600 v. H. der Reichssätze angefordert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Durch die Arbeitgeber kamen an der Bürgersteuer 1934 und früherer Jahre 954 657 (1933: 921 786) RM an die Stadthauptkasse zur Abführung, an Bürgersteuer 1935 (I. Viertel) 219 805 (1933: 267 127) RM. Die Bürgersteuer der städtischen Bediensteten betrug für 1934 83 971 RM, für 1935 24 865 (1934: zus. 112 044) RM. Veranlagt zur Bürgersteuer 1934 wurden 369 492 (1933: 359 724) RM, zur Bürgersteuer für das I. Vierteljahr 1935 122 485 (1933: 132 020) RM. Die nachträgliche Beibringung der Bürgersteuer war in Höhe von 242 (1933: 113) RM möglich. Abgängig verrechnet mußten 171 425 (1933: 126 608) RM werden. Das Soll der Bürgersteuer für das Wirtschaftsjahr 1934 betrug 1 604 092 (1933: 1 666 206) RM. Davon gingen 1 563 311 (1933: 1 607 826) RM ein; 40 781 (1933: 58 379) RM befanden sich im Rückstand. Der Rückgang im Steueraufkommen für das Berichtsjahr ist durch die Auswirkung der Steuerermäßigungen ab 1. Januar 1935 bedingt. Gegenüber der vorsichtigen Annahme im Haushaltsplan hat sich der Eingang verbessert.

C. Sonstige Einnahmen.

Als Leistung von anderen öffentlichen Körperschaften erscheint hier die Erhebungskostenvergütung des Staates für seinen Anteil an der Gebäudesondersteuer. Die verschiedenen Einnahmen setzen sich zusammen aus 54 817 RM Verwaltungskostenzuschüsse von Reichsbahn und Reichspost, 169 149 RM Anteil des Landes Baden an den Gebäudesondersteuerabgängen früherer Jahre und 15 525 RM sonstige einmalige Anfälle steuerlicher Art.

In die Verwaltung der Steuern, sofern sie der Stadt obliegt, teilen sich das Rechnungsamt — Abteilung Gebäudesondersteuer —, die Betreibungs- und Bürgersteuerabteilung der Stadthauptkasse und das Steueramt. Zu den Aufgaben der Gebäudesondersteuerabteilung des Rechnungsamts gehört die Veranlagung der Gebäudesondersteuer sowie die Bearbeitung aller die Gebäudesondersteuer betreffenden Nachlaßgesuche, zum Aufgabenbereich der Betreibungsabteilung der Stadthauptkasse die Erhebung und Betreibung der Gemeinde-, Kreis- und Gebäudesondersteuer, zum Aufgabengebiet der Bürgersteuerabteilung (im Benehmen mit der Veranlagungs-Abteilung) die Veranlagung, Erhebung und Betreibung der Bürgersteuer und zu den Aufgaben des Steueramts die Veranlagung, Erhebung und Betreibung der Hunde-, Bier-, Getränke- und Vergnügungssteuer.

Die Betreibung der Gemeinde-, Kreis- und Gebäudesondersteuer erforderte 3722 Vollstreckungsanordnungen in Fahrnisse; zur Pfändung kam es hierbei in 73 Fällen; fruchtlos verliefen die Pfändungsversuche in 208 Fällen. In 15 Fällen mußte zu Forderungspfändungen geschritten werden, in 39 Fällen wurde Forderungsabtretung erreicht. In das unbewegliche Vermögen mußte in 14 Fällen vollstreckt werden und zwar durch Zwangsverwaltung in 6, durch Zwangsversteigerung in 8 Fällen.

Zur Betreibung rückständiger Bürgersteuer versandte die Stadthauptkasse 13 400 Mahnzettel. Der Erlaß von Vollstreckungsanordnungen wurde in 10 176 Fällen, von Einzugsaufträgen in 2744 Fällen notwendig. Pfändungen führten die Vollzugsbeamten der Stadthauptkasse in 49 Fällen durch, fruchtlos verliefen 1651 Pfändungsversuche (in der Hauptsache bei Fürsorgeempfängern und Arbeitslosen). Erhebungen über Vermögens- und Familienverhältnisse der Zahlungspflichtigen, Mietzinsfeststellungen, Außenkontrolle bezüglich Bürgersteuer usw. erledigten die Beamten der Stadthauptkasse in 5077 Fällen.

Zur Beitreibung der Hunde-, Bier-, Getränke-, Vergnügungs- und Wertzuwachssteuer waren seitens des Steueramts 220 Pfändungen, von denen 65 fruchtlos verliefen, notwendig, 1460 Mahnzettel mußten verschickt und 1859 Schuldbeträge gebührenpflichtig eingezogen werden.

Unter den Ausgaben erscheinen die Erhebungskosten der von der Stadt verwalteten Steuern sowie die durchlaufenden Ausgaben an Gebäudesondersteuer und Hundesteuer. Insgesamt setzten die städtischen Dienststellen Steuern im Gesamtbetrag von 10 555 218 RM an. Dem Steuereingang in dieser Höhe stehen 337 777 RM persönliche und 19 869 RM sachliche Ausgaben (ohne 7218 RM Angänge an der Zuwachssteuer früherer Jahre), zusammen 357 646 RM Erhebungskosten gegenüber. Letztere betragen somit 3,40 v. H. der erhobenen Steuern. Im einzelnen ergeben sich für die Gebäudesondersteuer 2,61 v. H., für die Grund- und Gewerbesteuer 2,84 v. H., für die Bürgersteuer 5,70 v. H. und für die vom Steueramt verwalteten Steuern 5,12 v. H. Erhebungskosten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5. Ueberschüsse oder Fehlbeträge der Vorjahre sowie besondere Anfälle und Leistungen der Finanzverwaltung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 59).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
Straßenbenützungsabgabe	1 025 800	1 025 800	—	—	755 000
2. Einmalige Einnahmen:					
a) Wirtschaftsüberschuß der Vorjahre . . .	—	—	—	—	—
b) Fondskasse: Teilweise Rücklieferung der Zuführungen der Betriebe zum Erneuerungsfonds	969 550	343 627	—	625 923	416 585
c) Ersparnisse aus Gehalts- und Lohnkürzungen	468 040	468 040	—	—	821 710
d) Anteil des Landes an den 1932 entstandenen Gebäudesondersteuerabgängen für frühere Jahre	159 450	159 450	—	—	—
3. Wirtschaftsfehlbetrag des Jahres 1932 . . .	—	418 894	418 894	—	—
Summe der Einnahmen . .	2 622 840	2 415 811	418 894	625 923	1 993 295
Ausgaben.					
2. Einmalige Ausgaben:					
Wirtschaftsfehlbetrag der Vorjahre	418 900	418 894	—	6	—
Summe der Ausgaben . .	418 900	418 894	—	6	—
Summe der Einnahmen . .	2 622 840	2 415 811	418 894	625 923	1 993 295
Überschuß . .	2 203 940	1 996 917	—	207 023	1 993 295

Die Straßenbenützungsabgabe, mit der das Wasserwerk in Höhe von 261 800 RM, das Gaswerk in Höhe von 100 000 RM und das Elektrizitätswerk in Höhe von 664 000 RM belastet ist, erfuhr gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung auf die bei privaten Werken üblichen Sätze. Die Rücklieferungen der Erneuerungsfonds zum Ausgleich des Haushaltsplans waren im Haushaltsplan mit 969 550 RM angesetzt; trotzdem verblieb im Haushaltsplan ein Fehlbetrag von 225 790 RM. Die Entwicklung der laufenden Einnahmen und Ausgaben gestattete es, die Inanspruchnahme der Erneuerungsfondszuführungen bei vollständig ausgeglichener Wirtschaft und Deckung des Fehlbetrags von 1932 in Höhe von 418 894 RM auf 343 627 RM zu ermäßigen. Das Haushaltsergebnis des Berichtsjahres hat sich somit gegenüber dem Haushaltsplan um 851 713 RM verbessert. Gegenüber dem Vorjahr, in dem ein Fehlbetrag früherer Jahre nicht vorhanden war, aber trotz Rücklieferungen aus den Erneuerungsfonds in Höhe von 416 585 RM ein Fehlbetrag von 200 000 RM verblieb, ist eine Verbesserung im Wirtschaftsergebnis um 491 852 RM eingetreten.

Die Ersparnisse an Gehalt und Lohn aufgrund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 werden hier wie in den Vorjahren vereinnahmt. Da die Durchführung der Einsparungen aufgrund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 in Wegfall kam, ist der Betrag gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Der Anteil des Landes an den 1932 entstandenen Gebäudesondersteuerabgängen für frühere Jahre erscheint in Einnahme. Ferner ist der Wirtschaftsfehlbetrag 1932, der zu seiner Abdeckung in den Haushaltsplan 1934 eingestellt wurde, in Einnahme und Ausgabe durchgeführt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

6. Rücklage für unvorhergesehene Ausgaben.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 60).

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Ausgaben.					
Für unvorhergesehene Ausgaben	30 000	—	—	30 000	—

Für unvorhergesehene Ausgaben wird nur an einer Stelle des Haushaltsplans ein Betrag eingestellt. Falls unvorhergesehene Beschaffungen ausgeführt werden müssen, werden diese jedoch auf die betreffenden Haushaltsteile, gegebenenfalls unter Überschreitung des Einzelhaushaltsplans, gebucht; zur Deckung ist die Rücklage heranzuziehen, ohne daß ihre Belastung in Erscheinung tritt.

B. Verrechnungshaushalte.

Die Verrechnungshaushalte umfassen diejenigen Einnahmen und Ausgaben, die bereits in der laufenden Wirtschaft berücksichtigt sind, zwecks anteilmäßiger Umlegung aber nochmals durchgeführt werden müssen. Sie gleichen sich in Einnahme und Ausgabe stets aus. Um bei der laufenden Wirtschaft nur eine einmalige Aufnahme dieser Posten zu erreichen und Doppelzählungen zu vermeiden, ist man zu der Einrichtung der Verrechnungshaushalte geschritten.

1. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung und Beihilfen.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Beiträge der städt. Unternehmungen und Abteilungen	1 463 520	1 485 313	21 793	—	1 287 830
2. Sonstige Einnahmen	10 480	11 999	1 519	—	9 454
Summe der Einnahmen	1 474 000	1 497 312	23 312	—	1 297 284
Ausgaben.					
1. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung der Beamten	1 141 900	1 166 411	24 511	—	1 001 341
2. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung (Ergänzungsrenten) der Angestellten	16 900	12 632	—	4 268	10 911
3. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeiter	306 200	313 678	7 478	—	281 296
4. Beihilfe in Notfällen an Beamte und Arbeiter	9 000	4 591	—	4 409	3 736
Summe der Ausgaben	1 474 000	1 497 312	31 989	8 677	1 297 284

Die Ausführungen über die Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung und die Gewährung von Beihilfen in Notfällen finden sich unter A I, 1. Hauptverwaltung S. 22 und 25.

2. Gartenamt.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Ersatz des Geschäftsaufwandes (persönlicher und sachlicher Aufwand) durch die Betriebsabteilungen des Gartenamts sowie durch beteiligte andere Ämter	64 500	59 968	—	4 532	69 839
2. Mietzinse	1 860	1 865	5	—	1 865
3. Sonstige Einnahmen	100	—	—	100	8
Summe der Einnahmen	66 460	61 833	5	4 632	71 712
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	47 400	46 705	—	695	46 152
2. Sachliche Ausgaben	14 800	10 868	—	3 932	11 600
3. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	3 960	3 960	—	—	3 960
4. Verwaltungskostenbeiträge	300	300	—	—	10 000
Summe der Ausgaben	66 460	61 833	—	4 627	71 712

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Gartenamt bildet die Verwaltungsstelle für alle mit gärtnerischer Unterhaltung zusammenhängenden Geschäfte. Ihm unterstehen der Stadtgarten (A VII, 8), die öffentlichen Anlagen (A VII, 9), die Bekämpfung der Hausschnaken (A VI, 9 J) und die Stadtgärtnerei (B 3). Da der gesamte Aufwand des Gartenamts und der Stadtgärtnerei auf die beteiligten Unternehmungen umgelegt wird, erscheinen erstere unter den Verrechnungshaushalten. Beim Gartenamt waren im Berichtsjahr 9 (1933: 9) Beamte, 1 (1933: —) Angestellter und 97 (1933: 92) Arbeiter beschäftigt. Die Vermehrung wurde notwendig durch die Abgeltung von Überstunden durch Freizeit. Die Aufwendungen blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Durch eine Ermäßigung der Verwaltungskostenbeiträge hat sich der umzulegende Betrag vermindert.

3. Stadtgärtnerei.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Einnahmen aus dem Betriebe	1 700	1 169	—	531	786
2. Ersatz durch die Betriebsabteilungen des Gartenamts und andere Ämter	71 130	69 639	—	1 491	67 887
3. Sonstige Einnahmen	770	639	—	131	102
Summe der Einnahmen	73 600	71 447	—	2 153	68 775
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	55 880	54 466	—	1 414	54 143
2. Sachliche Ausgaben	13 420	12 681	—	739	10 472
3. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	4 200	4 200	—	—	4 160
4. Verwaltungskostenbeiträge	100	100	—	—	—
Summe der Ausgaben	73 600	71 447	—	2 153	68 775

Die Stadtgärtnerei diente wie bisher zur Anzucht sämtlicher im Bereich der Stadtverwaltung benötigten Blumen, Sträucher usw. und zur Belieferung der Schulen mit Pflanzen für den Botanikunterricht.

4. Allgemeine Bürobedarfsstelle.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
Erlös aus der Abgabe von Bürobedarf aller Art	40 510	38 668	—	1 842	48 630
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	5 510	5 537	27	—	5 286
2. Sachliche Ausgaben	35 000	33 131	—	1 869	42 093
3. Abführung des Überschusses an die Hauptverwaltung	—	—	—	—	1 251
Summe der Ausgaben	40 510	38 668	27	1 869	48 630

In den sachlichen Ausgaben ließ sich im Berichtsjahr eine bedeutende Drosselung erzielen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5. Lohnverrechnung der Hochbauamtsarbeiter.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
Ersatz des persönlichen und sachlichen Aufwands durch die Abteilungen des Hochbauamts sowie durch beteiligte andere Ämter	95 060	89 327	—	5 733	89 524
Ausgaben.					
A. Hausarbeiter.					
1. Persönliche Ausgaben	61 970	57 300		4 670	56 189
2. Sachliche Ausgaben	1 100	974	—	126	—
Summe A . .	63 070	58 274	—	4 796	56 189
B. Heizungsarbeiter.					
1. Persönliche Ausgaben	31 600	30 666	—	934	33 335
2. Sachliche Ausgaben	390	387	—	3	—
Summe B . .	31 990	31 053	—	937	33 335
Summe A . .	63 070	58 274	—	4 796	56 189
Summe der Ausgaben . .	95 060	89 327	—	5 733	89 524

Die Aufwendungen hielten sich in der Höhe des Vorjahres; die Ermächtigung des Haushaltsplans wurde nicht ganz in Anspruch genommen.

6. Materialverrechnung des Tiefbauamts.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
A. Straßen- und Kanalbaustoffe.					
1. Erlös aus Baustoffen	308 050	263 774		44 276	207 628
2. Sonstige Einnahmen	500	2 604	2 104	—	2 095
Betrag A . .	308 550	266 378	2 104	44 276	209 723
B. Werkzeuge, Arbeitsgeräte, Reinigungsmaterialien und dergl.					
1. Erlös aus dem Verkauf	68 250	65 762	—	2 488	54 979
2. Leihgebühren	7 000	21 109	14 109	—	12 367
3. Instandsetzungsarbeiten für Dritte . . .	2 000	2 574	574	—	2 426
4. Sonstige Einnahmen	500	86	—	414	60
Betrag B . .	77 750	89 531	14 683	2 902	69 832
Betrag A . .	308 550	266 378	2 104	44 276	209 723
Summe der Einnahmen . .	386 300	355 909	16 787	47 178	279 555

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
A. Straßen- und Kanalbaustoffe.					
1. Persönliche Ausgaben	18 440	8 748	—	9 692	9 327
2. Sachliche Ausgaben	267 180	217 790	—	49 390	167 961
4. Verwaltungskostenbeiträge	22 930	22 930	—	—	28 100
Betrag A . .	308 550	249 468	—	59 082	205 388
B. Werkzeuge, Arbeitsgeräte, Reinigungsmaterialien und dergl.					
1. Persönliche Ausgaben	5 350	5 332	—	18	5 018
2. Sachliche Ausgaben	68 770	69 229	459	—	47 062
4. Verwaltungskostenbeiträge	3 630	3 630	—	—	3 650
5. Ablieferung der Mehreinnahmen 1934 an die nächste Rechnung	—	28 250	28 250	—	18 437
Betrag B . .	77 750	106 441	28 709	18	74 167
Betrag A . .	308 550	249 468	—	59 082	205 388
Summe der Ausgaben . .	386 300	355 909	28 709	59 100	279 555

A. Straßen- und Kanalbaustoffe.

Infolge der regen Bautätigkeit sind die Ausgaben um 24,1 v. H. angestiegen. Die Einnahmen erhöhten sich durch eine Einzehrung an den Lagerbeständen von 16 910 RM um 27 v. H. Die Ansätze im Haushaltsplan wurden jedoch nicht erreicht. Der Baustoffvorrat hatte am Ende des Berichtsjahres einen Wert von 122 764 (1933: 139 674) RM. Mit Baustoffen beliefert wurden im Berichtsjahr 44 (1933: 34) Stellen. Der Bezug von Baustoffen erforderte 178 026 (1933: 123 091) RM.

B. Werkzeuge, Arbeitsgeräte, Reinigungsmaterialien und dergleichen.

Auch die Inanspruchnahme der Werkzeuge, Arbeitsgeräte usw. war im Berichtsjahr eine gesteigerte. Die Einnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 28 v. H. Der Mehrbetrag an Einnahmen ist in der Hauptsache auf die verstärkte Benützung der Rollbahngleise und Wagen zurückzuführen. Die ausgedehnten Notstandsarbeiten machten sogar eine Erweiterung des Feldbahnparks um 2131 m Gleis, 28 Wagen und zwei Diesellokomotiven notwendig.

Mit Geräten wurden im Berichtsjahr 84 (1933: 81) Stellen beliefert. Die Anschaffungen erforderten 63 499 (1933: 42 740) RM. Die Vorräte hatten am Ende des Berichtsjahres einen Wert von 72 641 (1933: 72 571) RM.

6 a. Bauhöfe des Tiefbauamts.

Einnahmen.	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
1. Anteil der Betriebsabteilungen des Tiefbauamts am Aufwand der Bauhöfe	65 190	65 190	—	—	72 890
2. Mietzinse	3 980	4 320	340	—	4 090
Summe der Einnahmen . .	69 170	69 510	340	—	76 980

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	20 670	12 138	—	8 532	19 781
2. Sachliche Ausgaben	30 910	26 401	—	4 509	31 004
3. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	13 090	13 090	—	—	13 090
4. Rücklage für die Erneuerung der Lagerplatzeinrichtungen	3 000	3 000	—	—	—
5. Einmalige Ausgaben	1 500	—	—	1 500	2 646
6. Mehreinnahmen	—	14 881	14 881	—	10 459
Summe der Ausgaben	69 170	69 510	14 881	14 541	76 980

Bauhöfe für das Tiefbauamt werden unterhalten: Robert Wagner-Allee 100, Hauptstraße 1, Bannwaldallee 18, Kriegsstraße 26/28 und Augustastraße 6. Der Aufwand für die Bauhöfe hat sich im Berichtsjahr ermäßigt. Eine Mehreinnahme war in Höhe von 14 881 RM zu verzeichnen, die auf die nächste Rechnung übertragen wurde.

7. Haustelefon- und Signaleinrichtung.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Kostenanteil der Betriebe, Ämter und Schulen	14 640	14 690	50	—	12 225
2. Ersatz für Neueinrichtungen und Veränderungen in städtischen Gebäuden sowie für das Laden von Akkumulatoren von Privaten	800	1 461	661	—	1 965
3. Ersatz von Beamtengehalten und Arbeiterlöhnen	22 960	20 998	—	1 962	20 406
Summe der Einnahmen	38 400	37 149	711	1 962	34 596
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	34 920	33 780	—	1 140	32 786
2. Sachliche Ausgaben	3 480	3 369	—	111	1 810
Summe der Ausgaben	38 400	37 149	—	1 251	34 596

Der Aufwand für die Haustelefon- und Signaleinrichtungen ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen; die Ansätze im Haushaltsplan wurden jedoch nicht überschritten.

8. Fernsprechkosten Rathauszentrale.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
Kostenanteile der an die Rathauszentrale angeschlossenen Dienststellen und sonstige Ersatzleistungen	49 070	52 025	2 955	—	49 485
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	20 910	21 013	103	—	20 168
2. Sachliche Ausgaben	28 160	31 012	2 852	—	29 317
Summe der Ausgaben	49 070	52 025	2 955	—	49 485

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bei den Fernsprechkosten der Rathauszentrale trat durch die Übernahme der Oststadtzentrale bei Einnahmen und Ausgaben eine Erhöhung ein.

9. Installationsbetrieb des Gaswerks.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
Ersatzleistungen für ausgeführte Arbeiten und abgegebene Materialien	266 600	375 169	108 569	—	290 537
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	96 600	111 803	15 203	—	115 371
2. Sachliche Ausgaben	169 000	205 641	36 641	—	131 592
3. Ablieferung des Überschusses an das Gaswerk	1 000	57 725	56 725	—	43 574
Summe der Ausgaben . .	266 600	375 169	108 569	—	290 537

Der Installationsbetrieb des Gaswerks war bisher unter den laufenden Einnahmen und Ausgaben des Gaswerks mitenthalten. Zweckmäßigkeitsgründe sprachen für die Übernahme in den Verrechnungshaushalt. Die Einnahmen und Ausgaben haben sich infolge verstärkter Inanspruchnahme gesteigert. Die Ablieferung an das Gaswerk konnte erhöht werden.

10. Installationsbetrieb des Elektrizitätswerks.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
Ersatzleistungen für ausgeführte Arbeiten und abgegebene Materialien	120 000	199 054	79 054	—	124 526
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	19 000	27 872	8 872	—	24 128
2. Sachliche Ausgaben	100 000	161 966	61 966	—	85 073
3. Ablieferung des Überschusses an das Elektrizitätswerk	1 000	9 216	8 216	—	15 325
Summe der Ausgaben . .	120 000	199 054	79 054	—	124 526

Auch der Installationsbetrieb des Elektrizitätswerks ist erstmals, wie der des Gaswerks, in den Verrechnungshaushalt übernommen. Seine Umsätze haben sich ebenfalls beträchtlich gesteigert, doch blieb der Überschuß hinter dem des Vorjahres zurück.

11. Materialverrechnung des Bahnamts.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
Erlös aus der Abgabe von Materialien . . .	192 000	367 519	175 519	—	—
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	5 900	5 767	—	133	—
2. Sachliche Ausgaben	186 100	361 752	175 652	—	—
Summe der Ausgaben . .	192 000	367 519	175 652	133	—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Materialverrechnung des Bahnamts war bisher in den vorschüßlichen Einnahmen und Ausgaben des Bahnamts inbegriffen. Der richtigen rechnerischen Darstellung halber schien die Aufnahme unter die Verrechnungshaushalte, wie beim Installationsbetrieb des Gaswerks und Elektrizitätswerks, angezeigt. Gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan war die Inanspruchnahme beträchtlich gesteigert. Infolge der geänderten Verrechnungsweise fehlen die Vorjahresergebnisse.

12. Dienstkleiderbeschaffung.

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Kostenanteile der städtischen Dienststellen, Beamten und Bediensteten	76 000	64 669	—	11 331	—
2. Lagerbestand an künftige Rechnung	—	3 818	3 818	—	—
Summe der Einnahmen . .	76 000	68 487	3 818	11 331	—
Ausgaben.					
Sachliche Kosten	76 000	68 487	—	7 513	—

Für die Dienstkleiderbeschaffung fehlen ebenfalls die Vorjahresergebnisse wegen der geänderten Verrechnungsweise. Die Haushaltsansätze wurden nicht ausgeschöpft.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

C. Rechnungsabschluß der Stadthauptkasse.

1. Rückstandsrechnung.

(Rechnungs-Abteilung I).

	Einnahmen 1934 Soll RM	Einnahmen 1934 Rest RM	Ausgaben 1934 Soll RM	Ausgaben 1934 Rest RM
A. Einzelhaushaltspläne.				
I Allgemeine Verwaltung	20 065	15 926	1 975	—
II. Polizeiwesen	2 100	24	—	—
III. Bauwesen	34 990	11 529	336	—
IV. Schulwesen	14 197	1 024	27 437	—
V. Kunst, Wissenschaft, Kirchen	—	—	3 255	—
VI. Wohlfahrtswesen	283 043	19 350	61 860	8 359
VII. Öffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten	4 902	469	2 207	—
VIII. Selbständige Betriebe und Unternehmungen:				
1. Wasserwerk	423	422	89	—
2. Gaswerk	126 408	8 432	1 550	—
3. Elektrizitätswerk	73 629	11 823	101 986	—
4. Straßenbahn und Kleinbahn	281	—	—	—
5. Rheinhafen	109 461	3 409	101 877	77 387
6. Schlacht- und Viehhof	—	—	—	—
7. Märkte und Messen	191	—	—	—
IX. Finanzwesen:				
1. Verwaltung des Kapitalvermögens	7 667	5 525	—	—
2. Verwaltung des allgemeinen Grundvermögens	83 999	11 710	65	—
3. Schuldenverwaltung	—	—	293 067	56 736
4. Steuern	2 024 949	505 922	999 498	244 674
Summe der Einzelhaushaltspläne	2 786 305	595 565	1 595 202	387 156
B. Verrechnungshaushalte (Summe)	4 686	81	18 437	18 437
Summe Rechnungs-Abteilung I	2 790 991	595 646	1 613 639	405 593

1	2	3	4				
			Einnahmen				
			1934		Gegenüber dem Haushaltsplan		1933
Seite	Nummer der Einzelhaushaltspläne	Bezeichnung	Haushaltsplan RM	Rechnungssoll RM	mehr RM	weniger RM	Rechnungssoll RM
		I. Allgemeine Verwaltung.					
17	1	1. Hauptverwaltung	823 610	832 565	8 955	—	775 660
26	2	2. Teilnahme an der Erfüllung staatlicher und öffentlicher Aufgaben	47 620	56 276	8 656	—	57 143
33	3	3. Allgemeine Förderung der Wirtschaft (Industrie, Handel, Landwirtschaft, Verkehr)	23 010	23 833	823	—	28 454
37	4	4. Ehrungen, Feste, Feierlichkeiten, Besuche, Tagungen	230	418	188	—	259
38	5	5. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben	3 000	3 057	57	—	7 871
			897 470	916 149	18 679	—	869 387
39	6	**II. Polizeiwesen**	12 300	24 517	12 217	—	17 136
		III. Bauwesen.					
42	7	1. Hochbauamt	175 290	177 711	2 421	—	184 939
46	7a	2. Stadterweiterung	200	538	338	—	—
50	8	3. Tiefbauamt	490 700	481 757	—	8 943	502 975
54	9	4. Vermessung und Vermarkung	18 350	25 714	7 364	—	24 883
57	10	5. Straßen, Wege, Brücken	332 000	403 087	71 087	—	426 139
62	11	6. Einrichtungen der öffentlichen Straßen und Plätze	27 770	28 189	419	—	27 119
63	12	7. Wasserbau und Wasserwehr	7 810	7 073	—	737	7 672
			1 052 120	1 124 069	81 629	9 680	1 173 727
		IV. Schulwesen.					
65	13	1. Volksschulen	68 170	74 777	6 607	—	66 136
69	14	2. Höhere Lehranstalten	612 080	594 283	—	17 797	601 303
71	15	3. Gewerbeschulen	9 690	19 744	10 054	—	10 453
73	16	4. Handelsschulen	40 270	51 548	11 278	—	49 485
74	17	5. Sonstig. Schulwesen u. besondere Leistungen	490	76	—	414	2 365
			730 700	740 428	27 939	18 211	729 742
76	18	**V. Kunst, Wissenschaft, Kirchen**	4 320	2 582	—	1 738	1 204
		VI. Wohlfahrtswesen.					
81	19	1. Fürsorgeamt	2 766 740	2 056 414	—	710 326	3 264 038
94	20	2. Altersheim	69 080	67 950	—	1 130	71 019
95	21	3. Jugendamt	495 800	491 789	—	4 011	519 522
97	22	4. Kinder- und Säuglingsheim	203 830	213 802	9 972	—	214 728
99	23	5. Sonstiges Wohlfahrtswesen	19 630	19 352	—	278	20 345
101	24	6. Krankenhaus	1 108 560	1 181 773	73 213	—	1 157 220
105	25	7. Erholungsheim Baden	18 910	16 964	—	1 946	15 668
106	26	8. Badeanstalten	331 510	327 996	—	3 514	350 773
108	27	9. Sonstige Gesundheitspflege	34 550	32 296	—	2 254	33 586
116	28	10. Leibesübungen, Sport, Jugendpflege	—	152	152	—	—
117	29	11. Förderung des Wohnungsbaues	2 428 500	2 319 205	—	109 295	2 391 982
123	30	12. Kleingärten	9 950	9 331	—	619	9 332
			7 487 060	6 737 024	83 337	833 373	8 048 213

5					6		7		8	
Ausgaben					Ueberschuß		Zuschuß		Gegenüber dem Haushaltsplan	
1934		Gegenüber dem Haushaltsplan		1933						
Haushaltsplan	Rechnungssoll	mehr	weniger	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll	besser	schlechter
RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM
1 177 290	1 203 563	26 273	—	1 209 014	—	—	353 680	370 998	—	17 318
194 520	225 874	31 354	—	241 346	—	—	146 900	169 598	—	22 698
202 520	237 839	35 319	—	209 489	—	—	179 510	214 006	—	34 496
24 850	35 795	10 945	—	25 297	—	—	24 620	35 377	—	10 757
11 000	8 008	—	2 992	7 333	—	—	8 000	4 951	3 049	—
1 610 180	1 711 079	103 891	2 992	1 692 479	—	—	712 710	794 930	3 049	85 269
										3 049
										82 220
619 100	617 777	—	1 323	615 051	—	—	606 800	593 260	13 540	—
175 830	180 897	5 067	—	178 978	—	—	540	3 186	—	2 646
49 950	47 558	—	2 392	—	—	—	49 750	47 020	2 730	—
561 730	560 014	—	1 716	541 714	—	—	71 030	78 257	—	7 227
57 920	57 361	—	559	58 455	—	—	39 570	31 647	7 923	—
1 198 060	1 196 200	—	1 860	1 162 408	—	—	866 060	793 113	72 947	—
18 620	16 513	—	2 107	127 881	9 150	11 676	—	—	2 526	—
69 060	63 004	—	6 056	57 291	—	—	61 250	55 931	5 319	—
2 131 170	2 121 547	5 067	14 690	2 126 727	9 150	11 676	1 088 200	1 009 154	91 445	9 873
									9 873	
									81 572	
1 833 580	1 793 929	—	39 651	1 839 648	—	—	1 765 410	1 719 152	46 258	—
1 050 950	1 051 931	981	—	1 044 222	—	—	438 870	457 648	—	18 778
338 750	326 650	—	12 100	328 047	—	—	329 060	306 906	22 154	—
215 230	215 211	—	19	198 680	—	—	174 960	163 663	11 297	—
126 360	123 752	—	2 608	135 740	—	—	125 870	123 676	2 194	—
3 564 870	3 511 473	981	54 378	3 546 337	—	—	2 834 170	2 771 045	81 903	18 778
									18 778	
									63 125	
731 240	786 768	55 528	—	730 546	—	—	726 920	784 186	—	57 266
8 124 010	6 696 099	—	1 427 911	8 745 830	—	—	5 357 270	4 639 685	717 585	—
69 080	71 543	2 463	—	67 399	—	—	—	3 593	—	3 593
1 188 880	1 233 021	44 141	—	1 198 548	—	—	693 080	741 232	—	48 152
203 830	207 714	3 884	—	220 605	—	6 088	—	—	6 088	—
523 750	898 019	374 269	—	684 217	—	—	504 120	878 667	—	374 547
1 424 900	1 432 128	7 228	—	1 369 634	—	—	316 340	250 355	65 985	—
22 020	19 792	—	2 228	20 178	—	—	3 110	2 828	282	—
404 590	417 019	12 429	—	417 371	—	—	73 080	89 023	—	15 943
156 970	145 468	—	11 502	153 754	—	—	122 420	113 172	9 248	—
63 980	69 895	5 915	—	65 558	—	—	63 980	69 743	—	5 763
2 428 500	2 319 205	—	109 295	2 391 982	—	—	—	—	—	—
10 990	4 835	—	6 155	10 798	—	4 496	1 040	—	5 536	—
14 621 500	13 514 738	450 329	1 557 091	15 345 874	—	10 584	7 134 440	6 788 298	804 724	447 998
									447 998	
									356 726	

1	2	3	4				
Seite	Nummer der Einzelhaushaltspläne	Bezeichnung	Einnahmen				
			1934		Gegenüber dem Haushaltsplan		1933
			Haushaltsplan RM	Rechnungssoll RM	mehr RM	weniger RM	Rechnungssoll RM
		VII. Oeffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten.					
123	31	1. Entwässerung und Bedürfnisanstalten	553 620	567 411	13 791	—	549 401
126	32	2. Straßenreingung	480 580	483 622	3 042	—	488 261
127	33	3. Müllabfuhr	238 570	241 408	2 838	—	245 982
128	34	4. Grubenentleerung	24 990	28 485	3 495	—	29 723
129	35	5. Fuhrpark	410 100	369 616	—	40 484	343 650
130	36	6. Feuerlöschwesen	105 640	103 551	—	2 089	105 245
136	37	7. Bestattungswesen und Friedhöfe	187 050	209 089	22 039	—	192 391
138	38	8. Stadtgarten	140 360	128 149	—	12 211	118 588
140	39	9. Oeffentliche Anlagen	14 280	14 185	—	95	20 596
141	40	10. Waagen	11 840	13 680	1 840	—	14 336
142	41	11. Wasenmeisterei	480	491	11	—	491
			2 167 510	2 159 687	47 056	54 879	2 108 664
		VIII. Selbständige Betriebe und Unternehmungen.					
142	42	1. Wasserwerk	1 700 600	1 661 923	—	38 677	1 646 030
147	43	2. Gaswerk	4 198 750	4 180 111	—	18 639	4 079 826
157	44	3. Elektrizitätswerk	4 604 270	4 655 915	51 645	—	4 511 240
164	45	4. Straßenbahn und Kleinbahn	3 042 850	2 960 368	—	82 482	2 970 933
172	46	5. Rheinhafen	1 146 200	1 325 509	179 309	—	1 250 669
179	47	6. Schlacht- und Viehhof	580 820	598 032	17 212	—	663 697
186	48	7. Märkte und Messen	145 560	148 572	3 012	—	122 932
			15 419 050	15 530 430	251 178	139 798	15 245 327
		IX. Finanzwesen.					
189	49	1. Verwaltung des Kapitalvermögens	3 310 860	3 312 752	1 892	—	3 533 004
		2. Verwaltung des allgem. Grundvermögens:					
190	50	A. Privatwirtschaftlich verwendete Gebäude	521 840	530 127	8 287	—	520 940
191	51	B. Festhalle	48 010	50 689	2 679	—	47 760
191	52	C. Konzerthaus	27 450	14 856	—	12 594	24 110
192	53	D. Ausstellungshalle	18 210	31 941	13 731	—	27 064
193	54	E. Grundstücksverwaltung	123 070	135 880	12 810	—	126 729
194	55	F. Verwaltung des Industriegeländes (mit Industriebauten) und der Lagerplätze	154 650	150 955	—	3 695	170 130
195	56	G. Stadtwald	48 760	60 473	11 713	—	49 884
196	57	3. Schuldenverwaltung	2 935 940	2 814 583	—	121 357	2 929 183
197	58	4. Steuern	12 371 620	14 059 939	1 688 319	—	12 894 251
203	59	5. Ueberschüsse oder Fehlbeträge der Vorjahre sowie besondere Anfälle und Leistungen der Finanzverwaltung	2 622 840	2 415 811	—	207 029	1 993 295
204	60	6. Rücklage für unvorhergesehene Ausgaben	—	—	—	—	—
			22 183 250	23 578 006	1 739 431	344 675	22 316 350

5					6		7		8	
Ausgaben					Ueberschuß		Zuschuß		Gegenüber dem Haushaltsplan	
1934		Gegenüber dem Haushaltsplan		1933						
Haushaltsplan	Rechnungssoll	mehr	weniger	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll	besser	schlechter
RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM
696 020	693 286	—	2 734	670 753	—	—	142 400	125 875	16 525	—
480 580	408 439	—	72 141	408 613	—	75 183	—	—	75 183	—
238 570	227 928	—	10 642	236 202	—	13 480	—	—	13 480	—
24 990	18 581	—	6 409	19 311	—	9 904	—	—	9 904	—
354 110	316 441	—	37 669	294 963	55 990	53 175	—	—	—	2 815
322 490	307 426	—	15 064	300 503	—	—	216 850	203 875	12 975	—
247 990	241 782	—	6 208	240 274	—	—	60 940	32 693	28 247	—
350 760	343 794	—	6 966	325 485	—	—	210 400	215 645	—	5 245
155 650	145 332	—	10 318	146 760	—	—	141 370	131 147	10 223	—
11 190	11 135	—	55	11 366	650	2 545	—	—	1 895	—
5 000	4 670	—	330	4 536	—	—	4 520	4 179	341	—
2887 350	2718 814	—	168 536	2658 766	56 640	154 287	776 480	713 414	168 773	8 060
									8 060	
									160 713	
1 318 550	1 577 798	259 248	—	1 259 808	382 050	84 125	—	—	—	297 925
4 383 220	4 775 929	392 709	—	4 256 642	—	—	184 470	595 818	—	411 348
3 740 990	4 252 242	511 252	—	3 609 161	863 280	403 673	—	—	—	459 607
3 928 420	3 827 933	—	100 487	3 961 788	—	—	885 570	867 565	18 005	—
1 221 470	1 434 779	213 309	—	1 250 669	—	—	75 270	109 270	—	34 000
580 820	598 032	17 212	—	620 221	—	—	—	—	—	—
147 910	138 143	—	9 767	100 399	—	10 429	2 350	—	12 779	—
15 321 380	16 604 856	1393 730	110 254	15 058 688	1 245 330	498 227	1 147 660	1 572 653	30 784	1202 880
										30 784
										1172 096
19 000	19 442	442	—	19 849	3291 860	3293 310	—	—	1 450	—
566 960	564 929	—	2 031	571 125	—	—	45 120	34 802	10 318	—
90 960	87 309	—	3 651	83 078	—	—	42 950	36 620	6 330	—
77 610	80 627	3 017	—	72 681	—	—	50 160	65 771	—	15 611
72 290	71 116	—	1 174	66 826	—	—	54 080	39 175	14 905	—
597 440	590 850	—	6 590	601 312	—	—	474 370	454 970	19 400	—
154 650	150 955	—	3 695	170 130	—	—	—	—	—	—
71 970	69 369	—	2 601	71 012	—	—	23 210	8 896	14 314	—
3355 260	3370 118	14 858	—	3453 909	—	—	419 320	555 535	—	136 215
3237 740	3383 337	145 597	—	3825 360	9133 880	10 676 602	—	—	1542 722	—
418 900	418 894	—	6	—	2203 940	1 996 917	—	—	—	207 023
30 000	—	—	30 000	—	—	—	30 000	—	30 000	—
8692 780	8806 946	163 914	49 748	8935 282	14 629 680	15 966 829	1139 210	1195 769	1639 439	358 849
									358 849	
									1280 590	

1	2	3	4				
Seite	Nummer der Einzelhaushaltspläne	Bezeichnung	Einnahmen				
			1934		Gegenüber dem Haushaltsplan		1933
			Haushaltsplan RM	Rechnungssoll RM	mehr RM	weniger RM	Rechnungssoll RM
		Wiederholung.					
		I. Allgemeine Verwaltung	897 470	916 149	18 679	--	869 387
		II. Polizeiwesen	12 300	24 517	12 217	—	17 136
		III. Bauwesen	1 052 120	1 124 069	71 949	—	1 173 727
		IV. Schulwesen	730 700	740 428	9 728	—	729 742
		V. Kunst, Wissenschaft, Kirchen	4 320	2 582	—	1 738	1 204
		VI. Wohlfahrtswesen	7 487 060	6 737 024	—	750 036	8 048 213
		VII. Oeffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten	2 167 510	2 159 687	—	7 823	2 108 664
		VIII. Selbständ. Betriebe u. Unternehmungen	15 419 050	15 530 430	111 380	—	15 245 327
		IX. Finanzwesen	22 183 250	23 578 006	1 394 756	—	22 316 350
		Summe Rechnungs-Abteilung II	49 953 780	50 812 892	1 618 709	759 597	50 509 750
						Einnahmen	
						Fehlbedarf	
						Überschuß	

Anmerkungen:

Der Ueberschuß des Wirtschaftsjahres 1934 dient zur Abdeckung des in den Haushaltsplan eingestellten Fehlbetrags aus dem Wirtschaftsjahr 1932 in Höhe von 418 894 RM.

Der Rechenschaftsbericht für das Wirtschaftsjahr 1933 schloß

in den Einnahmen mit	50 515 850 RM
in den Ausgaben mit	51 132 435 RM
ab. Er weist daher einen Fehlbetrag von	616 585 RM
auf, von dem	416 585 RM
noch innerhalb der Rechnung des Jahres 1933 durch Rücklieferungen aus den Erneuerungsfonds ausgeglichen wurden, sodaß ein restlicher, in den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1935 einzustellender Fehlbetrag von	200 000 RM

verblieb.

Schlägt man dem im Rechenschaftsbericht 1933 erscheinenden Gesamtbetrag der Einnahmen mit		50 515 850 RM
die Rücklieferungen der Erneuerungsfonds zum Ausgleich der Wirtschaft mit		416 585 RM
zus.		50 932 435 RM
zu, zieht man aber diejenigen Beträge ab, die 1934 in einen Verrechnungshaushalt aufgenommen wurden, nämlich Einzelhaushaltsplan 8: Bauhöfe	66 521 RM	
" 43: Gaswerk — Installationsbetrieb —	246 963 RM	
" 44: Elektrizitätswerk — Installationsbetrieb —	109 201 RM	422 685 RM
so ergibt sich der Betrag von		50 509 750 RM,
der als Rechnungssoll 1933 in obiger Darstellung angegeben ist.		
Bei den Ausgaben des Rechenschaftsberichts 1933 mit		51 132 435 RM
ist ebenfalls der im Verwaltungs- und Rechenschafsberichts 1934 neu in die Verrechnungshaushalte übernommene Betrag von		422 685 RM
in Abzug zu bringen, um auf den als Ausgaben Soll 1933 angeführten Betrag von		50 709 750 RM

zu gelangen.

5					6		7		8	
Ausgaben					Ueberschuß		Zuschuß		Gegenüber dem Haushaltsplan	
1934		Gegenüber dem Haushaltsplan		1933						
Haushaltsplan	Rechnungssoll	mehr	weniger	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll	besser	schlechter
RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM
1 610 180	1 711 079	100 899	—	1 692 479	—	—	712 710	794 930	—	82 220
619 100	617 777	—	1 323	615 051	—	—	606 800	593 260	13 540	—
2 131 170	2 121 547	—	9 623	2 126 727	9 150	11 676	1 088 200	1 009 154	81 572	—
3 564 870	3 511 473	—	53 397	3 546 337	—	—	2 834 170	2 771 045	63 125	—
731 240	786 768	55 528	—	730 546	—	—	726 920	784 186	—	57 266
14 621 500	13 514 738	—	1 106 762	15 345 874	—	10 584	7 134 440	6 788 298	356 726	—
2 887 350	2 718 814	—	168 536	2 658 766	56 640	154 287	776 480	713 414	160 713	—
15 321 380	16 604 856	1 283 476	—	15 058 688	1 245 330	498 227	1 147 660	1 572 653	—	1 172 096
8 692 780	8 806 946	114 166	—	8 935 282	14 629 680	15 966 829	1 139 210	1 195 769	1 280 590	—
50 179 570	50 393 998	1 554 069	1 339 641	50 709 750	15 940 800	16 641 603	16 166 590	16 222 709	1 956 266	1 311 582
49 953 780	50 812 892	1 618 709	759 597	50 509 750	—	16 222 709	15 940 800	—	1 311 582	
225 790	—	—	—	200 000	—	—	225 790	—	—	
—	418 894	—	—	—	—	418 894	—	—	644 684	

3. Verrechnungshaushalte.

	1934 Einnahmen Haushaltsplan RM	1934 Einnahmen Rechnungssoll RM	1934 Ausgaben Haushaltsplan RM	1934 Ausgaben Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll (Einnahmen u. Ausgaben) RM
1. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung und Beihilfen	1 474 000	1 497 312	1 474 000	1 497 312	23 312	—	1 297 284
2. Gartenamt	66 460	61 833	66 460	61 833	—	4 627	71 712
3. Stadtgärtnerei	73 600	71 447	73 600	71 447	—	2 153	68 775
4. Allgemeine Bürobedarfsstelle	40 510	38 668	40 510	38 668	—	1 842	48 630
5. Lohnverrechnung der Hochbauamtsarbeiter	95 060	89 327	95 060	89 327	—	5 733	89 524
6. Materialverrrechnung des Tiefbauamts	386 300	355 909	386 300	355 909	—	30 391	279 555
6a. Bauhöfe des Tiefbauamts	69 170	69 510	69 170	69 510	340	—	76 980*
7. Haustelefon- und Signaleinrichtung	38 400	37 149	38 400	37 149	—	1 251	34 596
8. Fernsprechkosten Rathauszentrale	49 070	52 025	49 070	52 025	2 955	—	49 485
9. Installationsbetrieb des Gaswerks	266 600	375 169	266 600	375 169	108 569	—	290 537*
10. Installationsbetrieb des Elektrizitätswerks	120 000	199 054	120 000	199 054	79 054	—	124 526*
11. Materialverrechnung des Bahnamts	192 000	367 519	192 000	367 519	175 519	—	—
12. Dienstkleiderbeschaffung	76 000	68 487	76 000	68 487	—	7 513	—
Summe Verrechnungshaushalte	2 947 170	3 283 409	2 947 170	3 283 409	389 749	53 510	2 431 604

* Im Vorjahre noch in der laufenden Wirtschaft enthalten.

4. Vorschußrechnung.

(Rechnungs-Abteilung III).

	1934 Einnahmen Soll RM	1934 Einnahmen Hat RM	1934 Einnahmen Rest RM	1934 Ausgaben Soll RM	1934 Ausgaben Hat RM	1934 Ausgaben Rest RM
1. Kassenrest:						
a) Aus voriger Rechnung	44 850	44 850	—	—	—	—
b) An künftige Rechnung	—	—	—	396 076	396 076	—
2. Vorschüsse u. Ersatz solcher:						
a) Aus voriger Rechnung	610 745	533 939	76 806	1 387 216	962 885	424 331
b) Vom laufenden Jahr	54 391 522	54 197 236	194 286	54 391 522	53 339 070	1 052 452
Summe Rechnungs-Abteilung III	55 047 117	54 776 025	271 092	56 174 814	54 698 031	1 476 783

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5. Vermögensrechnung.

(Rechnungs-Abteilung IV).

Einnahmen.	1934 A. Aus voriger Rechnung Soll RM	Hat RM	Rest RM	B. Vom laufenden Jahr Soll RM	Hat RM	Rest RM
1. Vermögensrechnung:						
A. Allgemein:						
1. Heimbezahlte Kapitalien	548 180	59 883	488 297	33 424	—	33 424
2. Sonstige Einnahmen	27 500	27 500	—	37 025	37 025	—
B. Aufwertungen:						
1. Heimbezahlte Kapitalien	—	—	—	—	—	—
2. Sonstige Einnahmen	300	—	300	—	—	—
C. Liegenschaften:						
1. Erlöse aus Gebäuden	—	—	—	—	—	—
2. Erlöse aus unbebauten Grundstücken	—	—	—	331 114	330 914	200
3. Erlöse aus Waldausstockungen und außerordentlichen Holzhieben	—	—	—	—	—	—
4. Sonstige Einnahmen	—	—	—	302 022	172 902	129 120
D. Wohnungsbau:						
1. Heimbezahlte Kapitalien	29 207 524	951 091	28 256 433	234 388	59	234 329
2. Zuschüsse aus Anlehensmitteln	—	—	—	725 606	725 606	—
3. Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—	—
2. Schuldenrechnung:						
A. Anlehen:						
1. Aufgenommene Kapitalien	—	—	—	3 700 554	3 700 554	—
2. Ersatzleistungen der städtischen Betriebe und Ämter zur Schuldentilgung	—	—	—	876 470	876 470	—
3. Sonstige Einnahmen	—	—	—	395 777	395 777	—
B. Aufwertungen:						
1. Aufgenommene Kapitalien	—	—	—	—	—	—
2. Sonstige Einnahmen	—	—	—	472 816	472 816	—
C. Wohnungsbau:						
1. Aufgenommene Kapitalien	—	—	—	438 886	438 886	—
2. Sonstige Einnahmen	—	—	—	285 057	285 057	—
Übertrag	29 783 504	1 038 474	28 745 030	7 833 139	7 436 066	397 073

	1934					
	A. Aus voriger Rechnung			B. Vom laufenden Jahr		
	Soll RM	Hat RM	Rest RM	Soll RM	Hat RM	Rest RM
Übertrag . .	29 783 504	1 038 474	28 745 030	7 833 139	7 436 066	397 073
3. Außerordentlicher Haushalt:						
A. Allgemein:						
1. Ersatzleistungen für die außerordentlichen Aufwendungen und sonstige Einnahmen	—	—	—	995 831	995 831	—
2. Zuschüsse aus Anlehensmitteln	—	—	—	592 299	592 299	—
B. Straßen- und Kanalbauten:						
1. Anliegerbeiträge . . .	32 772	32 772	—	258 813	220 483	38 330
2. Zuschüsse aus Anlehensmitteln	—	—	—	616 209	616 209	—
3. Ersatzleistungen und sonstige Einnahmen . . .	3 000	3 000	—	177 608	177 608	—
Summe A . .	29819 276	1 074 246	28 745 030	10473 899	10038 496	435 403
Summe B . .	10473 899	10038 496	435 403			
Summe der Einnahmen . .	40293 175	11 112 742	29180 433			
Ausgaben.						
1. Vermögensrechnung:						
A. Allgemein:						
1. Angelegte Kapitalien . .	—	—	—	33 424	33 424	—
2. Sonstige Ausgaben und Abgänge	—	—	—	102 488	53 617	48 871
B. Aufwertungen:						
1. Angelegte Kapitalien . .	—	—	—	—	—	—
2. Sonstige Ausgaben und Abgänge	—	—	—	—	—	—
C. Liegenschaften:						
1. Kaufpreise und Kaufkosten für Gebäude . .	180 000	30 000	150 000	2 197	2 197	—
2. Kaufpreise und Kaufkosten für unbebaute Grundstücke	25 001	3 748	21 253	22 293	22 293	—
3. Kaufpreise und Kaufkosten für Waldungen einschl. der Kosten für Waldausstockungen und außerordentliche Holzhiebe	—	—	—	—	—	—
4. Sonstige Ausgaben . .	—	—	—	103 965	103 965	—
Übertrag . .	205 001	33 748	171 253	264 367	215 496	48 871

	1934					
	A. Aus voriger Rechnung			B. Vom laufenden Jahr		
	Soll RM	Hat RM	Rest RM	Soll RM	Hat RM	Rest RM
Übertrag . .	205 001	33 748	171 253	264 367	215 496	48 871
D. Wohnungsbau:						
1. Ausgeliehene Kapitalien	—	—	—	234 388	234 388	—
2. Rückzahlungen von Anlehensmitteln	—	—	—	—	—	—
3. Sonstige Ausgaben und Abgänge	—	—	—	940 601	940 601	—
2. Schuldenrechnung:						
A. Anlehen:						
1. Abgetragene Kapitalien .	39 944 944	3 870 285	36 074 659	3 700 554	7 000	3 693 554
2. Zuschüsse aus Anlehensmitteln	—	—	—	1 934 113	1 934 113	—
3. Sonstige Ausgaben . .	—	—	—	—	—	—
B. Aufwertungen:						
1. Abgetragene Kapitalien .	4 783 709	450 434	4 333 275	—	—	—
2. Sonstige Ausgaben, Barablösungen u. dergleichen	—	—	—	1 050	1 050	—
C. Wohnungsbau:						
1. Abgetragene Kapitalien .	11 108 841	1 219 973	9 888 868	438 886	—	438 886
2. Sonstige Ausgaben . .	—	—	—	5 739	5 739	—
3. Außerordentlicher Haushalt:						
A. Allgemein:						
1. Aufwand für außerordentliche Unternehmungen laut Sonderrechnung	—	—	—	* 1 588 130	1 588 130	—
2. Sonstige Ausgaben . .	—	—	—	—	—	—
B. Straßen- und Kanalneubauten:						
1. Aufwendungen für Straßen- und Kanalneubauten lt. Sonderrechnung . .	—	—	—	* 871 332	871 332	—
2. Sonstige Ausgaben und Abgänge	1 735	1 735	—	8 093	8 093	—
Summe A . .	56 044 230	5 576 175	50 468 055	9 987 253	5 805 942	4 181 311
Summe B . .	9 987 253	5 805 942	4 181 311			
Summe der Ausgaben . .	66 031 483	11 382 117	54 649 366			

* Der Gesamtaufwand für außerordentliche Unternehmungen beträgt 2 459 462 RM, während in der auf Seite 240 abgedruckten Nachweisung der außerordentlichen Unternehmungen nur eine Verwendung von 2 455 764 RM aufgeführt ist. Der Unterschied von 3 698 RM rührt daher, daß Ersatzposten in dieser Höhe in der Rechnung vereinnahmt, in der Nachweisung der außerordentlichen Unternehmungen dagegen an den Ausgaben abgesetzt wurden.

6. Zusammenstellung.

	1934 Soll RM	1934 Hat RM	1934 Rest RM
Einnahmen.			
I. Rückstandsrechnung	2 790 991,07	2 195 345,53	595 645,54
II. Wirtschaftsrechnung	50 812 892,31	48 602 963,45	2 209 928,86
Verrechnungshaushalt	3 283 409,10	3 070 266,91	213 142,19
III. Vorschußrechnung:			
a) Aus voriger Rechnung	655 595,06	578 789,44	76 805,62
b) Vom laufenden Jahr	54 391 521,98	54 197 235,58	194 286,40
IV. Vermögensrechnung:			
a) Aus voriger Rechnung	29 819 276,36	1 074 246,45	28 745 029,91
b) Vom laufenden Jahr	10 473 899,10	10 038 496,21	435 402,89
Summe aller Einnahmen	152 227 584,98	119 757 343,57	32 470 241,41
Ausgaben.			
I. Rückstandsrechnung	1 613 638,87	1 208 046,46	405 592,41
II. Wirtschaftsrechnung	50 393 998,38	49 229 796,04	1 164 202,34
Verrechnungshaushalt	3 283 409,10	3 239 352,59	44 056,51
III. Vorschußrechnung:			
a) Aus voriger Rechnung	1 387 216,40	962 885,64	424 330,76
b) Vom laufenden Jahr	54 787 598,11	53 735 145,80	1 052 452,31
IV. Vermögensrechnung:			
a) Aus voriger Rechnung	56 044 229,76	5 576 175,28	50 468 054,48
b) Vom laufenden Jahr	9 987 253,35	5 805 941,76	4 181 311,59
Summe aller Ausgaben	177 497 343,97	119 757 343,57	57 740 000,40

D. Sonderhaushalte.

1. Fondskasse.

	1934 Soll RM	1934 Hat RM	1934 Rest RM
I. Rückstandsrechnung (Rechnungsabteilung I).			
Einnahmen	317 678	315 298	2 380
Ausgaben	—	—	—

	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
II. Wirtschaftsrechnung (Rechnungsabteilung II).					
Einnahmen.					
3. Zuweisungen zur Ansammlung:					
a) Erneuerungsfonds:					
1. Regelmäßige Zuführungen der Betriebe zum Erneuerungsfonds	1 383 040	1 383 040	—	—	1 371 390
2. Erlös aus verkauftem Altmaterial und Sonstiges	—	144 254	144 254	—	45 528
b) Rücklagen	21 920	552 868	530 948	—	311 947
4. Vermögensertrag	93 800	216 487	122 687	—	45 467
5. Sonstige Einnahmen	100	150	50	—	—
Summe der Einnahmen	1 498 860	2 296 799	797 939	—	1 774 332
Ausgaben.					
11. Aufwendungen für Fondszwecke:					
a) Aus dem Erneuerungsfonds:					
1. Wasserwerk	15 000	4 547	—	10 453	28 438
2. Gaswerk	177 250	962 026	784 776	—	141 962
3. Elektrizitätswerk	62 800	42 333	—	20 467	49 010
4. Straßenbahn	125 000	94 053	—	30 947	146 477
5. Kleinbahn	—	1 787	1 787	—	—
6. Rheinhafen	31 500	15 867	—	15 633	6 795
7. Schlacht- und Viehhof	—	—	—	—	—
b) Aus Rücklagen	—	138 115	138 115	—	5 271
12. Vermögenslasten	5 500	5 399	—	101	4 840
13. Verwaltungskosten	1 500	1 500	—	—	1 500
14. Sonstige Ausgaben und Unvorhergesehenes	100	34	—	66	—
15. Rücklieferung an die Wirtschaft zum Ausgleich des Haushalts	969 550	343 627	—	625 923	416 585
Summe der Ausgaben	1 388 200	1 609 288	924 678	703 590	800 878
Summe der Einnahmen	1 498 860	2 296 799	797 939	—	1 774 332
Überschuß zur Ansammlung	110 660	687 511	576 851	—	973 454

III. Vorschußrechnung (Rechnungsabteilung III).	Einnahmen Soll RM	Einnahmen Hat RM	Einnahmen Rest RM	Ausgaben Soll RM	Ausgaben Hat RM	Ausgaben Rest RM
1 a) Kassenrest aus voriger Rechnung . . .	827 235	827 235	—	—	—	—
1 b) Kassenrest an künftige Rechnung . . .	—	—	—	216 295	216 295	—
2. Vorschüsse und Wiederersatz solcher:						
a) Aus voriger Rechnung	28 925	27 758	1 167	2 197	630	1 567
b) Vom laufenden Jahr	70 465	64 241	6 224	70 465	70 465	—
Summe Rechnungsabteilung III . .	926 625	919 234	7 391	288 957	287 390	1 567

IV. Vermögensrechnung (Rechnungsabteilung IV).	A. Aus voriger Rechnung Soll RM	A. Aus voriger Rechnung Hat RM	A. Aus voriger Rechnung Rest RM	B. Vom laufenden Jahr Soll RM	B. Vom laufenden Jahr Hat RM	B. Vom laufenden Jahr Rest RM
Einnahmen.						
1. Heimbezahlte Kapitalien . .	4 985 080	2 066 828	2 918 252	7 797 908	4 109 894	3 688 014
2. Aufgenommene Kapitalien . .	—	—	—	—	—	—
3. Sonstige Vermögenseinnahmen	—	—	—	1 008 202	959 330	48 872
Summe A . .	4 985 080	2 066 828	2 918 252	8 806 110	5 069 224	3 736 886
Summe B . .	8 806 110	5 069 224	3 736 886			
Summe der Einnahmen . .	13 791 190	7 136 052	6 655 138			
Ausgaben.						
1. Angelegte Kapitalien . . .	—	—	—	7 797 908	7 797 908	—
2. Abgetragene Kapitalien . .	883 628	816 508	67 120	—	—	—
3. Sonstige Vermögensausgaben .	—	—	—	73 033	73 033	—
Summe A . .	883 628	816 508	67 120	7 870 941	7 870 941	—
Summe B . .	7 870 941	7 870 941	—			
Summe der Ausgaben . .	8 754 569	8 687 449	67 120			

Zusammenstellung.

	Einnahmen Soll RM	Einnahmen Hat RM	Einnahmen Rest RM	Ausgaben Soll RM	Ausgaben Hat RM	Ausgaben Rest RM
I. Rückstandsrechnung	317 678,17	315 297,63	2 380,54	—	—	—
II. Wirtschaftsrechnung	2 296 799,25	1 869 917,41	426 881,84	1 609 288,23	1 265 661,60	343 626,63
III. Vorschußrechnung	926 624,66	919 234,15	7 390,51	288 957,25	287 389,95	1 567,30
IV. Vermögensrechnung	13 791 190,21	7 136 051,61	6 655 138,60	8 754 568,81	8 687 449,25	67 119,56
Summe aller Einnahmen und Ausgaben	17 332 292,29	10 240 500,80	7 091 791,49	10 652 814,29	10 240 500,80	412 313,49

In der Fondskasse werden die Erneuerungsfonds der städtischen Werke und Unternehmungen sowie die Rücklagen für sonstige Zwecke verwaltet. Der Fondskasse fließen die regelmäßigen Zuführungen an die Erneuerungsfonds und Rücklagen, wie sie in den Einzelhaushaltsplänen der betreffenden Unternehmungen in Ausgabe vorgesehen sind, zu, ferner der Ertrag ihres Vermögens.

Nach dem Haushaltsplan für 1934 betrugen die Beschaffungskosten der Anlagen und Einrichtungen (Anlagewert), für die ein Erneuerungsfonds gebildet ist, 65 194 170 (1933: 63 638 040) RM. Aus ihnen wäre für das Berichtsjahr zur Werterhaltung eine Zuweisung von 2 783 529 (1933: 2 768 282) RM erforderlich gewesen. Die Haushaltslage der Stadt erlaubte jedoch nur, einen Betrag von 1 383 040 (1933: 1 371 390) RM als Abführungen an die Erneuerungsfonds im Haushaltsplan vorzusehen. Aber nicht einmal dieser gekürzte Betrag konnte den Erneuerungsfonds verbleiben. Man war gezwungen, aus diesen Zuführungen 969 550 (1933: 889 570) RM als Rücklieferung der Fondskasse an die Wirtschaft zum Ausgleich des Haushalts einzustellen.

Die fortschreitende Besserung der Haushaltslage im Berichtsjahre (verminderter Fürsorgeaufwand, gebesserte Steuererträge usw.) gestattete, die Rücklieferungen aus der Fondskasse zum Ausgleich des Haushalts auf 343 627 (1933: 416 585) RM zu beschränken, sodaß die ordentlichen Zuführungen zu den Erneuerungsfonds restlich noch 1 039 413 (1933: 954 805) RM = 37,3 (1933: 34,5) v. H. des zur Werterhaltung erforderlichen Betrages ausmachten. Die außerordentlichen Zuführungen zu den Erneuerungsfonds beliefen sich auf 144 254 (1933: 45 528) RM. Den Rücklagen konnten anstelle der im Haushaltsplan aufgenommenen 21 920 (1933: —) RM 552 868 (1933: 311 947) RM zugeleitet werden. Der Vermögensertrag steigerte sich infolge der Übernahme verzinslicher Forderungen aus der Stadthauptkasse-Rechnung in die Fondskasse-Rechnung um 122 687 RM gegenüber dem Haushaltsplan.

Die Entnahmen aus den Erneuerungsfonds, die im Haushaltsplan mit 411 550 (1933: 481 820) RM vorgesehen waren, brachten infolge der außerplanmäßigen Ablösung einer bestehenden Restschuld des Erneuerungsfonds des Gaswerks aus dem Umbau der Ofenanlage des Gaswerks-Ost im Jahre 1929/30 durch eine einmalige Zahlung von 800 000 RM eine Überschreitung. Für laufende Fondszwecke kamen 320 613 (1933: 372 682) RM aus den Erneuerungsfonds zur Verausgabung. Die Rücklage zur Bestreitung außerordentlicher Aufwendungen wurde außerplanmäßig mit 138 040 RM in Anspruch genommen, zwei weitere Rücklagen mit zusammen 75 RM. Der Betrag von 138 040 RM diente zur Finanzierung außerordentlicher Unternehmungen, für die die Verwendung von Anlehensmitteln bewilligt worden war, und wird aus Wirtschaftsmitteln künftiger Jahre verzinst und ersetzt.

Die Ansammlungen in den Erneuerungsfonds und Rücklagen beliefen sich auf Ende des Wirtschaftsjahres 1934 auf 6 895 773 (1933: 6 089 601) RM. Im Laufe des Berichtsjahres haben sie sich um 806 172 (1933: 947 289) RM erhöht. Der Zugang entfällt zu einem Teilbetrag von 687 511 RM auf den Einnahmeüberschuß der Wirtschaftsrechnung, 118 661 RM stellen realisierte Kursgewinne dar.

2. Rebgut Istein.

	1934		
	Soll RM	Hat RM	Rest RM
I. Rückstandsrechnung (Rechnungsabteilung I)			
Einnahmen	—	—	—
Ausgaben	—	—	—

II. Wirtschaftsrechnung (Rechnungsabteilung II).	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	2 770	2 933	163	—	2 170
b) Ertrag des Betriebs	10 830	11 084	254	—	8 989
c) Sonstige Einnahmen	330	425	95	—	345
2. Einmalige Einnahmen	5 220	5 217	—	3	—
3. Zuschuß der Stadthauptkasse	1 520	1 520	—	—	—
Summe der Einnahmen	20 670	21 179	512	3	11 504
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	8 400	8 502	102	—	8 673
b) Sachliche Ausgaben	4 800	5 048	248	—	4 325
c) Zinsendienst	2 000	1 515	—	485	1 474
2. Einmalige Ausgaben	5 220	25 498	20 278	—	442
3. Verwaltungskostenbeiträge	250	250	—	—	600
Summe der Ausgaben	20 670	40 813	20 628	485	15 514
Summe der Einnahmen	20 670	21 179	512	3	11 504
Mehrausgaben	—	19 634	19 634	—	4 010

III. Vorschußrechnung (Rechnungsabteilung III).	Einnahmen Soll RM	Einnahmen Hat RM	Einnahmen Rest RM	Ausgaben Soll RM	Ausgaben Hat RM	Ausgaben Rest RM
1. Vorschüsse und Wiederersatz solcher:						
a) Aus voriger Rechnung	3	—	3	4 125	4 125	—
b) Vom laufenden Jahr	23 199	23 199	—	23 199	23 199	—
2. Ausgleichsposten	290	290	—	290	290	—
Summe Rechnungsabteilung III	23 492	23 489	3	27 614	27 614	—

IV. Vermögensrechnung (Rechnungsabteilung IV).	A. Aus voriger Rechnung Soll RM	A. Aus voriger Rechnung Hat RM	A. Aus voriger Rechnung Rest RM	B. Vom laufenden Jahr Soll RM	B. Vom laufenden Jahr Hat RM	B. Vom laufenden Jahr Rest RM
Einnahmen.						
Aufgenommene Kapitalien	—	—	—	28 788	28 788	—
Ausgaben.						
1. Abzutragende Kapitalien	30 294	—	30 294	28 788	—	28 788
2. Sonstige Grundstocksausgaben	—	—	—	5 198	5 198	—
Summe A	30 294	—	30 294	33 986	5 198	28 788
Summe B	33 986	5 198	28 788			
Summe der Ausgaben	64 280	5 198	59 082			

Zusammenstellung.	Einnahmen Soll RM	Einnahmen Hat RM	Einnahmen Rest RM	Ausgaben Soll RM	Ausgaben Hat RM	Ausgaben Rest RM
I. Rückstandsrechnung . .	—	—	—	—	—	—
II. Wirtschaftsrechnung . .	21 178,81	21 178,81	—	40 812,82	40 644,07	168,75
III. Vorschußrechnung . . .	23 491,60	23 488,60	3,00	27 613,88	27 613,88	—
IV. Vermögensrechnung . .	28 788,17	28 788,17	—	64 279,96	5 197,63	59 082,33
Summe aller Einnahmen und Ausgaben .	73 458,58	73 455,58	3,00	132 706,66	73 455,58	59 251,08

Das Rebgut Istein, das im Jahre 1916 als Schenkung des Oberhofmarschalls Freiherrn von Freystedt in das Eigentum der Stadt gelangte, umfaßt ein Gelände von 28 ha auf Gemarkung Istein und Huttingen.

Im Betriebsjahr ging man zwecks wirtschaftlicherer Betriebsgestaltung zur gemischten landwirtschaftlichen Nutzung des bisher als reinen Rebgutes betriebenen Gutes und zur teilweisen Eigenbewirtschaftung der seither verpachteten landwirtschaftlichen Grundstücke über. Zu diesem Zweck wurden vier Kühe und ein Maulesel beschafft. Landwirtschaft und Viehhaltung bilden nun den wesentlichsten Bestandteil des Betriebs.

Durch die geänderte Nutzung des Gutes war bereits im Berichtsjahr ein gesteigerter Ertrag zu erzielen. Die Umstellung hatte einmalige Aufwendungen in Höhe von 5197,61 RM zur Folge, die, da eigene Mittel des Gutes nicht zur Verfügung standen, darlehensweise von der Fondskasse bereitgestellt werden mußten. Ferner hat man die laufende Wirtschaft des Berichtsjahres mit den von der früheren Kellereikasse gewährten Zuschüssen in Höhe von 20 250 RM belastet und diesen Betrag ebenfalls in ein rückzahlbares Darlehen umgewandelt.

3. Schenkungenkasse.

	1934 Soll RM	1934 Hat RM	1934 Rest RM
I. Rückstandsrechnung (Rechnungsabteilung I).			
Einnahmen	224	224	—
Ausgaben	—	—	—

II. Wirtschaftsrechnung (Rechnungsabteilung II).	1934 Haushaltsplan RM	1934 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1933 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
§ 3. Zinsen aus Grundstockskapitalien . .	—	26 884	—	—	25 597
§ 6. Sonstige Einnahmen	—	5 430	—	—	6 364
Summe der Einnahmen . .	—	32 314	—	—	31 961
Ausgaben.					
§ 15. Lasten und Verwaltungskosten . . .	—	1 013	—	—	1 236
§ 16. Für eigentliche Fondszwecke . . .	—	17 016	—	—	19 669
§ 17. Besondere Auflagen	—	166	—	—	171
§ 18. Sonstige Ausgaben	—	5 430	—	—	6 365
Summe der Ausgaben . .	—	23 625	—	—	27 441
Summe der Einnahmen . .	—	32 314	—	—	31 961
Mehreinnahmen . .	—	8 689	—	—	4 520

III. Vorschußrechnung (Rechnungsabteilung III).	1934 Einnahmen Soll RM	Hat RM	Rest RM	Ausgaben Soll RM	Hat RM	Rest RM
1. Kassenrest						
a) Aus voriger Rechnung	70	70	—	—	—	—
b) An künftige Rechnung	—	—	—	388	388	—
2. Vorschüsse und Wiederersatz solcher:						
a) Aus voriger Rechnung	4 002	2 981	1 021	—	—	—
b) Vom laufenden Jahr	165	165	—	165	165	—
3. Ausgleichungsposten	261	261	—	261	261	—
Summe Rechnungsabteilung III . .	4 498	3 477	1 021	814	814	—

IV. Vermögensrechnung (Rechnungsabteilung IV).	A. Aus voriger Rechnung Soll RM	Hat RM	Rest RM	B. Vom laufenden Jahr Soll RM	Hat RM	Rest RM
Einnahmen.						
1. Aus Darlehenskapitalien	351 651	15 874	335 777	48 570	11 926	36 644
2. Schenkungen und Vermächtnisse	—	—	—	9 000	9 000	—
3. Sonstige Einnahmen für den Vermögensstock	—	—	—	215	215	—
Summe A . .	351 651	15 874	335 777	57 785	21 141	36 644
Summe B . .	57 785	21 141	36 644			
Summe der Einnahmen . .	409 436	37 015	372 421			
Ausgaben.						
Angelegte Kapitalien	—	—	—	48 570	48 570	—

Zusammenstellung.

	Einnahmen Soll RM	Hat RM	Rest RM	Ausgaben Soll RM	Hat RM	Rest RM
I. Rückstandsrechnung . . .	224,47	224,47	—	—	—	—
II. Wirtschaftsrechnung . . .	32 314,21	32 292,38	21,83	23 625,03	23 625,03	—
III. Vorschußrechnung	4 497,57	3 476,41	1 021,16	813,63	813,63	—
IV. Vermögensrechnung . . .	409 435,74	37 015,03	372 420,71	48 569,63	48 569,63	—
Summe aller Einnahmen und Ausgaben . .	446 471,99	73 008,29	373 463,70	73 008,29	73 008,29	—

In der Schenkungenkasse werden die der Stadt durch Schenkung oder Vermächtnis zugeflossenen Mittel, die zweckgebunden sind, verwaltet. Die Schenkungen besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit. Das Vermögen der Schenkungskasse steht somit im Eigentum der Stadt; seine Erträge sind aber nach den Weisungen der Vermächtnisgeber zu verwenden (Fiduziarische Stiftungen).

Infolge einmaliger Zuwendungen im Berichtsjahr in Höhe von 9000 RM hat sich auch der Ertrag des Vermögens gesteigert. Verminderte Lasten und verringerte Ausschüttungen bewirkten außerdem eine Vermehrung des Vermögens.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

E. Gesamtvermögen und Schulden.

(Stand vom 31. März 1935).

Vermögen.	Stadthauptkasse einzeln RM	Stadthauptkasse zusammen RM	Fondskasse RM	Kasse des Rebguts Istein RM	Schenkungenkasse RM	Zusammen RM
I. Verwaltungsvermögen.						
1. Unbewegliches Vermögen:						
a) Gebäude	16 502 028					
b) Grundstücke	1 052 441					
2. Bewegliches Vermögen: Fahrnisse und Vorräte	1 187 124	18 741 593	—	—	—	18 741 593
II. Werksvermögen.						
Gewerbliche Anlagen und zwar:						

	Anlagewert m. Fahrnissen	Vorräte	Im ganzen
1. Wasserwerk	4 464 007	67 850	4 531 857
2. Gaswerk	3 978 786	407 726	4 386 512
3. Elektrizitätswerk	6 101 058	365 702	6 466 760
4. Straßenbahn	8 537 501	—	8 537 501
5. Kleinbahn	754 815	—	754 815
6. Rheinhafen	4 520 592	39 565	4 560 157
7. Schlacht- und Viehhof	3 457 141	29 141	3 486 282
	31 813 900	909 984	

		32 723 884	—	—	—	32 723 884
III. Finanzvermögen.						
1. Unbewegliches Vermögen:						
a) Gebäude	8 767 981			30 000	49 800	
b) Grundstücke	5 746 941			25 881		
c) Wald	388 807			832		
	14 903 729		—	56 713	49 800	15 010 242
2. Bewegliches Vermögen	—		—	7 565	—	7 565
3. Kapitalforderungen:						
a) Verwaltung des Kapitalvermögens:						
1. Wertpapiere	—		2 886 842			
2. Beteiligungen	327 137		—			
3. Aufwertungsforderungen	300		817 873			
4. Restkaufpreise	129 320		952 504			
5. Sonstige Kapitalforderungen	194 584		1 949 048			
b) Wohnungsbau:						
1. Baudarlehen aller Art	27 726 043					
2. Reichsbaudarlehen	440 000					
3. Beteiligung an Bauvereinigungen	312 400					
4. Restkaufpreise für Albsiedlungshäuser	12 318					
5. Sonstige Kapitalforderungen	—					
	29 142 102		6 606 267		372 421	36 120 790
4. Einnahmerückstände	3 328 139		485 525	3	1 043	3 814 710
5. Kassenvorrat	396 076	47 770 046	216 295	—	388	612 759
Summe des Vermögens		99 235 523	7 308 087	64 281	423 652	107 031 543

Schulden.	Stadthauptkasse einzeln RM	Stadthauptkasse zusammen RM	Fondskasse RM	Kasse des Rebguts Istein RM	Schenkungenkasse RM	Zusammen RM
I. Verwaltungsvermögen		13 096 262	—	—	—	13 096 262
II. Werksvermögen		17 701 697	—	—	—	17 701 697
III. Finanzvermögen		26 942 041	412 314	59 251	—	27 413 606
Summe der Schulden		57 740 000	412 314	59 251	—	58 211 565
und zwar:						
1. Kapitalschulden.						
a) Schuldenverwaltung.						
I. Altverschuldung.						
A. Aufwertungsschulden	4 333 275					
B. Valutaschulden	12 837 522	17 170 797				
II. Neuverschuldung (Anlehen).						
A. Langfristige Anlehen:						
1. Tilgungsanlehen:						
a) Darlehen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge	696 593					
b) Von anderen Geldgebern aufgenommene Tilgungsanlehen	18 055 814					
2. Sonstige langfristige Anlehen	2 050 000					
B. Mittelfristige Anlehen	5 626 699					
C. Kurzfristige Anlehen	312 395					
D. Anlehen der Stadt bei der Fondskasse	189 190					
	26 930 691					
Davon dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt — s. unter b) —	8 413 595	18 517 096				
E. Restkaufpreise		171 252				
Summe a)		35 859 145				
b) Wohnungsbau.						
A. Langfristige Tilgungsanlehen:						
1. Darlehen des Bad. Staates zur Förderung d. Wohnungsbaues	8 510 197					
2. Reichsbauanlehen	440 000					
3. Von andern Geldgebern aufgenommene Tilgungsdarlehen	1 377 557					
B. Von der Schuldenverwaltung zur Verfügung gestellte Anlehensmittel — s. oben unter a) —	8 413 595					
Summe b)		18 741 349				
Summe der Kapitalschulden		54 600 494	67 120	59 082	—	54 726 696
2. Ausgaberückstände		3 139 506	345 194	169	—	3 484 869
Summe der Schulden		57 740 000	412 314	59 251	—	58 211 565
Summe des Vermögens		99 235 523	7 308 087	64 281	423 652	107 031 543
Reinvermögen auf 31. März 1935		41 495 523	6 895 773	5 030	423 652	48 819 978
Reinvermögen auf 31. März 1934		48 482 302	5 273 093	30 112	409 898	54 195 405
Vermehrung		—	1 622 680	—	13 754	—
Verminderung		6 986 779	—	25 082	—	5 375 427

Bürgschaften.

Zur Förderung des Wohnungsbaues hat die Stadt 33 Bürgschaften im Gesamtbetrag von . . . . . 1 413 175 RM
und 3 sonstige Bürgschaften im Gesamtbetrag von . . . . . 150 000 RM

zusammen für . . 1 563 175 RM

übernommen.

Im Wirtschaftsjahr 1934 hat sich das Vermögen der Stadthauptkasse von 107 527 387 RM auf 99 235 523 RM vermindert. In der Vermögensstandsdarstellung auf 31. März 1935 sind die Gebäude mit 60 (1933: 65) v. H., die unbebauten Grundstücke mit 55 (1933: 60) v. H. ihres amtlichen bezw. angenommenen Steuerwerts berücksichtigt. Soweit für die seit 1924 erworbenen Liegenschaften der Erwerbspreis unter diesen Werten liegt, wurde für diese Grundstücke der Erwerbspreis in den Vermögensstand aufgenommen. Durch die niedrigere Bewertung von Gebäuden und Grundstücken gegenüber dem Vorjahr erklärt sich ein Teilbetrag von 2 900 000 RM an der Vermögensverminderung von 8 291 864 RM.

Ein weiterer Rückgang der Vermögenswerte um 4 500 000 RM findet seine Ursache in der Anpassung der Anlagewerte des Gas- und Elektrizitätswerks an die von den Buchprüfern des Finanzamts aufgestellten Steuerbilanzen, der restliche Betrag von rd. 900 000 RM ist in der Hauptsache auf verringerte Kapitalforderungen infolge Heimzahlung von Wohnungsbaudarlehen und die regelmäßigen Abschreibungen am Anlagewert der übrigen Betriebe und am Wert der Fahrnisse zurückzuführen. Auch die Einnahme-Rückstände haben eine Ermäßigung um 136 870 RM erfahren.

Bei der Fondskasse zeigt sich eine Vermögensvermehrung um 1 149 169 RM auf 7 308 087 (1933: 6 158 918) RM infolge verstärkter Rücklagenbildung. Die Vermögenswerte des Rebguts Istein haben sich in ihrer Endsumme kaum verändert. Den Abschreibungen an Gebäuden und Grundstücken steht ein nahezu gleich hoher Zugang an beweglichem Vermögen gegenüber. Bei der Schenkungenkasse ist wie bei der Fondskasse eine Vermögensvermehrung festzustellen.

Unter Berücksichtigung der angeführten Veränderungen weist das Gesamtvermögen der Stadt eine Verminderung um 7 129 191 RM auf.

Die Schulden haben sich sowohl bei der Stadthauptkasse als auch bei der Fondskasse vermindert, nur das Rebgut Istein hat einen Schuldenzugang zu verzeichnen. Die Ermäßigung der Verschuldung beträgt bei der Stadthauptkasse 1 305 085 RM, bei der Fondskasse 473 511 RM, der Mehrbetrag beim Rebgut Istein 24 832 RM; zusammen ergibt sich eine Schuldenverminderung um 1 753 764 RM.

Der Rückgang der Verschuldung der Stadthauptkasse findet seine Ursache in einer Verminderung der Kapitalschulden um 1 442 001 RM abzüglich der Zunahme der Ausgaberückstände um 136 916 RM. Unter den Kapitalschulden erfuhren die Aufwertungsschulden durch planmäßige Tilgung eine Ermäßigung um 450 435 RM. Die Valutaschulden gingen durch freihändigen Rückkauf um 188 981 RM, die Neuverschuldung hat durch plan- und außerplanmäßige Tilgung eine Herabsetzung um 802 585 RM aufzuweisen.

Bei der Fondskasse kam die restliche Verschuldung aus der Erneuerung der Ofenanlage im Gaswerk-Ost, die im Vorjahr noch 816 508 RM betragen hatte, durch Ablösung in Wegfall. Dagegen ist auch bei ihr ein Anwachsen der Ausgaberückstände festzustellen. Die Schuldenvermehrung des Rebguts Istein erklärt sich aus der Kapitalisierung früher von der städtischen Kellereikasse gewährter Zuschüsse und die Neuaufnahme eines Darlehens bei der städtischen Fondskasse zwecks Umstellung des Betriebs.

Die gesamten Kapitalschulden sämtlicher städtischer Kassen haben sich im Berichtsjahr um 2 229 721 RM vermindert; dieser Verbesserung steht ein Anwachsen der Ausgaberückstände um 475 957 RM gegenüber; die restliche Verringerung in der gesamten Verschuldung beträgt daher wie oben 1 753 764 RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Da die Verminderung der Schulden geringer ist, als der Rückgang der Vermögenswerte ist das gesamte Reinvermögen im Berichtsjahr um 5 375 427 *RM* geschrumpft. Die Minderung beträgt bei der Stadthauptkasse 6 986 779 *RM*, beim Rebgut Istein 25 082 *RM*. Die Fondskasse dagegen hat ihr Reinvermögen um 1 622 680 *RM*, die Schenkungenkasse um 25 082 *RM* gesteigert.

Das gesamte Reinvermögen der Stadt verteilt sich auf:

Verwaltungsvermögen mit	5 645 331 *RM*,
Werksvermögen mit	15 022 187 *RM*,
Finanzvermögen mit	28 152 460 *RM*,
zusammen . .	48 819 978 *RM*.

F. Nachweisungen.

1. Die außerordentlichen Unternehmungen.

Anmerkung:

Die Kursivzahlen betreffen das Wirtschaftsjahr 1934; sie sind in den darunter stehenden Zahlen in Normaldruck inbegriffen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1	2	3	4	5	6	7	8		9		10	
O.-Z.	Kredit		Verwendungszweck	Druckvorlage		Gemeinde- bzw. Stadtratsbeschluß vom	Bewilligter Betrag		Verwendeter Betrag			
	Titel	Nr.		vom	Nr.		RM	Rpf	bis 31. 3. 1934 RM	Rpf	im Rechnungsjahr 1934 RM	Rpf
1	IV	3	Tieferlegung der Federbachsohle	—		26. 7. 34	78 500	—	—	—	71 896	10
2	V	13	Kanalbau in der Sachsenstraße	31. 8. 33	24	12. 9. 33	7 900	—	4 944	29	—	—
3	V	14	Kanalisation des Göhrenviertels und von Teilstrecken der Graf Eberstein- und Göhrenstraße .	12. 10 33	31	19. 10. 33 12. 4. 34	156 000	—	98 989	87	35 256	31
4	V	16	Kanalbau in der Göhrenstraße zwischen Fron- und Battstraße	—	—	12. 4. 34	10 400	—	—		—	
5	V	17	Herstellung von Straßen zur Erschließung von Baugelände, hier: Kanalbau	—	—	7. 6. 34 2. 8. 34	50 000	—	—		35 928	05
6	VI	16	Ausbau der Herrenalberstraße und Umbau der Weinbrenner- bezw. der östlichen Kaiserstraße	6. 1. 33	10	17. 1. 33 13. 9. 34 31. 1. 35	207 730		143 732	42	30 546	70
7	VI	17	Bau einer festen Rheinbrücke bei Maxau	6. 1. 33	14	17. 1. 33	1 225 000		161 042	74	652 705	96
8	VI	18	Herstellung der Sachsenstraße .	31. 8. 33	24	12. 9. 33	9 100	—	875	70	5 459	02
9	VI	19	Herstellung der Göhrenstraße zwischen Fron- und Battstraße	—	—	12. 4. 34	17 200	—	—	—	9 744	14
10	VI	20	Herstellung von Straßen zur Erschließung von Baugelände . .	—		7. 6. 34	130 000	—	—	—	64 742	82
11	VI	21	Schüttung des Straßendammes der Scharnhorststraße in Verlängerung der Moltkestraße .	—	—	1. 11. 34	43 500	—	—	—	36 919	04
12	IX	6	Herstellung neuer Gaszuführungen sowie Einbau von Gasdruckreglern	30. 4. 31 31. 8. 33	5 21	11. 5. 31 12. 9. 33	23 297	77	14 190	79	8 544	37
13	IX	9	Gasversorgungsleitungen für den Markt am alten Bahnhof . .	6. 1. 33 —	11 -	17. 1. 33 6. 12. 34	1 263	40	650	12	613	28
14	IX	10	Gasversorgung der Sachsenstraße	31. 8. 33	24	12. 9. 33	2 400	—	1 601	12	—	
15	IX	11	Herstellung von Straßen zur Erschließung von Baugelände — Gasversorgung — . . .	—	—	7. 6. 34	37 000	—	—	—	21 583	45
16	X	5	Herstellung neuer Wasserzuführungen	30. 4. 31 31. 8. 33	5 21	11. 5. 31 12. 9. 33	21 571	38	11 274	26	7 539	85
17	X	9	Wasserversorgungsleitungen für den Markt am alten Bahnhof .	6. 1. 33 —	11 —	17. 1. 33 6. 12. 34	15 475	71	10 244	51	5 231	20
			Übertrag . .				2 036 338	26	447 545	82	986 710	29

11		12		13		14		15	16	17	
Gesamtverwendung bis 31 3. 1935		Von dem nach Spalte 11 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch				Restlicher nicht verwendeter Betrag		Verwendungsfrist wird		Bemerkungen	
		Anlehensmittel		andere Mittel				geschlossen mit	festgesetzt bis		
								Ende des Rechnungsjahres			
RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf				
				71 896	*10* 1)						
71 896	10	—	—	71 896	10	6 603	90	—	1935	1)	
										Zuschuß der Landesbank für Haus- und Grundbesitz	4 500,— RM
4 944	29	4 944	29	—	—	2 955	71	1934	—	Verlorene Zuschüsse des Landesarbeitsamts	24 690,57 „
										Wirtschaftsmittel 1934 Teil 23 Konto 2340 — Arbeitsfürsorge —	42 705,53 „
		5 444	*86*	*29 811*	*45* 2)						
134 246	18	90 500	—	43 746	18	21 753	82	1934	—	zus.	71 896,10 RM
										2)	*5 430,90 RM*
—	—	—	—	—	—	10 400	—	—	1935	Verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt	19 365,63 „
											24 380 55 „
										Wirtschaftsmittel 1934 T. 31 Konto 3138	24 380,55 „
				35 928	*05* 3)					zus.	43 745,18 RM
35 928	05	—	—	35 928	05	14 071	95	—	1935	3)	
										Anliegerbeiträge.	
				30 546	*70* 4)						
174 279	12	88 300	45	85 978	67	33 450	88	1934	—		
										4)	
		572 405	*96*	*80 300*	— 5)					Verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt	15 983,90 RM
813 748	70	706 548	70	107 200	—	411 251	30	—	1942	Zuschuß d. Berlin-Karlsruher Industriewerke AG. u. d. Verbrauchergenossenschaft Karlsruhe	11 000,— „
											30 546,70 „
		1 658	*46*	*3 800*	*56* 3)						
6 334	72	2 534	16	3 800	56	2 765	28	1934	—	Erneuerungsfondsmittel d. Straßenbahn	58 994,77 „
										zus.	85 978,67 RM
				9 744	*14* 3)						
9 744	14	—	—	9 744	14	7 455	86	—	1935	5)	
										Verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt.	
		36 699	*55*	*28 043*	*27* 3)						
64 742	82	36 699	55	28 043	27	65 257	18	—	1935		
										6)	*15 529,64 RM*
										Verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt	15 529,64 „
				36 919	*04* 6)					Wirtschaftsmittel d. Jahres 1934 Teil 23	*21 389,40* „
36 919	04	—	—	36 919	04	6 580	96	—	1935	Konto 2340 — Arbeitsfürsorge —	21 389,40 „
										zus.	36 919,04 RM
		8 544	*37*							7)	
22 735	16	22 735	16	—	—	562	61	1934	—	Wirtschaftsmittel d. Jahres 1932 Teil 53 Konto 5372 — Arbeitsfürsorge —	
		613	*28*								
1 263	40	1 013	28	250	12 7)	—	—	1934	—	8	
1 601	12	1 601	12	—	—	798	88	1934	—	Wirtschaftsmittel 1934 des Gaswerks.	
				21 583	*45* 8)						
21 583	45	—	—	21 583	45	15 416	55	—	1935		
		7 539	*85*								
18 814	11	18 814	11	—	—	2 757	27	1934	—		
		5 231	*20*								
15 475	71	12 031	20	3 444	51 7)	—	—	1934	—		
		638 137	*53*	*348 572*	*76*						
1 434 256	11	985 722	02	448 534	09	602 082	15				

1	2	3	4	5	6	7	8		9		10	
D.-Z.	Kredit		Verwendungszweck	Druckvorlage		Gemeinde- bzw. Stadtratsbeschluß vom	Bewilligter Betrag		Verwendeter Betrag			
	Titel	Nr		vom	Nr.		RM	Rpf	bis 31. 3. 1934 RM	Rpf	im Rechnungsjahr 1934 RM	Rpf
18	X	10	Wasserversorgung der Sachsenstraße	31. 8. 33	24	12. 9. 33	3 300	—	2 767	63	—	—
19	X	11	Herstellung von Straßen zur Erschließung von Baugelände — Wasserversorgung — . . .	—	—	7. 6 34	79 000	—	—	—	52 585	90
20	X	13	Wasserversorgung für das Grundstück Enzstraße 34	—		10. 1. 35	469	70	—	—	469	70
21	XI	5	Erweiterung und Verbesserung der Stromverteilungsanlagen .	30. 4. 31 31. 8. 33	5 21	11. 5. 31 12. 9 33	222 050	—	187 393	40	31 187	30
22	XI	7	Stromversorgungsleitungen für den Markt am alten Bahnhof .	6. 1. 33 —	11 —	17. 1. 33 6.12.34	13 238	74	13 238	74	—	—
23	XI	8	Stromversorgung der Sachsenstraße	31. 8 33	24	12. 9. 33	900	—	—	—	652	80
24	XI	9	Herstellung von Straßen zur Erschließung von Baugelände — Stromversorgung — . . .	—		7. 6. 34	29 000	-	—	—	11 972	40
25	XI	10	Aufstellen eines neuen Transformators im städtischen Elektrizitätswerk am Rheinhafen . .	—	—	15.11.34	52 500	—	—	—	33 275	55
26	XII	9	Erschließung des Geländes des neuen Flughafens	—	—	1 11.34	72 230	—	—	—	34 546	81
27	XIV	2	Verbreiterung des Stichkanals zum städtischen Rheinhafen . .	5. 1 33 —	15 —	17. 1. 33 21.11 35	1723 346	18	1 385 647	52	337 698	66
28	XIV	3	Herstellung eines besonderen Beckens für den Öl- und Treibstoffumschlag im Rheinhafen .	5. 1. 34	41	23. 1. 34	685 000	—	50 592	45	501 558	17
29	XV	4	Erweiterung des Operationsgebäudes im städtischen Krankenhaus	30. 9. 32 —	4 —	11.10.32 16. 8. 34	162 616	42	160 479	29	2 137	13
30	XXII	1	Ausbau des Marktes am alten Bahnhof und Errichtung einer Markthalle	6 1. 33	11	17. 1. 33	391 322	15	230 539	26	160 723	62
31	XXIII	6	Vorstädtische Kleinsiedlung, II. u. III. Bauabschnitt	23. 6. 33 — —	12 — —	4. 7. 33 17. 5. 34 23. 8. 34	102 500	—	73 634	62	28 865	38
32	XXIII	7	Vorstädtische Kleinsiedlung, IV. Bauabschnitt	— Verf. d. OB. " " "	— "	28. 6. 34 7. 5. 35 23. 5. 35	216 250	—	—	—	121 076	41
			. Übertrag . .				3 753 723	19	2 104 292	91	1 316 749	83

11		12		13		14		15	16	17
Gesamtverwendung bis 31. 3. 1935		Von dem nach Spalte 11 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch				Restlicher nicht verwendeter Betrag		Verwendungsfrist wird		Bemerkungen
		Anlehensmittel		andere Mittel				geschlossen mit	festgesetzt bis	
								Ende des Rechnungsjahres		
RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf			
2 767	63	2 767	63	—	—	532	37	1934	—	9 Wirtschaftsmittel 1934 des Wasserwerks.
52 585	90	—	—	*52 585* / 52 585	*9)* *90* / 90	26 414	10	—	1935	10) Wirtschaftsmittel 1934 des Elektrizitätswerks.
469	70	*469* / 469	*70* / 70	—	—	—	—	1934	—	11) Bestritten aus der Rücklage für außerordentliche Aufwendungen.
218 580	70	*31 187* / 218 580	*30* / 70	—	—	3 469	30	1934	—	11 a) Hierunter für Wasserzuleitungen . . . 7 395,75 RM Stromzuleitungen . . . . . 1 942,40 „
13 238	74	13 238	74	—	—	—	—	1934	—	
652	80	*652* / 652	*80* / 80	—	—	247	20	1934	—	12) *11 720,— RM* Verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt 165 530,— „ Zuschuß des Badischen Staates aus dem Meliorationsfonds zur Finanzierung der Unterdückerung des Federbachs . . . . 79 950,— „ Wirtschaftsmittel 1932 Teil 53 Konto 5372 — Arbeitsfürsorge — . . . . . 77 697,52 „ Wirtschaftsmittel 1934 Teil 23 Konto 2340 — Arbeitsfürsorge — . . . . . *206 668,66* / 206 668,66 „ zus. 529 846,18 RM
11 972	40	—	—	*11 972* / 11 972	*10)* *40* / 40	17 027	60	—	1935	
33 275	55	—	—	*33 275* / 33 275	*11)* *55* / 55	19 224	45	—	1935	13) *250 000,— RM* Verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt 250 000,— „ Wirtschaftsmittel der Jahre 1933 u. 1934 *101 558,17* „ Teil 23 Konto 2340 - Arbeitsfürsorge - 102 150,62 „ zus. 352 150,62 RM
34 546	81	—	—	*34 546* / 34 546	*11-11a)* *81* / 81	37 683	19	—	1935	
1 723 346	18	*119 310* / 1 193 500	*—* / —	*218 388* / 529 846	*12)* *66* / 18	—	—	—	1935	14) Wirtschaftsüberschuß von 1931 . . . . 31 499,73 RM Wirtschaftsmittel 1932 Teil 53 Konto 5372 — Arbeitsfürsorge — . . . . . 50 000,— „ Wirtschaftsmittel des Krankenhauses 1932 Teil 58 Konto 5823 . . . . . 2 400,— „ 1933 Teil 24 Konto 2457 . . . . . 7 500,— „ 1934 Teil 24 Konto 2457*) . . . . . 8 430,70 „ Erlös aus Steuergutscheinen . . . . . 62 785,99 „ zus. 162 616,42 RM
552 150	62	*150 000* / 200 000	*—* / —	*351 558* / 352 150	*13)* *17* / 62	132 849	38	—	1935	
162 616	42	—	—	*2 137* / 162 616	*14)* *13* / 42	—	—	1934	—	*. hiervon verwendet: 1933 — siehe Kreditstandnachweisung für 1933 — Seite 2 — . . . . . 6 293,57 RM 1934 . . . . . 2 137,13 „
391 262	88	*90 505* / 288 716	*52* / 78	*70 218* / 102 546	*15)* *10* / 10	59	27	1934	—	15) Wirtschaftsmittel 1932 Teil 53 Konto 5372 — Arbeitsfürsorge — . . . . . 32 328,— RM Rücklagen für außerordentliche *70 218,10* „ Aufwendungen . . . . . 70 218,10 „ zus. 102 546,10 RM
102 500	—	*28 865* / 102 500	*38* / —	—	—	—	—	1934	—	
121 076	41	*83 576* / 83 576	*41* / 41	*37 500* / 37 500	*16)* *—* / —	95 173	59	—	1935	16) Wirtschaftmittel 1934 T. 29 Konto 2971
3 421 042	74	*504 567* / 2 104 002	*11* / 76	*812 182* / 1 317 039	*72* / 98	332 680	45			

1	2	3	4	5	6	7	8		9		10	
O.-Z.	Kredit		Verwendungszweck	Druckvorlage		Gemeinde- bzw. Stadtratsbeschluß vom	Bewilligter Betrag		Verwendeter Betrag			
	Titel	Nr.		vom	Nr				bis 31. 3. 1934		im Rechnungsjahr 1934	
							RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf
33	XXIII	8	Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an städt. Verwaltungs- und Wohngebäuden sowie an sonstigen Baulichkeiten	2. 9. 33	28	12. 9. 33	240 000	—	153 681	39	83 152	59
34	XXIII	9	Auffüllung und Urbarmachung von Ödland im Gewann Fritschlach	—	—	31. 1. 35	400 000	—	—	—	69 150	86
			Zusammenstellung.									
			Seite 240/1 . .				640 000	—	153 681	39	152 303	45
			Seite 236/7 . .				2 036 338	26	447 545	82	986 710	29
			Seite 238/9 . .				3 753 723	19	2 104 292	91	1 316 749	83
			Gesamtsumme . .				6 430 061	45	2 705 520	12	2 455 763	57

11		12		13		14		15	16	17
Gesamtverwendung bis 31. 3. 1935		Von dem nach Spalte 11 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch				Restlicher nicht verwendeter Betrag		Verwendungsfrist wird		Bemerkungen
		Anlehensmittel		andere Mittel				geschlossen mit	festgesetzt bis	
								Ende des Rechnungsjahres		
RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf			
		65 802	*59*	*17 350*	[17] —					17) Beihilfe der Landesfeuerwehr-Unterstützungskasse zur Einrichtung einer neuzeitlichen Feuermeldeanlage.
236 833	98	219 483	98	17 350	—	3 166	02	—	1935	
				69 150	[18] *86*					18) Beitrag der Landesbank für Haus- und und Grundbesitz . . . . . 5 000,— RM Zuschuß des Landes Baden zur teilweisen Deckung der Kosten der Geländeverbesserung in der Fritschlach . . . . 10 000,— „ Verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt Wirtschaftsmittel 1934 Teil 23 Konto 2340 — Arbeitsfürsorge — . . . . . 47 569,96 „ zus. 69 150,86 RM
69 150	86	—	—	69 150	86	330 849	14	—	1936	
		65 802	*59*	*86 500*	*86*					
305 984	84	219 483	98	86 500	86	334 015	16			
		638 137	*53*	*348 572*	*76*					
1 434 256	11	985 722	02	448 534	09	602 082	15			
		504 567	*11*	*812 182*	*72*					
3 421 042	74	2 104 002	76	1 317 039	98	332 680	45			
		1208 507	*23*	*1247 256*	*34*					
5 161 283	69	3 309 208	76	1 852 074	93	1 268 777	76			

2. Aufnahme und Verwendung von Anlehensmitteln.

	Stadthauptkasse RM	Fondskasse RM	Kasse des Rebguts Istein RM	Schenkungenkasse RM	Zusammen RM
Aufgenommen wurden in den Wirtschaftsjahren 1924 bis 1933	43 669 978,22	1 283 173,07	30 294,16	—	44 983 445,45
im Wirtschaftsjahr 1934	898 634,88	—	28 788,17	—	927 423,05
zusammen 1924—1934 . .	44 568 613,10	1 283 173,07	59 082,33	—	45 910 868,50
Außer den aufgenommenen Anlehen sind der Anlehensrechnung zugeflossen: Beiträge der Betriebe und Ämter zur Schuldentilgung und sonstige Einnahmen: 1929—1933 5 895 303,01 RM; 1934 1 272 115,84 „ 7 167 418,85 RM					
abzüglich Schuldentilgung: 1929—1933 4 027 570,51 RM; 1934 1 555 157,86 „ 5 582 728,37 „	1 584 690,48	—	—	—	1 584 690,48
Einnahmen des Anlehensfonds auf 31. 3. 35	46 153 303,58	1 283 173,07	59 082,33	—	47 495 558,98
Verwendung . .	47 970 840,65	1 283 173,07	59 082,33	—	49 313 096,05
Bevor . .	1 817 537,07	—	—	—	1 817 537,07

Der Bestand des Anlehensfonds der Stadthauptkasse diente zur Finanzierung folgender Aufwendungen:	In den Jahren 1924—1933 RM	In den Jahren 1934 RM
I. Kämmereiverwaltung:		
1. Schulwesen	837 011	92 492
2. Wohlfahrts- und Gesundheitswesen:		
a) Krankenhäuser, Kinderheime und dergleichen	708 943	—
b) Badeanstalten	762 647	—
3. Wirtschaftsförderung:		
Förderung des Luftverkehrs	55 030	—
4. Straßenwesen:		
Straßenneubauten	2 038 239	610 764
5. Öffentliche Anstalten und Einrichtungen:		
a) Entwässerung (Kanalbauten)	1 414 482	5 445
b) Feuerlöschwesen	148 055	31 276
Betrag I . .	5 964 407	739 977
II. Unternehmungen und Betriebe:		
1. Wasserwerk	2 681 792	13 241
2. Gaswerk	1 892 466	15 174
3. Elektrizitätswerk	5 522 429	31 840
4. Straßenbahn	900 437	—
5. Rheinhafen	1 809 339	269 310
6. Schlacht- und Viehhof	483 665	15 933
7. Märkte und Messen	198 211	90 505
Betrag II . .	13 488 339	436 003

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	In den Jahren 1924—1933 RM	1934 RM
III. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen:		
a) Kapitalvermögen:		
1. Gewährung von Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues	21 120 705	245 683
2. Gewährung von sonstigen Darlehen	286 000	—
3. Kosten von Anlehensaufnahmen	662 562	—
4. Schuldentilgung (Valutaschulden u. A.)	254 406	—
5. Beteiligungen	50 000	—
b) Grundvermögen:		
1. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden einschl. Neubauten	3 687 769	73 769
2. Vorstädtische Kleinsiedlung	322 384	112 441
3. Sonstiges (Meliorationen usw.)	526 395	—
Betrag III . .	26 910 221	431 893
Gesamtverwendung . .	46 362 967	1 607 873
	+ 153 681 *	— 153 681 *
	46 516 648	1 454 192
	47 970 840 RM	
Die Anlehensaufnahmen der Sonderhaushalte wurden für folgende Zwecke verwendet:		
Fondskasse.		
II. Unternehmungen und Betriebe:		
Gaswerk	1 210 950	—
III. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen:		
a) Kapitalvermögen:		
Schuldentilgung (Valutaschulden u. a.)	72 223	—
Gesamtverwendung . .	1 283 173	—
Rebgut Istein.		
III. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen:		
b) Grundvermögen:		
Sonstiges (Meliorationen usw.)	30 294	28 789
Gesamtverwendung . .	59 083 RM	

Zusammenstellung.

Gesamtverwendung Stadthauptkasse	47 970 840 RM
Gesamtverwendung Fondskasse	1 283 173 RM
Gesamtverwendung Rebgut Istein	59 083 RM
Insgesamt . .	49 313 096 RM

* Die im Rechnungsjahr 1933 bei III b 3 (Sonstiges, Meliorationen usw.) als Zugang nachgewiesenen 153 681 RM Aufwendungen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm (Gebäudeinstandsetzung) konnten erst nach erfolgter Abrechnung auf die einzelnen Verwaltungszweige verteilt werden. Der Betrag wurde daher im Rechnungsjahr 1934 in Spalte „Verwendung 1924/33" bei III b 3 gekürzt und in Spalte „Verwendung 1934" bei den betreffenden Positionen zugeschlagen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

G. Sparkasse.

(Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 1934).

Im Jahre 1934 hat als Auswirkung des Wiederaufstiegs der deutschen Wirtschaft die Kapitalneubildung bei den Sparkassen eine beachtliche Zunahme erfahren. Der Einlagenbestand bei den deutschen Sparkassen stieg von 11,95 Milliarden Reichsmark auf 12,35 Milliarden Reichsmark = um 3,3 v. H. Auch bei der Städtischen Sparkasse Karlsruhe, als einer mit der örtlichen mittelständischen Wirtschaft eng verbundenen Geldanstalt, hat sich die Aufwärtsentwicklung fortgesetzt. Der Gesamtumsatz der Sparkasse betrug auf der einen Seite des Hauptbuchs im Berichtsjahr 241 522 523 (1933: 150 974 393) RM. Er hat somit eine Steigerung um 60 v. H. zu verzeichnen. Auch die Bilanzsumme erhöhte sich um 6 v. H. auf 57 565 483 (1933: 54 331 896) RM. Der gesamte Einlagenbestand (Spargelder, Depositen, Giro- und Kontokorrenteinlagen) weist eine Zunahme um 5 v. H. auf 54 772 278 (1933: 52 183 315) RM auf.

Den wesentlichsten Teil des Einlagenbestandes der Sparkasse bilden nach wie vor die Spareinlagen. Diese betrugen zu Beginn des Berichtsjahres (nach Abzug von 3 766 255 RM Depositengelder, die im Vorjahr in den Spareinlagen inbegriffen waren) 43 553 922 RM. Bis zum Ende des Jahres vermehrten sich die Einlagen nach Gutschrift von 1 488 792 RM Zinsen auf 44 742 423 RM. Der Spareinlagenzuwachs im Jahre 1934 beläuft sich somit auf 1 188 501 RM = 2,7 v. H. und bleibt hinter dem Zugang im Reich mit 3,3 v. H. etwas zurück. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß Aufwertungsspareinlagen in Höhe von 1 738 718 RM zurückbezahlt wurden, und daß sich die Spareinlagen auf Ende des Jahres durch Offenlegung einer bisher geführten stillen Rücklage im Sparverkehr mit 550 929 RM vermindert haben. Im Neugeschäft allein ist eine Zunahme des Einlagenbestandes um 2 665 251 RM = 7,7 v. H. eingetreten, trotz der beträchtlichen Abhebung von Spareinlagen in den Sommermonaten zur Finanzierung von Hausinstandsetzungsarbeiten und Neubauten. Unter den Spareinlagen nehmen die Guthaben aus dem Neugeschäft 37 188 184 (1933: 34 522 933) RM, die Aufwertungsguthaben 7 554 239 (1933: 9 030 989) RM ein. Einbezahlt wurden im Neugeschäft 13 587 529 RM, ausbezahlt 12 149 102 RM und 1 226 824 RM Zinsen gutgeschrieben. Im Aufwertungsverkehr betrugen die Zinsgutschriften 261 968 RM, die Rückzahlungen 1 738 718 RM. Im Neugeschäft zeigte sich ein verstärktes Interesse des Publikums zur Vereinbarung besonderer Kündigungsfristen zwecks Erreichung einer höheren Verzinsung.

Die Zahl der ausgegebenen Sparbücher erhöhte sich erneut um 3 491 Stück = 7,13 v. H. auf 52 509 (1933: 49 018) Stück. Im Aufwertungsgeschäft trat ein Rückgang um 10 053 Sparbücher auf 51 167 (1933: 61 220) Stück ein. Das durchschnittliche Guthaben eines Sparbuchs im Neugeschäft betrug am Schlusse des Berichtsjahres 708,22 (1933: 704,29) RM. Auf den Kopf der Bevölkerung von Karlsruhe entfielen am 31. Dezember 1934 290,30 (1933: 280,90) RM Sparguthaben, während der Durchschnitt in Baden 233 RM und im Reich 194 RM beträgt. Von 100 Karlsruher Einwohnern hatten 34 (1933: 32) ein Reichsmarksparbuch und 33 (1933: 45) ein Aufwertungssparbuch.

Die Depositengelder beliefen sich am Ende des Berichtsjahr auf 4 631 927 (1933: 3 766 255) RM. Ihr Stand hat sich im Laufe des Berichtsjahres um 23 v. H. erhöht.

Die beachtlichste Steigerung hat der Giro- und Kontokorrentverkehr erfahren. Die Zahl der Giro- und Kontokorrentkonten wuchs auf 7297 (1933: 6301) = um 15,8 (1933: 8,97) v. H., der Einlagenbestand auf 5 380 731 (1933: 4 845 381) RM = um 11,05 (1933: 52,6) v. H. an. Erledigt wurden im Giro- und Kontokorrentverkehr 643 535 (1933: 554 428) Geschäftsvorfälle mit einem Geldumschlag von 229 518 322 (1933: 156 160 982) RM.

Im Hypothekenverkehr ist ein kleiner Rückgang eingetreten. Da die Hypothekendarlehen der Städt. Sparkasse den gesetzlich zulässigen Höchstsatz von 40 v. H. der Spareinlagen übersteigen, mußten die Neuausleihungen auf 40 v. H. des Spareinlagenüberschusses beschränkt bleiben. Neuausgeliehen wurden 537 226 RM, zurückbezahlt 662 273 RM, sodaß sich der ausgeliehene Betrag um 125 047 RM auf 35 408 594 (1933: 35 533 641) RM in 2169 Posten ermäßigte. Hiervon entfallen 1591 Konten mit 32 329 397 RM auf das Neugeschäft, 578 Konten mit 3 079 196 RM auf die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aufwertung. Die Anlage der Spareinlagen in Hypotheken betrug immer noch 79,1 (1933: 81,6) v.H. Hervorzuheben ist, daß 23 250 768 RM der im Neugeschäft ausgeliehenen Hypotheken = 72 v. H. zur Finanzierung von Neu- und Umbauten verwendet wurden. Im Durchschnitt beträgt die Höhe einer ausgeliehenen Hypothek 16 325 RM.

Die Zinsrückstände im Hypothekengeschäft haben sich auffallenderweise um 13 v. H. auf 326 438 (1933: 287 281) RM erhöht. Sie betragen 18,2 v. H. des laufenden Zinsensolls. Diese unerfreuliche Erscheinung ist auf einige besonders gelagerte Einzelfälle zurückzuführen.

Da die Sparkasse in der Hingabe neuer Hypotheken durch die gesetzlichen Vorschriften erheblich eingeschränkt war, hat sie sich, soweit als möglich, in der Form kurzfristiger Kredite für die Arbeitsbeschaffung eingesetzt. Im Berichtsjahr wurden 428 Kredite im Gesamtbetrag von 1 725 915 RM bewilligt; die gesamten Ausleihungen beliefen sich am 31. Dezember 1934 auf 6 635 505 (1933: 5 933 304) RM. Hierbei stand, im Gegensatz zu den Großbanken, die Pflege des Kleinkreditgeschäfts im Vordergrund; nahezu 50 v. H. des ausgeliehenen Betrags entfielen auf Kredite bis zu 2000 RM. Die Durchschnittshöhe eines Kredits belief sich auf 5407 RM.

Im Berichtsjahr waren bei der Sparkasse 20 (1933: 26) Grundstückszwangsverwaltungen anhängig, von denen in 14 (1933: 16) Fällen die Sparkasse betreibende Gläubigerin ist. In 19 (1933: 20) Fällen ließ sich die Sparkasse zur Vermeidung der Zwangsverwaltung die Mieten zur treuhänderischen Verwaltung abtreten. An Grundstückszwangsversteigerungen war die Sparkasse mit 16 (1933: 21) Fällen beteiligt, davon an 13 (1933: 13) als betreibende Gläubigerin. 8 (1933: 9) Zwangsversteigerungen kamen zur Durchführung, wobei die Sparkasse 3 (1933: 4) Grundstücke zur Rettung ihrer Forderungen übernehmen mußte.

Die Habenzinssätze blieben gegenüber dem Vorjahr mit 3½ v. H. für gewöhnliche Spareinlagen, 3¼—4¼ v. H. für Kündigungsspareinlagen, 3¼—5 v. H. für Depositen und 1 v. H. für Giro- und Kontokorrentguthaben unverändert. Dagegen trat in den Zinssätzen der Hypothekendarlehen (Neugeschäft und Aufwertung) sowie für Schuldscheindarlehen an Körperschaften mit Wirkung vom 1. April 1934 eine Ermäßigung von 5 v. H. auf 4¾ v. H. und für Kredite in laufender Rechnung von 6 v. H. auf 5½ v. H. ein.

Eine beträchtliche Steigerung hat auch der Scheckeinzugsverkehr (auf 5 113 835 RM gegen 3 476 727 RM im Vorjahr) und die Benützung der Nachtschalteranlage erfahren (eingeworfener Gesamtbetrag 1 382 397 RM gegen 851 263 RM im Vorjahr). Ebenfalls war im An- und Verkauf von Wertpapieren und in der Veräußerung von Steuergutscheinen und Zinsvergütungsscheinen eine Belebung festzustellen.

Die starke Umsatzsteigerung führte zu einer Vermehrung des Personals der Sparkasse. Am 31. Dezember waren bei der Sparkasse 36 planmäßige Beamte, 1 außerplanmäßiger Beamter, 63 Angestellte, 32 Aushilfsangestellte und 3 Arbeiter, zusammen 138 (1933: 128) Personen beschäftigt. 3 Angestellte waren zur Ableistung ihres Wehrdienstes auf die Dauer eines Jahres beurlaubt. Infolge der Personalvermehrung und der Anschaffung von Büromaschinen ist im Berichtsjahr eine Erhöhung im Verwaltungsaufwand eingetreten.

Die Städtische Sparkasse schloß im Berichtsjahr mit einem Reingewinn von 355 438 RM ab, der der gesetzlichen Rücklage zugewiesen wurde.

Nicht in die Geschäftsbelebung einbezogen war die Pfandleihkasse, bei der sich im Berichtsjahr die schon seit einigen Jahren anhaltende Schrumpfung in der Benützung fortgesetzt hat; sie ist als ein Zeichen fortschreitender Besserung der Lage der ärmeren Bevölkerung zu werten. Im Berichtsjahr fanden nur noch 27 635 (1933: 32 486) Ausleihungen zu einem Betrag von 185 401 (1933: 201 575) RM statt. Der Pfänderstand auf Ende des Jahres betrug 11 240 (1933: 13 466) mit 87 900 (1933: 106 304) RM. Selbst gegenüber dem Jahre 1913 ist hinsichtlich des Werts der verpfändeten Gegenstände ein beträchtlicher Rückgang festzustellen, wenn auch die Postenzahl noch über der des letzten Vorkriegsjahres liegt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Vermögensstanddarstellung auf 31. Dezember 1934.

Vermögenswerte.	RM
1. Kassenbestand	178 748.60
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postscheckamt	4 883 857.02
3. Wertpapiere	5 772 083.71
4. Wechsel	5 598.—
5. Darlehen auf Hypotheken	35 408 593.57
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	6 711 262.66
7. Darlehen auf Schuldscheine	823 301.82
8. Darlehen an Gemeinden	2 115 446.—
9. Beteiligungen	1 100 900.—
10. Einnahmerückstände	397 688.53
11. Grundstücke und Gebäude	168 003.—
12. Gerätschaften	1.—
Summe	57 565 483.91

Verbindlichkeiten.		RM
1. Spareinlagen		44 742 422.56
2. Depositen		4 631 927.36
3. Giro- und Kontokorrenteinlagen		5 380 731.14
4. Sonstige Einlagen (Schulsparkasse)		17 196.93
5. Anlehens- und andere Schulden		1 812.68
6. Ausgaberückstände		134 046.89
7. Rückstellung		1 200 000.—
8. Sonderrücklage zur Versorgung der Angestellten		60 000.—
9. Gesetzliche Rücklage:		
a) auf 31. Dezember 1933	1 041 907.92	
b) Reingewinn 1934	355 438.43	1 397 346.35
Summe		57 565 483.91

Gewinn- und Verlustrechnung 1934.

Soll (Verbindlichkeiten).		RM
1. Zinsen:		
a) für Einlagen .	1 792 686.42	
b) für sonst. Schulden	7 943.47	1 800 629.89
2. Auf ertragbare Liegenschaften .		22 397.—
3. Verwaltungskosten:		
a) für die Verwaltungsgebäude	50 804.64	
b) Aufwand zur Durchführung der laufenden Arbeiten	506 298.34	557 102.98
4. Sonstige Ausgaben		49 417.66
5. Abschreibungen:		
a) auf Gebäude	75 318.52	
b) auf Wertpapiere	215 218.75	
c) Zuweisung an die Rücklage zur Angestelltenversorgung	20 000.—	310 537.27
6. Reingewinn 1934		355 438.43
Summe . .		3 095 523.23

Haben (Erträgnisse).	RM
1. Aus ertragbaren Liegenschaften	22 892.17
2. Zinsen von Kapitalien und anderen Forderungen . . .	2 745 963.64
3. Gebühren und sonstige Einnahmen	108 105.42
4. Offengelegte stille Reserven . .	218 562.—
Summe . .	3 095 523.23

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg